

ASCHENDORFF
VERLAG



*Helmut
Müller-Enbergs*

*Wolfgang
Stock*

*Marco
Wiesner*

Das Fanal

**Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz aus Rippicha
und die evangelische Kirche**

Mit einem Nachwort von Gerhard Besier

Müller-Enbergs/Stock/Wiesner
Das Fanal

Helmut Müller-Enbergs
Wolfgang Stock
Marco Wiesner

Das Fanal

Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz aus Rippicha
und die evangelische Kirche



ASCENDORFF MÜNSTER

Verantwortlich:
Helmut Müller-Enbergs: 1., 2. und 5. Kapitel
Wolfgang Stock: Einleitung, 4., 6. bis 8. Kapitel und Dokumente
Marco Wiesner: 3. Kapitel und Bibliographie

© 1999 Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung GmbH & Co., Münster

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Die Vergütungsansprüche des § 54, Abs. 2, UrhG, werden durch die Verwertungsgesellschaft Wort wahrgenommen.

Gesamtherstellung: Druckhaus Aschendorff, Münster, 1999

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (®)

ISBN 3-402-05263-6

»Bei B[rüsewitz] war die Grenze erreicht. Wir mußten ihn wegnehmen.«¹

(Der Magdeburger Bischof Werner Krusche)

»Auslösende Momente für die Tat sind uns nicht bekannt. Wir vermuten, daß die Aufforderung zum Pfarrstellenwechsel und Ankündigung einer Art Visitation ihn sehr beschwert haben.«²

(Oberkonsistorialrat Harald Schultze)

»Er hat uns mit diesem Tode einen Dienst getan. Die Frage ist, ob wir diesen Dienst annehmen.«³

(Zeitzer Pfarrer)

»Mich persönlich betrifft das beklagenswerte Ereignis als ein Protest gegen das opportunistische Schweigen rundum. Soeben hat der Weltrat der Kirchen wieder halbherzig zu Fragen der Religionsfreiheit in Ostblockstaaten Stellung genommen. Es ist eine Tragödie der Kirche, die um einiger Arbeitsmöglichkeit willen offene Konflikte meidet und vielfältig zum Schweigen verurteilt wird.«⁴

(Bischof Hans-Otto Wölber, Hamburg)

»Ich bin sicher, daß er seinen Tod als Opfertod auffaßte. Schon darum kann man nicht darüber schweigen.«⁵

(Karl-Adolf Zech)

Abkürzungen

AOV	Archivierter Operativer Vorgang [des MfS]
BEK	Bund Evangelischer Kirchen [in der DDR]
BV	Bezirksverwaltung [des MfS]
CVJM	Christlicher Verein junger Männer
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
epd	Evangelischer Pressedienst
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIM	Führungs-IM
Fw	Feldwebel
Gen.	Genosse
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
HA	Hauptabteilung [des MfS]
IM	Inoffizieller Mitarbeiter [des MfS]
IMB	IM der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindabwehr stehender Personen (1980-1990)
	IM der inneren Abwehr mit Feindverbindung zum Operationsgebiet [Westdeutschland] (1968-1979)
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung des Verantwortungsbereiches
JG	Junge Gemeinde
KA	Kapitalistisches Ausland
KD	Kreisdienststelle [des MfS]
KKL	Konferenz der Kirchenleitungen [der evangelischen Kirche in der DDR]
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
OPK	Operative Personenkontrolle
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
OSL	Oberstleutnant
OV	Operativer Vorgang
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
RdB	Rat des Bezirkes
RdK	Rat des Kreises
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
VPKA	Volkspolizei-Kreisamt
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang

Inhalt

Einleitung	9
I. Das Fanal	12
II. Das Motiv – eine Spurensicherung	20
III. Der Lebensweg :Vom Schuhmacher zum Pfarrer (1929-1969)	36
IV. In Rippicha (1969-1976)	72
V. Das Zusammenspiel von Staat und Kirche vom 18. August 1976 bis zur Beisetzung Oskar Brüsewitz'	95
VI. Die Reaktionen der evangelischen Kirchen	146
VII. Der Westen und die Selbstverbrennung	188
VIII. Nachwirkungen	213
Dokumente	229
Nachwort »... den der Kirche angemessenen Weg ... gehen« Der Streit um die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz nach dem Zusammenbruch der DDR <i>Gerhard Besier</i>	281
Anmerkungen	290
Bibliographie	347
Autorenverzeichnis	362
Personenregister	363

Einleitung

Am 18. August 1976 verbrannte sich Pfarrer Oskar Brüsewitz aus Rippicha öffentlich in der Innenstadt der DDR-Kreisstadt Zeitz. »*Funkspruch an alle ... Funkspruch an alle ... Die Kirche in der D.D.R. klagt den Kommunismus an! wegen Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen*« hieß es auf einem Plakat, das er vor der Michaeliskirche auf seinem Auto aufgebaut hatte. Mit diesem erschütternden Fanal wollte er sich im »Kampf gegen den Kommunismus« opfern und seine Mitmenschen, vor allem die von der SED zunehmend bedrängten Christen in der DDR, aus ihrer Lethargie aufrütteln.

Auch gegen die aktuelle politische Disposition seiner Amtskirche, die dem unbequemen Pfarrer zumindest den Wechsel zu einer anderen Pfarrstelle nahezulegen versucht hatte, wollte er protestieren: Kurz vor seinem Tod auf der Intensivstation des Krankenhauses in Halle vertraute er einem Arzt an, der über die Hintergründe wohl kaum unterrichtet gewesen sein wird: Er »opfere sich im Kampf gegen den Kommunismus. Vor einiger Zeit sei bei ihm der Bischof [sic!] gewesen, der ihm seine Versetzung mitgeteilt habe«.

Die aufrüttelnde Tat des Pfarrers hätte in der kritischen innenpolitischen Situation des Jahres 1976 die DDR erschüttern können. SED-Politbüromitglied Horst Sindermann wußte: »Brüsewitz traf den Nerv«. Deshalb unternahmen SED und Ministerium für Staatssicherheit (MfS) alles, um die Wahrheit zu unterdrücken. Das Fanal von Oskar Brüsewitz durfte nicht zum Politikum werden, es sollte gar nicht erst bekannt werden!

Noch bevor der schwer verletzte Brüsewitz ärztlich versorgt war, ließ die Volkspolizei die Plakate mit den Kommunismusfeindlichen Losungen verschwinden. Sofort danach begann der Repressionsapparat der DDR zu rotieren: Absolutes Stillschweigen wurde verordnet. Die Staatssicherheit veränderte Protokolle, bedrängte und verfolgte Zeugen und Wegbegleiter von Oskar Brüsewitz und besondere »Staatsfeinde« wurden sogar aus der DDR ausgebürgert.

Auch die Evangelische Kirche in der DDR, an ihrer Spitze

Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe und die Kirchenleitung in Magdeburg, sollten in diese Strategie des Totschweigens eingebunden werden – zum Entsetzen vieler Gemeindeglieder, die bald darauf anfangen, Rechenschaft von ihren Kirchenoberen zu verlangen.

Die Strategie des DDR-Regimes ging nicht auf: In der DDR durchbrachen mutige Christen das Schweigen. Sie bewahrten trotz stärkster Repression das Andenken des beliebten Pfarrers Brüsewitz und begannen, dem atheistischen Staat gegenüber selbstbewußter aufzutreten. Und in der Bundesrepublik wurde im Gedenken an Oskar Brüsewitz und die Leiden der Christen »hinter dem Stacheldraht« ein Brüsewitz-Zentrum gegründet, trotz heftigster Widerstände aus den Kirchenleitungen und vieler Medien.

Und doch blieb das Wissen um das Wirken von Oskar Brüsewitz und sein Fanal bis zur Herbstrevolution 1989 bruchstückhaft. Jeder Ansatz einer Recherche wurde von der DDR-Staatssicherheit behindert und nahezu vereitelt. Erst nach der deutschen Einheit, als die Archive allen zugänglich wurden, konnte mit der ersten Auflage dieses Buches im Frühjahr 1993 der Versuch eines wahrheitsgetreueren Lebensbildes vorgelegt werden. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln haben die Autoren verschiedene Facetten des Lebensweges von Oskar Brüsewitz, die Selbstverbrennung und ihr Motiv sowie die Reaktion von SED, Blockparteien, Staat, MfS, evangelischen Kirchen in Ost und West, Oppositionellen in der DDR und Organisationen und Parteien in der Bundesrepublik beschrieben.

Die vielfältig zustimmenden, aber auch leidenschaftlich kritischen Reaktionen darauf wurden in dieser überarbeiteten und erweiterten Auflage berücksichtigt. Eingeflossen sind neben zusätzlichen Archivrecherchen auch Erinnerungen und Zeugnisse weiterer Zeitzeugen, von denen viele – wie auch die Landeskirche – auf Einladung des Brüsewitz-Zentrums 1996 an der Vorbereitung einer Dauerausstellung über Oskar Brüsewitz im Schloß Moritzburg in Zeitz mitgewirkt haben.

Während alle Archive grundsätzlich zugänglich sind, blieb die Personalakte »Oskar Brüsewitz« im Konsistorium der Evangelischen Kirche in Magdeburg auch im Jahre 1999 verschlossen.⁶

Bei allem kritischen Bemühen mögen den Autoren Informationen verborgen geblieben, vielleicht sogar Irrtümer unterlaufen sein. Für weiterführende und korrigierende Hinweise sind sie deshalb dankbar.

Sie danken allen denjenigen, ohne deren Unterstützung diese Publikation nicht hätte erscheinen können: Christa Brüsewitz, Magdalena Todorova und Eberhard Wirth, Marianne Koberg sowie Dr. Karl-Adolf Zech, Dr. Ulrich Schröter, Thomas Frickel, Reinhard Henkys und Prof. Dr. Harald Schultze, denen wir kritische und wertvolle Hinweise sowie Bildmaterial verdanken.

I. Das Fanal

Was sich am 18. August 1976 um 10.20 Uhr in der Fußgängerzone von Zeitz abspielte, stand laut Anzeige des Volkspolizeikreisamtes ganz eindeutig im »Verdacht der staatsfeindlichen Hetze«. Dieser »Hetze« hatte sich der Täter schuldig gemacht »durch Aufbau von Transparenten in der Oberstadt vor der Fußgängerzone und anschließendes Übergießen mit Benzin und Anbrennen seiner Person«. Für den Behördenangestellten im Range eines Oberstleutnants, der das Anzeigenformular ausfüllte, eine »Straftat« nach § 1 Absatz 1 des DDR-Strafgesetzbuches, begangen von Oskar Brüsewitz aus Droßdorf/Rippicha.⁷

Die öffentliche Selbstverbrennung, mit der Oskar Brüsewitz ein Zeichen setzen wollte, sollte schwerwiegende Folgen haben, wennauch nicht in der Richtung, wie sie der Leiter der MfS-Kreisdienststelle Zeitz, Oberstleutnant Held, der Leiter der MfS-Spezialkommission, Major Philipp, und der stellvertretende Leiter der Abteilung XX der MfS-Bezirksverwaltung Halle, Major Eckardt, sahen. Sie waren der Ansicht, daß diese »Straftat« vor allem »unnötige Kosten und Belastungen für das Gesundheitswesen der DDR« verursachen würde.⁸

Oskar Brüsewitz war am Mittwoch, dem 18. August 1976, in aller Frühe, gegen halb sechs, aufgestanden. Seine Frau und die beiden Kinder schliefen noch. Im Garten des Pfarrhauses schnitt er einige langstielige Rosen und stellte ein paar davon, wie er es gelegentlich zu tun pflegte, in eine Bodenvase im Treppenhaus und einen weiteren Strauß auf den Wohnzimmertisch. Als seine Frau aufstand, bat er sie, ein besonders schmackhaftes Frühstück zuzubereiten. Sie nahm an, daß ihr Mann Besucher erwartete und deshalb die frischen Blumen aufgestellt habe. Es wirkte zwar etwas überraschend, aber sonst schien alles auf einen ganz normalen Tag hinzudeuten.

Nach dem gemeinsamen Frühstück der Familie bat der Pfarrer Oskar Brüsewitz seine Tochter Esther, ihm eines seiner Lieblingslieder auf dem Klavier vorzuspielen: »So nimm denn meine Hände.«⁹ Gegen neun Uhr verließ er das Haus mit der Bemerkung, er müsse weg.¹⁰

Zunächst suchte Oskar Brüsewitz seine Kirche auf, holte zwei Transparente heraus und stellte sie in seinen Wagen, der neuerdings die Aufschrift »Ev. Kirche Rippicha« trug. Die Transparente aus weißgestrichener Leinwand waren auf zwei große Holzrahmen aufgezogen. Die Untersuchungsabteilung der MfS-Betriebsverwaltung Halle fand noch am gleichen Tag Reste der Farbe auf seinem Wohngrundstück. Mit dem Bau der Holzrahmen mußte Oskar Brüsewitz etwa zehn Tage zuvor begonnen haben: Ein Fahrer hatte ihn dabei beobachtet, wie er Holz zurechtschnitt, und bei einem Besuch sah Pfarrbruder Rolf Heidel ihn in der Kirche auf einer Empore Plakate malen. Er hatte jedoch seinen Freund dabei nicht zusehen lassen. Daß die Transparente in der Kirche bemalt worden waren, wird auch durch die von der Untersuchungsabteilung des MfS unterhalb des Treppenaufsatzes gefundenen leeren Flaschen für rote und schwarze Farbe belegt. Nachdem Pfarrer Brüsewitz die Transparente verstaut hatte, fuhr er los. Er bemerkte dabei nicht seine Tochter Esther, die ihm auf dem Weg zur Kirche entgegenkam.¹¹

In einer Gaststätte in Droßdorf soll er gegen halb zehn Uhr leere Flaschen abgegeben haben. Während dessen hätte er angekündigt, wie sich IM »Willi Koch« später erinnerte, er werde nochmals Ende des Monats wegen der Bestellung von Getränken und Bockwürstchen, die er für eine geplante Feierlichkeit abgeben wolle, vorbeikommen. Weiter will der IM vom Pfarrer erzählt bekommen haben, der amtierende Bischof aus Magdeburg, Propst Friedrich-Wilhelm Bäumer, hätte ihn schon dreimal aufgesucht und mit ihm über seine Abberufung aus der Gemeinde Rippicha gesprochen. Sollte diese ausgesprochen werden, so will der IM den Pfarrer verstanden haben, so müsse er die Gemeinde binnen 24 Stunden verlassen, »anderenfalls erfolgt eine Ausweisung nach der BRD«¹².

Gegen zehn Uhr sei Pfarrer Brüsewitz mit dem Wagen aus Richtung Droßdorf angekommen, erinnerte sich eine Reinigungskraft in Rippicha; er habe den Wagen vor seiner Garage abgestellt und sei ins Wohnhaus gegangen. Bald darauf sei er wieder erschienen und auf sie zugekommen. Er habe ihr zwei verschlossene Briefumschläge mit der Bitte gegeben, sie möge beide nach Ablauf einer halben Stunde seiner Tochter Esther aushändi-

gen. Das habe sie verwundert, denn sowohl seine Tochter als auch seine Frau befanden sich im Haus. Auf dem Weg zu seinem Wagen wandte er sich noch einmal um und fragte, ob er ihr etwas aus der Stadt mitbringen könne. Sie verneinte, worauf sich Oskar Brüsewitz in den Wagen setzte, in Richtung des nahe gelegenen Teiches fuhr und dann nach Droßdorf abbog. Nachdem sie die Briefe in ihrer Wohnung abgelegt habe, sei sie selbst nach Droßdorf einkaufen gegangen. Danach habe sie gegen halb elf Uhr Esther Brüsewitz in den Hof gerufen und ihr die beiden Briefe gegeben.¹³

Esther öffnete einen Umschlag, dann stürzte sie ins Haus und übergab die Briefe ihrer Mutter: Es waren die Abschiedsbriefe von Oskar Brüsewitz an seine Familie und seinen Kirchenkreis,¹⁴ wobei er an den Pfarrkonvent gedacht haben wird.¹⁵

Währenddessen fuhr Pfarrer Brüsewitz mit seinem Wagen in die Innenstadt von Zeitz. »Es herrschte trockene warme Witterung«, hielt ein Oberleutnant des Volkspolizeikreisamtes Zeitz später fest, und »das Straßenpflaster war trocken. Es waren ca. 23 Grad Wärmetemperaturen zu verzeichnen.« In der Naumburger Straße hielt der Pfarrer vor einer roten Ampel, erinnerte sich ein vorbeifahrender Soldat der Nationalen Volksarmee. Etwa gegen 10.15 Uhr sei das gewesen, und aus dem geöffneten Autofenster habe er angeblich laut »Halleluja« gerufen. Brüsewitz fuhr die Rahnestraße entlang und parkte den Wagen vor dem Michaeliskirchhof, an der Fisch-, Ecke Leninstraße, wo die Fußgängerzone beginnt. Die Straße war belebt, und eine Reihe Passanten wurden Zeugen des weiteren Geschehens.¹⁶

Der Pfarrer stieg mit seinem Talar bekleidet, mit dem »Kleid des Siegers«, wie er es nannte, aus dem Auto, öffnete die Heckklappe, entnahm die beiden Transparente, stellte sie hintereinander rechts vom Wagen auf, daneben eine 20-Liter-Milchkanne, gefüllt mit Benzin. Nach den Folgen von Verbrennungen durch flüssige Brennstoffe wie Benzin oder Öl auf den menschlichen Körper hatte er sich Monate zuvor bei einer Ärztin erkundigt. Er entfernte sich etwa zwei Meter von seinem Wagen, betrachtete die Transparente und versuchte sie anschließend auf einem Dachgepäckträger, der aus zwei parallel liegenden Holzleisten bestand, so aufzustellen, daß sie von beiden Seiten aus zu sehen waren. Eines stand zunächst mit der Schrift nach unten, »so daß keiner



»Funkspruch an alle: die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an!« Das Schild auf dem Auto wurde sofort von der Volkspolizei entfernt. Weil alle Beobachter auf den brennenden Brüsewitz starrten, konnte sich kaum jemand an den Text erinnern. (Aufnahme der Stasi, © BStU)



*»Die Selbstverbrennung des Oskar Brüsewitz« Gemälde von
Mathias Koeppel, ohne Vorlagen 1976/77 nachempfunden.
© Haus am Checkpoint Charlie*

etwas richtig lesen konnte«, erinnerte sich eine Verkäuferin, Brüsewitz »stellte dies wahrscheinlich ebenfalls fest, denn er rückte dauernd an den Plakaten herum. Es ging alles so schnell.« Er »war wirklich nervös«.¹⁷

Ein Oberstleutnant des Volkspolizeikreisamtes, der dies aus fünfzig oder sechzig Meter Entfernung beobachtete, entschloß sich, einzuschreiten. Passanten versuchten, die Schrift auf den Transparenten zu lesen, und warteten, was weiterhin geschehen würde. In einem nahe liegenden Geschäft war man ebenfalls aufmerksam geworden, Kunden und Verkäuferinnen versammelten sich am Schaufenster oder gingen auf die Straße. Inzwischen war »ein ziemlich großer Menschauflauf« entstanden.¹⁸

Oskar Brüsewitz nahm die Milchkanne in beide Hände, goß das Benzin über seine Kleidung, ließ die Kanne fallen, wandte sich zur Seite, bückte sich und riß ein Streichholz an. »Es klang wie eine Verpuffung«, erinnerte sich ein Brigadier. Pfarrer Brüsewitz stand in Flammen, die drei bis vier Meter hochschlugen. Zugleich brannten das auf die Straße gelaufene Benzin und das Heckteil des Wagens. Menschen riefen nach der Feuerwehr und der Polizei, ein Volksarmist hörte Oskar Brüsewitz um Hilfe schreien. Der Brennende rannte in Richtung Superintendentur, die Menschen wichen zur Seite.¹⁹ Ein vorbeifahrender Personenwagen aus der Bundesrepublik stoppte, die Insassen sahen den Pfarrer und fuhren weiter. Der bereits erwähnte Brigadier stürmte auf den Pfarrer zu, versuchte, ihm den Talar vom Körper zu reißen. Zu gleicher Zeit sprang ein NVA-Soldat von seinem Krad und stellte Oskar Brüsewitz in Höhe der Telefonzelle ein Bein. Ein Busfahrer eilte mit einer Decke herbei und rief: »Hau dich hin!« Gemeinsam mit dem Soldaten versuchte er, die Flammen zu ersticken und den Pfarrer auf den Boden zu wälzen. Doch die Decke fing Feuer, woraufhin die beiden Männer dem am ganzen Körper Brennenden die Kleidung vom Körper herunterzureißen versuchten. Der Brigadier griff nach den Schuhen, aus denen noch Benzin lief.²⁰

Der Oberstleutnant, der alles verfolgt hatte, lief zusammen mit einer Verkäuferin, einer Pionierleiterin und dem CDU-Kreissekretär zur nächsten Volkspolizei-Dienststelle, informierte den Diensthabenden und die Feuerwehr und kehrte zurück. Endlich

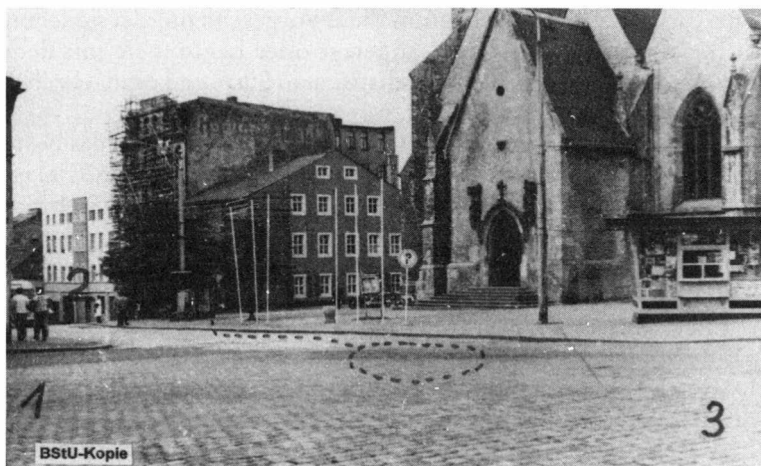
gelang es, die Flammen am Körper des Pfarrers zu ersticken. Die Volkspolizei leitete inzwischen »Sicherungsmaßnahmen und erste Ermittlungen« ein. Das Auto, das ein paar Meter weggeschoben worden war, brannte noch. Mit zwei Angehörigen der Volkspolizei eilte der CDU-Kreissekretär zum Michaeliskirchhof zurück, um auf die Transparente aufmerksam zu machen. Mit Hilfe des CDU-Kreissekretärs beseitigte die Polizei die Transparente. Auf dem einen Transparent stand »*Funkspruch an alle ... Funkspruch an alle ... Die Kirche in der D.D.R. klagt den Kommunismus an! wegen Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen*«; auf dem anderen »*Funkspruch an alle Funkspruch an alle Wir klagen den Kommunismus an: wegen: Unterdrückung der Kirchen in Schulen an Kindern und Jugendlichen!*«.²¹

Der CDU-Kreissekretär meinte gegenüber der Sekretärin des Kirchenkreises, die Texte werde kaum jemand gelesen haben, da sie sich nur kurze Zeit auf dem Auto befanden und eines zudem auf dem Kopf gestanden habe.²² Er sollte recht behalten. Doch die vorbeifahrenden Westdeutschen hatten die Plakate erstaunlich gut erfaßt. Mit Hilfe ihrer Beobachtung konnte das Anliegen von Oskar Brüsewitz später in der Bundesrepublik rekonstruiert werden.

Aus der Menschenmenge heraus rief jemand den Namen von Brüsewitz, der mit schweren Verbrennungen in Decken gehüllt dalag. Die Sekretärin der Superintendentur, die die Selbstverbrennung beobachtet hatte, lief zu ihm und sprach ihn an, doch Brüsewitz schwieg. Den Polizisten gegenüber bestätigte sie, daß dies Oskar Brüsewitz war. Pfarrer Schweidler hörte später, daß ein Zivilist, die Aktentasche unter dem Arm, an den auf dem Boden liegenden Brüsewitz herangetreten sei und zu einem anderen gesagt habe: »Das ist der Rippacher Pastor, wenn der durchkommt, schieben wir ihn ab.«

»Er sah uns wortlos an, blickte von einem zum anderen mit seinem verbrannten Gesicht, die gelblich pergamentfarbenen Hände in seinem Schoß«, beschrieb rückblickend ein anderer CDU-Funktionär aus Zeitz siebzehn Jahre später. Er war es auch, der Oskar Brüsewitz einen Stuhl herbeischaffte, auf dem dieser saß, bis sechs Minuten später der Krankenwagen eintraf. Der

CDU-Funktionär erinnerte sich noch gut daran, wie Oskar Brüsewitz aufstand und zum Krankenwagen ging. Inzwischen hatten sich am Rande der Fußgängerzone, auf den Fußwegen am Michaeliskirchhof, in der Rahnestraße und Fischstraße etwa dreihundert Menschen versammelt. Sie waren Zeugen des Fanals geworden, das der Pfarrer Oskar Brüsewitz hatte setzen wollen.²³



Der »Tatort« in Zeitz in einer Aufnahme der Stasi. Der gepunktete Kreis vor der Michaeliskirche markiert die Brandspuren an der Stelle, an der sich Brüsewitz entzündete. Die Linie zeigt den Weg, den der brennende Pfarrer auf die Superintendentur zulief.

II. Das Motiv – eine Spurensicherung

Pfarrer Oskar Brüsewitz störte den Frieden in Zeitz. Sein Entschluß, sich öffentlich in der Kreisstadt zu verbrennen, hat eine lange Vorgeschichte. Doch wann mündete die Konfliktspirale in die Entscheidungssituation, in der sich ihm nur noch diese eine Option anbot? Und wo beginnt diese Vorgeschichte? Ist sie schon in Brüsewitz' Sozialisation angelegt oder beginnt sie mit dem Beziehungsfeld zwischen sozialistischem Staat und evangelischer Kirche?

Bei Friedrich Engels ist zu lesen, »daß Verfolgungen das beste Mittel sind, mißliebige Überzeugungen zu befördern! Soviel ist sicher: Der einzige Dienst, den man Gott heutzutage noch tun kann, ist der, den Atheismus zum zwangsmäßigen Glaubensartikel zu erklären«²⁴. Die SED nahm es beim Aufbau des realen Sozialismus mit ihrem »Klassiker« so genau nicht, sie hatte andere Pläne. Die strategische Maxime in den siebziger Jahren lautete: »Eine hohe Übereinstimmung zwischen der Friedenspolitik der DDR und einem ständig zu profilierenden Friedensengagement der Kirchen« und »zum anderen die Freisetzung der Leistungsbereitschaft der Gläubigen für die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft« zu erreichen.²⁵ Der ehemalige Referent des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Horst Dohle, fand, man müsse bei der politischen Taktik »neben politischem Realitätssinn auch Augenmaß und den Blick für das den Kirchen in der jeweiligen Lage gerade noch Zumutbare« haben.²⁶ Das Zumutbare war – und das galt nicht nur für die Mitte der siebziger Jahre: Alle kirchenpolitischen Fragen so zu entscheiden, »daß die vernünftigen Kräfte gestärkt und reaktionäre geschwächt werden«²⁷. In der sozialistischen Wortlandschaft wurde »reaktionär« mit »negativ« bzw. »feindlich-negativ« gleichgestellt. Oskar Brüsewitz galt als »negativ«, sein Einfluß sollte entsprechend der von der SED gesetzten politischen Vorgabe geschwächt werden. Die instrumentelle Gestaltung, Koordinierung und Planung war dem MfS vorbehalten, die Realisierung den »staatlichen Organen«, den dafür bereitstehenden gesellschaftlichen Kräften sowie den »Inoffiziellen

Mitarbeitern«, die unerkannt Informationen gewannen, verbreiteten und gezielte Aktivitäten entfalteten. Wie das MfS grundsätzlich vorging, läßt sich anschaulich belegen, allerdings gegenwärtig noch nicht für den Fall des Pfarrers Oskar Brüsewitz. Diese Unterlagen konnten bisher nicht aufgefunden werden, doch liegen eine Reihe Hinweise vor, die vermuten lassen, daß Oskar Brüsewitz von der Staatssicherheit »bearbeitet« worden ist. Nachweislich schon 1956 sammelte die MfS-Bezirksverwaltung Leipzig Berichte über den gelernten Schuhmacher, die ihn in einem »Operativvorgang ›Sekten« führte. Anschließend beobachteten ihn die Volkspolizeikreisämter in den Kreisen Weißensee und Sömmerda; von 1961 an wurde aus Sicht des MfS eine »Bearbeitung« erforderlich, wonach einzelne Maßnahmen in einem Operativplan zusammengefaßt werden sollten. Fünf Monate später verständigten sich das Volkspolizeikreisamt Sömmerda und die MfS-Kreisdienststelle darauf, daß die Volkspolizei Brüsewitz' Engagement in der »Sekte ›Gnaudauer Gemeinschaftswerk« und das MfS selbst die Person Brüsewitz beobachten sollte. Das ahnte der Bürgermeister von Weißensee wohl nicht, als er das MfS darum bat, den Fall Brüsewitz zu untersuchen. Der wiederum spürte das, denn er fühlte sich von »Partisanen gejagt«. Oskar Brüsewitz wurde zum »operativen Material«.

Diese Sammelbezeichnung meinte in der Regel, daß dem MfS überprüfte bzw. teilweise überprüfte und verdichtete Erkenntnisse vorlagen, die als »operativ bedeutsam« bewertet wurden, für die im weiteren aber noch »operative Aktivitäten und Maßnahmen erforderlich« waren.²⁸ Dies bedeutet nicht nur, daß seine Post kontrolliert, sondern auch, daß »zur Schaffung von Zeugen und Beweismaterial« ermittelt werden sollte, um Angaben über die »feindliche Tätigkeit« zu erhalten. »Die vorhandenen IM in Weißensee«, so heißt es weiter, »werden speziell in die Richtung der Person B[rüsewitz] eingesetzt«, wobei gelernte Volkspolizeihelfer und IM der Operativgruppe des Volkspolizeikreisamtes herangezogen werden sollten. Am 13. Juli 1964 wurde ein »Vorlauf Operativ« angelegt, der unter dem Gesichtspunkt der »Hetze« Brüsewitz genauer untersuchen sollte. Der Schuhmacher müsse zunächst »politisch isoliert werden«, wozu es notwendig sei, »daß die gesellschaftlichen Organisationen gegen

Brüsewitz in die politische Offensive kommen. Er muß entlarvt werden, damit er nicht in den Augen der Menschen als Märtyrer für seine religiöse Idee steht.«²⁹ Mit Brüsewitz' Besuch der Predigerschule in Erfurt erledigte sich dies jedoch vorerst, die Akte wurde »bis zur Beendigung des Schulbesuches des B[rüsewitz] vorläufig« geschlossen.³⁰

Auch in Zeitz fiel Oskar Brüsewitz dem MfS auf. Der IM »Romeo«, eine Zeitzer Kirchenangestellte, wurde am 11. Februar 1970 vom MfS angewiesen, »das weitere Auftreten und Verhalten« des Pfarrers zu verfolgen und »hierzu konkrete Informations-tätigkeit« zu entfalten. Zugleich wurde der IM beauftragt, Interesse an der Aktivierung der Jugendarbeit von Oskar Brüsewitz zu zeigen, »um unter diesem Aspekt konkrete Feststellungen treffen zu können«³¹. Bald schon wurde das MfS initiativ. Es fanden diverse Handlungen statt, deren genauere Hintergründe gegenwärtig unbekannt sind.³² Mit seinen Aktivitäten zur Evangelisation blieb Brüsewitz »operativ« eine »interessierende Person« für die MfS-Kreisdienststelle Zeitz. Im Jahre 1971 kamen Erwägungen auf, mit »Gegenmaßnahmen seitens staatlicher Organe« auf den Pfarrer zu reagieren.³³ Im Mai 1972 wurde »aufgrund verschiedener Vorkommnisse« bei einer Besprechung zwischen dem Rat des Kreises Zeitz, einem Oberkirchenrat und dem Superintendenten die Forderung erhoben, »Brüsewitz aus dem Kreis Zeitz zu entfernen«, doch der Oberkirchenrat bat darum, davon Abstand zu nehmen.³⁴ IM »Romeo« war gehalten, die Reaktion von Oskar Brüsewitz darauf zu ermitteln.³⁵ Die SED-Kreisleitung Zeitz wurde von ersten Konflikten zwischen dem Superintendenten und Brüsewitz informiert.³⁶ Der Pfarrer wurde erneut zum »operativen Material«.

Eine der Maßnahmen bestand darin, daß ein »inoffizieller Mitarbeiter« zur Bearbeitung des Oskar Brüsewitz gesucht wurde. 1974 war es soweit, IM »Willi Koch« wurde zur »operativen Kontrolle des Pastors Brüsewitz geworben«³⁷. Der IM erhielt am 6. Dezember 1974 den Auftrag, zur politisch-operativen Kontrolle der »Person Brüsewitz« beizutragen. Dabei interessierten folgende Fragen: »Welche Personen unterhalten Verbindungen zur Person B[rüsewitz]? Welchen Inhalt und Charakter tragen diese Verbindungen, wie steht B[rüsewitz] selbst dazu, welchen Wert mißt er diesen zu? Welche Aktivitäten gehen von der Person

B[rüsewitz] aus, welchen Einfluß hat er auf wen?“³⁸ Und der IM lieferte Einschätzungen zu Menschen, die mit Oskar Brüsewitz in Kontakt standen (wie am 5. April 1975) oder »gab entsprechend seines Auftrages einen Bericht« zu Brüsewitz (so am 25. November 1975). Die vom IM »Willi Koch« erhaltenen Erkenntnisse wurde innerhalb des MfS ausgewertet und an die »Linie XX« (Staatsapparat, Kirche, Kunst, Kultur und Opposition) weitergegeben. Vom Winter 1975 an schenkt das MfS Oskar Brüsewitz offensichtlich größere Aufmerksamkeit, denn IM »Willi Koch« erhielt zu dem gewöhnlichen Auftrag des Aufklärens von »Auftreten und Umgangskreis sowie Aktivitäten des Brüsewitz« eine zusätzliche Anweisung: »Bei erscheinenden Aktivitäten erfolgt Sofortinformation« an die Dienstseinheit. »Zur Person B[rüsewitz] wurde dem IM der konkrete Ifo.-Bedarf [Informationsbedarf] mitgeteilt und instruiert, in welchem Fall sich eine Sonderinformation erforderlich macht. Der IM wurde über die feindlichen Aktivitäten hinsichtlich der §§ 105 [Staatsfeindlicher Menschenhandel] und 213 StGB [Ungezüglicher Grenzübertritt] und mit den entsprechenden Erscheinungsformen vertraut gemacht.«³⁹ Welche Intention mag den MfS-Mitarbeiter und seine Dienststelle bewegt haben, diesen IM derart für Oskar Brüsewitz zu sensibilisieren? Was lief dort im Hintergrund?

Einige Hinweise sprechen dafür, daß das MfS in Zeitz bereits Maßnahmen in Sachen Oskar Brüsewitz beschlossen hatte. Etwa in der Art wie bei dem Zeitzer Pfarrbruder, zu dem es heißt: »Weitere Zurückdrängung des negativen Einflusses des Pfarrers sowie Durchsetzung weiterer Zersetzungsmaßnahmen mit dem Ziel, die Umsetzung des Pfarrers nach Thale herbeizuführen.«⁴⁰ Und in Ergänzung dazu ist die Rede von der Einbeziehung des Rates des Kreises Zeitz, Abteilung Inneres (IM »Prager«), zur »Realisierung von offensiven Zersetzungsmaßnahmen«⁴¹ und zur »Verunsicherung«⁴² eines weiteren Zeitzer Pfarrers: »Nutzung der offiziellen Verbindungen zum Kreiskirchenamt zur Durchsetzung der operativen Interessen des MfS.«⁴³

Als unmittelbarer, zumindest aber als befördernder Anlaß kann Brüsewitz' Aktion in der Innenstadt von Zeitz Anfang August 1975 gewertet werden, als seine »Provokation« mit einer Schlappe für die örtlichen Organe endet (vgl. S. 86). Der Staat

reagierte gereizt, und in der Folge wurden mit dem Vorsitzenden des Kreiskirchenamtes Zeitz, Superintendent Joachim Hildebrandt, mehrere Aussprachen durchgeführt mit dem Ziel, die »öffentlichkeitswirksamen Bravourstücke« zu unterlassen. Der Superintendent nahm sich der Sache an. IM »Prager« zählte ihn zu den »loyalen Kräften der Kirche«⁴⁴, was wohl auch begründet war, denkt man über die »herzlichsten Glückwünsche« an den Zeitzer Kreisiratsvorsitzenden »zum 25. Jahrestag unseres Staates«, die der Kirchenmann übermittelte.⁴⁵ Er bat Brüsewitz eindringlich, er möge von seinen Aktionen, die er nicht billige, Abstand nehmen. Dies wurde »jedoch nie durch Brüsewitz ernstgenommen«⁴⁶.

Im September 1975 brannte die Scheune von Oskar Brüsewitz ab. Die Brandursache blieb für ihn unklar, »sie beunruhigte Brüsewitz tief«.⁴⁷ Dazu kam, daß nach seiner Aktion in der Zeitzer Innenstadt die in der Bevölkerung vorhandene Bewunderung für ihn in Ablehnung umschlug, zugleich tauchten erste Versetzungsgerüchte auf, er fühlte sich zunehmend isoliert.⁴⁸

Nicht nur der Rat des Kreises und die örtlichen kirchlichen Stellen beschäftigten sich mit der August-Aktion, sondern auch die Kirchenleitung in Magdeburg. Oskar Brüsewitz wurde zu Propst Friedrich-Wilhelm Bäumer gebeten, es kam am 13. Oktober 1975 zu einer Aussprache. Seine Situation in Zeitz beschrieb er in Magdeburg als »Kesselschlacht«⁴⁹. »Er fühlte sich«, wie Jochen Desel erläutert, »von allen Seiten angegriffen und eingeschlossen.«⁵⁰ Propst Bäumer versuchte, von Oskar Brüsewitz die Zusage zu erhalten, von symbolischen Aktivitäten wie der im August 1975 abzusehen. Pfarrer Brüsewitz sagte zu,⁵¹ und auf den ersten Blick schien es zunächst so, als sei die staatliche Erwartungshaltung sowohl vom Superintendenten als auch vom Propst voll übernommen und weitervermittelt worden.

Doch es kam anders. Der Zeitzer Kreiskirchenrat ging von der Annahme aus, daß es bei Pfarrer Brüsewitz finanzielle Ungeheimheiten in der Amtsführung gäbe. Der Kreiskirchenrat plante deshalb eine Visitation im Kirchspiel Droßdorf-Rippicha. Am 10. Dezember 1975 faßte der Kreiskirchenrat »auf Bestrebung« des Superintendenten einen entsprechenden Beschluß, daß im September 1976 die Visitation stattfinden sollte.⁵² Obgleich eine

Visitation, formal gesehen, die Gemeindegarbeit verbessern sollte, ist nicht gänzlich auszuschließen, daß sich dahinter unterschwellig auch das Bedürfnis des Kreiskirchenrates verbarg, dem Pfarrer auf die Finger zu schauen, möglicherweise in der vagen Hoffnung, daß ihn dies disziplinieren möge.

Oskar Brüsewitz reagierte außerordentlich empfindlich auf diese Maßnahme.⁵³ Er hatte bereits Erfahrungen mit Visitationen. Während seiner Vikarzeit in Spören hatte er persönlich eine Visitation erlebt. Anlaß waren seinerzeit Verstimmungen mit der ihn betreuenden Pastorin, doch eine Maßregelung erfolgte nicht.⁵⁴ Ab 1974 gehörte er selbst einer solchen Visitationskommission an, die er als belastend für den betroffenen Pfarrer empfand.⁵⁵ Nun selbst ins Visier geraten, reagierte er scharf und sah darin eine absichtliche »Schnüffelei« der Kirchenleitung und setzte ihre Arbeitsweise mit der der Staatssicherheit gleich.⁵⁶ Offensichtlich interpretierte Oskar Brüsewitz die Visitationsabsicht so, als würde sich in diesem Falle das kirchliche Begehren mit den Erwartungen des Staates decken. Er meinte, so Jochen Desel, »auch die Kirche werde dem Staat hörig«⁵⁷. Pfarrer Brüsewitz wehrte sich, schrieb an das Konsistorium und beklagte die angestrenzte Visitation, doch die Beschwerde scheint vom IM »Detlef«, der diese als Kirchenjurist bearbeitete, lediglich zur Kenntnis genommen worden zu sein.⁵⁸

Oskar Brüsewitz, beunruhigt über diese Entwicklung, gab noch nicht auf. Sich in einer »Kesselschlacht« wädhend, ging er zum Angriff über, er »stürmte«. Im März 1976 führte er die nächste öffentlichkeitswirksame Aktion in Wildschütz durch (vgl. S. 89). Wiederum gab es Aussprachen. Wohl in der Art, wie sie der Rippichaer Pfarrer am 12. Januar 1976 beim Rat der Gemeinde Droßdorf erlebte, als er gehalten wurde, »die gesetzlichen Bestimmungen unseres Arbeiter- und Bauernstaates einzuhalten. [...] Es kann eingeschätzt werden, daß die Aussprache im Interesse unseres Arbeiter- und Bauernstaates durchgeführt wurde.«⁵⁹ Die Hallenser SED-Bezirksleitung fühlte sich durch Brüsewitz provoziert und stimmte bereits »geeignete Maßnahmen gegenüber Brüsewitz und dem Probst des Kirchenkreises Zeitz [...] mit den staatlichen Organen« ab.⁶⁰ Aussprachen gab es auch zwischen dem Rat des Kreises Zeitz und dem Superintendenten einerseits

und Oskar Brüsewitz andererseits. In der Folge kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen dem Superintendenten und Pfarrer Brüsewitz.⁶¹ Das Verhältnis beider war denkbar schlecht, zumal, so wußte IM »Detlef« zu berichten, der Superintendent »aufgrund des Verhaltens von Pfarrer Brüsewitz viele Schwierigkeiten durch die staatlichen Stellen bekommen hat und auch in der theologischen Auffassung Unterschiede bestehen«⁶².

Der Rat des Kreises Zeitz sowie der Rat des Bezirkes Halle drängten die evangelische Kirche zu einer Versetzung des Pfarrers Brüsewitz, verlangten von ihr also de facto ein förmliches Disziplinarverfahren, vor dem dieser selbst »größte Angst« hatte.⁶³ Brüsewitz wollte nicht, »daß die Kleingläubigkeit und daß die Feigen die Sieger sein sollten«, wenn er ginge.⁶⁴ Hier mag die Position des Generalsuperintendenten Paul Blau durchscheinen, über den er seine Examensarbeit geschrieben hatte. Dieser stand seinerzeit vor der Frage, »ob zu bleiben oder in das verbleibende Deutschland abzuwandern sei«. Blau entschied, daß es selbstverständliche Pflicht sei, dazubleiben, weil »wenn ich ginge, mein Beispiel viel Nachahmung finden würde«⁶⁵.

Für die evangelische Kirche hätte es im Prinzip ohne Belang sein dürfen, welche Erwartungshaltung staatliche Stellen bezüglich ihrer Personalpolitik hatten. Die Frage stand, ob sie sich im Frühjahr 1976 diese Erwartung zu eigen machen würde, ob sie also im Sinne eines entspannten und ungestörten Staat-Kirche-Verhältnisses oder Gemeindelebens nachgeben würde oder nicht. Die MfS-Kreisdienststelle Zeitz dürfte, sollte sie Oskar Brüsewitz offensiv »bearbeitet« haben, zufrieden mit der Entwicklung gewesen sein. Sie hätte eine gewisse Differenzierung innerhalb der örtlichen Kirchengremien sowie eine Isolierung und Verunsicherung des Pfarrers Brüsewitz verzeichnen können.

Ein entsprechender Maßnahmenplan – bisher liegt er uns nicht vor – mochte so lauten, wie es in dem Maßnahmenplan für einen Zeitzer Pfarrbruder von Oskar Brüsewitz heißt: Es ist ein »anonymer Brief« an den Rat des Kreises, Abteilung Inneres, zu verfassen, der für »eine Aussprache« mit dem zuständigen Superintendenten zu nutzen sei. Der Inhalt des Briefes ist so zu gestalten, daß darin einem Zeitzer Pfarrer Nachteiliges vorgeworfen wird. Bei der besagten Aussprache soll der zuständige Superintendent

»Kenntnis erhalten vom 1. derartigen Brief. Es ist zu prüfen, ob ein derartiger »anonymer Brief« an die Kirchenleitung in Magdeburg geschickt wird. Durch Inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen »im Wohnbereich des [REDACTED] sind »Gerüchte« in Umlauf zu bringen [...]. Durch Einsatz des F[ührungs]-IM »Gerhard« ist der Gemeindekirchenrat Zeitz/Aue aufzuklären«⁶⁶. Weiterhin gehörte es zum Repertoire des MfS Zeitz, mit dem Zeitzer Pfarrer so umzuspringen: »Durch gezielten Einsatz des FIM »Gerhard« werden über die Personen [REDACTED] Wahrheiten, Halbwahrheiten und Gerüchte über den [...] Lebenswandel des [REDACTED] verbreitet.«⁶⁷

Tatsächlich wurden im Fall Brüsewitz in den Tagen vom 16. bis zum 20. April 1976 »anonyme Briefe« an den Vorsitzenden des Kirchenkreises Zeitz, Joachim Hildebrandt, an das Konsistorium in Magdeburg und noch an andere Personen geschrieben.⁶⁸ Im Brief an den Superintendenten Hildebrandt heißt es: »Ich bitte um die Hilfe unseres Herrn Jesus Christus in Ihrer Person, daß Sie uns von diesem Übel erlöse, damit man uns nicht in Versuchung bringt. Ich glaube, Hochwürden, daß Sie als Vorsitzender des Kirchenkreises Zeitz einiges unternehmen, damit das Ansehen unserer christlichen Gemeinde nicht noch mehr geschädigt wird. Aus Angst vor Pfarrer Brüsewitz [...] möchte ich meinen Namen nicht nennen.«⁶⁹ Diesen anonymen Schreiben war der Wunsch gemeinsam, daß Pfarrer Brüsewitz entfernt werden möge. Die frömmelerische Diktion zeichnete sich durch »gravierende Unkenntnis einfachster kirchlicher Gepflogenheiten«⁷⁰ aus. Exakt waren jedoch die Anschriften.

Der Druck auf Oskar Brüsewitz stieg.⁷¹ In diesen Frühjahrstagen muß es zu einer Begegnung zwischen dem Rat des Kreises Zeitz, Abteilung Inneres, und ihm gekommen sein. »Pfarrer Brüsewitz hat ja vom Rat des Kreises«, so erinnerte sich ein Zeitgenosse, »die Aufforderung erhalten, er solle doch nach dem Westen gehen, wenn es ihm hier nicht paßte«⁷².

Näheres über den tatsächlichen Gesprächsinhalt wird kaum in Erfahrung zu bringen sein, denn die entsprechenden Unterlagen wurden, laut Auskunft des Zeitzer Kreisarchives, 1982 »kassiert«, also »gelöscht«.

Der MfS-Kreisdienststelle Zeitz waren solcherlei Überlegun-

gen durchaus nicht fremd. Bezüglich eines Zeitzer Pfarrbruders findet sich in den MfS-Unterlagen der Vermerk: »Trotz der auftragsgemäßen Einflußnahme des IM ›Hans Richter‹ auf den Pfarrer [REDACTED], unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Übersiedlung nach der BRD zu beantragen, lehnte [REDACTED] dieses mehrfach konsequent ab.«⁷³

Tatsächlich wird die Familie Brüsewitz die Frage einer Ausreise oder einen Pfarrstellenwechsel wohl geprüft, sich jedoch letztlich dagegen entschieden haben. Nunmehr erst wird erklärbar, daß nur vier Tage nach den abgeschickten anonymen Briefen der IM »Willi Koch« am 24. April 1976 instruiert wurde, besonders auf Anzeichen für einen »illegalen Grenzübertritt« zu achten.

Oskar Brüsewitz schwankte. Einerseits traf er alle Vorbereitungen für eine Visitation, gar für eine von ihm befürchtete Versetzung, indem er den Hof, die Schränke im Pfarrhaus und anderes in Ordnung brachte⁷⁴, andererseits entzog er sich dem Druck von Staat und Amtskirche. Er überlegte, ob er ein weiteres Mal »stürmen« sollte, deutete einen 3-Stufen-Plan an, dessen erste Stufe seine August-Aktion gewesen sei, die der Staat als Niederlage hatte verbuchen müssen. Dann wieder gab er sich dem Skatspiel hin und ließ in seinen Gemeindeaktivitäten merklich nach.

Doch der Rat des Kreises Zeitz, der Drosdorfer Bürgermeister⁷⁵ und der Rat des Bezirkes Halle drängten auf die Versetzung von Oskar Brüsewitz auf eine andere Pfarrstelle. Am 21. Mai 1976 kam es zu einer entsprechenden Aussprache zwischen dem Rat des Bezirkes und der evangelischen Kirchenleitung.⁷⁶ Propst Bäumer hielt fest: »Ich habe zugesagt, mit Pfarrer Brüsewitz ernsthaft erneut zu reden.« Der stellvertretende Vorsitzende der Abteilung Inneres, Theo Pöhner, bat »dringlich darum«, die Kirchenleitung möge eine »grundlegende Änderung« herbeiführen.⁷⁷ Die SED-Vertreter empfahlen dem Konsistorium in Magdeburg, »ihn aus Rippicha abzuverufen« aufgrund »seiner politisch negativen und staatsfeindlichen Grundeinstellung«⁷⁸. Einem Protokoll von Oberkonsistorialrat Harald Schultze ist die folgende Behauptung von Pöhner auf einer Besprechung zu entnehmen, der vom anwesenden Bäumer nicht widersprochen worden war: »Bäumer warf er besonders vor, daß er im Gespräch vom Mai 1976 mit ihm sich

über Brüsewitz sehr viel kritischer geäußert habe, als es nach dem 18.8. von der Kirche öffentlich geschehen sei. Man könne hier Bäume in eine schwierige Lage bringen, indem man das öffentliche, was er damals gesagt habe – allerdings sei es nicht seine Art, sich bei diesen Gesprächen Aufzeichnungen zu machen.«⁷⁹

Einen Beschluß zur Versetzung im kirchenjuristischen Sinne gab es zu diesem und wohl auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht.⁸⁰ Aber an der Einstellung der Kirchenleitung zu Oskar Brüsewitz dürften kaum Zweifel bestehen, wie nicht zuletzt aus einer Mitschrift hervorgeht, die während einer kircheninternen Beratung am 1. September 1976 angefertigt worden ist. Dort wird eine Äußerung von Bischof Werner Krusche mit den Worten wiedergegeben: »Bei B[rüsewitz] war die Grenze erreicht. Wir mußten ihn wegnehmen.«⁸¹ Der freien Entscheidung des Pfarrers waren damit sicherlich enge Grenzen gesetzt.

Vor Ort ging der Streit weiter. Jeder Schritt von Oskar Brüsewitz wurde vom MfS aufmerksam beobachtet. Die Zeitzer Kirchenangestellte IM »Romeo« wußte am 18. Mai 1976 zu berichten, daß es zwischen Superintendent Hildebrandt und Pfarrer Brüsewitz zu Auseinandersetzungen über die geplante Visitation gekommen war: »Oskar Brüsewitz weigerte sich jedoch, er gestattet es nur, wenn eine höhere Instanz dabei ist (Bischof oder Propst)«. Der zuständige Superintendent ließ sich »nicht beirren und droht mit einem Disziplinarverfahren, wenn sich Brüsewitz weigert. Das Ergebnis der Visitation wäre abzuwarten (evtl. Abgang)«. »Es wäre noch zu erwähnen«, fuhr IM »Romeo« fort, daß der zuständige Superintendent »sehr strenge mit Brüsewitz verfährt, weil er vieles nicht für gut hält.«⁸² Derlei Konflikte schlugen bei Oskar Brüsewitz auf die Gesundheit. Im Mai 1976 fuhr er zu einer Herzkur nach Bad Liebenstein.⁸³

Nach der Kur organisierte Pfarrer Brüsewitz keine Veranstaltungen mehr, verpachtete Kirchengrundstücke an die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft und verkaufte seinen gesamten Viehbestand. Als ihn IM »Willi Koch« nach seinen Motiven fragte, erhielt er die resignierte Antwort, »daß es nichts mehr bringt«⁸⁴. Ende Juni 1976, reichlich drei Monate vor der gefürchteten Visitation, fand eine Sitzung der Visitationskommission statt. Anschließend erklärte Pfarrer Brüsewitz, er werde bezüglich sei-

nes 3-Stufen-Planes die zweite Stufe überspringen und »gleich Stufe 3 wählen«⁸⁵. Für die Beteiligten blieb undeutlich, was Oskar Brüsewitz damit sagen wollte.

Die MfS-Kreisdienststelle Zeitz, die die Vorgänge um Oskar Brüsewitz beobachtete, konnte mit Hilfe des IM »Romeo« registrieren, daß die, aus Sicht des betroffenen Pfarrers befürchtete, angedrohte Versetzung immer näherrückte. Vorstellbar wäre eine Maßnahme für ihn, wie sie etwa für einen anderen Zeitzer Pfarrer beschlossen wurde: »Durch Einflußnahme des IM ›Hans Richter‹ im persönlichen Gespräch mit dem Bischof« sei erreicht worden, daß die bestehende Meinung des Bischofs »zum Pfarrer [REDACTED] erhärtet wurde«. Der Bischof werde »konkrete Schritte« gegen den [REDACTED] einleiten.« Ebenfalls brachte das MfS in Erfahrung, daß der in Zeitz zuständige Superintendent dem Pfarrer [REDACTED] deutlich machte, »daß er eine Ablösung des [REDACTED] aus dem kirchlichen Dienst für notwendig erachtet und diese befürwortet«⁸⁶.

Entscheidend war für das MfS, daß es selbst nie öffentlich in Erscheinung trat, sondern durch geschickte Maßnahmen offizieller Stellen und »Inoffizielle Mitarbeiter« eine Konstellation herbeiführte, die es der evangelischen Kirche aus verschiedenen Erwägungen, aber auch um des Friedens mit dem Staate willen notwendig erscheinen ließ, das insgeheim vom MfS initiierte Vorgehen quasi, und ohne es so zu reflektieren, als eigenes Anliegen zu realisieren.

Der staatliche Druck auf die evangelische Kirche wuchs. »Die politischen Instanzen«, so Jochen Desel, »waren nicht mehr bereit nachzugeben.«⁸⁷ Die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen paßte sich, so wird es Oskar Brüsewitz empfunden haben, der staatlichen Erwartungshaltung an, als am 23. Juli Propst Friedrich-Wilhelm Bäumer die Familie Brüsewitz in Zeitz aufgesucht hat. Dieses Gespräch können heute lediglich Propst Bäumer und Christa Brüsewitz bezeugen.⁸⁸ Bäumer, so war über das Konsistorium zu erfahren, habe dieses als seelsorgerliches Gespräch verstanden und folglich keinen Vermerk verfaßt.⁸⁹ Später schrieb er über diese Begegnung:

»Als ich am 23. Juli 1976 nach Rippicha fuhr, um mit dem Ehepaar Brüsewitz über einen Wechsel der Pfarrstelle und über

konkrete Vorschläge zu sprechen, stand mir die Vorgeschichte mit ihren vielfältigen Aspekten vor Augen. Ich fand freundliche Aufnahme im Pfarrhaus. Wir konnten an frühere Begegnungen anknüpfen. In meiner Erinnerung bleibt dieses Gespräch davon bestimmt, daß wir in aller Offenheit über die verschiedenen Zusammenhänge unseres Anliegens sprechen und dabei abwägen konnten, wie wir uns verhalten sollten. Sowohl die Verhältnisse in Gemeinde und Kirchenkreis als auch die Auseinandersetzungen mit den staatlichen Organen sind zur Sprache gekommen, natürlich auch die Forderung einer Versetzung, die der Rat des Bezirkes Halle an die Kirchenleitung gerichtet hatte. War es recht, nach all den Jahren einer intensiven Arbeit in den Gemeinden an eine Veränderung zu denken? Ich kann mich nicht daran erinnern, daß Bruder Brüsewitz grundsätzliche und schwerwiegende Einwände geäußert hat. Wohl aber war zu spüren, wie eng er sich mit seinem Dienst in den Gemeinden verbunden wußte. Aber das Angebot eines Neuanfangs an anderem Ort wurde nicht abgewiesen. Er versprach, sich bald mit den in Aussicht genommenen Pfarrstellen zu befassen und sich über die Voraussetzungen dort zu informieren.«⁹⁰

Propst Bäumert habe mitgeteilt, so der Brüsewitz-Biograph Jochen Desel, daß der Rat des Bezirkes Halle darum gebeten habe, »Brüsewitz an anderer Stelle zu beschäftigen. Die Kirchenleitung hielt es für ratsam, dem Wunsch der staatlichen Stellen nachzukommen. Für Brüsewitz ergebe sich so die gute Gelegenheit zu einem neuen Anfang.«⁹¹

Martin Onnasch, als Dozent am Katechetischen Oberseminar Naumburg tätig, der von der Kirchenleitung beauftragt wurde, eine Ausarbeitung über Oskar Brüsewitz zu schreiben, hielt fest: »Bäumert verschwieg das Verlangen des Rates des Bezirkes Halle nicht, Brüsewitz aus dem Kreis fortzunehmen. Aber er versuchte deutlich zu machen, daß das Konsistorium aufgrund seiner Schwierigkeiten einen Wechsel für ratsam hielt. Brüsewitz sollte einen neuen Anfang machen können.«⁹²

Auch das MfS hielt sich auf dem laufenden: »Soweit bekannt wurde«, so der Leiter der MfS-Kreisdienststelle Zeitz am 18. August 1976, »soll an Brüsewitz das Ersuchen herangetragen« worden sein, »persönlich seine Versetzung zu beantragen«⁹³. An an-

derer Stelle heißt es in diesem Ermittlungsbericht, es liege »eine Information beim Rat des Kreises Zeitz vor, die beinhalte, daß Pfarrer Brüsewitz im Jahre 1976 von seiner Tätigkeit als evang[elischer] Pfarrer [aus Droßdorf-Rippicha] abberufen werden soll«⁹⁴.

Dieses Gespräch muß Oskar Brüsewitz nachhaltig beeindruckt haben. Am Tag seiner öffentlichen Selbstverbrennung hatte er, nach gegenwärtigem Kenntnisstand, nur mit einer Person außerhalb seiner Familie gesprochen. Wie in einem Telex der MfS-Kreisdienststelle Zeitz vom 19. August 1976 berichtet wird, suchte er IM »Willi Koch« auf und erzählte diesem, daß er, »wenn die Versetzung ausgesprochen ist, innerhalb von 24 Stunden seine Gemeinde verlassen muß, sonst würde er nach der BRD ausgebürgert.« Der [stellvertretende] Bischof hätte, so die »Quelle«, »solch eine Forderung gestellt«⁹⁵. Mit seinen lebensgefährlichen Verbrennungen im Krankenhaus liegend, wies Brüsewitz in den eigenen Worten, die er sprach, auf diese Begegnung hin und sagte dem unwissenden Arzt: »Er opfere sich im Kampf gegen den Kommunismus. Vor einiger Zeit sei bei ihm der Bischof [sic!] gewesen, der ihm seine Versetzung mitgeteilt habe.«⁹⁶

Obgleich Oskar Brüsewitz anfangs diesem Begehren zustimmte – allerdings mit dem Wunsch, daß dafür die Visitation entfallen solle⁹⁷ –, deutet vieles darauf hin, daß er sich als jemand empfand, der von seiner Kirche fallengelassen worden sei. Es scheint ganz so, daß Brüsewitz das Gefühl hatte, seine Kirche habe sich mit dem Schritt, ihm den Wechsel zu einer anderen Pfarrstelle nahezulegen, zum Handlanger staatlicher Interessen hergegeben. Sein Entschluß, gegen die staatliche Kirchenpolitik ein Zeichen zu setzen, stand wahrscheinlich bald nach dem Gespräch mit Propst Bäumer fest. Die Spirale der Konflikte hatte für ihn ihren Endpunkt erreicht. Pfarrer Brüsewitz sah für sich offenbar keine andere Alternative: Die letzte Stufe des »3-Stufen-Plans« war erreicht, und so begann er heimlich mit der Vorbereitung seiner öffentlichen Selbstverbrennung, zu der er sich »langsam durchgerungen« hatte.⁹⁸

»Es konnte inoffiziell erarbeitet werden«, hielt die MfS-Kreisdienststelle Zeitz zu einem anderen Zeitzer Pfarrer fest, »daß [REDACTED] aufgrund dieser Ereignisse den Kreis Zeitz bis zum

Winter verlassen wird.«⁹⁹ An anderer Stelle heißt es in einem Bericht der MfS-Kreisdienststelle Zeitz: »Durch geeignete Zeretzungsmaßnahmen blieb nur noch Pfarrer [REDACTED] übrig, doch ist seine Versetzung ebenfalls schon ausgesprochen.«¹⁰⁰

Das MfS ließ Oskar Brüsewitz nicht mehr aus den Augen. IM »Willi Koch« erhielt am 27. Juli 1976 den Auftrag: »Ständige Erarbeitung von Ifo. [Informationen] zur Person Brüsewitz. [...] Durch direkten Kontakt bzw. Abschöpfung 3. Personen soll IM Einflußnahme des B[rüsewitz] bzw. op[erativ] interessante Aktivitäten erarbeiten.«¹⁰¹

Oskar Brüsewitz versuchte, alltägliche Normalität zu demonstrieren und nebenher seinen Plan umzusetzen. Er inspirierte sich für sein Vorhaben durch die wiederholte intensive Lektüre des Buches »Priester vor Hitlers Tribunalen«¹⁰². Dieses Werk hat entscheidend seinen Abschiedsbrief an den Pfarrkonvent des Kirchenkreises Zeitz inspiriert. Dort schrieb Brüsewitz: »Obwohl der scheinbare Friede, der auch in die Christenheit eingedrungen ist - zukunftsversprechend ist, tobt zwischen Licht u. Finsternis ein mächtige[r] Krieg. Wahrheit u. Lüge stehen nebeneinander.«¹⁰³ Schon der erste Satz des Vorwortes des genannten Buches weist auf die »Blutzeugen der Kirche« hin, »die im Kampf gegen die »Mächte der Finsternis« ihr Leben als Opfer angeboten haben – für uns, die Lebenden«. Während Benedicta Kempner unter Finsternis den Nationalsozialismus verstand, zielte Oskar Brüsewitz auf den Kommunismus ab. »Er opfere sich für den Kampf gegen den Kommunismus«, so – wie erwähnt – seine Worte an den Arzt, der den vom Tode Gezeichneten im Krankenhaus behandelte.¹⁰⁴ Damit ordnete Oskar Brüsewitz das sich selbst auferlegte Leid in den Kontext der DDR und in eine weit darüber hinausreichende Dimension ein.

Zudem dachte er an seine Kirche, die, für ihn unmittelbar erfahrbar, sich, wie er es wohl sah, der staatlichen Erwartungshaltung gebeugt hatte. Daß er, stellvertretend für seine Kirche, eine andere Haltung einforderte, legen die Aufschriften auf den Transparenten nahe, die er bei seiner öffentlichen Selbstverbrennung aufstellte: »Die Kirche in der D.D.R. *klagt* den Kommunismus an! wegen *Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen*«. Da seine evangelische Kirche dies in seinen Augen nicht

als ihr ausreichend engagiert vorgetragenes Anliegen sah, wird seine Aussage genereller, und entsprechend heißt es auf dem zweiten Plakat: »Wir klagen den Kommunismus an: wegen: *Unterdrückung der Kirchen in Schulen an Kindern und Jugendlichen!*«¹⁰⁵ In diesem Sinne werden die Transparente auch vom Zeitzeugen Harald Schultze gelesen: »Wenn die Staatsführung der DDR im Dienste der Kräfte der Finsternis stand, wie Brüsewitz es sah, schloß die Anklage gegen die Regierung zugleich eine Anfrage an die Kirchenleitungen ein, ob ein Arrangement, wie es anscheinend seit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR versucht worden war, gerechtfertigt sein könne.«¹⁰⁶

Das »Blutzeugnis« entspricht der Prägung Brüsewitz' durch die Gemeinde Elim Mitte der fünfziger Jahre, die Wort und Tat in Einklang sehen wollte. Er wird in Kempners Buch Bestätigung dafür erfahren haben. Über die »zum Tode verurteilten priesterlichen Märtyrer der Wahrheit« heißt es dort, daß sie »lieber in den Tod gingen, als mit Feigheit ihr Leben zu erkaufen und damit Gott und die Kirche zu verraten – die wie die ersten Christen sagten: ›Non possumus‹«¹⁰⁷!

Zu diesem Grundgedanken finden sich bei Kempner über hundert biographische Zeugnisse, darunter lediglich zwei von Protestanten, eines davon zu Dietrich Bonhoeffer. Nicht zufällig dürfte Oskar Brüsewitz die Klappe des Schutzumschlags bei dem Bonhoeffer-Kapitel eingelegt haben. Bonhoeffer wird hier als jemand beschrieben, der »klare Stellung« zum »Kampf des Regimes gegen den christlichen Glauben« bezogen habe und dessen Arbeit der Gestapo nicht verborgen blieb, die ihn in seinem Verkehr »mit den gleichgesinnten Freunden vom Widerstand« bespitzelte. Auch wird konstatiert, daß Bonhoeffer »den Aufruf zur Nachfolge und zum Zeugnis für Christus als größte Verantwortung in sich fühlte, hierfür mit seinen gleichgesinnten Freunden [kämpfte]. Für ihn [...] war es selbstverständlich, daß er für diese Ideale auch sein Leben zu opfern bereit war, denn ›Hitler ist der Antichrist‹«¹⁰⁸.

»Brüsewitz traf den Nerv«, äußerte Horst Sindermann, Mitglied des SED-Politbüros, Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe gegenüber, der mit ihm stundenlang über Oskar Brüsewitz gesprochen hatte. Der Antifaschist Sindermann, der das KZ in

Sachsenhausen und Mauthausen erfahren hatte, wußte, was Idealismus ist und was es bedeutet, wenn jemand für seine Überzeugung mit dem Leben einstand. Sindermann war geschockt und verunsichert, was Manfred Stolpe im Rückblick zu der Bemerkung verleitete: »Eigentlich gab es dafür keinerlei Gründe, ihre Macht war nicht in Gefahr«¹⁰⁹.

Zwei Tage nach dem Versuch der öffentlichen Selbstverbrennung legte die MfS-Bezirksverwaltung Halle einen Maßnahmenplan vor, der vor allem in einem Punkt bemerkenswert ist: dem Beschluß über die nachträgliche Veränderung der Akte Brüsewitz. »Änderung der Protokolle der KD [Kreisdienststelle] und K-1 [Kommissariat 1 der VPKA] für die offizielle Akte«, heißt es da, und als Anfügung: »einschließlich Beurteilung«¹¹⁰. Protokolle der MfS-Kreisdienststelle Zeitz aus der Zeit bis zum 20. August 1976 in Sachen Brüsewitz liegen gegenwärtig nicht vor.

Neben einer Reihe von Wertungen sah das MfS folgendes Hauptmotiv für Oskar Brüsewitz' Tat: »Die bisherigen Ermittlungen zum möglichen Motiv der Handlungsweise des B[rüsewitz] lassen den Schluß zu, daß es im wesentlichen Differenzen mit der Kirchenleitung, mit dem Leitungsgremium des Kreis-kirchenrates und persönliche Differenzen im Gemeindegemeinderat sowie eine bevorstehende Visitation in seiner Kirchengemeinde waren, die das auslösende Motiv bildeten.«¹¹¹ Damit wurde allein der evangelischen Kirche die Verantwortung zugeschoben, die eigene aber unterschlagen. Andererseits hielt Bischof Werner Krusche später fest, er habe »die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz nicht zuerst als flammende Anklage gegen den Staat, sondern als brennende Anfrage an uns selber gedeutet.«¹¹²

III. Der Lebensweg: Vom Schuhmacher zum Pfarrer (1929-1969)

Alfred *Oskar* Brüsewitz war, nach Benno (1926) und Bernhard (1929), das dritte von insgesamt fünf Kindern und erblickte am 30. Mai 1929, vier Jahre vor der nationalsozialistischen ›Machtergreifung‹, in Willkischken im Memelgebiet, nahe Tilsit gelegen, das Licht der Welt¹¹³. Sein Geburtsort lag im seit 1923 in Umsetzung der Regelungen des Versailler Vertrages litauisch gewordenen Teil Ostpreußens, der ab 1939 wieder dem deutschen Staatsgebiet zugerechnet werden sollte.

Vater und Mutter, Arthur und Agathe Brüsewitz, im osteuropäischen Raum beheimatet, bildeten ein ökumenisches Paar, sie katholischer, er evangelischer Konfession. Die religiöse Unterweisung der Kinder orientierte sich an der väterlichen, evangelischen Glaubensauffassung. Insgesamt ist jedoch wenig über die Eltern von Oskar Brüsewitz bekannt: Der Vater war im Verlauf des I. Weltkrieges in russische Gefangenschaft geraten und hatte nach seiner Rückkehr aus selbiger seine zukünftige Frau kennengelernt. Sie gehörte zu den Nachfahren jener Deutschen, die den Verheißungen eines Neuanfangs in Rußland im letzten Jahrhundert folgten. Dennoch ist die genaue Herkunft der Eltern unklar. So wird der Vater mal als Este und die Mutter als Litauerin bezeichnet, andernorts er als Lette aus Reval und sie als Russin. Selbst Brüsewitz stellte verschiedene Varianten zur Auswahl, was seine Mutter betraf, so ›Rußland‹, ›Sibirien‹ und ›Odessa‹¹¹⁴.

Sein eigenes Leben sollte alsbald durch die zeitgeschichtlichen Wirren dieser Jahre ergriffen werden. Als er ins schulfähige Alter kam, verlegte die Familie 1935 den Wohnsitz um wenige Kilometer nach Wischwill. Dort nahm Brüsewitz mit guten Leistungen am Schulunterricht teil, soweit es die notwendigen Hilfsarbeiten in der Nebenerwerbs-Landwirtschaft der Familie gestatteten. Das Gros der Einkünfte stammte jedoch aus der Tätigkeit des Vaters als Maler, wenn eben auch nicht genug, um die siebenköpfige Familie zu ernähren.

Zwar wird der Beruf des Vaters später von SED und MfS als

Bauer angegeben¹¹⁵. Wahrscheinlich liegt dieser Irrtum aber darin begründet, daß durch die landwirtschaftlichen Tätigkeiten, die Brüsewitz parallel zu seinem Beruf als Pfarrer in Rippicha ausübte, diese Seite des damaligen familiären Lebens in Gesprächen stärker betont wurde. Die Tätigkeit des Vaters als Maler wird hingegen von einer Bekannten der damaligen Familie bezeugt¹¹⁶.

Durch die finanziellen Probleme der Familie war das damalige Leben des jungen Brüsewitz stark praktisch ausgerichtet. Nebenher ging er sogar seinem Lehrer ab und an bei der Arbeit an dessen Bienenstöcken zur Hand, falls dieser tatkräftige Hilfe benötigte. Die Mentalität des Sich-Selbst-Versorgens der dort ansässigen Familien, teils aus Geldmangel, teils aus der schwierigen infrastrukturellen Lage der Gegend heraus, teilte Brüsewitz viele Aufgaben zu. So war er ebenso bei der Waldarbeit und der Tierhaltung wie auch beim Honigschleudern beteiligt¹¹⁷. Neben dieser körperlich fordernden Seite einer sehr naturverbundenen Kindheit gab es aber auch noch die warmherzige Familienatmosphäre, für die die Mutter verantwortlich zeichnete. Eine durch das Gebet als zentrale Größe intensiv gelebte und vermittelte Gottesbeziehung prägte das Leben dieser Frau, so daß es nicht verwundert, daß Brüsewitz an Kindergottesdiensten und später an Konfirmandenstunden teilnahm¹¹⁸. Es ist verbrieft, daß er schon damals eine auch später gezeigte Freude an der christlichen Tugend des Gebens hatte, die sich in Wischwill noch damit begnügte, ohne weiter nachzudenken den Bleistift zu halbieren, um dem Schulkameraden aus der peinlichen Lage der mangelnden Schreibbereitschaft zu helfen¹¹⁹. Damals war sich wohl niemand darüber im Klaren, daß sein Name einmal so sein Leben ergreifen sollte: Oskar bedeutet im Althochdeutschen »Bote Gottes«.

Mit der Konfirmation 1943 endete schon fast die ruhigste Zeit in Brüsewitz' Leben. Zwar zog er noch, nach dem Volksschulbesuch 1943-1945, aus, um in Kreuzingen im Kreis Hinrichswalde in einem Gemischtwarenhandel zum Kaufmann ausgebildet zu werden¹²⁰, doch da erreichten ihn schon historische Zusammenhänge, denen er ausgesetzt war, ohne sie beeinflussen zu können.

Im Juli 1944 hielt der Krieg in Ostpreußen Einzug und verän-

derte das Leben in Brüsewitz' Heimat drastisch. Er mußte seine Lehre abbrechen werden, die Schule wurde fortan als Lazarett genutzt und offenbarte somit das Grauen des Krieges auch in allernächster Nähe¹²¹.

Zwar waren schon im Jahr zuvor Soldaten in Wischwill gewesen, doch damals, während seiner Konfirmation, hatten diese, in der väterlichen Werkstatt untergebracht, einen freundlichen Eindruck hinterlassen: hatten sie Brüsewitz doch zur Feier des Tages mit einem Apfel ein symbolisches Geschenk überreicht¹²². Nun jedoch zerbrach die Ostfront zusehends, die Rote Armee rückte auf deutsches Territorium vor.

Viele Bewohner der Ostgebiete begaben sich auf die entbehrungsreiche Flucht Richtung Westen, und dort erhielt der Hitlerjunge Brüsewitz in Burgstädt (Sachsen) die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst. Dessen Projekte führten ihn zuerst nach Rosleben an der Unstrut, dann nach Artern an der Saale. Dort traf er zwar glücklicherweise mit seinem Bruder Bernhard zusammen, doch war die Freude nur von kurzer Dauer. Nunmehr forderte die Wehrmacht, in der schon der älteste Bruder und der Vater dienten, seine Dienste als Panzerfaustschütze. Solchermaßen bewaffnet, sollte er seinen Beitrag leisten, der Offensive der Roten Armee zu trotzen.

Die Zeit des Waffendienstes ist schwer zu strukturieren. Brüsewitz selbst äußerte, 1944/45 im Raum Warschau, Litauen und Ostpreußen gegen die Rote Armee eingesetzt gewesen zu sein, und zwar unter Führung der Wehrmacht in einer ›Ersatzeinheit‹. Ist dem so gewesen, dann könnte er, der später öfter von einer Kesselschlacht sprach, in der Kurlandschlacht gekämpft haben. Bald nach der Aufnahme der Kampftätigkeit gerieten die Brüder Brüsewitz jedoch schon in Gefangenschaft¹²³, aus der sie erst Mitte/Ende 1945 entlassen wurden.

Brüsewitz' Äußerungen über die Zeitspanne 1944/45 erlauben nur die Vermutung, daß die Flucht vor den Sowjets traumatisierend auf ihn gewirkt haben muß. Vielleicht hat sich damals schon eine Aversion gegen den Sozialismus herauskristallisiert. Schließlich ist es gut möglich, daß Brüsewitz die von den sowjetischen Truppen getätigten Plünderungen und Vergewaltigungen zur Ideologie in Bezug gesetzt hat, besonders angesichts der na-

tionalsozialistischen Propaganda dieser Jahre. Zumindest die Fluchterlebnisse schienen ihn aber auch, für sich genommen, außerordentlich getroffen zu haben. Er hat dann später in einer Predigt von Flüchtlingen erzählt, die über die zugefrorene Ostsee hatten flüchten wollen. Diese wären dann, da sie die Eisdicke falsch eingeschätzt hätten, eingebrochen und ertrunken¹²⁴.

Die beiden Brüder stießen dann im nördlich von Chemnitz gelegenen Burgstädt wieder auf die ersehnte Mutter. Nachdem auch der Vater wieder zur Familie zurückgefunden hatte, versuchte diese, in der fremden Umgebung Fuß zu fassen. Für die Wiederaufnahme einer Kaufmannslehre schienen Zeit und Ort ungünstig, so daß sich Oskar Brüsewitz beruflich umorientieren mußte. Eine Schuhmacherlehre fand sich dann auch bald, und zwar bei dem Bürgstädter Orthopädie-Schuhmachermeister Max Ogertschnigs bzw. in der Berufsschule Mittweida. Brüsewitz schloß diese mit der Gesellenprüfung ab, nachdem er es zuvor in der Maschinenfabrik Markersdorf und als Landwirtschaftshelfer in Chursdorf bei Chemnitz versucht hatte. Doch insgesamt wurden die Umstände in der neuen Umgebung durch die Familie als wenig hoffnungsvoll interpretiert¹²⁵. Allmählich brach die Familie deshalb ihre Zelte in Mitteldeutschland ab und siedelte sich 1947/48 im westfälischen Melle an¹²⁶.

Dort sind von Brüsewitz die ersten Aktivitäten im Umfeld christlicher Bewegungen zu registrieren. So beteiligte er sich am kirchlichen Gemeindeleben und hatte Anteil an den Aktivitäten des CVJM vor Ort¹²⁷. Seine Energie kam jedoch hauptsächlich beruflich zur Geltung. Als einer von vielen Heimatvertriebenen, die sich zu dieser Zeit überall in dem in Aufräumungs- und Aufbauarbeiten befindlichen Westen Deutschlands um Integration bemühten, wollte Brüsewitz mittels seiner fachlichen Kenntnisse einen guten Start erreichen. Er bewies Ehrgeiz und Geschick, eröffnete 1949 bereits als Geselle eine Schuhmacherwerkstatt und erwarb am 5. Juli 1951 bei der Handwerkskammer Osnabrück als bis dato jüngster Kandidat unter den Schuhmachern den Meistertitel. Eigentlich war Brüsewitz damals nach den Statuten der Handelskammer noch zu jung, um die Meisterprüfung ablegen zu können, doch seine schon drei Jahre währende Selbständigkeit führte zu einer Ausnahmegenehmigung. Kurioserweise hatte Brü-

sewitz die eigene Werkstatt in Melle zuvor nur deshalb schon als Geselle führen dürfen, weil er sich verpflichtete, innerhalb von drei Jahren eine Meisterprüfung abzulegen¹²⁸.

Um aber nicht nur auf den fachlichen Titel zu bauen, machte Brüsewitz von sich und seiner Werkstatt mit einem Zeitungsinserat Reden. Darin bot er potentiellen Kunden an, all denen, die ihm ihre abgelaufenen Schuhe brachten, pro Paar eine Mark zu bezahlen¹²⁹. Dies machte ihn bekannt, brachte ihm Kundschaft und Ersatzteile – beweist aber auch schon für seine Zeit als Handwerker die Vorliebe für spektakuläre Aktionen, ein gutes Gespür bei der Lagebeurteilung und Mut zum Risiko.

Etwas zu viel Bereitschaft zu letzterem bewies er, als er sich gemeinsam mit Resi Heinisch im August 1951 das Ja-Wort gab. Beide hatten anscheinend die Konsequenzen für den Alltag unterschätzt. So wuchs die Entfremdung der Partner und stellte die junge Ehe auf eine derart harte Probe, daß diese den Anfechtungen erlag. Dazu beigetragen hat sicherlich auch der Umzug ins wiederum fremde Hildesheim, aus beruflichen Gründen, aber auch der Streß, der durch die Geburt der Tochter Renate am 15.6.1952 auf das Paar zukam. Die Ehe zerbrach und wurde geschieden. In Folge der Scheidung stand Brüsewitz' ehemaliger Frau, die sich fortan allein um die Tochter kümmerte, Geld für den Unterhalt zu. Da Brüsewitz lieber einen Neuanfang wagen wollte, entschied er sich dafür, ihr den gesamten damaligen Besitz beider zu überschreiben, so daß künftige Zahlungen von Alimenteren nicht mehr gestellt werden konnten. Ein Leipziger Gericht hob diese Vereinbarung aber vier Jahre zuungunsten Brüsewitz' auf. Wie lange und einschneidend die ihn dann belastenden Zahlungen waren, ist nicht bekannt¹³⁰.

Bei der Suche nach dem Ort für einen Neuanfang wählte er die DDR. Nur mit dem Nötigsten ausgestattet vollzog er im Frühjahr 1954 den Zonenwechsel – per Anhalter und zu Fuß¹³¹. Nachdem er die noch kaum hinderliche innerdeutsche Demarkationslinie überschritten hatte, führte ihn sein Weg nach Weißenfels. Dort nahm er sich ein Zimmer und verdingte sich in der Schuhfabrik ›Banner des Friedens‹ als Kontrolleur. Brüsewitz verlor seine dortige Stelle, als bekannt wurde, daß er eine West-Reise getätigt hatte, um Medikamente zu beschaffen, die in der DDR nicht

erhältlich waren¹³².

In dieser Phase mußte er mit sich ins Reine kommen, um den Blick frei zu haben für das, was ihn in den nächsten Jahren erwarten sollte. Angeschlagen durch die gescheiterte Ehe und gebeutelt von einem kränkenden Körper, fand er im Ehepaar Geißler zwei Weißenfelder, die ihm nicht nur praktisch halfen, sondern ihn zudem mit ihrer Hoffnung konfrontierten: Jesus Christus. Brüsewitz hatte sie kennengelernt, als er an ihrer Haustür klingelte, um nachzufragen, ob er sich bei ihnen Rasieren dürfte. Daraus entstand eine innige Beziehung. Das Ehepaar wusch seine Kleidung, bildete einen ständigen Gesprächspartner und besuchte ihn auch während seiner Tage im Krankenhaus. Die wachsende Beziehung Brüsewitz' zu Gott begleitend, stellten sie auch den Kontakt zum Pfarrer ihrer evangelischen Gemeinde her¹³³. All diese Menschen mit ihrem Kraft spendenden und Halt gebenden Glauben schienen Brüsewitz zu beeindrucken und zu verändern. Zuvor war von ihm noch als von einem »weichen und schwärmerischen Menschen« die Rede, der bei seinen ersten Schritten in Weißenfels so »unbeholfen und unerfahren (war), daß man sich frage, wie ein solcher Mensch durchs Leben kommen wolle«¹³⁴. Doch nun schien er das Leben wieder meistern zu wollen, wenn auch sein Gesundheitszustand zu wünschen übrig ließ. Statt neuen Zielen entgegenzustreben, fand sich Brüsewitz im Krankenhaus wieder. Diese Zeit wurde von den Geißlers intensiv durch Besuche und geistlichen Beistand begleitet. Nach einer Magenoperation Mitte 1954 schloß sich dann eine Genesungskur im Heinrich-Heine-Sanatorium in Potsdam an. Er wollte nun Christus danken und ihn bezeugen, ihn, dem er die Erlösung von den körperlichen Leiden zuschrieb. Zwar fehlte Brüsewitz noch die Konzentration zur Durchführung solcher Pläne, aber ein innerer Drang ließ ihn dennoch zumindest welche schmieden: So wollte er etwa in Potsdam ein Kreuz aus Birkenholz zimmern und einen Gottesdienst feiern¹³⁵.

Zurück in Weißenfels bewarb er sich sogleich bei der Predigerschule in Wittenberg um Aufnahme. Der Bitte wurde entsprochen und ab 15. November 1954 begann er dort die intensive Auseinandersetzung mit der Bibel und einer zukünftigen Tätigkeit als Prediger. Doch der erneut schwer angeschlagene Gesundheitszustand führte dazu, daß er Wittenberg schon einen Monat später

wieder verließ und die Ausbildung aus diesen gesundheitlichen Gründen nicht wieder aufgenommen wurde. Die Diagnose psychosomatisch verursachter Magengeschwüre leitete seine Wege in die Nervenlinik Bernburg, dann zur weiteren Erholung ins Pfarramt Kayna. Dort, im Kreis Zeitz, war er für kurze Zeit in der Umgebung, die er später als Pfarrer prägen sollte. Doch vorerst wußte Brüsewitz nicht so recht, wie es weitergehen sollte. Eine Stellung in der diakonischen Anstalt in Neinstedt mochte er nicht annehmen und eine von ihm angestrebte als Hilfskatechet in Zeitz konnte er nicht bekommen. Also wählte Brüsewitz den Weg in die Großstadt Leipzig, die eine bessere Arbeitsmarktsituation bieten konnte. Allerdings endete auch hier die erste Anstellung, im Kirchensteueramt der Leipziger Kirchengemeinden, innerhalb der Probezeit.

Wenn damals unzweifelhaft das berufliche Glück fehlte, so wuchs Brüsewitz doch charakterlich. Schon in Kayna hatte der dortige Pfarrer einen im Gegensatz zum Auftreten in Wittenberg veränderten Brüsewitz kennengelernt¹³⁶. Die Atempause, die ihm von dem Streß der letzten Zeit hatte Abstand gewinnen lassen, war sicherlich von Vorteil für seinen Gemütszustand, dem selbst der bereits erwähnte anfänglich einsetzende berufliche Mißerfolg nicht zusetzen konnte. Brüsewitz machte also auf seine Umwelt insgesamt den Eindruck eines sehr freudigen, hilfsbereiten und charmanten Christen¹³⁷. Zudem gab ihm der Weg in die Gefilde des alten Berufes Halt. So wurde er erst einmal Verkäufer in einem Schuhgeschäft.

Neben dem beruflichen Auskommen schien nun sogar das private Glück Einzug in Brüsewitz' Leben zu halten, denn im Frühjahr 1955 kreuzte die ein Vierteljahr jüngere Krankenschwester Christa Roland seinen Weg, mit der er sich bereits am 18.6.1955 verlobte, die er am 3. Dezember 1955 ehelichte und die ihm im Jahr darauf einen Sohn schenkte¹³⁸.

Sie war es auch, die Brüsewitz in die Gemeinde der Leipziger ›Christen-Gemeinde Elim‹ einführte. Die Elim-Gemeinde-Bewegung, die ihren Namen in Anlehnung an den fruchtbaren Ort wählte, den das Volk Israel nach der dem Zug durch das Schilfmeer folgenden Zeit der Beschwernis von Gott verheißen bekommen hatte, um sich für den Weg durch die Wüste Sinai zu rüsten,

geht auf die Arbeit des Predigers Heinrich Vietheer (1883-1968) zurück. Dieser hatte sich 1912 vom Mühlheimer Verband getrennt hatte und 1922 die ›Zeltmission Berlin-Lichterfelde e.V.‹ ins Leben gerufen, den Vorläufer der im Herbst 1926 in Hamburg-Barmbek gegründeten ›Christen-Gemeinde Elim‹.

Die Gemeinden legten ein besonderes Augenmerk auf die Missionstätigkeit in ihrer Umgebung und das Einbeziehen von Geistesgaben, fußend auf dem Glauben an die wörtliche Geltung der biblischen Schriften. Nach dem Krieg hatten es die Elim-Gemeinden in der DDR schwer, da ihre Zentrale in Hamburg zu Hause war und dies, wie bei anderen Freikirchen auch, dazu führte, daß gegenüber der DDR ständig bewiesen werden mußte, dem Staate nicht feindlich gesonnen zu sein.

Die pfingstlerische Glaubensauffassung dieser Freikirche schien ihm zuzusagen, so daß er sich am 22. April 1956 einer Erwachsenentaufe unterzog und seinen öffentlichen Bund mit Christus schloß. Von nun an war er gewillt, am Gemeindeleben teilzunehmen, wenn sein arbeitsintensiver Beruf dies anfänglich auch ein ums andere Mal verhinderte¹³⁹. Denn mittlerweile hatte sich Brüsewitz wieder selbständig gemacht und war dazu übergegangen, für einen Großhandel Kinderschuhe herzustellen, was unter anderem die Verantwortung für zehn Mitarbeiter mit sich brachte¹⁴⁰.

Sich in dieser Zeit überhaupt in der DDR für das Christentum zu entscheiden, war ein ungewöhnlicher Weg. Denn das Bekenntnis wurde von der Staatsmacht kritisch beäugt und keineswegs empfohlen: Der SED-Staat hielt die Kirche Ende der 50er Jahre für den Hort der ›Reaktion‹. Derlei ideologische Sichtweise hatte jedoch keinen Einfluß auf Brüsewitz. Denn dieser hatte seine Kontakte zum Christentum nicht aus einer intellektuellen Abwägung heraus gesucht, sondern in den Geißlers und seiner zweiten Frau Menschen kennengelernt, die ihm beistanden, die er lieb gewonnen hatte und die ihre Kraft für derartige Gaben auf Gott zurückführten. Und fern hatte Brüsewitz dem Christentum nie gestanden, allenfalls diese Seite in sich verdrängt, abgelenkt durch die Flucht, die Schrecken des Krieges, die Existenzangst und dann die beruflichen, gesundheitlichen und privaten Probleme.

Erst in Weißenfels und Leipzig suchte er aus den aktuellen

Problemen, die sich in weiten Teilen auch aus den alten ergaben, da sie ihn belasteten, einen Ausweg im Glauben. Sein Weg zum Bekenntnis war nicht Familientradition, nicht Lippenbekenntnis. Als jemand, der erst in den Glauben hineinwuchs, hatte er ein Mitteilungsbedürfnis für das, was sich in ihm abgespielt hatte. Dabei erzählte er nicht von sich, von seinem Weg, sondern von dem, was er aus der Bibel herauslas. Doch die Art seines Vorgehens war manch einem Christen zu offensiv.

Als er aus eigener Tasche beispielsweise ein Grundstück in Leipzig pachtete, um darauf für die Elim-Gemeinde den Betrieb eines Kinderspielplatzes zu ermöglichen, war dies eben dieser Gemeinde nicht recht¹⁴¹. Sie scheute die Öffentlichkeit, da sie fürchtete, daß der Staat solch einen Spielplatz als Kritik empfinden würde, nicht genügend Spielmöglichkeiten bieten zu können.

Brüsewitz selbst, der bereits wußte, daß der Staat nicht gewillt war, die christliche Botschaft in der Öffentlichkeit zu dulden, versuchte weiterhin für das einzutreten, woran er glaubte. Dabei mußte es nicht das Bekenntnis sein, sondern es konnte sich auch um den Einsatz gegen profane Lügen im zwischenmenschlichen Bereich handeln. Dazu gab ihm eine Einwohnerversammlung in Markkleeberg Gelegenheit. Dort war ein Arzt zum Thema geworden, der Republikflucht begangen hatte. Dies nahmen Anwesende zum Anlaß, um Behauptungen über den Mann anzustellen, die dem Wissen über ihn widersprachen. Brüsewitz erhob deshalb für den Abwesenden die Stimme und schilderte, warum der Arzt in guter Erinnerung bleiben sollte. Was folgte, war eine über Nacht dauernde Vernehmung durch nicht näher zu identifizierende Vollzugsorgane¹⁴². Es war allerdings nicht das erste Mal, daß eine DDR-Behörde über ihn Notizen anfertigte. Schon 1956 hatte das Ministerium für Staatssicherheit festgehalten, daß Brüsewitz die DDR mit dem Nationalsozialismus verglich und im Ergebnis festgestellt hatte, daß zwischen den lokalen »1000-prozentigen Funktionäre[n]« und den »kleinen Hitlers« des Dritten Reiches keine Unterschiede erkennbar wären. Den Bürgermeister hieß er zudem im Vieraugengespräch einen »Nazi«. Weiterhin teilte er selbigem mit, daß dieser eines Tages aufwachen würde und dann feststellen müsse, daß der Marxismus nicht mehr existiere¹⁴³. Dies forderte den Staat heraus, verweigerte sich

Brüsewitz mit solchen Ansichten doch eindeutig dem propagierten Bild des Historischen Materialismus. Gerade solche Konflikte aber ängstigten Brüsewitz nicht.

Was ihn schmerzte, war hingegen die Zurückhaltung, die die Christen übten. So verstand er das Christ-Sein nicht. Die schon erwähnte Episode mit dem Kinderspielplatz war dann auch für ihn Anlaß genug, sich von der Elim-Gemeinde zu trennen und sich der Landeskirchlichen Gemeinde vor Ort anzuschließen¹⁴⁴.

Damit fand er Zugang zu einer Kirche, die in der SBZ und dann der DDR eine große Gemeinschaft darstellte: schließlich waren 1949 noch 80 Prozent der Bevölkerung evangelische Christen. Um diesem bedeutenden Rückhalt in der Bevölkerung Rechnung zu tragen, hatten sich Pieck und Grotewohl bereits am 27. August 1946 mit der Erklärung ›SED und Christentum‹ zu Wort gemeldet, worin der Religion eine Existenzberechtigung, aber gleichzeitig auch begrenzte Rolle jenseits des Parteienstreits zugewiesen worden war. Weiterhin mahnte die SED die religiöse Toleranz an und forderte von der Kirche und deren Mitgliedern Aufbauhilfe.

Die bekannt gewordenen Ausfälle gegen das Christentum sprachen allerdings eine andere Sprache, wenn die SED diese auch als lediglich gegen Institutionen und ihr Verhalten gerichtet erklärte, woraus keine generelle Feindschaft gegenüber religiösen Menschen abzuleiten sei. Mit der Gründung der DDR und der dem Volke gegebenen Verfassung von 1949 hatte der neue Staat freundliche Töne angeschlagen: Die Kirche blieb eine Körperschaft öffentlichen Rechts, es wurde Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert und die Trennung von Kirche und Staat festgeschrieben. Letzteres meinte aber auch, daß die Kirche sich aus politischen Belangen heraushalten solle, was Teilen der Christen schwer fiel – gerade denen, die aus der Bekennenden Kirche kamen. Diese noch frische Erfahrung mit einer totalitären Ideologie mußte ihnen eine Mahnung für das Amt der Kirche sein. Doch eine theologische Tradition der völlig systemneutralen, rein zwischenmenschlich sich bescheidenden Interpretation des Evangeliums führte alsbald zu einem kircheninternen Meinungsstreit. Dies kam der SED, besonders nach ihrer Staatsübernahme, gut zupap, wollte sie doch die Christen für sich gewinnen oder eben

marginalisieren in ihrem Einfluß – z. B. durch materielles Ruhigstellen und die Erhaltung einer Hoffnung auf bessere Zeiten.

Den Richtungsstreit der Kirche sorgsam beobachtend und registrierend, begann die SED schon ab 1948 eine Kirchenpolitik der ›Differenzierung‹ zu betreiben, die mit der Belohnung von loyalen Gebaren und der zielgerichteten Unterwanderung aller kirchlichen Hierarchieebenen die eigenen Ziele befördern und die Kirche in Kräfte und Energien bindende Fraktionskämpfe zu verwickeln gedachte. So sollte langfristig mittels der Perfektionierung, nicht Liberalisierung, der Herrschaftsmechanismen eine Entkirchlichung der Bevölkerung erreicht werden – die ›Befreiung‹ des DDR-Bürgers von einer Idee, die die Geschichtsmächtigkeit des Klassenkampfes nicht einsah und Versöhnung zum Ziel hatte.

Dieser Absicht arbeiteten jene Christen entgegen, die sich engagierten und somit die Kirche am Leben erhielten: Christen wie Oskar Brüsewitz, den das MfS als ›reaktionär‹¹⁴⁵ bezeichnete.

In der Leipziger St. Petri-Gemeinde hatte Brüsewitz jedoch nur wenige Möglichkeiten, sich zu betätigen. Denn nachdem er im Frühjahr 1959 schwerwiegende Herzprobleme bekommen hatte und seine Werkstatt nicht so viel Verdienst abwarf wie erwünscht, entschloß sich die mittlerweile durch die Geburt von Esther Brüsewitz vierköpfige Familie zum Umzug. Schließlich fiel die Wahl im Rahmen eines per Zeitungsannonce zustande gekommenen Wohnungstausches auf das gesünderes Klima versprechende thüringische Weißensee im Kreis Sömmerda¹⁴⁶. Zu den tieferen Hintergründen des Umzuges äußerte Brüsewitz später, daß er in Leipzig auch wegen seines öffentlichen christlichen Bekenntnisses unerwünscht gewesen sei bzw. wegen einer solchen Aktion der Stadt verwiesen worden war¹⁴⁷.

Dort angekommen – im Februar 1960 – bemühte sich Brüsewitz sogleich um eine Gewerbeerlaubnis für eine Schuhmacherwerkstatt, denn die Familie, die am 30. Juli 1960 mit der Geburt der Tochter Dorothea auf fünf Personen angewachsen war, wollte unterhalten werden. Die Genehmigung lag bald vor, aber die freien Räumlichkeiten in Weißensee entsprachen nicht Brüsewitz' Ansprüchen¹⁴⁸. Zur Alternative wurde ein ausrangierter Eisenbahnwagen. Im Garten des Hauses plazierte, in dem die Familie

zur Miete untergekommen war, begann erst der Umbau des Wagens in eine Werkstatt, dann das Geschäft¹⁴⁹. Die spontane Idee, den Wagen zu kaufen und aufzustellen, ist ein früher Beweis für Brüsewitz' Einfallsreichtum und sein Improvisationstalent, aber auch für seine Unart, viele Maßnahmen durchzuführen, ohne die Zustimmung von Betroffenen einzuholen. Besonders seine Familie mußte mit dieser Facette der Brüsewitzschen Persönlichkeit leben, konnte sie hautnah erleben. Zwei Beispiele sollen dies illustrieren: Als Brüsewitz einen Abend in einer Kneipe verbracht hatte und es so spät geworden war, daß ein anderer Gast glaubhaft machen konnte, daß er nunmehr nicht mehr nach Hause kommen dürfe, da seine Frau sicher außer sich vor Wut sei, gewährte ihm Brüsewitz bei sich in der Wohnung eine Schlafmöglichkeit – ohne mit seiner eigenen Frau darüber gesprochen zu haben. In einem anderen Fall verschenkte Brüsewitz, wieder ohne eine Absprache getroffen zu haben, einfach einen Wintermantel an jemanden, der keinen besaß¹⁵⁰. Er kam scheinbar nur selten auf die Idee, daß sein Tun anderen zur Last werden konnte.

Nun stand der Eisenbahnwagen im Garten und blieb auch dort. Darin verrichtete er sein Handwerk zur Zufriedenheit der Kunden, denen es, ähnlich wie dem MfS, nicht entging, daß zahlreiches Inventar zwischen den Maschinen das christliche Bekenntnis des Schuhmachermeisters deutlich nach außen trug. Hinzu kamen auch religiöse Schriften, die Brüsewitz zur Weitergabe offen vorrätig hielt, und die Gespräche dieses Mannes, die er mit den Kunden führte und die immer wieder auf Glaubensfragen zuliefen¹⁵¹.

Dieselbe Gesprächsbereitschaft legte Brüsewitz auch an den Tag, als er schon nicht mehr im Eisenbahnwagen, sondern in einer Zweigstelle der Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH) ›V. Parteitag der SED‹ aus Sömmerda tätig war. Brüsewitz war am 21. März 1963¹⁵² der PGH beigetreten, hatte seine Maschinen an diese als Ganzes und einige ihrer Mitglieder privat verkauft, ebenso den Eisenbahnwagen, der von einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) übernommen wurde. Da Brüsewitz schon Meister war und damit eine Werkstatt leiten durfte, versuchte er erfolgreich, die PGH davon zu überzeugen, daß es sich lohnen würde, in Weißensee eine Außenstelle einzurichten. Zusammen mit zwei Kollegen nahm er dann dort

den Betrieb auf¹⁵³ und versuchte wiederum bei Kunden und Kollegen die ›gute Nachricht‹ der Bibel zur Sprache zu bringen. Denn er meinte: »Ich habe nicht viel Zeit. Jedem, dem ich begegne, muß ich Christus bezeugen, damit mich keiner bei Gott verklagen kann, ich hätte es ihm nicht gesagt.«¹⁵⁴

Und derer, die es mit Gott zu konfrontieren galt, gab es viele – so viele, daß Brüsewitz von einer hoffenden Niedergeschlagenheit getrieben wurde¹⁵⁵.

Manches Mal ging er sehr weit in seiner Interpretation dessen, was gegen das erste christliche Gebot verstieß. So mußten in der Kirche in Günstedt die Kränze weichen, die dort für die Gefallenen des ersten Weltkrieges niedergelegt worden waren. Brüsewitz warf sie ohne jegliche Absprache aus der Kirche heraus, allerdings nicht, weil er eine pazifistische Grundhaltung hatte¹⁵⁶, sondern weil er meinte, daß die christliche Lehre derartiges Heldengedenken nicht vertrage¹⁵⁷.

Solche und ähnliche Begebenheiten führten dazu, daß er für manche Mitmenschen ein anstrengender Zeitgenosse wurde. Auch seine Art zu Diskutieren war vielfach eher ein einseitiges Entscheiden als ein Dialog. Bei Wortwechseln konnte es denn auch laut werden und zum Streit kommen. Traf Brüsewitz den Kontrahenten jedoch das nächste Mal wieder, so grüßte er freundlich und war in keinster Weise nachtragend, schien mitunter die Auseinandersetzung vergessen, vergeben oder verdrängt zu haben¹⁵⁸.

In der PGH war Brüsewitz keineswegs isoliert, seine Aktivitäten für die Gemeinde galten vielleicht als verrückt, störten jedoch niemanden ernsthaft. Und in der Gemeinschaft konnte Brüsewitz durchaus Rücksicht üben und statt das Gespräch zu suchen ein stilles Tischgebet sprechen. Bei den Unterhaltungen auf Feiern der PGH war er bereit, sich an ›Männergesprächen‹ zu beteiligen und brachte die Belegschaft auf einer Weihnachtsfeier der PGH sogar in bierseliger Stimmung dazu, mit ihm gemeinsam lauthals das Kirchenlied ›Nun danket alle Gott‹ anzustimmen¹⁵⁹.

Sein gesamtes damaliges Verhalten veranlaßte das MfS im Rückblick dazu, über diese Zeit in Weißensee zu notieren: »Dort trat er in der PGH sowie im Ort laufend in hetzerischer Form in Erscheinung, wobei sich seine Hetze gegen den Aufbau des Sozialismus in der DDR richtete.«¹⁶⁰

Was allerdings wirklich politische Stellungnahmen von Brüsewitz betraf, so waren diese ein Beleg dafür, daß er in ganz anderen Zusammenhängen dachte als diejenigen, die Notizen über ihn anfertigten. Alle aktuellen Probleme wurden von Brüsewitz auf eine allgemeine Ebene verlagert. So war er nicht aus ökonomischen, ideologischen oder anderen Gründen gegen die Bodenreformpläne der DDR, sondern kritisierte den Zwang, der dahinter stand¹⁶¹. An der Atombombe interessierten ihn nicht die Positionen der Großmächte, die sich im Rüstungswettlauf befanden, statt dessen sah er darin eine »Zuchtrute« Gottes. Nationalsozialismus, Sozialismus und Krieg empfand er ebenfalls als Gottesstrafen, wobei er den »normalen« Krieg dem »Kalten Krieg« so gesehen vorzog, weil letzterer die Menschen von innen her zerstöre und deshalb noch nicht einmal die reinigende Wirkung eines üblichen Krieges besitze. Dem Sozialismus warf er schließlich vor, den Frieden »unterwühlt« zu haben und dies noch immer zu tun. Doch er machte niemandem einen Vorwurf, wenn dieser Sozialist war. Denn Brüsewitz hatte neben der Unterscheidung von Gottesnähe und -ferne noch einen zweiten Maßstab der Urteilsfindung über seine Mitmenschen: Überzeugung oder Opportunismus. Daraus leitete sich ab, daß er Politiker wie Pieck und Grotewohl als Personen achten konnte, die örtlichen Funktionäre seiner Umgebung aber verachtete, denn ihnen warf er vor, nur Macht anzustreben¹⁶². Die Ideologie akzeptierte er selbstverständlich bei den Überzeugten nur als Tatsache, nicht als der Weisheit letzten Schluß. Wurde er mit der Ideologie des SED-Staates konfrontiert, begann sein Messianismus, denn sie wollte er überwinden, »um das Wort Gottes durchzusetzen«¹⁶³. Politik als solche interessierte ihn nicht¹⁶⁴.

Für das MfS reichten die Anhaltspunkte aber aus, um einen Operativen Vorlauf einzuleiten¹⁶⁵. Für diese Behörde war seine Einstellung »antikommunistisch, gepaart mit Fatalismus«, so daß er für sie ein »religiös-fanaticher Psychopath« war. Denn er ließ keine Gelegenheit aus, um die Endlichkeit des Marxismus zu betonen. Im Gegensatz zu dieser düsteren Prognose bot Brüsewitz das Christentum als letztendlich siegreichen Weg in der vergangenen und zukünftigen Geschichte der Welt an¹⁶⁶.

Doch so siegessicher in die Zukunft zu blicken, fiel damals

vielen Christen schwer. Selbst die Kirche konnte ohne Finanzmittel nicht überleben, hatte sie doch Gebäude, Heime und eine Vielzahl von Einrichtungen zu tragen, das Personal bis hin zu den Pfarrern zu bezahlen, sowie das für die Arbeit benötigte Material etc. Seit 1956 hatte die Kirche in der DDR jedoch starke Einbußen im finanziellen Bereich hinnehmen müssen. Diese hatten ihren Ursprung im sogenannten ›Benjamin-Erlaß‹, der Rundverfügung 2/56 der gleichnamigen Justizministerin vom 10. Februar 1956. Darin legte dieser fest, daß der Staat nunmehr keine Beiträge mehr für Parteien, Massenorganisationen und Religionsgemeinschaften einziehen dürfe. Die Kirche war dadurch gezwungen, die Kirchensteuer selbst einzutreiben, was ihr einen erheblichen Personal- und Verwaltungsaufwand abverlangte, der Zeit und Geld kostete – bei zu erwartenden Einkunftsverlusten. Weil der Erlaß der Ministerin aber weiter festlegte, daß der Kirche zukünftig sogar der Zugriff auf die staatlichen Steuerlisten verwehrt bleibe, entstanden zusätzliche Probleme: Die Gemeinden mußten erst einmal Listen der Mitglieder erarbeiten und diese dann auf aktuellem Stand halten, d. h. bei Zu- und Umzügen von Kirchenmitgliedern erfassen, erhaltene Angaben umsetzen. Meldeten sich die Mitglieder nicht selbständig an und ab, so erforderte auch dieser Bereich weitere Mühen der Gemeinden, durch zeitliche Verzögerungen in der Erfassung der Mitglieder entstand weiterer finanzieller Schaden. Und nebenher hatte der SED-Staat die staatlichen Zuschüsse für die Kirche empfindlich zurechtgestutzt¹⁶⁷.

Brüsewitz leistete der Kirche in diesem Problembereich auf zweierlei Art und Weise seine Dienste. So half er in der eigenen und den umliegenden Gemeinden beim Einbringen der Kirchensteuern, indem er von Gemeindemitglied zu Gemeindemitglied ging¹⁶⁸. Seine kompromißlose Art, die sich hier darin bemerkbar machte, daß er sich auf keine Diskussionen über die Höhe der zu entrichtenden Beiträge einließ, führte jedoch zu Beschwerden, letztendlich traten sogar einige Mitglieder deshalb aus¹⁶⁹. Brüsewitz kannte nur eine Wahlmöglichkeit: die ausstehenden Beträge nachzuzahlen oder aus dem Gemeinderegister gestrichen zu werden. Auch Vorschläge zahlungssäumiger Mitglieder, ab dem Moment, in dem Brüsewitz die Betreffenden aufsuchte, die Zahlungs-

gen wieder aufzunehmen, falls auf die Erstattung der rückständigen Beiträge seitens der Gemeinde verzichtet wurde, stießen bei ihm auf taube Ohren. Um das Geld, was der Kirche zustand, und was jeder Christ seiner Meinung nach ohne Murren zu zahlen hatte, gab es mit ihm keine Diskussionen. Stattdessen kam es vor, daß er zu einem Gemeindemitglied, welches sich nicht engagierte und die Beiträge nicht nachträglich zahlen wollte, meinte, daß sich die Zeiten sich einmal ändern würden, und dann das Haus nicht mehr dem jetzigen Besitzer gehören würde¹⁷⁰.

Weiter ging er bei kirchlichen Baumaßnahmen tatkräftig ans Werk und ersparte der Kirchengemeinde damit erhebliche Kosten, die sonst durch Handwerker entstanden wären. Wegen seiner Arbeit in der PGH-Zweigstelle war es ihm allerdings erst nach der täglichen Arbeit möglich¹⁷¹, z. B. die Winterkirche der Peter-und-Paul-Kirche in Weißensee einzurichten. Seine angeschlagene Gesundheit beachtete er dabei nicht, versuchte immer wieder, einen seiner PGH-Kollegen dazu zu bringen, ebenfalls mitzuhelfen.

Bei dem Projekt Winterkirche ereignete sich dann aber ein folgenschwerer Unfall. Brüsewitz war im Dunkeln mit dem Unterarm in einen Teereimer geraten und fiel somit in der Zweigstelle aus¹⁷². Die Verletzungen waren an sich nicht schwerwiegend, doch zusammen mit anderen schon zuvor aufgetretenen Problemen führte dieser Un- und Ausfall Brüsewitz' zur Auflösung der PGH-Außenstelle, die lediglich als Annahmestelle weitergeführt wurde. Die Zweigstelle war unrentabel gewesen, zuletzt besonders durch Brüsewitz' Verletzung. Es wurde zudem erkannt, daß es durchaus ergiebiger sein würde, nur noch die Schuhe in Weißensee einzusammeln, so wie es die PGH anderswo praktizierte, die Reparaturen dann aber in Sömmerda zu erledigen. Es mag sein, daß Brüsewitz durch seine ruppige Art einige Kunden vertrieben hat. Ein Kollege berichtete, daß es Brüsewitz schwerfiel, dem Kunden bei der Auftragsannahme ruhig zuzuhören und er deshalb manchmal schon den ganzen Schuh von der Sohle gelöst hatte, bevor der Kunde einen viel kleineren Schaden beschrieben hatte. Die Reparaturkosten stiegen dann erheblich. Dies brachte der PGH zwar unter Umständen kurzfristig erhöhte Einnahmen, langfristig jedoch weniger Kundschaft. Für die PGH



Ein Jugendbild von Oskar Brüsewitz.

war jedoch ein anderer Umstand in der Zweigstelle von viel größerer Bedeutung. Denn Brüsewitz sparte sich so gut wie alle Tätigkeiten, die mit Verwaltung zu tun hatten. So sammelte er für seinen Verantwortungsbereich keine Belege der Aufträge und Rechnungen, sondern sammelte die Einnahmen in seinen Hosentaschen, aus denen er auch völlig unbürokratisch die Ausgaben tätigte. Dies konnte für die PGH kein befriedigender Zustand sein, wenn es auch zu keinen Unregelmäßigkeiten gekommen ist¹⁷³. In der PGH in Sömmerda aber war Brüsewitz nicht willens zu arbeiten, so daß der 5. August 1964 sein letzter Tag in der PGH war¹⁷⁴.

Da ihm danach keine Gewerbeerlaubnis mehr erteilt wurde¹⁷⁵, blieb er also vorerst ohne Beschäftigung. Der Rat des Kreises (RdK) versuchte diese Tatsache nach etwa drei Monaten zu einem Verfahren wegen »Arbeitsbummelei« gegen Brüsewitz zu nutzen, der evtl. »zur Arbeitserziehung eingewiesen« werden sollte. Dies gelang jedoch nicht¹⁷⁶.

Der Wille des RdK, Brüsewitz zu belangen, kann nur vor dem Hintergrund von Brüsewitz' Arbeit in und für die Weißenseer Kirchengemeinde verstanden werden. An deren Aktivitäten hatte er schon teilgenommen, als der Umzug von Leipzig noch gar nicht recht vollzogen war. Es waren gerade einmal sechs Tage vergangen in der neuen Stadt, da nahm Brüsewitz schon an einer Bibelwoche teil¹⁷⁷. Bald war er bei Bibelabenden, die er zur regen Diskussion nutzte, regelmäßig anzutreffen, des weiteren bei Gottesdiensten¹⁷⁸. Später saß er im Gemeindekirchenrat¹⁷⁹, wo, wie auch in der Superintendentur, seine Art und vor allem sein eigenmächtiges Handeln, besonders aber die Art seiner Aktionen, nicht immer auf Gegenliebe stieß¹⁸⁰. Doch Brüsewitz konnte wohl nicht anders. Für ihn galt, was der Leipziger Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler 1957 formulierte: Der Glaube an Jesus Christus ist kein »Opium«, sondern »Vitamin«¹⁸¹. Und Brüsewitz verabreichte es in starken Dosen.

Er hatte sein Augenmerk dabei besonders auf die Kinder und Jugendlichen gerichtet. In diesem Personenkreis wollte er wirken, um die sich lösenden Bindungen zur Kirche aufzufrischen, zu reaktivieren oder neu zu knüpfen. Denn in der Jugend sah er die Zukunft, und da er der festen Überzeugung war, daß ein Leben

ohne Gott letztendlich umsonst und verloren war, mußte er auch den jungen Menschen von diesem Gott erzählen. Den fehlenden Zugriff auf die Jugend in der Schule versuchte er durch den in der Freizeit zu kompensieren.

Mit klarem Blick für die Realitäten hatte jedoch auch die SED schon vor der Gründung der DDR die zentrale Rolle der Jugendpolitik inner- und außerhalb der Bildungseinrichtungen für die Schaffung sozialistischer Persönlichkeiten erkannt und den Alleinvertretungsanspruch der FDJ zielstrebig weiterentwickelt. Doch die Jugend fand zur FDJ mehrheitlich aus Gründen, die mit den Wunschzielen der Ideologen kaum kompatibel waren: Entweder suchten die Jugendlichen die fröhlich-unproblematische Gemeinschaft mit Gleichaltrigen oder aber sie zogen das Blauhemd an, weil sie um dessen Nützlichkeit für ihr Leben in der DDR wußten. Die Bindung mindestens der ersten Gruppe an die FDJ war also extrem schwach und wurde von diesen Jugendlichen gelöst, wenn anderswo eine vielversprechendere Jugendarbeit zu erwarten war. Viel Auswahl gab es zwar nicht, doch eine Alternative bot sich an: die Junge Gemeinde (JG). Darunter waren die Jugendlichen der Kirchengemeinden zu verstehen, die unter dem Dach dieser einzig unabhängigen Institution von Rang einen Gestaltungsfreiraum vorfanden, der in der DDR konkurrenzlos war. Die JG-Mitglieder waren motiviert und ausgelassen und trugen dies nach außen. So warben einzelne Gruppen für sich, andere führten Wimpel mit, wenn sie mit Fahrrädern unterwegs waren, wiederum andere steckten sich das Bekenntniszeichen an, das Kreuz mit der stilisierten Erdkugel.

Die lokale Konkurrenzsituation zwischen staatlicher und kirchlicher Jugendarbeit trat mit den Jahren immer deutlicher zutage. Letztendlich fürchtete sich der Staat davor, daß eine unabhängig denkende, der Kontrolle entzogene Jugendbewegung die vorgesehene sozialistische Sozialisation untergraben könnte. Der Staat tat alles, um Pluralismus, für ihn nichts anderes als Unordnung, zu unterbinden, da er die totale Macht zu erlangen suchte. Dabei fehlte es innerhalb von SED und FDJ nicht an mahnenden und selbstkritischen Stimmen, die einen Konflikt größeren Ausmaßes verhindern wollten. Doch solche Stimmen verhallten ungehört. Die Eskalation folgte ab 1952 DDR-

weit, da die SED sich mit einer enorm erfolgreichen kirchlichen Jugendarbeit konfrontiert sah, die den Alleinvertretungsanspruch für die Jugend durch die FDJ Lügen strafte. Die SED ging nun gegen die Junge Gemeinde vor. Gesetzesänderungen schränkten die räumlichen Möglichkeiten für die kirchliche Jugendarbeit zuerst auf das jeweilige Kirchengebäude ein und verlangten bei allen Veranstaltungen, die nicht Gottesdienst, Andacht oder religiöse Unterweisung genannt werden konnten, eine Anmeldung. Die Junge Gemeinde wurde zudem kriminalisiert, damit ihr die Sympathien der Bevölkerung entzogen werden konnten. Ab Mitte 1953 entspannte sich die Lage zwar ein wenig, dem punktuellen Entgegenkommen des Staates konnte die kirchliche Basis aber kaum etwas abgewinnen, war die diskriminierende Veranstaltungsverordnung doch noch immer in Kraft und verloren auch weiterhin in der Jungen Gemeinde engagierte Bürger ihren Arbeitsplatz.

Als Brüsewitz in Weißensee Katechet war, da war derlei längst zum Dauerthema der Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat geworden. Brüsewitz' Schwerpunkt in der Jugendarbeit führte ihn also geradewegs in eines der schwierigsten Felder kirchlicher Arbeit. Dabei konnte er unter den Pfarrern und Predigern, Katecheten und Gemeindemitgliedern ohne Status viele finden, die ihm Ansätze vermitteln konnten, um Zugang zur Jugend zu bekommen. Diese hatten sich nicht entmutigen lassen, weshalb die Jugendarbeit der Kirche im Kreis Sömmerda zum besonderen Beobachtungsprojekt der Volkspolizei geworden war¹⁸². Umsomehr, als Walter Ulbricht am 22. August 1961 festgestellt hatte, daß die Kirche ›noch‹ gefährlicher als der Sozialdemokratismus und dagegen deshalb erneut ein Kampf zu führen sei.

Die FDJ hatte deshalb versucht, ihre Attraktivität unter Beweis zu stellen. Eine Vielzahl von Veranstaltungen sollten die Jugendlichen locken. So gab es Jugendklubs, die ›Bewegung Junger Talente‹, den ›Buchclub '65‹, Singeklubs, Kinder- und Jugendspartakiaden, die ›Messe der Meister von Morgen‹ und ab 1975 sogar das Jugendreisebüro ›Jugendtourist‹. Die Pionierorganisationen stellten ebenfalls viele Angebote zusammen: Flug- und Schiffmodellbau, verschiedenste Arbeitsgemeinschaften, Ferien-

lager, die Pionierrepublik ›Wilhelm Pieck‹ am Werbellinsee und den Pionierpark ›Ernst Thälmann‹ in Berlin. Weiterhin suchten sie die Kinder durch Uniformen, Fahnen und Riten wie den Pioniergruß zu begeistern. Doch die Umsetzung vor Ort ließ zu wünschen übrig. Schlecht ausgebildet und unter einer hohen Fluktuation leidend, erreichten die, meist mit stark ideologisch überfrachteten Inhalten arbeitenden Leiter der Jugendklubs die Jugend nicht in ausreichendem Maße. In Kirchengemeinden wurde dagegen Zulauf festgestellt.

So notierte die Volkspolizei im Kreis Sömmerda alle Aktivitäten, stellte Listen mit Charakteristiken der Pfarrer auf und beobachtete die Besuchszahlen von Gottesdiensten¹⁸³. Zum Vorschein kam eine Fülle an Aktivitäten, mit der die Kirche um die jüngere Generation warb. Denn in DDR-Pfarrhäusern wurde alles erdenkliche organisiert: gesellige Veranstaltungen mit Jazzmusik vom Tonband, Spiele jeglicher Art, Bastelstunden, Wanderungen, Rad- und Mopedtouren, sogar Bogen- und Luftgewehrschießen¹⁸⁴. In Großobingen im Kreis Weimar beispielsweise lag die FDJ-Arbeit brach, seit der Pfarrer sich dort als Fußballtrainer engagierte und in Schernburg/Kreis Sondershausen nahmen an Veranstaltungen der Jungen Gemeinde zu 60 Prozent FDJ-Mitglieder teil, auch der FDJ-Sekretär, dessen Vorgänger nun die Junge Gemeinde leitete. Im Kreis Sömmerda boten Kirchengemeinden Tanz, Buchbesprechungen, Lichtbildvorträge, gemeinsames Radiohören, Wanderungen, Pfannkuchenbacken, Tombolas mit Rätselraten oder Hauskarneval und Handzettelhinweise auf Radio Luxemburg¹⁸⁵. Brüsewitz organisierte damals z.B. Tanzabende für die Jugend, Kinderfeste mit Kaffee und Kuchen für die jüngsten und ihre Eltern¹⁸⁶. Weiterhin nahm er an Versammlungen der FDJ teil und versuchte dort, die jungen Menschen für seine Kirche zu gewinnen¹⁸⁷. Hatte er Erfolg, wie sogar bei FDJ-Funktionären geschehen, so wird berichtet, daß er es als angemessen ansah nach dem Austritt aus der FDJ zur ›Buße‹ für diese Zeit der Verirrung ein Jahr lang den Gottesdienst zu besuchen¹⁸⁸.

Da seit Anfang der 50er Jahre die Taufbereitschaft immer weiter gesunken war und damit ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Kirchen an Bedeutung verlor, wurde es immer wichtiger, aus den Räumlichkeiten der Gemeinde herauszutreten und Außen-

kontakte zu suchen. So sprach Brüsewitz z.B. Jugendliche auf offener Straße oder in Gaststätten an, lud sie zum Fußballspielen ein oder zu Vorträgen (zu so unterschiedlichen Themen wie den angeblichen Beweisen der Atomwissenschaft gegen Gott oder so bewegenden Themen wie der Liebe). Dadurch wollte er erste Kontakte herzustellen. Er spielte mit Jugendlichen auf Treppenabsätzen Skat, verschenkte Bonbons und Schokoladenwürfel an Kinder¹⁸⁹. Seine innere und äußere Unruhe und Dynamik äußerte sich im Hinblick auf die Jugendarbeit darin, daß er mit der Jugend leidenschaftlich gern Fußball spielte – wo und wann immer es dazu Möglichkeiten gab. Da konnte es dann schon einmal vorkommen, daß er beispielsweise mit der Jungen Gemeinde auf dem Friedhof der Nicolaikirche Weißensee auf das Leder eintrat und bei den älteren Gemeindemitgliedern Empörung auslöste¹⁹⁰. Daß er überhaupt Fußball spielte, wollte auch der RdK nicht mehr mit ansehen, wurde jedoch vom VPKA darauf hingewiesen, daß für ein Verbot die gesetzlichen Grundlagen fehlen würden¹⁹¹.

Aus den Jugendstunden, Kindergottesdiensten und Junge Gemeinde-Veranstaltungen, die er leitete¹⁹², ist an konkreten Inhalten außer Gesellschaftsspielen kaum etwas überliefert. Doch das VPKA und das MfS notierten anerkennend, daß Brüsewitz rund 80 Jugendliche in der Junge Gemeinde erreichte und es unter den Jugendlichen hieß, daß »dort immer etwas los ist«¹⁹³. Was darunter verstanden werden konnte, macht eine Episode aus einem Kindergottesdienst deutlich. Das Ehepaar Schmidt erinnert sich: »So erzählte er vom Teufel, der alten Schlange, die die Menschen verführt und bedroht, und dabei ließ er unter seinem Jackett einen Wasserschlauch hervorschießen, so daß die Kinder gehörig erschreckten.«¹⁹⁴

Das war eine Art der Darstellung, wie sie Kinder interessierte – und die Ernsthaftigkeit des Themas schien darunter nicht zu leiden, sie kam im Gegenteil sogar noch verstärkt zum Ausdruck.

Dem SED-Staat konnte all dies nicht gefallen, wollte er doch schon längst neben der Trennung von Kirche und Staat auch die von Kirche und Bevölkerung. Und dazu hatte er sich viel einfallen lassen: Hatte das Eingreifen der frühen 50er Jahre vor allem engagierten Jugendlichen gegolten, die bereits Kontakt

mit der Kirche hatten, so waren die Jahre ab 1954 dadurch gekennzeichnet, daß die SED versuchte, der Kirche die breite Masse der Zugänge, also der nur aus Tradition getauften und konfirmierten Kinder und Jugendlichen zu entziehen. Die ständig präsente Propaganda sollte dies unterstützen. Um aber die Entfremdung der Bevölkerung von der Kirche, das eigentliche Ziel der Religionspolitik, voranzubringen, um das ideologische Postulat des Absterbens der Religion zu erfüllen, bedurfte es des Aufbaus von eigenen Riten: Als Gegenpol zur Konfirmation, dem letzten intensiven Kontakt breiter Bevölkerungsteile mit der Kirche, hatten sich die Strategen der SED 1954 der Tradition der Jugendweihe erinnert und riefen diese, erweitert um vorbereitende Jugendstunden ab 1955 als direkte Alternative ins Leben. Durch die Einführung einer flankierenden Eröffnungsfeier des beginnenden Vorbereitungsjahres und die abschließende Jugendweihefeier sollte ein neues Familienfest etabliert werden. Vorsicht, Angst und Opportunismus vieler Eltern führten bald mehr Kinder zur Jugendweihe als zur Konfirmation. Das Kirchenvolk widerstand nicht - im Kreis Sömmerda nahmen z. B. 1963 97 Prozent der Jugendlichen an der Jugendweihe teil. Gleichzeitig sank DDR-weit die Zahl der Konfirmationen. Wurden 1956 noch drei Viertel der Jugendlichen konfirmiert, so war es 1959 nur noch ein Drittel¹⁹⁵. Zwar bewies die Kirche – regional sehr unterschiedlich – Mut, indem sie staats-»geweihten« Jugendlichen die Konfirmation verweigerte, informierte, diskutierte und die Jugendweihe-Teilnahme zum Ausschlußgrund beispielsweise der Taufpatenschaft erklärte¹⁹⁶, doch die Macht des Staates, der die irdische Zukunft ohne viel Mühe jedem verbauen konnte, der in Ungnade fiel, obsiegte.

In der Vorweihnachtszeit 1957 wurden darüber hinaus bei der SED weitere flankierende sozialistische Riten ersonnen. Die Taufe wurde zur »sozialistischen Namensgebung«, Eheschließungen und Bestattungen sollten nunmehr Orte rein weltlichen Gedenkens, Trauerns und Feierns werden. Die Entscheidung für den Taufersatz wurde z. B. ergänzend belohnt: mit einem mit 50 DM (!) ausgestatteten Sparbuch¹⁹⁷. Und die neuen Riten wurden angenommen. Dies beweisen die steigenden Zahlen des Kreises Sömmerda. Zwischen 1958 und 1959 verdoppelte sich dort die jährliche Zahl der »Taufen«, stieg die Zahl sozialistischer Ehe-

schließungen von 1958 und 1959 etwa 500 auf 630 im Jahr 1960. Die Bestattungen, 1954 120 von 816, stiegen auf 51 von 591 1960¹⁹⁸. Die »10 Gebote für den neuen sozialistischen Menschen« vom 10. Juli 1958, von denen besonders das achte Gebot den Sozialismus zum Maßstab des Handelns erhob, sollten schließlich die Grundlage für eine neue Sittlichkeit bilden. An dieser Stelle offenbart sich ein pikanter Zufall: Denn die sozialistischen 10 Gebote wurden auf dem V. Parteitag der SED von Ulbricht verlesen – eben nach diesem Parteitag hatte sich die PGH, in der Brüsewitz arbeitete, benannt.

Brüsewitz war jedoch der Überzeugung, daß die zehn christlichen Gebote der Maßstab menschlichen Miteinanders seien sollten und keiner sozialistischen Überarbeitung bedurften. Also mußte er sich gegen die Vereinnahmung des Menschen durch die Ideologie zur Wehr setzen. Dies konnte, sollte es Erfolg mit sich bringen, nur über die Schaffung von Öffentlichkeit für die Botschaft der Bibel geschehen. Die Vertreter des SED-Staates kontrollierten jedoch den politischen Raum. Die kulturelle Hegemonie sollte gewährleistet bleiben. Die Volkspolizei beobachtete deshalb Resonanz und Rückhalt der Pfarrer und Prediger in der Bevölkerung. Die Frage des Rückhaltes in der Bevölkerung war zudem bei allen feindlich eingestellten Bürgern von Belang. Etwa bei Katecheten, denen der RdK Sömmerda am 22. Februar 1961 zugestand »einen bestimmten Einfluß« auf die Kindeserziehung zu haben und die es deshalb vermehrt zu »betreuen« gelte¹⁹⁹. Im Fall des Katecheten Brüsewitz monierte das MfS später, daß »keine Analyse der Stimmung der Bevölkerung von Weißensee zu den Handlungen des Brüsewitz« vorläge²⁰⁰. Brüsewitz mußte also bei den Exekutivorganen der DDR durch seinen Drang, die biblische Botschaft zu verbreiten, auffällig werden. Das MfS entschied dann folgerichtig im November 1964, daß Brüsewitz »isoliert werden« müsse²⁰¹.

Dieser Einschätzung waren Aktivitäten Brüsewitz' vorausgegangen, die allesamt dazu geeignet waren die christliche Botschaft unter die DDR-Bevölkerung zu bringen, bzw., aus Perspektive des MfS, den Tatbestand der »staatsfeindlichen Hetze« zu erfüllen²⁰².

Öffentlichkeit war damals nicht nur für Brüsewitz ein Schlüsselwort. Auch viele andere artikulierten ihren Unmut, ihre Wün-

sche und Widerstände gut sichtbar für ihre Mitmenschen. Etwa durch eilig angebrachte Losungen an Häuserwänden. Wieder andere schafften keine Öffentlichkeit, sondern verhinderten diese durch das Übermalen von SED-Plakaten. Im Raum Sömmerda gab es denn auch Bürger, die entsprechend handelten und damit für die vielen Varianten des Widerstandes des »kleinen Mannes« stehen. So wurden am 1. Mai 1958, eineinhalb Jahre vor Brüsewitz' Eintreffen in Weißensee, in Strausfurt durch Bauarbeiter die Plakate und Fahnen zum 1. Mai einfach beseitigt. Als Brüsewitz bereits dort wohnte, notierte das VPKA Sömmerda, daß in der LPG Monraburg Schmähreime kursierten, die die schlechte Versorgungslage der DDR zum Inhalt hatten, allgemein Westfernsehen stark verbreitet war und dessen Inhalte diskutiert wurden, in einer Gaststätte sogar öffentlich ein Westsender eingestellt worden war. Im Juni 1962 war ein Fahnenmast auf dem Sportplatz in Sömmerda umgerissen und die Fahne der DDR in den Schmutz getreten worden. In Günstedt und Weißensee wurden westdeutsche Flugblätter an Masten angebracht.

Brüsewitz' Wohnort Weißensee galt zu dieser Zeit als ein erkannter »Schwerpunkt der Feindtätigkeit«, wie der Bericht des VPKA Sömmerda zur »Klassenkampflage« für das erste Halbjahr 1962 feststellte und ebenso als kirchlicher Schwerpunkt für den gesamten Kreis. Und das in einem Kreis, in dem die Kirche als gefährlich angesehen wurde. Ihren »reaktionären Pfarrern« wurde von der Volkspolizei viel zugetraut, etwa die Energie für die »Schaffung einer Basis als Grundlage selbständiger Diversions- und Sabotagehandlungen, sowie zur Durchführung der feindlichen Aufklärung und zur Unterstützung regulärer gegnerischer Diversions- und Aufklärungsgruppen sowie regulärer Truppen des Gegners im Falle einer Aggression«. Letztlich wurde »der Sturz der Gesellschaftsordnung in der DDR« als Zielvorstellung angenommen²⁰³.

Daß Brüsewitz von den Behörden auch als einer der in derartigen Berichten vorkommenden Feinde galt, wird ihm klar gewesen sein. Allerdings verstand er sich weniger als Feind einer Sache denn als Freund seiner Sache. Er wollte sich nicht auf einen Gegner konzentrieren, sondern potentielle Freunde mobilisieren. Im Zuge solcher Überlegungen war ihm bewußt

geworden, daß die eigentlichen Probleme der Christenheit in den eigenen Reihen lagen²⁰⁴.

Kompromisse waren für ihn das, was keiner wollte, die unerträgliche Situation des ›Ja, aber‹. Zumal ihm die Lage in der DDR für weitere Kompromisse zu kritisch war. Denn der zunehmende Terrainverlust der Kirche ließ deutlich werden, daß die DDR zum Missionsland herabgesunken war. Zwischen 1950 und der Volkszählung von 1964 hatte die Kirche fast fünf Millionen Mitglieder verloren – bei einer Bevölkerung von damals 17 Millionen Menschen. Brüsewitz bevorzugte deshalb die Eindeutigkeit, das klare Bekenntnis. Für ihn waren Männer und Frauen des DDR-Systems zwar Gegner im Geiste, letztendlich aber, weil sie in ihrem marxistischen Glauben verharren, bedauernswerte Menschen, die es zu missionieren galt²⁰⁵. Die kirchenleitenden Persönlichkeiten standen in der Gefahr, als Hirten ihre ›Schafe‹ vom Evangelium wegzuführen. Da Brüsewitz keinen Einfluß auf die Kirchenoberen ausüben konnte, blieb ihm nur eine Möglichkeit: die Mission – die Rettung derer, die er erreichen konnte. Daß dies die Mühe lohnte, stand für Brüsewitz außer Frage.

So nahm also die mühsame Arbeit der Mission einen Gutteil von Brüsewitz' Zeit und Energie in Anspruch²⁰⁶. Dabei setzte er alle Mittel ein, die ihm zur Verfügung standen. Er hatte bereits in seiner Zeit in Leipzig seiner Umgebung kundgetan, daß er als Christ den Weg der Geschichte anders deutete als die Vertreter des Historischen Materialismus. Es war ein Werkstattfenster gewesen, welches er freiräumte und dann mit selbstgebastelten Puppen und Gebäuden wieder zurechtmachte. Das so geschaffene Arrangement zeigte einen sich gabelnden Weg, den des Lebens. Für welchen der beiden Wege sich die Puppe entscheiden würde war noch nicht zu sehen, aber fest stand, daß die Himmelstür nur schwer zu passieren, wohingegen der Pfad in die Verdammnis breit und bequem angelegt war²⁰⁷.

Solch öffentliches Bekenntnis war in der DDR ein Ereignis, eine Provokation. Brüsewitz stellte einen alternativen Lebenspfad dar und charakterisierte den üblichen als den in die Verdammnis. Es dauerte nicht lange, da wurde das Fenster nachts übermalt. Den von Brüsewitz aufgestellten Aushangkasten, der



*Der Schaukasten von Brüsewitz in Weißensee (1964). Nach langem Streit entfernte die Volkspolizei nachts diese »Provokation«.
(Aufnahme der Stasi, © BstU)*

dem Vorübergehenden christliche Broschüren zum Mitnehmen anbot, zerstörten die Täter gleich mit²⁰⁸.

In der gleichen Richtung arbeitete Brüsewitz auch in Weißensee. Dort wurde der Volkspolizei bereits Ende November 1963 zugetragen, daß Brüsewitz einen Schaukasten aufstellen wollte²⁰⁹ – ein beliebtes Mittel der Darstellung von Kirchengemeinden²¹⁰. Noch im selben Jahr tat er dies denn auch: Es war ein Schaukasten, in dessen Innern ein Kreuz aus Neonröhren stand, neben dem sich auf einem Plattenspieler ein Globus drehte, der thematisch auf den im Hintergrund stehenden Bibelvers »Ich bin der Erste und der Letzte und der Lebendige« verwies²¹¹. Als Ergänzung spielte Brüsewitz Kirchenmusik und ließ bei Dunkelheit das Kreuz leuchten²¹². Die örtliche Lage war dazu gut gewählt, denn morgens und abends mußten die Arbeiter, die im Büromaschinenwerk Sömmerda arbeiteten, an dem Kasten vorbei, um zum Bahnhof zu gelangen, bzw. von dort aus nach Hause²¹³. Der Stadt war der Schaukasten deshalb ein Dorn im Auge. Eine Aussprache mit Brüsewitz und Pfarrer Merker brachte keine den Bürgermeister befriedigenden Ergebnisse. Brüsewitz und Merker beharrten auf dem Schaukasten. Während des Gesprächs versuchte Brüsewitz seine Position zu verdeutlichen: »Das, was die SED für sich in Anspruch nimmt, werde ich auch tun.«²¹⁴

Durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zur Verschönerung der historischen Altstadt vom 15. November 1962, der größere Schilder u.ä. einer Genehmigungspflicht unterzog, sollte Brüsewitz zur Beseitigung des Schaukastens gezwungen werden. Da in diesem Streit, den Brüsewitz gegenüber dem Rat des Bezirkes (RdB) als »Kirchenkampf« bezeichnete, kein Kompromiß absehbar war, kam es dazu, daß die Volkspolizei den Schaukasten einfach in der Nacht vom 8. auf den 9. Juni 1964 entfernte²¹⁵. Zwar stellte die Kirche noch eine Strafanzeige, doch diese verlief scheinbar im Sande. Das MfS zeigte sich nicht zufrieden mit dem Ablauf der Auseinandersetzung. Sie warf dem Bürgermeister Inkonsequenz, Zögerlichkeit und mangelnde Argumentationsfähigkeit vor²¹⁶.

Eine andere Facette Brüsewitz'scher Öffentlichkeitsarbeit waren Plakate. Noch vor der Episode mit dem Schaukasten hatte er in einem Garten ein Plakat mit der Aufschrift »Schickt

Eure Kinder zur Christenlehre und Konfirmation« montiert. Dieses verschwand, nachdem es eine staatliche Aussprache mit dem Superintendenten gegeben hatte. Bis dahin hatte Brüsewitz sein Plakat verteidigt und sogar gemeint: »Ich kämpfe gegen ganze Armeen. Ich sehe meine Aufgabe darin, den ganzen Kreis Sömmerda zu evangelisieren, und nur über meine Leiche werden die Transparente entfernt.«²¹⁷

Aus dieser Radikalität kann abgeleitet werden, wie bitter Niederlagen wie die um den Schaukasten und das Christenlehre-Plakat für Brüsewitz gewesen sein müssen.

Christlicher Glaube und ein atheistisches Gesellschaftssystem waren für ihn unvereinbar²¹⁸ und so arbeitete er nicht nur durch sein öffentliches Evangelisieren gegen den Staat, sondern entfernte notfalls sogar rote Fahnen, die anlässlich einer Friedensfahrt bei dem o.g. Schaukasten aufgestellt worden waren²¹⁹. Derartige Reaktionen verschärften selbstverständlich den Konflikt zwischen Brüsewitz und den lokalen Funktionären.

Hinzu kam seine völlige Ablehnung jeglichen »gesellschaftlichen« Engagements im Sinne der SED. Damit stand er nicht allein. Denn in seiner näheren Umgebung registrierte selbst die Polizei, die meist nur das offene Wort vernehmen konnte, einiges an Systemkritik, besonders durch Pfarrer der Magdeburger Kirchenleitung, die im Gegensatz zu denen der Thüringer Landeskirche als weitaus kritischer galten²²⁰. Manche dieser Pfarrer nutzten die Gelegenheit der Predigt, um sich über die von ihnen erkannten Mißstände zu äußern. Ein Pfarrer des nicht weit von Weißensee gelegenen Günstedt ließ z. B. seine Gemeinde wissen: Man »könne ja noch froh sein, daß wir im Gotteshaus sind, wir haben genügend Kohlen, draußen hat sich die sibirische Kälte auf Deutschland niedergelassen, die jetzt von Berlin ausstrahlt.« Auf einer Beerdigung eines Selbstmörders meinte der gleiche Pfarrer, »dieser sei den Blumenschmuck nicht wert, (denn) er habe sich an der Bodenreform beteiligt.«²²¹

In ähnlicher Intention, aber allgemeiner ausgedrückt, war solches auch in Orlishausen zu hören, wo der Pfarrer darauf hinwies, daß nach dieser eine andere Zeit folgen werde²²². Pfarrer wurden als wichtige Multiplikatoren angesehen und beobachtet. So führte

die Volkspolizei Listen, in denen die Pfarrer und Prediger des Kreises nach ihrer politischen Tätigkeit charakterisiert wurden²²³. Doch die Aufmerksamkeit des SED-Staates lag weniger bei den Worten von der Kanzel herab, als vielmehr in besonderem Maße beim Wahlverhalten, welches permanent beäugt wurde. Öffentlichkeitswirksam hob sie im Fall der Fälle die Unterstützung der Wahlen durch kirchliche Funktionsträger deutlich hervor. Das galt auch für den Bezirk Erfurt und den Kreis Sömmerda²²⁴, wo zusätzlich bei gesellschaftlichen Ereignissen wie der Einbringung der Ernte oder ähnlichem genauestens notiert wurde, welcher Pfarrer mithalf und welcher sich weigerte oder gar die Helfer behinderte²²⁵.

Schon in der Zeit, bevor Brüsewitz nach Weißensee gekommen war, hatte die SED versucht, mit den ansässigen Pfarrern eine Gesprächskultur aufzubauen. So wurden besonders die als loyal eingeschätzten Pfarrer zu Gesprächen eingeladen, in deren Verlauf aktuelle Fragen, etwa um die Gründe der Verhaftung von Pfarrern, »erklärt« und die weitere Einbindung von Amtsbrüdern abgesprochen wurden. Die Resonanz auf das Gesprächsangebot der SED war z.B. in Sömmerda verhalten positiv. Zur ersten Aussprache am 27. August 1958 fanden sich von 14 eingeladenen Pfarrern und Kirchenratsmitglieder zwar nur fünf Personen ein, dem Gespräch vom 11. November 1958 wohnten jedoch schon acht Personen bei²²⁶.

Das Hauptinteresse galt aber auch hier der Stellung zur Stimmabgabe im Wahllokal. Dabei wurden nicht selten Erfolge erzielt: so empfahlen sogar einige der betreffenden Pfarrer nach den Aussprachen ihren Gemeindemitgliedern von der Kanzel aus, an der Wahl teilzunehmen, andere entschlossen sich dafür, doch zumindest selbst zur Wahl zu gehen²²⁷. Entsprechendes registrierten die Behörden mit Genugtuung, die Wahlenthaltung wurde gerade noch akzeptiert, der öffentliche Wahlboykott aber war die Kampfansage an das System. Wie nicht anders zu erwarten, wählte Brüsewitz wie anderorts auch beim Thema Christ und Wahlen die für das System empfindlichste Variante des Verhaltens.

In einer Kneipe in unmittelbarer Nähe des Wahllokals ließ er für alle vernehmlich verlauten, daß er schon gewählt habe, allerdings nicht die Nationale Front, ja überhaupt nicht die üblichen Volkskammerkandidaten, sondern seinen Herrn: Jesus Christus²²⁸.

Dies war ein Affront, denn Brüsewitz' Kandidat galt der SED nicht nur als unabhängige Bezugsperson eines abergläubischen Teils der Bevölkerung, mit der Schaffung von Öffentlichkeit wandte sich die Tat darüber hinaus in deutlichster Weise gegen die auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 festgelegten Absicht, den kirchlichen Einfluß zu marginalisieren. Brüsewitz' Vergehen war seine demonstrative Unabhängigkeit. Daß er kein Pfarrer war, konnte hier sogar erschwerend wirken, da er mit solch einer Haltung als christlicher Laie ungewöhnliche Zivilcourage zeigte und die Gefahr bestand, von anderen Laien zum Vorbild genommen zu werden.

Das Gewissen, welches Brüsewitz, wie Gläubige überhaupt, bemühte, war in der ihm eigenen Unberechenbarkeit dem SED-Staat suspekt und gleichermaßen ein Feind der propagierten »Klassenmoral«. Die SED wollte statt dessen die Religion vereinnahmen und ihr den Status einer Kultkirche zuweisen. Die Anwendung christlich hergeleiteter Wertmaßstäbe auf die Lebenswelt DDR war nicht erwünscht. Für Brüsewitz war sie jedoch unveräußerlicher Teil des Christ-Seins. Und seine Sorge um das Seelenheil der ihn umgebenden Menschen trieb ihn in immer neue Aktionen, sich ablösende Variationen des immer gleichen Konflikts mit den Machthabern: des Kampfes um die Öffentlichkeit.

Anfangs in Begleitung von Pfarrern und später auch alleine²²⁹, begab er sich in die umliegenden Ortschaften und machte dort auf sich und dann auf seine Botschaft aufmerksam. Dabei ging er völlig unkonventionell vor. Durch Günstedt zog er z. B. mit einem Handwagen, auf dem eine seiner Töchter zwischen den seitlich angebrachten Werbeplakaten saß und ein Grammophon bediente. Anderntags suchte er die Menschen selbst in der Gaststätte auf²³⁰. Oder er hielt sie auf der Straße an und lud ein zur Besinnung – mit einer Christuspuppe aus Stroh, um die herum er brennende Kerzen plazierte hatte²³¹. Als er im Oktober 1964 in Wenigensömmern war, hängte er Transparente auf, brachte ein Neonkreuz am Kirchturm an und zog die Menschen durch laute Musik aus dem Grammophon an²³². Indem er immer wieder laut und auffällig war, provozierte er die Staatsmacht. Dies wissend argumentierte er jedoch ähnlich wie bei dem Konflikt um den Schaukasten: »Ich habe das selbe Recht wie die SED und werde den ganzen Kreis Sömmerda

evangelisieren, egal, ob das der SED recht ist oder nicht. Dafür bringe ich auch persönliche und materielle Opfer.«²³³

Wie hoch die persönlichen Opfer von Brüsewitz in dieser Zeit genau waren, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Die teilweise harten Auseinandersetzungen – so wurde z. B. das am Kirchturm aufgehängte Neonkreuz heruntergeschossen, Plakate nachts übermalt²³⁴ – waren aber, gerade hinsichtlich seines schwachen Herzens, sicher große Belastungen. Die materielle Seite kann von einem Extrembeispiel aus betrachtet werden, als Brüsewitz bei einer Evangelisation versuchte, Wort und Bild in Einklang zu bringen. Während er unter dem Bibelvers ›Die auf den Herrn harren, kriegen neue Kraft, daß sie auffahren mit Flügeln wie Adler‹ (Jesaja 40,31f) eine Veranstaltung durchführte, kaufte er aus eigener Tasche für den zu damaligen Zeiten unerhört hohen Betrag von 300 Mark einen ausgestopften Adler, um ihn zu seinem Plakat zu stellen²³⁵. Sein größtes Opfer in dieser Zeit war aber zweifelsfrei die Entscheidung, den alten Beruf gänzlich aufzugeben und nochmals neu anzufangen – beginnend mit einer vierjährigen Ausbildung.

Hatte es im ersten Anlauf in Wittenberg nicht funktioniert, so brachte Brüsewitz in der Predigerschule Erfurt alle Kräfte auf, die er besaß, um sein Ziel zu erreichen: die Ordination, die Weihe zum evangelischen Pfarrer.

Wenn Brüsewitz das Studium aber auch als schwierig empfand²³⁶, schließlich war er bei dessen Beginn schon 35 Jahre alt, so bewahrte es ihn doch vor den Maßnahmen des MfS, welches just zur Zeit des Wechsels von Brüsewitz aus Weißensee an die Predigerschule in Erfurt über ein konkretes Einschreiten gegen das engagierte Gemeindemitglied nachdachte. Nun aber wurde die Akte am 25. März 1965 für die Dauer der Predigerausbildung geschlossen²³⁷, und Brüsewitz fing sozusagen doppelt neu an.

Auf der Predigerschule sollte er das Rüstzeug für die Arbeit im Pfarramt bekommen. Es stellt sich allerdings die Frage, wie weit mit einer Veränderung seiner Positionen und Vorstellungen gerechnet werden konnte²³⁸. Denn Brüsewitz war 1965 keiner der üblichen Studenten, die zuvor gerade erst ihre Jugend abgeschlossen hatten. Er hatte den Krieg erlebt, eine gescheiterte Ehe hinter

sich, war wieder verheiratet und war Vater von drei ihn fordernden Kindern. Einen Beruf hatte er ebenfalls erlernt und eine Reihe von Jahren in diesem gearbeitet. Das wichtigste Element für die Betrachtung der Theologie des Oskar Brüsewitz ist jedoch seine praktische Erfahrung in der Auseinandersetzung zwischen Christentum und dem Marxismus-Leninismus. Diese führte er mit dem SED-Staat mindestens als privaten ›Kirchenkampf‹.

Was er von der Ausbildung jenseits der Zulassung zur Ordination erwartete, kann nur erahnt werden. Daß die theologische Arbeit ihn reizte, wird nur in engen Grenzen zutreffen. Denn er hatte in der Gemeindearbeit mit einem an dem Wortlaut der göttlichen Offenbarungen orientierten Glauben gearbeitet und darin Halt gefunden. Die Abwehr durch den Staat wird ihn in diesem Weg bestätigt haben und die vielen punktuell ähnlich denkenden Pfarrer, Prediger, Katecheten usw. im Kreis Sömmerda ebenso. Die moderne Theologie, als eine zweifelnde Wissenschaft, mußte ihm deshalb fremd bleiben; wobei zu betonen ist, daß er deren Gedankengängen wohl zu folgen wußte. Aber letztendlich sah er in der Arbeit von Theologen wie Bultmann oder Hirsch, ihrer Entmythologisierung des Christentums, den Verlust des Glaubens²³⁹. Theologische Literatur scheint ihn aber auch jenseits eines solchen Zugangs nicht interessiert zu haben. Das Geschenk seiner Mitschüler, Bonhoeffers ›Nachfolge‹, soll er angefangen, aber später wieder aus der Hand gelegt haben²⁴⁰.

Sein Bibelzugang war dagegen direkt, unmittelbar und praxisorientiert. Er vertrat die Auffassung der Inspirationslehre²⁴¹ und fand somit in der Bibel Hinweise, die er für sein Leben und seine Glaubenspraxis umzusetzen hatte²⁴². Das wollte er auch in seiner Funktion als Prediger vermitteln. In vielen seiner Klausuren und Predigtentwürfen suchte er das Beispiel, wollte er die Zuhörer und Leser mit klaren Bezügen konfrontieren²⁴³, damit sie die verändernde Kraft des Evangeliums bewegen konnte. Das Theoretisch-Abstrakte rechnete er zu den Schwächen einer Predigt. Das Christ-Sein sah Brüsewitz als ein gegenseitiges Geben und Nehmen zwischen Gott und dem Menschen. Dabei redete er nicht der Werkgerechtigkeit das Wort. Er wußte darum, daß sich der Mensch Gottes Gnade nicht verdienen konnte, doch wollte er Gottes Befehlen gehorchen, klar handeln, deutlich bekennen²⁴⁴.

und dabei die Nachfolge eines kämpferischen Messias antreten²⁴⁵. Dies mußte den Christen in die politische Welt führen.

Immer wieder kommt Brüsewitz bei seinen Ausarbeitungen dann auch auf die Versuche politischer Systeme und Ideologien zu sprechen, der Kirche ihre Kraft zu nehmen, den Gläubigen zu unterdrücken. In bezug auf die Sowjetunion arbeitet er in einer Kirchengeschichtsklausur die Ziele sowjetischer Kirchenpolitik nach 1917 heraus: so »Entkirchlichung« und »Zersetzung«, aber auch die Absicht, daß sich »Christen gegen Christen [...] ausspielen sollten«, wodurch es letztendlich gelungen sei »sie willfährig zu machen« in der Absicht eines zu erreichen, nämlich die »Vernichtung einer Kirche durch einen totalitären Staat«²⁴⁶.

Es ist angesichts solch präziser Worte davon auszugehen, daß Brüsewitz manche Gemeinsamkeiten der Nationalsozialismus- und der SED-Politik in einigen Bereichen sah. Das kann sogar speziell für die Familienpolitik der DDR, die Brüsewitz in einer anderen Klausur als Schritt zur Vermassung des Menschen kritisiert²⁴⁷, nachgewiesen werden. Denn die Klausuren belegen, daß Brüsewitz keinesfalls einfach strukturiert oder ein Fanatiker war, sondern vielmehr ein streitbarer Christ, der die Bibel beim Wort nahm, also eine Theologie vertrat, die nach Ansicht von zwei Pfarrerskollegen »im Rahmen der evangelischen Kirche beheimatet ist als eine unter anderen«²⁴⁸.

Weiteren Aufschluß über seine Sicht der weltlichen bzw. politischen Konsequenzen seines Glaubens könnte, wenn sie einsehbar wäre, die Abschlußarbeit über Generalsuperintendent Paul Blau (1861–1944) und die kirchliche Zeitgeschichte Posen zwischen 1910 und 1945 geben: »Paul Blau. Generalsuperintendent von Posen«²⁴⁹. Ihr hatte sich Brüsewitz nach seinem Vikariat im ersten Halbjahr 1968 zugewandt.

Die Arbeit über Blau wäre in den analytischen Sätzen von besonderem Interesse, denn die Probleme des Dienstes von Blau, besonders im nationalsozialistischen Deutschland, wiesen viele Parallelitäten zu denen des Staat-Kirche-Verhältnisses in der DDR zu Brüsewitz' Zeiten auf. Blau hatte in Posen die Stelle des Generalsuperintendenten inne, fühlte sich jedoch besonders der Basisarbeit, also mehr dem Tätigkeitsfeld der Pfarrer in den einzelnen Gemeinden, sehr verbunden. Er war ein nach Posen Zuge-

reister, der sich stark um die Jugendarbeit bemüht hatte, und als Deutscher die zwanziger Jahre der polnischen Selbstbestimmung von 1918 bis 1939 als Unterdrückung der Deutschen empfunden hatte. Aus diesem Blickwinkel verstand er die evangelische Kirche als im Widerstand gegen die polnische Staatsgewalt befindlich. Sein Weggefährte Erich Nering dazu:

»Er war uns Schild. Er war unserer Kirche der Schild, die blanke wohlgefügte unerschütterliche Wehr im Kampf und jeder anderen Lage, vor der die feindlichen Angriffe zerschellten und in deren Schutz unsere Kirche ihre Sachen führen und verfechten, ihren Dienst zu tun und ihren inneren Aufbau vollbringen konnte.«²⁵⁰ Die Zahl der Glieder der protestantischen Kirche schmolz deutlich ab, doch Blau blieb: »Eigentlich war es doch selbstverständliche Pflicht, da zu bleiben, wohin man von Gott gestellt war. Und ich mußte mir sagen, daß, wenn ich ging, mein Beispiel viel Nachahmung finden würde. [...] So blieb ich denn, und meine liebe Frau war auch bereit, auf dem Posten auszuharren, auf dem wir nun einmal nach Gottes Willen standen.«²⁵¹ Er rang mit der polnischen Staatsgewalt »um Freiheit und Arbeitsmöglichkeiten«, »kein Fußbreit« sollte aufgegeben werden²⁵². Die staatlicherseits eingeleiteten Verfahren schreckten ihn nicht.

Nach dem deutschen Überfall auf Polen änderte sich dann zwar die Lage für Blau, die Probleme wurden jedoch nicht geringer. Noch unter polnischer Verwaltung hatte Blau die ideologisch bedingte Kirchenspaltung mit dem immer größer werdenden Einfluß nationalsozialistischer Tendenzen unter den deutschen Pfarrern erlebt. Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten wurden die Konflikte offener und aggressiver. Nach kleineren Unstimmigkeiten war es in Blaus dienstlichem Bereich zur internen Auseinandersetzung gekommen: angefangen von einem Pastor, der von der Kanzel aus den ›Deutschen Gruß‹ entbot, bis hin zur öffentlichen Beleidigung von Blaus Dienststelle als dem »jüdisch versippten« Konsistorium. Ab Oktober 1939 erlebte Blau dann im ›Reichsgau Wartheland‹ die nationalsozialistische Religionspolitik, die dort, im ›Mustergau‹, ihr Versuchsfeld zugewiesen bekommen hatte. Mit den ›13 Punkten über die Trennung von Kirche und Staat im Warthegau‹ wurde die Kirche vom Reichsstatthalter zum Verein erklärt, dem nur Volljährige ›beitreten‹

konnten, der außer Kulträumen keine Immobilien besitzen und in Schulen keinen Unterricht abhalten durfte. Blau wehrte sich damals vehement gegen diese einschneidenden Maßnahmen. Er, der Ende 1944 verstarb, nahm diese Zeit als »Schule des Glaubens« wahr²⁵³.

Nach den Erfahrungen Brüsewitz' in Leipzig und Weißensee, all den Repressalien, Diskussionen, Mühen und Enttäuschungen, die er erlebt hatte, wird ihm das Studium von Blaus Auseinandersetzungen und dessen Durchhaltekraft Beispiel und Ansporn gewesen sein. Von Brüsewitz' Examensarbeit ist allerdings nur ein Zitat aus dem Vorwort überliefert. Gerade dieses aber weist von der Theologie wieder ins konkrete Leben im totalitären Staat hin: »Wohl hat Paul Blau kein Martyrium erleiden müssen, aber seine Seele muß geschmerzt haben, als diese seine Kirche sichtbar zum Tode verurteilt wurde [...] Paul Blau wurde dann von seinem König Jesus Christus heimgerufen.«²⁵⁴

Hier stehen die beiden Fixpunkte des Glaubenslebens von Oskar Brüsewitz schon deutlich erkennbar nebeneinander: das Leiden am Zustand der Welt und die Hoffnung auf das ewige Leben. Sie sollten ihn auch nach der Ausbildung begleiten – auf seiner Pfarrstelle in Rippicha.

IV. In Rippicha (1969-1976)

Als Oskar Brüsewitz mit seiner Familie 1969 als Hilfspfarrer nach Droßdorf-Rippicha versetzt wurde, spielte die Kirche keine Rolle in den neun Gemeinden entlang der Fernstraße 2, die zum Kirchspiel gehörte. Sein Vorgänger hatte die Pfarrstelle entmutigt verlassen: Er hatte Sonntags allenfalls zwei bis drei Kirchenbesucher gehabt, und sein Urteil war entsprechend niederschmetternd: Es lohne sich als Pfarrer nicht, nach Rippicha zu gehen. Schon in der Chronik des Pfarramtes könne man nachlesen, daß Rippicha bereits im letzten Jahrhundert als »unkirchliche Gemeinde« gegolten habe. Zudem sei die Kirche dort völlig verwahrlost²⁵⁵ und das Pfarrhaus unbewohnbar.

Doch Oskar Brüsewitz sah gerade darin eine Herausforderung. Voller Tatendrang nach den für ihn langen Jahren der Predigerschule und im Bewußtsein seiner Erfolge bei der Missionierung im Kreis Sömmerda stürzte er sich in seine neue Aufgabe. In seiner recht kernigen und durch die Kriegsergebnisse seiner Jugendzeit geprägten Sprache wollte er Kirchspiel und Kirchenkreis »für Gott erobern«.

Demonstrativ schlug er den Rat seines Vorgängers aus, statt nach Rippicha in das Pfarrhaus nach Ossig zu ziehen. Als die junge Familie am Ostermontag des Jahres 1969 von Weißensee nach Rippicha umzog, hingen im dortigen Pfarrhaus die Tapeten in Fetzen an den Wänden herunter, im Keller waren die tragenden Eisenträger durchgerostet. Für den handwerklich begabten Brüsewitz war das jedoch kein Problem: In für DDR-Verhältnisse erstaunlich kurzer Zeit besorgte er Material, organisierte »Feierabend-Brigaden«, und nach wenigen Wochen war das Pfarrhaus wieder bewohnbar.

Wichtiger als die eigene Wohnung war ihm jedoch die 1824 gebaute Dorfkirche mit ihrem weithin sichtbaren Kirchturm, die sich in einem jämmerlichen Zustand befand. Der neue Hilfspfarrer ließ den bis dahin vom Kirchenschiff abgetrennten Chorraum öffnen, die Seitenschiffe mit Platten auslegen, die ganze Kirche neu kalken und mit überzähligen Kirchenbänken aus der Zeitzer

Michaeliskirche ausstatten. Daß Brüsewitz dabei stets »wie ein Galeerensklave«²⁵⁶ mithalf, ja oft die meiste Last zu tragen schien, verschaffte ihm sofort die Achtung der Dorfbewohner. »Er bestimmt sich nicht so, wie Pfarrer das sonst tun«, hieß es bald anerkennend. Daß Brüsewitz nach einiger Zeit an die hundert Hühner und Schafe auf den großen, zur Pfarrei gehörenden Wiesen hielt, beeindruckte die Menschen in dem bäuerlich geprägten Kirchspiel fast noch mehr. »Er arbeitet wie ein Bauer« sagten sie achtungsvoll über den neuen Pfarrer. Die Kirchenoberen waren ebenfalls beeindruckt über sein organisatorisches und handwerkliches Geschick: »Was er an Bauleistungen in Rippicha am Pfarrhaus und an der Kirche bewältigt hat, ist einzigartig. Diese Arbeiten haben das Probejahr mehr belastet, als zu verantworten war, aber er hat es geschafft«, heißt es in einem Bericht seines Mentors, Pfarrer Otto Pappe, vom Juni 1970²⁵⁷. Pappe verschwieg allerdings freundschaftlich, daß er als Vorsitzender des Pfarrgemeinderates von Brüsewitz' impulsiven Aktionen oft erst nachträglich erfuhr.

Und doch ließ Brüsewitz keinen Zweifel daran, daß er vor allem Gottes Wort verkünden wollte – und zwar allen Bewohnern der Dörfer und nicht nur den 480 Kirchensteuerzahlern in den neun Orten. Neben die Plakate mit den Losungen der SED auf dem Schulgelände stellte er Plakate mit der handschriftlichen Aufschrift »Christus ist die Hoffnung der Welt!«. Auch der Globus, der sich mit dem Bibelspruch »Siehe, ich bin bei Euch alle Tage bis an der Welt Ende« drehte, erregte Aufsehen. »Gott ist anders«, schrieb er auf ein Spruchband im Garten des Pfarrhauses. Und neugierig kamen Dorfbewohner und fragten ihn: »Was ist denn anders bei Gott?«

Und zu jenen, die nicht kamen, zu denen ging Brüsewitz hin: »Wenn jemand nicht in die Kirche kommt, dann muß ich zu ihm gehen«, sagte er, und am Ende der eineinhalbjährigen Probezeit in Rippicha gab es kaum einen Haushalt im Ort, den er nicht besucht hatte. Viele waren überrascht, wenn der Pfarrer etwa abends vor der Tür erschien und unbekümmert das Gespräch suchte. Dabei kannte er keine Tabus: »Jeder konnte mit ihm rechnen. Er machte keinen Unterschied zwischen Parteimitgliedern und regelmäßigen Kirchenbesuchern, er ging zu jedem«, erinnern sich die Dorfbewohner noch heute.

Aufmerksamkeit und Anerkennung der Bevölkerung erreichte vor allem das Kreuz aus Neonröhren²⁵⁸, das er zur Adventszeit 1969 in 20 Meter Höhe am Kirchturm anbrachte: fast vier Meter hoch und zwei Meter breit, war es von weitem schon auf der Fernstraße erkennbar. Brüsewitz wollte damit ein Zeichen setzen: »Hier herrscht nicht die Arbeiterklasse, sondern die Kirche.«²⁵⁹

Für die Vertreter des Staates war dieses Symbol des Christentums eine offene Kriegserklärung, zudem die Kunde von dem Leuchtkreuz sich durch die vorbeifahrenden Autofahrer verbreitete: »Die Kraftfahrer auf der Fernstraße, die Menschen in und um Rippicha bis nach Zeitz freuten sich über das Leuchtkreuz. Der Streit um das Kreuz wurde zur Grundsatzfrage«, erinnert sich Pfarrer Pappe.²⁶⁰

Das Kreuz müsse sofort entfernt werden, hieß es kategorisch beim Rat des Kreises. Als Begründung wurden abwechselnd genannt, das Kreuz lenke die Autofahrer ab und erhöhe daher die Unfallgefahr oder es müsse Energie gespart werden. Brüsewitz teilte daraufhin dem Rat des Kreises mit, zum Zwecke der Energieeinsparung habe er im Pfarramt »schon Birnen herausgeschraubt«.

Als der Ortspfarrer sich hartnäckig weigerte, das Kreuz zu entfernen, intervenierten SED und MfS beim Rat des Kreises, der daraufhin eine Anweisung an die Kirchenleitung und den Superintendenten erließ: »Das Kreuz wurde zum Streitfall Nr. 1 zwischen Kirche und Staat im Kreis Zeitz.«²⁶¹ Brüsewitz aber blieb hart, beugte sich weder dem Rat des Kreises noch seinen Kirchenoberen. Er war allenfalls zu kurzfristigen Konzessionen bereit: Superintendent Bauer, der dem Rat des Kreises gegenüber notgedrungen die Verantwortung für das Kreuz übernahm, konnte Brüsewitz bewegen, zeitweise auf das Anschalten der Neonröhren zu verzichten.

Doch im Mai 1970, nach langem Ringen, mußte der vom MfS eigens damit beauftragte Inoffizielle Mitarbeiter in Droßdorf-Rippicha seinem Führungsoffizier wieder melden, daß das Kreuz allabendlich leuchtete. Daran änderte auch das Gespräch im Magdeburger Konsistorium nichts, in welchem die Kirchenleitung Brüsewitz wegen der harschen Aufforderung der staatlichen Stellen bat, das Kreuz abzumontieren, »weil



Das von Oskar Brüsewitz zur Adventszeit 1969 am Kirchturm von Rippicha angebrachte Kreuz aus Neonröhren.

es für den Verkündigungsauftrag nicht als unentbehrlich anzusehen ist«²⁶².

Brüsewitz hielt dagegen: »Solange der Sowjetstern überall leuchtet, so lange bleibt auch mein Kreuz!«²⁶³ Und das Kreuz blieb hängen, es leuchtete bis lange nach Brüsewitz' Tod: »Bei seinem Kampf für die gute Sache, wie er sie verstand, gab es für ihn keine zulässigen Kompromisse«, urteilt Dekan Desel in seiner Biographie.²⁶⁴ Ganz anders sahen es die Pfarrer-Kollegen im Kirchenkreis und vor allem die kirchlichen Vorgesetzten.

Pappe, der mit Brüsewitz damals einen engen Kontakt pflegte, beschreibt dies mit folgenden Worten: »An Oskars Beharrlichkeit war an dieser Stelle der Wille zur Durchsetzung der staatlichen Macht zerbrochen. Die Genossen haben mit der Instinktsicherheit der Machthaber sofort begriffen, daß das Kreuz eine grundsätzliche Provokation bedeutete, entweder Kreuz oder roter Stern. Pfarrer, Superintendenten und Konsistorium haben das nicht erkannt. Wir dachten, daß es schön sei, wenn es leuchtet, wenn es aber nicht leuchtet, daran entscheidet sich nichts. Es war kurzschlüssig. Brüsewitz hatte ein Gefühl für symbolhaftes Tun und für vorsprachliche Übermittlung von Botschaften, sei es im Gottesdienst, durch den Fußball oder eben auch mit dem Kreuz.«²⁶⁵

Diese Kompromißlosigkeit in entscheidenden Fragen wird in einem persönlichen Brief deutlich, in dem es am Jahresende 1971 rückblickend heißt: »Ach so, das Kreuz. Es brennt wieder. Habe mich nicht mit Fleisch und Blut besprochen. Dann brannte es. Der Bürgermeister gab mir 24 Stunden – dann sollte das ›Zick‹ [das Kreuz] da oben verschwunden (sein). Als ob ich schon das hören würde! Falls ich mich weigern würde, würde das ›Zick‹ schon die Nacht verschwinden.«²⁶⁶

Schnell wirkte sich das Engagement des neuen, unkonventionellen und mutigen Pfarrers auch auf den Kirchenbesuch aus: Innerhalb kurzer Zeit hatte der Hilfspfarrer die meisten Gottesdienstbesucher im ganzen Kirchenkreis: Bis zu 150 Menschen wurden in der kleinen Dorfkirche gezählt.²⁶⁷ Brüsewitz, der kein Freund fester Ordnung war, beteiligte seine Töchter frühzeitig an der Ausgestaltung der Gottesdienste, neue Lieder und

Kanons brachten neuen Schwung in die Verkündigung, mochten auch Kollegen und Kirchenvorstand manchmal darüber verzweifeln, daß er impulsiv alle Absprachen vergaß.

Brüsewitz wollte seine Gottesdienste vor allem anschaulich gestalten – abstrakte Auslegungen lehnte er ab. So ließ er in einem Trauergottesdienst einmal eine Eisenkette zu Boden fallen, um zu demonstrieren, daß der Verstorbene nun frei sei von allen irdischen Fesseln. Ein anderes Mal brachte er ein Telefon mit in den Gottesdienst, um den Zuhörern bei der Predigt über Psalm 50,15 («Rufe mich an in der Not, so will ich Dich retten, und Du sollst mich preisen») den Sinn des Gebetes als Wechselgespräch mit Gott anschaulich zu machen.

Der bäuerlichen Umgebung entsprechend brachte Brüsewitz auch Tiere mit in die Kirche: Zu Pfingsten ließ er eine Taube fliegen als Sinnbild für die Ausgießung des göttlichen Geistes und Friedens, zum Erntedankfest gab es neben den Früchten des Feldes auch Gänse und Kaninchen zu sehen, am Heiligen Abend war ein Lamm im Käfig neben der kunstvoll gebastelten Krippe.²⁶⁸ Nach dem Gottesdienst wurden die Tiere an bedürftige Familien verschenkt, derer sich Brüsewitz – ohne jemals Aufhebens davon zu machen – mit großem Einsatz annahm. Dieses stark ausgeprägte soziale Engagement wird in allen vorliegenden biographischen Aufzeichnungen über Brüsewitz mit der Äußerung zusammengefaßt: »Er war ein guter Mensch.«²⁶⁹

Die Neugierde auf seine Gottesdienste wurde auch durch seine Neigung gefördert, Gemeindemitglieder und gerade auch Ortsfremde impulsiv in den Gottesdienst einzubinden. Diese direkte Art gefiel nicht jedem, aber sie wurde zumindest akzeptiert.²⁷⁰ Lange Predigtvorbereitungen am Schreibtisch waren für den Praktiker Brüsewitz ein Greuel. Er ging lieber durch Feld und Flurspazieren, er selbst sagte oft, er habe die besten Einfälle, wenn er hinter seinem Pferd den Acker bestelle.

Sein Mentor, Pfarrer Pappe aus Zeitz, urteilte am Ende der Probezeit über die Gottesdienste von Oskar Brüsewitz: »Seine Art und auch seine Art zu predigen sind unkonventionell. Das ist für die ständigen Kirchenbesucher zunächst eine Schwierigkeit gewesen, aber seine Art war anschaulich und gut. Er versteht es, durch Bilder und auch durch kleine Handlungen im Got-

tesdienst, etwa durch Kinder, den Gottesdienst zu beleben und anziehend zu gestalten. Infolge seiner unbekümmerten Art wagt er manches, was ungewöhnlich ist und staunen macht.«²⁷¹

Am interessantesten für viele Gottesdienstbesucher dürften die ständigen Anmerkungen von Brüsewitz zu politischen Fragen gewesen sein. In fast jeder Predigt, so erinnern sich heute noch viele, habe er gegen die Partei geredet. »Es ist zwar ein heißes Eisen, aber es muß doch gesagt werden«, sei dabei eine von ihm oft gebrauchte einleitende Redewendung gewesen²⁷². »Er machte nicht ›halbe-halbe‹ mit der Partei, er kämpfte mit offenem Visier«, erinnern sich die Dorfbewohner. Zwar habe Brüsewitz oft gesagt, die »SED hat uns Christen Fallen gestellt, und wir sind darauf reingefallen«, doch diese Kritik sei nicht unbedingt anti-kommunistisch gemeint gewesen: Sein immer wieder verkündetes Credo lautete: »Wir warten nicht auf den Kapitalismus oder den Kommunismus, sondern auf das Reich Gottes.« Wie die Propheten in den von ihm bevorzugten alttestamentarischen Texten fühlte auch er sich berufen, die »Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist und politischen Irrwegen« zu führen. Dabei war seine Zielscheibe immer wieder der »Bolschewismus«. Dieser Begriff sei für Brüsewitz eher ein allgemeiner Inbegriff für Gottlosigkeit und Evangeliumsfeindlichkeit als für konkrete Personen oder staatliche Institutionen gewesen²⁷³, meinte sein westdeutscher Freund Desel. Für seinen Mentor Pappagegenbrachte er damit »seine grundsätzliche Ablehnung des Systems zum Ausdruck. Der Bolschewismus, das war das Reich der Finsternis, die DDR war bolschewistisch. Das Reich Gottes, das war das Reich des Lichtes. Zwischen beiden Reichen tobte ein unversöhnlicher Kampf. Hier gab es für Brüsewitz keine Zwischentöne: Gott oder der Teufel.«²⁷⁴

Freilich war allein die Aussage »Wir warten nicht auf den Kapitalismus oder den Kommunismus, sondern auf das Reich Gottes«, die sich kraß von der offiziellen Kirchenlinie der »Kirche im Sozialismus« abhob, für die SED Kampfansage genug. Schließlich waren die Vertreter des Staates von der Kirchenleitung der evangelischen Kirche andere Töne gewohnt. So schrieb der Zeitzer Superintendent Joachim Hildebrandt dem Vorsitzenden des Rates des Kreises 1974: »Zum 25. Jahrestages unseres

Staates möchte ich Ihnen und all Ihren Mitarbeitern hiermit meine herzlichsten Glückwünsche übermitteln! Die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR formulierte vor wenigen Tagen ihren Geburtstagsgruß in unser aller Namen in Potsdam so: ›Wir sehen in unserem Staat den Ort, in dem wir als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft arbeiten wollen und unsere christliche Existenz zu bewahren haben. (...) Christen sehen in der sozialistischen Ordnung die Möglichkeit, eine bessere Gerechtigkeit zu verwirklichen.‹ In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns allen weitere Erfolge auf dem Weg in eine Zukunft, die uns und allen Menschen der Welt ein Leben in Frieden und sozialer Gerechtigkeit garantiert!«²⁷⁵

Wenn der Pfarrer von Rippicha dann noch laut verkündete, »Unsere Kirchenglocken werden noch läuten, wenn sich draußen keiner mehr an M-L [Marxismus-Leninismus] erinnert«²⁷⁶, dann wird deutlich, warum der Rat des Kreises bereits im Jahre 1970 der Kirchenleitung mitteilte, daß man nicht mehr bereit sei, mit Pfarrer Brüsewitz zu sprechen.²⁷⁷

Auch Superintendent und Propst waren über den unbekümmerten Stil, den Brüsewitz im Umgang mit den Staatsvertretern pflegte, entsetzt. So schrieb Propst Coym über ihn: »Nach dem Grundsatz ›Das ganze Evangelium ist eine einzige Provokation‹ hat er die verantwortlichen Staatsmänner [sic!] provoziert [...] nicht zuletzt durch impulsive, ungeschützte Sätze, die er den Staatsvertretern an den Kopf wirft. Es fehlt ihm einfach die Fähigkeit, ruhig und sachlich zu verhandeln.«²⁷⁸

Diesem Bericht war die Drohung des Rates des Kreises Ende August/Anfang September 1970 gegenüber Superintendent Bauer vorausgegangen, daß gegen Brüsewitz ein Ermittlungsverfahren wegen Staatsverleumdung und Hausfriedensbruch eingeleitet werden könnte. Außerdem werde erwogen, Brüsewitz zu einer stationären Untersuchung in eine Nervenklinik einzuweisen.²⁷⁹

So wurde im Verwaltungsausschuß des Kirchenkreises Mitte September 1970 zum Ende der Probezeit von Brüsewitz trotz des positiven Urteils seines Mentors Pappe ernsthaft überlegt, ob der Hilfspfarrer Brüsewitz fest in Rippicha angestellt werden könne.²⁸⁰ Pappe hatte geschrieben: »Brüsewitz' Stärke ist nicht in den notwendigen amtlichen Dingen zu suchen, da ist es gut, wenn ihm



Oskar Brüsewitz auf dem von ihm organisierten Kinderfest des Kirchenkreises in Rippicha. Foto: Eberhard Freitag



Typisch Brüsewitz: Fußballspiel mit Jung und Alt im Pfarrgarten.

jemand beisteht. Aber sie liegt im Umgang mit den Menschen und im persönlichen Gespräch. Dabei ist er kein Fanatiker, der in die Menschen eindringt, er spricht völlig ruhig und ist auch mit wenigen Worten schon bei den Fragen, an die man als Pastor gern heranmöchte, aber oft schwer herankommt. Er hat einen Blick für das Notwendige und packt es an, getrieben von einer großen Liebe zur Kirche und aus einer unkomplizierten Frömmigkeit. Er legt besonderen Wert auf Jugendarbeit und hat eine besondere Anziehungskraft auf junge Menschen.«²⁸¹

Schließlich wurde nach Gesprächen mit den Oberkonsistorialräten Ammer und Holdefleiß aus Magdeburg das Berufungsverfahren für Brüsewitz nach Rippicha eingeleitet. Nach seiner Ordination am 29. November 1970 in Wernigerode übernahm er am 1. Dezember die Pfarrstelle Rippicha.²⁸² Für Oskar Brüsewitz und seine in jeder Beziehung unterstützende Familie änderte diese Formalie wenig an seiner Arbeit und Berufung. Er konnte bereits auf eine erfolgreiche Zeit in Rippicha zurückblicken. Zwar gab es Kritik aus den Reihen der Pfarrerskollegen, doch in der Gemeinde wurde seine Arbeit hochgeschätzt.²⁸³

Auch Brüsewitz war zufrieden, wenn er auch im Blick auf die Auseinandersetzungen mit den staatlichen Organen feststellte: »Ich habe in den letzten Jahren schwere Stürme erlebt. Immerhin ist uns ein großer Einbruch in das Reich der Dämonie und der Finsternis gelungen. Wir haben den ganzen Kreis gestürmt.«²⁸⁴

Besonders lagen ihm die Kinder und Jugendlichen am Herzen, sie schienen ihm wichtiger als alles andere. So berichtet Pfarrer Pappé vom Tag seiner Amtseinführung, daß Familie und Gäste nach dem Gottesdienst im Wohnzimmer der Pfarrwohnung Kaffee getrunken haben, während Brüsewitz im Pfarrgarten mit jungen Leuten Fußball spielte. Als er schließlich hereinkam und die unausgesprochenen Vorwürfe in den Gesichtern erkannte, habe er ausgerufen: »Was soll ich hier sitzen, wer kümmert sich um die Jugend, die braucht mich!«²⁸⁵

Wenn Brüsewitz mit Jugendlichen herumtollte oder Fußball spielte, so lag darin kein Selbstzweck, sondern es sollte Vorbehalte und Hemmungen der atheistisch erzogenen Kinder gegenüber dem Pfarrer abbauen, damit er mit ihnen zusammen dann über die Botschaft Christi sprechen konnte.²⁸⁶ Pappé sieht ihn

noch heute »über den Rasen im Pfarrgarten rennen. In Turnhose und barfuß, die blonden Haare wehen im Wind, so stürmte er über den Rasen dahin zu den jungen Leuten, mit denen er Fußball spielen will. Das Fußballspiel war für ihn mehr als nur Beschäftigung mit Jugendlichen. Es war Beispiel und Abbild des viel größeren Kampfes. Hier war er identisch mit sich und dem, was er wollte. Hier konnte er stürmen, hier konnte er versuchen, im Sturm die Herzen der jungen Leute zu gewinnen.«²⁸⁷

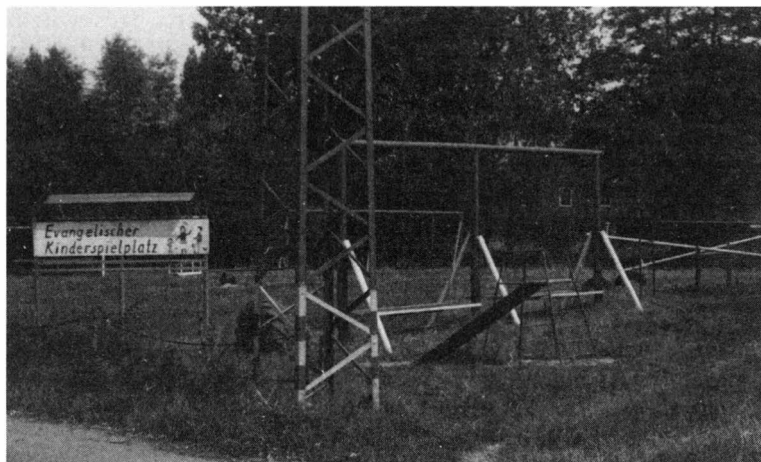
Im Sommer nach seiner Amtseinführung plante Brüsewitz zusammen mit evangelischen, katholischen und methodistischen Amtsbrüdern einen großen ökumenischen Kindertag der Zeitzer Pfarreien in Rippicha. Gottesdienste, Spiele und gemeinsames Essen standen auf dem Programm: für Brüsewitz eine kirchliche Veranstaltung. Der Rat des Kreises wies ihn jedoch darauf hin, daß er entweder einige Programmpunkte streichen oder die Veranstaltung nach DDR-Veranstaltungsordnung anmelden und genehmigen lassen müsse. Brüsewitz lehnte dieses Ansinnen rundweg ab und ließ den Kindertag stattfinden, wie er geplant war. Er wurde ein großer Erfolg, die drei- bis vierhundert Kinder waren begeistert, nicht zuletzt, weil Brüsewitz viele seiner selbstgezüchteten Kaninchen verschenkte. Eine große Hilfe waren ihm bei der Jugendarbeit seine beiden Töchter Esther und Dorothea, die ihn mit ihrer großen missionarischen und auch musikalischen Begabung unterstützten.

Das Volkspolizei-Kreisamt jedoch eröffnete ein Ordnungsverfahren gegen Brüsewitz: Die Veranstaltung sei nicht genehmigt gewesen. Trotz des gemeinsamen Protestes von Superintendent Bauer, dem katholischen Pfarrer Schelenz und dem methodistischen Pfarrer Weigel, die die Verantwortung übernehmen wollten, wurde Brüsewitz zu einer Ordnungsstrafe von 700 Mark – mehr als ein Monatsgehalt des Pfarrers – verurteilt. Den größten Teil der Strafe erstattete ihm später der Kirchenkreis.²⁸⁸ Doch auch die Geldstrafe konnte seinen Erfolg nicht bremsen – ein Erfolg, der einen Lehrer aus dem Ort stöhnen ließ, Brüsewitz könne die Kinder um sich scharen wie der Rattenfänger von Hameln. »Er konnte die Kinder besser beeinflussen als wir mit unserer Propaganda. Wir von der FDJ waren eingekreist!«²⁸⁹

Als Brüsewitz dann auch noch einen Spielplatz errichtete und



Oskar Brüsewitz singend mit »seinen« Kindern auf der Dorfstraße in Rippicha, auf dem Weg zum Kirchenspielplatz. Foto: Eberhard Freitag



Der »Evangelische Kinderspielplatz« in Rippicha – DDR-weit ohne Vorbild. Brüsewitz hatte ihn, unter peinlicher Beachtung aller gesetzlichen Bestimmungen, angelegt.

ein großes Schild »Evangelischer Kinderspielplatz« aufstellte, sah sich der Staat ein weiteres Mal herausgefordert: In einem Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Rates des Kreises, Egon Bergmann, seinem Stellvertreter für Inneres, Fritz Hauschild, und dem Superintendentenvertreter, Pfarrer Arend, wurde 1973 unmißverständlich auf die Grenzen kirchlicher Jugendarbeit in der DDR hingewiesen: »Die Gestaltung der Kinder- und Jugendarbeit [...] dürfe nicht als Freizeitbeschäftigung mit Sport und Spiel getan werden, da hierfür einzig und allein der Staat und seine Institutionen bzw. Organisationen zuständig seien. In besonderer Weise sind die Aktivitäten von Pastor Brüsewitz (Droßdorf-Rippicha) fragwürdig, der einen Spielplatz errichtet habe.«²⁹⁰ Man stellte das Ultimatum, den Spielplatz bis zur DDR-Kommunalwahl im Mai 1974 zu beseitigen, auf das Brüsewitz freilich nicht einging. Statt dessen stellte er einem Spruchband »25 Jahre DDR« auf dem Kirchengrund das Plakat »2000 Jahre Kirche Jesu Christi« gegenüber.

Unmittelbar vor der DDR-Kommunalwahl 1974 eskalierte der Streit um das Schild »Missionszentrum Rippicha/Ossig/Schellbarch/Loitschütz«, das Brüsewitz auf dem Kirchengrundstück aufgestellt hatte. Der Rat des Kreises forderte Brüsewitz in einem Gespräch in der Nacht vor dem Wahltag auf, die Tafel zu entfernen, »da in der Struktur der evangelischen Kirche Missionszentren nicht enthalten sind«²⁹¹.

Brüsewitz lehnte dies unter Hinweis auf die Genehmigung durch Propst und Bischof ab. Auf die Drohung des stellvertretenden Ratsvorsitzenden, man »werde alle unsere staatlichen Mittel einsetzen, um auch in der Gemeinde Droßdorf die öffentliche Ordnung wiederherzustellen«, entgegnete der Pfarrer, er werde sich beim Staatsrat über die örtlichen Organe beschweren, da er dies als Drohung auffassen müsse. Im wurde entgegnet, »daß das keine Drohung ist, sondern wir aufgrund der Verfassung das Verhältnis zur Kirche gestalten.«

Brüsewitz mobilisierte daraufhin acht Pfarrer aus der Umgebung, die »Kontrollgänge vor dem besagten Objekt durchführten. Erkannt wurden dabei Pastorin Krien und Pfarrer Meckel aus Zeitz-Aue«, berichtete der Stellvertreter des Rates des Kreises von einem persönlichen Kontrollgang nach Rip-

picha nachts um 0.45 Uhr an den Vorsitzenden. Zudem sei nachts ein Wagen des katholischen Pfarramtes »laut hupend am Gemeindeamt« vorbeigefahren.

Am nächsten Morgen berichtete die SED-Kreisführung dem »politischen Dienst der Bezirksleitung« über den Vorfall und versicherte, es seien »für den heutigen Wahltag besondere Maßnahmen festgelegt (worden), wie zum Beispiel die politische Absicherung der Gemeinde durch ein Sekretariatsmitglied sowie verstärkter Einsatz von Kulturgruppen, Fanfaren- und Spielmannszügen«²⁹².

Doch der Staat war nicht bereit, dem »Rattenfänger« Brüsewitz das Feld zu überlassen. 1974 wurde eine moderne »Musterschule« schräg gegenüber der Kirche in Rippicha gebaut, um den Einfluß von Brüsewitz bei Kindern und Jugendlichen zurückzudrängen. Während der Bauarbeiten lud Brüsewitz die Bauarbeiter einmal für den nächsten Mittag zum Essen ein: Es sollte Hammelbraten und Klöße geben. Doch kaum waren die Bauarbeiter beim Pfarrer zum Essen erschienen, war auch der MfS aus Zeitz da und beorderte die Arbeiter zurück. Lange danach noch erzählten sich die Dorfbewohner schmunzelnd von dieser Episode.²⁹³

Als die Schulkinder bei dem Umzug zur Einweihung der Schule im November mit Schildern »25 Jahre DDR« aufmarschieren mußten, stellte sich Brüsewitz mit seinem Schild »2000 Jahre Kirche Jesu Christi« an den Straßenrand: Damit war der »Plakatkrieg« vom Kirchengrundstück auf die Straße getragen worden. »Das wird Sie teuer zu stehen kommen«²⁹⁴, warnte der Schulleiter Brüsewitz.

Tatsächlich geriet Brüsewitz in dieser Zeit immer mehr in die Enge. Viele Menschen bewunderten zwar seinen Mut, trauten sich aber angesichts der zunehmenden Härte der Staatsorgane gegenüber Brüsewitz nicht mehr, sich zu ihm zu bekennen. Die Kirche wurde immer leerer, die Zahl der Kinder, die zu ihm kamen, nahm ab. In den Schulen wurde den Jugendlichen klar gesagt, daß sie ihrer Karriere aufs Spiel setzten, wenn sie »kirchliche Bindungen« hätten, noch dazu Kontakt mit dem Pfarrer aus Rippicha.

Welche Folgen solche »kirchliche Bindungen« in der DDR für junge Menschen hatten, haben Zehntausende von jungen Chri-

sten erfahren müssen: Die massive Benachteiligung in der Ausbildung, die Verweigerung von Lebenschancen wurden gezielt als Mittel eingesetzt, um die Kinder von der Kirche fernzuhalten.

Auch und gerade die älteste Tochter von Brüsewitz wurde von der SED wegen des Engagements ihres Vaters »bestraft«: Obwohl sie den besten Schulabschluß im Kreis Zeitz vorweisen konnte, wurde Esther nicht auf die Erweiterte Oberschule »delegiert«. Ein Lehrer sagte offen zu ihr: »Wenn Dein Vater Dich gelassen hätte, hättest Du einen anderen Lebensweg gehen können.« So blieb ihr das Studium versperrt. Statt dessen ließ die SED dem zierlichen Mädchen eine Lehre als Gleisbauarbeiterin anbieten.

Weil die Kirche zu all dem schwieg, was ihn bedrückte, spannte Pfarrer Brüsewitz an einem Tag im August 1975, als Propst Bäumer von der Kirchenleitung in Magdeburg sich in Zeitz aufhielt, sein Pferd vor den Leiterwagen und fuhr damit in die Kreisstadt. An der Seite des Leiterwagens hing ein Blechschild mit den Worten: »Die Kirche ist in Not« und »Ohne Regen, ohne Gott, geht die ganze Welt bankrott«. Letzteres war seine Antwort auf die Ernteparole der SED: »Ohne Gott und Sonnenschein, holen wir die Ernte ein.« Im Stadtzentrum wurde er von der Polizei gestoppt und erst nach einem 90minütigen Verhör wieder freigelassen. Seine Demonstration war inzwischen zum Stadtgespräch geworden, nicht zuletzt weil die törichte Reaktion der Volkspolizei die Wirkung noch verstärkt hatte.

Brüsewitz ging sogleich nach dem Verhör zu Pastorin Krien und Propst Bäumer, um ihnen seine Sorgen zu erklären: Es sei »alles so schrecklich ruhig und träge. Die Natur dieser Trockenheit, [...] die katastrophale Futterlage [...] genauso ist es in der Kirche: ruhig, träge, als hätten wir nichts zu sagen. Das halte ich nicht aus!«²⁹⁵ Er kündigte an, ohne genaueres zu sagen, daß er einen »Drei-Stufen-Plan« habe und daß diese Aktion erst der Anfang sei.

Seine Fahrt mit dem Leiterwagen wurde bald darauf der Kirchenleitung vom Rat des Bezirkes Halle vorgehalten: »Es hätte doch leicht geschehen können, daß sich eine Reihe von Passanten Pfarrer Brüsewitz angeschlossen hätten und dann dar-



Oskar Brüsewitz, 1976 (kurz vor seinem Tod). Foto: Karl-Adolf Zech.

aus eine Demonstration entstanden wäre. Eine unangemeldete Demonstration wäre aber von erheblichen Konsequenzen gewesen«²⁹⁶, hieß es empört über die August-Aktion.

Während es also offenbar Grund zur Sorge vor spontanen Demonstrationen gab, versuchten die Vertreter des Rates des Bezirkes das Verhalten von Brüsewitz im gleichen Atemzug als »höchstverwunderlich« und »nicht ganz normal« abzustempeln: »Man müsse sich fragen, ob er wirklich geistig ganz normal sei.«

»Demgegenüber machte Propst Bäumer geltend, daß es durchaus eigengeprägte Erscheinungen in der Kirche gebe und geben müsse. Man könne über ein solches Verhalten nicht gleich einen so weitgreifenden Schluß ziehen. Wir rechneten damit, daß dieser Vorgang im Pfarrkonvent des Kirchenkreises Zeitz ausgewertet werde. Daß ein solches Verhalten allerdings für die staatlichen Stellen beschwerlich sei, sei uns klar. Wir könnten es in dieser Form auch nicht billigen«, heißt es in der Niederschrift von Oberkonsistorialrat Schultze.

Bald darauf, im September 1975, brannte die Scheune der Pfarrei lichterloh. Die Feuerwehr war sofort mit drei Löschzügen zur Stelle – ebenso war deutlich erkennbar das MfS sofort da. Man löschte das Feuer mit unsinnig viel Wasser, konnte aber das Gebäude nicht retten. Das schnelle Kommen wurde mit einer Übung begründet, die gerade in Rippicha stattgefunden habe. Die Feuerwehr gab an, das Stroh habe sich selbst entzündet – doch gleichartiges Stroh, das in einer anderen Scheune gelagert war, wies keinerlei Überhitzung auf. Auch muß der Brandherd direkt unter dem Dach gelegen haben. In Anbetracht der Merkwürdigkeiten dieses Vorfalles war nicht nur Brüsewitz davon überzeugt, daß es sich um eine gezielte Brandstiftung gehandelt habe. Pappe registrierte bei einem Besuch unmittelbar nach dem Brand bei Brüsewitz einen »Zustand innerer Zermürbung und großer Resignation. [...] Ich hatte das Gefühl, daß in ihm selbst etwas verbrannt und ausgelöscht war.«²⁹⁷

Der Kirchenleitung in Magdeburg, mit der Brüsewitz bald darauf, am 13. Oktober 1975, ein langes Gespräch führte, berichtete er, daß er sich verfolgt fühle und wenig Rückhalt in der Pfarrerschaft finde; in seiner bildhaften Sprache sprach er von

einer »Kesselschlacht«²⁹⁸. Propst Bäumer wies ihn darauf hin, daß es der Kirche angemessen sei, in der Nachfolge Christi zu leiden. Brüsewitz versprach, darüber nachzudenken.²⁹⁹

So gut ihm das Gespräch und das gemeinsame Gebet mit den Vertretern der Kirchenleitung getan hatten, stürzten ihn doch seine kirchlichen Vorgesetzten in Zeitz sogleich in neue Ängste, als sie am 10. Dezember die Visitation im Kirchspiel Droßdorf-Rippicha für den September 1976 ansetzten. Zwar ist eine Visitation etwas ganz Normales, doch vermutete Brüsewitz zu Recht einen Zusammenhang mit seinen Schwierigkeiten und dem immer stärker werdenden Druck des Staates auf die Kirche, ihn aus dem Kreis Zeitz zu entfernen.³⁰⁰ Er hatte einmal eine Visitation miterlebt und sie als sehr belastend für den Pfarrer empfunden. Obwohl man anbot, ihm in Details entgegenzukommen, verglich Brüsewitz die Visitationskommission mit dem MfS und warf ihr Schnüffelei vor: Die Kirche werden dem Staate hörig, fürchtete er. Da er sich von seinen Zeitzer Pfarrkollegen nicht verstanden fühlte und viele ihn ablehnten, »weil er unsere bereits schwierige Lage weiterverschlechtert«, hatte er wenig Vertrauen in die Zusicherungen.³⁰¹

Möglicherweise fürchtete sich Brüsewitz auch, eingestehen zu müssen, daß er in seiner Kirchengemeinde immer weiter in die Isolation geraten war, vielleicht machte er sich Sorgen wegen möglicher Kritik an seiner Wirtschaftsführung: Vor allem für sein Dienstauto, das er nach dem Tod des Pferdes auch zum Eggen und Bäumeziehen benutzt hatte, hatten sich enorme Reparaturrechnungen angehäuft³⁰², die er künftig selber zahlen sollte.

Auch wenn der Druck, einer Versetzung zuzustimmen, immer größer wurde – und Brüsewitz hatte gerade davor größte Angst –, gab er seine pastorale Arbeit nicht auf. Er beteiligte sich im Frühjahr 1976 an einer Missionsaktion in einem Neubaugebiet im Osten von Zeitz, der aber kein großer Erfolg beschieden war.

Zu einer weiteren Enttäuschung wurde die Bibelwoche in Wildschütz, einem kleinen Ort in seinem Pfarrsprengel. Auf dem Dach des Autos hatte er ein Transparent befestigt: »Heute wird in Wildschütz das Reich Gottes verkündet!«³⁰³ Unter Ju-

gendlichen in Wildschütz organisierte er zunächst ein Fußballspiel und versprach die mitgebrachten Tiere, zwei Lämmer und einen Hahn, denjenigen, die andere Jugendliche zur anschließenden Bibelstunde mitbrächten. Die Aufmerksamkeit, die diese ungewöhnlichen Aktionen weckte, war so groß, daß noch während des Fußballspiels die Volkspolizei eintraf, Brüsewitz verhörte und damit das Vorhaben beendete. Enttäuscht über die mangelnde Unterstützung der Bevölkerung und insbesondere der Christen in Wildschütz, mußte Brüsewitz unverrichteterdinge nach Rippicha zurückkehren.

Aus dieser Zeit wird auch berichtet, Brüsewitz habe das Pfarrhaus aufgeräumt und geäußert, er denke an einen Wechsel der Pfarrstelle.³⁰⁴

Anfang 1976 war nicht nur Pfarrer Oskar Brüsewitz bedrückt: Es war dies eine Zeit, in der die allgemeine Resignation vieler Kirchenmitarbeiter deutlich erkennbar wurde. Während der Druck des Staates auf die Kirche immer stärker zunahm, etwa in der unverhohlenen Kampfansage an die Kirchen und Christen, die mit dem Entwurf des SED-Programmes für den IX. Parteitag verbunden war, hatten viele Pfarrer zunehmend das Gefühl, die Kirchenleitung habe sich längst auf ihre Kosten mit den Mächtigen arrangiert: Während kirchenleitende Geistliche wie Bischof Krusche Reisen in das ferne Ausland machen durften, wurde christlichen Kindern der Zugang zum Studium versperrt.

»Nach dreißigjährigem zermürbendem Stellungskrieg zwischen der Evangelischen Kirche in der DDR und dem Staat [...] waren Pfarrer und Gemeinden zermürbt und der Resignation nahe. Das Bedürfnis, sich miteinander zu arrangieren, war längst zur allgemeinen Lebensphilosophie geworden. [...] Es ging um das Überleben der Kirche und der Gemeinden in einem Staat, der ihnen grundsätzlich das Überlebensrecht absprach. Das kirchliche Leben ganzer Landstriche war verödet oder auf minimale Reste geschrumpft [...]«, beschreibt Pfarrer Pappe die Situation jener Zeit. Der Druck des Staates und der Kirche auf Brüsewitz mit dem Ziel eines sofortigen Wechsels der Pfarrstelle (oder der Ausreise in den Westen) wurde gleichzeitig immer härter.

Eine Beerdigungspredigt von Brüsewitz am 9. März wurde

dann vom Staat zum Anlaß genommen, die Kirchenleitung im »Fall Brüsewitz« zum Handeln zu zwingen. In den unzähligen Briefen, die zwischen SED, MfS, Rat des Kreises und des Bezirkes gewechselt wurden, heißt es, der Pfarrer habe in seiner Predigt gesagt, das Genossenschaftsmitglied B. »habe jetzt seine Ruhe gefunden und hinter im lägen nun Not und Elend. Erst kam die Französische Revolution, dann die russische Revolution, dann die bolschewistische Revolution, dann die faschistische Revolution. Alle gingen unter, aber die siegreiche Kirche lebt weiter.

Der Kommunismus hat einen Stillstand erreicht, hat sein Ende gefunden, Christus marschiert. Die Bodenreform ist nicht gut, weil es eine Zwangsvollstreckung war. Es wird kein Frieden auf Erden sein, weil die Russen in unseren Wäldern leben. Hier Russen – dort Amerikaner, alle bringen Unruhe unter die Menschen. Die Großen sprechen von Demokratie – um die Demokratie zu wahren, spricht jetzt ein Vertreter der LPG.«³⁰⁵

Am 16. März wurde die Nachricht von dieser Predigt in einer Hausmitteilung von der »Abteilung Landwirtschaft« des Rates des Kreises verteilt – im Verteiler ist auch »S« aufgeführt, daneben steht handschriftlich: »MfS informiert« –. Am 19. März lief daraufhin der Genosse Skrzypietz von der Kreisleitung der SED, Abteilung Parteiorgane, im Auftrag des 2. Sekretärs der SED-Kreisleitung, Genossen Stahr, den Genossen Gerngroß von der Bezirksleitung Halle an und erbat »seinen Standpunkt zu dem Vorkommnis des Pfarrers Brüsewitz, Drosdorf.«³⁰⁶

Der SED-Funktionär des Bezirkes wies die SED-Kreisleitung an, der Rat des Kreises müsse den Rat des Bezirkes Halle »schriftlich über das Vorkommnis informieren und eine Durchschrift an Genossen Gerngroß senden. Zweitens empfahl Genosse Gerngroß dem Sekretariat der Kreisleitung, keine weiteren Aktivitäten gegenüber der Kirche einzuleiten, da das Problem der Beratung am 2. April 1976 durch den Bezirk mit dem Bischof in Magdeburg geklärt wird.«

Der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Kreises Zeitz informierte den Rat des Bezirkes Halle am gleichen Tag, nicht ohne hinzuzufügen, »die Anwesenden waren über ein solches Verhalten empört«. Zusätzlich erwähnt wird in dem Schreiben auch die August-Aktion von Brüsewitz mit dem Leiterwagen.³⁰⁷

Einen Tag später wurde der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Felfe, schriftlich informiert.

Zu dem am 2. April geplanten Gespräch mit dem Bischof ist es offenbar erst am 21. Mai mit dem Vertreter des Bischofs gekommen. Mitte April traten jedoch anonyme Briefe beim Superintendenten, dem Propst und der Kirchenleitung ein, in der um Brüsewitz' Entfernung aus Rippicha gebeten wird.³⁰⁸

Am 21. Mai fand dann das Gespräch zwischen dem Rat des Bezirkes Halle und Propst Bäume über »einige unerfreuliche Anlässe«³⁰⁹ statt, zuallererst ging es um Brüsewitz. Dieser habe »schon seit Jahren Anstoß erregt. [...] Die örtlichen Behörden hätten jetzt zu verstehen gegeben, daß sie nicht mehr gewillt seien, weiter zuzusehen. Sie erwarteten jetzt ein Eingreifen des Bezirkes. [...] Unmittelbarer Anlaß sei aber eine Beerdigung eines Genossenschaftsbauern, die er zu allerlei Ausfällen und beleidigenden Äußerungen Anwesenden und den gesellschaftlichen Verhältnissen gegenüber genutzt habe.«

Bäume notierte weiter: »Offensichtlich ging es den Staatsvertretern aber weniger um Einzelheiten, obwohl sie behaupteten, die Äußerungen reichten zu einer Strafverfolgung. [...] Sie erwarteten, daß die Kirchenleitung sich der Sache mit Nachdruck annehme und für Änderung Sorge.«

Bäume hat der eigenen Niederschrift zufolge darauf erwidert, daß »sie wie wir mit Menschen zu tun bekämen, die durch Erlebnisse, die weit zurückliegen könnten, verstört und manchen psychiatrischen Belastungen ausgesetzt wären. Ich hätte selbst mit Pfarrer Brüsewitz im seines Leiterwagenunternehmens gesprochen und dabei festgestellt, daß er solche Erlebnisse im Kriege gehabt habe, andererseits aber mit Entschiedenheit für die Kirche eintreten wolle. Er habe immer wieder versprochen, nicht unbedacht zu reden und zu handeln, in bestimmten Situationen sich jedoch nicht unter Kontrolle halten können. Ich habe zugesagt, mit Pfarrer Brüsewitz ernsthaft erneut zu reden, sobald er von der jetzt angetretenen Kur³¹⁰ zurück sei. Unter Hinweis darauf bat der Vorsitzende dringlich darum, daß die Kirchenleitung eine grundlegende Änderung herbeiführe.«

Der Propst folgte der ultimativen Forderung der staatlichen Behörden und fuhr am 23. Juli nach Rippicha zu einem Gespräch



Oskar Brüsewitz im April 1976. Foto: Hilfsaktion Märtyrerkirche, Bild- und Textarchiv

mit Brüsewitz und dessen Frau. »Bäumer verschwieg das Verlangen des Rates des Bezirkes nicht, Brüsewitz aus dem Kreis fortzunehmen. Aber er versuchte deutlich zu machen, daß das Konsistorium aufgrund seiner Schwierigkeiten einen Wechsel für ratsam hielte. Brüsewitz sollte einen neuen Anfang machen können. Beide Eheleute stimmten dem Pfarrstellenwechsel zu«, schreibt Onnasch in seiner 1977 im Auftrag der Kirchenleitung angelegten Dokumentation.³¹¹ Bäumer beschreibt 1993 die Situation, die zu seinem Besuch bei Brüsewitz und dem »Vorschlag« eines Pfarrstellenwechsels führte, so: »Im politischen Bereich spitzten sich die Angriffe zu der immer wiederholten Forderung zu, den Pfarrer zu versetzen. Es war deutlich geworden, daß eine Weiterarbeit unter solchen Umständen kaum möglich war...«³¹²

Kurz darauf äußerte Brüsewitz jedoch gegenüber Gemeindegliedern, er wolle in Rippicha sterben und begraben werden, keinesfalls wolle er weggehen. Niemand erkannte den Ernst dieser Worte, denn oft hatte er schon gesagt: »Ich habe nicht viel Zeit! Jedem, dem ich begegne, muß ich Christus bezeugen, damit mich keiner bei Gott verklagen kann, ich hätte es ihm nicht gesagt.« Entsprechend war auch sein Arbeitsstil: Brüsewitz hat sich nie geschont, sondern sich immer verausgabt bis zum Letzten, ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit – und ohne Verständnis für alle, die so nicht mitziehen wollten oder konnten.

Einem Freund gegenüber kündigte er eine »ungewöhnliche Aktion« an, und im Juni, nach einem Besuch der Visitationskommission, sagte er, Stufe 2 seines Planes werde er ausfallen lassen und gleich Stufe 3 wählen³¹³.

Niemand ahnte etwas, als er anfang, in einer Ecke des Rippichaer Friedhofes selbst ein Grab auszuheben. Auf die Frage, für wen dieses Grab denn sei, antwortete er, es werde bald jemand von Zeitz gebracht werden.

Zu dieser Zeit hatte Oskar Brüsewitz seinen letzten Entschluß schon längst gefaßt. »Stufe 3« sollte das Flammenfanal von Zeitz werden, und seine sterblichen Überreste wollte er in der »Selbstmörder«-Ecke seines Friedhofs bestattet wissen.

V. Das Zusammenspiel von Staat und Kirche vom 18. August 1976 bis zur Beisetzung Oskar Brüsewitz'

»Brand eines Menschen auf dem Michaeliskirchhof« lautete am 18. August 1976 um 10.24 Uhr die Meldung über den Notruf. Die Feuerwehr rückte aus und löschte die Flammen auf der Straße. Etwa dreihundert Menschen waren Zeugen des Ereignisses geworden. Ein Hauptwachtmeister und ein Oberwachtmeister der Volkspolizei nahmen mit Unterstützung des CDU-Kreissekretärs die Transparente vom Wagen ab. Oskar Brüsewitz wartete in Decken gehüllt auf den Krankenwagen, der gegen halb elf eintraf und ihn in das Krankenhaus Zeitz abtransportierte, wo die erste ärztliche Versorgung durchgeführt und außerordentlich schwere, lebensgefährliche Verbrennungen diagnostiziert wurden. 85 Prozent seiner Haut waren betroffen. Während der ersten Notversorgung kam Oskar Brüsewitz zu Bewußtsein. Dabei soll er geäußert haben, daß er sich im Kampf gegen den Kommunismus opfere. Er erwähnte auch, daß vor einiger Zeit der Bischof bei ihm gewesen sei und ihm die Versetzung mitgeteilt habe.

Auf Anweisung der SED-Kreisleitung Zeitz wurde Brüsewitz nach Halle-Döhlau auf die Intensivstation des Bezirkskrankenhauses überwiesen, wo er gegen 13.00 Uhr eingeliefert und vom Chefarzt Prof. Dr. Horst Liebal weiterbehandelt wurde.³¹⁴

»Gute Startposition«

»Unter Führung des Sekretariats der Kreisleitung der SED«, so stellte der Vorsitzende des Rates des Kreises von Zeitz, Egon Bergmann, fest, »wurden in Abstimmung und Koordinierung der örtlichen, staatlichen Organe und der Sicherheitsorgane die Maßnahmen zur Kontrolle kirchlicher Aktivitäten und der Meinungen und Stimmungen unter der Bevölkerung zum Vorkommnis B[rüsewitz] abgestimmt, koordiniert und abgesichert.«³¹⁵ Tatsächlich richtete die Kreisleitung eine Arbeitsgruppe ein.³¹⁶ Die Kriminalpolizei des Volkspolizeikreises Zeitz befand sich im Großeinsatz. Fast unmittelbar nach dem Selbstverbrennungs-

versuch Oskar Brüsewitz' setzten die Vernehmungen über die – wie es amtlich hieß – »Straftat« ein. Zugleich wurden Berichte über die Tat, über die Spurensicherung und über die Verletzungen des Pfarrers verfaßt. Zudem wurden die Polizei auf Bezirksebene und das MfS informiert. Ein Mitarbeiter der MfS-Kreisdienststelle Zeitz brach sofort zum Krankenhaus auf, um zu prüfen, ob der Pfarrer vernehmungsfähig sei. Doch Oskar Brüsewitz war bereits nach Halle verlegt worden. Währenddessen fuhren ein MfS-Oberleutnant und einer seiner Kollegen zur Wohnung der Familie Brüsewitz, um Ehefrau und Tochter des Pfarrers zu befragen. Ein weiterer MfS-Mitarbeiter begutachtete die Aktivitäten der Feuerwehr, und der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Halle, Oberst Schmidt, ließ sich die Fakten schildern. Neunzig Minuten nach der Tat sandte man an den MfS-Oberleutnant der Bezirksverwaltung Halle, Wolff, einen Funkspruch. Um 11.26 Uhr wurde der Rat des Bezirkes Halle informiert. Ein MfS-Mitarbeiter holte die bei dem Volkspolizeikreisamt Zeitz befindlichen Transparente des Oskar Brüsewitz in die MfS-Kreisdienststelle.³¹⁷

Die Nachricht erreichte durch den 2. Sekretär der Hallenser SED-Bezirksleitung das Zentralkomitee der SED und wenig später den Leiter der Arbeitsgruppe für Kirchenfragen, Willi Barth, noch am frühen Nachmittag des 18. August 1976.³¹⁸ Barth schien sich der möglichen politischen Tragweite voll bewußt gewesen zu sein, denn er entwarf in wenigen Zügen einen Maßnahmenplan³¹⁹, den er mit dem Mitglied des SED-Politbüros und Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, abstimmte, der für den späten Nachmittag einen Bericht wünschte.³²⁰

Dem aus fünf Punkten bestehenden Maßnahmenplan gemäß sollten der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, sowie der Stellvertreter für Inneres des Rates des Bezirkes Halle auf den Bischof der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Werner Krusche, einwirken, »daß sich die Kirchenleitung umgehend und öffentlich von der Handlung des Pfarrers Brüsewitz distanziert«. Des weiteren sollte er »erklären, daß und wie die Kirchenleitung mithelfen will, Spekulationen und Gerüchte zu vermeiden. Sie soll zu den politisch verleumderischen Losungen und zur geistigen Verfassung des Pfarrer Brüsewitz Stellung nehmen.«

Zweitens möge Hans Seigewasser mit dem Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen, Manfred Stolpe, Verbindung aufnehmen, weil dessen Vorgesetzter, der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung, Bischof Albrecht Schönherr, im Ausland sei. Bischof Werner Krusche sollte nahegelegt werden, »sich öffentlich von dieser ungerechtfertigten Handlung des Pfarrers Brüsewitz zu distanzieren« und zu erklären, daß es sich »um eine Person handelt, die nicht im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte« sei, und daß »die Tat [...] weder vom Bischof noch von der Kirchenleitung verstanden« werde.

»In gleicher Weise«, verlangte Willi Barth drittens, »sollen die örtlichen Staatsorgane auf den zuständigen Superintendenten [Joachim Hildebrandt] einwirken und von ihm Distanzierung zum Vorfall erreichen.«

Viertens solle die Kreisleitung der SED Zeitz, »unterstützt von den Genossen« der Bezirksleitung der SED Halle, »mit der Nationalen Front und der CDU im Kreis Verbindung« aufnehmen, für zuverlässige Informationen sorgen, die Stimmung in der Bevölkerung beobachten und »operativ die erforderliche Argumentation« entwickeln. »Sie informiert laufend und ab sofort über die Entwicklung zu diesem Vorfall.«

Schließlich müsse – fünftens – von den »zentralen Stellen« entschieden werden, in welcher Form die »Massenmedien der DDR« auf die Selbstverbrennung Brüsewitz' zu reagieren hätten.³²¹ Diesen Maßnahmeplan erhielt auch der Stellvertreter Barths, Rudi Bellmann, der davon das Mitglied des ZK der SED und des Nationalrates der Nationalen Front, den Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED, Heinz Geggel³²², sowie um 14.06 Uhr die SED-Bezirksleitung Halle informierte.³²³

Wie in einem Drehbuch wurde im »großen Haus«³²⁴ die Rollenverteilung geplant. Erkennbar wird das Machtzentrum auch daran, daß nicht nur den SED-Gliederungen auf Bezirks- und Kreisebene Handlungsmaximen gegeben wurden, sondern weitgehend auch der »Nationalen Front« und der CDU-Kreisleitung Zeitz. Die »Nationale Front« wurde vom 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Zeitz noch am gleichen Tag einberufen, und der 1. Kreissekretär der CDU Zeitz, so vermerkt der CDU-Bezirksvorsitzende zufrieden, habe »bereits kurz nach der Tat«

das Bezirkssekretariat »umfangreich informiert«. »Es gab hier Übereinstimmung darüber, »den Fall nicht hochzuspielen«.«³²⁵ »Diese Handlung«, so erklärte der CDU-Kreisvorsitzende Zeitz, schade der Kirche und »kann nur ein Mensch vollbringen, der geistesgestört ist.«³²⁶

Bemerkenswert ist an dem Fünfpunkte-Maßnahmeplan nicht nur, daß die Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK der SED konkrete Vorschläge an den eigentlich lediglich der Volkskammer und dem Ministerrat verpflichteten Staatssekretär für Kirchenfragen sowie an die »örtlichen Staatsorgane« gab, sondern auch die Vorstellung hegte, dem Leiter des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen, Manfred Stolpe, Anweisungen geben zu können, damit dieser entsprechenden Einfluß auf den Bischof nehme.

Dieser ad hoc entworfene Maßnahmeplan weist ebenfalls auf markante politische Eckpunkte hin, sollte doch die sich vom DDR-Staat als vollkommen unabhängig verstehende evangelische Kirche angehalten werden, sich von einem angeblich »nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte stehenden einzelnen« zu distanzieren, womit implizit die Ansicht unterstrichen wurde, daß es in der DDR keinerlei Zeichen dieser Art bedürfe, weil das Verhältnis zwischen Staat und Kirche solches nicht erfordere. »Die Christen sind mit den gleichen Rechten und Pflichten wie andere Staatsbürger in das Wachsen und Werden der sozialistischen DDR einbezogen.« So die Worte des Stellvertretenden Vorsitzenden der DDR-CDU, Wolfgang Heyl. »Und sie können mit dem besten Gewissen an der Gestaltung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung ihres Landes mitarbeiten. Denn im Sozialismus sind das Streben um dauerhaften Frieden und Menschlichkeit nicht nur Worte, sondern politische Prinzipien, die ihm Alltag praktiziert werden. Die Kirchen können ihren Verkündigungsauftrag und ihren Dienst an den Gemeindemitgliedern in voller Freiheit und unter dem Schutz der Gesetze leisten.«³²⁷ Doch die Verhältnisse waren nicht so.

Da der Inhalt des Transparentes kaum bekannt sei, so Willi Barth in einer weiteren Notiz vom gleichen Tage, solle die darauf enthaltene Aussage »nicht hochgespielt werden, man sollte in der Diskussion und Argumentation alles auf die Ebene des

»Unnormalen« schieben und auf den Plakat-Inhalt nur [eingehen], wenn es unbedingt sein muß«. ³²⁸ Die Partei schenkte der Frage nach Öffentlichkeitsarbeit von Anbeginn an große Aufmerksamkeit, diese sollte zentral koordiniert werden. Wie sich später zeigte, war dies für die SED, aber nicht nur für sie, einer der wesentlichen Aspekte, den sie bei der gesamten Behandlung des Zeichens von Pfarrer Brüsewitz im Auge hatte.

Die Ausführung dieser Pläne verlief jedoch, wie die Geschichte eindrucksvoll belegte, nicht immer synchron. Die Durchführung des Maßnahmeplans lief de facto gleich zu Anfang anders an als geplant. Bischof Werner Krusche, der danach gleich von zwei Seiten bearbeitet werden sollte, hielt sich, wie bald festgestellt wurde, in Tansania auf ³²⁹, um dort, wie der Dozent Heinrich Fink und die Pastorin Ilseget Fink später in der »Neuen Zeit« schrieben, »freundschaftliche Beziehungen zu festigen und vom Leben unserer Kirche im Sozialismus zu berichten«. ³³⁰

Da Krusche in der Kirchenprovinz Sachsen bei seinem Vertreter Propst Bäumert »alles in guten Händen wisse«, so hatte er einem Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland mitgeteilt, die ihn auch »über sämtliche Vorgänge« informierte, sah er keine Notwendigkeit, seine Reiseroute zu ändern. ³³¹ Allerdings bot sich der Partei eine Alternative an, denn im Konsistorium der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen hielten sich, so die Darlegung von Hans Seigewasser, Propst Friedrich-Wilhelm Bäumert, Konsistorialpräsident Gerhard Krause und ein weiteres Kirchenleitungsmitglied »für das Gespräch bereit«. ³³²

Hans Seigewasser dürfte wohl von Willi Barth informiert worden sein, denn dieser verabredete mit Stolpe eine gemeinsame Autofahrt zum Konsistorium nach Magdeburg für 15.30 Uhr. Manfred Stolpe hatte ursprünglich für den 18. August 1976 geplant, mit dem Zug nach Genf zur Tagung »Kirche und Gesellschaft« zu fahren. Doch habe er, als er gegen 14.00 Uhr befragt wurde, »sofort«, Hans Seigewasser zufolge, seine Reise auf den nächsten Tag verschoben, »um mit nach Magdeburg zu fahren«. Dies habe den Vorteil, so ist Hans Seigewasser wohl zu verstehen, daß Stolpe sodann in Genf »Gerüchten entgegenwirken« könne. ³³³

Der Vertreter des Staates, Hans Seigewasser, und der Vertreter der Kirche, Manfred Stolpe, sind demzufolge gemeinsam nach Magdeburg gefahren, um über die Kirche-Staat-Problematik betreffende Zeichen des Oskar Brüsewitz zu beraten. Das bestätigt eine schriftliche Mitteilung von Willi Barth an das Politbüro der SED³³⁴ sowie eine mündliche Information von Hans Seigewasser³³⁵. Ihre Anwesenheit bei der Besprechung im Magdeburger Konsistorium ist unstrittig.³³⁶

Noch vor dieser Fahrt informierte der Sekretär des Bundes der Evangelischen Kirchen, Manfred Stolpe, »wegen der Bedeutung dieses Vorfalles alle im Bund anwesenden Referenten«³³⁷. Andernorts wurden der Sektorenleiter für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Halle, Ewald Biertümpel, und sein Amtskollege von Magdeburg, Fritz Bellstedt, durch Hans Seigewasser über den Regierungsapparat veranlaßt³³⁸, bei dieser Besprechung zugegen zu sein³³⁹, zumal Biertümpel dafür vorgesehen war, die Bezirksleitung der SED Halle sowie den Hallenser Bezirksratsvorsitzenden »vom Verlauf des Gespräches« zu informieren³⁴⁰. Sein Kollege Bellstedt setzte umgehend den Ratsvorsitzenden des Bezirkes Magdeburg, Kurt Ranke, und die SED-Bezirksleitung in Kenntnis.³⁴¹ Erst knapp drei Wochen zuvor waren die beiden Genossen Bellstedt und Biertümpel in einer grundsätzlichen Rede des Politbüro-Mitgliedes Paul Verner instruiert worden, daß alle kirchenpolitischen Fragen so zu entscheiden seien, »daß die vernünftigen Kräfte gestärkt und reaktionäre geschwächt werden«³⁴².

Die Kreisdienststelle des MfS Zeitz erhielt noch am 18. August 1976 hohen Besuch: Es erschienen der Stellvertretende Leiter der Abteilung XX der Bezirksverwaltung Halle, Major Eckardt, und ebenfalls aus Halle von der Abteilung IX (Untersuchungsorgan), Major Philipp. Zu dritt unterzeichneten sie einen 6-Punkte-Maßnahmeplan³⁴³, mit dem grundsätzlichen Ziel der Informationsgewinnung sowie »der Verhinderung evtl. zu erwartender schädigender Auswirkungen«. Dazu sollte zunächst eine Abstimmung zwischen der SED-Kreisleitung Zeitz, dem Rat des Kreises, dem Volkspolizeikreisamt sowie »anderen gesellschaftlichen Einrichtungen« erfolgen, mit dem Ziel der »Einflußnahme auf die Stimmung und Meinung zu diesem

Vorkommnis unter der Bevölkerung, insbesondere unter konfessionell gebundenen Personen«.

Zweitens wurde die »inoffizielle Kontrolle«, also die unauffällige Informationsbeschaffung, über den am 19. August 1976 tagenden Pfarrkonvent des Kirchenkreises Zeitz und die geplanten Aussprachen in den Kirchengemeinden beschlossen.

Drittens sollte in konzertierter Aktion von MfS-Kreisdienststelle, Bezirksverwaltung und MfS-Hauptabteilung XX/4 (u.a. zuständig für Kirchen und offizielle Verbindungen zum Staatssekretariat für Kirchenfragen³⁴⁴) die »Einflußnahme auf kirchenleitende Gremien zur Verhinderung negativer Aktivitäten« organisiert werden. In den weiteren Punkten wurde ein zusammenfassender Bericht, die »inoffizielle Kontrolle« von allen Bürgern, darunter auch Bundesbürgern, die sich für Oskar Brüsewitz' Fanal interessierten, sowie die Klärung aller Fragen im Zusammenhang mit der Erstellung der Transparente geplant.³⁴⁵

Als Esther Brüsewitz gegen halb elf Uhr in die elterliche Wohnung mit den beiden Briefen stürzte, rief die Mutter sofort die Superintendentur in Zeitz an, doch die Tat war schon geschehen.³⁴⁶ Als der amtierende Superintendent Erich Schweidler von dem Selbstverbrennungsversuch erfuhr, eilte er zur Superintendentur und benachrichtigte telefonisch Propst Friedrich-Wilhelm Bäumer.

Anschließend fuhren er und Pfarrer Ziebarth nach Rippicha, wo sie gegen 11.15 Uhr eintrafen. Christa Brüsewitz empfing sie mit den Worten »Was ist mit Oskar?« – und sie antworteten ihr.³⁴⁷ Sie erlitt einen Schock. Kurz darauf kamen ein MfS-Oberleutnant und einer seiner Kollegen und begannen unmittelbar mit dem Verhör der Ehefrau Christa Brüsewitz und deren Tochter Esther. Mutter und Tochter hatten kaum Zeit gefunden, die Schreckensbotschaft zu verarbeiten. Sie hatten zuvor weder davon gewußt noch irgend etwas geahnt. Das MfS-Verhör soll zwei Stunden gedauert haben. Klaus-Rainer Latk, der mit der sehr gefaßten³⁴⁸ Frau Christa Brüsewitz zwei Tage darauf gesprochen hat, berichtet: »Frau Brüsewitz war bewegt von dem Trost, den der Superintendent im Auftrag der Kirchenleitung sprach.«³⁴⁹

Am späten Nachmittag wurden Christa und Esther Brüsewitz

zu jeweils fünfstündigen Verhören zur MfS-Kreisdienststelle Zeitz geholt.³⁵⁰ Bei der Vernehmung durch das MfS habe man ihr in den Mund zu legen versucht, ihr Mann hätte den Selbstmordversuch aufgrund seiner gestörten Beziehungen zur Umwelt begangen, berichtete Frau Brüsewitz später. Gegen dieses Ansinnen sowie gegen den Versuch, ihren Mann als krankhaft veranlagt zu bezeichnen, habe sie sich nachdrücklich verwahrt.³⁵¹ Ebenso wies sie von sich, wie es ein MfS-Vertreter von ihr forderte, zu bestätigen, »daß ihr Mann und sie mit westlichen Geheimdiensten zusammengearbeitet hätten, um die DDR zu destabilisieren«.³⁵²

In der Kreisstadt herrschte nach der öffentlichen Selbstverbrennung eine »bedrückende Stille«.³⁵³ Das MfS wie auch die SED-Bezirksleitung Halle registrierten sorgfältig die Stimmung in der Bevölkerung. Die Nachricht breitete sich am Nachmittag aus. In der Tendenz, so die Beobachtungen, werde die Tat im »allgemeinen verurteilt, das dehne sich auf Christen aus«.³⁵⁴

Um 17.30 Uhr begann das Gespräch zwischen Staat und Kirche im Bischofszimmer des Magdeburger Konsistoriums. Von staatlicher Seite nahmen daran Teil: der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, seine juristische Mitarbeiterin Charlotte Arlt und die Sektorenleiter für Kirchenfragen des Bezirksrates Magdeburg und Halle, Fritz Bellstedt und Ewald Biertümpel. Von kirchlicher Seite: der amtierende stellvertretende Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Propst Friedrich-Wilhelm Bäumer, Oberkonsistorialrat Harald Schultze, der Stellvertreter des Präsidenten, Oberkonsistorialrat Herbert Wagner sowie der »Generalsekretär« des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR, Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe.³⁵⁵

Für die Besprechung lag Hans Seigewasser vermutlich eine »Information« zu Oskar Brüsewitz vor, denn als jener über den »außerordentlich bedauerlichen Vorfall« informierte, behauptete er, Oskar Brüsewitz sei ein »Selbstentblößer« gewesen.³⁵⁶ Ob Seigewasser auch den auf den Transparenten aufgetragenen Text ganz oder teilweise vortrug, wird zu bezweifeln sein; sie wurden der Kirchenleitung angeblich »beharrlich verschwiegen«.³⁵⁷ Auf eine entsprechende Nachfrage Bäumers habe Seigewasser geantwortet: »Er [der Text] ist sehr schlimm.« Da der Kirchenleitung der Text auf den Transparenten unbekannt gewe-

sen sei, so der Zeitzeuge Harald Schultze, sei es ihr »unmöglich« gewesen, darauf einzugehen. Bei anderer Gelegenheit erklärte er, man habe Brüsewitz nicht gefährden wollen und sei deshalb nicht auf den »Inhalt der Plakate eingegangen«; das jedoch hätte deren Kenntnis vorausgesetzt.³⁵⁸

Bei der Motivsuche kam Seigewasser, entsprechend dem Maßnahmeplan von Willi Barth, zu dem Ergebnis, Oskar Brüsewitz sei mit »anormalen Erscheinungen belastet«, so daß auf eine Kurzschlußreaktion geschlossen werden könne.

Das »gemeinsame Interesse« von Kirche und Staat müsse nun sein, »zu verhindern, daß ein solch trauriger Vorfall zu einer Kampagne genutzt« werde: »Ich bitte sie deshalb [...], sich über das persönliche Verhalten des Pfarrer Brüsewitz zu äußern und insbesondere darum, sich eindeutig von diesem Vorfall zu distanzieren.« Es komme darauf an, »alles in das richtige Licht zu setzen«, denn für »derartige Aktionen« gebe es keinen Anlaß, wie Seigewasser entsprechend der Vorgaben weiter ausführte, zumal »zwischen Staat und Kirche geordnete Beziehungen« bestünden. Die Frage lautet also: »Welche Sicherungen werden wir gemeinsam schaffen, um zu verhindern, daß eine Hetzkampagne in der westlichen Welt gestartet werden kann und dieser Einzelfall generalisiert wird?«³⁵⁹

Zumal, wie Staatssekretär Seigewasser äußerte, die Aufschrift auf dem Transparent des Pfarrers »einen problematischen, ziemlich provokativen Inhalt« hätte.

Der amtierende Bischof Friedrich-Wilhelm Bäumert, den Seigewasser »als politisch vernünftig« einschätzte³⁶⁰, war laut Protokoll »sehr bewegt« darüber, daß der Staatssekretär für Kirchenfragen sich auf den »Weg nach Magdeburg gemacht« hatte, um ihm sodann klipp und klar die Haltung der Kirche deutlich zu machen: »Ich kann ganz eindeutig erklären, daß die Kirchenleitung in keiner Weise daran interessiert ist, daß durch dieses Vorkommnis (in Zeit) die Beziehungen zwischen Staat und Kirche belastet werden.«

Mag sein, daß Propst Bäumert mit diesen Worten nicht exakt wiedergegeben wurde, doch soll er, als ihm dieses Zitat am 10. Dezember 1976 entgegengehalten wurde, dem von der Partei erstellten Wortprotokoll zufolge nicht widersprochen ha-

ben.³⁶¹ »Wir wollen alles tun«, so fuhr Bäumer fort, um diesen »unglücklichen Fall [...] so zu bewältigen, wie es angemessen ist.«

Im weiteren skizzierte der amtierende Bischof den Lebensweg Oskar Brüsewitz', deutete Gespräche an, wonach dieser gebeten worden war, die »Aktionen zu lassen«, und bat den Staatssekretär um Verständnis, »daß besonders engagierte Menschen manchmal die Grenzen des Normalen und auch Zulässigen überschreiten«. Die Ansicht des Staatssekretärs, Pfarrer Brüsewitz wäre ein »Selbstentblößer«, teilte er allerdings nicht: »Ich traue es ihm auch nicht zu.«

Friedrich-Wilhelm Bäumer berührte in seinen Ausführungen ebenfalls das Tatmotiv und formulierte vorsichtig: »Wir haben lange überlegt, ob es sich bei seinem Selbstmord-Versuch um ein psychisches Versagen handeln oder ob er damit ein »prophetisches Zeichen (mit seinem Flammentod)« setzen wollte.«³⁶² Seigewasser muß diese von ihm als »gefährlichen Vergleich«³⁶³ empfundene Frage wie elektrisiert vernommen haben, denn er protestierte »scharf« dagegen. Was mochte Propst Bäumer auf diese Überlegung gebracht haben? Etwa, daß er sich selbst als Teil der möglichen Ursache wahrnahm, indem er, wie er ebenfalls ausführte, zuletzt vor vierzehn Tagen Oskar Brüsewitz eröffnet hatte, »daß er in eine andere Pfarrstelle versetzt wird«?³⁶⁴ Anschließend sprach Oberkonsistorialrat Harald Schultze, dessen Ausführungen die Niederschrift so wiedergibt: »Ich möchte ausdrücklich betonen, daß er sich hier um das persönliche Problem eines einzelnen handelt, der die ihm angebotenen Möglichkeiten der Hilfe nicht wahrgenommen hat. Es darf nicht als eine Aktion gegen den Staat gewertet werden. Diese Tat ist nicht typisch, sondern eine Ausnahme und darf auf keinen Fall das Verhältnis Staat/Kirche belasten.«³⁶⁵

Diesen Ausführungen schloß sich Oberkonsistorialrat Herbert Wagner an.³⁶⁶

Der Staatssekretär für Kirchenfragen gab die darauf folgenden Ausführungen des von ihm angeblich 1978 mit der Verdienstmedaille der DDR ausgezeichneten Stolpe so wieder: »Es geht in diesem Gespräch weniger um die menschlichen Beweggründe, sondern vielmehr darum, daß die Auswirkungen berücksichtigt werden müssen. Wenn das bekannt wird, wird das die Westpresse in

der ihr eigenen Weise ausschachten. Es muß von uns eine Solidarität mit dem Staat bekundet werden.«³⁶⁷ Mag sein, daß auch diese Niederschrift, zumal einen Tag später verfaßt, den genauen Wortlaut nicht exakt überliefert. Seigewasser hatte jedoch unmittelbar nach dieser Besprechung Willi Barth angerufen und, laut Aktennotiz, Stolpe wörtlich so zitiert: »Wir sind in einer Situation, in der wir Solidarität mit dem Staat üben müssen«³⁶⁸; und Oberkonsistorialrat Schultze notierte, Stolpe »sagte wörtlich: ›Für mich ist hier eine Solidaritätssituation mit dem Staat gegeben, wenn er von der Westpresse massiv angegriffen werden sollte.«³⁶⁹

Vermutlich mit Bezug auf die Äußerung Seigewassers, daß es sich bei Lothar Loewe um einen »gerissenen Journalisten« handle, »vor dem man sich nicht genug in acht nehmen könne«³⁷⁰, äußerte Stolpe, so die Niederschrift: »Wir müssen vor allem überlegen, was zu tun ist, um solchen Journalisten wie Herrn Loewe in richtiger und durchdachter Weise begegnen zu können.«³⁷¹

»Dieser Fall«, so fügte Seigewasser an, »wird aber zu einem Politikum«, er sei auch von Oskar Brüsewitz »sicher« als solches geplant gewesen. Das aber »darf von der Kirche nicht sanktioniert werden«. Es dürfe, so der Staatssekretär wahrscheinlich mit warnendem Unterton³⁷² weiter, »nicht ausgeschlossen werden, daß selbst der gutgemeinte Rat seiner Amtsbrüder zu dieser Kurzschlußhandlung geführt habe«. Es müsse verhindert werden, daß der Fall dazu genutzt werde, »um gegen unseren Staat und den Sozialismus eine Hetzkampagne« zu starten. Daherschlug er vor: »Ich bitte Sie, daß die Kirchenleitung eine fundierte Erklärung abgibt, in der sie sich von dieser Handlungsweise distanziert, weil sie [...] nicht typisch ist für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Diese Erklärung muß schnell erarbeitet werden, damit sie sofort verwendet werden kann, wenn es notwendig wird.«³⁷³

Der amtierende Bischof Propst Bäumert, der wie Seigewasser die Gefahr sah, daß durch die versuchte Selbstverbrennung ein Politikum geschaffen worden sei, klärte über die nächsten Schritte der Kirche auf. Er werde am nächsten Tag nach Zeitz fahren und für die Sitzung mit den örtlichen Kirchenvertretern eine Erklärung mit folgendem Inhalt vorbereiten: »Daß wir von diesem Vorfall betroffen sind, weil der Weg von Pfarrer Brüsewitz schon

[seit] längere[r] Zeit von Mitarbeitern der Kirche mit Besorgnis betrachtet worden ist, - daß uns diese Aktion überrascht hat, und daß diese Tat sowohl unserem Selbstverständnis als Kirche im Sozialismus, wie auch den Realitäten in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche« widerspricht. Zudem versicherte Propst Bäumert »mit allem Nachdruck, daß einem Mißbrauch dieses bedauerlichen Vorfalls entgegengetreten« werde.

Seigewasser, mit diesem Ergebnis nicht völlig zufrieden, drängte jedoch darauf, die Erklärung schnell zu verfassen, damit »sofort reagiert werden« könne. Er betonte: »Es darf auf keinen Fall herauskommen, daß mit dieser Tat die Möglichkeit eines ›prophetischen Zeichens‹ gesucht wird.« An Stolpe gerichtet, sagte er: »Ich bitte Sie, Herr Stolpe, bei Ihrem bevorstehenden Besuch in Genf, falls eventuell notwendig, eine den Tatsachen entsprechende Erklärung zu geben.« Es scheint so, als wenn Oberkonsistorialrat Stolpe dem Gedanken des schnellen Abfassens einer Erklärung, zu der es von seiten der Leitung der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen bis zum 21. August 1976 nicht gekommen war³⁷⁴, zugestimmt hat, denn drei Monate später hieß es in einem Aktenvermerk Hans Wilkes über einen »persönlichen Kommentar« des BEK-Sekretärs: »Er, Stolpe, ging damals nach Genf. Es wäre aber wichtiger gewesen, hier zu bleiben. Die Entscheidung in Magdeburg wäre dann 24 Stunden eher ausgefallen.«³⁷⁵ Schließlich drang Seigewasser darauf, der Gemeindekirchenrat von Drosdorf-Rippicha solle eine Erklärung abgeben, »daß in der Kirchengemeinde (zu einem solchen Schritt) keine Veranlassung«³⁷⁶ bestanden habe.

Am Ende der Besprechung wurde »der nachdrücklichen Forderung des Staatssekretärs zugestimmt«, und Harald Schultze sah sich, laut Niederschrift, dazu berufen, am 18. August 1976 abschließend zu erklären, »daß Übereinstimmung darin bestehe, alles zu tun, damit in der westlichen Welt kein Kapital aus diesem Fall geschlagen werden kann.«³⁷⁷ Anders liest sich die Schilderung, die Oberkonsistorialrat Schultze 1992 verfaßte, wonach die Weitergabe von Informationen »über den Fall in die Hände westlicher Medien«³⁷⁸ nicht verhindert haben werden sollen. 1976 protokolliert er allerdings folgende Bemerkung des Bischofs: »Er protestiere gegen den Vorwurf, die KL [Kirchenleitung] gebe ihre

Materialien an westliche Zeitungen. Er müsse ausdrücklich erklären, daß die KL diesen Bericht nicht an die Westpresse gegeben habe. Wer dieses trotzdem behauptete, mache ihn zum Lügner.«³⁷⁹ Schließlich aber erklärte Harald Schultze im Jahre 1993, daß »die Zusage an den Staatssekretär, keine Nachrichten weiterzugeben, nicht durchbrochen werden sollte. Selbst die eigenen Kirchenkreise wurden nicht informiert, weil das sofort zu Presseveröffentlichungen geführt hätte.«³⁸⁰

Was aus den Niederschriften dieser Besprechung nicht hervorgeht, wird durch eine telefonische Mitteilung Seigewassers an Wilke deutlich: Die Kirchenvertreter »arbeiten sofort an einer Erklärung, die zunächst einmal bei ihnen bleibt, die aber sofort herausgegeben werde, wenn der Westen angreift«.

Weiterhin wertete der Staatssekretär den Verlauf der Besprechung mit den Kirchenvertretern: »Im großen und ganzen bestand der Eindruck, daß sie den Ernst der Situation begriffen haben. Undurchsichtig sei lediglich Rechtsanwalt Wagner gewesen, der wenig gesagt habe, während die anderen beiden« – gemeint sind Friedrich-Wilhelm Bäumer und Harald Schultze – »wirklich von Sorge erfüllt waren. Sie beteuerten, sie hätten kein Interesse daran, daß durch diesen Vorfall die Beziehungen von Staat und Kirche belastet würden.«³⁸¹ Barth teilte einen Tag später über das Verhalten Stolpes dem Generalsekretär der SED, Erich Honecker, mit: Stolpe »hat den Staatssekretär für Kirchenfragen in seinen Bemühungen unterstützt, die Vertreter der Magdeburger Kirchenleitung auf eine politisch vernünftige Position im vorliegenden Fall zu führen.«³⁸²

Zeitgleich mit der Besprechung in Magdeburg fand eine Zusammenkunft in Zeitz statt mit den Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres des Zeitzer Kreisrates, dem amtierenden Vorsitzenden des Zeitzer Kreiskirchenrates sowie zwei Pfarrern. Hierzu wurde auf seiten der SED vermerkt, die kirchlichen Amtsträger hätten angeblich »eindeutig die politische Provokation gegen die DDR« verurteilt.³⁸³ Zum Motiv wird der amtierende Kreiskirchenratsvorsitzende in dem Vermerk mit den Worten zitiert, »daß die Differenzen mit der Kirchenleitung sowie mit dem Leitungsgremium des Kirchenkreises und persönliche Differenzen in dem Gemeindekirchenrat als auch eine bevorstehende Vi-

sitation in seiner Kirchengemeinde der Ausgangspunkt [gewesen] sein könnte«. Wegen des »Gesamtverhaltens«, so heißt es in dem Vermerk weiter, sei für Oktober 1976 die Abberufung Brüsewitz' vorgesehen gewesen. Nach der neunzigminütigen Sitzung hätten sich die kirchlichen Vertreter für die Gesprächsmöglichkeit bedankt und »ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck« gebracht.³⁸⁴

Insgesamt also eine »gute Startposition« für Kirchen und Staat. So jedenfalls will der Abteilungsleiter des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Wilke, in den frühen Morgenstunden des 22. November 1976 Stolpes »persönlichen Kommentar« verstanden haben: »Am 18.8. hätte man eine ausgesprochen gute Startposition durch gemeinsames Zugehen auf die Kirchenleitung gehabt. Hier hat man gemeinsam gearbeitet und Tatsachen erkannt.«³⁸⁵ Man wird Horst Dohle nur schwerlich widersprechen können, wenn er im Ergebnis dieser Besprechung »ein Zeugnis politischer, kirchlicher und menschlicher Entschlossenheit« von Kirche und Staat sah, von der DDR »Schaden abzuwenden«.³⁸⁶

Die DDR wird geschützt

»Festgelegt wurden Maßnahmen zur Sicherung der Klassenwachsamkeit«, resümierte die SED-Kreisleitung Zeitz nach ihrer Sitzung am 19. August 1976 in den frühen Morgenstunden. Die »Kommunisten des Kreises« hatten eine »offensive Argumentation« zur »einheitlichen Information« und zur »politischen Absicherung des Vorkommnisses«³⁸⁷ erhalten. »Dabei konzentrieren wir uns«, so heißt es pflichtschuldig, »auf die Erfüllung unserer Pläne, die wir aus Anlaß der Wahlen vorbildlich erfüllen wollen.«³⁸⁸ Die SED-Kreisleitung stimmte ihr Vorgehen mit den »Staats- und Sicherheitsorganen« ab.³⁸⁹

In der Folge wurde in der MfS-Kreisdienststelle Zeitz der Plan für weitere Maßnahmen präzisiert. Es wurden zwei Arbeitsgruppen mit jeweils drei MfS-Mitarbeitern gebildet, außerdem zwei »Volkspolizisten« hinzugezogen; zusätzlich wurde als Einsatzleiter der Chef der MfS-Kreisdienststelle, Held, bestimmt.

Neben der weiter aufrecht zu haltenden Verbindung zwischen der SED-Kreisleitung Zeitz, dem Rat des Kreises und dem VPKA

Zeitz sollte jeder Schritt der Kirchenleitung in Zeitz registriert werden. Neben der Post- und Telefonkontrolle der Familie Brüsewitz wurde auch jede Aktivität des Rates des Kreises Zeitz für beobachtenswert gehalten. Im Mittelpunkt der Maßnahme standen jedoch die Familie selbst sowie ihre Besucher, auf die nicht nur »Inoffizielle Mitarbeiter« angesetzt wurden. Zudem wurde eine Beobachtungsstelle in der Nähe der Wohnung der Familie eingerichtet. Die Hauptabteilung XX/4, von der später Klaus Roßberg und Joachim Wiegand in Erscheinung treten sollten, bekam die Aufgabe zugewiesen, Vorbereitungen für den Fall des Todes von Oskar Brüsewitz zu treffen. Faktisch sollten alle »operativen Kräfte«³⁹⁰ der Kreisdienststelle zum Einsatz kommen.

Der amtierende Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Propst Bäumeier, fuhr am 19. August 1976 nach Zeitz und suchte das Gespräch mit Frau Brüsewitz, mit Mitgliedern des evangelischen Kreiskirchenrates³⁹¹ und des siebenköpfigen Gemeinderates der Kirchengemeinde Brüsewitz.³⁹²

Mit Genugtuung dürfte Willi Barth seinem Generalsekretär Erich Honecker mitgeteilt haben, daß noch vor dem Eintreffen des Propstes eine vor Ort beabsichtigte Kanzelabkündigung im Kirchenkreis Zeitz auf Empfehlung der »örtlichen Staatsorgane« abgewandt werden konnte, da dies einer »öffentlichen Bekanntmachung« gleichkäme. Der amtierende Vorsitzende des Kirchenkreises hatte »von sich aus vorgeschlagen, diese Ankündigung auf 6-8 Sätze zu beschränken und sie vor Bekanntgabe dem Ratsvorsitzenden [des Kreises Zeitz, Egon Bergmann] vorzulegen.«³⁹³

Daß die Öffentlichkeit weitestgehend ausgeschlossen bleiben sollte, erfuhr Familie Brüsewitz, die darüber am 20. August 1976 mit Pfarrer Klaus-Rainer Latk sprach, der später darüber berichtete: »Der Superintendent habe ihr mitgeteilt, daß über die Tat ihres Gatten nur in einer Gemeindekirchenrats-sitzung und im Pfarrkonvent gesprochen werden sollte. Man wolle im Sinne der Kirchenleitung alles vermeiden, was dieses furchtbare Geschehen der Öffentlichkeit preisgeben könnte. So sei es auch mit den Vertretern des Staates vereinbart worden.«³⁹⁴ Dies wird durch eine Information vom 18. August 1976 bestätigt: Es »distanzierten sich auch Vertreter der ev[angelischen] Kirche des

Kreises Zeitz, unter ihnen der amtierende Vorsitzende des Kirchenkreises«, während eines Gespräches am 18. August beim Rat des Kreises Zeitz von der Tat. »Sie werteten dieses Vorkommnis eindeutig als politische Provokation, als unchristlich und eines kirchlichen Amtsträgers unwürdig.«³⁹⁵ Es wird nicht gänzlich auszuschließen sein, daß es der staatlichen Seite zeitweise gelungen ist, die Verunsicherung in der Gemeinde und unter den Pfarrern für ihre Interessen auszunutzen und mittels der »örtlichen Staatsorgane auf den zuständigen Superintendenten«³⁹⁶ einzuwirken, so wie es der Maßnahmeplan von Willi Barth und folglich des MfS vorsah.³⁹⁷

»In einer ruhigen und ordentlichen Atmosphäre« verlief, so die Einschätzung des MfS in Zeitz, die tatsächlich »inoffiziell« unter Kontrolle gebrachte Besprechung. An ihr nahmen von staatlicher Seite der Ratsvorsitzende des Kreises Zeitz, Egon Bergmann, der Sektorenleiter für Kirchenfragen des Bezirksrates Halle, Ewald Biertümpel, sowie von kirchlicher Seite Propst Bäumer, Oberkonsistorialrat Schultze und vom Kreiskirchenrat Zeitz die Pfarrerin Maria Krien und Pfarrer Erich Schweidler teil.³⁹⁸ Nachdem die »örtlichen Organe« ihren Standpunkt dargelegt haben, habe Propst Bäumer betont, »daß die Kirchenleitung und die Kirche sehr am vertrauensvollen Verhältnis der Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche auch auf örtlicher Ebene interessiert seien. Er brachte sein Bedauern über die Handlungsweise des Pfarrers Brüsewitz zum Ausdruck; er distanzierte sich davon.«³⁹⁹ Das »maximal« und »auftragsgemäß verlaufene« Gespräch führte, dem Zeitzer Ratsvorsitzenden zufolge, zu einer Absprache über die kirchliche Stellungnahme. Dennocherhielt sie seiner Ansicht nach keine genügende Distanzierung von der Tat.⁴⁰⁰ Vereinbart wurde, »daß die Erklärung, bevor sie an die Pfarrer ergeht, dem Vorsitzenden des Rates des Kreises übergeben wird«⁴⁰¹.

»Mit Zustimmung des Rates des Kreises« Zeitz,⁴⁰² so teilte Oberkonsistorialrat Schultze am nächsten Tag mit,⁴⁰³ legten die Kirchenvertreter einen Entwurf für eine Erklärung vor. Man verständigte sich darauf, »lediglich in Zeitz und in Drosßdorf-Rippicha die Verlesung dieser Erklärung zu den üblichen Gottesdiensten vorzunehmen und sie allen Pfarrern des Kirchenkreises Zeitz zur persönlichen Information bzw. als Grundlage zur Be-

antwortung eventueller Anfragen zu übergeben.«⁴⁰⁴

Es bestand Einigkeit zwischen dem Rat des Kreises und den Kirchenvertretern, so Harald Schultze, »daß in der Öffentlichkeit zunächst keine Stellungnahme abgegeben wird«⁴⁰⁵, zumal sich die Magdeburger Kirchenleitung, wie er 1992 ausführte, »im Einvernehmen mit Manfred Stolpe« befand, »über die Selbstverbrennung in den ersten Tagen nicht selbst« zu berichten.⁴⁰⁶ Die letztlich einmütig verfaßte⁴⁰⁷ und dem Rat des Kreises vorgelegte Erklärung ist vor dem Frühjahr 1993 in keiner kirchenoffiziellen Publikation veröffentlicht worden. Vielleicht auch deshalb, weil dieser Beschluß, so Pfarrer Dieter Ziebarth später, »keine Sternstunde« dieses Gremiums war.⁴⁰⁸ Allerdings muß auch die Disposition der Beteiligten bedacht werden. Pfarrer Schweidler: »Wir waren erschüttert über das, was da geschehen war. Wir waren in gewisser Weise ratlos.«⁴⁰⁹ Harald Schultze hielt die Erklärung später für »relativ distanziert«, das »politische Zeugnis der Tat [sei] nicht aufgenommen und eine Solidarisierung mit ihr vermieden« worden.⁴¹⁰

Der Wortlaut der Erklärung: »An die Mitarbeiter und Gemeinden des Kirchenkreises Zeitz. Wir sind zutiefst betroffen darüber, Euch mitteilen zu müssen, daß Bruder Oskar Brüsewitz, Pfarrer unserer Kirche in Droßdorf-Rippicha, am Mittwoch, den 18.8.1976, in Zeitz den Versuch unternommen hat, sich selbst zu verbrennen. Wir sind von diesem Vorhaben völlig überrascht worden; Bruder Brüsewitz hat weder seiner Familie noch einem seiner Mitarbeiter sein Vorhaben in irgendeiner Weise zu erkennen gegeben. Wie wir ihn kennen, wollte er Zeuge Gottes sein. Seine Tat aber widerspricht unserem Verständnis des Auftrages, der der Kirche von ihrem Herrn aufgegeben ist. Auf solche Art können wir nicht Gottes Gebot vor der Welt bezeugen. Wir bitten die Gemeinde um Fürbitte für Bruder Brüsewitz und seine Familie. Der Kreiskirchenrat des Kirchenkreises Zeitz.«⁴¹¹

Diese Erklärung enthielt »keine politische Aussage«, wie Vertreter des Zeitzer Kreises monierten. Sie drängten sowohl am 18. als auch am 19. August 1976 auf eine klare Distanzierung von »dieser Handlung als politische Provokation«.⁴¹² Sicherlich mit unterschiedlichen Intentionen hatten die Vertreter der Kirche und des Staates entschieden, die Öffentlichkeit gar nicht bzw. ledig-

lich eine begrenzte Kirchenöffentlichkeit herzustellen.⁴¹³ Damit war ein wesentliches Moment staatlicher Erwartungen von der evangelischen Kirche anscheinend erfüllt worden.

Bleibt die Frage, ob die Zeitzer Erklärung ebenfalls genügend die erwartete Distanzierung von dem Zeichen des Oskar Brüsewitz enthielt? Die MfS-Kreisdienststelle Zeitz erklärte in der Information vom gleichen Tag an ihrer Bezirksverwaltung, die Kirchenvertreter »distanzieren sich von dieser Handlung«⁴¹⁴ des Oskar Brüsewitz. Genosse Heinrich vom Rat des Bezirkes Halle war sich unschlüssig und fragte vorsichtshalber bei seinem Sektorenleiter für Kirchenfragen, Biertümpel, nach, ob er Protest einlegen solle. Dies war nicht notwendig, denn die Partei befand: »Sie ist nicht schlecht.«⁴¹⁵ Am 20. August 1976 übergab der amtierende Zeitzer evangelische Kreisratsvorsitzende Egon Bergmann den Text, der ihn seinerseits an den 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, Achim Böhme, weitergab, und dieser übermittelte ihn schließlich eiligst (»Blitz«)⁴¹⁶ an Hans Seigewasser und Willi Barth sowie an das Mitglied des Politbüros und des Zentralkomitees der SED, Werner Lamberz.⁴¹⁷

Als Propst Friedrich-Wilhelm Bäumer am 19. August 1976 nach Magdeburg zurückkehrte, hatte er einen Entschluß gefaßt: Die Angelegenheit war zu heikel für den Rat der Kirchenleitung, die gesamte Kirchenleitung sollte auf einer Sondersitzung über eine Erklärung entscheiden. Termin: Samstag, 21. August 1976.

Harald Schultze übernahm es, Biertümpel am 20. August zu informieren, dem die Sache wiederum so nicht gefiel. Er drang auf einen früheren Termin. Biertümpel fand auch, daß die Kirchenleitung in Magdeburg »eine eindeutige Distanzierung« in ihrer Erklärung vornehmen sollte; eine Botschaft, die möglicherweise vernommen wurde, denn im Gesprächsvermerk heißt es über Oberkonsistorialrat Schultze: »Er bestätigte meine Auffassung.«⁴¹⁸

Während Oskar Brüsewitz noch in akuter Lebensgefahr schwebte⁴¹⁹, traf Willi Barth für den Todesfall »voraussehend Vorkehrungen«, damit die Trauerfeier »nicht durch gegnerische Kräfte mißbraucht« werde; dieser Absicht wurde von Erich Honecker, der sie allen Politbüro-Mitgliedern zur Kenntnis gab, nicht wi-

dersprochen.⁴²⁰ Die taktische Linie der SED lautete: »Wir werden weder Stellung nehmen noch uns entschuldigen. Sie, die Kirchenvertreter, müssen das tun. Wenn Angriffe kommen sollten, dann reagieren wir mit Meldungen ›Wie die Kirchenleitung Magdeburg mitteilt, ...‹ Sie sollen über ihren Betriebsunfall berichten. Bis jetzt nichts im Westen gekommen.«⁴²¹ Das sollte sich ändern.

Was den Osten betraf, so bedankte sich der amtierende Zeitzer Kreiskirchenratsvorsitzende beim Rat des Kreises Zeitz dafür, »daß die staatlichen Organe so viel Großmut gezeigt und diese Handlungsweise nicht öffentlich verurteilt haben«,⁴²² Auch das sollte sich ändern.

»Verleumdung westlicher Massenmedien«

Der Leiter des Sekretariats des Bundes Evangelischer Kirchen, Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe, brach am 19. August 1976 nach Genf auf. Zuvor jedoch hatte er veranlaßt, daß »sämtliche Dokumente und Unterlagen« in Sachen Oskar Brüsewitz zusammengetragen werden, um sie einerseits von Berlin über den Diplomatenweg an die EKD-Zentrale in Hannover gelangen zu lassen, damit diese bei »Veröffentlichungen in unsachgemäßer Form« die Möglichkeit haben würde, »Sachinformationen bekanntzugeben«.⁴²³ Außerdem unterrichtete er die Leitenden Geistlichen in einer »vertraulichen Information«, »sofern sicher gestellt ist, daß die Information nicht an die Öffentlichkeit gelangt.«⁴²⁴ Zugleich nahm er die Unterlagen auch mit nach Genf.

Auf diesem Weg sollten jedoch nicht die Medien der Bundesrepublik informiert werden; vielmehr galt es, so ist der Magdeburger Kirchenjurist und spätere Konsistorialpräsident Detlef Hammer wohl zu verstehen, sich für eventuelle Reaktionen zu wappnen. Es mußten offenbar erst andere aktiv werden, um die Öffentlichkeit über das von Oskar Brüsewitz gesetzte Fanal zu unterrichten, auch wenn sie dadurch selbst Nachteile erleiden sollten.

Als die Selbstverbrennung am 19. August 1976 in Zorbau (Kreis Hohenmölsen) bekannt wurde, erfuhr Pfarrer Klaus-Detlef Beck davon, der Christa Brüsewitz umgehend zusammen

mit Pfarrer Klaus-Rainer Latk in Rippicha aufsuchte und sich ins Bild setzen ließ. Am nächsten Tag fuhren sie mit dem Einverständnis von Frau Brüsewitz nach Berlin und suchten dort die Ständige Vertretung der Bundesrepublik auf, nachdem sie sich zuvor mit Pfarrer Blaschke aus Sangershausen beraten hatten. Noch am gleichen Tag sprachen die beiden ehemaligen Erfurter Studienkollegen von Oskar Brüsewitz mit dem Leiter der Vertretung, Staatssekretär Günter Gaus. Der soll »anfangs eine gewisse Zurückhaltung« geübt haben. Klaus-Rainer Latk sagte 1992 aus: »Gaus riet uns dringend ab, den Fall publik zu machen. Die politische Konstellation verlangte Annäherung. Das sei eine hoffnungsvolle Entwicklung. Gerade die Kirche als Vermittler und ruhender Pol leiste ihre Aufgabe gut. Wenn wir den Einzelfall an die große Glocke hängten, könnte es sicherlich zu Irritationen kommen. Die ganze Entspannungspolitik sei dann gefährdet.« Doch schließlich vermittelte er beide an den ARD-Korrespondenten Lothar Loewe.⁴²⁵

Der Versuch, die Öffentlichkeit auszuschalten, war mißlungen. Radio- und Fernsehstationen interessierten sich dafür – auch der ARD-Korrespondent Lothar Loewe, als er Klaus-Rainer Latk vor einem Millionenpublikum aussprechen ließ, daß Oskar Brüsewitz ein Signal habe setzen wollen, das in der DDR »einen Sinn erfüllen kann«. Brüsewitz sei an Staat und Kirche verzweifelt und schließlich gescheitert. Weiterhin führte Latk zu den denkbaren Gründen aus: »An den lokalen Behörden kann es sehr wohl liegen«, die »ohne Zweifel [...] nicht aus eigenem Antrieb, sondern von großen Plänen her arbeiten.«⁴²⁶

Erst nachdem der »Deutschlandfunk« bereits die Nachricht verbreitete, reagierte der »Evangelische Pressedienst« und setzte um 17.05 Uhr seiner Meldung den interpretierenden Vorspann voran: »Als eine aus tragischen Verwicklungen entstandene Verzweiflungstat eines einzelnen bezeichnen kirchliche Kreise in der DDR diese versuchte Selbstverbrennung.«⁴²⁷ Hingegen wies die Agentur »Axel-Springer-Inlandsdienst« auf einen politischen Hintergrund hin: In Zeit und Umgebung sei Brüsewitz »wegen seiner strikt antikommunistischen Haltung bei den dortigen Behörden als ein unbequemer Mann bekannt.«⁴²⁸

Erst zwei Tage später, am 22. August 1976, gab die EKD, die

unterdessen wohl die von Stolpe auf dem Diplomatenweg geschickten Informationen erhalten hatte, eine Stellungnahme ab. Ob dies die von Manfred Stolpe gedachte »sachliche Information« war, ist unbekannt.

Sie entsprach in zwei zentralen Punkten fast den Überzeugungen des ZK-Abteilungsleiters Barth, wußte sie doch von einer »Verzweiflungstat eines einzelnen« zu berichten, bei der man sich in der Bundesrepublik vor »Versuchen hüten« müsse, sie durch »parteipolitische Auseinandersetzungen zu mißbrauchen«. Immerhin stellte der Autor dieser Erklärung, der damalige Pressesprecher der EKD, Oberkirchenrat Claus-Jürgen Roepke, die Frage, inwieweit die DDR bereit sei, die Menschenrechte zu verwirklichen.⁴²⁹ Abgesehen von dieser Aussage zitierte Hans Weise vom Staatssekretariat »mit relativ positivem Sound«⁴³⁰ diese Erklärung aus Hannover. Sie gefiel der SED.

Die SED stand vor einem Dilemma. Sie konnte nicht, wie ursprünglich geplant, »sofort reagieren« mit einer Meldung in der Art »Wie die Kirchenleitung in Magdeburg mitteilt«, in der taktischen Absicht: »Sie sollen über ihren Betriebsunfall berichten.«⁴³¹ Zur Verfügung standen ihr lediglich eine offizielle Erklärung des evangelischen Kirchenkreises Zeitz und eine Reihe inoffizieller und daher für die Publizität wenig geeigneter MfS-Informationen.

Die noch am 20. August 1976 herausgegebene ADN-Agenturmeldung übernahm deshalb die Zeitzer Erklärung und rückte sie in das von der Partei erwünschte Interpretationskorsett, wonach aus der Zeitzer Erklärung hervorgehen soll, daß Oskar Brüsewitz »ein abnormal und krankhaft veranlagter Mensch« sei, der oft »unter Wahnvorstellungen litt«. Man hatte vermutlich daran gedacht, einen denkbaren Protest der evangelischen Kirche mit einem wohl als Warnung zu verstehenden Hinweis abzufedern, wenn es anschließend hieß: »Ihm wurde daher von zuständigen kirchlichen Leitungen mehrfach nahegelegt, einen Wechsel in seinem Amt vorzunehmen.«

Diese Meldung unterschlug die Tatsache der öffentlichen Selbstverbrennung und wählte statt dessen die Bezeichnung »Selbstmordversuch«, um die politische Dimension zu vertuschen und keinen Ansatz für die »verleumderische Hetze gegen

die DDR.«⁴³² aufkommen zu lassen.

»Sie hätten ja nicht dies so direkt gesagt, so als Kirche, daß der Mann verrückt ist«, sagte ein Zeitzer Pfarrer in Reaktion auf diese ADN-Meldung. »Sie fühlen sich jetzt etwas unglücklich darüber.«⁴³³

Mit dieser Meldung hatten sich die Planer und Taktiker der SED einen Bärendienst erwiesen. Das Thema DDR und »Kirche im Sozialismus« geriet in den Mittelpunkt der Medienberichterstattung der Bundesrepublik – und dies am Vorabend der Volkskammer- und der Bundestagswahl 1976.

Am 20. August 1976 um 18.00 Uhr kam Oskar Brüsewitz wieder zu Bewußtsein. Es war das erste Mal, daß er seit dem Tag seiner Einlieferung in das Krankenhaus wieder ansprechbar war.⁴³⁴ Er erkundigte sich, ob er in einem staatlichen oder christlichen Krankenhaus liege. Die Ärzte waren vom MfS aufgefordert worden, den Pfarrer nach dem Motiv seines Tuns zu befragen und alle Gespräche auf Tonband aufzunehmen. Auf eine entsprechende Frage antwortete er, so eine Aktennotiz, der Bischof habe ihn dort weg haben wollen, doch er wolle das nicht. Auf die Frage nach dem Warum habe er geantwortet, »daß es woanders auch nicht besser sei«⁴³⁵; er habe sich dort an die Menschen gewöhnt.

Das MfS hatte bereits eine Reihe Festlegungen getroffen, wie mit dem Patienten umzugehen sei. So sollten alle Informationen ausschließlich an die SED-Bezirksleitung Halle und an das MfS gehen. Es galt Informationssperre, Freunde und Bekannte blieben ohne Auskunft, ärztliche Bulletins für Journalisten waren nicht vorgesehen, und für Christa Brüsewitz wurde festgelegt, daß sie »im Falle eines Vorsprechens nur Auskünfte über den gegenwärtigen Gesundheitszustand ihres Mannes«⁴³⁶ erhalten sollte. Als sie, gemeinsam mit ihren beiden Töchtern und in Begleitung der Pastorin Maria Krien, am 20. August 1976 ihren Mann sehen wollte, wurde sie lediglich von seinem Zustand unterrichtet. Besuchen durfte sie ihn nicht.⁴³⁷

Während es noch ungewiß und eher wenig wahrscheinlich war, daß Oskar Brüsewitz durchkommen würde, plante das MfS bereits für die Zeit danach. Es legte fest, in welcher Gerichtsmedizin die Obduktion stattfinden sollte, und veranlaßte vorab die Überführung dorthin durch das behandelnde Krankenhaus.⁴³⁸

Der Leiter des Sektors für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Magdeburg, Bellstedt, sollte am 20. August 1976 eine anstrengende Nacht haben. Er führte mehrere Gespräche mit Oberkonsistorialrat Schultze, um über diesen Propst Bäumer dazu zu bewegen, sogleich die Kirchenleitung zusammenzurufen, damit diese eine Erklärung erarbeitet und verabschiedet. Bellstedt war von »zentralen Dienststellen« auch dazu angehalten worden, zu erreichen, daß die Kirchenleitung mit einem »offiziellen Wort« auf die »Hetzkampagne gegen die DDR reagierte«. Umsonst. Schultze übermittelte um 1.40 Uhr morgens Fritz Bellstedt die Mitteilung Propst Bäumers, daß die Kirchenleitung am 21. August 1976 um 11.00 Uhr zusammentreten und frühestens gegen 14.00 Uhr ihre Erklärung abgeben würde. Daraufhin rief Fritz Bellstedt den Ratsvorsitzenden des Bezirks Magdeburg, Kurt Ranke, und den 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg, Walter Kiwnich, an. »Es wurde festgelegt, in der Nacht keine weiteren Gespräche mehr mit den leitenden Vertretern der ev[angelischen] Kirche zu führen.«⁴³⁹

Der »goldene Mittelweg«

Um 8.30 Uhr am 21. August 1976 erreichte Bellstedt eine »zentral getroffene« Entscheidung. Die Weisung Hans Weises, des Hauptabteilungsleiters beim Staatssekretariat für Kirchenfragen, lautete, noch vor der Sitzung der Kirchenleitung müsse ein weiteres Gespräch mit Schultze und Bäumer beim Rat des Bezirkes Magdeburg stattfinden. Anliegen des Staates sei es, »nochmals auf die leitenden Vertreter der ev[angelischen] Kirche politisch Einfluß zu nehmen«.

Dieser Aufforderung kamen Oberkonsistorialrat Schultze und Propst Bäumer nach. Von staatlicher Seite führten das Gespräch der 1. Stellvertreter des Bezirksratsvorsitzenden Magdeburg, Richard Schultze, und Fritz Bellstedt. Wie einem Vermerk des Sektorenleiters für Kirchenfragen zu entnehmen ist, drängten sie darauf, die kirchliche Erklärung solle vor allem »eine politische Aussage gegen die Propaganda des Westens gegenüber der DDR enthalten«. Bellstedt hielt fest: »Alle anderen politischen Gedanken, die am Mittwoch Abend [Besprechung mit Hans Seige-

wasser] eine Rolle gespielt haben, wurden behandelt und von Bäume und Schultze positiv gewertet.«

Lediglich in einem Punkt hätten sie Widerspruch erhoben. Die Behauptung des »Neuen Deutschland«, in der Zeitzer Erklärung hätte es geheißt, Oskar Brüsewitz sei abnormal und hätte unter Wahnvorstellungen gelitten, wurde von Schultze und Bäume zurückgewiesen. »Alles andere, was die Mitteilung enthielt, wurde akzeptiert«⁴⁴⁰, so jedenfalls der Vermerk Bellstedts.

Anschließend begann die Sondersitzung. An der mehrstündigen, gegen 16.40 Uhr abgeschlossenen Beratung nahm auch der Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalt, Eberhard Natho, teil, der der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung der DDR sowie dem Rat der Evangelischen Kirche der Union angehörte. Die Kirchenleitung mußte sich auf eine Position verständigen. Im wesentlichen können zwei mögliche, diametral entgegengesetzte Pole vermutet werden, zwischen denen ein Standpunkt gefunden werden mußte, wobei die seelsorgerliche Dimension als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann. Auf der einen Seite die Position, das von Oskar Brüsewitz gesetzte Fanal zur eigenen Sache zu erklären und das Verhältnis zum Staat ernsthaft einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, oder auf der anderen Seite die Selbstverbrennung als Verzweiflungstat eines einzelnen zu begreifen und somit der staatlichen Erwartungshaltung gerecht zu werden, was sicherlich eine Distanzierung von der Tat und die Ablehnung der Information der bundesdeutschen Öffentlichkeit nahegelegt hätte. Eine solche Entscheidung hätte für alle Beteiligten den Vorzug besessen, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht zu belasten, wofür sich namentlich Stolpe, Schultze und Bäume auf der Sitzung am 18. August 1976 offenbar ausgesprochen hatten. Auch dürfte sich die Kirchenleitung bewußt gewesen sein, daß sich die SED durch die verzerrte Wiedergabe der Zeitzer Erklärung in den DDR-Medien selbst geschadet hatte, weshalb sich die Kirchenleitung trotz des eigenen »Betriebsunfalls«, wie es die SED nannte, im Vorteil wissen konnte. Für die Sondersitzung der Magdeburger Kirchenleitung hatten am 20. August 1976 Schultze, Bäume und andere eine Erklärung entworfen.

Das Hauptziel der Diskussion sei die Bekräftigung gewesen, daß Oskar Brüsewitz ein »völlig normaler« Mensch sei, dessen

Zeichen ernstzunehmen sei, obgleich man sich nicht damit identifizieren wollte. Oberkirchenrat Schultze meinte, es sei »präzise zu erklären, daß Oskar Brüsewitz nicht im klinischen Sinne Psychopath gewesen sei oder eine solche Erklärung aufgrund der unzureichenden Sachkenntnis und des Mangels eines klinischen Urteils aus den letzten Jahren vermieden werden müsse«⁴⁴¹. Zwei Präpste erklärten, sie könnten sich keinesfalls mit den Auffassungen Oskar Brüsewitz' identifizieren, die Tat müsse, so ihrer Ansicht, »als eine Wahnsinnstat dargestellt werden«. Es stand »Meinung gegen Meinung«.

Kirchenpräsident Natho forderte ein klares Dementi der Veröffentlichungen der DDR-Medien, eine Meinung, die sich nicht durchsetzen konnte »aus der Sorge darum, daß wenn es so deutlich gesagt worden wäre, überhaupt nichts veröffentlicht worden wäre«.⁴⁴² Gegen die Ansicht, daß eventuell durch den Staatssekretär für Kirchenfragen oder durch den Rat des Bezirkes etwas korrigiert bzw. abgeändert werden würde, sei energisch Widerspruch erhoben worden. Schließlich wurde darüber abgestimmt, ob der erarbeiteten Vorlage zugestimmt werden oder gar nichts zur Veröffentlichung kommen sollte. Sie wurde schließlich einstimmig verabschiedet.

Die sorgfältig formulierte, nur wenige Absätze umfassende Erklärung, später als »Magdeburger Erklärung« bezeichnet, war ausschließlich ein »Wort an die Gemeinden«. Sie brachte zunächst die »große Betroffenheit« zum Ausdruck, um sodann den Blick allein auf die innerkirchliche Dimension zu lenken: »Wir beklagen es, daß in der Gemeinschaft unserer Kirche ein solcher Entschluß nicht abgewendet werden konnte.« Die ganz auf das kircheninterne Kommunikationsgefüge abzielende Argumentationsebene erweckt den Eindruck, daß die Kenntnis der Sorgen und Absichten des Pfarrers auch die Verhinderung seines Fanals bewirkt haben würde, wurde jedoch durch die vorangestellte Tatsache, daß Oskar Brüsewitz zuvor niemanden von seinem Entschluß informierte, eingeleitet.

Im weiteren wurde eine sicherlich sorgfältig abgewogene Satzfigur gebraucht, beginnend mit »Wir wissen«, um dreimal auf mögliche Intentionen Oskar Brüsewitz hinzuweisen: »Er verstand sich als [...], er wollte hinweisen auf [...] sowie: »Er war ge-

trieben von der Sorge, daß unsere Kirche in ihrem Zeugnis zu unentschlossen sei.« Also nicht die äußere, vom Staat bedrängte Situation der Kirche in der DDR hatte der Kirchenleitung zufolge Oskar Brüsewitz zu einer öffentlichen Selbstverbrennung getrieben, sondern die innere Verfassung der evangelischen Kirche.

Diese Formulierungen erwecken den Eindruck, als würde die Kirche dem Fanal des Oskar Brüsewitz und der Problematisierung des Staat-Kirche-Verhältnisses ausweichen. Zugleich klingt in der Erklärung jenes Motiv an, welches der SED vorschwebte, als sie intern ihre Absicht festgelegt hatte, daß »sie«, die Kirche, »über ihren Betriebsunfall berichten« solle.⁴⁴³ Damit war freilich das Parteiinteresse verbunden, das Verhältnis zur Kirche nicht zu belasten. Nachdem die Kirchenleitung bis zu diesem Abschnitt lediglich »wußte«, legte sie im weiteren dar, was »wir sollen«, »wir meinen«, »wir können«, »wir dürfen« oder »wir bedauern«.

Um wieviel glaubwürdiger wäre doch die Kirche sicherlich den meisten Gemeindemitgliedern erschienen, hätte sie sein Signal aufgegriffen und erklärt: Auch wir sind von der Sorge getrieben, daß unsere Kirche in ihrem Zeugnis zu unentschlossen ist. Eine solche Aussage hätte die Konfliktbereitschaft mit dem SED-Staat unterstrichen, gewiß auch der staatlichen Erwartungshaltung nicht entsprochen.

Eine weitere Aussage mochte von staatlicher Seite als die von ihr sehnlich erwartete Distanzierung interpretiert werden, war sie kirchlicherseits auch anders intendiert: »Wir können der Tat unseres Bruders nicht zustimmen«. Es war also eine Tat und kein Zeichen, kein Signal, kein Zeugnis oder Fanal, was die Kirchenleitung in der öffentlichen Selbstverbrennung erkannte. Nach der theologisch begründeten Ablehnung des Freitodes, bei der dann allerdings die Bezeichnung »Zeugnis« aufgenommen wurde, jedoch, »um in unserer Gesellschaft mitzuarbeiten«, damit Gottes Ziele verwirklicht werden. Eher zusammenhanglos wurde dann der wenig überzeugend und möglicherweise eher seelsorgerliche, vielleicht aber auch zur Abwehr potentieller Kritiker wirkende Satz angehängt: »Wir dürfen unseren Bruder Oskar Brüsewitz nicht verurteilen.« Die Kirchenleitung kam damit, so wird es die Partei wohl registriert haben, der staatlichen Erwartungshaltung weitgehend entgegen. Sie erklärte zwar, daß in den

DDR-Medien die Zeitzer Erklärung »sinnentstellt veröffentlicht« worden sei, doch sie wies zugleich »jeden Versuch [zurück], das Geschehen in Zeitz zur Propaganda gegen die Deutsche Demokratische Republik zu benutzen«. Abschließend wurden die Gemeinden aufgefordert, den lebensgefährlich verletzten Pfarrbruder in ihre Fürbitte einzuschließen.⁴⁴⁴

Der Zeitzeuge Harald Schultze räumte später ein: »Indem aber in jenem ersten öffentlichen Wort der Kirchenleitung nur diese Absage an die Anti-DDR-Propaganda stand, nicht aber zugleich eine Aufnahme des Protests gegen die Bildungspolitik der DDR, wie er auf den Brüsewitz-Plakaten benannt worden war, ergab sich der Eindruck einer zu großen Rücksichtnahme auf die DDR-Führung.«⁴⁴⁵

Mit der »Magdeburger Erklärung« hatte Bäume, wie es im Bericht des Kirchenjuristen und späteren »Offiziers im besonderen Einsatz« des MfS, Detlef Hammer, hieß, sein »Meisterstück« abgeliefert. Er habe zuvor alle Äußerungen abgeblockt und sich geweigert, eine Stellungnahme abzugeben. Mit dem Votum der Kirchenleitung, sich auf das Gesamtplenum zu berufen, hatte man in der Tat »die staatlichen Stellen dadurch etwas« lahmgelegt. Zufriedenheit bestand sowohl über die »Zeitzer Erklärung« wie auch über die »Magdeburger Erklärung«, weil aus beiden, so das Urteil Hammers über die Stimmungslage im Konsistorium, »nicht exakt die Stellungnahme der Kirchenleitung zu entnehmen« sei. »Man kann weder positiv noch negativ aus dem Wort etwas entnehmen, und es erfolgte keine Festlegung, keine klare Stellungnahme zu den Ergebnissen.« Hammer verstand Propst Bäume in einem persönlichen Gespräch so, daß er die öffentliche Selbstverbrennung des Pfarrers »als negative Erscheinungsform wertet« und Oskar Brüsewitz »der ev[angelischen] Kirche der Kirchenprovinz Sachsen mit dieser Tat keinen guten Dienst erwiesen hätte«.⁴⁴⁶

In den Gemeinden wurde die »Magdeburger Erklärung« allerdings recht kritisch aufgenommen. »Die Kritik der allermeisten«, so heißt es in einem Bericht der Magdeburger Kirchenleitung später, richtete sich gegen die Stellungnahme der Kirchenleitung. Sie sei »staatsfromm«, leisetreterisch, feige, »Opium des Volkes«, ein Produkt der Angst, wie sie für die Kir-

chenleitung typisch geworden sei«. Erschreckt sei die Kirchenleitung über die »beinahe durchgängig zutreffende Meinung« gewesen, »sie nehme mehr Rücksicht auf den Staat als auf die Wahrheit«. ⁴⁴⁷

Der Rat des Bezirkes Magdeburg erhielt diese Erklärung nach der Sitzung um 16.40 Uhr und leitete sie weiter. ADN berichtete tags darauf, einem Sonntag. Bundesdeutschen Medien lag die Magdeburger Erklärung offenbar nicht vor, so mußte etwa Peter Jochen Winters für die Montagsausgabe der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« auf die ADN-Meldung zurückgreifen, dpa meldete erst am Nachmittag. ⁴⁴⁸

Wohl auf Veranlassung der SED wurden der Kirchenbesuch wie auch die Gottesdienste am 22. August 1976 aufmerksam verfolgt. Der Rat des Kreises Zeitz hatte den Kreiskirchenrat in Zeitz angehalten, lediglich in den Kirchen der Stadt Zeitz sowie in Rippicha/Schellbach die »Zeitzer Erklärung« vorzutragen. Daran hielten sich die Pfarrer weitgehend, die in Zeitz nur vereinzelt auch die »Magdeburger Erklärung« wiedergaben, wie dies etwa in der Nicolai-Kirche geschah. ⁴⁴⁹

Inoffizielle Mitarbeiter des MfS versuchten die Stimmung einzufangen und zählten die Kirchgänger: in Rippicha drei, in der Michaeliskirche 70 und in drei weiteren Zeitzer Kirchen jeweils 40 bis 45. ⁴⁵⁰ Sie berichteten, daß man sich in einigen anderen Kirchen gegen die unsachliche Auslegung der »Zeitzer Erklärung« verwahrte. Aus Zeitzer Pfarrkreisen wurde als vorherrschende Meinung benannt, man solle danach streben, »einen goldenen Mittelweg zu finden, damit die Kirche nicht der ›Schwarze Peter‹ zugeschoben wird«.

Ein Mitglied des Zeitzer Kreiskirchenrats habe die Auffassung vertreten, daß Pfarrer Brüsewitz »durch seine Handlung der Kirche großen Schaden zugefügt hat und die Kirche lange arbeiten muß, um in der Öffentlichkeit wieder Vertrauen und Ansehen zu gewinnen«. Zugleich »verwahrte er sich gegen die verleumderischen Kommentare in Rundfunk und Fernsehen der BRD und brachte zum Ausdruck, daß die dort getätigten Äußerungen nicht der Wahrheit entsprechen und nur darauf gerichtet sind, die Stellung der Kirche in der DDR zu untergraben«. ⁴⁵¹ Ein Zeitzer Pfarrer habe den Wunsch ausgesprochen, Oskar Brüsewitz möge

durchkommen, »damit er keine Märtyrerrolle übergestülpt kriegt«. ⁴⁵² Auch der Propst von Naumburg, der im Gottesdienst der Michaeliskirche, vor der Pfarrer Brüsewitz das Fanal setzte, die »Magdeburger Erklärung« vortrug, billigte weder die ADN-Meldung noch die »BRD-Massenmedien«, die »die Tat [...] für ihre Zwecke ausnutzen.« Nach dem Gottesdienst habe er erklärt, das Zeichen des Pfarrers widerspräche dem Glauben, auch habe niemand von seiner Absicht gewußt. Er sei der Ansicht, »daß die Pfarrer, die Interviews im BRD-Fernsehen gegeben hätten, keine Genehmigung von der Kirchenleitung besaßen und ihre Kompetenzen überschritten«. ⁴⁵³

Ein weiterer Propst führte in der Schloßkirche von Wittenberg aus, daß »die Kirche mit schuld an diesem Vorfall sei, weil sie nichts unternommen habe, um B[rüsewitz] aus seinem Amt zu entfernen«. ⁴⁵⁴

So dachten aber nicht alle Pfarrer in Zeitz. Die Pfarrer Dietmar Meckel und Dieter Ziebarth erstellten eine Chronologie der Ereignisse um die Beerdigung. Ziebarth schrieb auch ein Gedächtnisprotokoll über »Zuführungen und Verhöre von Jugendlichen« am 26. August ⁴⁵⁵ und Klaus-Rainer Latk und Klaus-Detlev Beck recherchierten den Hergang des »Vorkommnisses«. ⁴⁵⁶ Manche organisierten eine Spendensammlung, andere erklärten, daß Pfarrer Oskar Brüsewitz »eines Tages die gleiche Würdigung zukommt wie dem Studenten aus der CSSR, der 1968 ebenfalls Selbstmord beging und dessen Handlungsweise noch heute gewürdigt wird«. ⁴⁵⁷

Horst Dohle, persönlicher Referent des Staatssekretärs Hans Seigewasser, erfuhr über die Ansichten von Pfarrern: »Der Tod von Brüsewitz sei ein Opfertod«; ein Pfarrer aus Pirna: »Brüsewitz hat sich geopfert, um ein Fanal zu setzen gegen die Unentschlossenheit der Kirchenleitungen«; aus Dresden: »Der Tod von Brüsewitz sei mit dem von Pf[arrer] Schneider in Buchenwald vergleichbar, Brüsewitz sei für eine Sache gestorben, aber Schneider habe in Buchenwald seinen Mördern wenigstens noch entgegengerufen, daß sie Mörder seien.« ⁴⁵⁸

Die SED stand unter Druck. Sie benötigte für ihre Propaganda kirchliche Stellungnahmen, um die von ihr in den DDR-Medien unterstellte Anormalität von Pfarrer Brüsewitz belegen zu kön-

nen. Es wurde von »repräsentativen kirchlichen Persönlichkeiten Stellungnahmen«⁴⁵⁹ gesucht, um die guten Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu belegen. In diesem Sinne waren bereits einige kirchliche Persönlichkeiten tätig geworden. Entsprechend eines MfS-Maßnahmeplanes war die Hauptverteilung XX/4 gehalten, Einfluß zu nehmen, »um negative Aktivitäten zu verhindern«.⁴⁶⁰ Pfarrer Ulrich Schlase erklärte: »Der Versuch dieses Mannes, sich selbst zu töten, kennzeichnet in keiner Weise das Verhältnis von Staat und Kirche bei uns und ist alles andere als das Fanal einer Christenverfolgung.«⁴⁶¹

Dem Oberkirchenrat i.R. Gerhard Lotz war »der Vorfall« »völlig unverständlich«, zu dem es einfach keinen Grund gab, zumal »die Beziehungen zwischen Kirche und Staat [...] seit langem durch eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und der Bereitschaft zu einem sachlichen Miteinander gekennzeichnet«⁴⁶² seien. Auch erklärten der Dozent (und heutige PDS-Bundestagsabgeordnete) Heinrich Fink und die Pastorin Ilseget Fink, daß »der Aufbau des Sozialismus in unserem Lande [...] in einem vertrauensvollen Verhältnis zwischen Christen und Marxisten« geschehe, und es sei »nicht nur unverantwortlich, sondern eine vorsätzliche grobe Verfälschung der Tatsachen, wenn eine im persönlichen Scheitern des Pfarrers begründete Kurzschlußreaktion in Rundfunk und Fernsehen der Bundesrepublik wie ein Beweis für eine Christenverfolgung in der DDR hochgespielt wird«.⁴⁶³ Diese Stellungnahmen wurden ausgiebig neben der »Magdeburger Erklärung« am 23. August 1976 in den DDR-Medien verbreitet.⁴⁶⁴ Kein Zufall: Gerhard Lotz und Heinrich Fink waren beim MfS als IM erfaßt.

Wesentlich schwieriger gestaltete es sich für die SED, Beweise für die behauptete Anormalität Brüsewitz' zu finden. Partei und MfS waren aufgerufen, Belege dafür zusammenzutragen. Da offensichtlich die unkonventionellen Aktivitäten wie auch gewöhnliche Alltagsereignisse im Leben von Oskar Brüsewitz als Material für die gesuchte Deutung nicht befriedigend waren, war das MfS noch im September 1976 mit der Suche danach beschäftigt.⁴⁶⁵

Aus einer ganzen Reihe vorgeblicher Belege soll auf zwei, die das »Neue Deutschland« am 31. August 1976 abdruckte, näher eingegangen werden. Im ND-Bericht heißt es: »Im März 1976

soll er bei einem Fußballspiel mit Kindern weniger angehabt haben als eine Unterhose.«⁴⁶⁶ Dem anonymen Autor dürften verschiedene Zuarbeiten zur Verfügung gestanden haben. Etwa die »Faktoren des abnormalen Verhaltens von Brüsewitz«, die der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Werner Felfe, seinem Generalsekretär Honecker übermittelte, wo behauptet wird, Pfarrer Brüsewitz hätte »mehrfach mit Jugendlichen in Unterhosen Fußball«⁴⁶⁷ gespielt. Dem Schreiben Felfes lag vermutlich eine Information der MfS-Kreisdienststelle Zeitz vom Vortag zugrunde, wonach Brüsewitz »in Unterhosen mit Jugendlichen Fußball«⁴⁶⁸ spielte.

Tatsächlich handelte es sich um zwei verschiedene Vorgänge, die nun in einer Meldung zusammengefaßt worden waren: Wie das MfS 1969 berichtete, bemühte sich Oskar Brüsewitz, »sehr einfach und volkstümlich« zu sein und »beschäftigte sich insbesondere mit Kindern und Jugendlichen, so spielte er mit den Kindern Fußball«. ⁴⁶⁹ Dazu berichtete der IM »Leipzig« am 8. September 1969: »Der Pfarrer in Rippicha hat mit Jugendlichen Fußball in Ossig gespielt. Als er zu sehr schwitzte, soll er seine lange Hose ausgezogen und in Unterhosen (langen weißen) weitergespielt haben.« Eine zweite MfS-Information berichtete lediglich über ein Fußballspiel: Pfarrer Brüsewitz hatte am 11. März 1976 noch Zeit, bevor er den Gottesdienst in Wildschütz halten mußte. Er nutzte sie, indem er mit Kindern barfuß Fußball spielte.⁴⁷⁰ Ob der IM »Leipzig« jemals ahnte, daß seine an und für sich belanglose Information sieben Jahre später dazu genutzt wurde, einen Mann als abnormal abzustempeln – eine ehrabschneidende Rufschädigung, die Oskar Brüsewitz noch heute nachhängt?

Dieselbe sinnentstellende Arbeitsmethode läßt sich an einem weiteren Beispiel demonstrieren. So hieß es im »Neuen Deutschland«: »Gelegentlich spannte er sein Auto vor Pflug und Egge.«⁴⁷¹ In dem Schreiben Felfes stand noch zu lesen, daß er »an seinen Trabant Ackergeräte koppelte und damit sein Feld zu bearbeiten versuchte«⁴⁷²; bei der MfS-Kreisdienststelle Zeitz: »B[rüsewitz] versuchte, einen Pflug hinter seinen PKW ›Trabant‹ zu spannen, um das Feld zu pflügen.«⁴⁷³ IM »Willi Koch« hatte am 28. Juli 1975 berichtet: »In den letzten Wochen ist ihm sein Pferd gestorben. Seit dieser Zeit bearbeitet er seinen Acker mit seinem PKW ›Trabant‹. Er beabsichtigt jedoch, wieder ein Pferd zu kau-

fen.«⁴⁷⁴ Der befreundete Pfarrer Jochen Desel aus Hofgeismar schließlich wies darauf hin, daß Oskar Brüsewitz an seine Freunde telegraphiert hatte: »Missionspferd tot. Hoffe auf ihre Hilfe. Evtl. per Genex kleinen Traktor.« Pfarrer Brüsewitz suchte also ein Hilfsmittel, um landwirtschaftliche Arbeit zu verrichten, erfinderisch wählte er deshalb mangels Alternative den PKW.⁴⁷⁵

Bei näherer Betrachtung allein schon der MfS-Aktenlage zeigt sich, daß die SED in ihrer Propaganda hemmungslos manipulierte und so auch MfS-Meldungen sinnentstellend verkürzte, um die geforderte Abnormalität belegen zu können. Sie tat dies, weil im ideologischen SED-Konzept lediglich ein Geistesgestörter zur äußersten Provokation der öffentlichen Selbstverbrennung greifen konnte.

Diese Interpretation galt es nunmehr zu unterfüttern. Tatsächlich ergibt sich aber die Frage, die der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinz Kreuzmann zu Recht aufwarf: »Die Frage erhebt sich, was das Anormale ist; die Handlung eines verzweifelte Menschen oder ein Regime, das solche Taten durch sein Handeln heraufbeschwört.«⁴⁷⁶

Während in Zeitz eifrig nach abstrusen Belegen gefahndet und die Kirchen beobachtet werden, verschlechterte sich der Zustand von Oskar Brüsewitz. Seine Frau und die beiden Töchter wurden gebeten, ins Krankenhaus zu kommen. Als sie es gemeinsam mit Pfarrer Rolf Heidel erreichten, war Oskar Brüsewitz bereits tot. Er starb am 22. August 1976 um 18.00 Uhr.⁴⁷⁷

Die Partei bereitet die Beerdigung des Pfarrers vor

»Nun müssen alle im Zusammenhang mit der Beerdigung stehenden Probleme geklärt werden«, informierte der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, Felfe, Erich Honecker. Oberkonsistorialrat Schultze habe bereits den Rat des Bezirkes Magdeburg gefragt, »wann die Beerdigung möglich sei«. Zugleich habe er auf den Wunsch Brüsewitz' in seinem Abschiedsbrief hingewiesen, in Rippicha beerdigt zu werden.⁴⁷⁸

Propst Bäumer habe bereits signalisiert, die Trauerrede halten zu wollen, so Felfe. Pfarrer Erich Schweidler, amtierender

Vorsitzender des Kirchenkreises Zeitz, habe gegenüber dem Rat des Kreises Zeitz betont, »daß ihrerseits nur die Teilnahme der Angehörigen und der Pfarrer des Kirchenkreises Zeitz vorgesehen sei und daß sie keine Absicht hätten, einen größeren Kreis hinzuzuziehen.«

»Das Richtigeste wäre«, so die Auffassung Felfes, die Beerdigung in Rippicha stattfinden zu lassen, denn dort sei er »als abnormal bekannt« und »bei der Bevölkerung isoliert«. Erich Honecker nahm es zur Kenntnis und leitete das Schreiben am nächsten Tag an Paul Verner weiter.

Auch die Zeitzer Arbeitsgruppe unter »Führung des Sekretariats der Kreisleitung der SED« bereitete sich auf die Beerdigung vor. Doch sie stand vor einer Reihe ungelöster Probleme: »Sind wir dafür, daß die Grabstätte, die Brüsewitz bereits ausgehoben hat, als Grabstätte genutzt wird? [...] Was würde unsererseits passieren, wenn die Fragestellung nach Durchführung eines Leichenschmauses in einer öffentlichen Gaststätte durchgeführt werden soll [sic!]. Wie verhalten wir uns, wenn ein entsprechendes Anliegen an uns gestellt wird? Wer informiert über die Durchführung der Trauerfeier, ist dafür der Rat des Kreises verantwortlich?«⁴⁷⁹ Doch alle Probleme konnten gelöst werden. Währenddessen fand im Konsistorium in Magdeburg eine Versammlung statt, die sich mit Oskar Brüsewitz befaßte.⁴⁸⁰ Ebenfalls tagte der Rat der Kirchenleitung, der den Zeitzer Kreiskirchenratsvorsitzenden Joachim Hildebrandt in seinem Urlaubsdomizil anrief. Er wurde gebeten, nach Zeitz zu kommen, doch, so der Kirchenjurist und IM Detlef Hammer, war er »bisher immer der Meinung, daß seine Anwesenheit in Zeitz nicht erforderlich«⁴⁸¹ sei. Er entschloß sich dann, doch zu kommen.

Der 1. Stellvertreter des Rates des Bezirkes Magdeburg, Richard Schultze, wurde am 23. August 1976 von Hans Weise, Hauptabteilungsleiter beim Staatssekretär für Kirchenfragen, darüber unterrichtet, daß noch zwei weitere Sitzungen an diesem Tag zu erwarten seien.⁴⁸² Eberhard Hüttner, ZK-Mitarbeiter für Kirchenfragen, sowie die juristische Mitarbeiterin Charlotte Arlt würden nach Magdeburg kommen, um sich mit den Genossen Heinrich (Rat des Bezirkes Halle), Ewald Biertümpel (Rat des

Kreises Halle) und Fritz Bellstedt (Rat des Bezirkes Magdeburg) abzustimmen. Auf »zentraler Ebene« sei festgelegt worden, eine weitere Aussprache mit dem amtierenden Bischof Propst Bäumer und Oberkonsistorialrat Schultze beim Rat des Bezirkes Magdeburg zu führen, um die kirchlichen Vorstellungen hinsichtlich der Beisetzung in Erfahrung zu bringen.

Die SED wies durch Hüttner die Staatsvertreter für das Gespräch mit der evangelischen Kirche an: »Die Leiche sollte schnellstens vergraben werden (spätestens Donnerstag)«, und zwar in Rippicha. Das Begräbnis solle »nicht den normalen Rahmen überschreiten« und keine Demonstration gegen den Staat werden. Nach Möglichkeit solle verhindert werden, daß Bäumer die Rede halte, aber man wolle ihn »nicht zwingen, von diesem Entschluß zurückzutreten«. Entschieden zurückgewiesen werden müssen »die Propaganda gegen die DDR«. ⁴⁸³

Die Sitzung mit den Kirchenvertretern begann um 18.00 Uhr. Wie einem summarischen Protokoll des Bezirksrates Magdeburg, Sektor Kirchenfragen, zu entnehmen ist, erklärte Oberkonsistorialrat Schultze zu Beginn der Sitzung, daß der Fall Oskar Brüsewitz »von seiten des Westens so hochgespielt wurde, daß dieses Problem sich zum Politikum ersten Ranges entwickelt hat und daß das Ausmaß der Hetzkampagne gegen die DDR große Formen angenommen hat«. Auch hätten sich Pfarrer der Kirchenprovinz Sachsen »zu Handlangern der westlichen Propaganda gemacht«. Der 1. Stellvertreter des Rates des Bezirks Magdeburg, Richard Schultze, verwies auf die Verantwortung der Kirchenleitung an ihre Zusage vom 18. August 1976, alle Versuche, das Geschehen in Zeitz zur Propaganda gegen die DDR zu benutzen«, zurückzuweisen. Dies sei gegenwärtig besonders zu beachten.

Im weiteren skizzierten Propst Bäumer und Oberkonsistorialrat Schultze den Stand der Vorbereitungen. Die Beerdigung wurde auf Donnerstag, den 26. August 1976, gegen 14.00 Uhr festgelegt. Die Predigt werde Propst Bäumer übernehmen. Von diesem Termin würden die Mitglieder der Kirchenleitung und die Präpste verständigt, doch »eine offizielle Mitteilung wird es nicht geben«.

Auf die Frage der Staatsvertreter, weshalb Propst Bäumer selbst die Predigt übernehmen wolle, benannte dieser drei Gründe: Da er persönlich von Frau Brüsewitz gebeten worden sei und

mit Oskar Brüsewitz »hinsichtlich seiner Versetzung in eine andere Gemeinde gesprochen habe«, fühle er sich dazu moralisch verpflichtet. Zweitens gehe es darum, die Beerdigung »sehr schnell zum Abschluß [zu] bringen« und eine Form zu finden, »die alles abbaut«. Ein anderer Redner, so wird Bäumer wiedergegeben, würde wohl eher das Gegenteil erreichen. Auch bestehe die Erwartung der Kirchengemeinden, »daß der Bischof dieses Amt der Beisetzung« übernehme. Mit dieser Argumentation überzeugte Propst Bäumer die Vertreter der staatlichen Gewalt, die an seiner Stelle lieber den Superintendenten oder dessen Stellvertreter gesehen hätten.

Im weiteren Verlauf wiesen die staatlichen Vertreter nachdrücklich auf die Verantwortung der Kirchenleitung hin, daß die Beisetzung nicht zu einer »Hetzkampagne gegen die DDR« genutzt werde. Hierauf versicherten die Kirchenvertreter, es liege auch in ihrem Interesse, »daß es zu keinen Spannungen zwischen Staat und Kirche kommen« dürfe, allerdings habe man auf die Berichterstattung westlicher Journalisten keinen Einfluß. Auch müsse man die Stimmungslage in den Kirchengemeinden berücksichtigen. Die »endgültige Konzeption« zur Beisetzung sollte bis zum 25. August, 9.00 Uhr morgens, übergeben werden. Mit dieser Festlegung schloß die eineinhalbstündige Besprechung.⁴⁸⁴

Vermutlich am 24. August 1976 hielt sich Bäumer in Berlin auf und stimmte sich mit Vertretern des BEK sowie »dem zuständigen Pressevertreter aus West-Berlin«, Reinhard Henkys, darüber ab, »was in West-Berlin und in der DDR weiterhin veröffentlicht werden soll und was in der BRD und West-Berlin unternommen werden solle.« Henkys war bereits seit dem 19. August informiert, einen entsprechenden Zettel fand er in seinem Briefkasten, und er hatte sich in Ost-Berlin kundig gemacht.⁴⁸⁵ Laut IM »Detlef« (Hammer) habe er daraufhin »Gespräche mit dem Vorsitzenden der SPD, der CDU und Vertretern von ARD und ZDF« geführt. Dabei sollte es insbesondere darum gehen, »die Presseveröffentlichungen so zu gestalten, daß sie nicht als Hetze gegen die DDR verstanden werden«. Erreicht worden sei durch Henkys, »daß Vertreter der SPD bereit waren, ihre Kommentare in einer sachlichen Form zu bringen, und es sei seit dieser Zeit

auch nichts mehr in Schlagzeilen veröffentlicht worden. Lediglich die Springerpresse und das ZDF hätten sich nicht darauf eingelassen, irgendwas an den Veröffentlichungen zu verändern. Des weiteren«, so die Information des Kirchenjuristen Detlef Hammer über den Sachstand, »hat der Vertreter der SPD bekundet, daß die SPD nicht beabsichtige, diese Angelegenheit des Todes von Brüsewitz in den Wahlkampf aufzunehmen«.

Anders hingegen die CDU, die dazu nicht bereit gewesen sei, »zumal es sich um die Verletzung von Menschenrechten hier in der DDR handeln würde«. ⁴⁸⁶ Entsprechend, so ist dem sozialdemokratischen »Vorwärts« zu entnehmen, warnte der Rat der EKD in Hannover davor, »Brüsewitz' Tat in den bundesdeutschen Wahlkampf hineinzuziehen«. ⁴⁸⁷

Auch wurde bei dieser Beratung überlegt, wie das weitere Verhalten gegenüber den Medien der Bundesrepublik und der DDR gestaltet werden solle. »Es wurde festgelegt, daß keinerlei Kommentare und Informationen an westliche Medien gegeben werden sollen, sondern man sich lediglich auf das Wort der Kirchenleitung an die Gemeinden beziehen solle. Auf die Frage nach der theologischen Relevanz und des Faktes, ob nun evtl. eine Geistesgestörtheit vorliegt, soll man nicht eingehen. [...] Der Termin der Beerdigung, Ort und Zeit, soll nur auf Anfragen beantwortet werden.« Bischöfe sollten – was dann auch geschah – nicht an der Beerdigung teilnehmen, weil dadurch »die Sache nur unnötig hochgespielt würde«. ⁴⁸⁸

Der Kirchenjurist IM »Detlef« wies Propst Bäume darauf hin, daß die Öffentlichkeitsarbeit der beiden Pfarrer Klaus-Rainer Latk und Klaus-Detlef Beck »nicht mit der Ordnung der Kirche zu vereinbaren« sei. Propst Bäume machte sich die Sache zu eigen und versuchte, noch von Berlin aus eine Verständigung zu erreichen. Doch Pfarrer Latk, der sich bereits entschieden hatte, die DDR verlassen zu wollen, zeigte »keinerlei Einsicht«, er sei »nicht bereit, hier in der DDR zu schweigen«. »Aus diesem Grund« hätte sich der amtierende Bischof Propst Bäume vorgenommen zu veranlassen, daß mit Pfarrer Latk gesprochen und ihm deutlich gemacht werde, »daß evtl. disziplinarisch gegen ihn vorgegangen werden muß«. ⁴⁸⁹

Anschließend fand am Nachmittag des 24. August 1976 in

Anwesenheit von Propst Bäumer eine Beratung statt, an der der Vorsitzende des Kreiskirchenrates Zeitz, dessen Stellvertreter, der stellvertretende Superintendent, eine Pastorin, der zuständige Propst für den Kirchenkreis Zeitz sowie der Kirchenjurist Hammer teilnahmen. Zeitweise nahm auch Christa Brüsewitz daran teil. Es wurde bekannt, daß vor Ort eine Reihe Gespräche mit dem Referenten für Kirchenfragen des Rates des Kreises Zeit geführt worden sei, vom dem es hieß, daß er bald abgelöst werden solle.

Der gewichtigere Teil der Besprechung drehte sich um die Trauerfeier, bei der davon ausgegangen wurde, daß ein großes öffentliches Interesse an ihr bestünde. Nachdem berichtet worden war, daß der Rat des Bezirkes Magdeburg »sehr deutlich« befand, »daß die Kirche als Hausherr des Friedhofes verantwortlich sei«, waren Fragen der Sicherheit das Hauptproblem. »Im einzelnen«, so Kirchenjurist IM »Detlef«, »wurde folgendes festgehalten: Zunächst soll ein großer Posaunenchor zusammengestellt werden, der evtl. unerwünschte Verlautbarungen durch das Geräusch ersticken kann. Auch wurde daran gedacht, daß Personen abgestellt werden, die die Schleifenaufdrucke u. ä., die untragbar sind, entweder abschneiden, verdecken oder sonst irgendwie für die anderen Anwesenden unleserlich machen sollen. Des weiteren ist daran gedacht, daß die Vertreter der Pfarrerschaft aus dem Kirchenkreis, die einheitlich im Talar erscheinen sollen, sich an die vorderste Front am Grabe aufstellen sollen, so daß unerwünschte Redner nicht bis zum Grabe vordringen können. Es wird mit etwa 30 bis 50 Pfarrern gerechnet.«⁴⁹⁰ Diesen Darlegungen des Kirchenjuristen Hammer alias IM »Detlef« wurde öffentlich widersprochen. Harald Schultze, der nicht an dieser Beratung teilnahm, hält diese Angaben nicht nur für ungenau und falsch, sondern für eine »willkürliche Erfindung«.⁴⁹¹

Das scheint nicht zuzutreffen, denn Zeitzer Pfarrer hätten im Konsistorium in Magdeburg darauf aufmerksam gemacht, daß »auf dem Friedhof von Rippicha [...] noch die Schleifen vorhanden [seien], auch die, die eigentlich anstößig sein müßten, so z. B. die Schleife der Vertreter der ›Jungen Union West-Berlins‹.⁴⁹²

»Lange wurde darüber gesprochen«, ob die Volkspolizei oder der Rat des Kreises Zeitz, Abteilung Inneres, um »Amtshilfe« gebeten werden sollten, »oder wie man sonst evtl. Störungen absichern kann«. Der Zufall kam zu Hilfe. Die Abteilung Inneres fragte an, ob am 25. August mit Superintendent Joachim Hildebrandt über »Fragen zur Absicherung« beraten werden könnte. Hildebrandt wurde gehalten, deutlich zu machen, »daß die Kirche nicht in der Lage ist, die gesamte Verantwortung für dieses Unternehmen zu tragen, da keine geeigneten Kräfte zur Verfügung stehen« würden. Zugleich aber sollte vermieden werden, »um direkte Amtshilfe zu bitten. Dies soll nur indirekt bei der Aussprache gesagt werden.«⁴⁹³

Im weiteren wurde der genaue Ablauf der Trauerfeierlichkeiten bestimmt und dem Wunsch von Christa Brüsewitz Rechnung getragen, einen Verkündigungsgottesdienst durchzuführen. Noch während der Feier sollte Erde auf den Sarg geworfen werden, um sofort nach dem letzten Lied das Grab zu verlassen, »um dem Händedrücker u. a. Sympathiebekundungen zu entgehen.«⁴⁹⁴

Währenddessen gab Oberkonsistorialrat Harald Schultze dem ZDF ein Interview, für das später die Kirchenleitung die Verantwortung ablehnte, »da es zu sehr unter der Absicht dem Staat zuzureden, geschehen sei. Es wurde als zu positiv, einseitig und zu unausgewogen beurteilt.«⁴⁹⁵ Außerdem war mit Propst Bäumeier beim Bund der Evangelischen Kirche vereinbart worden, daß keine Interviews gegeben werden sollten.⁴⁹⁶ Die Vertreterin Manfred Stolpes, Oberkonsistorialrätin Christa Lewek, verstand es als »Abschirmung gegen wilde Interviewerei«, denn nach einer solch authentischen Äußerung seien »weitere Interviews überflüssig«; eine Interpretation, die in ihrem Gespräch am 25. August 1976 mit den Staats- und SED-Vertretern, Hans Wilke und Hans Weise, »geradezu vehement aufgenommen«⁴⁹⁷ wurde.

Auf die Frage des Journalisten Hans-Jürgen Wiesner, ob Oskar Brüsewitz »abnorm, krankhaft veranlagt, also verrückt gewesen« sei, antwortete Harald Schultze, der ihn nach eigener Aussage »nur wenig gekannt« hatte – ohne das Wort »abnorm« aufzunehmen oder gar zu widersprechen –, »daß Brüsewitz ganz gewiß kein Mensch mit Wahnvorstellungen gewesen« sei, doch »freilich« gebe es in dessen »unmittelbarer Umwelt auch Menschen«,

die sich schon früher gefragt hätten: »Hat er denn eigentlich alle 5 Sinne beieinander?«.

Befragt nach der Intention des Pfarrers Brüsewitz, befand der Oberkonsistorialrat, »er wolle Stellung nehmen dagegen, daß einfach zu lau gepredigt, zu lau gegenüber der Öffentlichkeit Zeugnis abgegeben wird.« Der Journalist griff dann das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf und fragte, ob sich beide zu stark arrangiert hätten. Schultze: »Ich halte dieses Wort von dem Arrangement von Kirche und Staat für ein schlechtes Wort. Wir leben als evangelische Kirche in einer stabilen sozialistischen Gesellschaft, und wir sind davon überzeugt, daß wir als Christen in dieser Gesellschaft unser Zeugnis geben können, und wir haben in wichtigen Bereichen auch Zusammenarbeit mit staatlichen Organen.«

Nach dieser Darlegung wird sich Journalist Wiesner gefragt haben, warum dann Pfarrer Oskar Brüsewitz ein Fanal setzen wollte. Schultze: »Das Motiv ist uns nicht zureichend bekannt. Es ist sicher deutlich, daß Pfarrer Brüsewitz ein Zeugnis geben wollte in der Öffentlichkeit, als er mit Schrecken sah, daß das christliche Zeugnis der christlichen Gemeinde in der breiten Öffentlichkeit kaum noch zu Worte käme nach seiner Meinung.« Auf die Frage, ob Oskar Brüsewitz ein Signal setzten wollte, befand Schultze: »Seiner Auffassung entspricht das sicher, das so zu sagen, aber wenn er ein Signal hat geben wollen, dann müssen wir natürlich auch Fragen, in welcher Form wir es zu verstehen haben und ob wir dem zustimmen können.«⁴⁹⁸

Es folgten weitere Gespräche zwischen Staat und Kirche. Am 25. August 1976 wurde wiederum »zentral« festgelegt, daß am folgenden Tag um neun Uhr ein weiteres Gespräch mit Propst Bäumeier und Oberkonsistorialrat Schultze stattfinden sollte. ZK-Mitarbeiter Eberhard Hüttner, der von Werner Lamberz und Werner Felfe instruiert worden war⁴⁹⁹, kündigte sein Erscheinen an, um über »weitere Maßnahmen« zu sprechen. Der offizielle SED-Vertreter Hüttner nahm an der Beratung zwischen den staatlichen Vertretern Richard Schultze und Fritz Bellstedt sowie den kirchlichen Vertretern Bäumeier und Harald Schultze dann aber doch nicht teil.

Selbst in dieser Situation trat die SED nicht offen als Verhandlungspartner der Kirche auf. Die Partei, indirekt vertreten durch die Staatsfunktionäre Richard Schultze und Fritz Bellstedt, wollte von den beiden kirchlichen Vertretern Bäumer und Schultze wissen: »Welche Garantien, Voraussetzungen und Maßnahmen gibt bzw. ergreift die Kirchenleitung, um einen normalen kirchlichen Charakter der Trauerfeier für Brüsewitz zu garantieren und politischen Mißbrauch, Provokationen usw. auszuschließen?« Die Antwort: Die Kirchenleitung garantiere mit Blick auf die Interessen der Angehörigen und der Kirche, daß eine Trauerfeier stattfinden solle, »die streng religiösen Inhalt« hat.

»Schultze ergänzte dazu, um zu verhindern, daß anderen die Möglichkeit gegeben wird, während des Gottesdienst in Erscheinung zu treten, soll tatsächlich der Gottesdienst sehr stark ausgedehnt werden bis hin zur Versenkung des Sarges.« Es sei festgelegt, daß dieser in einem geschlossenen Akt stattfindende Trauergottesdienst allein mit Bäumer als Redner durchgeführt werden und »niemand anderem Gelegenheit zu Ansprachen« gegeben wird. Garantien für die Zeit nach der Beendigung der Beerdigung könnten sie aber nicht geben. Es sei an einen festgelegten Kreis der Trauerteilnehmer gedacht: die kirchlichen Amtsträger des Kirchenkreises Zeitz im Talar, zwei bis drei Vertreter des Konsistoriums Magdeburg sowie des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Das Interesse sei zwar »spürbar« größer, doch werde das noch an diesem Tag mit dem Vorsitzenden des Kirchenkreises Zeitz und dem Superintendenten geklärt. Im Blick auf die bundesdeutschen Medien sehen »sie die Dinge auch so, daß diese versuchen werden, erneut Kapital aus dem Vorfall zu schlagen«. Das Begehren des Journalisten Wiesner nach der Erlaubnis für Filmaufnahmen in der Kirche und auf dem Gelände des Friedhofs wurde von der Kirchenleitung abgelehnt. Obgleich Wiesner sich ein weiteres Mal melden werde, wollte die Kirchenleitung bei ihrer Entscheidung bleiben. Sie wies darauf hin, »daß sie nicht für das garantieren könne, was von außerhalb des Geländes (evtl. mit Teleobjektiv)« geschieht. Kirchen- und Staatsvertreter verständigten sich darauf, daß der Rat des Bezirkes bis 17.00 Uhr über die endgültige Absage an Wiesner informiert werde.

Zur Anregung auf staatlicher Seite, Günter Gaus als Leiter der

Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin anzusprechen, damit dieser auf die akkreditierten Journalisten einwirke, bemerkten die Kirchenvertreter, »daß dies auch eine gegenteilige Wirkung haben könne«. Harald Schultze »informierte weiter darüber, daß sich Reinhard Henkys vom Evangelischen Pressedienst schon an alle Massenmedien in der BRD gewandt habe, um sie von einer Hetzkampagne gegen die DDR abzuhalten.«

Der von staatlicher Seite vorgetragene Gedanke, die Beerdigung vorzuverlegen, wurde kirchlicherseits »als nicht zweckmäßig abgelehnt«. Zuletzt wurde Harald Schultze auf sein ZDF-Interview angesprochen. Auf den Vorwurf, die Gelegenheit zu einer »klaren Zurückweisung« der »Diffamierung der DDR nicht genutzt« zu haben, erwiderte dieser, daß die Zeit zu knapp gewesen sei, zumal die »Magdeburger Erklärung« einen entsprechenden Hinweis bereits enthalten habe. Seinen Hinweis auf das Signal des Pfarrer Brüsewitz im ZDF-Interview meinte Harald Schultze so interpretieren zu müssen, daß er nicht das Verhältnis von Staat und Kirche gemeint habe.⁵⁰⁰

Der Kirchenjurist Detlef Hammer, der an der darauffolgenden Sondersitzung des Konsistoriums teilnahm, die um elf Uhr begann, hatte bei dem Bericht des Bezirkes den Eindruck, »daß sie von der Verantwortung überzeugt sind« und »möglichst alle Sicherungsmaßnahmen treffen wollen«. Die beiden Kirchenvertreter drückten sich hinsichtlich der Reaktion auf das ZDF-Interview so aus, daß es vom Rat des Bezirkes »als freundlich aufgenommen worden« sei. Die Reaktionen innerhalb des Konsistoriums aber seien geteilt gewesen. Als Sicherungsmaßnahmen wurde vorgeschlagen, es sollten möglichst viele Mitglieder des Konsistoriums teilnehmen, jedoch »weniger an den Trauerfeierlichkeiten, als vielmehr als Beobachter des gesamten Vorganges«. Es sei vereinbart worden, von den Trauerfeierlichkeiten keinerlei Fotografien auf dem Friedhof zu gestatten, auch das Fotografieren während der Veranstaltung »soll durch Hinweisschilder verboten werden.« Dem Zeitzer Kirchenkreis sollte dies mitgeteilt werden, damit entsprechende Schilder aufgestellt würden. Lediglich nach Abschluß der Trauerfeierlichkeiten sei das Fotografieren gestattet. Die Familie Brüsewitz sowie die gesamte Pfarrerschaft sollte »schon während des letzten Korans [sic! – Choral]

den Friedhof« verlassen. Sollte das ZDF von außerhalb des Friedhofes filmen, so sollte das nicht untersagt werden, »weil es sich hier nicht um kircheneigenes Gelände« handele. Schließlich wurde vorgetragen, daß staatlicherseits erwünscht sei, mit Gaus zu sprechen, damit er Journalisten darum bitte, gänzlich von der Trauerfeier Abstand zu nehmen. Dieses Anliegen hielt man jedoch für zwecklos.⁵⁰¹

Die SED hatte die politischen Vorgaben gesetzt und ihre staatlichen Vertreter veranlaßt, sich von der evangelischen Kirche über die Rahmenbedingungen der Trauerfeier bis zum 25. August informieren zu lassen. Nun konnte der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Halle, Schmidt – die MfS-Verantwortung war inzwischen auf die Bezirksverwaltung übergegangen –, den entsprechenden Maßnahmeplan noch am gleichen Tag festlegen. Als Einsatzleiter wurde sein Stellvertreter, Oberstleutnant Wolff, eingesetzt, der, sollte der Maßnahmeplan, der 16 Punkte umfaßte, tatsächlich realisiert worden sein, fast einhundert Personen dafür einspannte. Das »ständige Beherrschen der Lage« war das Ziel, dem sich der siebenköpfige Einsatzstab, darunter Major Joachim Wiegand und Major Klaus Roßberg, in der MfS-Kreisdienststelle Zeitz verpflichtet fühlte. Mindestens 18 MfS-Mitarbeiter wurden für die drei Stützpunkte eingesetzt: In der Polytechnischen Oberschule Rippicha befand sich die Funkstation, im Zeugenvernehmungszimmer die Abhörstation, und der Beobachtungspunkt lag gegenüber der Wohnung der Familie Brüsewitz, was nicht unerkannt blieb⁵⁰².

Die Abteilung XX sollte dafür Sorge tragen, daß die Inoffiziellen Mitarbeiter die Aktivitäten der Kirchenleitung beobachten, Einfluß nehmen, daß vor allem das »negative Auftreten« der bundesdeutschen Medien verhindert wird und schließlich, daß auf dem Friedhof »Ordnung und Sicherheit« herrscht. Auch sollten sie dafür sorgen, daß die Todesanzeigen »soweit wie möglich verzögert« werden, um »eine evtl. Öffentlichwirksamkeit einzuschränken«⁵⁰³.

Sogar die Beisetzung sollte abgehört werden. Eingehende Informationen sollten sofort ausgewertet und zur SED-Bezirksleitung sowie zur Einsatzleitung gelangen; anreisende Journalisten sollten vorab festgestellt werden. Der Leichnam, so

wurde festgelegt, dürfe erst am 26. August 1976 um elf Uhr dem Beerdigungsinstitut übergeben werden. Es sei zu garantieren, daß der Sarg verschlossen sei. Für diese Aufgabe seien vier Mitarbeiter im VPKA Zeitz zum Einsatz zu bringen.

Nicht nur die Beisetzung sollte optisch gesichert werden, sondern alle Straßen von Rippicha. Zugleich sollten Maßnahmen eingeleitet werden, damit »Transparente und Losungen mit negativen und feindlichen Aufschriften« nicht nach Rippicha gelangen.

Die MfS-Kreisdienststelle Zeitz sollte alle Inoffiziellen Mitarbeiter zum Einsatz bringen und sich mit dem VPKA, dem Rat des Kreises – Abteilung Inneres – sowie dem Rat der Gemeinde »im Sinne der zu lösenden Aufgabe« abstimmen. »Durch geeignete inoffizielle Kräfte sind vor und nach der Beisetzung die Kranzschleifen auf evtl. negative Inschriften zu prüfen und gegebenenfalls sicherzustellen«. Auch war bedacht worden, dafür zu sorgen, daß keine Transparente über Busse Rippicha erreichen. Das Volkspolizeikreisamt sollte die Straßen mit zwei Funkwagen kontrollieren und »Langsamfahrstrecken sowie Geschwindigkeitskontrollen am Ortsausgang Zeitz und an der Kreuzung Nedissen einrichten«. Mehrere Kradbesetzungen sollten zum Einsatz kommen; eine operative Reserve von 40 Volkspolizeikräften sei bereitzuhalten, und das Volkspolizeikreisamt sollte einen »Zuführungspunkt« einrichten. Drei MfS-Mitarbeiter sollten die Beerdigung fotografieren, einer davon war als Reserve gedacht. Beim Abhören der Telefone sollte »weitestgehend« verhindert werden, daß »negative« Informationen über die Beerdigung weitergeleitet würden.⁵⁰⁴

Auf der Suche nach weiteren günstigen Stellungnahmen prüfte die Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK der SED ebenfalls, ob diese nicht durch den Bund der Evangelischen Kirchen zu erhalten sei. Doch eine Analyse von Willi Barth ergab eine ungünstige Kräftekonstellation. In den Worten Barths: »Von den Führungskräften des Kirchenbundes sind bis Freitag [28. August] die Bischöfe Hempel (Dresden), Fraenkel (Görlitz), Rathke (Schwerin), Gienke (Greifswald) und Kirchenpräsident Natho (Dessau) erreichbar. Die drei Erstgenannten gehören zum reaktionären Flügel in der Führung des Kirchenbundes, so daß gegenwärtig nega-

tive Leute überwiegen.« Eine andere Konstellation, so wird Barth wohl zu verstehen sein, hätte sich bei der Anwesenheit von Bischof Schönherr, Bischof Braecklein sowie Stolpe ergeben, doch die »befinden sich im Ausland«. Mit der Vertreterin Stolpes, Christa Lewek, »müßten etwaige Beratungen stattfinden«⁵⁰⁵. Diese fanden in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen statt⁵⁰⁶. Der Aktennotiz von Hans Weise ist zu entnehmen: Oberkonistorialrätin Christa Lewek teilte mit, daß sie »sich völlig im klaren [sei], daß alles getan werden müßte, damit diese Angelegenheit durch das Einwirken der BRD-Massenmedien nicht zu einer Belastung der Beziehungen der Kirchen zum Staat führen. Sie würden an die Pfarrer appellieren, damit kein Mißbrauch dieses Vorfalles gegen den Staat geschehe. Sie seien sich im klaren, daß sie für den Verlauf der Dinge Verantwortung übernehmen müssen. Man werde nicht zulassen, daß die Stimmung an diesem Vorfall angeheizt werde«. Sie »machte von sich aus den Vorschlag, daß der Kirchenbund alle Kirchenleitungen anweist, daß keine Interviews und keine Gespräche mit Westjournalisten mehr geführt werden«.⁵⁰⁷

In Magdeburg war diese Botschaft wohl angekommen, denn Harald Schultze unterrichtete den Zuständigen beim Rat des Bezirkes Magdeburg darüber, daß Lothar Loewe angefragt habe, ob die Kirchenleitung bei ihrem Verbot für das westdeutsche Fernsehen bleibe, Filmaufnahmen in der Kirche und auf dem kircheneigenen Friedhof zu machen. Schultze bestätigte die Entscheidung der Kirchenleitung, worauf Loewe erwidert habe: »Er könne nicht verstehen, daß die Kirchenleitung dieses nicht gestatte«.⁵⁰⁸

Vor Ort fanden die letzten Vorbereitungen statt. In Zeitz gab es eine Besprechung zwischen dem Ratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter sowie zwischen dem Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Kreiskirchenrates. Einleitend wurden Urlaubsprobleme angesprochen. Der Kreiskirchenratsvorsitzende habe seinen »Urlaub unterbrochen«, merkte aber an, »daß er unmittelbar nach Durchführung der Beerdigung am Donnerstag gegen 15.00 Uhr den Urlaubsort Kühlingsborn wieder anfährt, um gemeinsam mit seiner Familie bis zum Wochenende den Urlaub fortzusetzen«. Auch sein Stellvertreter erklärte, daß

er »unmittelbar nach der Beerdigung seinen geplanten Urlaub« antreten werde. Anschließend wurden Details der Beerdigung beraten. Etwa die Lage der Grabstätte, wobei dem Wunsch von Brüsewitz Rechnung getragen wurde, weil der Ort, wie kirchlicherseits betont wurde, »so begrenzt« liege, daß »eine weitere Teilnahme von Trauergästen objektiv ausgeschlossen« sei. Auch solle lediglich die Friedhofsglocke läuten. Nachdem Verkehrsprobleme und Ordnungsfragen »in einer sachlichen Atmosphäre« entschieden waren, brachten die Kirchenvertreter »sinngemäß zum Ausdruck«: Wenn außerhalb des Friedhofs Dinge sichtbar werden, die störenden provozierenden Charakter tragen und staatliche Maßnahmen erfordern, daß sie dafür völliges Verständnis aufbringen«. ⁵⁰⁹

Die SED-Kreisleitung Zeitz, die von Anbeginn darauf achtete, daß in den Betrieben Hydrierwerk und Zemag die »richtige Einstellung« zum Selbstverbrennungsversuch des Pfarrers vorherrschte, führte am 25. August eine »Sondersekretariatssitzung« durch. Die »einheitliche stabsmäßige Führung« der Beerdigung des Pfarrers lag bei ihr, allerdings in Abstimmung mit den »Sicherheitsorganen und den staatlichen Organisationen«. Eine Gruppe, bestehend aus elf Genossen der Kreisleitung und Grundorganisationen, sollte sich vor allem auf die bereits genannten Betriebe konzentrieren. Auch fanden Absprachen mit den »Blockfreunden« statt. Insbesondere kam es der SED-Kreisleitung »bei dem straffen System« darauf an, »ein hohes Maß an Wachsamkeit und auch Beweglichkeit durch die Kräfte der Partei zu sichern. Wir sind immer davon ausgegangen, unsere Genossen politisch richtig auf diese Klassenkampfformen einzustellen. Wir sind ständig von der Überlegung ausgegangen, die Machenschaften des Gegners richtig einzuschätzen und daraus unsere Konsequenzen für die politisch-ideologische Arbeit abzuleiten.« ⁵¹⁰

Die Beerdigung von Oskar Brüsewitz

Die Beerdigung fand wie vorgesehen statt. Pfarrer Dietmar Meckel, der in den Tagen zuvor mithalf, das von Oskar Brüsewitz gewünschte Grab fertigzustellen und den Friedhof entsprechend vorzubereiten, war am 26. August 1976 kirchlicher Ordner; die

Beerdigung fotografieren durfte er jedoch nicht.⁵¹¹

Die Anfahrtswege waren, wie geplant, durch die Volkspolizei abgesichert. Auf dem Autobahnabschnitt Karl-Marx-Stadt – Gera erfolgte die erste Kontrolle, erinnert sich Pfarrer Hartmut Bartmuß, Volkspolizisten kontrollierten die Ausweise, auf der Fernverkehrsstraße 2 erfolgte die nächste »Verkehrs- und Fahndungskontrolle«, wie erklärt wurde. Kurz vor Drosdorf-Rippicha erfolgte eine weitere. Diese Erfahrung sollten nahezu alle Teilnehmer der Beerdigung machen.⁵¹²

Bischöfe waren, mit Ausnahme des amtierenden Bischofs und als Redner vorgesehenen Propst Bäumers, nicht erschienen. Manfred Stolpe hatte seinen Aufenthalt in Genf abgebrochen und nahm an der Beerdigung teil. In Genf, so hatte er Bäume übermittelt, sei die Stimmung »sehr aufmerksam« auf Fragen der Kirche in der DDR gerichtet gewesen. Man habe bemerkt, daß sich der BEK »zu diesem Problem noch nicht geäußert hätte und daß die Frage vom Verschulden der Kirche gegenüber Brüsewitz noch nicht aufgearbeitet worden sei«. Es seien Überlegungen im Gange, »ob der Menschenrechtskommission der UNO Bericht gegeben werden sollte«.⁵¹³ Manfred Stolpe brachte einen Brief des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen, Philip Potter, gerichtet an die Leitung der Sächsischen Kirchenprovinz, mit. »Angesichts der mir zugegangenen Informationen« wird in dem Schreiben vorsichtig formuliert, begrüße er die »Magdeburger Erklärung«. Generalsekretär Potter gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die »bestehenden Sorgen« hinsichtlich der jungen Christen, damit das Kernproblem der Bildungsfrage andeutend, in Verhandlungen zwischen Staat und Kirche ausgeräumt werden können.⁵¹⁴

Frühmorgens war Propst Bäume von Magdeburg nach Rippicha aufgebrochen, um dort gegen zwölf Uhr sein zu können. Ihn beschäftigte, so Kirchenjurist IM »Detlef«, die Frage, ob nicht, wenn er von sich aus die öffentliche Selbstverbrennung unerwähnt ließe, die Gefahr größer werde, daß Anwesende dies als bewußtes Verschweigen verstehen könnten. Er hätte »nicht vor, auf die echten Ereignisse, die vorgegangen waren, einzugehen«. Bäume erwog deshalb, so zu sprechen, daß jene, »die Sympathiekundgebungen mit Brüsewitz vorhaben, ihr Anliegen als aufgenommen

betrachtet sehen müßten«, indem er eine theologische Verarbeitung der Motive des Pfarrer Brüsewitz in Aussicht stellte und das gesamte Anliegen in Form von Fragestellungen in die Andacht aufnehmen wollte.⁵¹⁵

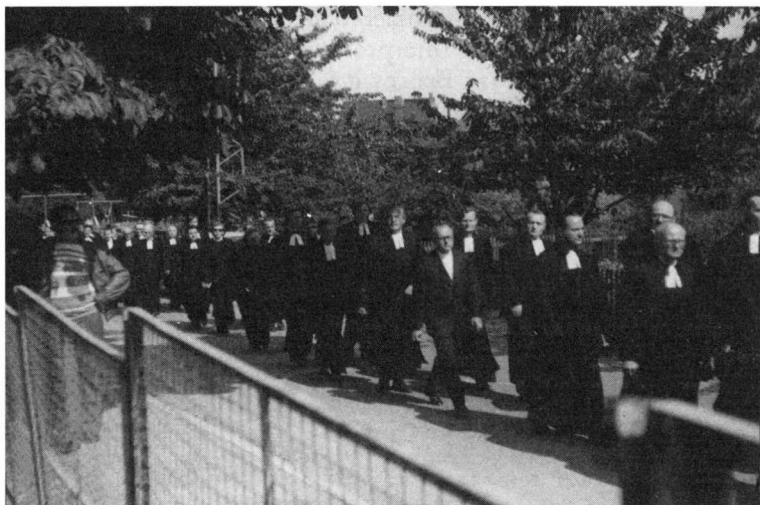
In Zeitz wurde am Tag der Beerdigung von Staat, Partei und MfS jeder Schritt sorgfältig registriert: Ein Anruf aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erfolgte um 10.10 Uhr, es hieß, daß Journalisten nach Zeitz unterwegs seien. Ein »Trupp Kameralleute und Reporter« filmte, so wurde um 11.45 Uhr beobachtet, in der Innenstadt von Zeitz u. a. die Michaeliskirche. Zwei ehrenamtliche Prediger seien nicht zur Arbeit erschienen, weil sie zur Beerdigung wollten. Ab 12.30 Uhr trafen die ersten Pfarrer ein. Sie wollten sich um halb zwei Uhr im Haus der Familie Brüsewitz einfinden, um dann mit den Angehörigen zur Kirche zu gehen. »45 Personen in der Gemeinde Rippicha anwesend«. »Zu dieser Zeit gab es erste Anzeichen, daß die BRD-Reporter des 1. Programms des Fernsehens mit ihrer Filmtätigkeit begannen.« Um 12.45 Uhr wurden ältere Bürger dabei beobachtet, wie sie den Friedhof schmückten. Fernsehteams hatten dort bereits ihre Ü-Wagen aufgestellt. »Standorterkundigungen für weitere Aktivitäten« wurden veranlaßt. »Ab 13.00 Uhr verstärkte sich der Besucherzugang im Ort Rippicha und Friedhofsgelände, so daß in dieser Zeit bis gegen 13.20 Uhr ca. 200 Personen mit 50 PKW und 10 Motorrädern anwesend waren.« Hans Weise erhielt auch die Information, daß auf dem Friedhof eine Lautsprechanlage aufgebaut und ausprobiert werde. »13.15 Uhr schwarzes Auto im Ort Rippicha eingetroffen (Leichenwagen mit Leiche des Brüsewitz).« Um 13.15 Uhr konnte festgestellt werden, daß »zur Zeit ca. 200 ortsfremde Personen« in Rippicha seien. Der verschlossene Sarg, zu dem niemand Zugang erhalten sollte, stand bereits in der Kirche. 72 evangelische Pfarrer im Talar und drei katholische Geistliche konnten ermittelt werden. »13.50 Uhr wurde mitgeteilt, daß die Beerdigung begonnen hat.« »Zu diesem Zeitpunkt verlief alles normal, es gab keine Störungen, jedoch die ARD filmte streng weiter.«

Nach einer kurzen Andacht in der Kirche wurde der Sarg um 14.00 Uhr von sechs Pfarrern zu Grab getragen, dahinter folgten die Angehörigen und »sofort die Pfarrer aus dem Kirchenkreis.«

Insgesamt waren 370 Menschen aus fast allen Bezirken der DDR gekommen; und dies, obwohl nicht öffentlich darauf hingewiesen worden war. »14.00 Uhr pünktlicher Beginn«. Auf dem Friedhof wurde die Mikrofonanlage nicht benutzt. ARD-Korrespondent Lothar Loewe interviewte acht Pfarrer.⁵¹⁶ Der Posaunenchor blies und Propst Bäumeier hielt die Trauerrede.

Nach einer theologisch orientierten Einführung ging der amtierende Bischof Bäumeier in seiner Trauerrede zielstrebig auf eine erste vorsichtige diplomatische Tuchföhlung mit dem von Oskar Brösewitz angestrebten Fanal, ohne es zu benennen: »Aber wir haben Fragen, unruhige, leidenschaftliche, bittere Fragen. Und wo immer Antworten versucht werden, bleiben sie doch in den halben Wahrheiten und in den Rätseln« stecken. Es folgte eine Meditation zu diesen Gedanken und eine zweite Annäherung: Es sei beklagenswert, daß dieser Entschluß nicht abgewendet werden konnte. »Wer sich erst einmal hineinverfangen hat in die dunklen Netze der eigenen und gemeinsamen Gedankengänge«, der vergesse leicht, daß »Gottes heilige Gegenwart sich vor unseren Augen in dem zu erkennen gegeben hat, der seinen Weg bis an das Kreuz gegangen ist, und zwar für uns gegangen ist.« Propst Bäumeier näherte sich später ein weiteres Mal dem Kern der Dinge: »Die Fragen [...] werden wir nicht so schnell beantworten oder gar abschütteln können«, die geistlich, kirchlich, politisch und in der menschlichen Existenz aufgeschreckt haben.⁵¹⁷

In dem nachfolgenden, nüchtern gehaltenen Lebenslauf wurde ganz unpolitisch die Konfliktsituation des Oskar Brösewitz hervorgehoben: »Seine Art war ungewöhnlich und hat Zuwendung und Abwendung erfahren. Die kleiner werdenden Zahlen in der Gemeindefarbeit haben ihm viel Not gemacht. Er hat das Gespräch mit Brüdern und Schwestern im Kirchenkreis, das ihm immer wieder angeboten wurde, gesucht und konnte doch manchen Rat nicht annehmen.« Letztlich brachte der Redner die Distanzierung zur Tat, nicht zum Bruder Brösewitz zum Ausdruck, was von manch einem Pfarrer angesichts des »ungeheuren Druckes« als sehr mutig angesehen wurde⁵¹⁸: »Wir haben in unserer Kirchenleitung erklärt, daß wir seiner Tat nicht zustimmen können, weil allein Gott der Herr uns Leben und Auftrag wieder



An der Beerdigung von Brüsewitz nahmen 75 Pfarrer im Talar teil. Links im Schatten beobachtet ein hoher Stasi-Offizier den Trauerzug. Fotos: Karl-Adolf Zech



Der Trauerzug auf dem Weg zur Kirche, angeführt von der Witwe, den Töchtern und Propst Bäumer. Links der Kamerawagen der ARD.

nehmen kann. Aber wir distanzieren uns von dem Menschen und Bruder nicht.«⁵¹⁹ »Auf die Interpretation der politischen Dimension der Tat von Oskar Brüsewitz«, so Harald Schultze, hat Bäumer fast ganz verzichtet – »erst recht auf eine Verstärkung des Protestes, der in den Plakat-Losungen ausgesprochen war.« Bäumer habe sich eher dem »Vorwurf des Schweigens« aussetzen wollen, als »unbedacht zu reden«.⁵²⁰

Gleichwohl war die SED von dieser Rede angetan, denn Bäumers Ausführungen »enthielten vor allem theologische Aussagen« und der Redner habe alles vermieden, »was geeignet gewesen wäre, gegen die DDR mißbraucht zu werden. Die vom Pfarrer Brüsewitz im Zusammenhang mit seiner Selbstverbrennung gezeigte Losung spielte keine Rolle in den Ausführungen.«⁵²¹

Während noch das letzte Lied erklang, warfen die Angehörigen Erde auf den Sarg und verließen das Grab. »Um 14.50 Uhr wurde die Beerdigung beendet, und die Angehörigen begaben sich zum Ausgang. [...] Gegen 15.25 Uhr reiste ein Teil der BRD-Reporter ab, jedoch der Reporter Loewe verblieb noch im Ort und hat um 15.45 Uhr ebenfalls den Ort verlassen.« Die Teilnehmer haben »ohne längeren Aufenthalt und ohne Zwischenfälle Rippicha« verlassen.⁵²²

»Mit großer Befriedigung« habe Propst Bäumer, so Kirchenjurist IM »Detlef«, gesehen, »daß es zu keinerlei Zwischenfällen während der Beerdigung und im Nachgang gekommen war«.⁵²³ Diese Wertung wurde von Willi Barth geteilt, der Erich Honecker mitteilte: »Die Trauerfeier [...] verlief als normale religiöse Bestattung ohne besondere Vorkommnisse, ohne Zwischenfall, Störung und Provokation. [...] Die Kirchenleitung Magdeburg hat ihre Zusicherung im Hinblick auf eigene Maßnahmen zur Einhaltung von Sicherheit und Ordnung auf dem Friedhof und im Trauerfolge eingehalten.«⁵²⁴ »Um 15.30 Uhr war der Friedhof leer«, stellte die SED-Kreisleitung fest, »und nur wenige Gruppen, die offensichtlich zu den Fahrzeugen gehörten, standen noch herum. Das Grab wurde zugeschaufelt.« IM »Romeo« berichtete, daß eine Pastorin erstaunt gewesen sei, weil alles »so ruhig«⁵²⁵ verlaufen sei.



West-Journalisten durften den Friedhof nicht betreten. Der ARD-Korrespondent Lothar Loewe ließ die Beerdigung vom Dach seines VW-Busses filmen. Der schwarz Gekleidete in der Mitte (oberes Bild) war einer von drei Stasi-Fotografen, die die Gesichter der Teilnehmer fotografierten – zwecks späterer Identifizierung und »Bearbeitung«.



VI. Die Reaktionen der evangelischen Kirchen

Der Selbstverbrennungsversuch Oskar Brüsewitz' hat nicht nur das Verhältnis Staat – Kirche auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Auch die »besondere Gemeinschaft« zwischen ost- und westdeutschen Kirchen hatte einer Zerreißprobe standzuhalten. Mit der Gründung des Kirchenbundes im Jahr 1969 waren die acht östlichen von den 17 westlichen Landeskirchen organisatorisch getrennt worden, hatten aber in dem hart umkämpften Artikel 4,4 bei der kirchlichen Grundordnungen an der »besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland« festgehalten. Im folgenden kann es allerdings nur darum gehen, die wesentlichen Aspekte in aller Kürze zu nennen, um den kirchenpolitischen Kontext herzustellen.

Die Kirchenbundgründung und die staatliche Differenzierungspolitik

Grundlage der SED-Kirchenpolitik in den frühen fünfziger Jahren war die sowjetische Anweisung zum »neuen Kurs« vom Mai 1953, in der die deutschen Genossen ultimativ zur Revision ihrer Politik auch gegenüber der Kirche aufgerufen worden waren. Den entsprechenden Beschluß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hatte das Politbüro der SED im Juni 1953 übernommen.⁵²⁶ Daß kurz darauf die in der »Jungen Gemeinde« engagierten Oberschüler, die relegiert worden waren, wieder an die Gymnasien zurückkehren durften und beschlagnahmte kirchliche Einrichtungen zurückgegeben wurden, hatte wenig mit Liberalisierung zu tun.

Durch sogenannte Differenzierung sollte die Kirchenpolitik nur wirksamer durchgesetzt werden. Der Staat unterschied genau zwischen sogenannten »reaktionären Kräften«, die auch als »käufliche Clique Adenauers« bezeichnet wurden, und »progressiven Kräften«, die den Sozialismus zu verwirklichen halfen. Durchgesetzt wurde die Differenzierung vor allem über die Erteilung von Ausreise- oder Einreisegenehmigungen. Der Innen-

minister erhielt klare Anweisung, Synodalen und anderen Kirchenfunktionären, die »offensichtlich die Nato-Politik unterstützen«⁵²⁷, keine Reisegenehmigung zu erteilen.

In einer Sitzung des Politbüros am 5. Februar 1957 wurde beschlossen, die Kirchenleitungen und alle kirchlichen Organisationen mußten aus der Zweistaatlichkeit alle für sie entstehenden Konsequenzen ziehen und die Existenz der DDR als souveränen Staat anerkennen und achten. Eine deutliche Verschärfung im Verhältnis zwischen Staat und Kirche trat dann 1957 nach Abschluß des Militärseelsorgevertrages in der Bundesrepublik ein. Dieser Vertrag schien die Befürchtung des Politbüros zu bestärken, daß die evangelische Kirche benutzt werde, um die »restaurative Nato-Politik westdeutscher Militaristen«⁵²⁸ zu stützen, die auf eine Untergrabung der DDR ziele und den Aufbau des Sozialismus störe. Bereits zu diesem Zeitpunkt also wurde die Trennung der östlichen Landeskirchen von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vorangetrieben.

Im Mai 1958 ließ Ministerpräsident Grotewohl den damaligen EKD-Bevollmächtigten bei der Regierung der DDR, Heinrich Grüber, wissen, daß eine Vertretung der EKD durch die DDR nicht mehr anerkannt werde, er aber bereit sei, eine Delegation ostdeutscher Kirchenvertreter zu empfangen. Bei dem Gespräch, das tatsächlich stattfand, wurde Grotewohl eine von dem Thüringer juristischen Oberkirchenrat Gerhard Lotz (IM ›Karl‹) ausgearbeitete Erklärung übergeben, die erstmals eine Anerkennung der DDR zum Ausdruck brachte und in das grundlegende, nach weiteren Gesprächsrunden mit Grotewohl entstandene Staat-Kirche-Kommuniqué desselben Jahres aufgenommen wurde.

»Wir respektieren die sozialistische Entwicklung«, hieß es in dem Text, der damit die spätere Formel von der »Kirche im Sozialismus« vorwegnahm. Lotz war es auch, der im Herbst 1958 mit seinem MfS-Führungsoffizier⁵²⁹ den Aufbau eines DDR-Kirchenbundes entwarf. Geplant war schon damals ein Sekretariat des Bundes, dessen Leiter die Kontakte zum Staatssekretär für Kirchenfragen pflegen sollte. Die Kirchenführer der DDR wurden nun umworben mit der Aussage »Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze«⁵³⁰,

und Walter Ulbricht bemühte sich um führende Kirchenvertreter, unter denen er willige Gesprächspartner suchte. Seine programmatische Rede vor der Volkskammer am 4. Oktober 1961⁵³¹ schien die öffentliche Agitation der SED gegen Christen und Kirche zu beenden. Entscheidend waren darüber die Gespräche mit dem Leipziger religiösen Sozialisten Professor Emil Fuchs vom 9. Februar 1961 und das sogenannte Wartburg-Gespräch Ulbrichts mit dem thüringischen Landesbischof Moritz Mitzenheim⁵³². »Diese vier Texte – Communiqué, Staatserklärung, Fuchs-Gespräch und Wartburg-Gespräch – stellen gleichsam die Heiligtümer der von Ulbricht inspirierten und kontrollierten DDR-Kirchenpolitik dar«⁵³³.

Den Beschluß der EKD-Regionalsynode in Fürstenwalde und Berlin aus dem Jahre 1967, weiter an der Einheit der EKD festzuhalten, nahm die SED zum Anlaß, die EKD aus der DDR auszuschließen und keine gesamtkirchlich zusammengesetzten Leitungsorgane mehr zuzulassen. Auch wenn die EKD fortan politisch bekämpft wurde, bestritt die DDR den einzelnen Landeskirchen nicht das Recht, weiterhin der EKD anzugehören⁵³⁴. Mit der am 31. Januar 1968 der Volkskammer vorgelegten Verfassung, die am 8. April Rechtskraft erhielt, war die Auflösung der gesamtdeutschen EKD beschlossene Sache.

Am 5. Juni 1968 wurde die Einrichtung einer Verhandlungskommission und einer Strukturkommission beschlossen, die die Organisation des Kirchenbundes vorbereiten und den Entwurf einer Grundordnung erarbeiten sollte. Entscheidend war dabei für den Staat die Frage, ob in der Verfassung des geplanten Kirchenbundes an der Gemeinschaft mit der EKD⁵³⁵ festgehalten wurde. Ein solcher Zusammenschluß könne nicht die Anerkennung der Staatsorgane der DDR finden, da er durch das Anknüpfen an die EKD-Grundordnung nicht selbständig sei, hatte es bereits im Juli 1968 aus dem Staatssekretariat für Kirchenfragen geheißen. Auch in den einzelnen Landeskirchen, die ihre schriftlichen Stellungnahmen zum Entwurf bis zum November 1968 an den Rat der EKD leiten sollten, stand dieser Artikel im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Der Staatssekretär für Kirchenfragen hatte die sogenannten Konferenz der Kirchenleitungen (KKL) der DDR-Kirchen ohnehin nie akzeptiert, von Rat und

Kanzlei der EKD in Ost-Berlin ganz zu schweigen, und sich von Anfang an gegen eine zentrale Struktur des Kirchenbundes gewehrt, da sich durch eine große Zersplitterung der Einfluß auf die einzelnen Landeskirchen steigern ließ. Der Entwurf für die Grundordnung des Kirchenbundes wurde am 1. August 1968 beschlossen, die konstituierende Synode des Kirchenbundes fand vom 10. bis 14. September 1969 in Potsdam statt.

Der kirchenpolitische Hintergrund 1976

Die politisch erzwungene organisatorische Ablösung von der EKD versuchten die ostdeutschen Landeskirchen später auch theologisch zu begründen. In Anlehnung an eine Formulierung des Vorsitzenden des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR (1969-1981), Bischof Albrecht Schönherr, bei der 3. Tagung der ersten Synode des Kirchenbundes in Eisenach – »Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik wird ihren Ort genau zu bedenken haben: in dieser so geprägten Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie«⁵³⁶ – wurde die Formel »Kirche im Sozialismus« bis zuletzt ganz unterschiedlich gedeutet⁵³⁷, prägte aber den Weg des Kirchenbundes entscheidend.

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre setzte eine außenpolitische Öffnung der DDR gegenüber dem Westen ein, was die deutsch-deutschen Beziehungen der besonderen Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit unterwarf. In Vorbereitung des IX. Parteitages der SED wurde beim Staatssekretär für Kirchenfragen bereits am 8. Dezember 1975 eine »Analyse der Ergebnisse der Politik der SED in Kirchenfragen seit dem VIII. Parteitag« angefertigt. Diese Analyse würdigte vor allem die organisatorische Verselbständigung des Kirchenbundes und sein Engagement für die Friedenspolitik, »die Aussagen zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus« und die Bestimmung des Sozialismus als »gerechtere Form des Zusammenlebens«⁵³⁸. Wichtig wurde dem Staat auch zunehmend die ökumenische Arbeit des Kirchenbundes, weil sie für zahlreiche seiner außenpolitischen Ziele förderlich sein konnte. »Massenpolitisch sei es gelungen, zu erreichen, daß in 244 Arbeitsgruppen Christliche Kreise bei Bezirks-

und Kreisausschüssen der Nationalen Front sowie in Orts- und Wohnbezirkssausschüssen 740 kirchliche Amtsträger mitwirkten und 74 von ihnen in Volksvertretungen aller Ebenen als Abgeordnete tätig seien«, lautete die Erfolgsmeldung im typischen SED-Deutsch⁵³⁹. Kritisch standen Kirchenvertreter vor allem der ökumenischen Strategie der SED, der Realisierung der Menschenrechte im Sozialismus sowie der Jugend- und Bildungspolitik der DDR gegenüber. Unter den leitenden Bischöfen sowie in der KKL gab es große Vorbehalte gegen den Programmentwurf der SED, weil sich im Unterschied zum Programm von 1963 kein Hinweis mehr auf die Trennung von Staat und Kirche, auf freie Religionsausübung und auf die Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von Weltanschauung und Religion fand⁵⁴⁰.

Nach dem IX. Parteitag der SED, der im Mai 1976 stattfand, wurde das Klima schärfer. Beim Staatssekretär für Kirchenfragen meinte man, eine »heftige Polarisierung der kirchlichen Kräfte« feststellen zu können, und ordnete daher im Juli 1976 an, in kirchenpolitischen Fragen künftig so zu entscheiden, »daß die vernünftigen Kräfte gestärkt und reaktionäre geschwächt werden«⁵⁴¹. Der für die Evangelische Landeskirche der Kirchenprovinz Sachsen zuständige Bischof Werner Krusche beteuerte ständig, »daß er mit seiner Kirche eine positive und konstruktive Haltung zur DDR einnehme, während er in Wahrheit sie als Sammelbecken für oppositionelle Kräfte und als Instrument der Umwandlung des realen in den wahren Sozialismus ausbauen möchte. Zu diesem Zweck orientierte er auf ›kritische Distanz‹, ›kritische Solidarität zum sozialistischen Staat‹ und gab die demagogische Losung aus, daß die Kirche den schmalen Pfad zwischen Opportunismus und Opposition beschreiten müsse«⁵⁴².

Im selben Jahr wurde durch einen Beschluß des SED-Zentralkomitees auch die Errichtung von Kirchen in Neubaugebieten genehmigt; die Standortvorschläge behielt sich allerdings der Ministerrat vor. Das scheinbare Entgegenkommen freilich, war – abgesehen davon, daß sich der Staat in Valuta (also in West-Mark) bezahlen ließ – nicht uneigennützig, denn die christlichen Hausgemeinschaften in den Neubaugebieten waren zu unüberschaubar geworden und ließen sich auf diese Weise »administrativ unterbinden«⁵⁴³.

Angesichts westlicher Versuche, die »KSZE-Schlußakte zu entstellen und sozialismusfeindlich zu mißbrauchen«, wurde beim Staatssekretär positiv vermerkt, daß sich der Vorstand der KKL zum Jahrestag ihrer Unterzeichnung zur »konstruktiven Mitwirkung am Helsinki-Prozeß bekannte«⁵⁴⁴ und Manfred Stolpe sagte, daß die Rede der Volksbildungsministerin Margot Honecker zur Bildungspolitik auf dem SED-Parteitag kirchlicherseits voll akzeptiert werde⁵⁴⁵. Bischof Schönherr hatte dem Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK der SED, Willi Barth, am 27. Juli 1976 in einem Brief mitgeteilt, durch die Gemeinden gehe die »Freude darüber, daß sich die Beziehungen zwischen Staat und Kirche im Zusammenhang mit dem IX. Parteitag so hoffnungsvoll entwickeln«.

Angesichts dieses scheinbar entspannten Klimas wirkten der Tod Oskar Brüsewitz', seine Behandlung in den Zeitungen der DDR und die Berichte im Westen um so stärker. Die Lage der Kirchen in der DDR kam dadurch international ins Gespräch, und dies führte genau zu dem, was die DDR-Regierung um jeden Preis vermeiden wollte: Der außenpolitische Ruf der DDR wurde empfindlich geschädigt. Hinzu kam die kurz darauf folgende Ausweisung Wolf Biermanns, der am 11. September 1976 beim Kirchentag in Prenzlau mit Liedern aufgetreten war, die er wenige Wochen später bei einem Konzert in Köln wiederholte und deren Texte für ihn zur Aberkennung der DDR-Bürgerschaft führten. »Zwar distanzierte sich der kirchliche Veranstalter von diesem Auftreten, aber seit dieser Zeit begann der Versuch nichtchristlicher, sozialismusfeindlicher Kräfte aus der DDR, die Kirchen für ihre Ziele zu mißbrauchen«, so wurde vom Staatssekretär für Kirchenfragen resümiert.⁵⁴⁶

Die Reaktionen der Kirche auf den Selbstverbrennungsversuch

Wenige Stunden nach Brüsewitz' Tat schien Übereinstimmung zwischen Staat und Kirche dahingehend zu herrschen, »daß es sich um einen auch von kirchlicher Seite nicht zu billige Tat eines Geistlichen handelte, die den Realitäten in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche widerspricht«⁵⁴⁷, und die

kirchlichen Stellungnahmen kamen nur schleppend in Gang.

Dies mag auch daran gelegen haben, daß Brüsewitz, als Spätkarrierender ohnehin nicht der anerkannteste unter seinen theologischen Kollegen, auch in der eigenen Kirche als Außenseiter galt, was freilich mehr über die »normalen« protestantischen Pastoren als über Brüsewitz sagt.

Wie sich an Brüsewitz' Reaktion auf die angekündigte Visitation zeigt, war auch sein Verhältnis zur Kirchenleitung von äußerstem Mißtrauen geprägt. Angst machte Brüsewitz vor allem die bei Visitationen übliche Überprüfung der Wirtschaftsführung seiner Pfarrei, die bereits zu Beanstandungen geführt hatte. Es gab einen Fehlbetrag in den Jahresrechnungen. Anstoß erregten auch die Kosten für seinen Dienstwagen, die sich von 1972 bis 1975 auf fast 10.000 DDR-Mark beliefen und vom Kirchenkreis getragen werden mußten. An den theologischen Diskussionen bei Pfarrkonventen beteiligte Brüsewitz sich kaum, appellierte höchstens an seine Kollegen, an Gebetskreisen teilzunehmen, und galt im übrigen als Sonderling, der absolut nicht kompromißbereit war. Brüsewitz entsprach nicht dem üblichen Bild eines intellektuell geprägten protestantischen Theologen. Sein Hang zu Zeichenhandlungen erschien seinen Kollegen nicht nur untheologisch, sondern auch völlig unprotestantisch, weil zu wenig auf das gesprochene Wort konzentriert. Aber gerade eine Zeichenhandlung dieses Kompromißlosen sollte den Grundskonflikt zwischen Staat und Kirche entfesseln.

Stolpe äußerte am 27. August bei einer Sitzung der Geschäftsstelle des Bundes, »daß die Selbstverbrennung von Brüsewitz die Folge aus seiner Entwicklung und weither rührender angestauter Schwierigkeit und Komplexe gewesen sei. Stolpe führte an, daß Brüsewitz wenig Glieder in seiner Gemeinde hatte und ständig durch übertriebene Aktivitäten versuchte, neue Gemeindemitglieder und Jugendliche für die Kirche zu gewinnen. Aus seinem Mißerfolg und Verärgerung suchte er ständig die Konfrontation mit dem Staat, so daß es zwischen Brüsewitz und dem Bürgermeister in seiner Gemeinde zu ständigen Auseinandersetzungen kam«⁵⁴⁸. Insgesamt bezogen sind die kirchlichen Reaktionen auf drei Aspekte: das Verhältnis der Kirche in der DDR zu Staat und Gesellschaft, die Spannungen zwischen den staatlichen Erzie-

hungszielen und dem christlichen Glauben junger Leute sowie auf Spannungen zwischen den Gemeinden und ihren Kirchenleitungen, die am Zeitzer Ereignis deutlich wurden.

Reaktionen im Sekretariat des Bundes

Als es noch zwei Tage nach dem Selbstverbrennungsversuch keine kirchliche Stellungnahme gab, schien im Sekretariat des Bundes das Mißbehagen zu wachsen, auch wenn hier ein Interesse darin bestand, den »Schaden« möglichst gering zu halten. Am 20. August (die Erklärung folgt erst am 21. August) notiert die für »Kirche und Gesellschaft« zuständige Oberkirchenrätin Christa Lewek, man bitte zu bedenken, »ob eine offizielle Information der Gliedkirchen des Bundes möglichst schnell erfolgen sollte, um anderen informatorischen Entwicklungen [...] zuvorzukommen« und spielt damit auch auf das von Pfarrer Latk gegebene Fernsehinterview an.

Durch Telefonkontakte mit dem Magdeburger Konsistorium war Christa Lewek genau über die nächsten Schritte informiert und wußte, daß die Kirchenleitung in einer Sondersitzung am 21. August über die Stellungnahme zum Tod Brüsewitz' beraten wollte. Enge Kontakte gab es auch zur sächsischen Kirchenleitung in Dresden. Der Konsistorialpräsident Domsch, der Frau Lewek auf ihren Wunsch hin am 25. August zurückrief, kündigte ihr an, daß Stolpe an der Beerdigung Brüsewitz' teilnehmen werde.

Bei dieser Gelegenheit berichtet sie auch, daß Stolpe eine Botschaft des Generalsekretärs des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK), Philip Potter, an die Kirchenleitung in Magdeburg habe, die gegebenenfalls zur Verlesung geeignet sei. Am 26. August wurde dann der Brief Potters zur Veröffentlichung freigegeben und dem Pressereferenten des Kirchenbundes, Lutz Borgmann, ausgehändigt. »Ich weiß, daß die Kirchen in der DDR in Verhandlungen um die Klärung offener Fragen zwischen Staat und Kirche bemüht waren. Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, daß es Ihnen gelingen wird, auch bestehende Sorgen hinsichtlich der jungen Christen zu erklären«, hieß es in dem am 24. August verfaßten Schreiben. Bei einem Gespräch beim Staatssekretär für Kirchenfragen am 22. November 1976 bezeichnete es Stolpe spä-

ter selbst als Fehler, überhaupt nach Genf gefahren zu sein: »Es wäre wichtiger gewesen, hier zu bleiben. Die Entscheidung in Magdeburg wäre dann 24 Stunden eher gefallen«⁵⁴⁹.

Bereits in den ersten Tagen nach dem Ereignis wuchs der staatliche Druck auch auf Vertreter des Kirchenbundes. Bei einem Gespräch des Ökumenebeauftragten des Kirchenbundes, Walter Pabst, der offiziell die Kontakte zum Staatssekretariat für Kirchenfragen aufrechterhielt, mit Frau Dr. Schumann-Fitzner vom Staatssekretariat für Kirchenfragen am 24. August wurde er gefragt, ob er bereit sei, sich schriftlich von Brüsewitz' Verhalten zu distanzieren. »Dabei wurde erklärt, man werde dieselbe Frage an alle kirchlichen Mitarbeiter richten, die mit dem Staatssekretär in ständigem dienstlichen Kontakt stehen«⁵⁵⁰. Pabst antwortete ausweichend und sagte, er halte das inzwischen veröffentlichte »Wort an die Gemeinden« für ausgewogen, klar und in dieser Sache ausreichend.

Nur zwei Tage nach Pabst wurde auch Christa Lewek zum Gespräch gebeten. Bei ihrer Unterredung mit Abteilungsleiter Weise vom 26. August ging es vor allem um die Berichterstattung, und Christa Lewek schrieb in ihrem Protokoll⁵⁵¹: »In diesem Zusammenhang fanden sie zunächst sehr herbe Worte für die Tatsache des Interviews von Dr. Schultze gegenüber dem ZDF – nicht für seinen Inhalt, den sie nach ihren Angaben nicht im einzelnen kannten. [...] Gegen solche, die sich selbst anbieten (dies war in bezug auf Latk [...] gesagt worden) könnten und wollten wir als evangelische Kirche natürlich nichts unternehmen«, schrieb Lewek damals noch. Am Ende des Gesprächs äußerte sich Weise auch kritisch über den Hamburger Bischof Hans-Otto Wölber, relativ positiv wurde dagegen die Erklärung des zuständigen EKD-Pressesprechers Claus-Jürgen Roepke erwähnt. »Es wurden mit Befremden die Tatsache zur Sprache gebracht, daß lt. dpa der Rat der EKD sich mit dem ›Fall Brüsewitz‹ befassen werde. Dies wurde als ›Einmischung in innere Angelegenheiten‹ bezeichnet.«⁵⁵²

Die »Welt am Sonntag« vom 22. August 1976 berichtete, daß der Hamburger Bischof Wölber die Kirchen im Westen aufgefordert habe, dazu beizutragen, »die Isolation der Kirchen im Osten zu überwinden«. Wölber hatte der Zeitung gegenüber gesagt:

»Mich persönlich betrifft das beklagenswerte Ereignis als ein Protest gegen das opportunistische Schweigen rundum. Soeben hat der Weltrat der Kirchen wieder halbherzig zu Fragen der Religionsfreiheit in Ostblockstaaten Stellung genommen. Es ist eine Tragödie der Kirche, die um einiger Arbeitsmöglichkeit willen offene Konflikte meidet und vielfältig zum Schweigen verurteilt wird.⁵⁵³

Am 22. August 1976 hatte der damalige EKD-Pressesprecher Roepke gegenüber dem Evangelischen Pressedienst gemeint, daß Brüsewitz' Tat als Verzweiflungstat ernstgenommen werden müsse, für sich genommen aber nicht ausreiche, um das »Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR richtig zu erfassen«. Außerdem warnte Roepke vor dem Versuch, in der Bundesrepublik die »Selbstverbrennung des Pfarrer Brüsewitz zur Sensationsberichterstattung oder als Munition in der parteipolitischen Auseinandersetzung zu mißbrauchen«⁵⁵⁴.

Die Vorgänge im Magdeburger Konsistorium

Am 27. August 1976, fast eine Woche nach dem Selbstverbrennungsversuch, schrieb Harald Schultze schließlich an die Pfarrämter, Präpste und Mitglieder der Kirchenprovinz. In der Kollegiumssitzung in Magdeburg vom 30. August wurde Schultze, der dem ZDF ein Interview gegeben hatte, heftig kritisiert, weil er zu »positiv, zu einseitig und unausgewogen« geredet habe⁵⁵⁵. Schultze habe seine Interviews aber selbst schon bereut, berichtet der Kirchenjurist und IM Hammer. Schultze kündigte jetzt das geplante »Wort an die Gemeinden« an. Beabsichtigt sei auch eine Art »Rechtfertigung der Politik der Kirchenleitung«⁵⁵⁶. Dies sei um so notwendiger, als mehrfach von einem Mißtrauensvotum, von einem Mißtrauensverhältnis der Pfarrerschaft zur Kirchenleitung und zum Konsistorium gesprochen wurde.

Hammer hatte sich für den sogenannten kleinen Ausschuß selbst gemeldet, um entsprechenden Einfluß bei der Formulierung nehmen zu können. Dieser Ausschuß sollte darüber hinaus die nächsten Schritte bedenken. Offenbar war man sich darüber einig, daß man »manches hätte anders machen können«. Hammer teilte dem MfS genau mit, wie viele Exemplare der Richtigstel-

lung der Kommentare in der »Neuen Zeit« (NZ) und im »Neuen Deutschland« (ND) innerkirchlich gedruckt wurden⁵⁵⁷.

In der Ausschußsitzung wurden auch die Inhalte für ein Schreiben an den Staatssekretär für Kirchenfragen festgelegt. Genannt wurden eine »Beschwerde gegenüber dem Staat, daß die ganzen Verhandlungen in der ganzen Zeit besonders deutlich am Fall Brüsewitz hervorgebracht haben, daß zwischen Kirche und Staat kein echtes Vertrauensverhältnis existiert, sondern daß der Staat versucht, die Kirche auch in ihren Angelegenheiten immer mehr zu beeinflussen. [...] Des weiteren soll zum Ausdruck gebracht werden, daß in der letzten Zeit [...] der Staat durch die Politik der kleinen Nadelstiche immer wieder das Klima angespannt habe und angeschnittene Fragen, die von der Kirche, der Kirchenleitung oder einzelnen Geistlichen hervorgebracht wurden, versucht hat, zu bagatellisieren«.

»Des weiteren soll festgestellt werden, daß Brüsewitz in seinem Verhalten in diesem gesamten Kontext der angespannten politischen Lage und des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zu sehen ist. [...] Beim Ausschußgespräch wurde deutlich gesagt, daß sich das Politbüro des ZK garantiert nicht mit dem beschäftigt, was man in den Zeitungen lesen kann, sondern sicherlich der Fall Brüsewitz ein Hauptthema sein wird.«

Tags zuvor war Hammer bei einem Gespräch mit dem Rat des Bezirkes gedroht worden, daß sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche deutlich verschärfen werde, wenn es weitere kirchliche Erklärungen geben sollte. An diesem Tag wurden laut Hammers Bericht die Stellungnahmen zu den beiden Zeitungskommentaren (ND und NZ) im Konsistorium abgefaßt. Innerkirchlich wuchs jetzt die Bereitschaft »dem Staat ein deutliches Wort« zu sagen⁵⁵⁸. Wenn dadurch das Vertrauensverhältnis zwischen Kirche und Staat geschädigt würde, so liege das allein bei den staatlichen Stellen, die die Veröffentlichung im ND veranlaßt hätten. Der Vorwurf gegen die Zeitungen gipfelte darin, daß ihre Kommentare als »böartige Karikatur« bezeichnet werden. »Auch wenn er mit ungewöhnlichen Aktionen gelegentlich aufgefallen ist, so kann damit noch nicht das Ganze seines Dienstes beschrieben sein.«⁵⁵⁹

»Wir können es auch nicht unwidersprochen hinnehmen, daß

im Neuen Deutschland vom 31.8.1976 von der Bösartigkeit westdeutscher Kirchenfürsten gesprochen wird. Leitende Persönlichkeiten der evangelischen Kirche und Mitarbeiter des Evangelischen Pressedienstes sind ausdrücklich einem politischen Mißbrauch der Vorgänge in Zeitz entgegengetreten.«⁵⁶⁰

In mehreren Gesprächen mit dem Rat des Bezirkes Magdeburg wurde die Kirchenleitung immer wieder nach ihrem Verhältnis vom Staat befragt. Von staatlicher Seite aufgefordert, das völlig intakte Verhältnis zum Staat hervorzuheben, wies Propst Bäumer darauf hin, daß nicht so getan werden könne, »als sei das Verhältnis zwischen Staat und Kirche schlechthin in Ordnung«. Schultze beschrieb dann, in welcher schwierigen Lage sich die Kirchenleitung befinde. Einerseits sei sie mit den kritischen Anfragen aus den Gemeinden konfrontiert, andererseits sehe sie sich den Solidaritätsforderungen des Staates gegenüber. Immerhin ließen sich die beiden Kirchenvertreter nicht zwingen, die Magdeburger Entgegnung auf die beiden Artikel vorzulegen. Sie äußerten einem kirchlichen Protokoll nach, die »Kirchenleitung habe immer selbständig geredet«⁵⁶¹.

Nach der Stellungnahme der Kirchenleitung wurde Schultze, Bischof Krusche, Bäumer und Konsistorialpräsident Krause am 3. September beim Rat des Bezirkes Magdeburg vorgehalten, das an sich gute Verhältnis zur Kirche spitze sich allmählich zu. Im Brief an die Reaktionen des ND und der NZ werde eine »liberale Stellung gegenüber der Westpresse eingenommen. In der Westpresse spitze sich die Hetze gegen die DDR bis zum Aufruf zur Konterrevolution zu.«⁵⁶² Darauf entgegnete Bischof Krusche dem von Schultze abgefaßten Protokoll nach, daß die Kirchenleitung alles getan habe, »um die DDR-Presse zu schonen. Sie habe verschiedene Dinge auf sich beruhen lassen, um kein Öl ins Feuer zu gießen, obwohl dieses zum Teil ein Akt der Selbstverleugnung gewesen sei«, und man müsse nun sehr vorsichtig vorgehen, um das Vertrauen der Gemeinden zur Kirchenleitung nicht zu stören⁵⁶³. Überhaupt sei wegen der zahlreichen kritischen Stimmen aus der Pfarrerschaft eine vom Staat gewünschte Vertrauenserklärung nicht möglich, daß die Situation »jetzt so zugespitzt sei, sei nicht unsere Schuld«, bemerkte Konsistorialpräsident Krause damals.

In einer Kollegiumssitzung am 11. Oktober 1976, bei der es

vor allem um das Treffen mit den Kritikern ging, wurde die gesamte Diskussion als »verhältnismäßig ruhig und zufriedenstellend eingeschätzt. Man hätte verspürt, daß für das Verhalten der Kirchenleitung Magdeburg Verständnis aufgebracht worden war«⁵⁶⁴, teilte Hammer dazu mit. Die Tagung mit den Kritikern wurde allerdings nur in Kurzform abgehandelt, die Anfragen an die Kirchenleitung seien rein sachlicher Natur gewesen. Hammer berichtete nichts von der politischen und kirchenpolitischen Brisanz der in den Briefen geäußerten Fragen und beruhigte auch in dem Punkt, daß der geplante Brief an Seigewasser nicht abgeschickt werden solle, dies sei auf Grund des Votums der Konferenz der Kirchenleitungen nunmehr Sache des Bundes⁵⁶⁵. Der Bund denke an sein persönliches Gespräch mit Seigewasser.

Über die Sitzung vom 11. Oktober berichtete Hammer am 13. Oktober sehr ausführlich. Dort ging es zunächst um einen Brief, in dem eindeutig zum Fall Brüsewitz Stellung genommen worden war. Der Brief, in dem die Kirchenleitung in Magdeburg auch aufgefordert worden war, das beigelegte Schreiben an Honecker in allen Kirchengemeinden bekanntzugeben, sollte von zwei jungen Leuten im Zentralkomitee abgegeben werden. Die beiden waren dabei sofort verhaftet worden. Bei der Kollegiums-sitzung wurde der Brief an Honecker dann verlesen und darüber diskutiert, »wie man sich künftig als Christ verhalten solle«⁵⁶⁶.

Debattiert wurde vor allem darüber, ob man den Verhafteten durch die Veröffentlichung des Briefes her nutze oder schade. Beschlossen wurde dann, einen persönlichen Brief an Honecker zu schreiben und diesen aufzufordern, sich für die Verhafteten persönlich einzusetzen. Der Generalstaatsanwalt sollte darüber hinaus um eine »Klarstellung des Sachverhaltes« gebeten werden, ob ein Zusammenhang zwischen dem Brief an Honecker und dem Brief an die Magdeburger Kirchenleitung und den Verhaftungen bestehe. Die Kirchenleitung wurde nach Hammers Bericht dann gebeten, »in Form einer allgemeinen Information eine Veröffentlichung« herauszugeben, »wo inhaltlich der Brief wiedergegeben wird als eine Äußerung von Leuten, die der Kirche nicht angehören«⁵⁶⁷.

Zum Inhalt des beschlagnahmten Briefes hielt Hammer dann fest: »Der Brief bezieht sich ausschließlich auf die Veröffentli-

chung im ›Neuen Deutschland‹ und in der ›Neuen Zeit‹ [...]. Es würde dem System des Sozialismus nicht entsprechend, wenn die Würde eines Menschen – und hier wurde wörtlich aus dem Wort der Kirchenleitung zitiert – ›so herabgesetzt würde‹.⁵⁶⁸

Zum Schluß der Sitzung hatte Bischof Krusche erklärt, daß er nach der langen Beschäftigung mit dem Fall Brüsewitz »die Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche verstehen könne, die über Jahre hinweg solche Schwierigkeiten mit dem Staat haben durch Vertreter, die eigentlich nicht der Kirche angehören, aber die Kirche als – er nannte es ›Transmissionsriemen‹ nutzen würden. [...] Ihm wäre es am liebsten, er könnte die gesamten Vorgänge abschieben und sagen, dies gehe uns als Kirche nichts an. Wir haben innerkirchliche Probleme, und wir sollten uns hier raus-halten.«

Am 13. Oktober 1976 berichtete Hammer, in der letzten Zeit sei mehrfach unter den jungen Juristen im Magdeburger Konsistorium über die Wahlbeteiligung gesprochen worden. Hammer nannte seine Kollegen namentlich und setzt die Stasi darüber in Kenntnis, daß sie nicht zur Wahl gehen würden. Bei dieser Gelegenheit berichtete er auch, daß im Konsistorium genau registriert werde, welche Geistliche positiv zur Wahl Stellung nehmen und in welcher Form sich Pfarrer in Zeitungen, Rundfunk oder Fernsehen äußerten⁵⁶⁹.

Am 15. und 16. Oktober fand eine Kirchenleitungssitzung statt, zu der auch Stolpe für den Vormittag des 16. Oktober angereist war. Der persönliche Brief, der von einem Kirchenleitungsmitglied an Honecker geschrieben worden war, wurde nicht verlesen, da Honecker Vertraulichkeit zugesichert worden war. Der persönliche Antwortbrief wurde demgegenüber wiedergegeben. In ihm wurde versichert, die Verhaftungen hätten nichts mit den Briefschreibern in Berlin zu tun, und kein Justizorgan in der DDR würde sich bereitfinden, diese Eingaben als Anlaß zu Verhaftungen zu nehmen⁵⁷⁰. Stolpe berichtete, daß die Verhaftung in Berlin einen mächtigen Aufruhr unter den Jungpfarrern verursacht hätten.

Noch einmal ging es in dieser Sitzung auch um den Brief an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser, der aufgrund »einer Anregung von Stolpe«⁵⁷¹ nicht veröffentlicht wurde. Man

wollte laut Hammers Bericht die bevorstehende Bundessynode gewissermaßen als Druckmittel dafür benutzen, ein Gespräch mit Seigewasser zu erreichen. Da man offensichtlich keinen Gesprächstermin bei Seigewasser bekam, wurde dann doch wieder über einen Brief debattiert. Hammer listete die acht Vorwürfe auf, die an Seigewasser gerichtet werden sollten. Kritisiert wurde in diesen Punkten die »unmenschliche Vernehmung der Familienangehörigen«⁵⁷², die Einmischung in innerkirchliche Belange bei der Beerdigung in Rippicha, die verlangte Distanzierung der Kirchenleitung, des Kirchenkreises und der Kirchengemeinde und die von staatlichen Stellen behauptete Einflußnahme der Kirche auf westliche Berichterstattung. Außerdem wollte man in Magdeburg endlich wissen, was auf den Plakaten von Brüsewitz stand.

Zu klären, so das Magdeburger Kollegium, seien auch die Verhaftungen vor der Beerdigung, die nicht abgedruckte Richtigstellung der Artikel in der »Neuen Zeit« und im »Neuen Deutschland« und die Instrumentalisierung beider Artikel in den Schulen. Man entschied sich dann, Seigewasser den Brief in einem Gespräch zu übergeben, das Stolpe vom Sekretariat des Kirchenbundes aus organisieren sollte. Stolpe meinte offenbar dazu, daß nach der schnellen Antwort Honeckers auch Seigewasser nicht umhin könne, das Gespräch bald zu ermöglichen.

Gewiß hatte der Staat große Befürchtungen, daß es bei der Synode der Kirchenprovinz zu Schwierigkeiten kommen könnte. Hammers Bericht sollte wohl beruhigen. Um die Mißstimmungen zwischen Kirchenleitung und Basis auszuräumen, entschloß man sich, einen Jugendpfarrer am Bericht vor der Synode zu beteiligen, die Aussprache über die Vorgänge um Brüsewitz sollte vorsichtshalber in einer geschlossenen Sitzung stattfinden. »Ein großer Teil der Kirchenleitungsmitglieder sei der Meinung, daß eine gewisse Brüsewitz-Müdigkeit eingetreten sei und daß man durchaus nicht mit besonderen Reaktionen [...] auf der Synode rechnen brauche.«⁵⁷³ Die Kirchenleitung wolle ihr volles Programm durchziehen, berichtete Hammer und zwar zuversichtlich, daß dies nach dem Kirchentag in Halle, wo es ebenfalls einzelne Anfragen gab, gelingen werde. Diese Erwartung war aus der Sicht Krusches auch erfüllt worden. Bei einem Gespräch beim Rat des Bezirkes Magdeburg vom 15. Dezember 1976 – es exi-

tiert ein wörtliches Protokoll – sagte Krusche, er habe erwartet, daß er für diesen Kirchentag von den Staatsvertretern ein Dankeschön bekomme, schließlich sei es ein disziplinierter Kirchentag gewesen⁵⁷⁴.

Das offenbar sehr konfrontative Gespräch hat den Bischof wohl zu der Feststellung bewogen, daß »die Kirche kein alternatives Sozialismuskonzept hat«⁵⁷⁵. Allerdings müsse die Kirche sich um die an den Rand Gedrängten kümmern, ohne dabei zum »Sammelbecken Reaktionärer, Unzufriedener« zu werden⁵⁷⁶. Die Kirche werde sehr genau unterscheiden zwischen Gruppen, »die hier dem Staat etwas ans Zeug flicken möchten« und denen, die kritische Fragen haben, »ohne daß sie die sozialistische Ordnung bei uns in irgendeiner Weise in Frage stellen«⁵⁷⁷. Es sei nicht Sache der Kirche, sich zum Wächter über die sozialistische Gesellschaftsordnung oder den sozialistischen Staat aufzuschwingen, wurde von staatlicher Seite entgegnet.

Dem Bischof wurde insbesondere sein Bericht vor der provinzsächsischen Synode vorgehalten. Die Staatsvertreter legten dabei freilich Wert auf die Feststellung, daß durch den Freitod Brüsewitz' nicht etwa das Verhältnis zwischen Staat und Kirche berührt sei, sondern es sich um eine innerkirchliche Angelegenheit handle. »Was in der Kirche nicht in Ordnung ist, das wollen Sie zu einer Sache machen, daß in unserem Staat etwas nicht in Ordnung ist.«⁵⁷⁸ Das Gespräch eskalierte, als der ebenfalls beteiligte Propst Bäumer die Differenzen zwischen Kirche und Staat, etwa im Blick auf die religiöse Erziehung, bestätigte.

Krusche jedenfalls schien dann endgültig die Geduld zu verlieren und sagte: »Ich komme mir vor wie ein dummer Junge, der von Ihnen geohrfeigt wurde. [...] Ich fühle mich, wie ein Schuljunge, der schlechte Zensuren bekommt. Entschuldigen Sie, ich meine, Sie schlagen mich nicht, aber ich kenne Sie so nicht«, beschwerte sich Krusche bei einem staatlichen Gesprächspartner⁵⁷⁹, der den Bischof offenbar vor allem mit dem Vorwurf der Doppeltzüngigkeit erboost hatte, was vom Staatsvertreter kurz darauf bestritten wurde. Daß die Kirche Spannungen schüre, habe er jetzt acht Jahre lang gehört und »so langsam würde man müde, zumal wir uns die gegenseitigen Vorwürfe in unseren eigenen Reihen gefallen lassen müssen«⁵⁸⁰. Daß der Staat seine Kirche überhaupt

verdächtigen könne, »konterrevolutionär« tätig zu werden, sei doch ein schwerwiegender Vorwurf. »Was muß da eigentlich passiert sein?«⁵⁸¹ fragte der zunehmend ratlose Krusche, der als entscheidenden Differenzpunkt das Ausmaß der geduldeten Kritik bezeichnete.

»Während wir der Meinung sind, daß dies einer Gesellschaft nicht guttut, wenn nichts anderes gesagt wird oder mundtot gemacht wird, wer Kritisches gesagt hat«⁵⁸², liege die Toleranzgrenze des Staates wesentlich niedriger. Die Kirche habe den Eindruck, »daß das Maß und der freie Raum für kritische Äußerungen in der DDR in einer Weise eingegrenzt ist, daß in der Tat dann Leute als Außenseiter zu stehen kommen. Wir haben es mit Pfarrern zu tun, die aus der DDR heraus wollen. Wir versuchen sie zu halten, aber da ist es wie mit Biermann, der möchte hierbleiben und darf es nicht«⁵⁸³, meinte Krusche.

Auch von der Arbeitsgruppe Kirchenfragen wurde er als Bischof eingeschätzt, der nur dem Anschein nach eine »positive und konstruktive Haltung zur DDR einnehme«, während er seine Kirche in Wahrheit als »Sammelbecken für oppositionelle Kräfte und als Instrument der Umwandlung des realen in den wahren Sozialismus ausbauen möchte«⁵⁸⁴. Deshalb habe er die »demagogische Losung« ausgegeben, daß die Kirche »den schmalen Pfad zwischen Opportunismus und Opposition« beschreiten müsse⁵⁸⁵.

Das Gespräch, das auch Harald Schultze, der das kirchliche Protokoll verfaßte, als auffallend hart charakterisierte, habe die Vermutung bestärkt, daß man die »Magdeburger Kirchenleitung gegenwärtig innerhalb der Gemeinschaft des Bundes«⁵⁸⁶ isolieren wolle. Freilich blieb es nach diesem Gespräch nicht bei der deutlichen Warnung vor kirchlicher Kritik an den sozialistischen Verhältnissen. Der Rat des Bezirks nahm die Vorgänge nach der Selbstverbrennung in Zeitz zum Anlaß, das nach einen Maßstäben vorliegende »Fehlverhalten« der Kirche zu sanktionieren. So wurde der vorgesehene Bau einer Kleinkirche in einem Magdeburger Neubaugebiet verweigert, einem Kaufvertrag für ein Grundstück nicht zugestimmt, die Steuerhinterziehung einer Katechetin belegt und ein Verstoß gegen die Sammlungsgenehmigung in zwei Magdeburger Kirchenbezirken nachgewiesen.

Die Reaktionen der Pfarrer

Daß die damalige Informationspolitik des Kirchenbundes und des Magdeburger Konsistoriums unter den Pfarrern heftige Kritik auslöste, zeigen die Briefe, die auch an das Sekretariat des Kirchenbundes gingen und von Stolpe zwar jeweils mit persönlicher Anrede, aber kaum verändertem Wortlaut beantwortet wurden. So schrieb der Theologe Dr. Theo Lehmann am 25. August 1975⁵⁸⁷:

»Es ist ein unerträglicher Zustand, daß man ›ein Wort an die Gemeinden‹ nur in der Zeitung der SED zu lesen bekommt [...]. Es gibt nur noch eins, was unfäßlicher, unheimlicher und wahn-sinniger ist als die Tat von Pfarrer Brüsewitz – daß man als kirchlicher Amtsträger bis heute, dem siebenten Tag nach dem Vorfall, noch keine Information auf kirchlichem Wege erhalten hat«, schrieb Lehmann und beschloß den Brief mit dem Losungswort vom 18. August aus dem Korintherbrief: »Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit.«

Stolpe antwortete Lehmann schließlich am 15. Oktober: »Sie haben insbesondere die Frage der mangelnden innerkirchlichen Information angesprochen. Sie sollen wissen, daß die Konferenz diese Frage, deren Berechtigung sie voll anerkennt, stark beschäftigt hat. Seither ist einiges in umfassender Information geschehen, sicher immer noch nicht genug. Wir werden dieser unter unseren Bedingungen besonders schwer lösbaren Frage weiterhin hohe Aufmerksamkeit schenken. Eine Patentlösung wird es sicher nicht geben. Bitte denken Sie mit uns nach und ergreifen Sie auch selbst die Initiative.«

Am 2. September hatte bereits Lutz Borgmann, der BEK-Pressesprecher, geschrieben und auf das lange Schweigen der Kirche auch mit dem Fehlen eines Fernschreibers erklärt. Er fuhr aber dann in erstaunlicher Deutlichkeit fort: »Zum anderen muß man ehrlicherweise sagen, daß kirchenleitende Instanzen noch immer ein gebrochenes Verhältnis zur Informationsarbeit haben. Ich darf das als Pressereferent des Bundes aus Erfahrung sagen. Gutem Willen steht oft Unsicherheit im Wege. Die vergebliche Hoffnung, manche unangenehme Dinge würden, wenn überhaupt, nur entschärft an die Öffentlichkeit dringen, verhindert schnelles und sachgemäßes Handeln. Häufig jedenfalls.« Lehmann antwor-

tete dem Pressesprecher daraufhin, daß er nicht zu den Pfarrern gehöre, die, »weil noch keine kirchenobrigkeitliche Aufforderung vorlag, zu feige waren, am 27. August im Gottesdienst wenigstens ein Gebetlein für Pfarrer Brüsewitz zu sprechen«.

Am 30. August stellte der Kirchenbund den Mitgliedern der Konferenz der Kirchenleitungen (KKL), den Bundessynodalen und den Superintendenten der acht Landeskirchen das Wort an die Gemeinden, Brüsewitz' Lebenslauf, seinen Abschiedsbrief und die Predigt des stellvertretenden Bischofs Propst Bäumer sowie den Brief Potters an die Magdeburger Kirchenleitung zur Verfügung, um die Diskussion zu versachlichen.

Immerhin führte das Ereignis von Zeitz dazu, daß die Kirchenleitung ihre Informationspolitik ernsthaft überdachte. So wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die über die Öffentlichkeitsarbeit des Bundes nachdenken sollte. Ihr gehörten der mecklenburgische Bischof Rathke und der spätere Bischof der Kirchenprovinz Sachsen und damalige Dozent am Berliner Sprachenkonvikt, Christoph Demke, an. In einem fünfseitigen Kommuniqué war zumindest der Wille erkennbar, den Informationsfluß zur »Basis« zu verbessern: »Mitglieder der kirchenleitenden Gremien müssen der persönlichen Informationsübermittlung in Konventen und Zusammenkünften vermehrt Raum in ihrer Terminplanung geben.«

Erstaunlich ist auch die Feststellung, »daß die kirchenleitenden Instanzen das Verhältnis zu den staatlichen Organen in einer Art Kabinettpolitik behandeln. Da dieser ›Kabinettpolitik‹ auf ›höchster Ebene‹ innerkirchliche Instruktionspolitik nach unten entspricht (wie es z.B. in der römisch-katholischen Kirche der Fall ist), entsteht der Eindruck der Verlassenheit und Unheimlichkeit. Gibt es triftige Gründe, daß Kirchenleitungen ihre kirchenpolitischen Entscheidungen, ihre Motive und Rücksichten nicht offen vor der Mitarbeiterschaft darlegen? [...] Wie oft wird das Argument als Schutzmantel benutzt, die eigene Kirchenleitung habe eben noch nicht entschieden oder anders entschieden? [...] Ohne sachliche Konzentration werde auch das Verhältnis Basis–Leitung auf die Dauer nicht zu verbessern sein.« Kritisch gefragt wurde auch – daran zeigt sich, wie ernst die Briefe dann doch genommen wurde –, ob das ökumenische Engage-

ment und die damit verbundene Reisetätigkeit »durch die geistliche, aber auch zahlenmäßige Realität in unseren Gemeinden gedeckt und getragen« sein. »Wir müssen zugeben, daß es uns bisher nicht gelungen ist, von dieser Frage her unseren ökumenischen Beziehungen ein reales Maß zu geben.«⁵⁸⁸

Einige Schreiber wandten sich auch konkret gegen das »Wort an die Gemeinden«. So kritisierte der Pfarrer Wolfram Schröder: »Nicht einmal Mitarbeiter verstehen beim ersten Hören des Briefes dessen Inhalt, wie soll dann eine Gemeinde, die kein Kirchendeutsch gewöhnt ist, diesen Brief verstehen? Wenn man diesen Brief gelesen hat, weiß man nicht mehr, ob er sich wirklich mit durch die Selbstverbrennung unseres Bruders Brüsewitz aufgeworfene Fragen befaßt. Am Ende fragt man sich, was soll's?«

Deutlicher als die Kirchenleitung selbst und vor allem der zuständige Bischof Krusche wurde von den Briefschreibern auch gesehen, daß die Selbstverbrennung Brüsewitz' die tiefe Kluft zwischen Kirchenleitungen und Basis offenbart hatte. In einem Brief vom 20. September an Stolpe heißt es: »Das Kernproblem scheint die Entfremdung zwischen einer etablierten kirchlichen ›Oberschicht‹ und dem ›Fußvolk‹ der kirchlichen Mitarbeiter zu sein. Hier ist man, wie ich feststellen kann, ungehalten über die vielen Auslandsreisen der Bischöfe, von denen man hört oder in der kirchlichen Presse liest. Besonders befremdet ist man darüber, daß unsere leitenden Brüder auch noch ihren Erholungsurlaub im westlichen Ausland erleben. Das ist in der Tat eine Entfremdung von der Basis, denn viele kirchliche Mitarbeiter wissen schon vom finanziellen Aufwand her nicht, wie sie im eigenen Lande ihren Urlaub verbringen sollten. – Kräftig im Gespräch ist auf das aufwendige Fahrzeug von Herrn Bischof Gienke.«

Ähnlich äußerte sich am 24. August Pfarrer Alexander Richter in einem Brief an die KKL. »Ich empfinde es als beschwerlich, gefährlich und beschämend, daß in kirchlichen Verlautbarungen viele Worte bei der Verletzung von elementaren Menschenrechten in Südafrika und anderen weit entfernten Gebieten gefunden werden, aber keine oder nur wenige Worte – und dann nicht in der nötigen Deutlichkeit und Entschiedenheit – bei Vorkommnissen (besser: unhaltbaren Zuständen) in unserem Land. Wäre das er-

folgt, dann hätte es einen solchen Ausbruch wie den von Oskar Brüsewitz in Zeitz nicht geben können. So aber fühlen sich Pfarrer und Gemeindeglieder, auch wenn sie an ursprünglich lauterer Absichten nicht zweifeln, durch ein sich bedenklich entwickelndes Taktieren maßgebender kirchlicher Stelle verraten und verkauft.«

Ein weiterer Pfarrer, Hennerjürgen Havenstein, war zwar mit Brüsewitz' Tat nicht einverstanden, warf der Kirchenleitung aber auch seelsorgerisches Versagen vor: »Gerade weil die »ungewöhnlichen Aktionen« von Pfarrer Brüsewitz lange bekannt waren und nichts geschah, muß von einem unverantwortlichen seelsorgerischen Verhalten ihm gegenüber gesprochen werden.«

In einem Brief vom 3. September an die Konferenz der Kirchenleitung schrieb Armin Schötz: »Wer immer Bruder Brüsewitz war und wie verschieden die Meinungen über ihn sein mögen – er war evangelischer Pfarrer, unser Amtsbruder. Seine Selbstverbrennung ist zum politischen und kirchlichen Tagesthema geworden und hat offenbar auch großes Aufsehen im Ausland erregt. Trotzdem bleiben wir, die wir ständig Antwort geben müssen, uninformiert.«⁵⁸⁹

Aber es blieb nicht bei Briefen:

Zu den mutigen Beispielen des Widerspruchs gehört die Predigt, die der spätere SPD-Fraktionsvorsitzende in der Volkskammer und heutige Theologieprofessor und Vizepräsident an der Berliner Humboldt-Universität, Richard Schröder, am 5. September 1976 in Wiederstedt hielt. Er interpretierte die alttestamentliche Geschichte von Micha und Josaphat und sagte: »Der Mann [gemeint ist Micha] tritt so mutig auf, weil er sich abhängig weiß von Gott. Gott, das ist kein politisches Konzept, kein Programm, das ist der Schöpfer der Welt, der seine Welt liebt. Er sucht Menschen, die die Sorge um das eigene Wohlergehen zurückstellen können und Gottes Sorge teilen. Das ist die Sorge um das Heil des Ganzen.

Liebe Gemeinde, was hat das mit unserer politischen Einstellung zu tun? Ein Christ reiht sich nicht unter die 400 Jasager ein. Weil er an Gottes Sorge um das Ganze teilhat, muß er schon genauer hinsehen. Und da wir überall, in Ost und West, unangenehme Wahrheiten entdecken. Wenn er nun wirklich an Gottes Sorge für das Ganze teilhat, wird er die unangenehme Wahrheit nicht

scheuen. Denn bitter Wahrheit ist Medizin.

In Zeitz hat sich ein Pfarrer selbst verbrannt. Diese Tat hat beide, Staat und Kirche, überrascht und in Verlegenheit gesetzt. Sie ist für beide zur bitteren Wahrheit geworden. Was sollen wir von dieser Tat halten? Pfarrer Brüsewitz hatte Plakate aufgestellt, die seine Tat erläutern sollten. Die Polizei hat sie eingezogen, noch als er brannte. Dies schien ihr das wichtigste zu sein.« Schröder übte hier mutige Kritik am Verhalten der Polizei und las – gewissermaßen als Gegenpol zu der offiziellen Berichterstattung des »Neuen Deutschland«, das wichtige Passagen des »Briefes an die Gemeinden« ausließ, vor. Dazu zitierte er auch die Sätze, die das ND weggelassen hatte:

»1. Selbst mit dieser Tat wollte er auf Gott den Herrn über diese Welt hinweisen. Er war getrieben von der Sorge, daß unsere Kirche zu unentschlossen sei.

2. Wir dürfen unseren Bruder Oskar Brüsewitz nicht verurteilen.

3. Wir bedauern, daß Äußerungen verantwortlicher Mitarbeiter des Kirchenkreises Zeitz sinnentstellt veröffentlicht worden sind.«

Den Kommentar des ND vom 31. August 1976 bezeichnete Schröder im folgenden als »Schande« für das ND, denn »hier wird auch der verstorbene Pfarrer Brüsewitz durch Halbwahrheiten und auch Verleumdung diffamiert.«

Einschränkend fügte er hinzu, man müsse die staatlichen Organe zwar verstehen, die fragten, wie »in unserem Staat, wo doch jeder soziale Sicherheit genießt, ein Mensch solch eine Tat begehen kann«. Im Unterschied dazu können Christen aber nicht zugeben, daß Brüsewitz ein »armer Irrer« gewesen sei, »sozusagen aufgrund dieser Tat sein mußte. Denn wir wissen, daß in unserem Staat wohl jeder zu essen, aber mancher schlaflose Nächte hat. Wir wissen, daß uns die Angst im Nacken sitzt, vor falschen Ohren ein falsches Wort gesagt zu haben. Wir wissen, daß unsere Jugend schon früh lernt, das zu sagen, was man von ihr hören will. [...] Wir wissen, daß uns vor lauter Schutz und Sicherheit oftmals die Luft zum freien Atmen ausgeht.«

Pfarrer Schröder forderte die Gemeinde auf, sich zu überlegen, auf welcher Seite jeder einzelne steht: auf der Seite der Jaserger oder auf der Seite des staats- und gesellschaftskritischen Pro-

pheten Micha, und er wiederholte noch einmal: »So, wie es das Neue Deutschland gemacht hat, so geht's nicht«. Die Predigt endete mit der Bitte »um den Mut der Wahrheit aus der Sorge um das Ganze«⁵⁹⁰.

Zu denen, die die Konfrontation relativ offen wagten, gehörte auch der damalige Dorfpfarrer und spätere sächsische Innenminister Heinz Eggert. »Da das ND falsche Informationen über den Tod des Pfarrers Brüsewitz bringt, geschieht am Sonntag um 9.30 Uhr im Gottesdienst eine Richtigstellung«, schrieb Eggert an seine Kirchentür. Dieser Aushang wurde viermal von Unbekannten entfernt. Am Sonntag kamen 180 Gottesdienstbesucher in die kleine Ortskirche von Oybin, der Weg zur außerhalb gelegenen Kirche war von Partei- und MfS-Leuten gesäumt. Nach dem Gottesdienst erfuhr Eggert von seiner Frau, daß bereits Passanten gefragt hätten, ob er »nicht schon abgeholt worden sei«⁵⁹¹.

Den evangelischen Gottesdiensten an jenen Septembersonntagen galt freilich das besondere Interesse des Staates. In einem verschlüsselten Fernschreiben vom 20. September 1976 von der SED-Bezirksleitung in Potsdam an das ZK, Sektor Parteinformation, über die Kanzelverlesung vom 19. September wurde die Zahl der Gottesdienstbesucher in 307 Kirchen genannt – offenbar gehörte Richard Schröder damals nicht zu den »Visitierten«. In 199 der 307 Gottesdienste sei die Kanzelabkündigung verlesen worden, in 108 dagegen nicht. Insgesamt wurden 5695 Gottesdienstbesucher gezählt, davon 75 bis 80 Prozent über 55 Jahre. 25 Geistliche hätten sich in Gesprächen vor oder nach dem Gottesdienst von diesem Brief distanziert, in einigen Gemeinden sei er nur auszugsweise verlesen oder nur seine Existenz erwähnt worden. Einige Pfarrer hätten ausdrücklich betont, daß sie den Brief im Auftrag der Kirchenleitung vorläsen.⁵⁹²

In der ausführlichen Version dieses Berichtes⁵⁹³ wurden darüber hinaus in den Augen des Staates »negative Tendenzen« erwähnt wie »Änderungen der Bildungspolitik, mehr Verständnis für christliche Jugendliche, Grundsatzvereinbarungen zwischen Staat und Kirche und ein besseres Verständnis zwischen Christen und Nichtchristen. [...] In Eichwald (Kreis Königs Wusterhausen) machte der dortige Pfarrer die Feststellung, daß der Wahlaufbruch der Nationalen Front im Gegensatz zur Gewissens- und Glau-

bensfreiheit« stünde. Der Kommentar im ND »Du sollst nicht falsch Zeugnis reden« wurde wiederholt als Verleumdung hingestellt. Besonders »negativ« in Erscheinung getretene Pfarrer wurden in dem Bericht namentlich genannt⁵⁹⁴.

Zuerst hatte die Mecklenburgische Kirchenzeitung schon am 5. September die Erklärung der Magdeburger Kirchenleitung veröffentlicht. In einer redaktionellen Anmerkung hieß es dazu, der mecklenburgische Landesbischof Rathke habe die Magdeburger Erklärung allen Pfarren seiner Landeskirche sofort zur Kenntnis gegeben. Dies unterschied ihn von den meisten anderen Landeskirchen.

Ins kritische Visier genommen worden war aber nicht nur die kirchliche Informationspolitik im Osten, sondern auch der Informationsfluß von Ost nach West. In einer Sitzung der sogenannten Beratergruppe, die den Auftrag von Artikel 4,4 der kirchlichen Grundordnung wahrzunehmen und daher Fragen zu erörtern hatte, »die die ganze evangelische Christenheit in Deutschland angehen« und die Mitverantwortung für die »besondere Gemeinschaft« zu übernehmen hatte⁵⁹⁵, wurde auch die Nachrichtenweitergabe zwischen Ost und West erörtert.

»Das Hauptinteresse richtet sich auf die mit dem Fall Brüsewitz zusammenhängenden Fragen. Dabei wird besonders das Problem einer schnellen gegenseitigen Information angesprochen. Die EKD muß schnell reagieren. Dabei sind Pannen nicht vermeidbar.«⁵⁹⁶

Die Bundessynode in Züssow 24. bis 28. September 1976

Bereits beim Kirchentag in Halle von 17. bis 19. September mahnte der Bischof der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Werner Krusche: »Wir sollten aus Bruder Brüsewitz nicht einen Helden, einen Märtyrer oder einen Heiligen und erst recht nicht einen Verrückten machen. Er wollte ein Zeuge Jesu Christi sein, einer, der irren konnte wie jeder von uns.«⁵⁹⁷

Beim Rat des Bezirkes Halle hatte man es nicht versäumt, die Kirche eindringlich davor zu warnen, Brüsewitz zum Kirchentagesthema zu machen⁵⁹⁸. »Es käme alles darauf an, daß bei dem

Kirchentag in Halle, zu dem die Anwesenheit der Weltpresse erwartet wird, kein neuer Stoff geliefert werde für eine weitere Eskalation der Pressekampagne.«⁵⁹⁹

Krusche wies in Halle abermals die Versuche zurück, die Selbstverbrennung im Westen politisch auszunutzen. Brüsewitz habe weder der westdeutschen CDU Propagandamaterial noch der Springerpresse Schlagzeilen liefern wollen. »Eine bestimmte Presse in der Bundesrepublik ist für uns ein unerwünschter Partner«, und »wir brauchen diese Stütze nicht, wir sind Manns genug, die Dinge im eigenen Land deutlich zu sagen«, fügte Krusche hinzu. Er kritisierte aber auch, daß ND und NZ die Gegendarstellungen der Kirchenleitungen nicht veröffentlicht hatten.

Am 19. September, dem letzten Tag des Kirchentages, berichtete auch der epd über den »Brief an die Gemeinden«, den die KKL einstimmig verabschiedet hatte und mit dem sie der Diskussion von vornherein eine Richtung zu geben suchte. Er wurde am 19. September in den meisten Gottesdiensten verlesen. Die Konferenz der Kirchenleitung schrieb darin, die Selbstverbrennung zeige aufs neue die Spannungen, die durch die Gesellschaft der DDR gingen, und die Zerreißprobe, vor die sich viele gestellt sähen. Man müsse dafür eintreten, »daß in unserer Gesellschaft Achtung und Respekt vor der Überzeugung des anderen das Zusammenleben und die Zusammenarbeit der Menschen wirklich prägen«.

Den Brief der KKL brachte Stolpe am 13. September Seigewasser zur Kenntnis. In einem Vermerk über ein Gespräch vom 13. September 1976, das Christa Lewek und Stolpe im Staatssekretariat mit Dohle führten, betonte Stolpe dem Vermerk nach gegenüber Dohle: »Die Kenntnisgabe des Briefes zu einem so frühen Zeitpunkt an den Staatssekretär sei auch im Rahmen der ständigen Kontakte zu sehen, die wir in dieser Angelegenheit auf dieser Ebene gehabt hätten. Formal sei die Weiterbehandlung so gedacht, daß der Brief ab morgen (14. September) in die Gemeinde gelange und dort zunächst für den internen Gebrauch zur Verfügung stehe.«⁶⁰⁰ Vorsorglich wies Frau Lewek darauf hin, daß der »Schwerpunkt des Schreibens auf den seelsorgerlichen und innerkirchlichen Aspekten lägen. Der Aspekt des Verhältnisses von Staat und Kirche in Zusammenhang mit der Tat vor Pfarrer Brüsewitz um ihren Auswirkungen werde in das Gespräch mit

dem Staatssekretär gehören.«⁶⁰¹

Der Brief an die Gemeinden wurde in einem Fernschreiben Honeckers an die ersten Sekretäre der Bezirksleitung vom 14. September 1976 als Sieg der »negativen Kräfte« in der KKL und als einer »der größten konterrevolutionären Akte« gegen die DDR bezeichnet⁶⁰². Bereits am 11. September hatte Honecker darauf hingewiesen, daß man mit den »positiven Kräften der evangelischen Kirche« zusammenarbeiten und »in Verbindung mit dem Wahlauf Ruf der Nationalen Front der DDR zu den Volkswahlen am 17. Oktober 1976« klarstellen müsse, »daß in der DDR niemand wegen seines Glaubens Zurücksetzungen erleidet, auch nicht die Kinder«.⁶⁰³

Die BEK-Synode hob während ihrer Tagung danach noch einmal hervor, daß den Kirchen in der DDR weder vor noch nach dem 18. August an einer Konfrontation zwischen Staat und Gesellschaft gelegen war. Stolpesagte, die Kirche in der DDR werde weder einen »Transmissionsriemen der Partei noch ein trojanisches Pferd der Konterrevolution« aus sich machen lassen. Das eine werde von ihr nicht verlangt, und das andere sollte auch nicht versucht werden⁶⁰⁴.

Die KKL sei sich im klaren darüber gewesen, daß ihre Äußerungen vor Mißbrauch nicht geschützt werden können. Die Sorge aber vor einer publizistischen und propagandistischen Verwendung ihrer Äußerungen in der Bundesrepublik gegen die DDR habe die Konferenz geringer werten müssen als die Situation der fragenden Gemeinden in der DDR, gab die Synode kleinlaut zu. Bereits während der Züssower Tagung hatte Krusche in einem SFB-Interview vom 29. September 1976 gesagt: »Habt ihr Leute in den Kirchenleitungen noch immer richtig das Ohr an den Gemeinden, wißt ihr, was wirklich da vor sich geht, und ist euer Handeln immer eindeutig gewesen, oder seid ihr in der Versuchung – oder gar der Versuchung erlegen – aus verständlichen Rücksichtnahmen, aus gewissen taktischen Erwägungen, um der Kirche keine unnötigen Erschwernisse zu bereiten – in einer diplomatischen Art und Weise zu reden, die die Realitäten nun doch ein bißchen verschönert haben?«

Am 26. September wurde bekannt, daß die fünf evangelischen Sonntagsblätter in der DDR, die wie Krusche beim Kirchentag

angekündigt hatte, den »Brief an die Gemeinde« dokumentieren wollten, nicht erscheinen konnten. Ungern habe die SED zu diesem »selbst in Zeiten härtester Auseinandersetzung äußerst selten genutzten Machtmittel« gegriffen, und ausgerechnet Bischof Schönherr habe das Verbot entgegennehmen müssen, bedauerte man beim Kirchen-Staatssekretär⁶⁰⁵.

Am 29. September erklärte die BEK-Synode zum Abschluß ihrer Tagung, der seit der Gründung des Bundes im Jahr 1969 eingeschlagene Wege einer »Kirche im Sozialismus« solle fortgesetzt werden. Dieser Weg müsse allerdings noch genauer durchdacht werden. Wenn das auf der Synodaltagung 1971 in Eisenach geprägt Wort von der »Kirche im Sozialismus« zur bloßen Formel werde, entstünden trennende Mißverständnisse. Die Gemeinden hätten noch nicht voll erkannt, daß die Kirche in der jeweiligen Gesellschaft existiere und darum in dieser Gesellschaft auch zum Dienst aufgerufen sei. Die KKL wurde von der Synode gebeten, im Gespräch mit den für Bildung und Erziehung Verantwortlichen nicht nachzulassen.

»Die Spannung zwischen der Zusicherung der Glaubens- und Gewissensfreiheit einerseits und dem Erziehungsziel der kommunistischen Persönlichkeit im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem andererseits bedarf einer gründlichen Klärung, die für die Kinder und Jugendlichen unserer Gemeinde wirksam werden muß. Zugleich bittet die Synode Kirchenleitungen, Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter und Eltern, sich in Gesprächen auf allen Ebenen um eine Atmosphäre der Toleranz zu bemühen, in der Kinder und Jugendliche ungekränkt als Christen leben zu können.«

Auch die Vertrauenskrise zwischen Kirchenleitung und Basis war Gegenstand des mündlichen Berichts vor der Züssower Synode, den der Magdeburger Pfarrer Martin Kramer vortrug. »Für viele Gemeindeglieder sind kirchenleitende Entscheidungen und Verhalten der Verantwortlichen nicht durchsichtig. Darum bleibt als ständige Aufgabe, sich gegenseitig verständlich zu machen. Das geschieht im Gespräch miteinander [...] Wir haben uns bisher wohl zu stark darauf verlassen, daß die theoretisch vorhandenen Wege auch praktische Ergebnisse bringen. [...] Eine Aufgabe für die nächste Zukunft wird es sein müssen, in Zusammenarbeit mit Fachleuten und mit Empfängern, d.h. Vertretern aus den Kirchen-

kreisen und Gemeinden zu prüfen, in welcher Weise die normale innerkirchliche Kommunikation verbessert werden kann, damit Information und Sachkenntnis verstärkt werden.«⁶⁰⁶

Die unterschiedlich begründete Vereinsamung des Oskar Brüsewitz weckte Zweifel an der Gemeinschaftsfähigkeit des gesamten Kirchenbundes und der einzelnen Landeskirchen. Die Synode fragte daher auch, inwieweit die Pfarrer von ihren Gemeinden allein gelassen werden und erklärte: »Wir müssen neu entdecken: Die Gemeindeglieder haben an den Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern eine große Aufgabe. Es ist an manchen Stellen ein Gefühl der Erfolglosigkeit und Verdrossenheit zu beobachten.«⁶⁰⁷ Man habe noch nicht gelernt, »füreinander durchschaubar zu handeln und zu reden. Unterschiedliche Auffassungen und Ansichten unter uns sind bislang auf den verschiedensten Ebenen nicht genügend zur Sprache gekommen«, lautet die selbstkritische Einschätzung bei der Züssower Synode⁶⁰⁸, mit deren Verlauf der Staat sich zufrieden zeigte.

Schönherr, so die spätere Einschätzung Dohles, habe versucht, den »provokativen ›Brief an die Gemeinden‹ zu verhindern«. Nachdem ihm dies mißlungen war, erklärte Schönherr Seigewasser gegenüber, viele Geistliche hätten angesichts rückläufiger Mitgliederzahlen resigniert und seien noch nicht fähig, »als Pfarrer einer Minderheitenkirche in einer säkularisierten, sozialistischen Gesellschaft zu leben«⁶⁰⁹. Schönherr habe auch Einfluß darauf genommen, »daß die Synode in Züssow [...] das Verhältnis zum Staat nicht verschärfte und imperialistische Massenmedien keine Gelegenheit zur neuerlichen Verleumdungen der DDR erhielten.«⁶¹⁰ Unterstützt worden sei Schönherr dabei von den Bischöfen Braecklein und Gienke, die »einen Mißbrauch des Falles Brüsewitz in ihren Landeskirchen nicht zugelassen haben und ihr Interesse an ungestörten Beziehungen zum Staat bekundeten«.⁶¹¹

Führende Kirchenvertreter in der DDR schweigen zum Tod von Brüsewitz

In allen Landeskirchen vollziehe sich ein Prozeß der Differenzierung, hieß es in einer Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen vom 6. September 1976. »Einerseits liegen in den Bezirken

ca. 50 Stellungnahmen von Geistlichen vor, die die Handlungsweise von Brüsewitz verurteilen. Andererseits treten negative Kräfte in den Landeskirchen mit einer scharfmacherischen Linie in Erscheinung und fordern die Kirchenleitungen zu harter Konfrontation mit dem Staat auf. Solche Erscheinungen gibt es besonders in der Magdeburger und in der sächsischen Landeskirche. So wurden z. B. die Mitglieder der Magdeburger Kirchenleitung, Propst Bäumeier und Oberkirchenrat Dr. Schultze, die bisher nicht zugespitzt hatten, massiv kritisiert, weil sie in den Verhandlungen zu liberal gegenüber dem Staat aufgetretenen seien⁶¹².

Völlig zutreffend wurde von seiten des Staates erkannt, daß sich die Lage nach den Artikeln im »Neuen Deutschland« und in der »Neuen Zeit« erheblich zugespitzt hatte⁶¹³. Erst nachdem die Kirchen durch diese Veröffentlichungen, die Pfarrer Brüsewitz überdeutlich als Verrückten diffamierten, unter Druck geraten waren, wuchs die Entschlossenheit zu einer öffentlichen Solidarisierung mit ihm. Mit dem Erscheinen dieser Artikel war der erste Wendepunkt erreicht. Selbst der linientreue frühere Mitarbeiter des Staatssekretärs, Horst Dohle, schrieb rückblickend, die Art und Weise, wie die beiden Zeitungen die »richtige politische Absicht mit vergrößerten Aussagen über das Verhalten von Brüsewitz koppelten, führte zu unnötigen und falschen Solidarisierungseffekten unter Geistlichen«, womit er auf die zahlreichen Briefe und Eingaben anspielte⁶¹⁴.

Es versteht sich von selbst, daß der Staatssekretär die Reaktionen auf diese Artikel besonders scharf beobachten ließ: »Während die Bürger der DDR diesen Artikel als gut empfinden, wird auch von realistischen Kräften an der Diktion und an bestimmten Fakten des Artikels Anstoß genommen«. [...] Am vernünftigsten reagiert bisher Bischof Gienke, Greifswald. Er hat abgelehnt, eine Kanzelabkündigung zu diesem Fall herauszugeben, die als Solidarisierung mit Brüsewitz verstanden werden könnte. Leitende Geistliche dieser Kirche wie Oberkirchenrat Platz und die Superintendenten Goldenbaum und Evert distanzieren sich von der Handlung Pfarrer Brüsewitz'«.

Der Thüringer Bischof Ingo Braecklein schwieg. Der Dessauer Kirchenpräsident Eberhard Natho wiegelte ab: »Man sollte sich staatlicherseits keine großen Gedanken um den Vorfall

machen und ihn nicht allzu tragisch nehmen.« Er informierte seine Kirchenleitung, daß sich das Verhältnis zum Staat nicht verschlechtern dürfe. »Die Leitung der Thüringer Landeskirche mit Bischof Ingo Braecklein distanzierte sich von der Tat, ohne den Selbstmörder zu verurteilen«, hieß es in einem der Papiere. Der sächsische Bischof Johannes Hempel habe Auszüge aus dem Text des Wortes der Kirchenleitung in Magdeburg mit der politisch »realistischen« Einschätzung des Pfarrers versandt, wies aber darauf hin, daß Brüsewitz nicht etwa geisteskrank gewesen sei.

Auch bei der Kirchenleitung der Berlin-Brandenburgischen Kirche lag offensichtlich der Akzent darauf, daß es nicht zu einer Trübung des Verhältnisses Staat – Kirche kommen dürfe. Laut dem Staatssekretär wurde darüber hinaus festgestellt, daß die Hälfte der Trauergäste bei der Beerdigung von Brüsewitz ohnehin »nur aus Höflichkeit« am Grabe gewesen wäre. Schönherr befand sich zu dieser Zeit im Ausland, über die Haltung des Görlitzer Bischofs Hans Joachim Fraenkel war man sich offenbar nicht ganz sicher. Zwar habe er die »Motive und Praktiken« Brüsewitz' abgelehnt und sich geweigert, ihn weiterhin als Pfarrer zu bezeichnen, andererseits spiele er keine gute Rolle. Am deutlichsten brachte Bischof Heinrich Rathke in Mecklenburg, der seinen Pfarrern die Stellungnahme der Magdeburger Kirchenleitung auch sofort zur Kenntnis gebracht hatte, sein Mißfallen darüber zum Ausdruck, daß man sich öffentlich von einem Pfarrer distanzierte. Man müsse jedoch für die »Schwachen und Bedrängten« eintreten. In der Leitung des Bundes bestimmten dagegen die »politisch realistischen« Kräfte die Situation, hieß es in der Information. »Sowohl Oberkirchenrat Stolpe als Leiter des Sekretariats des Bundes als auch die Oberkirchenrätin Lewek riefen die Kirchenleitung in Magdeburg zur Besonnenheit auf, wiesen westliche Journalisten zurück und informierten alle Landeskirchen mit ihrem Material, das darauf orientiert, aus diesem Vorfall keine falschen politischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Offensichtlich informierte Oberkirchenrat Stolpe in Genf den Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen Potter in dieser Weise. Aus eigenen Kreisen der DDR, so aus den Kreisen Cottbus, Karl-Marx-Stadt, Naumburg und Berlin lägen Stellungnahmen vor, die die Tat von Brüsewitz als »mutig« und als »Fa-

nal« oder »Signal« gegen die DDR ansähen und »sich in ihrer Problematik sowohl gegen die sozialistische Ideologie als auch gegen die realistischen Kräfte in den Kirchen wenden. Vor allem im Bereich der Landeskirche Sachsen war es schwer, Verurteilungen der Tat des B. von Geistlichen zu erhalten«⁶¹⁵.

Den kirchenpolitischen Strategen der SED war längst klar, daß die Selbstverbrennung von Brüsewitz und seine Folgen das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nachhaltig vergiften könnten.

In einem vorbereiteten Papier für ein Gespräch mit Vertretern des Bundes Evangelischer Kirchen (BEK) aus der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im August 1976⁶¹⁶ hieß es daher abwehrend: »Die Massenmedien und die westdeutsche Kirchenführung bringen den Vorfall des Pfarrers Brüsewitz in Zusammenhang mit den Beziehungen der Kirchen in der DDR zum sozialistischen Staat. Inzwischen ist erwiesen, daß zwischen diesem Vorfall und den Existenzbedingungen der Kirchen in unserem Staat keinerlei Zusammenhang besteht. Den Absichten der Konzernpresse in der Bundesrepublik liegt nichts anderes als die Absicht zugrunde, die Deutsche Demokratische Republik zu verleumden, die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserer Republik zu entstellen und damit den Prozeß der Entspannung und weiteren Normalisierung zwischen der DDR und der BRD aufgrund abgeschlossener Verträge und Vereinbarungen zu hemmen und zu behindern.«

Die Vertreter der DDR-Kirchen wurden dann aufgefordert, dieser »Kampagne« entschlossen entgegenzutreten. »Die westlichen Massenmedien treiben ein hohes Spiel mit den ureigensten Interessen der Kirche in der DDR. [...] Da Kirchenvertreter bisher der Wahrheit über die Existenzbedingungen der Kirchen in der DDR – in Beantwortung und Widerlegung der Lügen, die über unseren Staat verbreitet werden – nicht die Ehre gegeben haben, da sie ihren staatsbürgerlichen Pflichten, die DDR vor Verleumdung zu bewahren und ›Verantwortung für das Ganze zu tragen‹, bisher nicht nachgekommen sind, fiel dies unseren Presseorganen zu. Das ist ein notwendiger und ganz natürlicher Vorgang, nachdem nach zwei Wochen zügelloser Hetze kirchlicherseits dazu geschwiegen wurde. Bemerkenswert erscheint aber, daß zwei Kommentare in unserer sozialistischen Presse, die infolge des staatsbürgerlichen Fehlverhaltens der dafür verantwortlichen

kirchlichen Vertreter erforderlich wurden, postwendend zum Anlaß genommen wurden, Bestürzung zu äußern und neue Entstellungen den bisherigen hinzuzufügen. Angesichts dieser Lage betonten wir nachdrücklich: Es ist hohe Zeit, daß kirchlicherseits dafür Sorge getragen wird, daß die Hetzkampagne gegen die DDR beendet wird.«

Als taktische Linie wurden noch vor dem Tod Brüsewitz' festgelegt: »Wir werden weder Stellung nehmen noch uns entschuldigen. Sie, die Kirchenvertreter müssen das tun. Wenn Angriffe kommen sollten, dann reagieren wir mit Meldung ›Wie die Kirchenleitung Magdeburg mitteilt‹. Sie sollen über ihren Betriebsunfall berichten.«

Neben den Kirchenführern im Osten nahm der Berliner Bischof Kurt Scharf am 7. Oktober in einem Rundschreiben an die Pfarrer in West-Berlin ausführlich zu Brüsewitz Stellung. Er deutete Brüsewitz' Tat als Mahnung an die eigene Kirche, »mehr Mühe daran zu setzen, daß Menschen das Angebot des Evangeliums erfahren und bejahen«. Die besondere Gemeinschaft mit den Kirchen in der DDR und dem Kirchenbund führte zum Mitdenken und Mitbeten. »Wenn der Vorgang von Zeitz in der gesamten Kirche in der DDR zu einem neuen, intensiven Fragen nach dem Platz der Christen und dem Weg der Kirche in der dortigen Gesellschaft geführt hat, dann ist das mindeste, was von uns als Partner in der geistlichen Gemeinschaft erwartet werden kann, daß wir uns sorgfältig informieren und dabei versuchen, nicht unsere etwaigen Vorurteile, sondern die Urteile von Gemeinden, Pfarrern, Kirchenleitungen und Synoden in der DDR aufzunehmen.« Es habe sich abermals erwiesen, daß die Kirchen in der DDR sich ihr Urteil über ihre Situation und ihre Entscheidungen weder von ihrer Regierung noch aus dem Westen vorschreiben ließen.⁶¹⁷

Der Landesbischof der Evangelischen Kirche in Sachsen, Hempel, äußerte vor den Synodalen seiner Kirche die Überzeugung, »daß durch die Tat von Pfarrer Brüsewitz seit langem aufgestaute Bekümmernissen in unseren Gemeinden wie eine Woge herausbrachen«. Es seien »Bewegungen des Nachdenkens, der Rückfragen, der Kritik und der Vorwürfe und vor allem der Klage gegenüber der Kirchenpolitik unseres Staates, aber ebenso

gegenüber der Haltung der kirchenleitenden Gremien« gewesen. Beide Vorwürfe mußten sehr ernst genommen werden, meinte Hempel. Außerdem gebe es Konflikte zwischen den Menschen des Glaubens und denen der Säkularisation, zwischen den Möglichkeiten der Macht und der Machtlosigkeit. Hempel war damit einer der wenigen Bischöfe, die den Konflikt zwischen Kirchenleitung und Basis, der in der Reaktion auf das Fanal in Zeitz aufbrach, klar beim Namen nannten.⁶¹⁸

In der »Berliner Morgenpost« wurde gemeldet, der Görlitzer Bischof Fraenkel habe in einer Kanzelabkündigung vom 29. August, die in den Gottesdiensten der Landeskirche verlesen wurde, über die Selbstverbrennung Brüsewitz' informiert und unter Berufung auf die Magdeburger Kirchenleitung die Behauptung zurückgewiesen, daß Brüsewitz krankhaft veranlagt war. Außerdem dürfe niemand den Tod zur Propaganda nutzen, forderte Fränkel.

Nach einer »Report«-Fernsehsendung, die Franz Alt am 29. August 1977 moderierte, äußerte sich der Magdeburger Altbischof Johannes Jänicke in einem Brief an das damals von Reinhard Henkys geleitete Evangelische Publizistische Zentrum in Berlin. Jänicke wehrte sich darin vor allem gegen den Vorwurf, daß die Magdeburger Kirchenleitung die betroffene Gemeinde und die Pfarrer der Kirchenprovinz alleingelassen habe. Außerdem könne er überhaupt nicht begreifen, daß »Aktionen unter dem Namen Brüsewitz weitergehen, obwohl die Witwe des Pastors und der zuständige Bischof, Dr. Krusche, sich das eindeutig verboten hatten«, fährt Jänicke fort und fragte, ob die Ereignisse um Pfarrer Brüsewitz nur als »willkommenes Propagandamaterial für einen vermeintlichen ›Kreuzzug‹ gegen den Osten« dienten. »Dieses ganze Unternehmen unter dem Mißbrauch des Namens Brüsewitz ist seinem Wesen nach kalter Krieg«, schloß Jänicke seine Stellungnahme, die er Henkys zuschickte und dieser an den EKD-Pressesprecher Roepke weiterleitete.

Als die beiden Artikel in der »Neuen Zeit« und im »Neuen Deutschland« vom 31. August erschienen waren, wies Roepke gegenüber dem Evangelischen Pressedienst (epd) am selben Tag die Vorwürfe beider Zeitungen zurück und sagte, sowohl der Rat der EKD als auch seine eigene Stellungnahme im Auftrag der Berliner EKD-Kirchenkanzlei hätten »bewußt jeden An-

klang an das Vokabular des ›Kalten Krieges‹ vermieden und sich unmißverständlich, aber geistig-seelsorgerlich« ausdrückt⁶¹⁹.

Im Kommuniqué der Sitzung des EKD-Rates und der Kirchenkonferenz der EKD vom 7. bis 9. Oktober in Hannover wurde erklärt: »Mit großer Sorge betrachten Rat und Kirchenkonferenz die mangelnde Fähigkeit in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik, die kirchliche Situation in der DDR zu beurteilen. Die Kirchen in der DDR stellen sich offen den Fragen, die für das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in einer sozialistischen Gesellschaft bestehen. In diesem Zusammenhang bedeutet es nach dem Urteil der Kirchen in der DDR keine Hilfe, wenn ihr Verhalten von der Bundesrepublik aus an politischen Maßstäben gemessen wird. Die Christen in der DDR haben einen Anspruch darauf, von ihren eigenen Voraussetzungen her beurteilt zu werden.«⁶²⁰

Damit machten sich die kirchlichen Gremien – von den östlichen Kirchen dazu veranlaßt – im Grunde die Direktive von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die die DDR-Obrigkeit ausgegeben hatte, zu eigen.

Mit wachsendem Abstand nahm aber auch die Zahl der kritischen Einschätzungen im Osten zu. Am dritten Advent 1976 schrieb Krusche in einem Rundbrief rückblickend: »Es ist mir so, als habe es kaum einen Tag gegeben, an dem ich nicht in irgendeiner Weise mit der Tat unseres Bruders Brüsewitz zu tun gehabt hätte. Die Fragen, die uns diese Tat gestellt hat, haben uns bis ins Innerste hinein bewegt.«⁶²¹

Die Synode der Kirchenprovinz Sachsen (28. bis 31. Oktober in Magdeburg)

Während der Tagung der Synode der evangelischen Kirche in der Kirchenprovinz Sachsen nahm die Magdeburger Kirchenleitung ausführlich zu Brüsewitz Stellung. Bischof Krusche berichtete fast ausschließlich über die Wirkungen der Selbstverbrennung. Er war in der schwierigen Lage, einerseits den innerkirchlichen Konflikt zur Sprache bringen zu müssen, andererseits aber auch den politischen, ohne den Staat dabei so zu kritisieren, daß dies weitere

negative Folgen hätte haben können.

Wenige Tage vor Brüsewitz' Selbstverbrennung war beschlossen worden, daß der Synode statt des üblichen Tätigkeitsberichtes ein »Problembericht« über die geistliche Situation in der Kirchenprovinz gegeben werden sollte. Dies zeigt, wie sehr die Tat Brüsewitz' aufgedeckt hat, was damals ohnehin zur Debatte stand.

Krusche berichtete zunächst von den Reaktionen auf das »Wort an die Gemeinden«, welches damals in einer ersten Schocksituation entstanden sei. Man habe über 80 Zuschriften erhalten, darunter auch Mitteilungen über Kirchenaustritte und harte Kritik an dem Verhalten der Kirchenleitung und »ihrer Speichellekerei« den staatlichen Stellen gegenüber. Nur wenige Briefschreiber hätten einen Protest aus Magdeburg gegen die Tat Brüsewitz' erwartet. Zumeist war die Selbstverbrennung als Zeichen dafür verstanden worden, wie schwer die Schäden in der Gesellschaft seien, wie zerstörerisch die Dauerbeeinflussung der Jugendlichen mit marxistisch-atheistischer Ideologie sei und wie sehr hier geistige Intoleranz gezüchtet werde. Die in dem Wort an die Gemeinden aufgestellten Behauptungen, es sei Aufgabe der Christen, in der Gesellschaft mitzuarbeiten, sei unrealistisch, denn eine eigenständige Mitarbeit nach den vom Evangelium gesetzten Maßstäben sei in der DDR unerwünscht und unmöglich. Überhaupt sei das Wort an die Gemeinden »staatsfromm«, leisetretarisch, feige und ein Produkt der Angst, wie es für die Kirchenleitung typisch geworden sei.

Für die Kirchenleitung »erschreckend war die beinahe durchgängig anzutreffende Meinung, sie nehme mehr Rücksicht auf den Staat als auf die Wahrheit, sie wage aus Ängstlichkeit kein klares, eindeutiges Wort mehr«, sagte Krusche damals vor der Synode. Mit einer solchen Diskrepanz zwischen Gemeinden und Kirchenleitungen im Verständnis dessen, was eine »Zeugnis- und Dienstgemeinschaft« als »Kirche im Sozialismus« eigentlich zu sein hätte, sei vorher nicht zu rechnen gewesen. Dies erkläre sich gewiß nicht nur aus der wachsenden Diaspora-Situation der evangelischen Gemeinden, die sich durch sinkende Gottesdienstbesucher- und Christenlehrerteilnehmerzahlen und immer weniger kirchliche Amtshandlungen ständig verkleinerte. Die Gemeinden in der DDR hätten über ihren »so anders werdenden Dienst in

der Diaspora-Situation immer wieder gesprochen, aber ihn innerlich noch nicht wirklich akzeptiert«, stellten dazu die Kirchenleitungen fest⁶²². Man habe eben alles unterlassen, was die Situation weiter hätte aufladen können, und dabei »Sicherheitszumutungen« bei der Beerdigung Brüsewitz genauso abgewiesen wie »bestimmte Sensationsgelüste«, meinte der Bischof beschwichtigend vor seinen Synodalen.

Noch einmal bekräftigte Krusche, es sei unverständlich, daß der »besonnene, selbstkritisch fragende und kritisch anfragende, in keiner Weise aggressive Brief an die Gemeinden nicht einmal in unseren eigenen kirchlichen Zeitungen gedruckt werden konnte«, und drückte sein Unverständnis darüber aus.

Am 4. Oktober 1976 hatte die Kirchenleitung alle Briefschreiber und Antragsteller zu einem gemeinsamen Gespräch in Halle eingeladen und sich dort über Details informiert, berichtete Krusche.

»Ursprünglich waren zu diesem Termin ca. 60 bis 70 Personen erschienen.«⁶²³ Man habe auch sicherstellen wollen, daß sich keine fremden Zuhörer im Raum befinden, um Informationen nach außen zu verhindern, darauf hätten 20 bis 30 Personen den Raum wieder verlassen müssen, fügte Hammer hinzu.

»Die Zeichenhandlung vom 18.8. hatte gerade in ihrer Mehrdeutigkeit die Wirkung und schuf die Möglichkeit, daß Menschen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Lebenserfahrungen – oft genug mühsam durch die Jahre hindurch unter der Lebensoberfläche gehalten – sich auf einmal in diesem Geschehen wiederfinden und verstanden und auf sich aufmerksam gemacht fühlen können.« Krusche fuhr dann fort mit einer theologischen Betrachtung über Zeichenhandlungen.

Deutlich wehrte er sich dagegen, von einer Vertrauenskrise zwischen Kirchenleitung und Gemeinden zu sprechen, verwies allerdings auf die unterschiedlichen Mandate von Pfarrerschaft und Kirchenleitung. Die Kirchenleitung habe die Verantwortung für das Ganze und sei »im Interesse der Kirche auf ständige Verhandlungen mit Vertretern des Staates angewiesen«, zumal man nicht über den festgelegten Rechtsraum eines Staatskirchenrechts, sondern nur eine Vielzahl von Einzelvereinbarungen verfüge. »Die Nötigung, im Interesse der Kirche und der Menschen, für die die Kirche da sein möchte, sich immer wie-

der auf solche Verhandlungen einzulassen, heißt aber auch, sich in ihren Spielregeln, Sprachregelungen, Norm- und Tabuerwartungen zustimmend oder ablehnend zu bewegen. Das führe leicht – vielleicht unvermeidlich – dazu, daß die kirchenleitend Verantwortlichen bei ihrem Handeln und öffentlichen Reden die nächste Reaktion der staatlichen Vertreter im Kopf haben. [...] Es läge viel daran, hierauf nicht einfach mit einem Gemurmel über ›die da oben‹ zu reagieren, sondern die Last wahrzunehmen, welche die Ausübung des kirchlichen Leitungsmandats, unter den Randbedingungen unserer staatlichen Innenpolitik bedeutet«, appellierte Krusche an die Synodalen.

Es folgte eine kurze Stellungnahme zu den Spannungen zwischen Pfarrerschaft und Kirchenleitung. Darin kam nur verhalten zum Ausdruck, daß die Pfarrer durch größere Nähe zu den Gemeindegliedern Reaktionen auf die vorgeworfene Angepaßtheit ihrer Leitung sehr viel deutlicher zu spüren bekamen. Krusche benannte dann als Schäden in der Gesellschaft die Spannung zwischen der »erklärten Absicht, die marxistische Weltanschauung in unserer Gesellschaft durchsetzen zu wollen«, und der »in der Verfassung gegebenen Zusicherung, daß jeder Bürger Gewissens- und Glaubensfreiheit genieße«. Außerdem müsse es Freiräume geben, in denen der Mensch die Chance habe, sich als mündig und eigenständig denkender zu erfahren, »ohne befürchten zu müssen, daß auf seine Anfragen, Einwände und Ideen mit Standardantworten oder gar mit gesellschaftlich disqualifizierenden Kennzeichnungen reagiert wird«. Im übrigen müsse die Macht so durchschaubar wie möglich gemacht werden. Wenn irgend möglich, sollten bei Maßnahmen die eigentlichen Gründe genannt werden – das Neonkreuz auf dem Kirchturm von Rippicha wurde mit der Begründung beanstandet, der Stromverbrauch sei zu hoch. Da die Kirche im Gespräch mit dem Staat liege, »betonte er hier ausdrücklich und nachdrücklich, daß es gegen unsere erklärte Absicht wäre, wenn das hier Gesagte zur Propaganda gegen die DDR benutzt würde«.

Als Schäden in der eigenen Kirche bezeichnete Krusche vor allem mangelnde Gesellschaftsfähigkeit, er konstatierte allerdings gleichzeitig, daß mit »Bruder Brüsewitz« viel gesprochen worden sei und er weder von der Kirchenleitung noch vom Pfarrkon-

vent allein gelassen worden sei. Dennoch bleibe aber die Frage, »was können wir tun, daß einer nicht vereinsamt und seinen eigenen Weg geht«.

Im Grunde lenkte Krusche damit von der Fixierung auf die Kirchenleitung ab. Er bezeichnete es als Aufgabe der Gemeindeglieder, den Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern zu zeigen, daß sie gebraucht würden. Andernfalls könnten jene innerlich und äußerlich in die Isolierung geraten. »Sie müssen ihnen helfen, daß sie Bescheid wissen können, was die Menschen um sie herum beschäftigt«, forderte Krusche von den Gemeinden.

Im Anschluß an die Bundessynode wies er darauf hin, daß die Frage, wie die Christen in der DDR »Kirche im Sozialismus« sein könnten, noch nicht ausreichend geklärt sei, meinte aber: »Wenn der in dem Abschiedsbrief von Pfarrer Brüsewitz erwähnte Kampf zwischen Licht und Finsternis als Kampf zwischen Kirche und sozialistischem Staat verstanden werden müßte, wäre ihm zu widersprechen.« Allerdings dürfe sich die Kirche die kritische Frage nicht ersparen, »inwieweit es bei uns das Mißverständnis des Evangeliums als Anti-Ideologie gegen den Kommunismus immer noch gibt«. Es bleibt dabei, daß die Kirche Gottes in der DDR den Staat sehen, in dem die Kirche nach Gottes Willen lebe und für den sie sich mitverantwortlich wisse. »Auch dann, wenn wir kritisch fragen oder auf Schäden aufmerksam machen, geschieht dies nicht aus heimlicher Gegnerschaft, sondern aus offener Bereitschaft zur Mitverantwortung«, schränkte Krusche ein⁶²⁴.

Im Grunde wurde durch die Selbstverbrennung Brüsewitz' das Verständnis der Kirche im Sozialismus – die Formel wurde 1971 bei der Bundessynode in Eisenach geprägt – abermals in Frage gestellt. Schon bei der Bundesgründung 1969 war als erklärtes Ziel festgehalten worden, »gemeinsam auf dem Weg als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft« zu lernen, was heißt, »nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern Kirche im Sozialismus zu sein«. Spätere Stellungnahmen nach der Wende haben deutlich gezeigt, wie mißverständlich die Formel schon damals war.

Zum Kirchenbild der ostdeutschen Kirche gehörte auch ein an Bonhoeffers Vorstellung der »Kirche für andere« angelehntes, zuweilen durchaus elitäres Bewußtsein einer Minderheitenkirche. So hatte Werner Krusche als Teilnehmer des Kirchentages in Ro-

stock in einem Vortrag gesagt: »Wir haben herausgemußt aus Verhältnissen, in denen es zum guten Ton gehörte, zur Kirche zu gehören, in denen es Ehre einbrachte, Kirchenältester zu sein. Aus diesen Verhältnissen mußten wir auswandern – nicht einfach gezwungen durch die gesellschaftlichen Umbrüche, sondern geführt von dem, der in den geschichtlichen Entwicklungen am Werk ist und seine Geschichte betreibt: die Sammlung der neuen Menschheit. [...] wir sind weniger und ärmer geworden und haben kein Ansehen mehr, und wohl noch manches werden wir zurücklassen müssen. Aber was ist dabei nicht alles in Bewegung gekommen.«⁶²⁵

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche Ende 1976

Vor allem der »Brief an die Gemeinden« – im Rückblick ein geradezu diplomatischer und nur andeutungsweise kritischer Text – hatte den Konflikt zwischen Staat und Kirche erheblich zugespitzt. Nicht nur bei den staatlichen Stellen waren die Bedenken gewachsen, auch der Leiter des Sekretariats des Kirchenbundes, Manfred Stolpe, schien eine Kirchenspaltung und die Entstehung einer sozialismusfeindlichen Bekenntenden Kirche zu befürchten⁶²⁶.

In den letzten Monaten des Jahres 1976 stellte die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED befriedigt fest, daß »die reaktionären Kräfte gezügelt werden konnten«⁶²⁷. Ausschlaggebend für die Einschätzung der einzelnen Landeskirchen war für den Staat vor allem die Wahlbeteiligung der zuständigen Bischöfe und Pfarrer bei der Volkskammerwahl am 17. Oktober 1976. Dabei habe sich gezeigt, daß der Teil der kirchlichen Amtsträger, der »fest auf dem Boden der DDR steht« durch die Ereignisse des Sommers nicht erschüttert worden sei⁶²⁸. Von den acht evangelischen Bischöfen hätten fünf gewählt, nicht an der Wahl beteiligt hätten sich die Bischöfe Krusche, Hempel und Fraenkel.

Mit Argusaugen beobachtete die Arbeitsgruppe Kirchenfragen aber nicht nur die Entwicklung der »progressiven« und »reaktionären« Kräfte innerhalb der Kirche, sondern auch die Beziehungen zur EKD. So wurde festgestellt: »In jüngster Zeit haben sich die Versuche der Einmischung kirchlicher Kreise aus der BRD und West-Berlins verstärkt. Sie erfolgt unter der

Bezeichnung »Partnerschaft« zwischen den Kirchen der BRD und der DDR. Die Verselbständigung der DDR-Kirchen, die man nach außen zur Schau trägt, ist lediglich »de jure« erfolgt. Faktisch hat sich in den Beziehungen nicht viel geändert. Im Zusammenhang mit der Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz kam es zu einer groben Einmischung der EKD in die inneren Angelegenheiten der DDR und die Belange der Kirchen der DDR.«⁶²⁹ Damit zeigte sich, daß der Staat auch sieben Jahre nach der Kirchenbundgründung seine Absicht nicht aufgegeben hatte, einen Keil zwischen die östlichen und westlichen Gliedkirchen zu treiben und damit auf eine Beseitigung der in Artikel 4,4 festgeschriebenen »besonderen Gemeinschaft« hinzuwirken.

Auch die ostdeutschen Kirchenleitungen haben von den westdeutschen Partnern nur die Unterstützung der eigenen Position erwartet, nicht aber eine eigenständige Beurteilung der Lage, und die erste Stellungnahme des EKD-Pressesprechers erfüllte diese Erwartung.

Der damals für die Berichterstattung über die DDR zuständige Berichterstatte – einen akkreditierten Korrespondenten gab es noch nicht – des Evangelischen Pressedienstes, Reinhard Henkys, der durch einen Zettel in seinem Briefkasten bereits am 19. August 1976 als erster westdeutscher Journalist von dem Selbstverbrennungsversuch in Zeitz erfahren hatte, meinte in einem 1992 gehaltenen Vortrag rückblickend, die heute verbreitete Sichtweise, »die kirchlichen Institution zum etablierten Herrschaftssystem Honeckers hinzuzurechnen«⁶³⁰, gehe auf den Herbst 1976 zurück und sei im Zusammenhang mit Brüsewitz erstmals aufgetaucht.

Es wäre zu einfach, die Kirche in den Sommer- und Herbstmonaten 1976 als bloße Befehlsempfänger des Staates zu betrachten. Allerdings zeigt sich an den kirchlichen Reaktionen unmittelbar nach dem Selbstverbrennungsversuch Brüsewitz', daß es offenbar erst der verleumderischen Artikel in der »Neuen Zeit« und im »Neuen Deutschland« vom 31. August bedurfte, um die Kirchenleitungen zu einer klaren Reaktion zu bewegen.

In Ost und West hatte man zuvor den staatlichen und kirchlichen Erwartungen allzusehr nachgegeben. Durchgehend schien die evangelische Kirche, die sich in der Tat in einer schwierigen Lage des Angegriffenseins aus den eigenen Reihen und von seiten

des Staates befand, mehr zu reagieren als zu agieren. Dies erklärt sich nicht nur ganz lapidar mit dem »ungünstigen Zeitpunkt« des Zeitzer Ereignisses während der Urlaubszeit, sondern auch mit der Distanz zu Oskar Brüsewitz, der aus dem protestantischen Muster eines »normalen« Pfarrers nicht entsprach und in seiner merkwürdigen Mischung zwischen mangelnder Intellektualität und geistlichen Vollblutinstinkt Befremden bei Amtskollegen wie Kirchenleitung erweckte.

Geschickt versuchten vor allem die ostdeutschen Kirchen zunächst, den Konflikt nicht auf der Staats-Kirchen-Ebene anzusiedeln, sondern den Selbstverbrennungsversuch Brüsewitz' als Mahnruf an die Kirche im DDR-Staat und der sozialistischen Gesellschaft zu deuten. Durch den Tod Brüsewitz' ist das »Konzept der Kirche im Sozialismus« noch einmal auf den Prüfstand gekommen.

Doch dabei blieb es nicht. Die grundsätzliche Frage nach Anpassung und Widerstand, nach der gesamten Struktur der protestantischen Kirche stellte sich in bis dahin nicht gekannter Schärfe. Zum ersten Mal zeigte sich auch, daß es innerhalb der ostdeutschen Kirchen ganz unterschiedliche Positionen in Gemeinden und Kirchenleitungen gab, was das Leben im sozialistischen Staat anging. Während eine radikale, zumeist evangelikal-pietistische Richtung auf eine völlige Überwindung des Marxismus-Leninismus zielte, versuchten die Theologen der Ost-CDU, gesellschaftliche Mitarbeit aus Evangelium und Theologie theoretisch zu begründen.

Praktisch ließen sie sich aber von den Maßregeln der SED leiten und waren zu manchen, im Rückblick durchaus fragwürdigen Kompromissen bereit. Diese Haltung läßt sich am ehesten mit dem Eintreten für einen verbesserlichen Sozialismus charakterisieren. Dazu gehörte es, daß man sich durchaus auf die DDR-Gesellschaft einließ und die Form einer »kritischen Solidarität« oder konstruktiven kritischen Mitarbeit sucht. Aber der Grad zwischen Parteinahme und Positionswahrung war schmal. Die Selbstverbrennung Brüsewitz' war ein »dringend notwendiges und gerechtfertigtes Zeichen gegenüber einer Kirche, die sich einrichten will«, sagte rückblickend der Greifswalder Bischof Eduard Berger, der 1976 gerade erst drei Jahre im Dienst der evange-

lischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen stand. Für Berger war bereits die Gründung des Kirchenbundes ein Zeichen für eine »Knochenerweichung höheren Grades«.⁶³¹ Doch mit dieser Auffassung stand er weitgehend allein.

VII. Der Westen und die Selbstverbrennung

Das Medienecho

In den ersten zwei Tagen nach dem Selbstverbrennungsversuch Oskar Brüsewitz' erfuhren nur wenige Personen und Institutionen im Westen von dem Vorgang: Dazu zählten die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), der epd-Korrespondent Reinhard Henkys in West-Berlin und die Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Sie alle behielten ihr Wissen für sich: Die Bundesregierung hatte kein Interesse dran, daß ihre Entspannungspolitik in Frage gestellt werden könnte, was ihre Chancen bei der wenige Wochen später, im Oktober 1976, anstehenden Bundestagswahl gemindert hätte. Auch die EKD und der epd-Korrespondent Henkys waren nicht an »schlechten Schlagzeilen« über die DDR interessiert.

Der erste, der im Westen nach dem Willen der Kirchenobersten in der DDR von der Selbstverbrennung Oskar Brüsewitz' erfuhr, war Reinhard Henkys. Doch als ein Abgesandter der Ost-Berliner Kirchenleitung ihn am 18. August aufsuchte, war er auf Reisen. Als er am Tage darauf nach West-Berlin zurückkehrte, fand er in seinem Briefkasten einen Zettel mit dem Hinweis vor, er möge sich sofort im Osten melden.

Henkys behielt sein dann erhaltenes Exklusivwissen über die Ereignisse in Zeitz und ihre Hintergründe auftragsgemäß für sich: Erst nachdem am Nachmittag des 20. August der Deutschlandfunk die Nachricht über das Fanal von Brüsewitz sendete und klar wurde, daß die beiden westdeutschen Fernsehanstalten ARD und ZDF ab 21 Uhr Interviews mit den Pfarrern Latk und Beck senden würden und damit die Strategie des Totschweigens gescheitert war, ließ Henkys um 17.05 Uhr die folgende, stark interpretierende epd-Meldung über Fernschreiber an ausgewählte Redaktionen verbreiten⁶³²:

»Verzweiflungstat eines Pfarrers in der DDR. Versuchte Selbstverbrennung in Zeitz

Als eine aus tragischen Verwicklungen entstandene Verzweiflungstat eines einzelnen bezeichneten kirchliche Kreise in der DDR die versuchte Selbstverbrennung eines evangelischen Pfarrers in Zeitz. Wie am Freitag, 20. August, bekannt wurde, hat der 47jährige Pfarrer Oskar Brüsewitz aus dem Ort Droßdorf am Vormittag des 18. August auf dem Marktplatz der kleinen Industriestadt Zeitz sich und sein Auto in Brand gesteckt. Zeugen des Vorfalles waren über 100 Menschen. Brüsewitz soll ein Plakat mit sich geführt haben, auf dem die Gegnerschaft des Staates gegen die Kirche angeklagt wurde.

Oskar Brüsewitz ist seit 1970 evangelischer Pfarrer. Er war vorher Schuhmacher und hatte diesen Beruf aufgegeben, um die evangelische Predigerschule in Erfurt zu besuchen. Er wird als ein Pfarrer bezeichnet, der mit ganzem Herzen für die Sache des Evangeliums eintrat und dabei oft im Alleingang zu außergewöhnlichen Methoden neigte, um in der Öffentlichkeit zu wirken. Dabei ist er mehrfach in schwere Auseinandersetzungen mit den örtlichen Behörden geraten. Vor kurzem war zwischen der Kirchenleitung der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen, zu der die Gemeinde Droßdorf gehört, und Pfarrer Brüsewitz vereinbart worden, daß angesichts der schwierigen Situation in seinem bisherigen Wirkungskreis eine neue Pfarrstelle für ihn gesucht werden sollte.«⁶³³

Diese von Henkys verbreitete Interpretation der Person Brüsewitz und der Ereignisse sollte künftig alle kirchlichen Äußerungen dazu in Ost und West bestimmen.

Wenige Stunden zuvor, am Nachmittag des 20. August, hatte der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Günter Gaus, durch die Pfarrer Klaus-Rainer Latk und Klaus Beck von dem Ereignis in Zeitz erfahren. Latk erinnert sich: »Günter Gaus riet uns dringend ab, den Fall publik zu machen. Die politische Konstellation verlangte Annäherung. Das sei eine hoffnungsvolle Entwicklung. Gerade die Kirche als Vermittler und ruhender Pol leiste ihre Aufgabe gut. Wenn wir den Einzelfall an die große Glocke hängten, könnte es

sicherlich zu Irritationen kommen. Die ganze Entspannungspolitik sei dann gefährdet.«⁶³⁴ Immerhin half Gaus den beiden Pfarrern, mit dem ARD-Korrespondenten Lothar Loewe Kontakt aufzunehmen. Anschließend informierte Gaus das Bundeskanzleramt.⁶³⁵

Zu dieser Zeit, genau 48 Stunden nach dem Selbstverbrennungsversuch, wußten zumindest schon Beamte des Bundesgrenzschutzes am Grenzübergang im hessischen Herleshausen von dem Ereignis in Zeitz: Autoinsassen, die während der Selbstverbrennung zufällig an der Michaeliskirche vorbeigefahren waren, hatten ihnen von ihren Beobachtungen berichtet. Mit erstaunlicher Genauigkeit hatten diese die Situation erkannt: Brüsewitz habe ein Transparent mit der Aufschrift »Die Kirchen klagen den Kommunismus wegen der Unterdrückung der Jugend an« mit sich geführt, gaben sie zu Protokoll⁶³⁶; diese Information ging dann auf dem Dienstpostweg nach Bonn.

Mit Diplomatenpost kamen zu diesem Zeitpunkt auch Informationen Manfred Stolpes bei der EKD in West-Berlin und Hannover an.

Für die meisten Zeitungen kam die Meldung am Freitagabend zu spät für die Samstagsausgabe. Dagegen konnte die »Welt am Sonntag« groß auf Seite 1 über die »Tat des Pfarrers Brüsewitz« und den Wortlaut des ARD-Interviews mit Pfarrer Latk berichten. Abweichend vom Tenor der epd-Meldung hieß es: »Die versuchte Selbstverbrennung des ›DDR‹-Pfarrers Oskar Brüsewitz hat schwere Spannungen zwischen den Christen und der Regierung in Ost-Berlin aufgedeckt. ›DDR‹-Geistliche sprachen von einem Signal.

Bischof Wölber erklärte in Hamburg, die Kirchen im Westen sollten mithelfen, die Isolierung der Kirchen im Osten zu überwinden. Die SPD nannte den Fall ein »aufrüttelndes Zeichen. [...] Es liegt nahe, dabei den Bezug zur KSZE-Schlußakte von Helsinki herzustellen, in der die freie Ausübung der kirchlichen Arbeit auch in der DDR verankert ist«. Die FDP forderte die Regierung in Ost-Berlin auf, ihr Verhältnis zu den Kirchen zu überdenken.«⁶³⁷

Am Montag berichteten die Zeitungen in der Bundesrepublik ausführlich; das »Zeichen« gegen das Regime und die Empörung

in Teilen der Kirche über die Diffamierung von ADN spielten dabei eine herausragende Rolle. In der »Süddeutschen Zeitung« hieß eine Zwischenüberschrift auf der Titelseite »Anklage gegen den Kommunismus«⁶³⁸.

In der »Frankfurter Rundschau« übernahm der Kommentator dagegen die These von der »Verzweiflungstat eines einzelnen«: »Brüsewitz [...] hat nicht das Lebensgefühl von zehn Millionen Christen in der DDR auf den äußersten Punkt gebracht. Wer behauptet, Brüsewitz habe für Millionen Verzweifelte gehandelt, beutet die Verzweiflungstat eines einzelnen zu unglaublicher Propaganda aus.«⁶³⁹

Anders kommentierte Joachim Sobotta in der »Rheinischen Post«: »Der lebensgefährlich Verletzte wollte ja nicht in eitler Selbstgefälligkeit auf sich aufmerksam machen, sondern drastisch auf eine Entwicklung hinweisen, die zur Genüge bekannt ist. Die christlichen Kirchen in der DDR werden zwar nicht direkt verfolgt, aber von innen ausgetrocknet, indem man ihnen die Jugend abspenstig macht. Aktive junge Christen haben so gut wie keine Chance in weiterführenden Schulen. [...] Genaugenommen handelt es sich nicht um ›Christenverfolgung‹, wohl aber um die Erstickung von Lebenschancen jener, die sich zur Gemeinde bekennen. Das Christentum soll mit den Großmüttern aussterben.«⁶⁴⁰

»Die Welt« berichtete ebenfalls in großer Aufmachung unter der Überschrift »Die Christenverfolgung in der ›DDR‹« über die vielfältigen Pressionen auf Gläubige. Herbert Kremp sah in seinem Kommentar bereits die Desinformationskampagne voraus, die später folgen sollte: »Das System wendet sich gegen jedes Zeugnis, das nicht Zeugnis fürs System ist. Doch wächst in der DDR die Systemkritik. Sie beunruhigt die Führung so stark, daß der Gedanke an eine noch und wieder vollkommenere Abgrenzung und Abschließung umgeht. [...] Die ›DDR‹ wird jetzt einen großen Informationsapparat in Bewegung setzen, um das 47jährige Leben des Pfarrers zu verdunkeln. Nur so hat das System eine Chance, die Verinnerlichung seiner Tat zu stoppen.«⁶⁴¹

Die Evangelische Kirche in Deutschland verlautbarte an diesem Montag, »die Selbstverbrennung dürfe nicht ›zur Sensationsberichterstattung oder als Munition in der parteipolitischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik‹ mißbraucht werden. Die

Protestdemonstration müsse als Verzweiflungstat eines einzelnen ernstgenommen werden, reiche aber für sich nicht aus, das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR richtig zu erfassen.«⁶⁴²

Der Präsident der EKD-Kanzlei in Hannover, Walter Hammer, lehnte am 23. August die Bitte um eine Stellungnahme mit den Worten ab »Die evangelische Kirche kann sich nicht zu allem äußern«.⁶⁴³

Ein Beileidstelegramm, das der stellvertretende Bundesvorsitzende des evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien, Kai-Uwe von Hassel, in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Deutschen Bundestages an die Witwe sandte, wurde in Halle vom MfS abgefangen.

»Die Welt« beschrieb am 25. August in einem großen Artikel unter der Überschrift »Mit Marx gegen Gott und Kirche« detailliert die Situation der Christen in der DDR.⁶⁴⁴

Ganz anders reagierte das SPD-Parteiorgan »Vorwärts«: »Wo enden Frömmigkeit und Glauben, beginnen Fanatismus und Psychopathie? Niemand weiß darauf eine Antwort. Fest steht nur eins: Mit Vernunft hat Brüsewitz' Demonstration – und auch die Reaktion darauf – nichts zu tun. [...] Die Springer-Presse verkündete gleichwohl, er habe ›aufrütteln‹ wollen. Wie denn? Hätte man ohne diese Selbstverbrennung geglaubt, alles sei in Ordnung? Könnte die Kirche ohne Brüsewitz Beschwerden nicht laut genug vorbringen? Ist Gefahr im Verzug? Nichts von alledem. Zwischen Staat und Kirche in der DDR herrscht heute ein Verhältnis, wie man es früher auf beiden Seiten nicht zu hoffen wagte.«⁶⁴⁵

»Die Zeit« kommentierte dagegen: »Die Kirche in der DDR hat viele Kreuze zu tragen. Der Pfarrer Brüsewitz ist an dieser ›unterworfenen‹ Kirche verzweifelt. Am Ende zerbrach er an ihr – ebenso sehr wie am Staat der Sozialistischen Einheitspartei.«⁶⁴⁶

Die Bundesregierung hielt sich in den folgenden Tagen und Wochen völlig zurück: Die dringende Bitte der DDR-Kirchenleitung, Brüsewitz nicht zu einem Thema des gerade laufenden Bundestagswahlkampfes zu machen, wurde seitens der Regierungsparteien SPD und FDP befolgt, die CDU/CSU-Opposition akzeptierte dies jedoch nicht. Tatsächlich wurde das Thema »Menschenrechte« in den letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes zu einem wichtigen Thema.

Einer der wenigen Menschen in Westdeutschland, die Oskar Brüsewitz kannten, war Jochen Desel, Dekan in Hofgeismar, dem Patenkreis von Zeitz. In seiner Kirchenzeitung »Weg und Wahrheit«⁶⁴⁷ schrieb er unter dem Eindruck des Todes seines Freundes und Pfarrbruders damals: »Nach christlichem Verständnis ist die Selbstverbrennung kein Weg, den Jünger Jesu gehen sollten. Wer aber wollte es wagen, an dieser Tat der Ausweglosigkeit des Pfarrers Oskar Brüsewitz die Elle anzulegen? [...] Als wir mit ihm das letzte Mal zusammen waren (im März 1976) und er uns wieder in seiner eindringlichen Art auf das für ihn Wesentliche hingewiesen hatte, waren seine Abschiedsworte: ›Betet für uns.‹ Diese Worte klingen heute wie ein Vermächtnis. Vielleicht kann das letzte Zeichen, das Oskar Brüsewitz setzte, das flammende Fanal seines eigenen dahingegangenen Lebens, die Christen in Ost und West zu treuerem Dienst und zu konsequenterer Nachfolge rufen. Dann, wirklich nur dann, werden wir dem gerecht, was Oskar Brüsewitz wollte.«⁶⁴⁸

Gründung und Entwicklung des Brüsewitz-Zentrums

Aufgerüttelt durch die Ereignisse vom August 1976, entschlossen sich am Ende des gleichen Jahres drei junge Bundesbürger zur Gründung des »Brüsewitz-Zentrums«. Olaf Kappelt aus Bad Oeynhausen in Ostwestfalen, die treibende Kraft der Idee, war damals 24 Jahre alt und Student der Sozialarbeit im 3. Semester; Bernd Posselt (20 Jahre) war Redakteur der »Badischen Neuesten Nachrichten« in Karlsruhe, er ist heute bayerischer Europaabgeordneter. Walburga von Habsburg, mit 18 Jahren die jüngste der drei Initiatoren, wohnte in der Nähe Münchens. Ihre Beweggründe formulierten die drei in einem Gründungsaufruf so:

»Menschenrechtsverletzungen, wie die Beseitigung der Religions-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, dürfen nicht verschwiegen werden. Der ›DDR‹-Pfarrer Oskar Brüsewitz wollte durch seine öffentliche Selbstverbrennung am 18. August 1976 auf dem Marktplatz in Zeitz für die Religionsfreiheit in Mitteldeutschland demonstrieren. Er bezahlte dafür mit seinem Leben. Es war ein Appell an die Jugend, an die Oppositionellen

im Kommunismus und die Kirche, ja, an die westliche Öffentlichkeit, nicht weiter schweigend dem Unrecht und der Gewalt gegenüber zu verharren. Im Kommunismus hat die Christenverfolgung einen neuen Höhepunkt erreicht. Pfarrer Brüsewitz und die an der deutsch-deutschen Trennungslinie erschossenen Bürger sollten uns zu Aktivitäten anspornen.«⁶⁴⁹

Überzeugt, daß ihre Idee als Bürgerinitiative realisierbar sein müsse, schritten die drei zur Tat und warben in unzähligen persönlichen Briefen bei Prominenten um Unterstützung: Sie vertrauten bei ihrem Vorhaben auf die Zugkraft der Idee – so wie sie es zwei Jahre zuvor bei der Gründung der Paneuropa-Jugend getan hatten, die Bernd Posselt zusammen mit Walburga von Habsburg und anderen Freunden gegen erbitterte Widerstände als erste gesamteuropäisch orientierte Jugendorganisation in Deutschland aufgebaut hatte. Dabei hatte er vor allem von zwei Persönlichkeiten nachdrückliche Unterstützung erfahren, auf die die drei auch jetzt vertrauten: Walburgas Vater Otto von Habsburg⁶⁵⁰, dem Präsidenten der ältesten europäischen Einigungsbewegung »Paneuropa-Union«, der sich als Kenner Mittel- und Osteuropas einen Namen gemacht hatte, und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß⁶⁵¹.

Die Resonanz auf die Initiative war so breit gefächert wie das politische Credo und Selbstverständnis ihrer Adressaten. So liefen die Reaktionen von Vertretern der regierenden SPD/FDP-Koalition fast ausnahmslos darauf hinaus, die Initiative zur Gründung des »Brüsewitz-Zentrums« als schädlich für die Entspannungspolitik der Regierung Schmidt/Genscher abzulehnen.

Das öffentliche Eintreten für die Menschenrechte schade den Betroffenen, hieß es vielfach in den Absagen der Entspannungspolitik. »Stille Diplomatie« helfe den Betroffenen eher. So ließ der SPD-Vorsitzende Willy Brandt mitteilen, er könne den Gründungsaufruf nicht unterschreiben, »weil der Aktionsraum des Vorsitzenden der SPD beim Eintreten für die Menschenrechte im Vorfeld konkreter Einzelfälle so wenig wie möglich eingeschränkt werden darf«.⁶⁵²

Auch die »offizielle« evangelische Kirche in der Bundesrepublik reagierte – von einzelnen kirchlichen Persönlichkeiten abgesehen – ablehnend auf den »Aufruf zur Schaffung eines Brüse-

witz-Zentrums«: Der Präses der Landeskirche Rheinland, Karl Immer, lehnte bereits am 13. April 1977 die Unterstützung ab. Auch der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Claß, zeigte sich am 28. April 1977 ablehnend, beide gaben jedoch keinerlei Begründung an⁶⁵³.

Positiv reagierten nicht nur Vertreter aus CDU und CSU, sondern auch einzelne Repräsentanten der Evangelischen Kirche in Deutschland. Dazu zählte der EKD-Synodale und Staatssekretär im niedersächsischen Wissenschaftsministerium, Professor Axel von Campenhausen, der nach dem Tod von Brüsewitz in einem »energischen Brief« an den Ratsvorsitzenden Claß eine entschiedene Reaktion der EKD verlangt hatte.

Am 14. April 1977 traten die Initiatoren mit dem Gründungsaufruf, der zu diesem Zeitpunkt von etwa 170 Persönlichkeiten unterschrieben worden war, an die Öffentlichkeit⁶⁵⁴.

Als Ziele des Brüsewitz-Zentrums wurden in dem Gründungsaufruf genannt:

»Die Tätigkeit des Brüsewitz-Zentrums erfolgt sachorientiert an den untenstehenden fünf Punkten, sie ist parteipolitisch nicht gebunden und überkonfessionell. Grundlage für die Arbeit bildet das Bekenntnis zum christlichen Glauben und den Zehn Geboten.

Wir bemühen uns um

1. Die Publizierung von Verletzungen der Religionsfreiheit in der ›DDR‹, die Weiterleitung der Informationen an Kirche und Öffentlichkeit.

2. Die Durchführung von Hilfsaktionen – moralischer, juristischer oder materieller Art – für Christen in der ›DDR‹.

3. Den Aufbau eines Facharchivs, einer Bibliothek und die Herausgabe von Dokumentationen über Christen, Kirche und Staat im ›DDR‹-Sozialismus.

4. Die Durchführung von Begegnungstagen, Seminaren und einzelnen Bildungsveranstaltungen über Menschenrechte und Religionsfreiheit im Sozialismus.

5. Die Betreuung von Aussiedlern und Flüchtlingen aus der ›DDR‹.

Der Gründungsaufruf fand Resonanz in allen Medien, ja, es kam zu heftigen Kontroversen um das Brüsewitz-Zentrum. Kritik übten u.a. meinungsbildende Zeitungen wie »Die Zeit« und das »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt«. In der »Zeit« schrieb Dietrich Strothmann unter der Überschrift »Der mißbrauchte Tod«: »So bedenklich der Zorn darüber sein mag, daß der SED-Staat einem trotzigem Pfarrer nur den Ausweg des Freitodes ließ, daß er ihn danach noch diffamierte, so bedenklich ist der Versuch, daraus agitatorisches Kapital zu schlagen. Unsere Reaktion auf dieses Fanal von Zeitz darf nicht die der Reaktionäre sein.«

Ungewohnt obrigkeitsgläubig heißt es in der »Zeit« weiter: »Wer, wenn nicht unsere Kirchenoberen, weiß, was den Christen in der DDR nottut, was ihnen hilft, was ihre ohnehin schwierige Lage noch mehr erschwert?« Über den Gründungsaufruf heißt es dann, darin sei »auch überheblich davon die Rede, den ›Auftrag des Grundgesetzes und des Bundesverfassungsgerichtes, das Ziel der Wiedervereinigung im Inneren wachzuhalten, zu aktualisieren‹. Über das Grab von Brüsewitz hinweg nach Dresden und Cottbus? [...] Dafür hat sich Oskar Brüsewitz nicht das Leben genommen. Sein Ideal war nicht irgendeine Fahne, sondern das Kreuz.«⁶⁵⁵

Schlagzeilen machte die am 27. April vom Evangelischen Pressedienst (epd) publizierte Nachricht, daß alle 15 Mitglieder des Rates der EKD die Unterschrift unter den Gründungsaufruf für das Brüsewitz-Zentrum abgelehnt hätten⁶⁵⁶. Diese Meldung ging in großer Aufmachung durch alle deutschen Medien, dabei wurde auch bekannt, daß Richard von Weizsäcker, CDU-Bundestagsabgeordneter, EKD-Ratsmitglied und zu dieser Zeit bereits in das Präsidium des Evangelischen Kirchentages gewählt, zwar anerkannt hatte, »daß die Aufgabe, für die Menschenrechte einzustehen, verpflichtender und spürbarer werden muß, auch für die Kirche«⁶⁵⁷, zugleich aber darauf verwies, daß er von Christen in der DDR gebeten worden sei, sich »hier in der Öffentlichkeit mit der Berufung auf den Namen Oskar Brüsewitz zurückzuhalten«⁶⁵⁸.

Der Rat der EKD stimmte dieser Entscheidung später offiziell

zu und übernahm die Einschätzung der Magdeburger Kirchenleitung, »der mitteldeutschen Kirche werde das Eintreten für die Menschenrechte unmöglich, wenn es in den Geruch westlicher Propaganda komme.«⁶⁵⁹

Am 4. Mai, sechs Wochen vor der beabsichtigten Gründung des Brüsewitz-Zentrums am 17./18. Juni 1977 in Bad Oeynhausens, wurde das Thema »Brüsewitz-Zentrum« im Rat der Evangelischen Kirche der Union (EKU), der sowohl die Landeskirche in der Kirchenprovinz Sachsen und die von Westfalen (dem vorgesehenen Sitz des Zentrums) angehören, ausführlich erörtert. Präses Immer (Rheinland) zeigte sich dabei dazu bereit, öffentlich gegen die Pläne Stellung zu nehmen⁶⁶⁰, worauf die Kirchenleitung in Magdeburg am 6. Mai entschied, Immer als Vorsitzendem des Rates der EKU (Bereich Bundesrepublik und Berlin-West) einen praktisch »Offenen Brief« zu schicken, um einen Vorgang zu schaffen. Drei Tage später billigte der Rat der Magdeburger Landeskirche einen zuvor mit westdeutschen Kirchenführern abgestimmten und vom Berliner epd-Korrespondenten Henkys mitentworfenen Briefentwurf und beschloß, dieser solle von Propst Bäumer unterzeichnet werden.

Ohne jemals das Gespräch mit den Initiatoren des Brüsewitz-Zentrums gesucht zu haben, wurde mit dem Brief der Magdeburger Kirchenleitung vom 10. Mai 1977 eine Pressekampagne gegen das Brüsewitz-Zentrum gestartet. In dem langen Brief wird der rheinische Präses Immer vom Magdeburger Propst Bäumer aufgefordert, »jener Unternehmung entgegenzutreten«: Das Anliegen von Oskar Brüsewitz werde »verfälscht, wenn es propagandistisch genutzt wird«. Die Kirchenleitung habe sich bisher »gegen jeden Mißbrauch seines Namens gewandt«, heißt es in dem Brief, von dem damals nicht bekannt war, daß er in Wirklichkeit zwischen den Kirchenleitungen abgesprochen war.

In dem Brief, der praktisch die Verunglimpfung von Brüsewitz in der DDR-Presse mit dem geplanten Vorhaben in Bad Oeynhausens gleichsetzt, heißt es weiter, »daß die beabsichtigte Gründung eines solchen Zentrums unter dem Namen von Pfarrer Brüsewitz die eigenen Bemühungen der Christen in der DDR, ihren Auftrag wahrzunehmen, in Zwielficht bringt. Wir verwahren uns, in einer derartigen Weise helfen zu wollen. Wo Schwie-

rigkeiten sichtbar werden, setzen sich Christen in der DDR selbst für die Wahrung der Menschenrechte ein. Das Brüsewitz-Zentrum aber wird nicht der Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Menschen und den beiden deutschen Staaten oder einer besseren Verwirklichung bestimmter Menschenrechte in unserem Staate dienen können. Sicher hat Oskar Brüsewitz mit seinem Tod auch auf die Einhaltung des Grundrechtes der Glaubens- und Gewissensfreiheit aufmerksam machen wollen – sein Anliegen wird aber verfälscht, wenn es propagandistisch genutzt wird.«

Bäumer fährt fort: »Wir wenden uns daher gegen die Absicht, der geplanten Einrichtung den Namen unseres Pfarrers Oskar Brüsewitz zu geben. Frau Brüsewitz ist weder von diesem Vorhaben informiert noch um ihre Zustimmung gebeten worden. Wir können in diesem Vorhaben nur einen Mißbrauch seines Namens sehen«.⁶⁶¹

Der angeschriebene rheinische Präses Immer reagierte blitzartig auf diese (für ihn nicht unerwartete) Aufforderung aus Magdeburg. Unmittelbar nach Erhalt des Briefes, noch am 12. Mai 1977, schrieb er an das »Koordinationsbüro Brüsewitz-Zentrum« und die Unterzeichner des Aufrufes. Er bat »die Initiatoren des Zentrums dringend, ihre Einrichtung nicht nach Oskar Brüsewitz zu benennen. Für den Fall, daß darauf nicht verzichtet werden sollte, bitte ich alle Unterzeichner des Aufrufes für das geplante Zentrum, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Der politische Hintergrund dieses Vorhabens setzt die Christen in der DDR dem Verdacht aus, daß ihr Eintreten für ihre Belange und Rechte durch Kräfte außerhalb der DDR gelenkt wird.«⁶⁶²

Doch nur acht der knapp 200 Unterzeichner folgten der Aufforderung, ihre Unterschrift und damit ihre Unterstützung für das Projekt zurückzuziehen.⁶⁶³

Die Meldung des Evangelischen Pressedienstes⁶⁶⁴, daß der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel und der nordrhein-westfälischen Oppositionsführer Heinrich Köppler sich vom Gründungsaufwurf distanziert hätten, war dagegen eine lancierte Falschmeldung, die trotz der Dementis der Betroffenen weiter verbreitet und rege nachgedruckt wurde.

Olaf Kappelt, der Initiator des Brüsewitz-Zentrums, erinnert

sich an eine »massive Desinformations- und Verleumdungskampagne«, die sich in diesen Tagen entfaltete, und gegenüber der sich die jungen Organisatoren recht hilflos fühlten, zumal sie über die von ihren mit Christa Brüsewitz geführten Gespräche Stillschweigen bewahren wollten, um die in der DDR lebende Witwe nicht zu gefährden. Auch blieb ihnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Zugang zu den Medien versperrt. Damals ahnten die Initiatoren zwar, daß ihr wirklicher Gegner im Osten das Ministerium für Staatssicherheit der DDR war, doch beweisen konnten sie dies nicht.

Heute, nach der Wende, erweist sich, daß die Drahtzieher der Kampagne gegen das Brüsewitz-Zentrum auch im Ministerium für Staatssicherheit, Hauptabteilung XX/4, und in der Abteilung XX der Bezirksverwaltung Halle saßen – auch wenn vom Westen aus die östlichen Kirchenleitungen als die Handelnden erschienen.⁶⁶⁵

Die Gründer des Brüsewitz-Zentrums hatten sich bei ihrem Vorhaben davon leiten lassen, daß Oskar Brüsewitz mit seiner demonstrativen Tat bewußt den Schritt in die Öffentlichkeit getan hatte und damit zu einer Person der Zeitgeschichte geworden war. Darin sahen sie sich durch den Abschiedsbrief von Brüsewitz bestärkt, in dem es hieß, daß er sich freue, von Gott »zu den geliebten Zeugen berufen« zu werden.

Auch Frau Brüsewitz hatte sich unmittelbar nach dem Schock zu ihrem Mann und seiner Tat bekannt. So war am 23. August 1976 in der »Süddeutschen Zeitung« – noch ohne Kenntnis vom Tod Brüsewitz' am Vortag – zu lesen: »Christa Brüsewitz [...] hat der ADN-Darstellung⁶⁶⁶ widersprochen. In Telefongesprächen mit westlichen Journalisten sagte sie, ihr Mann habe mit seiner Tat bewußt ein Zeichen setzen wollen. Bei der Vernehmung durch DDR-Sicherheitskräfte habe man ihr in den Mund zu legen versucht, ihr Mann habe den Selbstmordversuch wegen seiner gestörten Beziehung zur Umwelt begangen. Gegen dieses Ansinnen habe sie sich ausdrücklich verwahrt.«⁶⁶⁷

Obwohl die schwierige Situation der Witwe Brüsewitz nicht verschärft werden sollte, hatten die Initiatoren des Brüsewitz-Zentrums doch schon Ende 1976 vorsichtig Kontakt mit ihr aufgenommen und sie dann 1977 über ihr Vorhaben informiert. Heinz Matthias, der Christa Brüsewitz bereits am 13. November 1976

besucht hatte⁶⁶⁸, berichtete ihr bei einem weiteren Besuch am 8. Februar 1977 über die Pläne. Sie erhob weder bei diesem Treffen noch später Einwände gegen das geplante Brüsewitz-Zentrum⁶⁶⁹, obwohl sie dazu vielfach Gelegenheit gehabt hätte, da es, wie das MfS aufgrund der Postüberwachung von Frau Brüsewitz wußte, vom Herbst 1976 an »aktive politische Verbindungen«⁶⁷⁰ zwischen ihr und Heinz Matthias gab.

Im »Sachstandsbericht« zum Operativvorgang (OV) »Untergrund« berichtete die Kreisdienststelle Zeitz am 22. September 1978, also mehr als ein Jahr nach der Gründung des Brüsewitz-Zentrums, rückblickend:

»Die im OV »Untergrund« erfaßte Person MATTHIAS, Heinz [...], trat bereits unmittelbar nach der Selbstverbrennung des Pfarrer Brüsewitz am 18.8.1976 in Erscheinung. Er traf sich mit Frau BRÜSEWITZ und beeinflusste diese aktiv, ihre Zustimmung zur Bildung des Brüsewitz-Zentrums zu geben. Der MATTHIAS muß als unmittelbarer Organisator des Brüsewitz-Zentrums bezeichnet werden. [...]

Neben den genannten BRD-Personen traten vom Vorstand des Brüsewitz-Zentrums noch folgende Personen aktiv, insbesondere als Verbindungspersonen zu BRÜSEWITZ, Christa, in Erscheinung: KAPPELT, Olaf [...], jetzt Vorstandsmitglied im Brüsewitz-Zentrum.

Die Verbindung des Brüsewitz-Zentrums zu anderen feindlichen Organisationen gehen u.a. auch daraus hervor, daß der DR. GNAUCK, Reinhard [...] als Mitarbeiter der Gesellschaft für Menschenrechte die BRÜSEWITZ, Christa, in Rippicha besuchte, um ebenfalls ihre Zustimmung zur Gründung des Brüsewitz-Zentrums einzuholen⁶⁷¹.«

Um die Haltung von Frau Brüsewitz zum Brüsewitz-Zentrum zum Ende des Jahres 1977 – sechs Monate nach der Gründung – gab es beim MfS aufgrund eine Reihe von IM-Berichten aus dem direkten Umfeld von Frau Brüsewitz keine Zweifel: »Die BRÜSEWITZ, Christa, solidarisiert sich seit der ersten Stunde mit der »Tat« [ihres Mannes] und erklärt, daß er ein »Zeichen« setzen wollte. Sie bekennt sich dazu, das Vermächtnis ihres Mannes fortzusetzen.

Diese Haltung wird durch den Einfluß des MATTHIAS, zu

welchem sie einen sehr guten Kontakt hat, noch bestärkt, so daß sie heute voll und ganz auf der Position des ›BRÜSEWITZ-ZENTRUMS‹ steht.«⁶⁷²

Zusätzlich hatte Kappelt im Frühjahr, bald nach dem Beschluß zur Gründung, die Zustimmung eines der Witwe eng verbundenen Bruders von Oskar Brüsewitz eingeholt, der am 18. Juni auch an der Gründungsveranstaltung in Bad Oeynhausien teilnahm und der Arbeit des Brüsewitz-Zentrums in den folgenden Jahren verbunden blieb⁶⁷³.

Obwohl sie sich sicher waren, daß Christa Brüsewitz die Gründung des Brüsewitz-Zentrums akzeptierte, irritierte die massive publizistische Kampagne gegen ihr Vorhaben die Initiatoren des Brüsewitz-Zentrums. Heinz Matthias rief deshalb am 17. Mai bei Frau Brüsewitz an. Sie sagte, sie wisse nichts von einem Brief des Magdeburger Propstes Bäumer an den westfälischen Präses Immer, in dem es hieß: »Wir wenden uns daher gegen die Absicht, der geplanten Einrichtung den Namen unseres Pfarrer Brüsewitz zu geben. Frau Brüsewitz ist weder von diesem Vorhaben informiert noch um ihre Zustimmung gebeten worden«. Die Witwe wollte aber ihrer Kirchenleitung nicht in den Rücken fallen. Deshalb bat sie darum, über dieses Telefonat nichts in der Öffentlichkeit verlauten zu lassen. Vom Plan des Brüsewitz-Zentrums distanzierte Frau Brüsewitz sich ausdrücklich nicht, obgleich sie – ihrer eigenen Aufzeichnung über dieses Telefonat zufolge, die sie auf »Bitte« von Propst Bäumer zwei Tage später anfertigen mußte – gesagt haben will, daß sie die Motive des Zentrums nicht kenne. Sie habe aber nichts dagegen, wenn Bürger der Bundesrepublik das Andenken ihres Mannes bewahren wollten.⁶⁷⁴

Olaf Kappelt, der Initiator des Brüsewitz-Zentrums, nutzte eine Reise⁶⁷⁵ mit seiner Frau zu seiner Patentante in Stralsund, um anschließend zu Christa Brüsewitz nach Rippicha zu fahren. Das Ehepaar Kappelt war von Heinz Matthias in dem Telefonat vom 17. Mai avisiert worden, was nicht nur der Kirchenleitung⁶⁷⁶ bekannt wurde. So wartete trotz der frühen Morgenstunde bereits ein »Aufpasser«⁶⁷⁷ im Pfarrhaus auf die Besucher, der sich dann auch aktiv in die Gespräche einmischte.

Ungeachtet dieser störenden Zeugen berichtete Kappelt nun Frau Brüsewitz abermals von der beabsichtigten Gründung des

Brüsewitz-Zentrums. Auch bei dieser Gelegenheit erhob die Witwe keinerlei Einwände, wenn sie auch, in der ihr eigenen bescheidenen Art, unter Hinweis auf die Geschichte des Turmbaues von Babel darauf hinwies, daß weder ihr Mann noch sie sich mit dem Zeichen von Zeitz einen Namen machten wollten.

In der Bürokratensprache des MfS hieß es zu diesem Besuch zusammenfassend: »Dieser KAPPELT reiste am 31.5.1977 zur BRÜSEWITZ ein, um eine nochmalige Zustimmung zur Gründung des Brüsewitz-Zentrums einzuholen⁶⁷⁸.«

Wenige Tage später traf beim Brüsewitz-Zentrum Post aus Magdeburg ein: Bischof Krusche behauptete in seinem Brief vom 6. Juni 1977, er habe am 5. Juni »bei einem Kreiskirchentag in Zeitz« Christa Brüsewitz getroffen, die ihm von Kappelts Besuch berichtet habe. »Sie haben nun aus Frau Brüsewitz' eigenem Mund gehört, daß sie gegen die Benennung des [...] Zentrums mit dem Namen ihres Mannes ist. Sie haben dabei auch sicher feststellen können – wenngleich Ihnen das sicher schwer geworden sein mag –, daß Frau Brüsewitz von niemand – weder von staatlicher noch von kirchlicher Seite – beeinflußt oder gar zu dieser Entscheidung gedrängt worden ist. Sie wird Ihnen sicher auch gesagt haben, wie es bei ihr zu dieser Ablehnung gekommen ist: Sie hat um Klarheit in dieser Sache gebetet, und ihr ist als Antwort der Satz aus der Turmbaugeschichte zuteil geworden: »[...] damit wir uns einen Namen machen«. Von daher ihr Nein.«

Weiter heißt es in dem Brief des Bischofs: »Ich kann nur hoffen, daß Sie so viel Anstand haben werden, diesen geistlichen Vorgang zu respektieren, und daß Sie also davon Abstand nehmen werden, dem Zentrum [...] den Namen von Oskar Brüsewitz zu geben. Sollte ich mich in dieser Erwartung täuschen, müßte ich mir vorbehalten, kurz vor dem 18. Juni eine Erklärung von Frau Brüsewitz der Öffentlichkeit zu übergeben. Ich bin dazu von ihr ermächtigt worden⁶⁷⁹.«

Diese Darstellung der Dinge durch den Magdeburger Bischof war schon damals höchst umstritten. So teilten enge Freunde der Familie Brüsewitz am 12. Juni 1977 nach einem Besuch bei Christa Brüsewitz mit: »Wir haben uns in der Hauptsache über das geplante Brüsewitz-Zentrum unterhalten. Frau B. wurde von der Kirchenleitung drüben zur Stellungnahme gedrängt und sogar um

eine ablehnende Unterschrift gebeten⁶⁸⁰ «.

Brüsewitz' Bruder Bernhard berichtete der Nachrichtenagentur Idea⁶⁸¹, kurz vor dem in West-Berlin stattfindenden Kirchentag (8. bis 12. Juni 1977) habe Christa Brüsewitz Besuch des Propstes von Naumburg, Günter Bronisch, erhalten, der ihr im Auftrag des Magdeburger Bischofs Krusche einen vorbereiteten Text vorgelegt habe. Dieser lautete: »Die Benennung des in Bad Oeynhausen geplanten Brüsewitz-Zentrums geschieht ohne meine Zustimmung. Ich wünsche nicht, daß das Andenken meines Mannes auf diese Weise entstellt wird.«

Der Propst habe Frau Brüsewitz, die sich sträubte, diesen geforderten Widerspruch zu unterschreiben, versichert, dies sei ausschließlich zu ihrem Schutz und dem Schutz ihrer beiden Töchter: Falls sie von den DDR-Behörden im Zusammenhang mit dem Brüsewitz-Zentrum bedrängt werden sollten, könnten sie sich auf die von ihr unterschriebene Erklärung mit dem distanzierenden Inhalt berufen. Die Erklärung werde im Archiv des Magdeburger Konsistoriums verbleiben, versicherte er diesem Bericht zufolge. Christa Brüsewitz, die noch immer in der Sorge lebte, die Kirche könne ihren Auszug aus der Pfarrwohnung verlangen, habe nach langem Überlegen die Erklärung ihrer Kirchenleitung unterschrieben.

Gegenüber den schweren Vorwürfen, sie habe Frau Brüsewitz getäuscht, hüllte sich die Kirchenleitung in Magdeburg später in Schweigen. Auf der Sitzung der Kirchenleitung am 15./16. Juli 1977 stellte der Bischof nach einem Bericht über die »Presseauseinandersetzungen in der Bundesrepublik wegen der Einrichtung des Brüsewitz-Zentrums« der Kirchenleitung »die Frage, ob sie damit einverstanden sei, daß wir darauf verzichten, gegenüber der westdeutschen Presse auf den Vorwurf zu antworten, Frau Brüsewitz sei von ihrer Kirchenleitung bewußt getäuscht worden, um von ihr die Erklärung wegen des Mißbrauchs ihres Namens für das sogenannte Brüsewitz-Zentrum zu erhalten. Die Kirchenleitung befürwortet, jetzt keinerlei neue Erklärung an die Presse zu geben.«⁶⁸²

Daß die vom Bischof Krusche in seinem Brief publizierte Version der Dinge nicht zutreffend sein konnte, wurde damals bereits deshalb vermutet, weil er nicht abwartete, ob Kappelt seiner Auf-

forderung nachkommen würde: Bereits vier Tage nach dem Verfassen des Briefes – dieser konnte bestenfalls gerade in Bad Oeynhausens angekommen sein – verlas Bischof Krusche am 10. Juni die »von Frau Brüsewitz unterschriebene Stellungnahme« auf dem (West)Berliner Kirchentag⁶⁸³ und übergab sie dem Evangelischen Pressedienst⁶⁸⁴ zur Verbreitung⁶⁸⁵.

Der Leiter des »ZDF-Magazins«, Gerhard Löwenthal, warnte nach diesen Ereignissen die protestantische Kirche öffentlich, sich »zum Büttel des Staatssicherheitsdienstes von drüben« machen zu lassen⁶⁸⁶ – und mußte sich deshalb von Journalisten wie dem FAZ-Korrespondenten Peter Jochen Winters als »uninformierter Eiferer«⁶⁸⁷ bezeichnen lassen, der eine »Verleumdung der Kirche«⁶⁸⁸ betreibe. Die westlichen Kirchenleitungen waren zudem schnell mit dem Vorwurf der »üblen Nachrede«⁶⁸⁹ zur Hand.

Von der seinerzeit durch epd publizierten angeblichen Erklärung von Christa Brüsewitz⁶⁹⁰ findet sich in den Akten des Magdeburger Konsistoriums nur eine von Propst Bäume beglaubigte »Abschrift« – allerdings bezeichnenderweise ohne eine Unterschrift von Christa Brüsewitz. In der Mappe »Brüsewitz-Zentrum« findet sich zwar die übliche Korrespondenz der Kirchenleitung zu diesem Thema – so auch ein Gedächtnisprotokoll über das Telefongespräch mit Heinz Matthias am 17. Mai, das Frau Brüsewitz »auf Bitten« von Propst Bäume anfertigen mußte⁶⁹¹ – aber keinerlei Hinweis auf die Existenz der »Erklärung« von Frau Brüsewitz. Die angeblich von der Witwe unterschriebene Erklärung gegen das Brüsewitz-Zentrum war damit offenkundig eine von der Kirche bewußt zum Zwecke der Desinformation erstellte Fälschung.

Statt einer unterschriebenen Erklärung findet sich in den Kirchenakten dagegen ein aufgeregter und entlarvender Brief des West-Berliner Oberkirchenrates Olaf Lingner an Bischof Krusche, der diesem einen Vermerk von Heinz Matthias über den Inhalt eines Telefonates mit Frau Brüsewitz vom 9. Juli zusendet und dazu anmerkt: »Mein Eindruck ist der, daß man Frau Brüsewitz nicht mehr ohne Assistenz mit Vertretern der westlichen Publizistik sprechen lassen darf. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß Frau Brüsewitz nicht übersieht, was sie mit solchen Er-

klärungen für Schaden anrichten kann. Ihnen wird auffallen, daß die Einlassung von Frau Brüsewitz [...] tendenziell im Widerspruch zu dem steht, was Sie zur Sache bekanntgegeben haben.« Lingner leitete den Briefwechsel sogleich an Manfred Stolpe und dessen Vertreterin, Oberkirchenrätin Christa Lewek, nach Ost-Berlin weiter.⁶⁹²

Die hier geäußerte Sorge eines Kirchenvertreters vor unkontrollierten Gesprächen zwischen Frau Brüsewitz und Journalisten dürfte kurze Zeit später auch dazu geführt haben, daß die Kirchenleitung in Magdeburg zum Todestag im August 1977 dafür Sorge trug, daß »ein Jurist, Oberkonsistorialrat Müller⁶⁹³, in Rippicha anwesend sein [wird], vor allem, um Frau Brüsewitz zu beraten und sich »schützend vor sie zu stellen«, um sie vor unbedachten Äußerungen gegenüber den zu erwartenden Anfragen von BRD-Journalisten abzuschirmen«, wie es in dem Protokoll eines Gesprächs heißt, das Superintendent Hildebrandt am 16. August 1977 mit dem Rat des Kreises Zeitz führte. Hildebrandt »äußerte, daß ja Frau Brüsewitz in ihrer Unbekümmertheit und Unbedachtheit Antworten gibt, über deren Auslegung und Tragweite sie gar nicht in der Lage ist, diese voll einzuschätzen. Deshalb ist die Kirche daran interessiert, vor allem hier abschirmend zu wirken, damit daraus keine feindliche Interpretierung, die auf keinen Fall von seiten der evangelischen Kirche gewollt sei, erfolgen könne.«⁶⁹⁴

Doch auch die Instrumentalisierung der wehrlosen Witwe wenige Tage vor dem Gründungsdatum des Brüsewitz-Zentrums konnte das Vorhaben nicht mehr zu Fall bringen, auch wenn die Initiatoren darauf verzichten mußten, wenigstens zur Rechtfertigung öffentlich darzustellen, daß sie nicht ohne Einwilligung von Christa Brüsewitz gehandelt hatten. Obwohl ihr Schweigen in der Öffentlichkeit als Schuldeingeständnis mißverstanden werden konnte, entschieden sie, daß es unverantwortlich wäre, ihrerseits die Witwe durch Bekanntgabe von Details zu gefährden.

Noch am Vorabend der Gründung unternahmen die Kirchenleitungen letzte Anstrengungen, um das Brüsewitz-Zentrum zu verhindern: So erschien – sichtbar peinlich berührt wegen des ihm erteilten Auftrages – der örtliche Superintendent Schumann in der

Wohnung Kappelts und plädierte gegen die Gründung des Zentrums.⁶⁹⁵

Unterdessen war der Wiesbadener Arzt Dr. Reinhard Gnauck unterwegs zu Frau Brüsewitz. Im Rahmen eines schon lange vorher geplanten und bei den DDR-Behörden beantragten Verwandtenbesuches traf er sich am Gründungstag des auch von ihm unterstützten Zentrums, dem 18. Juni 1977, mit ihr. Auch Gnauck, der Christa Brüsewitz mit ihrer nur 243,50 DDR-Mark betragenden Rente als ehrenamtlicher Mitarbeiter der »Gesellschaft für Menschenrechte« (GfM)⁶⁹⁶ auf geheimen Wegen die im Westen gesammelten Spenden zukommen ließ, sprach mit Christa Brüsewitz über die Absichten der Gründer, ohne ein Wort des Widerspruchs gegen das Brüsewitz-Zentrum von ihr zu hören.

Trotz aller Interventionen wurde das Brüsewitz-Zentrum deshalb am 18. Juni 1977 im Großen Kurhaussaal des Staatsbades Bad Oeynhausen mit Symposien über »Christliche Verantwortung in der Politik« und »Religionsfreiheit und Menschenrechte in der DDR« gegründet⁶⁹⁷. Prominente Teilnehmer waren das Mitglied der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche, Peter W. Höffkes, Otto von Habsburg, die Bürgerrechtler Ludek Pachman und Anatoli Levetin Krasnov, Pastor Jens Motschmann, Hans Braun (Internationale Mission to the Communist World) sowie die Unionspolitiker Hans Graf Huyn und Hugo Klein. Gast auf der Veranstaltung war auch Oskar Brüsewitz' Bruder Bernhard.

Nach der Gründung des Brüsewitz-Zentrums

Bischof Krusche ließ die Gründung des Trägervereins für das zukünftige Brüsewitz-Zentrum nicht ruhen. Im »Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt« wieder holte er am 26. Juni die harte Kritik der Kirchenleitungen an der Verwendung des Namens von Oskar Brüsewitz: »Wir haben uns dazu ganz dezidiert geäußert. [...] Wir haben unserer Sorge Ausdruck gegeben, daß durch ein solches Unternehmen unsere eigenen Bemühungen, hier die uns garantierte Religionsfreiheit zu praktizieren, ins Zwielficht geraten. [...] Ich muß annehmen, [...] daß es sich bei diesem geplanten Zentrum um ein Unternehmen gegen die evangelischen Kirchen

handelt, um ihre Leitungen zu desavouieren und ihre Integrität in Frage zu stellen. [...] Ich denke, daß dieses Unternehmen in der Tat ein Posten im Propaganda-Krieg ist und daß es nicht dem dient, was es als seine Aufgabenstellung angibt. Wir halten es für sinnlos, daß man sich gegenseitig Verletzungen von Menschenrechten vorwirft.«

Zu dem Vorwurf, die von Frau Brüsewitz abgegebene Erklärung sei »fragwürdig«; antwortete Bischof Krusche: »Auf diesen Einwand sind wir gefaßt gewesen. Es gibt offenbar Leute, die sich nicht vorzustellen vermögen, daß sich jemand in der DDR frei äußern könne.

Ich kann dafür garantieren, daß Frau Brüsewitz ihre Erklärung, nicht mit der Namensgebung einverstanden zu sein; ihre Erklärung, daß das Andenken ihres Mannes auf diese Weise entstellt werden, mir gegenüber frei abgegeben hat.

Frau Brüsewitz ist im Gebet zu der Klarheit gekommen, daß es sich bei dem geplanten Zentrum um ein Unternehmen handelt, mit dem Menschen sich einen Namen machen wollen. Mir ist nicht verständlich, wie jemand, der sich für die Menschenrechte einsetzen will, das elementare Recht des Schutzes auf die Ehre des Namens so verletzen kann. Im übrigen gehört Oskar Brüsewitz in keinem Fall den Initiatoren dieses Unternehmens.«

Ein ehemaliger Pfarrer aus der Kirchenprovinz Sachsen zweifelt dagegen am 29. Juni 1977 in der »Frankfurter Rundschau«⁶⁹⁸ die Behauptungen Krusches im »Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt« mit deutlichen Worten an. Die »FR« druckte diesen Leserbrief ab, nicht ohne ihm vorwegzuschicken, »obwohl die FR die Bedenken Bischof Krusches und der Evangelischen Kirche in Westdeutschland gegen das »Brüsewitz-Zentrum« teilt, soll ihren Lesern die andere Bischof Krusche widersprechende Sicht der Problematik, wie sie in dem Brief formuliert wurde, nicht vorenthalten werden.«

Pfarrer Meyer warf Bischof Krusche vor, die schwierige Situation der Christen in der DDR »auf eine absolut unzulässige Weise verharmlost und abgeschirmt zu haben: »Aufgrund meines Briefwechsels mit Frau Brüsewitz glaube ich sagen zu können, daß diese sich nicht grundsätzlich gegen eine Unternehmung stellen würde, die die Intention der Tat ihres Mannes aufgreift. Ange-

sichts der kritischen Stellung von Brüsewitz gegenüber der Kirchenleitung und wohl auch Krusches als deren Vorsitzenden und der Vorbehalte von Frau Brüsewitz gegenüber Stellungnahmen Krusches zur Tat von Brüsewitz, wie sie mir gegenüber äußerte, bezweifle ich die Glaubwürdigkeit der Interviewäußerungen zum Problem der Namensgebung. Sollte Frau Brüsewitz dies gesagt haben, einem Manne, der es sich auf dem Höhepunkt der Ereignisse nicht nehmen ließ, seinen Aufenthalt in Tansania fortzusetzen, statt unverzüglich zum Brennpunkt des Geschehens in seine Heimatkirche zurückzukehren?«

Meyer wies auch darauf hin, »daß Herr Dr. Krusche nicht die Auffassung der Mehrheit von Gemeindegliedern repräsentiert, wenn er sich gegen die Einrichtung eines Brüsewitz-Zentrums verwahrt. Es ist sehr wohl so, daß die größere Zahl von Christen und Bürgern ein Bedenken ihrer Situation ›von außen‹ erwartet. [...] Ich wage zu bezweifeln, daß Herr Bischof Dr. Krusche von sehr vielen Schwestern und Brüdern in der DDR das Recht zugestanden wird, sich schützend vor sie zu stellen. Sind doch die Spannungen zwischen Gemeindechristen und Pfarrerschaft auf der einen und der Kirchenleitung [...] auf der anderen Seite hinsichtlich der Beurteilung der Tat des Pfarrers Brüsewitz [...] unübersehbar geworden. [...]

Es ist mir in der DDR seit dem 18. August 1976 immer wieder bedeutet worden, wie sehr sich das zwielichtige kirchengeleitete Handeln selber desavouiert und desintegriert hat, so daß es nicht mehr aus der Lebens- und Leidenssituation des einzelnen Christen heraus zu sprechen vermag. Gerade diese Situation wird in den Worten von Krusche auf eine absolut unzulässige Weise verharmlost und abgeschirmt. Wenn wir uns längst daran gewöhnt haben, daß so viele Probleme weltweit beachtet werden, dann kann es auch nicht angehen, die Probleme des Lebens in der DDR – unbedacht – unter der ausschließlichen Hoheit der Evangelischen Kirche in der DDR zu belassen. Abgesehen davon hat Otto von Habsburg doch wohl recht mit der Feststellung, daß Brüsewitz durch seine Tat uns allen gehört. Es ist der Beachtung wert, daß Krusche auf diese Feststellung nicht eingegangen ist.«

Abschließend geht der ehemalige Pfarrer auf die Frage ein, »Schadet den Christen in der DDR das Brüsewitz-Zentrum?« Er

sei »überzeugt, daß sehr viele Menschen in der DDR antworten würden: Das Brüsewitz-Zentrum schadet vielleicht genauso viel, wie seine Nichtexistenz nützen würde. Zunächst!«

Anfang Juli 1977 tagte der Rat und die Kirchenkonferenz der EKD in West-Berlin. In der abschließenden Erklärung wurde vor allem auf das gerade gegründete Brüsewitz-Zentrum eingegangen:

»Wir halten daran fest, daß die Verwendung des Namens Oskar Brüsewitz im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Informations- und Dokumentationszentrum unvertretbar ist, weil dadurch den Kirchen in der DDR Schaden zugefügt wird. [...] Wir widersprechen der Unterstellung, daß Kirchenleitungen in der DDR sich von Organen des Staates und der Partei zu politisch genehmigten Erklärungen nötigen lassen. Aus unserer Kenntnis der jüngst besonders angegriffenen Bischöfe Albrecht Schönherr und Werner Krusche erklären wir, daß deren Darstellung der Situation ihrer Gemeinden und Pfarrer nicht als eine Konzession an den kommunistischen Staat zu verstehen ist. Diese Angriffe halten wir für üble Nachrede.«⁶⁹⁹

Ungeachtet des Widerstandes von seiten der Kirchenleitung und der Regierenden in Ost und West entwickelte sich das Brüsewitz-Zentrum als Initiative christlicher Laien bald zu einer beachtlichen Institution.

1983 wurde aus finanziellen Gründen Abschied vom Konzept einer Tagungsstätte genommen, seither organisierte ein Büro in Bonn, aufgebaut von Kai Fischer und fortgeführt von Mariella von Mandelsloh und Knut Abraham, die deutschlandpolitische Bildungsarbeit und die publizistischen Aktivitäten. Unzählige Seminare über die Situation der Deutschen in der DDR, drei vielbeachtete interdisziplinäre Fachkongresse und die Publikationen (»Christen drüben«), aber auch konspirative Hilfsaktionen für christliche Bürgerrechtler jenseits der Mauer prägten die Arbeiten.

Durch diese Aktivitäten des Brüsewitz-Zentrums fühlte sich das Ministerium für Staatssicherheit herausgefordert: Bis zum Ende der DDR im Herbst 1989 wurde die »Feindzentrale

Brüsewitz-Zentrum« (so nicht nur das MfS, sondern auch das Oberste Gericht der DDR in einem Urteil von 1980⁷⁰⁰) durch Mielkes Ministerium – und in Zusammenarbeit mit dem KGB⁷⁰¹ – massiv ausspioniert. Mehrere »Zentrale Operativ-Vorgänge« (ZOV) belegen, wie intensiv das Brüsewitz-Zentrum und einige seiner Vorstandsmitglieder und Kuratoren aufgeklärt wurden: Von den Autokennzeichen der Besucher im Jahr 1977 und der Adresse des Kindergartens, in den die Tochter Kappelts ging, bis hin zu Charakterstudien über Vorstandsmitglieder lag fast alles in Ost-Berlin und Moskau vor – aber eben auch nur fast alles, weil dem MfS und dem KGB der Einbruch in den nur aus wenigen Aktiven bestehenden Führungszirkel nicht gelang. Leider sind jedoch wichtige MfS-Akten 1989 vernichtet worden.

Unter den vielen auf das Brüsewitz-Zentrum angesetzten IM war der »mehrfach überprüfte und zuverlässige IM der Hauptabteilung XX/4, IM »Hermann Heinrich«, besonders fleißig beim Ausspionieren der »Feindzentrale«: »Im Operationsgebiet konnten Beweise erarbeitet werden, daß durch das Brüsewitz-Zentrum umfangreiche politisch-ideologische Diversion und staatsfeindliche Hetze gegen die DDR und andere sozialistische Staaten betrieben wird«, konnte der Führungsoffizier daraufhin vermelden.⁷⁰²

Aber nicht nur die für die Bekämpfung der inneren Opposition und der Kirchen in der DDR zuständige Hauptabteilung XX bearbeitete das Brüsewitz-Zentrum, auch die Abteilung 1 der Hauptabteilung XXII (»Terrorabwehr«) interessierte sich bis zum Jahre 1989 für die Vorstandsmitglieder der »Feindzentrale« Brüsewitz-Zentrum. Alle relevanten Informationen liefen zudem bei der »Zentralen Koordinationsgruppe« (ZKG) zusammen.⁷⁰³

Olaf Kappelt, der Begründer des Brüsewitz-Zentrums blieb im Fadenkreuz des MfS, obwohl er sich 1982 aus der aktiven Arbeit zurückgezogen hatte. Bemerkenswert dabei ist die in der MfS-Akte von Olaf Kappelt mehrfach aufgetauchte Formulierung »Die Abteilung XXII/1 verfügt nicht über Möglichkeiten, den K. im Operationsgebiet [Westdeutschland] unter Kontrolle zu halten. Es wird vorgeschlagen, den K. den gegnerischen Sicherheits-

organen als Gefahrenträger zu benennen.«⁷⁰⁴

An anderer Stelle heißt es in einem Papier der Hauptabteilung XXII (»Terrorabwehr«), ebenfalls im Juli 1987: »Prüfung der Möglichkeiten zur Übergabe von Materialien an WB-[West-Berliner]/BRD-Organ: Aufgrund seiner offiziellen publizistischen Mitarbeit an der antisozialistischen Zeitschrift ›Christen drüben‹ wird vorgeschlagen, gegnerische Abwehrorgane über K. zu informieren.« Handschriftlich ist daneben vermerkt: »Achten, daß wir uns nicht selbst schaden.«⁷⁰⁵ Mit anderen Worten: Kappelt sollte im Westen als Mitarbeiter des MfS verleumdet und damit unschädlich gemacht werden. »Operative Kombination« hieß diese Aktion im Stasi-Jargon.

Aber nicht nur das Brüsewitz-Zentrum hielt das Ansehen von Oskar Brüsewitz in Ehren: Auch die Gesellschaft für Menschenrechte (GfM, später IGfM), die »Arbeitsgemeinschaft 13. August«, der Bund Freies Deutschland, der Demokratische Klub in Berlin und Dekan Jochen Desel vom Patenkreis des Kirchenkreises Zeitz, Hofgeismar, sahen es als ihre Verpflichtung an, das Wirken dieses Mannes und seine Botschaft nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Im Auftrag der Berliner »Arbeitsgemeinschaft 13. August« malte Mathias Köppel ein Ölgemälde, das den Augenblick der Selbstverbrennung aufgrund vieler Zeugenbefragungen nachempfand und die Besucher des Berliner Mauermuseums am Checkpoint Charlie auf das Fanal hinwies. Auch dramaturgisch wurde das Thema aufbereitet: Hartmut Langes Theaterstück »Pfarrer Koldehoff« wurde im Januar 1979 vom Ensemble des Berliner Schloßpark-Theaters aufgeführt⁷⁰⁶.

In Rippicha wurde im August 1977 des ersten Todestages von Oskar Brüsewitz gedacht. Als bekannt wurde, daß Bischof Kruusche am 21. August in Rippicha persönlich predigen wollte, reagierte die DDR-Führung mit erhöhter Aufmerksamkeit.

Der Bischof, der seine Afrikareise seinerzeit wegen des Fanals von Zeitz nicht unterbrochen hatte, predigte über das Lukas-Evangelium, in dem Jesus seine Jünger auffordert, sich darüber zu freuen, »daß Eure Namen im Himmel geschrieben sind«. Er wies kritisch darauf hin, daß der Name von Brüsewitz von »bestimm-

ten Gruppen in der Bundesrepublik« für ihre »durchsichtigen Zwecke« benutzt werde. Sein Name habe auch erhalten müssen, »um gegen die Kirchenleitungen in der DDR zu hetzen«. Wörtlich sagte der Bischof: »So wollen Menschen seinen Namen dem Vergessenwerden entreißen und dabei zugleich ihren Namen kräftig in Erinnerung bringen. Es wäre um unseren Bruder Brüsewitz schlecht bestellt, wenn er darauf angewiesen wäre, daß seinem Namen auf diese Weise Ehre auf Dauer verschafft werden müßte. Aber er bedarf dessen nicht. Sein Name ist im Himmel geschrieben, und da ist für ihn unvergleichbar besser gesorgt, als wenn er nur in unsere Herzen geschrieben wäre oder wenn ein paar kalte Krieger ihn auf ihre Feldstandarten schreiben.«⁷⁰⁷

VIII. Nachwirkungen

Der Selbstverbrennungsversuch von Oskar Brüsewitz hatte in den Dienststellen des MfS nicht nur im Kreis Zeitz zu hektischen Aktivitäten geführt. Doch selbst mit dem Tod des Pfarrers war das »Problem Brüsewitz« noch lange nicht gelöst: Nun wurde Brüsewitz zum Symbol des Widerstands gegen den SED-Staat, wie das MfS spätestens seit der weit verbreiteten Empörung über die Verleumdungen in der DDR-Presse und an den vielen Teilnehmern bei der Beerdigung erkennen mußte.

Damit »die Kirchenpolitik von Partei- und Staatsführung weiterhinstörungsfrei durchgesetzt werden«⁷⁰⁸ konnte, mußte deshalb die Erinnerung an den Pfarrer vom MfS getilgt werden. Die übliche operative Bearbeitung »negativer Personen«, insbesondere in kirchlichen Kreisen, reichte dazu nicht mehr aus. Man mußte nun alle Energie daransetzen, alle die mundtot zu machen, die in Brüsewitz' Sinne weiter tätig werden wollten. Wegen der Bedeutung der Aufgabe liefen die Fäden beim Chef der Hauptabteilung XX im Ministerium für Staatssicherheit, General Kienberg, in Berlin zusammen.

Dieser trieb das MfS in der gesamten Republik zu Höchstleistungen an: Pfarrer, die an den Sonntagen nach dem Fanal mutige, schonungslos ehrliche Predigten hielten (wie beispielsweise Richard Schröder im Harzvorland, Heinz Eggert im sächsischen Oybin und Heiko Lietz im mecklenburgischen Güstrow), oder mutige Pamphlete kursieren ließen (wie die Pfarrer Erich Kranz und Ehrhart Neubert in Weimar) gerieten ebenso in das Visier des MfS wie alle jene, die zum Begräbnis nach Rippicha anreisten; junge Menschen, die den beliebten Pfarrer verehrten, wurden wegen »verfassungsfeindlicher Zusammenschlüsse« (bis zu 12 Jahren Haft) ebenso verfolgt wie jene Amtsbrüder, die sich nur heimlich daran machten, Daten aus dem Leben des so tragisch Verstorbenen für die Nachwelt zusammenzutragen (»landesverräterische Nachrichtenübermittlung«, § 99 StGB, bis zu zwölf Jahre Haft). Dies alles konnte nur programmgemäß ablaufen, wenn auch die Kirchenleitung »mitspielte«.

Priorität besaß für das MfS in den ersten Tagen die Ausschal-

tung jenes Pfarrers, der über das westdeutsche Fernsehen der westlichen Welt die Tatsachen mitgeteilt und damit die Nachrichtenunterdrückung vereitelt hatte. Pfarrer Klaus-Rainer Latk aus Riestedt im Kreis Sangerhausen wurde innerhalb von zehn Tagen mitsamt seiner Familie in die Bundesrepublik »ausgewiesen«, wie es in einem Vermerk des Leiters der Hauptverwaltung XX der MfS-Zentrale, General Kienberg, vom Oktober 1976 heißt.⁷⁰⁹

Pfarrer Latk versuchte sechs Wochen später verzweifelt, wieder in die DDR einzureisen: Die Kirchenleitung in Magdeburg hatte ihm ein Disziplinarverfahren wegen »unerlaubten Verlassens seiner Kirchengemeinde« und den Entzug des Ordinationsrechts angedroht, wenn er nicht binnen vier Wochen zurückkehre. General Kienberg vermerkt dazu: »LTK steht in Dauer-Einreisesperre«. Und handschriftlich ist ergänzt: »Und dabei bleibt es!«⁷¹⁰

Latk konnte zu jener Zeit noch nicht ahnen, daß das kirchliche Disziplinarverfahren gegen ihn eine Auftragsarbeit des MfS war, mit der niemand anderer als der verlässliche IM »Detlef« (und spätere MfS-Offizier im besonderen Einsatz») Detlef Hammer, in seiner kirchenamtlichen Funktion Jurist im Konsistorium Magdeburg, betraut worden war. Das MfS focht mit Hilfe von Hammer das Disziplinarverfahren auch in der zweiten Instanz der Kirchengenichte mit Erfolg durch: Latk wurden die Ordinationsrechte entzogen und damit ein auch in der Bundesrepublik wirksames lebenslanges Berufsverbot vom Osten aus über ihn verhängt, denn Pfarrer aus der DDR wurden von den westdeutschen Landeskirchen nur angestellt, wenn sie von ihren alten Landeskirchen »freigegeben« worden waren.

Hammer hatte schon am 23. August, einen Tag nach dem Tod von Brüsewitz und eine Woche vor der Ausweisung Latks, seinem MfS-Führungsoffizier versprochen: »Des weiteren werde ich versuchen, Propst Bäumer dahingehend zu beeinflussen, daß mit der Durchführung der Übersiedlung des Pfarrers Latk in der BRD dieser durch die Kirchenleitung nicht freigegeben wird, d. h. daß Pfarrer Latk in der BRD als Pfarrer nicht tätig werden kann«.⁷¹¹

Zudem versuchte das MfS, Latk als Gesetzesbrecher abzustempeln. Als »operative Maßnahme«⁷¹² wurde der Magdeburger Staatsanwalt Groß instruiert, in einem Prozeß gegen den Antiquitätenhändler G. diesem »inoffizielle Hinweise« über angebliche

Verfehlungen Latks »vorzuhalten, um den im Gerichtssaal anwesenden Vertretern des ev. Konsistoriums deutlich zu machen, daß die Person Latk sich ebenfalls an kirchlichem Eigentum bereichert hat und mit dem kriminellen G. zu vergleichbar ist.«

Als Ergebnis wurde vermerkt: »Während der Verhandlung konnte Genosse Groß feststellen, daß sich die Vertreter des Konsistoriums [...] sehr interessiert zeigten.«

Diese Strategie des MfS ging auf. Im »Abschlußbericht zum OV ›Konvent‹«⁷¹³ heißt es: »Als politisch-operativ wirksame Maßnahme der Zersetzung gegen die Person Latk erwies sich die Kriminalisierung seiner Person in der Öffentlichkeit. Dazu wurden im Rahmen einer operativen Kombination inoffiziell erarbeitete Hinweise, die Latk als Kriminellen belasten, durch Versand von anonymen Briefen an westliche Massenmedien öffentlichkeitswirksam gestaltet. Im Ergebnis dessen wurde gegen Latk ein Disziplinarverfahren eröffnet. Dies hatte zur Folge, daß die Disziplinarkammer der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen ihm die Ordinationsrechte aberkannte und im Ergebnis der Berufungsverhandlung im Januar 1980 auch noch öffentlich als Kriminellen abstempelte.«

Auch die MfS-Kreisdienststelle (KD) Zeitz war voll damit beschäftigt, »feindlich-negative« Pfarrer zu »zersetzen« und, von 1977 an, das »Brüsewitz-Zentrum« im westfälischen Bad Oeynhaus und dessen Sympathisanten im Kreis Zeitz zu bekämpfen.

Besonders deutlich werden die Absichten und Methoden des MfS Zeitz aus jener Zeit im »Operativ-Vorgang ›Untergrund‹«: Im Mai 1977 instruierte der Leiter der Hallenser MfS-Abteilung XX, Major Kröger, den Leiter der Kreisdienststelle Zeitz, Oberstleutnant Held, »vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung negativer Auswirkungen hinsichtlich zu erwartender Aktivitäten zum einjährigen Todestag von Brüsewitz« zu treffen.

Daraufhin wurde in der KD Zeitz »folgende Hauptrichtung für die weitere politisch-operative Bearbeitung des operativen Materials BRÜSEWITZ festgelegt«, für die der Leiter der KD persönlich verantwortlich war.

- an erster Stelle stand der Kampf gegen feindliche Aktivitäten, »insbesondere unter Beachtung des in der BRD entstandenen ›Brüsewitz-Zentrums‹«,
- zweitens die weitere »Durchsetzung des Differenzierungsprozesses« unter dem Kreis der ev. Pfarrer. »Im Mittelpunkt steht die Dokumentation dieser negativen Aktivitäten mit dem Ziel der Einleitung offensiver Maßnahmen«;
- und schließlich »gezielte Einflußnahme auf die Familie BRÜSEWITZ mit dem Ziel
- der Beeinflussung der Familie zum Wohnungswechsel außerhalb des Verantwortungsbereiches,
- der Zurückdrängung der Vorstellungen zur Errichtung einer Gedenkstätte in Form des Grabmales«.

Diese Absichten wurden unter »Konzentration der operativen Kräfte, Mittel und Methoden« umgesetzt: Gegen zwei Pfarrer aus dem Kreis Zeitz wurden »Operative Personenkontrollen« zu Operativvorgängen »qualifiziert«, und zwar »mit dem Ziel der Nachweisführung der Begehung eines Verbrechens im Sinne des § 106 StGB («Staatsfeindliche Hetze«). Der als äußerst »negativ« eingeschätzte Pfarrer Erich Schweidler sollte aus dem Landkreis entfernt und – das hatte das MfS schon vorab entschieden – von der Kirche nach Thale versetzt werden, vier weitere »negative Pfarrer« sollten mit »koordinierten Maßnahmen« der Abteilung XX in Halle und der jeweiligen örtlichen Dienstseinheiten des MfS bearbeitet werden – »unter Beachtung des Wirksamwerdens des Brüsewitz-Zentrums«.

Besondere Aufmerksamkeit widmete das MfS dem Grabmal, für das sich die Greizer Künstlerin Elly-Viola Nahmmacher angeboten hatte. Auf Bezirksebene klärte das MfS, was für rechtliche Möglichkeiten bestünden, um ein Grabmal zu verhindern. Für die »operative Einflußnahme« auf Bischof Krusche und Propst Bäumer war ebenfalls die MfS-Bezirksverwaltung Halle zuständig: Es sollte versucht werden, die Gestaltung des Brüse-

witz-Grabes zu einem »Denkmal vorbeugend zu verhindern«.

Die Zeitzer Dienststelle des MfS war für die Koordination mit dem MfS in Greiz zuständig. Dadurch sollte vor allem erforscht werden, wie das Grabmal aussehen werde – um rechtzeitig entscheiden zu können, was dagegen unternommen werden mußte.

Schließlich wollte das MfS sich mit seinen Informanten in der Kirchenleitung um den Nachfolger von Brüsewitz auf der Pfarrstelle in Rippicha kümmern. Denn noch immer prangten die christlichen Plakate von Brüsewitz an der Dorfstraße, noch immer stand auf dem von ihm gebauten Spielplatz die große Tafel »Evangelischer Spielplatz«.

Im bürokratischen MfS-Deutsch lautete der Auftrag dazu: »Durch die Abteilung XX der BV Halle erfolgt die operative Einflußnahme auf die Auswahl und den Einsatz des Pfarrers auf die Pfarrstelle Rippicha mit dem Ziel, durch den Einsatz eines progressiven Pfarrers die durch Pfarrer Brüsewitz angebrachte Sicht-Agitation und die Bestrebungen der Gestaltung des Grabes zu einer »Gedenkstätte« abzubauen.«

Was den ersten Jahrestag des Todes von Brüsewitz betraf, so wurde das gesamte Netz der IM im Landkreis Zeitz aufgeboten, um die Lage unter Kontrolle zu halten und insbesondere den Gedenkgottesdienst »ruhig zu halten«.

Endes des Jahres 1977 stellte das MfS fest, daß das Informanten-netz im Landkreis Zeitz nicht ausreichte: Weitere IM sollen umgehend qualifiziert werden, vor allem, um Christa Brüsewitz und ihre Verbindungen zum Brüsewitz-Zentrum »zur beweiskräftigen Dokumentation der feindlichen Aktivitäten« auszuforschen. Ferner sollte ein IM auf Dekan Jochen Desel aus Hofgeismar, dem hessischen Patenkreis von Zeitz, angesetzt werden.

In einem eigenen Kapitel des »Sachstandsberichts« vom 13. Dezember 1976⁷¹⁴ werden »Maßnahmen der Zersetzung und Zurückdrängung« befohlen: »Als Grundlage für die Einleitung operativer Maßnahmen der Zurückdrängung und Zersetzung der negativen Einflußnahme und des negativen Wirksamwerdens der registrierten Personen« sind durch die IM »vor allem solche Informationen wie

- Delikte der allgemeinen Kriminalität
- moralische Vergehen

- Verstöße gegen die innerkirchliche Ordnung usw. zu erarbeiten.

Mit der Nutzung dieser erarbeiteten Informationen ist eine Diskreditierung der jeweiligen Person innerhalb der Kirche und ihrer Anhänger vorgesehen. Die Erarbeitung solcher Informationen ist ständiger Bestandteil des Einsatzes aller IM der Kreisdienststelle. [...] Verantwortlich: Oberstleutnant Held.«

Im Klartext: Um die Freunde und Kollegen von Brüsewitz ausschalten zu können, wurde schwerpunktmäßig und gezielt nach persönlichen Schwächen gesucht, um diese dann zur Erpressung oder zur Bloßstellung auszunutzen. So wurden beispielsweise Gerüchte über angebliche sexuelle Verfehlungen mittels IMs gezielt verbreitet und dann mit anonymen Briefen an die Kirchenleitung so verstärkt, daß dem Opfer keine Chance blieb, seine tatsächliche Unschuld glaubhaft zu machen.

Zusätzlich wurden alle technischen Mittel genutzt: Postkontrolle, Telefonüberwachung – und, um das Brüsewitz-Zentrum in Bad Oeynhausen auszuschalten – die »zielgerichtete Durchführung der eingeleiteten Fahndungen – Stufe B – der »Postzollfahndung« durch die Bezirksverwaltung Halle.

Auch die »feindlich« gesonnenen Westdeutschen waren daheim nicht sicher vor dem MfS: durch »Ermittlungen im Operationsgebiet«, also in der Bundesrepublik, wurden die »soziale Lage, Umgangskreis, insbesondere zu feindlichen Organisationen« ausspioniert⁷¹⁵.

Der »Operativplan« vom September 1978, mehr als zwei Jahre nach dem Tod von Brüsewitz, offenbart die fortwährende Fixierung des MfS auf unerwünschte Aktivitäten aus dem Freundeskreis des Pfarrers aus Rippicha: Damit »insgesamt die Kirchenpolitik von Partei- und Staatsführung störungsfrei durchgesetzt werden kann«, sollten weitere »Zersetzungsmaßnahmen« gegen »feindliche Aktivitäten« vorbeugen und »die Verunsicherung der im OV arbeitenden Personen weitergeführt« werden.

Dazu wurde abermals befohlen, sich mit der Kirchenabteilung des MfS in Halle (Abt. XX/4) zu koordinieren: Was in den Befehlen mit »Absprache zur Durchführung von Zersetzungs-

und Zurückdrängungsmaßnahmen zur Gewährleistung einer störungsfreien Kirchenpolitik durch Partei- und Staatsführung« umschrieben ist, bedeutet im Klartext, daß das MfS über seine IM die Kirchenleitung so steuerte, daß das Ziel der SED erfüllt wurde. Und das hieß: Alles unternehmen, damit das Gedenken an Pfarrer Brüsewitz aus den Köpfen der Menschen verschwindet.

Ziel der Bekämpfung der »negativen« Personen sollte auch sein, nachzuweisen, daß die Personen im Fadenkreuz des MfS »Stützpunkte der Feindorganisation ›Brüsewitz-Zentrum« sind und in dessen Auftrag feindlich tätig werden« – als Rahmen der Bestrafung galten die Paragraphen 98 und 100 des DDR-Strafgesetzbuches. Dabei handelte es sich um »Spionage«, in der DDR war schon damals die Vorbereitung – etwa das Sammeln von Materialien – und nicht nur der Versuch strafbar mit einer Mindeststrafe von fünf Jahren Haft –, und um »Landesverräterische Agententätigkeit«, bei der ebenfalls bereits die Vorbereitung mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft werden konnte.

Im Operativ-Plan vom 22. September 1978 wurde dazu befohlen: »IM ›Klaus Otto‹: Weiterführung des Heranschleusens des IM an Pfarrer [REDACTED] sowie Eindringen in dessen Umgangskreis zur Erarbeitung von Beweisen entsprechend der Tatbestandsmerkmale. [...] Termin: bereits eingeleitet. Verantwortlich: Gen. OSL Held.

FIM ›Gerhard‹: Durchführung von Beobachtungen im Wohngebiet des Pfarrers [REDACTED], Abschöpfung der Haushälterin des [REDACTED] sowie Einbeziehung zu Zersetzungsmaßnahmen. [...] Termin: bereits eingeleitet. Verantwortlich: Gen. Fw Singer⁷¹⁶.«

Die KD Zeitz machte in ihrem »Sachstandsbericht« vom September 1978 »zwei Hauptrichtungen des Tätigwerdens feindlich-negativer Kräfte im Verantwortungsbereich« aus: Kontakte von zwei Pfarrern zu »klerikalen Kräften in den USA und West-Berlin« sowie zum Brüsewitz-Zentrum. Auch Christa Brüsewitz und ein »suspendierter« Pfarrer »unterhalten aktive Verbindungen zu der Feindzentrale ›Brüsewitz-Zentrum««, heißt es in dem Sachstandsbericht⁷¹⁷: »Diese Verbindungen werden teilweise konspiriert, und es werden Treffen unter Ausnutzung des Einreiseverkehrs in den grenznahen Raum durchgeführt. Die Mit-

glieder des Brüsewitz-Zentrums bzw. ihre Verbindungspersonen beeinflussen die obengenannten im Sinne des Brüsewitz-Zentrums und veranlassen sie zu feindlich-negativen Handlungen«, klagt Genosse Oberleutnant Held.

Als besonders verwerfliche »feindlich-negative Handlungen« galten in der Sicht des MfS:

»Übermittlung von Informationen an das Brüsewitz-Zentrum, z.B. über:

- die Entwicklung und die Lebensweise von Oskar Brüsewitz,
- Stellung der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen zur Selbstverbrennung des Brüsewitz.
- Aktivitäten des Staatsapparates der DDR im Zusammenhang mit der Selbstverbrennung des Brüsewitz.«⁷¹⁸

Gegen die bearbeiteten Zielpersonen hatte das MfS bereits 1978 »Beweise entsprechend den Tatbestandsmerkmalen erarbeitet«. Dazu »konnten durch den intensiven Einsatz von IM und der operativen Technik Mittel und Methoden ihrer Feindtätigkeit aufgeklärt werden«⁷¹⁹. Zu den operativen Techniken zählten neben der Postzustellungskontrolle und der konsequenten Durchleuchtung der Inlandspost auch das massenhafte Abhören der Telefone. Unterstützt wurde die »Linie XX« des MfS in Zeitz, Halle und in der Berliner Zentrale durch die Abteilung XVIII der BV Leipzig und der BV Berlin. Unklar ist noch, welche dieser Bespitzelungstechniken das MfS auch in der Bundesrepublik angewendet hat, klar ist jedoch anhand der vielen Meter MfS-Akten, daß die gegen das Brüsewitz-Zentrum eingesetzten IM in Westdeutschland gute Arbeit geleistet haben. So ist aus der MfS-Akte von Latk heute ersichtlich, daß er beispielsweise kein einziges Telefongespräch in die DDR führen konnte, das nicht abgehört wurde.

Unzufrieden war das MfS jedoch über die IM im Kreis Zeitz: »Zu den offensiven Zersetzungsmaßnahmen kann eingeschätzt werden, daß noch nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt wurden. Bisher wurden Gerüchte über den unmoralischen Lebenswandel

des Pfarrers [REDACTED] in Umlauf gebracht. Weiterhin erfolgte die Erstellung eines fingierten Briefes an den Staatsapparat, worin [REDACTED] ebenfalls sein unmoralischer Lebenswandel vorgeworfen wir. Diesbezüglich führte der Stellvertreter für Inneres beim Rat des Kreises mit [REDACTED] eine Aussprache. Inoffiziell konnte eine gewisse Verunsicherung des [REDACTED] festgestellt werden.

Der Einsatz von IM ist stärker im Zersetzungsprozeß vorzunehmen.«

Die »weitere politisch-operative Bearbeitung des OV erfolgte mit der Zielstellung: [...]

- Erarbeitung solcher operativ bedeutsamer Hinweise, die die Grundlage zur Zersetzung und Differenzierung bilden«.

Mit Gerüchten, Verleumdungen und Unterstellungen sollten also die Pfarrer und die Witwe, die weiterhin zu Oskar Brüsewitz standen, psychisch zerstört und gesellschaftlich isoliert werden. Zusätzlich suchte das MfS intensiv nach strafrechtlich verwertbaren »Beweisen«, um den »Landesverrat« der »negativen Elemente« bestrafen zu können.

Folgende operative Fakten hatte das Ministerium für Staatssicherheit bereits erarbeitet:

- »Die negativen Pfarrer [REDACTED] und [REDACTED] sind aktive Verfechter des Protestschreibens gegen den im ›Neuen Deutschland‹ veröffentlichten Artikel zum Vorkommnis BRÜSEWITZ, Oskar. Dabei behalten sie sich vor, eventuell über das kapitalistische Ausland die ›Wahrheit‹ zu verbreiten. Inoffiziell wurde herausgearbeitet, daß in der Folgezeit persönliche Gespräche mit Personen aus der BRD zu BRÜSEWITZ, Oskar bei [REDACTED] als auch bei [REDACTED] stattfanden.

[REDACTED] und [REDACTED] gaben gegenüber Vertretern westlicher Massenmedien bereitwillig Auskunft zur Person und zu dem Vorkommnis BRÜSEWITZ, Oskar, wobei auch Halbwahrheiten verbreitet wurden.

ZIEBARTH, MECKEL und [REDACTED] bekennen sich zur ›Tat‹ des BRÜSEWITZ, Oskar, und bekunden, das begonnene Werk fortzusetzen.

Inoffiziell wurde dazu erarbeitet, daß der Pfarrer [REDACTED] dabei auch ein Tätigwerden im ›Untergrund‹ nicht ausschließt.

- Der in die BRD ausgewiesene Pfarrer LATK, Mitglied des Brüsewitz-Zentrums, sandte an die BRÜSEWITZ, Christa, Weihnachten einen »christlichen Weihnachtsgruß« mit hetzerischem Inhalt gegen die DDR.
- ZIEBARTH⁷²⁰ nimmt zielgerichtet negativen Einfluß auf jugendliche Personenkreise. Unter Nutzung religiöser Veranstaltungen im Rahmen der ›Jungen Gemeinde‹ und des sog. ›Sonnabendkreises‹ bringt er zum Ausdruck, daß der Staat am Tod des Pfarrers BRÜSEWITZ schuld ist, die Jugend einem bestimmten Zwang unterliegt und die Verhältnisse in der BRD werden durch Z. verherrlicht usw.

MECKEL und ZIEBARTH stellten sich an die Spitze zur Unterzeichnung eines Schreibens gegen die Einführung des wehrpolitischen Unterrichtes.

- Z., selbst Wehrdienstverweigerer, übt bewußt einen ideologischen Einfluß auf Jugendliche aus, um zu erreichen, daß diese aktiv den Wehrdienst verweigern. In drei Fällen hatte er bereits Erfolg. [...]
- ZIEBARTH tritt dafür ein, daß die ›Menschenrechte in der DDR verwirklicht werden‹. Dazu gehört nach seiner Konzeption eine ›freie Meinungsäußerung‹, ›Kritik am System‹ und Zulassung einer ›gewissen Opposition mit regulierendem Charakter‹. Er akzeptiert die sogenannten ›Bürgerrechtler‹, und ›Systemkritiker‹ wie z. B. BAHRO, dessen Thesen er z. T. unterstützen würde. Z. sieht es als eine Aufgabe an, Personen, die rechtswidrige Ersuchen auf Übersiedlung stellen, zu unterstützen und zu beraten.«⁷²¹

Drei Jahre später, inzwischen sind die Akten zu dem Operativvorgang »Untergrund« um einen weiteren Band ange-

wachsen, sieht die KD Zeitz alle wesentlichen Ziele des OV als erfüllt an: Neun Personen im Kreis Zeitz, die meisten Pfarrer, wurden »operativ bearbeitet«, drei weitere »in die operative Bearbeitung einbezogen«. Auch Frau Brüsewitz sei im Sinne des MfS »unter Kontrolle« gebracht worden, heißt es jetzt.

Diese Betroffenen wurden durch namentlich genannte IM – allein in diesem OV »Untergrund« sind es elf⁷²² – und die »Anwendung operativer Kombinationen zur Herstellung von Vertrauensverhältnissen operativ bearbeitet«. Um sich das Vertrauen der Betroffenen zu erschleichen, wurden, wie es in dem Abschlußbericht offen heißt, »zielstrebig Werbungen durchgeführt, wie z. B. IM »Hänsge«.

Die MfS-Kreisdienststelle Zeitz war sichtbar zufrieden mit ihren »operativen Zersetzungsmaßnahmen«, durch die, wie es fünf Jahre nach Brüsewitz' Tod heißt, »gleich nach der Selbstverbrennung des BRÜSEWITZ folgende Maßnahmen durchgesetzt« werden konnten:

Vier Pfarrer, die nach dem Willen des MfS »wegmußten«, hatte die Kirchenleitung in Magdeburg versetzt. Im einzelnen zählte das MfS seine Erfolge gegen die Pfarrer im Kreis Zeitz auf:

»Der ZIEBARTH wurde als Studentenpfarrer an die ESG Leipzig versetzt und somit sein Einfluß auf die anderen feindlich-negativen Pfarrer im Kreis eingeschränkt.

Der Pfarrer SCHWEIDLER, welcher aktiv bei den Einreisen des MATTHIAS und KAPPELT in Erscheinung trat, wurde nach Thale abberufen und ebenfalls sein Einfluß eingeschränkt. Es erfolgt eine operative Bearbeitung durch die zuständige Dienst-einheit.

Die Pastorin KRIEN, welche ebenfalls bei den Beerdigungsfeierlichkeiten negativ in Erscheinung trat, wurde nach [...] versetzt und das OPK-Material übergeben.

Der im Verantwortungsbereich unserer Dienst-einheit verbliebene Pfarrer MECKEL bildet sich als Schwerpunktperson in der Fortführung der OV-Bearbeitung heraus. Seine subversiven Aktivitäten zeigten sich besonders in:

- MECKEL verstärkte unmittelbar nach der Selbstverbrennung des BRÜSEWITZ seine Kontakte nach der BRD, besonders zum Dekan DESEL.
- MECKEL setzte sich für die Ausschleusung eines BRÜSEWITZ-Grabsteines nach der BRD ein. Dieser Stein wurde von NAHMMACHER, Elly-Viola in Greiz gefertigt. Da der Grabstein jedoch der Frau BRÜSEWITZ nicht zusagte, sollte er nach der BRD gebracht werden.

Durch koordinierte Maßnahmen wurde die Ausschleusung des Grabsteines in Zusammenarbeit mit der BV Halle Abt. XX und der BV Gera/Greiz verhindert.⁷²³

- MECKEL begann mit der Erarbeitung einer Dokumentation über das Leben des Oskar BRÜSEWITZ, welche er dem BRD-Pfarrer DESEL aushändigte. Eine dazugehörige Fotomappe übergab er dem Dekan DESEL aus Hofgeismar/BRD bei einer Einreise in die DDR. Im Jahre 1978 erschien in der BRD-Zeitschrift ›Stimme der Märtyrer‹ ein Bericht über das Leben von BRÜSEWITZ und Fotos über die Beerdigungszeremonie.«

Auch dieser Pfarrer mußte entsprechend dem Willen der Stasi Zeitz verlassen. Gegen ihn inszenierte die Stasi mit »Zersetzungs- und Zurückdrängungsmaßnahmen«, also vor allem gezielten Verleumdungen, sogar noch ein unbegründetes Disziplinarverfahren, an dem der Stasi-»Offizier im besonderen Einsatz« Hammer im Konsistorium mitgewirkt haben wird: »So wurde durch geeignete operative Maßnahmen erreicht, daß die Kirchenleitung Magdeburg ein Disziplinarverfahren gegen MECKEL eingeleitet hat, in dessen Ergebnis eine Versetzung des MECKEL erfolgte. Die dortige Dienstseinheit wurde darüber informiert und zu einer Einweisung eingeladen.«⁷²⁴

Schließlich konnte das MfS fünf Jahre nach dem Tod von Oskar Brüsewitz resümieren:

»Es ist einzuschätzen, daß das Ziel der politisch-operativen Bearbeitung des OV ›Untergrund‹, die Dokumentation, Aufklärung und vorbeugende Verhinderung feindlich-negativer Plä-

ne und Absichten sowie die Zurückdrängung des reaktionären und staatsfeindlichen Einflusses klerikaler Personenkreise in Zusammenarbeit mit der Abt. XX der BV Halle erreicht wurde.

Entsprechend der Bearbeitungsrichtung wurde der Nachweis feindlicher Aktivitäten und das Wirksamwerden des Brüsewitz-Zentrums mittels geeigneter Personen im Verantwortungsbereich erarbeitet.

Aufgrund der politischen Bedeutung und zur Gewährleistung einer störungsfreien Kirchenpolitik durch die Partei und Regierung wurden im OV ›Untergrund‹ solche politisch-operativen Maßnahmen eingeleitet, die den Differenzierungsprozeß weiter ermöglichten und vorwiegend zersetzend wirkten. Weiterhin erfolgte zielstrebig die Einleitung und Durchführung politisch-operativer Maßnahmen zur beweiskräftigen Dokumentation feindlicher Aktivitäten.

Im Ergebnis der Entlarvung der Tätigkeiten der Hauptpersonen und der Zurückdrängung ihrer Aktivitäten sowie der erreichten Zersetzung der klerikalen Kräfte, die im OV ›Untergrund‹ bearbeitet wurden, wird vorgeschlagen, den OV abzuschließen und in der Abt. XII der BV Halle zu archivieren«.

Doch auch nach Abschluß dieses Operativ-Vorganges hatten die meisten der betroffenen MfS-Opfer noch immer keine Ruhe vor dem MfS: Die versetzten Pfarrer wurden an ihrem neuen Wohnort von der dortigen MfS-Dienststelle bearbeitet – das »Operativ-Material« war natürlich mit umgezogen, teilweise wurden sogar Gespräche mit dem Leiter der neuen KD geführt, um den »Fall« zu erläutern.

Mochte auch dieser OV in der Kreisdienststelle abgeschlossen worden sein, das MfS hatte noch ungezählte »Operativ-Vorgänge« laufen, um das Gedenken an Brüsewitz zu bekämpfen. Und auch die im OV ›Untergrund‹ als »feindlich-negativen Kräfte« erfaßten Personen vergaß das MfS nach Abschluß dieser speziellen OV nicht: Sie blieben weiter unter »operativer Bearbeitung«.

Noch beim 9., 10., 11., 12. und 13. Todestag von Oskar Brüsewitz setzte die SED mit ihren Vasallen im Ministerium für Staatssicherheit und den Organen des Rates des Kreises Mittel ein, um »Zusammenrottungen«, also Demonstrationen und Soli-

daritätsbekundungen zum Gedenken an Oskar Brüsewitz zu verhindern. Kurz nach dem 13. Jahrestag des Todes, der schon im Zeichen der in Ungarn auf die Ausreise nach Westdeutschland hoffenden Deutschen aus der DDR stand, brach dann das Regime zusammen, welches die Erinnerung an Oskar Brüsewitz hatte ausrotten wollen.

Nun war es endlich möglich, sich frei zu seiner Meinung – und zu seinem Glauben an Gott – zu bekennen. Nichts anderes hatte Oskar Brüsewitz gewollt und vor allem für die jungen Menschen der DDR erreichen wollen. Von der SED und ihrem Ministerium für Staatssicherheit war er dafür als »Verrückter« verleumdet und noch nach seinem Tod als außerordentlicher Staatsfeind bekämpft worden.

War er ein Verrückter, oder war er ein Held?

Oskar Brüsewitz, der klarer als andere seine eigenen Grenzen, seine Schwächen und Fehler kannte, wollte kein Held sein. In seinem Abschiedsbrief hatte er geschrieben: »Nach meinem Leben habe ich es nicht verdient, zu den Auserwählten zu gehören. Meine Vergangenheit ist des Ruhmes nicht wert. Um so mehr freue ich mich, daß mein Herr und König und General mich zu den geliebten Zeugen berufen hat«.

Als der Zeitzer Stadtdenkmalpfleger Eberhard Wirth zum 14. Todestag 1990 zusammen mit Gunhild Schmidt kurzfristig eine Gedenksäule nahe der Stelle errichten lassen wollte, an der sich Brüsewitz 1976 verbrannte, fand er zunächst nur wenig Mitstreiter in Zeitz, schließlich aber doch wachsende Zustimmung. Auch Thomas Frickel, ein junger Westdeutscher, mußte bei seinen Dreharbeiten für den Dokumentarfilm »Der Störenfried« neben Bewunderung mitunter schroffe Ablehnung bei der Bevölkerung des Kreises registrieren.

Keine Frage: Die Zersetzungsarbeit des MfS hatte ihre Spuren hinterlassen, die Verleumdungen über Brüsewitz hatten sich in manchen Köpfen festgesetzt.

Zum 15. Todestag, 1991, wurde das Vermächtnis von Oskar Brüsewitz bereits mit einer Feierstunde und der Eröffnung einer Ausstellung im Zeitzer Schloß Moritzburg gedacht, die Landrat Nikolaus Jung und die Vorsitzende des Brüsewitz-Zentrums, Walburga von Habsburg, im Beisein der Familie Brüsewitz und



Einweihung des Brüsewitz-Gedenkmales in Zeitz 1990.

des Oberbürgermeisters von Zeitz eröffneten⁷²⁵. Von dieser zweimonatigen Ausstellung angeregt, entstand zum 20. Todestag 1996 eine Dauerausstellung im Zeitzer Museum Schloß Moritzburg, die bereits in Braunschweig und Berlin ausgestellt wurde.

Nachdem die Wahrheit über Oskar Brüsewitz und sein Wirken deutlich geworden war, bestätigt sich jener Satz einer Zeitzeugin aus der Zeit kurz nach der Herbstrevolution 1989: »Brüsewitz war der Anfang von dem, was jetzt geschehen ist.«⁷²⁶.

Dokumente

Dokument 1	231
Kirchliches Zeugnis über Oskar Brüsewitz am Ende der Probezeit in Rippicha	
Dokument 2	232
Mündlicher Bericht des IMS »Willi Koch«	
Dokument 3	233
Bericht des MfS Zeitz über die letzten Worte von Oskar Brüsewitz im Kreiskrankenhaus Zeitz	
Dokument 4	234
Oskar Brüsewitz: Abschiedsbrief an den Pfarrkonvent Zeitz	
Dokument 5	235
Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED: Maßnahmeplan	
Dokument 6	237
Oberkonsistorialrat Harald Schultze: Protokoll der Sitzung vom 18. August 1976 in Magdeburg mit Vertretern von Staat und Kirche	
Dokument 7	242
Rat des Bezirkes Halle: Protokoll der Sitzung vom 18. August 1976 in Magdeburg mit Vertretern von Staat und Kirche	
Dokument 8	245
Anruf von Staatssekretär Hans Seigewasser über die Sitzung vom 18. August 1976 in Magdeburg mit Vertretern von Staat und Kirche	
Dokument 9	247
Staatssekretär Hans Seigewasser: Protokoll der Sitzung vom 18. August 1976 in Magdeburg mit Vertretern von Staat und Kirche	
Dokument 10	253
Kreiskirchenrat des Kreises Zeitz: Zeitzer Erklärung zu Oskar Brüsewitz	

Dokument 11	254
Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen: Magdeburger Erklärung zu Oskar Brüsewitz	
Dokument 12	256
Thesen zur innerkirchlichen Diskussion von Pfarrer Erich Kranz und Studentenpfarrer Ehrhart Neubert (Weimar) vom September 1976	
Dokument 13	260
Propst Bäumer: Ansprache bei der Trauerfeier am 26. August in Rippicha sowie der am Grab verlesene Lebenslauf von Oskar Brüsewitz	
Dokument 14	264
MfS-Kreisdienststelle Zeitz: Maßnahmeplan gegen das Brüsewitz-Zentrum	
Dokument 15	271
MfS-Kreisdienststelle Zeitz: (Vorläufiger) Abschlußbericht zum Brüsewitz-Zentrum	

Dokumente

Dokument I ⁷²⁷

Kirchliches Zeugnis über Oskar Brüsewitz
am Ende der Probezeit in Rippicha

Seine Art und auch seine Art zu predigen sind unkonventionell. Das ist für die ständigen Kirchenbesucher zunächst eine Schwierigkeit gewesen, aber seine Art war anschaulich und gut. Er versteht es, durch Bilder und auch durch kleine Handlungen im Gottesdienst, etwa durch Kinder, den Gottesdienst zu beleben und anziehend zu gestalten. Infolge seiner unbekümmerten Art wagt er manches, was ungewöhnlich ist und staunend [!] macht

Seine Stärke liegt nicht in den notwendigen Amtsdingen. Da ist es gut, wenn ihm jemand beisteht. Aber sie liegt im Umgang mit den Menschen und im persönlichen Gespräch. Dabei ist er kein Fanatiker, er spricht völlig ruhig und ist mit wenigen Worten schon bei den Fragen, an die man als Pastor gerne heran möchte, aber oft schwer herankommt.

Er hat einen Blick für das Notwendige und packt es an, getrieben von einer großen Liebe zur Kirche und aus seiner unkomplizierten Frömmigkeit.

Er legt besonderen Wert auf Jugendarbeit und hat eine besondere Anziehungskraft auf junge Menschen.

Dokument 2⁷²⁸

Zeitz, den 19.08.1976

Mündlicher Bericht des IMS [Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung des Verantwortungsbereiches]
»Willi Koch«

Bericht zur Person

B r ü s e w i t z, Oskar

Der IM berichtete, daß der Genannte am Mittwoch, den 18.08.1976 gegen 09.30 Uhr die Gaststätte Droßdorf aufsuchte und hier Lehrgut [sic] abgab.

Hierbei äußerte sich der B.[rüsewitz] dahingehend, daß er zur konkreten Bestellung der Getränke und Bockwürste für seine Feierlichkeit am Ende des Monats noch einmal vorbei kommt und eine konkrete Bestellung abgibt.

Im Weiteren sprach er davon, daß er dreimal vom Bischof aus Magdeburg aufgesucht wurde, wo ihm seine Abberufung von der Gemeinde Rippicha mitgeteilt worden war.

Hierzu vertrat er den Standpunkt, daß er nach der Aussprache seiner Abberufung innerhalb von 24 Stunden seine jetzige Gemeinde verlassen haben muß, andernfalls erfolgt eine Ausweisung nach der BRD.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs brachte er zum Ausdruck, daß seine Frau mit einer Versetzung nicht einverstanden ist. Sollte es zu einer Versetzung kommen, würde sie es vorziehen, nach der BRD zu gehen.

■

Sachbearbeiter

Schaller

Ofw.

Dokument 3⁷²⁹

Bericht des MfS Zeitz über die letzten Worte von Oskar Brüsewitz
im Kreiskrankenhaus Zeitz

Kreisdienststelle Zeitz

Zeitz, den 18.8.76

Information von [REDACTED], Chirurg im Kreiskrankenhaus

[REDACTED] war neben [REDACTED] an der ersten Notversorgung des
Pfarrers Brüsewitz im OP dabei.

Während der dortigen Behandlung äußerte sich B.[üsewitz] wie folgt:

- er opfere sich im Kampf gegen den Kommunismus
- vor einiger Zeit sei bei ihm der Bischof gewesen, der ihm seine
Versetzung mitgeteilt habe.

...

Bernhardt

Hptm.

Dokument 4⁷³⁰

Oskar Brüsewitz: Abschiedsbrief an den Pfarrkonvent Zeitz

Liebe Brüder! u. Schwestern!

Es ist mir sehr schmerzlich
 Euch allen die Schande zu-
 zumuten.

Ich habe mich zu dieser Tat
 langsam durchgerungen.

Nach meinem Leben habe
 ich es nicht verdient, zu
 den Auserwählten zu ge-
 hören. Meine Vergangenheit
 ist des Ruhmes nicht wert.

Um so mehr freue ich mich,
 daß mein Herr u. König
 u. General mich zu den
 Geliebten Zeugen berufen hat.

Obwohl der scheinbare tiefe
 Friede, der auch in die Christen-
 heit eingedrungen ist -
 zukunftsversprechend ist,
 tobt zwischen Licht u.

Finsternis ein mächtige[r] Krieg.

Wahrheit u. Lüge stehen
 nebeneinander.

Ich grüße Euch alle sehr -

Ich liebte Euch, auch
 Bruder Hildebrand. -

Euer Oskar

In wenigen Stunden will
 ich erfahren, soll ich erfahren,
 daß mein Erlöser lebt.⁷³¹

Dokument 5⁷³²

Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED:
Maßnahmeplan

Entwurf

Maßnahmen

zum Vorfall Pfarrer Brüsewitz/Zeit

1. Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Genosse Seigewasser, nimmt in dieser Angelegenheit – gemeinsam mit dem Stellv. Inneres des Rates des Bezirkes Halle – mit Bischof Dr. Krusche (Magdeburg) Verbindung auf, und zwar mit dem Ziel, daß sich die Kirchenleitung umgehend und öffentlich von den Handlungen des Pfarrers Brüsewitz distanziert. Bischof Dr. Krusche soll erklären, daß und wie die Kirchenleitung mithelfen will, Spekulationen und Gerüchte zu vermeiden. Sie soll zu den politischen verleumderischen Losungen und zur geistigen Verfassung des Pfarrers Brüsewitz Stellung nehmen.
2. Da der Vorsitzende des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR, Bischof Schönherr, sich gegenwärtig im Ausland befindet, wird mit dem Generalsekretär des Kirchenbundes, OKonR. Stolpe, durch den Genossen Staatssekretär für Kirchenfragen Verbindung aufgenommen. Ziel des Gespräches: OKonsRat Stolpe wird sofort Verbindung mit dem zuständigen Bischof Dr. Krusche (Magdeburg) aufnehmen und ihm nahelegen, sich öffentlich von dieser ungerechtfertigten Handlung des Pfarrers Brüsewitz zu distanzieren und dabei zu erklären, daß es sich, wie vorangegangene Handlungen des Pfarrers zeigen, um eine Person handelt, die nicht im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte ist. Die Tat werde weder vom Bischof noch von der Kirchenleitung verstanden.

3. In der gleichen Weise sollen die örtlichen Staatsorgane des Kreises auf den zuständigen Superintendenten einwirken und von ihm Distanzierung zum Vorfall erreichen.
4. Die KL der SED nimmt – unterstützt von den Genossen der BL – mit der Nationalen Front und der CDU im Kreis Verbindung auf, sichert eine schnelle und zuverlässige Information über die Situation und die Meinung in der Bevölkerung und entwickelt operativ die erforderliche Argumentation zu diesem Vorfall. Sie informiert laufend und ab sofort über die Entwicklung zu diesem Vorfall.
5. Ob, wie und wann durch die Massenmedien der DDR auf diesen Vorfall reagiert wird, wird von zentralen Stellen entschieden.

Dokument 6⁷³³

Oberkonsistorialrat Harald Schultze:

Protokoll der Sitzung vom 18. August 1976 in Magdeburg
mit Vertretern von Staat und Kirche

Bericht

über Vorgänge und Verhandlungen anlässlich des Selbstverbrennungsversuches von Pfarrer Oskar Brüsewitz

I. Gespräch mit Staatssekretär Seigewasser in Magdeburg

Teilnehmer des Gespräches:

auf staatlicher Seite: Staatssekretär Seigewasser, Frau Arlt, (Dienststelle des Staatssekretärs)

Herr Biertümpel, Leiter des Sektors Kirchenfragen beim Rat des Bezirks Halle

Herr Bellstedt, Leiter des Sektors Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Magdeburg.

Auf kirchlicher Seite: Propst Bäumer, OKR Wagner, OKR Dr. Schultze, als Gast des Bundes: OKR Stolpe

Dauer des Gespräches: knapp 2 Stunden.

Propst Bäumer war als Vertreter des Bischofs bereits von Schweidler informiert worden. Nach Absprache mit Schultze hat Schultze nachmittags 14.00 Uhr den Rat des Bezirkes Halle informiert, der bereits voll unterrichtet war, aber die Information mit Dank entgegengenommen hat (Gesprächspartner: Herr Haug (?), stellv. Leiter der Abteilung Inneres beim Rat des Bezirkes). Herr Haug kündigte an, daß ein Besuch von Herrn Biertümpel in Magdeburg noch am Spätnachmittag erfolgen würde.

Aus Berlin kam dann die Vorankündigung des Besuches des Staatssekretärs für 17.30 Uhr. Der Staatssekretär hatte mittags mit dem Sekretariat des Bundes, das von uns noch nicht informiert worden war, seinerseits Kontakt aufgenommen, und Herr Stolpe hatte eine Reise nach Genf um einen Tag verschoben, um bei dem Gespräch am Mittwochabend dabeisein zu können.

Zu Beginn des Gespräches charakterisierte der Staatssekretär die Tat von Pfarrer Brüsewitz als einen Selbstverbrennungsversuch, der ein bedauerlicher, zum Glück außergewöhnlicher Vorgang sei. Er spielte an auf Selbstverbrennungen in Vietnam und auf die von Jan Pallach in Prag 1969. Er verwies auf erste Ermittlungen, die ihm vorlagen. Nach der Aussage der Polizei habe Brüsewitz seit längerem anormale Erscheinungen gezeigt, z.B. sei er als Selbstentblößer bekannt geworden. Er habe auch sein Pferd vor den Trabant gespannt und sei so durch den Ort gefahren. Es sei bekannt, daß Propst Bäumer Brüsewitz besucht habe und ihn zum Wechsel der Landeskirche veranlaßt habe. Die Tat von Brüsewitz müsse wohl als Kurzschlußreaktion angesehen werden.

Einige dieser Fehlinformationen konnten gleich richtiggestellt werden. Der Staatssekretär fuhr dann fort: Es bestehe ein gemeinsames Interesse zwischen dem Staat und der Kirche, daß ein solcher unerklärlicher Fall nicht ausgenutzt werde zur Hetze gegen die DDR. Er bat uns dringend, soweit wir Kenntnis hätten, über den Fall Aufschluß zu geben und fügte dann die dringliche herzliche Bitte an, uns von dem Verhalten von Brüsewitz zu distanzieren. Er verwies auf die Gefahr von Sensationsmeldungen in der westlichen Presse. Die Hauptfrage sei: Wie schaffen wir Sicherungen, daß eine solche Tat nicht zu einer Hetzkampagne gegen die DDR mißbraucht werde. Denn objektiv wende sich diese Tat gegen die Vertrauensbasis, die zwischen Staat und Kirche entstanden sei.

Bäumer erwiderte mit einem langen Gesprächsbeitrag, in dem er sich für die Kontaktaufnahme bedankte. Er gab der tiefen Betroffenheit über den Vorgang Ausdruck und versicherte, daß wir in keiner Weise daran interessiert sind, daß ein solches Vorkommnis benutzt werde, um die Beziehungen zwischen der Kirche und dem Staat zu belasten.

Eingehend versuchte er Pfarrer Brüsewitz zu charakterisieren. Bäumer wies darauf hin, daß bereits bei der Aufnahme von Brüsewitz in die Ausbildung zum Predigerdienst außer dem amtsärztlichen Gutachten ein psychiatrisches Gutachten von der Medizinischen Akademie in Erfurt angefordert worden sei. Dieses Gutachten bezeugt, daß keinerlei Anzeichen für psychische Belastungen vorliegen. Brüsewitz habe seinen Dienst be-

gonnen und von Anfang an besondere, z.T. außerordentliche Methoden benutzt. Manches von seinem Handeln sei extravagant gewesen, aber habe deutlich im Interesse des Auftrages der Kirche gestanden, so wie er ihn zu vertreten suchte. Seine Aktionen seien ein Versuch gewesen, in der Öffentlichkeit gehört zu werden. Es sei mit ihm mehrfach gesprochen worden, um ihm deutlich zu machen, daß solche extremen Aktionen einem Auftrag nicht dienen könnten. Bäumer erbat vom Herrn Staatssekretär Verständnis dafür, daß es im Rahmen des Verkündigungsdienstes durchaus denkbar sei, daß hier Grenzen des Normalen und des Zulässigen überschritten werden. Brüsewitz sei hörbereit gewesen, aber je und dann habe er alle Kontrollen vergessen und Alleingänge unternommen. Die Aktionen der Kirchenleitung seien darauf gerichtet gewesen, ihn zum Pfarrstellenwechsel zu bewegen.

Bäumer betonte andererseits aber auch, daß man die Situation, in der er verkündigt habe, beachten müsse. Brüsewitz habe sich ständig herausgefordert gefühlt. Es sei nicht glaubwürdig, daß er sich öffentlich selbst entblöße habe. Er habe sich aber z.B. provoziert gefühlt durch den Brand seines Schafstalls. Ausdrücklich habe er betont, er kämpfe nicht gegen Menschen. »Ich muß kämpfen gegen die Ideologie.« Er wollte Gott als den Herrn der Welt bezeugen.

Im weiteren Gespräch erbat der Staatssekretär zusätzliche Stellungnahmen von den kirchlichen Vertretern. Schultze betonte, daß es sich um einen Einzelfall handle, der keinesfalls als Aktion der Gemeinde verstanden werden könne. In diesem Sinne als die Tat eines einzelnen dürfe sie aber auch nicht ausgenutzt werden zu propagandistischen Aussagen gegen das Verhältnis von Staat und Kirche bei uns.

Stolpe wies auf die Ambivalenz der möglichen Deutung der Tag von Brüsewitz hin. Er betonte, daß man vorrangig die möglichen Auswirkungen sehen müsse und sagte wörtlich: »Für mich ist hier eine Solidaritätssituation mit dem Staat gegeben, wenn er von der Westpresse massiv angegriffen werden sollte.«

Seigewasser wies in seiner Antwort darauf hin, daß gar nicht vorausgesetzt werden solle, daß das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in der DDR spannungslos sei. Spannungen zwischen Kirche und Staat gäbe es überall in der Welt, in verschiedenen

Formen allerdings. Wörtlich: »Wir [sic] gehen davon aus, daß wir Kirche im Sozialismus sein werden ohne aufzugeben, was Kirche zu Kirche macht.«

Der Staatssekretär wies ausdrücklich auf die Gefahren hin, die sich aus der Tat von Brüsewitz ergäben. Obwohl er sich dagegen verwahrte, jetzt Deutungen für die Motivation und die Persönlichkeitsstruktur von Brüsewitz zu geben, erklärte er doch an späterer Stelle, daß er annehme, hier habe ein Mensch in einer echten Krise gehandelt, der mit sich und der Welt nicht mehr fertig geworden sei. Der absichtliche Tod von Brüsewitz sei aber nicht als ein Politikum gedacht. Dieses dürfe die Kirche nicht sanktionieren. Die Gefahr bestehe darin, daß Brüsewitz als »Opfer der Ideologie« hingestellt werde. Es könne sein, daß sein Tod als das Zeichen verstanden werde, das hier ein Geistlicher gegeben habe.

Zum Praktischen übergehend informierte er darüber, daß die Staatsorgane der DDR über den Selbstverbrennungsversuch von Brüsewitz nichts bekanntgeben werden. Man müsse sich aber darauf rüsten, Stellung zu nehmen gegen eine unzulässige Hetze aus dem Westen. Es müsse eine sachlich begründete Meinungsäußerung von der Kirchenleitung vorbereitet werden, aus der hervorgehe, daß eine solche Tat von der eigenen Kirche nicht sanktioniert werde, sondern ein unverständlicher Fall bleibe.

Biertümpel wies auf die Vorgeschichte seit dem Dienstantritt von Brüsewitz in Rippicha hin. Der Rat des Bezirkes habe seit Jahren darauf hingewiesen, daß er eine Überprüfung des Geisteszustandes von Brüsewitz für notwendig halte und eine Versetzung vorschlage.

Auf die wiederholte Bitte des Staatssekretärs, daß die Kirchenleitung eine fundierte Distanzierungs-Erklärung für den Fall einer westlichen Propagandakampagne abgeben solle, erwiderte Bäumer: Es sei uns voll bewußt, daß zu einem solchen Geschehen Stellung genommen werden müsse. Vielleicht habe Brüsewitz kein Politikum gewollt, er habe aber ein Politikum veranstaltet. Wir werden eine Erklärung vorbereiten. Wir werden etwa folgendes aussprechen:

»Wir sind zutiefst betroffen, gerade weil es sich um einen Mitarbeiter unserer Kirche handelt. Wir werden ausdrücken, daß wir von seiner Aktion völlig überrascht worden sind. Wir sind der Überzeugung, daß nach unserem Verständnis das Verhalten von Brüsewitz dem Auftrag unserer Kirche und auch unserem Verhältnis zum Staat widerspreche. Mit allem Nachdruck werden wir einen Mißbrauch dieser Tat im Sinne einer Hetze gegen die DDR zurückweisen.«

Schultze äußerte die Bitte, daß wechselseitig Kontakt gehalten werden möchte. Wenn die Kirchenleitung auf westliche Äußerungen antworten sollte, müßten von staatlicher Seite Kopien der westlichen Zeitungsäußerungen zur Verfügung gestellt werden, weil sie uns sonst nicht bekannt werden könnten. Seigewasser wies noch einmal darauf hin, daß im Bedarfsfalle eine Sofortreaktion der Kirchenleitung nötig sei. Wir entgegneten, daß es nicht erforderlich sei, die nächst (ordentliche) Sitzung der Kirchenleitung abzuwarten; wir seien auch unabhängig davon handlungsfähig. Allerdings könnten wir trotz einer Vorbereitung einer solchen Stellungnahme keine verbindlichen Aussagen über Form und Inhalt schon jetzt abgeben.

Abschließend wurden Verfahrensfragen geklärt. Der Staatssekretär wies auf die Möglichkeit von Interviews mit Westjournalisten hin und bezeichnete vor allem Lothar Loewe als einen gerissenen Journalisten, vor dem man sich nicht genug in acht nehmen könne. Biertümpel bat darum, unsere Antwort mit dem Kirchenkreis Zeitz abzustimmen. Wagner sprach die Bitte aus, daß wir Zugang zu den polizeilichen Ermittlungen im Kreis Zeitz bekommen möchten. Der Staatssekretär erwiderte, daß es am besten sei, wenn Bäumer und Schultze sich bei dem angekündigten Besuch in Zeitz an den Vorsitzenden des Rates des Kreises wenden würden.

Das Gespräch wurde mit freundlichem gegenseitigem Dank beendet.

Dokument 7⁷³⁴

Rat des Bezirkes Halle: Protokoll der Sitzung vom 18. August 1976 in Magdeburg mit Vertretern von Staat und Kirche

Rat des Bezirkes Halle
Sektor Kirchenfragen

Halle, den 19.8.1976

Aussprache Staatssekretär für Kirchenfragen – Ev. Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen am 18.8.1976 in Magdeburg

Teilnehmer staatlicherseits:

Gen. Hans Seigewasser,
Gen. Arlt,
Gen. Biertümpel,
Gen. Bellstedt,

Staatssekretär für Kirchenfragen
Mitarbeiterin beim Staatssekretär
Rat des Bezirkes Halle
Rat des Bezirkes Magdeburg

Teilnehmer kirchlicherseits:

Probst Bäumer,
Oberkonsistorialrat

Oberkirchenrat Stolpe

Stellvertreter des Bischofs
Dr. Schultze
Wagner
Generalsekretär des Bundes Ev.
Kirchen der DDR

Der Staatssekretär für Kirchenfragen erläuterte am Anfang den staatlichen Standpunkt zu diesem Vorfall (provokatorische Handlung des Pfarrers Brüsewitz in Zeitz).

- Er ging aus von der Erklärung des Bundes Ev. Kirchen der DDR und der einzelnen ev. Landeskirchen, daß sie ihren Platz in unserem sozialistischen Staat haben und dort ihre Aufgaben erfüllen wollen.
- Er wies darauf hin, daß es ab und zu Spannungen zwischen Staat und Kirche geben kann, die aber nie zu solchen Handlungen führen könnten.

- Die kirchliche Tätigkeit ist in der DDR durch die Verfassung geschützt.
- Er verwies darauf, daß die Handlungsweise des Brüsewitz ein Politikum ist und die Kirchenleitung dazu Stellung nehmen muß.
- Staat und Kirche müssen gemeinsam gegen solche Handlungen wie die des Pfarrer Brüsewitz auftreten.
- Der Staatssekretär forderte die kirchlichen Vertreter auf, daß sie sich als Kirche von dieser Handlungsweise distanzieren.

Die Vertreter der Kirche erklärten:

- Sie als Vertreter der Kirchenleitung haben kein Interesse, das gute Verhältnis Staat – Kirche zu belasten.
- Sie bedauern, daß ein Pfarrer ihrer Kirche so etwas getan hat und distanzieren sich von seinem Verhalten.
- Er hat mit seinem Verhalten nicht der Kirche und seiner Gemeinde gedient. Die Kirchengemeinde steht nicht hinter dem Verhalten des Pfarrers.
- Es wurde betont, daß diese nicht eine Aktion der Kirche und Gemeinde sei, der Pfarrer hat dieses im Alleingang getan. Er hat sich auch mit keinem Amtsbruder darüber beraten.
- Seine Tat wurde als eine schreckliche Ausnahme bezeichnet.
- Es besteht die Notwendigkeit, daß in diesem Falle Kirche und Staat Solidarität miteinander üben müssen, wenn Angriffe aus dem Westen gestartet werden sollten.
- Die Kirche wird zu dem Verhalten des Brüsewitz grundsätzlich Stellung nehmen, denn Brüsewitz hat mit diesem Verhalten ein Politikum veranstaltet.
- Die Kirche wird nichts von dem Vorfall an die Öffentlichkeit bringen, was vorher nicht mit den staatlichen Organen abgesprochen ist.
- Sie werden eine Erklärung formulieren, die bei Notwendigkeit sofort verwandt werden kann. Diese wird sich im wesentlichen mit der Erklärung der staatlichen Organe decken.
- Die Kirche wird alles tun, um gegen Entstellungen aufzutreten.

Nach Absprache mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen werden folgende Aufgaben gestellt:

1. Der Vorsitzende des Rates des Kreises Zeitz oder ein von ihm Beauftragter sollte die Vertretung der Kirchenleitung am Donnerstag den 19.8.1976 empfangen.

2. Es solle der Gemeindegemeinderat von Droßdorf-Rippicha überprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, daß dieser eine Entschliebung faßt, in welcher er sich vom Verhalten von Pfarrer Brüsewitz distanziert.
3. Der Staatssekretär möchte über den Zustand des Pfarrer Brüsewitz am 19.8.1976 informiert werden.
4. Sollte Brüsewitz sterben, muß verhindert werden, daß sein Begräbnis zu einer Demonstration ausgenutzt wird.
5. Es sollte von entsprechender Stelle nochmals eine eingehende Befragung über dieses Vorkommnis mit seiner Frau durchgeführt werden.

i.V. Heinrich

Dokument 8⁷³⁵

Anruf von Staatssekretär Hans Seigewasser
über die Sitzung vom 18. August 1976 in Magdeburg
mit Vertretern von Staat und Kirche

Telefonat Gen. Seigewasser
über Gespräch Magdeburg 18.8.76

Anwesend im Konsistorium

Propst Bäumer

OKonsRat Schulz (Nachfolger v. Ammer)

Rechtsanwalt Wagner (in Vertretung von Rechtsanwalt
Krauß)

u. OKonsRat Stolpe, BEK, der mit Gen. Seigewasser nach
Magdeburg gefahren war.

Gen. Seigewasser legt die Situation dar und weist darauf hin, daß es nun in der Verantwortung der Kirchenleitung liegt, nach diesem menschlichen und in seinen Konsequenzen auch politischen Fall der Selbstverbrennung eine klare Position zu beziehen. Es komme darauf an, daß kirchlicherseits das Unverständnis ausgedrückt wird, daß das Verhältnis zwischen Staat und Kirche korrekt und gut ist, so daß keine Veranlassung zu einem solchen Schritt bestehe.

Gen. Seigewasser verwies darauf, daß man nicht wisse, wann der Westen davon erfahren wird, daß man aber u.U. diese Sache politisch auswalzen wird. Darauf kann man nicht warten, und man kann nicht erst dann überlegen, wie man reagiert.

Die Kirchenvertreter sagten zu, daß sofort eine Erklärung angefertigt wird, die dann herausgegeben wird, wenn der Westen die Sache aufgreift, um die DDR zu verleumden. OKonsRat Stolpe erklärte in diesem Zusammenhang: »Wir sind in einer Situation, in der wir Solidarität mit unserem Staat üben müssen.«

Propst Bäumer, der als politisch vernünftig bekannt ist, ging so dann lang auf die psychologischen Umstände des Vorfalls ein, die beachtet werden müssen. Brüsewitz trage noch Belastungen aus seiner ostpreußischen Heimat. Er sei eine bäuerliche Natur. Deshalb

könne er sich nicht vorstellen, daß er ein »Selbstentblößer« sei. Aber B. habe verschiedene Dinge auf dem Kerbholz, und er wurde dauernd ermahnt vom Superintendenten und auch von ihm (Bäumer) selbst. Vor 14 Tagen sei er (Bäumer) bei Brüsewitz gewesen und habe ihm eröffnet, daß er in eine andere Pfarrstelle versetzt wird, »aus Gründen, die seinem Wohl dienen«. Das hätte B. mit Ruhe und zustimmend aufgenommen.

In diesem Zusammenhang machte Bäumer einen gefährlichen Vergleich, indem er sagte: Es sei die Frage, ob er in seiner labilen Verfassung gehandelt habe oder ob er ein »prophetisches Zeichen mit seinem Flammentod« setzen wollte. Dagegen hatte Gen. Seigewasser sofort und scharf protestiert.

Ergebnis der Beratung: Sie arbeiten sofort an einer Erklärung, die zunächst einmal bei ihnen bleibt, die aber sofort herausgegeben werden kann, wenn der Westen angreift. Die Kirchenvertreter baten darum, vom Staatssekretär informiert zu werden, wenn Angriffe von Westen aus gestartet werden. Im großen und ganzen bestand der Eindruck, daß sie den Ernst der Situation begriffen haben. Undurchsichtig sei lediglich Rechtsanwalt Wagner gewesen, der wenig gesagt habe, während die anderen beiden wirklich von Sorge erfüllt waren. Sie beteuerten, sie hätten kein Interesse daran, daß durch diesen Vorfall die Beziehung von Staat und Kirche belastet würden.

Es wurde noch der Hinweis gegeben, daß der Gemeindegemeinderat veranlaßt werden soll, sich dahingehend zu erklären, daß in der Kirchengemeinde keine Veranlassung gegeben gewesen sei zu einem solchen Schritt.

Es wurden Hinweise gegeben auf ein geistesgestörtes Verhalten des B. in der Vergangenheit.

Dokument 9⁷³⁶

Staatssekretär Hans Seigewasser: Protokoll der Sitzung vom 18. August 1976 in Magdeburg mit Vertretern von Staat und Kirche

Staatssekretär
für Kirchenfragen

Berlin, den 19. August 1976

Niederschrift

über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976

Teilnehmer *staatlicherseits*:

Staatssekretär für Kirchenfragen
Hans Seigewasser;
Koll. Arlt, jur. Mitarbeiterin;
Koll. Bellstedt, Sektorenleiter für Kirchenfragen beim R.d.B. Magdeburg;
Koll. Biertümpel, Sektorenleiter für Kirchenfragen beim R.d.B. Halle;
kirchlicherseits:
Propst Bäumer, Stellvertreter des Bischofs
Konsistorialrat Dr. Schultze;
Oberkonsistorialrat Wagner;
Oberkonsistorialrat Stolpe, Generalsekretär des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

Der Staatssekretär informierte über den Selbstverbrennungsversuch des Pfarrers Brüsewitz vor der Michaeliskirche in Droßdorf/Krs. Zeitz.

Er führte u.a. aus: Es handelt sich hier um einen nicht alltäglichen, außerordentlich bedauerlichen Vorfall. Darum wäre es not-

wendig zu wissen, welche Beweggründe es für einen derartigen Entschluß geben könnte. Die bisherigen Ermittlungen besagen, daß Pfarrer Brüsewitz mit anormalen Erscheinungen belastet war. Wir gehen deshalb davon aus, daß es sich hier um eine Kurzschlußreaktion gehandelt hat. Unser gemeinsames Interesse muß darin bestehen, zu verhindern, daß ein solch trauriger Vorfall zu einer Kampagne gegen die DDR genutzt wird. Ich bitte Sie deshalb, soweit Sie davon Kenntnis haben, sich über das persönliche Verhalten von Pfarrer Brüsewitz zu äußern und insbesondere darum, sich eindeutig von diesem Verhalten zu distanzieren.

Das erfordert die Situation und ist auch wichtig, um die Vertrauensgrundlage, die wir uns in der Vergangenheit geschaffen haben, nicht zu belasten. Es kommt darauf an, daß alles in das richtige Licht gerückt wird. Wie Sie wissen, gibt es für derartige Aktionen in unserem Staat keinen Anlaß. Es bestehen zwischen Staat und Kirche geordnete Beziehungen.

Die Frage, die hier zu klären ist, lautet:

Welche Sicherungen werden wir gemeinsam schaffen, um zu verhindern, daß eine Hetzkampagne in der westlichen Welt gestartet werden kann und dieser Einzelvorfall generalisiert wird?

In diesem Zusammenhang informierte der Staatssekretär OKR Stolpe darüber, daß die Losung, die sich beim Pfarrer Brüsewitz befand, einen problematischen, ziemlich provokativen Inhalt hatte.

Propst Bäumer erwiderte:

Zunächst möchte ich sehr bewußt und sehr bewegt Ihnen dafür danken, daß sie sich den Weg nach Magdeburg gemacht haben. Wir sind tief betroffen und haben versucht, die Situation zu begreifen. Die Nachrichten, über die wir verfügen, sind unvollständig. Ich kann ganz eindeutig erklären, daß die Kirchenleitung in keiner Weise daran interessiert ist, daß durch dieses Vorkommnis die Beziehungen zwischen Staat und Kirche belastet werden. Wir wollen alles tun, um diesen unglücklichen Fall – der einen unglücklichen menschlichen Hintergrund besitzt, so zu bewältigen, wie es angemessen ist.

Ich kenne Brüsewitz seit vielen Jahren. Die Gespräche und unsere Begegnungen gehen weit zurück. Es war ein Mann, der nicht unterzubringen war in der Liste unserer Brüder, der aber durch eine intensive Arbeit und Haltung zum Ausdruck gebracht hat, daß er

den Dienst eines Pfarrers decken kann. Er ist von der Ausbildung her Prediger. Schon bei der Aufnahme zu dieser Ausbildung wurde sorgfältig geprüft, ob der dem Dienst eines Pfarrers gerecht werden kann. Es wurde ein ärztliches Gutachten angefordert, aus dem hervorging, daß keine grundsätzlichen Bedenken angemeldet werden müssen. Seine Arbeit hat er mit besonderen Methoden durchgeführt. Er hatte eine ganz besondere Hinwendung zu seinem Dienst. Sicher war er extravagant, aber immer im Interesse des Dienstes. Aber es kamen später auch Aktionen hinzu, durch die er versucht hat, sich mehr Geltung zu verschaffen. Er hat darunter gelitten, daß sich der kirchliche Dienst nur auf den kirchlichen Bereich beziehen durfte. Er wollte mehr in die Öffentlichkeit hinein.

Wir haben mehrfach eingehend mit ihm über die Aufgaben eines Pfarrers gesprochen, insbesondere, wenn er wieder Aktionen gestartet hat (z.B. Fahrt durch das Dorf mit einem Leiterwagen und einem Transparent).

Wir haben ihn immer wieder darum gebeten, von solchen Aktionen zu lassen.

Ich bitte Sie, Herr Staatssekretär, um Verständnis dafür, daß besonders engagierte Menschen manchmal die Grenzen des Normalen und auch Zulässigen überschreiten.

Die Situation war so, daß nach den vielen Gesprächen, die stattgefunden haben, Pfarrer Brüsewitz eine Zeitlang Konsequenzen für sein Verhalten gezogen hat. Wir haben deshalb gehofft, er würde sich unter Kontrolle bringen. Ich persönlich habe den Eindruck, daß er manchmal in eine Verfassung hineingeriet, die ihn zu bestimmten Alleingängen zwang.

Unsere Gespräche mit ihm, zuletzt vor 14 Tagen, waren darauf eingestellt, daß er die Pfarrstelle wechseln möchte. Er zeigte sich auch dazu bereit und erklärte, daß er ohne jede Bedingung dorthin gehen werde, wohin man ihn schicken würde. Wir haben jetzt für ihn eine Stelle gefunden, wieder in einem Dorf, die auch seiner Mentalität und seinen Neigungen für die Arbeit in der Landwirtschaft entsprechen würde. Die Vorstellung, daß Pfarrer Brüsewitz Selbstentblößer war, möchte ich nicht teilen. Ich traue es ihm auch nicht zu. Er war nicht immer kontrolliert in seiner Kleidung. Brüsewitz fühlte sich herausgefordert durch manche Dinge. Durch einen Brand in seinem Schafstall fühlte er sich persönlich bedroht

und ließ sich davon auch nicht abbringen.

Um noch ein Beispiel anzubringen. Es ist natürlich, daß in seinem Dorf zu bestimmten gesellschaftspolitischen Ereignissen Losungen angebracht werden. Das löste bei ihm Beunruhigungen aus, die er dadurch abreagierte, daß er auf seinem Kirchengelände ebenfalls Losungen anbrachte, die auf die Allmacht Gottes hinwiesen.

Er hat immer betont, daß er nicht gegen die Menschen oder die Obrigkeit kämpfe, sondern daß er sich gegen die Ideologie wende, die für ihn eine Herausforderung darstelle. Wir haben lange überlegt, ob es sich bei einem Selbstmord-Versuch um ein psychisches Versagen handelt oder ob er damit ein »prophetisches Zeichen« setzen wollte.

Die Ausführungen von Propst Bäumer wurden von *Dr. Schultze* wie folgt ergänzt:

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es sich hier um das persönliche Problem eines einzelnen handelt, der die ihm angebotenen Möglichkeiten der Hilfe nicht wahrgenommen hat. Es darf nicht als eine Aktion gegen den Staat gewertet werden. Diese Tat ist nicht typisch, sondern eine Ausnahme und darf auf keinen Fall das Verhältnis Staat/Kirche belasten.

Diesen Ausführungen schloß sich *OKR Wagner* an.

OKR Stolpe:

Ich habe wegen der Bedeutung dieses Vorfalls alle im Bund anwesenden Referenten informiert.

Es geht in diesem Gespräch weniger um die menschlichen Beweggründe, sondern vielmehr darum, daß die Auswirkungen berücksichtigt werden müssen. Wenn das bekannt wird, wird das die Westpresse in der ihr eigenen Weise ausschlachten. Es muß von uns eine Solidarität mit dem Staat bekundet werden. Wir müssen vor allem überlegen, was zu tun ist, um solchen Journalisten, wie Herrn Loewe, in richtiger und durchdachter Weise begegnen zu können.

Staatssekretär Seigewasser:

Es werden eine Vielzahl von Gesprächen zwischen Staat und Kirche auf allen Ebenen geführt. Immer wieder haben wir die Gelegenheit wahrgenommen, um zu prüfen, wie weit geht das gegenseitige Vertrauen. Die bestehenden Differenzen waren nie ein

Hinderungsgrund für sachliche Meinungs austausche. Spannungen zwischen Staat und Kirche gibt es in bestimmten Fragen nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt. Sicherlich gibt es über den Status der Kirche unterschiedliche Auffassungen. Aber es besteht keine Einengung des kirchlichen Lebens, die Kirche braucht ihre eigentliche Aufgabe auch in unserer Gesellschaftsordnung nicht aufzugeben.

Dieser Fall wird aber zu einem Politikum. Der gewollte Tod des Pfarrers Brüsewitz war sicher von ihm als ein Politikum gedacht. Das darf von der Kirche nicht sanktioniert werden. In unseren Überlegungen kann nicht ausgeschlossen werden, daß selbst der gut gemeinte Rat seiner Amtsbrüder zu dieser Kurzschlußhandlung geführt haben kann. Was verhindert werden muß ist, daß dieser Fall ausgenutzt wird, um gegen unseren Staat und den Sozialismus eine Hetzkampagne zu starten. Sie würde in die politische Landschaft der Bundesrepublik passen, vor allem in der gegenwärtigen Situation.

Ich schlage Ihnen vor, daß sofort, wenn Nachrichten über die Aktion erfolgen, von Ihrer Seite in Konsultation mit uns reagiert wird. Selbstverständlich wird auch staatlicherseits – wenn notwendig – eine Erklärung erfolgen.

Aber es handelt sich eben um einen Selbstverbrennungsversuch eines Pfarrers, und da muß in erster Linie die Kirchenleitung eine Stellungnahme dazu abgeben. Wir erwarten also keine Hilfe von Ihnen, sondern eine begründete, den Tatsachen entsprechende Meinungsäußerung.

Wir tragen in diesem Fall eine gemeinsam Verantwortung.

Ich wiederhole:

Dieser persönliche Fall wird zu einem politischen, wenn sich die Welpresse damit befaßt.

Ich bitte Sie, daß die Kirchenleitung eine fundierte Erklärung abgibt, in der sie sich von dieser Handlungsweise distanziert, weil sie – wie ich schon einmal ausführte – nicht typisch ist für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche.

Diese Erklärung muß schnell erarbeitet werden, damit sie sofort verwendet werden kann, wenn es notwendig wird. Ihre Gemeindeglieder würden es sicherlich nicht verstehen, wenn nur staatlicherseits reagiert werden würde, da es sich um einen Geistlichen handelt.

Propst Bäumer:

Es ist uns bewußt, daß zu einem solchen Problem Stellung genommen werden muß. Pfarrer Brüsewitz hat ein Politikum geschaffen. Wir haben vor, morgen nach Zeitz zu fahren, um uns an Ort und Stelle zu informieren. Es wird eine Erklärung vorbereitet, die beinhalten wird:

- daß wir von diesem Vorfall betroffen sind, weil der Weg von Pfarrer Brüsewitz schon längere Zeit von Mitarbeitern der Kirche mit Besorgnis betrachtet worden ist.
- daß uns diese Aktion überrascht hat, und daß diese Tat sowohl unserem Selbstverständnis als Kirche im Sozialismus, wie auch den Realitäten in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche widersprechen.

Wir versichern mit allem Nachdruck, daß einem Mißbrauch dieses bedauerlichen Vorfalls entgegengetreten wird.

Unsere Kirchenleitung wird sich damit beschäftigen.

Staatssekretär Seigewasser:

Ich schlage vor, daß wir in Kontakt bleiben und Informationen austauschen. Aber ich betone nachdrücklich, daß der von Propst Bäumer vorgeschlagene Weg zu lang ist. Es muß ggf. sofort reagiert werden, d.h. Sie müssen eine Erklärung schnell erarbeiten, ohne große Verzögerungen eintreten zu lassen.

Es darf auf keinen Fall herauskommen, daß mit dieser Tat die Möglichkeit eines »prophetischen Zeichens« gesucht wird. Ich bitte Sie, Herr Stolpe, bei ihrem bevorstehenden Besuch in Genf, falls eventuell notwendig, eine den Tatsachen entsprechende Erklärung zu geben.

Der nachdrücklichen Forderung des Staatssekretärs wurde zugestimmt.

Abschließend erklärte KR Dr. Schultze, daß Übereinstimmung darin besteht, alles zu tun, damit in der westlichen Welt kein Kapital aus diesem Fall geschlagen werden kann.

Verteiler:

Staatssekretär 3 x

AG Kirchenfragen beim ZK der SED 3 x

Hans Seigewasser

Dokument 10⁷³⁷

Kreiskirchenrat des Kreises Zeitz:
Zeitzer Erklärung zu Oskar Brüsewitz

An die Mitarbeiter der Gemeinden des Kreiskirchenkreises Zeitz!

Wir sind zutiefst betroffen darüber, Euch mitteilen zu müssen, daß Bruder Oskar Brüsewitz, Pfarrer unserer Kirche zu Droßdorf-Rippicha, am Mittwoch, dem 18.8.1976 in Zeitz den Versuch unternommen hat, sich selbst zu verbrennen. Wir sind von diesem Vorgang völlig überrascht worden.

Bruder Brüsewitz hat weder seiner Familie noch einem unserer Mitarbeiter sein Vorhaben in irgendeiner Weise zu erkennen gegeben. Wie wir ihn kennen, wollte er Zeuge Gottes sein. Seine Tat aber widerspricht unserem Verständnis des Auftrages, der der Kirche von Ihrem Herrn gegeben ist. Auf solche Art können wir nicht Gottes Gebot vor der Welt bezeugen.

Wir bitten die Gemeinden um Fürbitte für Bruder Brüsewitz und seine Familie.

Der Kreiskirchenrat des
Kreises Zeitz

Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen: Magdeburger Erklärung zu Oskar Brüsewitz

Wort an die Gemeinden

In großer Betroffenheit müssen wir bestätigen, daß ein Pfarrer unserer Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Oskar Brüsewitz aus Droßdorf-Rippicha, am Mittwoch, dem 18. August 1976 in Zeitz den Versuch unternommen hat, sich selbst öffentlich zu verbrennen. Wir sind davon völlig überrascht worden. Bruder Brüsewitz hat weder seiner Familie noch einem unserer Mitarbeiter sein Vorhaben in irgendeiner Weise zu erkennen gegeben. Wir beklagen es, daß in der Gemeinschaft unserer Kirche ein solcher Entschluß nicht abgewendet werden konnte.

Wir wissen, daß Bruder Brüsewitz sich in seinem Dienst als Zeuge Gottes verstand, auch mit manchen ungewöhnlichen Aktionen. Selbst mit dieser Tat wollte er auf Gott als den Herrn über unsere Welt hinweisen. Er war getrieben von der Sorge, daß unsere Kirche in ihrem Zeugnis zu unentschlossen sei.

Wir können der Tat unseres Bruders nicht zustimmen. In der Nachfolge Jesu Christi sollen wir bereit sein, Opfer zu bringen, aber nicht so, daß wir vorsätzlich unser Leben beenden. Wir meinen, daß unsere Aufgabe darin besteht, in unserer Gesellschaft mitzuarbeiten, um durch das Zeugnis und Beispiel unseres Lebens darin dazu helfen, daß Gottes Ziele in dieser Welt verwirklicht werden. Wir dürfen unseren Bruder Oskar Brüsewitz nicht verurteilen. »Wir alle werden vor Gott stehen und von ihm gerichtet werden« (Römer 10, 14 b).

Wir bedauern, daß Äußerungen verantwortlicher Mitarbeiter des Kirchenkreises Zeitz und in der Kirchenleitung sinnentstellt veröffentlicht worden sind. Jeden Versuch, das Geschehen in Zeitz zur Propaganda gegen die Deutsche Demokratische Republik zu benutzen, weisen wir zurück.

Zur Zeit befindet sich Bruder Brüsewitz mit lebensgefährlichen

Verletzungen im Krankenhaus. Wir bitten die Gemeinden, ihn und seine Familie in die Fürbitte einzuschließen.

Magdeburg, am 21. August 1976

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirchen der
Kirchenprovinz Sachsen

Dokument 12

Thesen zur innerkirchlichen Diskussion
von Pfarrer Erich Kranz und Studentenpfarrer Ehrhart Neubert
(Weimar) vom September 1976

Informationsquellen der Verfasser: Presse- und Rundfunkmeldungen der DDR, Fernsehen BRD, Gespräche mit einem Freund und Amtsbruder von Brüsewitz, Teilnahme an der Beerdigung von Brüsewitz, Teilnahme an einer Aussprache mit Propst Bronisch, Erkundigungen über die Theologie von Brüsewitz, Besuch in Droßdorf-Rippicha, Erwiderung der Kirchenleitung auf ND.

Die Selbstverbrennung von Brüsewitz hat für viele Menschen Konsequenzen: Besonders wäre zu nennen: die Christen in der DDR, speziell die evang. Gemeinden, die staatl. Organe in den verschiedenen Ebenen sowie die Verantwortlichen für die Schul- und Kirchenpolitik.

Hier soll vorwiegend überdacht werden, welche innerkirchlichen Konsequenzen dieses Ereignis hat.

I. Thesen zur Pfarrerpersönlichkeit von Brüsewitz

- | | |
|-----------|---|
| Brüsewitz | hat viele Opfer bringen müssen, um seinen Beruf zu erlangen. |
| Brüsewitz | war unmittelbar in seiner Frömmigkeit durch langjährige Mitarbeit in verschiedenen Ortsgemeinden tätig. |
| Brüsewitz | hatte eine Theologie, die im Rahmen der evang. Kirche beheimatet ist als eine unter anderen. Es läßt sich kaum klären, ob »seine« Theologie typisch für seinen Ausbildungsweg ist. Sicher stand er dem Sprachgebrauch einer Hochschultheologie fern, wenn er auch nie mit ihr in Konflikt geriet. |
| Brüsewitz | predigte mit »Herzen, Mund und Händen«, als solcher hatte er theologisch gesehen ein Charisma. Seine symbolischen Handlungen waren so wirksam wie sie auf Ablehnung stießen. |
| Brüsewitz | wird in seinen menschlichen Eigenschaften als sen- |

sibel, sozial empfindend, beharrlich bei einmal getroffenen Entscheidungen und ehrlich beschrieben. Aber auch Ungeduld und Zurückweisung von Kritik wird ihm nachgesagt.

II. Einiges zur Situation vor der Selbstverbrennung

- Brüsewitz erlebte die Konfrontation mit staatlichen Organen.
- Brüsewitz wird von der Kirchenleitung gedrängt, die Stelle zu wechseln und meint, daß staatliche Stellen dahinterstehen (Propst Bronisch)
- Brüsewitz wird aufgefordert, in die BRD überzusiedeln.
- Brüsewitz erklärt sich bereit, die Pfarrstelle zu wechseln, wenn es nur Dorf bleibe, zieht aber seine Einwilligung zurück.
- Brüsewitz schreibt an den Staatsanwalt und Durchschrift an Kirchenleitung, daß er an Stelle eines straffällig gewordenen Gemeindegliedes in das Gefängnis gehen wolle.
- Brüsewitz hat auf den Plakaten bei seiner Selbstverbrennung im Wesentlichen politisch argumentiert. Im Abschiedsbrief an seine Tochter drückt er seine Kritik an der Inkonsequenz der Kirche aus.

III. Kirchenleitung und Selbstverbrennung

- Brüsewitz hätte kaum eine Chance gehabt, in ein kirchenleitendes Amt zu kommen.
- Brüsewitz gehört innerkirchlich nicht in die soziale Schicht des akademisch gebildeten Bürgertums, die alle Macht kontrolliert!
- Brüsewitz wurde von der Kirchenleitung in eine Gemeinde geschickt, die praktisch »tot« war, sein Vorgänger war resigniert fortgegangen. Er stand unerfahren in einer Isolation, die er von seiner früheren Kirchengemeinde und von [s]einer Ausbildungsstätte nicht kannte.
- Brüsewitz wurde bei seinen Aktionen von seiner Kirchenleitung nicht ernstgenommen (eine Art »Don Camillo«).

- Brüsewitz wurde schließlich für die Kirchenleitung unbequem, da sie seine Aktionen nach außen nicht abdecken wollte.
- Brüsewitz erhielt auf manchen seiner Briefe keine Antwort von der Kirchenleitung
- Brüsewitz läßt einen Propst in Magdeburg formulieren: »Ich haben zwar seine Schreie gehört, aber ich habe sie nicht kapiert«.
- Brüsewitz' Handlungsweise wird von der Kirchenleitung mißbilligt, aber eine Distanzierung von dem Menschen Brüsewitz erfolgt nicht.
- Brüsewitz selbst aber ist nur zu verstehen, wenn man nicht zwischen Pfarrer und Mensch unterscheidet, was die Kirchenleitung aber macht.
Diese Trennung bedeutet: Brüsewitz war ein braver Mann, aber ...! Diese Einschränkung hat die Kirchenleitung nie ausgefüllt.
- Brüsewitz' Beurteilung durch OKR i.R. Lotz zeigen Unverständnis und den Versuch, zwischen der Situation von Christen und Pfarrern in der DDR zu trennen.
Daß Brüsewitz' Einschätzung durch kirchenleitende Persönlichkeiten das Verhältnis zwischen Kirchenleitungen und Pfarrerschaft widerspiegelt, wird u.a. auch daran deutlich, daß in diesen Wochen in zwei Artikeln in »Glaube und Hoffnung« die Pfarrer in ihrem Verhältnis zur Kirchenleitung in Mißkredit gebracht werden.
- Brüsewitz' Tod konnte von vielen Pfarrern nicht genügend ausgewertet werden, weil entsprechende Informationen nicht rechtzeitig zur Verfügung standen.

IV. Konsequenzen für kirchliche Mitarbeiter

- Brüsewitz' Selbstverbrennung hat die Ernsthaftigkeit christlichen Engagements erneut glaubhaft gemacht.
- Brüsewitz' Selbstverbrennung demonstriert eine Grenze für die Manipulierbarkeit des Individuums durch die Institution.

- Brüsewitz' Tod ist eine Mahnung zur Solidarität *aller* kirchlicher Mitarbeiter.
- Brüsewitz' Tod sollte uns zum Nachdenken über die Frage bringen, inwieweit die Lücke zwischen tatsächlicher Verantwortung und Macht innerhalb der Kirche noch erträglich ist.
- Brüsewitz' Tod ist ein Aufruf, gegen Isolierung und Vereinsamung kirchlicher Mitglieder aktiv zu werden.
- Brüsewitz' Tod ist eine klare Absage an die Flucht vor der Wirklichkeit und theologischem Auftrag, wie sie in den Übersiedlungsanträgen in die BRD zum Ausdruck kommt.
- Brüsewitz' Tod ist eine Ermutigung für alle, die mit dem Einsatz ihrer gesamten Existenz in der Kirche für die Menschen arbeiten.
- Brüsewitz' Leben und Sterben fordert uns nicht zur Identifizierung mit seiner persönlichen Individualität, sondern fordert zum Überdenken unserer pfarramtlichen Situation.
- Brüsewitz' Tod ist auch dann nicht politisch einseitig zu deuten, wenn er selbst sich politisch (überwiegend) artikuliert hat.
- Brüsewitz' Tod und dessen Deutung trifft dort auf Unverständnis, wo kirchliche Mitarbeiter sich in ihrem »Konzept« nicht in Frage stellen lassen wollen
- Brüsewitz muß theologisch gedeutet werden.

Neubert
Kranz

Dokument 13⁷³⁹

Propst Bäumer: Ansprache bei der Trauerfeier
am 26. August in Rippicha sowie der am Grab verlesene
Lebenslauf von Oskar Brüsewitz

Offbg. I, 17-18 Jesus Christus spricht: »Fürchte dich nicht! Ich bin der Erste und der Letzte und der Lebendige. Ich war tot, und siehe, ich bin lebendig von Ewigkeit zu Ewigkeit und habe die Schlüssel der Hölle und des Todes.«

Liebe trauernde Angehörige, liebe Trauergemeinde!

Für uns alle, die wir uns heute hier zusammengefunden haben, bekommt dieses Wort aus dem letzten Buch der Bibel eine unerhörte Bedeutung. Es stellt uns mit all den Gedanken, die uns bewegen, seitdem wir von der Tat unseres Bruders erfahren haben, vor den einen hin, der sagen kann: Ich bin der Erste und der Letzte! Es stellt uns vor ihn hin mit dem Gewicht eines Zeugnisses, das weder von den Jahrhunderten Menschheitsgeschichte noch von den Augenblicken einer einzigen Menschenerfahrung angetastet werden dürfte. Das Unerhörte daran ist, daß all unser Leben und Sterben nicht mehr irgendwoher kommt und irgendwohin geht, sondern daß es immer schon einen hinter sich hat, der um seine Herkunft weiß und einen vor sich hat, der das Ziel kennt, den einen, lebendigen Herrn. So sind wir heute unter dem Eindruck dieses erschütternden, unfäßlichen Lebensendes unseres Bruders dennoch nicht hinausgeworfen in eine bodenlose Ausweglosigkeit und in eine grenzenlose Sinnlosigkeit, aufgerissen durch den Widerstreit unserer Empfindungen. Aber wir sind allerdings ganz auf Ihn geworfen, der in seinem Wort zu uns spricht und der hinter unserer bodenlosen Ausweglosigkeit und grenzenlosen Sinnlosigkeit die Spur erkennen kann, die zum Ziel führt. Ich weiß, daß unser Bruder für Ihn leben wollte. Darum müssen wir mit ihm rechnen und müssen uns Ihm stellen, wenn wir heute unserem Bruder den letzten Dienst zu tun haben.

Aber wir haben Fragen, unruhige, leidenschaftliche, bittere Fragen. Und wo immer Antworten versucht werden, bleiben sie doch in den halben Wahrheiten und in den Rätseln, die der andere uns mit seinem Wesen stellt, stecken. Wer kann ein Menschenherz ergründen, das umgetrieben ist von den Widersprüchen unserer Zeit. Wer will sich zum Richter machen über das unruhige Gewissen.

Wenn aber Er, der der Erste und der Letzte, der eine, der das Leben ist, die Strecke absteckt, die wir nicht übersehen können und die uns schreckt, dann bleibt es eben nicht dabei, daß ja doch alles Fragen und Suchen und Prüfen keinen Zweck hat, dann bleibt es eben nicht dabei, daß das geduldige Wagen des nächsten Schrittes, das vertrauensvolle Hineintreten in den neuen Tag ja doch keinen Sinn haben kann. Nein, dann fängt die Hoffnung an, davon zu leben, daß Er da ist – Jesus Christus, gestern und heute und morgen. Es ist die Erfahrung in unserer Kirche, die uns über diesem Grabe mit außerordentlichem Ernst zur Buße ruft, daß wir uns unterwegs auf den angefochtenen Wegen diesen Zuspruch der Gegenwart Gottes, seine Zusagen, unsere Wege mitzugehen, nicht zu sagen wagen oder es nur unglaublich tun.

Wir haben allen Grund, es tief betroffen zu beklagen, daß in der Gemeinschaft unserer Kirche ein solcher Entschluß, wie ihn unser Bruder für sich gefaßt, nicht abgewendet werden konnte. Wer sich erst einmal hineinverfangen hat in die dunklen Netze der eigenen und einsamen Gedankengänge, der vergißt leicht, daß Gottes heilige Gegenwart sich vor unseren Augen in dem zu erkennen gegeben hat, der seinen Weg bis ans Kreuz gegangen ist, und zwar für uns gegangen ist.

Jesus Christus ist unsere Wege gegangen, er ist dem Leiden der Menschen nicht aus dem Wege gegangen, er hat an den Entscheidungen der Menschen gelitten, er konnte über die geschäftige und selbstsichere Gleichgültigkeit der Menschen weinen, er mußte in die äußerste Verlassenheit hinein. Und Jesus Christus betete: Nicht mein, sondern dein Wille geschehe. Nun sind wir von ihm mitgenommen vor den Richterstuhl und vor den Gnadenstuhl Gottes. Und er schämt sich dabei unserer nicht. Darum gilt beides: Er weiß mehr und Gültigeres als wir von dem, was unseren Bruder zu seiner Tat getrieben hat. Er hat sein »Fürchte dich nicht« auch da bereit, wo wir nicht hinreichen, wo wir versagen. Und zugleich gilt: Er entläßt uns nicht aus dem Ruf zur Nachfolge auf Seinem Wege. Seine Nach-

folge ist nicht abhängig von Voraussetzungen, die die Welt bietet oder nicht bietet, sie ist aber abhängig davon, daß wir auf der Spur Jesu Christi bleiben.

Die Fragen, vor die uns unser Bruder mit seiner Entscheidung, die er für sich getroffen hat, stellt, werden wir nicht so schnell beantworten oder gar abschütteln können, Fragen, die uns in unserer geistlichen, in unserer kirchlichen, in unserer politischen und in unserer menschlichen Existenz aufgeschreckt haben. Wir müssen vor der dunklen Grenze, die uns gesetzt ist, die uns auch durch dieses Sterben gesetzt ist, halt machen. Das stellt alle unsere Beurteilungen, unsere Rückfragen, unsere Vorwürfe, unsere Sorgen, unsere Angst und selbst unser Gewissen unter eine Vorläufigkeit, über die wir nicht hinaus können.

Keiner von uns kann sagen: »Ich war tot und siehe, ich bin lebendig von Ewigkeit zu Ewigkeit und habe die Schlüssel der Hölle und des Todes«. Wir sind darauf angewiesen, daß der, der diesen Schlüssel in seiner Hand hält, die ganze Wahrheit aufschließt. Er wird es tun nach seiner Verheißung. Darauf leben wir zu.

Laßt uns aus dem Ernst dieser Stunde heraus Gott bitten, daß seine Barmherzigkeit über seiner Kirche und über seiner Welt nicht aufhöre.

Euch, Gattin, Kinder und Anverwandte schließe er fest ein in seinen Frieden, daß Ihr es täglich neu hören könnt, wie Er in die Traurigkeit und in die Unruhe, in die Einsamkeit und in das Fragen des Herzens hinein spricht: »Fürchte dich nicht«, »Ich bin der Erste und der Letzte und der Lebendige.«

Lebenslauf von Pfarrer Oskar Brüsewitz (Nachruf am Grab)

Oskar Brüsewitz wurde am 30. Mai 1929 in Willkischken im damaligen Litauen geboren. Sein Vater war Malermeister und stammte aus Reval, die Mutter war in Sibirien geboren. In Wischwill ist Oskar Brüsewitz zur Schule gegangen und konfirmiert worden. 1943 begann er eine Kaufmannslehre, geriet aber als 15jähriger noch in die Kriegsereignisse; von Warschau aus wurde er eingesetzt und kam in russische Kriegsgefangenschaft. Er wurde nach 1945 entlassen und fand seine Familie in der Nähe von Mittweida in Sachsen wieder. Nach Lehre und Gesellenprüfung siedelte er mit seinen Eltern über

nach Melle bei Osnabrück. Hier konnte er bald eine eigene Schuhmacherei übernehmen. Er kehrte nach wenigen Jahren in die DDR zurück und arbeitete in seinem Beruf. Den Versuch, damals eine Ausbildung zum Prediger zu beginnen, mußte er bald wieder aufgeben. Er kam nach Leipzig und heiratete dort 1955 die Diakonisse Christa Roland. Als Meister des Schuhmacherhandwerks übernahm er einen eigenen Betrieb. Matthias der älteste Sohn, litt an einer Toxoplasmose. Er verstarb mit 13 Jahren. Zwei Töchter wurden ihnen geboren – Esther und Dorothea.

Als Oskar Brüsewitz später nach Weissensee übersiedelt war, betätigte er sich mit viel Einsatz in der Kirchengemeinde, zum Beispiel bei Evangelisation und im Gemeindegemeinderat. Der Kirchenkreis setzte sich 1964 für seine Aufnahme in die Predigerschule ein. 1969 beendete er die Ausbildung und wurde nach dem Probendienst in Rippicha seit 1970 als Pastor angestellt.

Mit seinem ganzen Eifer hat er sich in den Gemeinden des Pfarrsprengels eingesetzt. Geschickt und selbst zupackend in der Fürsorge für die Bauten, mit ständig neuen Einfällen, Kinder und Jugendliche anzusprechen, mit großer persönlicher Opferbereitschaft denen nachgehend, die er in Not wußte, hat er zusammen mit seiner Familie den Dienst getan. Seine Art war ungewöhnlich und hat Zuwendung und Abwendung erfahren. Die kleiner werdenden Zahlen in der Gemeindegemeindearbeit haben ihm viel Not gemacht. Er hat das Gespräch mit den Brüdern und Schwestern im Kirchenkreis, das ihm immer wieder angeboten wurde, gesucht und konnte doch manchen Rat nicht annehmen.

Ohne andere an seinem Entschluß irgendwie zu beteiligen, hat er es am 18. August unternommen, sich in Zeitz, auf dem Platz vor der Michaeliskirche, öffentlich zu verbrennen. Den dabei erlittenen Verletzungen ist er am Sonntag, dem 22. August 1976, erlegen.

Oskar Brüsewitz war Pfarrer in unserer Kirche. Wir wissen, wie ernst er diesen Auftrag, das Evangelium zu verkünden, verstanden hat. Wir haben in unserer Kirchenleitung erklärt, daß wir seiner Tat nicht zustimmen können, weil allein Gott der Herr uns Leben und Auftrag wieder nehmen kann.

Aber wir distanzieren uns von dem Menschen und Bruder nicht. Wir befehlen ihn tief getroffen in unserer eigenen Existenz als Christen der Barmherzigkeit unseres Erlösers Jesus Christus.

Dokument I 4⁷⁴⁰

MfS-Kreisdienststelle Zeitz: Maßnahmeplan
gegen das Brüsewitz-Zentrum

Kreisdienststelle Zeitz

Zeitz, 09.05.1977

Konzeption

zur weiteren politisch-operativen Bearbeitung der negativen Aktivitäten der evang. Kirche im Zusammenhang mit der Selbstverbrennung des Pfarrers BRÜSEWITZ sowie Einleitung vorbeugender Maßnahmen zur Verhinderung negativer Auswirkungen hinsichtlich zu erwartender Aktivitäten zum »einjährigen Todestag des BRÜSEWITZ«

Die weitere, zielgerichtete politisch-operative Aufklärung und Bearbeitung aller im Zusammenhang mit dem Vorkommnis BRÜSEWITZ durch die evang. Kirche geplanten und erkannten negativen Aktivitäten erfordern den konzentrierten Einsatz aller vorhandenen Kräfte, Mittel und Methoden.

Die Lösung dieser Aufgabenstellung verlangt eine enge und koordinierte Zusammenarbeit zwischen der Fachabteilung XX der BV Halle und der KD Zeitz.

Auf der Grundlage der gemeinsamen Beratung am 4.5.1977 zwischen dem Leiter der KD Zeitz, Gen. OSL Held, und dem Leiter der Abteilung XX der BV Halle, Gen. Major Kröger, wurden folgende Hauptrichtungen für die weitere politisch-operative Bearbeitung des operativen Materials BRÜSEWITZ festgelegt:

- rechtzeitiges Erkennen, Aufklärung und Bearbeitung feindlicher Aktivitäten, insbesondere unter der Beachtung des in der BRD entstandenen

»Brüsewitz-Zentrums«

in Oeynhausen.

Herausarbeitung der Pläne, Ziele und Absichten dieses »Brüsewitz-Zentrums«, die rechtzeitige Aufklärung und Bearbei-

tung von Verbindungen, insbesondere zu den negativen Pfarrern des Kirchenkreises Zeitz sowie die vorbeugende Verhinderung negativer Auswirkungen.

- weitere Durchsetzung des Differenzierungsprozesses unter dem Kreis der evang. Pfarrer, insbesondere die Herausarbeitung solcher Personenkreise, die durch negative Aktivitäten in Erscheinung treten.

Im Mittelpunkt stehen die Dokumentierung dieser negativen Aktivitäten mit dem Ziel der Einleitung offensiver Maßnahmen.

- gezielte Einflußnahme auf die Familie BRÜSEWITZ mit dem Ziel der Beeinflussung der Familie zum Wohnungswechsel außerhalb des Verantwortungsbereiches
der Zurückdrängung der Vorstellungen zur Errichtung einer Gedenkstätte in Form eines Grabmals.

Zur Lösung der Hauptrichtung der weiteren politisch-operativen Bearbeitung werden folgende Aufgaben und Maßnahmekomplexe in abgestimmter Zusammenarbeit zwischen der Abteilung XX der BV Halle und der KD Zeitz realisiert:

- I. Durch den konzentrierten und differenzierten Einsatz vorhandener inoffizieller Kräfte der Abteilung XX und der KD Zeitz sowie des Einsatzes weiterer tschekistischer Mittel und Methoden gilt es, alle negativen Aktivitäten rechtzeitig zu erkennen, aufzuklären und zu bearbeiten.

Schwerpunkt bildet dabei das in der BRD/Oeynhausen entstehende »BRÜSEWITZ-Zentrum«.

Die politisch-operative Bearbeitung des »BRÜSEWITZ-Zentrums« erfolgt in der Hauptverantwortlichkeit der Abteilung XX der BV in Halle.

Durch die KD Zeitz sind entsprechende Zuarbeiten hinsichtlich

- des Erkennens, Aufklärung von Aktivitäten dieses Zentrums, die gegen den Verantwortungsbereich der KD Zeitz gerichtet sind; Klärung der Pläne, Ziele und Absichten.
- des Erkennens und Aufklärung von entstehenden Verbindungen zu Personen des Verantwortungsbereiches, insbesondere zu Pfarrern; Inhalt und Charakter der Verbindungen herausarbeiten.

- rechtzeitiges Aufklären und Erkennen von Aktivitäten von Personen des Verantwortungsbereiches, die im Auftrag bzw. im Interesse dieses Zentrums wirksam werden.
- der Gewährleistung eines ständigen Informationsflusses zur Fachabteilung XX der BV Halle.

Termin: ständig

Verantwortlich: Gen. Raafelder, Abteilung XX
Gen. Hptm. Enke, KD Zeitz

2. Zielgerichteter und politisch-operativer Einsatz vorhandener IM/GMS sowie Mittel und Methoden zur weiteren Durchsetzung des Differenzierungsprozesses unter den evang. Pfarrern des Kirchenkreises Zeitz, insbesondere im Verantwortungsbereich der KD Zeitz, mit dem Ziel
 - der weiteren Zurückdrängung des Einflusses negativer Pfarrer;
 - der politisch-operativen Herausarbeitung negativer Aktivitäten durch evang. Pfarrer und Dokumentierung solcher Aktivitäten;
 - der Aufklärung und Bearbeitung feindlicher Tätigkeiten durch Nachweisführung entsprechender Straftatbestände des StGB;
 - des Erkennens und Aufklärung von Aktivitäten im Auftrag und Interesse der »BRÜSEWITZ-Zentrums«.

Die Konzentration der operativen Kräfte, Mittel und Methoden erfolgt unter besonderer Beachtung der zu erwartenden Aktivitäten des »BRÜSEWITZ-Zentrums« und der Begehung des »einjährigen Tolestages« auf nachstehend aufgeführte operative Materialien:

ZIEBARTH – Qualifizierung der OPK zum OV mit dem Ziel der Nachweisführung der Begehung eines Verbrechens im Sinne des § 106 des StGB.

Verantw.: Gen. Hptm. Enke

Termin:

MECKEL – Qualifizierung der OPK zum OV mit dem Ziel der Nachweisführung und Begehung eines Verbrechens im Sinne des § 106 des StGB.

Verantw.: Gen. Ultn. Schaller

Termin:

SCHWEIDLER

- Weitere Zurückdrängung des negativen Einflusses des Pfarrers sowie Durchsetzung weiterer Zersetzungsmaßnahmen mit dem Ziel, die Umsetzung des Pfarrers nach Thale herbeizuführen.

Verantw.: Gen. Hptm. Bernhardt

Termin:

KRIEN

- Klärung der Frage »WiW?«⁷⁴¹ zur weiteren Durchsetzung des Differenzierungsprozesses.

Verantw.: Gen. Ultn. Graefe

Termin:

■■■■■⁷⁴²

- Klärung der Frage »WiW?« zur weiteren Durchsetzung des Differenzierungsprozesses.

Verantw.: Fw. Heinke

Termin:

3. Im Mittelpunkt der weiteren zielgerichteten Bearbeitung des operativen Materials ■■■■■ gilt es, durch Einleiten geeigneter politisch-operativer Maßnahmen folgende politische Aufgaben zu lösen.

- In enger Zusammenarbeit mit der Abteilung XX der BV Halle ist unter Einbeziehung offizieller und inoffizieller Möglichkeiten verstärkt Einfluß auf die Person ■■■■■ auszuüben mit dem Ziel, die Familie zu einem Wohnungswechsel nach außerhalb des Verantwortungsbereiches zu veranlassen.

Alle Maßnahmen sind darauf auszurichten, daß sich die ■■■■■ für einen Wohnungswechsel nach Eisenach entscheidet.

Verantwortlich: Abt. XX BV Halle

KD Zeitz

- ständige politisch-operative Kontrolle und Aufklärung der Person ■■■■■ mit dem Ziel der vorbeugenden Erkennung, Aufklärung und Verhinderung von Aktivitäten, die keinen kirchlichen Charakter tragen.

Verantwortlich: Gen. Ultn. Schaller

- koordinierte Maßnahmen zwischen der Abt. XVIII der BV Leipzig und der KD Zeitz zur zielstrebigten Aufklärung des Hinweises zur Verbindung der [REDACTED] zur Person [REDACTED]

Termin: 30.05.1977

Verantwortlich: Gen. Hptm. Enke
Gen. Ultn. Schaller

- koordinierte Maßnahmen zwischen Abt. XX der BV Erfurt und der KD Zeitz zur weiteren Aufklärung der Person und der Handlungen der [REDACTED]

Termin: ständig

Verantwortlich: Gen. Ultn. Schaller

- Einleitung von koordinierten Maßnahmen mit der Abt. XX der BV Halle sowie den jeweiligen DE hinsichtlich der weiteren Kontrolle und Aufklärung der in Zusammenhang mit dem Vorwissen BRÜSEWITZ angefallenen negativen Pfarrern

LATK

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

sowie politisch-operative Herausarbeitung bestehender Verbindungen und Kontakte zu [REDACTED] unter Beachtung des Wirksamwerdens des »BRÜSEWITZ-Zentrums«.

Termin: 20.5.77

Verantwortlich: Gen. Ultn. Schaller

4. Zur zielstrebigten Erarbeitung von operativen Hinweisen zur konkreten Gestaltung des Grabmals, des Zeitpunktes und der Art und Weise der Setzung des Grabmals sowie zur Klärung der Eigentumsform des Grabmals mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung der Gestaltung der Grabstätte des Oskar BRÜSEWITZ zu einem »Denkmal« werden folgende Maßnahmen eingeleitet:

- Prüfen der rechtlichen Grundlagen zur Gestaltung von Grabstätten sowie operative Einflußnahme auf die Kirchenleitung Magdeburg über den Bischof und den verantwortlichen Propst mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung der Gestaltung des BRÜSEWITZ-Grabes zu einem »Denkmal« und der offi-

ellen Einflußnahme auf die Kirchenleitung Zeitz zur Verhinderung negativer Aktivitäten im Zusammenhang mit der geplanten Grabmalsetzung

Verantwortlich: Abt. XX der BV Halle

- Einleitung koordinierter Maßnahmen zwischen der KD Zeitz und der KD Greiz mit dem Ziel der Aufklärung des Schöpfers des Grabmals sowie der Erarbeitung von Hinweisen über die Ausgestaltung des Grabmals.

Termin: 25.5.77

Verantwortlich: Gen. Hptm. Enke
Gen. Ultn. Schaller

5. Durch die Abteilung XX der BV Halle erfolgt die operative Einflußnahme auf die Auswahl und den Einsatz eines Pfarrers auf die Pfarrstelle Rippicha mit dem Ziel, durch den Einsatz eines progressiven Pfarrers die durch den Pfarrer BRÜSEWITZ angebrachten Sichtagitation und die Bestrebungen der Gestaltung des Grabes zu einer »Gedenkstätte« abzubauen.
6. Erarbeitung eines konkreten Maßnahmeplanes zur vorbeugenden politisch-operativen Verhinderung negativer Aktivitäten in Vorbereitung und Durchführung des einjährigen Todestages des Pfarrers BRÜSEWITZ durch die evang. Kirche.

Schwerpunkte des Maßnahmeplanes bilden:

- Gewährleistung einer ständigen Koordinierung und Abstimmung aller Maßnahmen mit der Abt. XX des BV und Sicherung eines ständigen Informationsflusses;
- Planung des Einsatzes operativer Kräfte, Mittel und Methoden, insbesondere des differenzierten Einsatzes des vorhandenen IM/GMS-Systems der KD Zeitz
- Festlegung des Kräftebedarfs hinsichtlich des direkten Einsatzes sowie der Bereitstellung operativer Kräfte in Reserve;
- Koordinierung und Abstimmung mit der Abteilung Nachrichten der BV Halle zum zielgerichteten Einsatz geeigneter technischer Mittel als vorrangige Maßnahme;
- Organisierung einer engen Zusammenarbeit mit anderen Diensteinheiten des MfS;
- Gewährleistung eines engen Zusammenwirkens mit den Kräften der VP sowie staatlichen Organen und Einrichtungen.

Termin: 31.5.77
Verantwortlich: Gen. Hptm. Enke
Gen. Ultn. Schaller

Leiter der Kreisdienststelle

Leiter Abteilung XX

Held
Oberstleutnant

Gröger
Major

Dokument 15⁷⁴³

MfS-Kreisdienststelle Zeitz: (Vorläufiger) Abschlußbericht
zum Brüsewitz-Zentrum

Kreisdienststelle ZEITZ

Zeitz, den 8.12.1981

ABSCHLUSSBERICHT

zum OV »Untergrund« – Reg. Nr.: VIII 791/77

Im Verantwortungsbereich zeigten sich in den Jahren 1970 bis 1976 verstärkte Aktivitäten kirchlicher Kreise, wobei besonders evangelische Geistliche und kirchlich gebundene Personen wie

- Pfarrer BRÜSEWITZ, Oskar

in Erscheinung traten.

Die Genannten verfolgten das Ziel, eine Konfrontation zwischen Staat und Kirche zu schaffen, um hemmend auf die gesellschaftspolitische Entwicklung in der DDR einzuwirken und das progressive Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu stören und zu untergraben.

Aus diesen Gründen wurden diese Personen politisch-operativ bearbeitet bzw. unter operative Personenkontrolle gestellt.

Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden durch den Pfarrer [REDACTED]⁷⁴⁴ feindlich-negative Handlungen vorgenommen, die z.B. in der Schaffung von Wehrdienstverweigerern und der Beeinflussung von Demonstrativtättern gipfelten. Diese negative Beeinflussung kam darin zum Ausdruck, daß sich der Diakon [REDACTED] 1973 öffentlich vor dem Brandenburger Tor in BERLIN verbrennen wollte bzw. [REDACTED] und [REDACTED] den Wehrdienst verweigerten.

Zu diesem Zeitpunkt kam es weiterhin zu verstärkten Einreisen der amerikanischen Geistlichen, welche durch die BRD-Person

[REDACTED]

ev. Gemeindehelferin

begleitet wurden und dabei vorwiegend beim evang. Pfarrer

einreisten.

Die USA-Bürger und die [REDACTED] gehörten der sogenannten »Berliner Gruppe« an und wurden durch die BV GERA im OV »Rollbahn« operativ bearbeitet.

Besonders durch die [REDACTED] und den [REDACTED] wurden die Verbindungen zu den feindlich-negativen Pfarrer

BRÜSEWITZ, Oskar

unseres Verantwortungsbereiches gehalten.

Besonders dieser Kreis von Pfarrern suchte die Konfrontation mit dem Staat. So wurden Aktionen gegen den sozialistischen Wehrkundeunterricht, die Bildungspolitik, die Glaubensfreiheit u.a. Maßnahmen des Staates und der Parteiführung unternommen. Dabei kam es zu Plakataktionen und »Verteidigung« der Kirche in Rippicha. An dieser »Verteidigung« der Kirche in Rippicha nahm ebenfalls der o.g. [REDACTED] teil.

Nach der Selbstverbrennung des Pfarrers

BRÜSEWITZ, Oskar

am 18. August 1976 in Zeitz unternahmen die o.g. Pfarrer verstärkte Aktivitäten in unserem Verantwortungsbereich. Sie bildeten ein Organisationsgremium zur Vorbereitung und Durchführung der Beerdigungsfeier für den BRÜSEWITZ, Oskar. So führte diese Gruppe von Personen eine Unterschriftensammlung gegen den Artikel des Neuen Deutschland durch. Sie bezeichneten die Veröffentlichungen des ND als eine Lüge und Verfälschung durch die Partei bzw. Staatsführung.

In der Folgezeit unternahm der

MATTHIAS, HEINZ

vielfältige Aktivitäten zur Bildung des »BRÜSEWITZ-ZENTRUMS« in Bad Oeynhausen/BRD.

So wirkte er persönlich bei Einreisen in unseren Verantwortungsbereich auf die

BRÜSEWITZ, CHRISTA

ein, die Zustimmung für die Bildung des Brüsewitz-Zentrums zu geben. Weiterhin beauftragte MATTHIAS, HEINZ, der vorher bereits durch hetzerische Äußerungen an den Grenzübergangsstellen der DDR aufgefallen war, die Person

KAPPELT, OLAF

auf die WITWE des BRÜSEWITZ Einfluß zu nehmen, um die Zustimmung der Namensverwendung ihres Ehemannes zu erreichen.

Am 20.6.1977 wurde die politisch-operative Bearbeitung der bekannten feindlich-negativen Pfarrer u.a. klerikaler Kräfte im

OV »Untergrund«

fortgeführt.

Im Mittelpunkt der politisch-operativen Bearbeitung der im OV »Untergrund« registrierten Personen stand:

- Die weitere Fortsetzung des Differenzierungs- u. Zersetzungsprozesses zu den aktiven klerikalen Kräften im Verantwortungsbereich mit den Schwerpunkten Pfarrer ZIEBARTH und Pfarrer MECKEL
- Die ständige Herausarbeitung feindlicher Pläne, Ziele und Absichten sowie rechtzeitiges Erkennen geplanter feindlich-negativer Aktivitäten, deren vorbeugende Verhinderung unter besonderer Berücksichtigung des Wirkens des Brüsewitz-Zentrums
- Der beweiskräftigen Dokumentierung feindlich-negativer Aktivitäten, Handlungen und Haltungen sowie des Wirksamwerden der negativen Kräfte des Verantwortungsbereiches in Verbindung mit Bürgern der BRD, insbesondere Vertretern des »Brüsewitz-Zentrums«

Im OV »Untergrund« wurden nachfolgende Personen operativ bearbeitet:

1. ZIEBARTH [...]

2. MECKEL [...]

3. KRIEN [...]

4. [REDACTED]

5. [REDACTED]

6. [REDACTED]

7. [REDACTED]

8. [REDACTED]

9. [REDACTED]

In Verbindung mit der BV Halle – Abt. XX und der HA XX wurden zielgerichtete politisch-operative Maßnahmen zur Bearbeitung des OV »Untergrund« eingeleitet, und es wurden schwerpunktmäßig nachfolgende Personen in die operative Bearbeitung einbezogen:

Vorrangig diese Personen wurden durch den Einsatz nachfolgender

IM und die Anwendung operativer Kombinationen zur Herstellung von Vertrauensverhältnissen operativ bearbeitet.

IMB »Steffens«

IMB »H. Richters«

IMB »Karl«

IMB »Wartburg«

IMS »Claus«

IMS »H. Grundig«

IMS »Prager«

IMS »Pielka«

IMS »Romeo«

Weiterhin wurden zur operativen Bearbeitung zielstrebig Werbungen durchgeführt, wie z.B. IMB »Hänsge«.

Im Ergebnis zielstrebig eingeleiteter operativer Zersetzungsmaßnahmen und in Zusammenarbeit mit der Abt. XX der BV HALLE wurden gleich nach der Selbstverbrennung des BRÜSEWITZ folgende Maßnahmen durchgesetzt:

Der ZIEBARTH wurde als Studentenpfarrer an die ESG LEIPZIG versetzt und somit sein Einfluß auf die anderen feindlich-negativen Pfarrer im Kreis eingeschränkt.

Der Pfarrer SCHWEIDLER, welcher aktiv bei den Einreisen des MATTHIAS und KAPPELT in Erscheinung trat, wurde nach [REDACTED] abberufen und ebenfalls sein Einfluß eingeschränkt.

Es erfolgte eine operative Bearbeitung durch die zuständige Dienstseinheit.

Die Pastorin KRIEN – welche ebenfalls bei den Beerdigungsfeierlichkeiten negativ in Erscheinung trat, wurde nach [REDACTED] versetzt und das OPK-Material übergeben.

Der im Verantwortungsbereich unserer Dienstseinheit verbliebene

Pfarrer MECKEL

bildete sich als Schwerpunktperson in der Fortführung der OV-Bearbeitung heraus.

Seine subversiven Aktivitäten zeigten sich besonders in:

- Meckel verstärkte unmittelbar nach der Selbstverbrennung des BRÜSEWITZ seine Kontakte nach der BRD, besonders zum Dekan DESEL
- MECKEL setzte sich für die Ausschleusung eines BRÜSEWITZ-Grabsteines nach der BRD ein. Dieser Stein wurde von der NAHMMACHER, ELLY-VIOLA in GREIZ gefertigt.

Da dieser Grabstein jedoch der Frau BRÜSEWITZ nicht zusagte, sollte er nach der BRD gebracht werden.

Durch koordinierte Maßnahmen wurde diese Ausschleusung des Grabsteines in Zusammenarbeit mit der BM Halle Abt. XX und der BV Gera/KD Greiz verhindert.

- MECKEL begann mit der Erarbeitung einer Dokumentation über das Leben des Oskar Brüsewitz, welche er an den BRD-Pfarrer DESEL aushändigte. Eine dazugehörige Fotomappe übergab er dem Dekan DESEL aus Hofgeismar/BRD bei einer Einreise in die DDR. Im Jahre 1978 erschien in der BRD-Zeitschrift »Stimme der Märtyrer« ein Bericht über das Leben von Brüsewitz und Fotos über die Beerdigungszeremonie.
- MECKEL trat als Organisator von Treffen zwischen Vertretern des Kirchenkreises Zeitz und Hofgeismar/BRD, dem der [REDACTED] vorsteht, auf.

Diese Treffen fanden bisher jährlich unter Ausnutzung der erleichterten Einreisemöglichkeiten zu der Leipziger MESSE und im grenznahen Raum, z.B. Eisenach, statt.

Hier erhielt [REDACTED] von [REDACTED] Instruktionen über sein Verhalten und Auftreten. Zur Tarnung werden diese Treffen als »Partnerschaftsbeziehungen« zwischen den Kirchengemeinden bezeichnet.

- MECKEL nutzte individuelle Reisen in die UdSSR dazu aus, theologische Materialien zu übergeben, den Empfang deutschsprachiger Sender in der UdSSR zu testen und Fotos herzustellen. Diese Reisen wurden teilweise durch die genannten USA-Bürger finanziert. Zur Verhinderung weiterer feindlich-negativer Aktivitäten wurde in Abstimmung mit der Abt. XX eine Reisesperre realisiert.
- MECKEL suchte in der DDR Verbindungen zu den feindlich-negativen Personen, die seiner negativen politischen Auffassung und ideologischen Haltung entsprachen, wie z.B. zu

[REDACTED] – OPK »Keramik« der KD Zeitz

[REDACTED] – OV der BV Berlin

- MECKEL setzte seine Frau als Verbindungsperson zum DESEL ein, da diese als Invalidenrentnerin Ausreisemöglichkeiten nach dem kap. Ausland besitzt. Im Jahre 1981 reiste sie bereits 2 x nach der

BRD, wo sie [REDACTED] aufsuchte.

Durch die eingesetzten operativen Mittel und Methoden sowie durch die abgestimmten operativen Maßnahmen mit der Abt. XX der BV Halle und der HA XX/4 konnte die Wirksamkeit der im OV »Untergrund« erfaßten Personen, insbesondere des Pfarrers [REDACTED], eingeschränkt und zurückgedrängt werden.

So wurde durch geeignete Operative Maßnahmen erreicht, daß die Kirchenleitung MAGDEBURG ein Disziplinarverfahren gegen MECKEL eingeleitet hat, in dessen Ergebnis eine Versetzung des MECKEL erfolgte.

Die dortige Diensteinheit wurde darüber informiert und zu einer Einweisung eingeladen.

Als vordringliche Zielsetzungs- und Zurückdrängungsmaßnahmen wurden realisiert:

- Informationen an das Konsistorium Magdeburg über das unmoralische und kriminelle Verhalten des [REDACTED], wie z.B. Manipulationen mit Pkws, die häufig wechselnden Frauenbekanntschaften u.a.
- Einleitung und Abschluß eines Ermittlungsverfahrens gem. § 201 StGB (unberechtigtes Benutzen von Kfz) durch das VPKA Zeitz.
- Trennung des [REDACTED] von seinem Verbindungskreis und Diskriminierung seines Ansehens unter den Pfarrern des Kreises
- Einleitung von Maßnahmen auf Grund von Transportgefährdung und Benutzen von PKW unter Alkohol in Leipzig über seine Vorgesetzten durch das VPK Zeitz
- Einleitung von Kontrollmaßnahmen und Einschränkung seiner Reisemöglichkeiten durch Einleitung einer Reisesperre und Verhinderung der Einreise operativ interessanter Verbindungspersonen aus dem KA und VR Polen.

Durch diese systematische und operative Bearbeitung des OV »Untergrund« kann eingeschätzt werden, daß die Zersetzung und Zurückdrängung der klerikalen Kräfte erfolgte und das Wirksamwerden des »Brüsewitz-Zentrums« verhindert wurde.

Einen weiteren personellen Schwerpunkt in der OV-Bearbeitung bildete der Pfarrer i.R. [REDACTED]

Auch er trat besonders nach den Ereignissen um Pfarrer Brüsewitz feindlich-negativ in Erscheinung.

[REDACTED] legte wiederholt an der Verbrennungsstelle und am

Grab Brüsewitz Blumen nieder und handgeschriebene Zettel mit hetzerischen Inhalten.

■ suchte weiterhin regelmäßig bei besuchsweisen Ausreisen nach der BRD das Brüsewitz-Zentrum auf und trat durch die Übermittlung von Informationen auf. Diese Informationen beinhalteten:

- die Entwicklung und das Leben von Brüsewitz
- Stellung der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen zur Selbstverbrennung
- Aktivitäten des Staatsapparates der DDR im Zusammenhang mit der Selbstverbrennung u.a.
- Versenden und Verbreiten von Hetzmaterialien aus dem Brüsewitz-Zentrum.

Der ■ nutzte weiterhin mehrfach Reisen in die UdSSR, um religiöse Schriften zu verteilen.

Weiterhin beschaffte er sich bei einem besuchsweisen Aufenthalt in der BRD unrechtmäßig eine Visa zur Ausreise nach ISRAEL, wo er sich unberechtigt aufhielt.

Auf Grund dieser erarbeiteten operativen Hinweise wurde der ■ im Reiseverkehr nach dem sozialistischen und nicht-sozialistischen Ausland gesperrt.

Weiterhin erfolgten wirksame Zersetzungsmaßnahmen über den Rat des Kreises Zeitz in Abstimmung mit der Abt. XX der BV Halle. Hier wurde dem ■ angeboten, nach der BRD zu übersiedeln, da er sich schon längere Zeit mit diesem Gedanken trägt.

■ wurde des weiteren bei der Kreiskirchenleitung so weit diskriminiert, daß ihn der Superintendent und auch der Bischof nicht empfangen.

Durch geeignete inoffizielle Maßnahmen wurde nachgewiesen, daß ■ mit seiner Schreibmaschine Drohbriefe gegen die Kirchenleitung Zeitz verfaßt hat.

Es ist einzuschätzen, daß das Ziel der politisch-operativen Bearbeitung des OV »Untergrund«, die Dokumentierung, Aufklärung und vorbeugende Verhinderung feindlich negativer Pläne und Absichten sowie die Zurückdrängung des reaktionären und staatsfeindlichen Einflusses klerikaler Personenkreise in Zusammenarbeit mit der Abteilung XX der BV Halle erreicht wurde.

Entsprechend der Bearbeitungsrichtung wurde der Nachweis feindlicher Aktivitäten und das Wirksamwerden des Brüsewitz-Zentrums mittels geeigneter Personen in Verantwortungsbereich erarbeitet.

Auf Grund der politischen Bedeutung und zur Gewährleistung einer störungsfreien Kirchenpolitik durch die Partei u. Regierung wurden im OV »Untergrund« solche politisch-operativen Maßnahmen eingeleitet, die den Differenzierungsprozeß weiter ermöglichen und vorwiegend zersetzend wirkten.

Weiterhin erfolgte zielstrebig die Ermittlung und Durchführung politisch-operativer Maßnahmen zur beweiskräftigen Dokumentierung feindlicher Aktivitäten.

Im Ergebnis der Entlarvung der Tätigkeit der Hauptpersonen und zur Zurückdrängung ihrer Aktivitäten sowie der erreichten Zersetzung der klerikalen Kräfte, die im OV »Untergrund« bearbeitet wurden, wird vorgeschlagen, den OV »Untergrund« abzuschließen und in der Abt. XX der BV Halle zu archivieren.

Zu den im OV »Untergrund« operativ bearbeiteten und registrierten Personen wird zusammenfassend festgelegt:

— [REDACTED]

[REDACTED]

49 ZEITZ, [REDACTED]

ev. Pfarrer

Das Material zum [REDACTED] wird im Vorgang der Abteilung XII der BV Halle archiviert.

Die KD Zerbst/BV Magdeburg wurde telefonisch über den am 1.12.19[REDACTED] stattgefundenen Zuzug des [REDACTED] informiert, es findet noch eine persönliche Absprache auf Leiterebene statt.

— [REDACTED]

[REDACTED]

49 ZEITZ, [REDACTED]

ev. Pfarrer i.R.

wird bis zu seiner im Jahre 1982 geplanten Übersiedlung nach der BRD auf dem Sicherungsvorgang des Leiters der DE erfaßt und unter verstärkter operativer Kontrolle durch den IMB »Karl« gehalten.

- BRÜSEWITZ, CHRISTA
Hausfrau/Gemeindehelferin
wird für unsere DE kk-erfaßt und mit den
IM »Mecke«
IM »Romeo«
unter operativer Kontrolle gehalten, um vorbeugende Aktivitäten zu erkennen und zu verhindern.
- [REDACTED]
[REDACTED]
49 ZEITZ, [REDACTED]
ev. Pfarrer
wird ebenfalls für unsere Dienstseinheit kk-erfaßt und unter operativer Kontrolle gehalten. Bei kommen vorwiegend die IM:
IM »Romeo«
IM »Hänsge«
zum Einsatz.

DESEL

Dekan

wird entsprechend der RI I/81 des Genossen Ministers innerhalb der OPK »Pate« über die Person

[REDACTED]
weiterhin unter operativer Kontrolle gehalten, da in der operativen Bearbeitung erarbeitet wurde, daß der Kreiskirchenratsvorsitzende [REDACTED] unter Ausnutzung der sogenannten »Partnerschaftsarbeit« seine Kontakte zum [REDACTED] aktiviert hat und verstärkt Treffen stattfinden.

- [REDACTED]
[REDACTED]
BRD [REDACTED]
als Kuratoriumsmitglied des »Brüsewitz-Zentrums«
[REDACTED]
[REDACTED]
BRD [REDACTED]
ev. Gemeindehelferin [REDACTED]
sowie der amerikanische Staatsbürger
[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED]

werden in Absprache mit der Abteilung XX der BV Halle der HA XX/4 zur weiteren Erfassung angeboten.

Arbeitsgruppenleiter

Anders
Oberleutnant

Nachwort

Von Gerhard Besier

»...den der Kirche angemessenen Weg ...gehen«

Der Streit um die Selbstverbrennung von
Oskar Brüsewitz nach dem Zusammenbruch der DDR

Am 18. August 1976 übergoss sich der Rippichaer Pfarrer Oskar Brüsewitz in Zeitz mit Benzin und zündete sich an. Vier Tage darauf starb er an den Folgen der Selbstverbrennung. Unmittelbar vor der Tat hatte er durch Transparente auf sich aufmerksam gemacht. Auf einem hieß es: »Die Kirche in der D.D.R. *klagt* den Kommunismus an! wegen *Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen*.« Auf einem zweiten hieß es: »Wir klagen den Kommunismus an: wegen: *Unterdrückung der Kirchen in Schulen an Kindern und Jugendlichen!*« Klage die Kirche den Kommunismus an? Wer war mit »Wir« gemeint? Die Christen in der DDR? Nach Brüsewitz' Verständnis taten weder diese noch jene das, was er für erforderlich hielt. Warum sonst griff er zum Äußersten und »opfer[t]e sich im Kampf gegen den Kommunismus«? Er wollte seine Kirchenleitung wie die Christen in den Gemeinden aufrütteln, ein Fanal setzen. Das war sein letzter Irrtum.

Immer wieder war der ehemalige Schuhmacher durch spektakuläre Aktionen aufgefallen. Sie hatten nichts intellektuell Anspruchsvolles, aber den Vorteil, von allen verstanden zu werden. Zu gewundenen Erklärungen war der schlichte, fromme Mann nicht fähig. »Mit einfachen Menschen kam er besonders gut zurecht.«⁷⁴⁵ Zum Zeitpunkt seiner Tat sollte der unbequeme und sicher auch etwas skurrile Brüsewitz in eine andere Gemeinde versetzt werden. Gegen seinen Willen. Gewiß beunruhigte ihn der bevorstehende Wechsel. Die für ihn ungewisse, wohl auch ängstigende Zukunft als ausschlaggebenden Grund für die Tat namhaft zu machen, erscheint wenig schlüssig. Zutreffender war dann schon die Diagnose der Diktatur, er sei etwas »verrückt« gewesen. Freilich nicht im klinischen Sinne. Sondern im religiösen. Insofern

stand er in der langen christlichen Tradition einiger Weniger. Auf den ersten jener »Verrückten« und seine Nachfolger beruft sich die Amtskirche.

Doch davon war zunächst nicht die Rede. Nach Brüsewitz' Tod lief ein nahezu reibungsloses Krisenmanagement ab. Dem Protokoll des DDR-Staatssekretärs für Kirchenfragen, Seigewasser, zufolge soll Stolpe gesagt haben: »Wenn das bekannt wird, wird das die Westpresse in der ihr eigenen Weise ausschlachten. Es muß von uns eine Solidarität mit dem Staat bekundet werden.« Das Ziel aller Bemühungen war, den eingetretenen Schaden für das Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR wie für die deutsch-deutsche Enspannung so gering wie irgend möglich zu halten. Alle spielten mit. Auch der Ständige Vertreter Bonns in Ost-Berlin, Günter Gaus. Er wies zwei Kollegen Brüsewitz' barsch zurück, weil sie den Fall im Westen publik machen wollten. Der Kirchen-Journalist Reinhard Henkys schrieb im Herbst 1993: »Eine Tatsache ist ..., daß die Magdeburger Kirchenleitung, die Zentrale des Kirchenbundes, die EKD und die Bundesregierung – sie alle waren informiert – zwischen dem 18. und dem 20. August [1976] keinen Versuch gemacht haben, die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz von sich aus öffentlich bekannt zu machen.«⁷⁴⁶ Nur einige Störenfriede in der Bundesrepublik, die Gründer der politisch konservativen Menschenrechtsorganisation »Brüsewitz-Zentrum« in Bad Oeynhausen, wollten sich nicht an die Spielregeln halten. Daraufhin wurden sie von den eng kooperierenden Krisenmanagern in West und Ost als kalte Krieger und Erzsreaktionäre abgestempelt.⁷⁴⁷ Wer daraufhin nicht die Konsequenzen zog und sich von den ewig Gestrigen trennte, wurde von liberalen und sozialistischen Friedensfreunden auf beiden Seiten der Mauer marginalisiert. Innerhalb und außerhalb der Kirchen. Das Totschweigen der peinlichen Reaktionäre funktionierte recht gut. Bis zum Zusammenbruch der DDR und der nicht vom DDR-Kirchenbund-Vorsitzenden gutgeheißenen Entscheidung,⁷⁴⁸ den unfreiwilligen Akten-Nachlaß der SED-Diktatur zur Benutzung freizugeben.

Der Entschluß zur Öffnung der Akten war in der Tat unüberlegt. Er entsprang einer emotional bedingten, momentanen Amnesie der Verantwortlichen in Ost und West. Ein solches Begehren

nicht im Keim erstickt zu haben, wies auf gravierende professionelle Defizite bei den beteiligten Politikern und Diplomaten hin. Denn schlimmste Befürchtungen argwöhnischer Bürger über die Wahrheitsliebe und Geradheit des einen oder anderen im öffentlichen Leben Stehenden wurden noch übertroffen. Was da im vertraulichen Ost-West-Gespräch bei Kaviar, Sekt und anderen Lekereien oder bei telefonischen »Spitzengesprächen« in kaum zu überbietender Banalität über den Tisch oder den Hörer ging, zerstörte viele Mythen.⁷⁴⁹ Genüßlich zitierte der SPIEGEL über Wochen aus den Stasi-Akten den Austausch der Artigkeiten und die politische Nähe signalisierenden Kontaktpflege-Gespräche. Überall fanden sie Gemeinsamkeiten. Auch die seinerzeit öffentlich vorgebrachten Plädoyers aus den 80er Jahren für die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft und die Abschaffung der Erfassungsstelle in Salzgitter, die Menschenrechtsverletzungen an der deutsch-deutschen Mauer registrierte, fielen jetzt schwer auf die Advokaten der Zweistaatlichkeit, darunter auch Präses, Bischöfe und Konsistorialpräsidenten, zurück. Eine für die Betroffenen schmerzliche aber folgerichtige Konsequenz aus den »deutschen Irrtümern« wäre der Austausch von Eliten gewesen – in Ost und West.⁷⁵⁰ Ein solcher Weg hätte »glänzende Biographien« in Politik, Wissenschaft und Kultur zerstört. Hoffnungsträger aus dem Osten, auf die beide große Volksparteien setzten, wären mit einem Schlag von der Bühne gefegt worden. Als zweite Möglichkeit boten sich, in einigen unvermeidlichen Fällen, ein paar Bauernopfer an; und im übrigen setzte man auf die Strategie, sich gegenseitig positive Leumundszeugnisse⁷⁵¹ auszustellen sowie den Wahrheitsgehalt der Aktenüberlieferungen zu leugnen. Ziel: »Weiter so, Deutschland.« Im wesentlichen mit den alten Führungskadern.

Ein Segment dieser »konservativen« Allianz bildete die in deutschland-Politischem reich verwobene evangelische Kirche. Fälle wie der des ehemaligen berlin-brandenburgischen Konsistorialpräsidenten Manfred Stolpe oder der seines Magdeburger Kollegen Detlef Hammer, zugleich als Stasi-Offizier im besonderen Einsatz tätig, beschäftigten monatelang, manchmal über Jahre die Öffentlichkeit. Aber auch die Opfer der Entspannungspolitik standen wieder auf der Tagesordnung.

Einer der prominenten Fälle war Oskar Brüsewitz. Im März 1993 legte Helmut Müller-Enbergs, Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, eine Studie vor. Ihr Titel: »Das Zusammenspiel von Staatssicherheitsdienst und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha«, das Grundlage für einige Kapitel dieses Buches wurde. Mehr wohl als Müller-Enbergs Forschungsergebnisse, brachte ein Bericht über diese im SPIEGEL (Auflage: über eine Million) das Magdeburger Konsistorium in Rage. Die kirchenoffizielle Nachrichtenagentur epd meldete am 24. März 1993: »Mit Empörung haben Vertreter der Kirchenprovinz Sachsen auf die jüngsten Veröffentlichungen des ›Spiegel‹ über die Selbstverbrennung des ... Pfarrers Oskar Brüsewitz ... reagiert.« Von einer »absoluten Verzerrung und Verunglimpfung« war die Rede und von »Mißbrauch« der Stasi-Akten. Die provinzsächsische Kirchenleitung erhob ferner den Vorwurf der »Ungleichbehandlung bei der Genehmigung der Veröffentlichung von Akten« und beschuldigte den Verfasser bzw. den mit ihm kooperierenden Journalisten Dr. Wolfgang Stock, gegen den Willen der Witwe Brüsewitz' die über ihren Mann angelegten Akten benutzt zu haben. »Auch dieses Vorgehen bedarf der rechtlichen Klärung.« Kaum im Genuß des ansonsten eher mißtrauisch beäugten Rechtsstaates, drohte die Magdeburger Kirchenleitung der Gauck-Behörde auch schon mit rechtlichen Schritten – etwa einer Dienstaufsichtsbeschwerde. Schließlich unterstellte der seinerzeit amtierende Altbischof Werner Krusche »politische Gründe« für die Veröffentlichung, »um Menschen in Mißkredit zu bringen... Die beiden Namen [Gaus und Stolpe] stehen heute für eine ganz bestimmte Politik, die es zu demontieren gilt«⁷⁵².

In der ersten Aprilwoche 1993 erschien von kirchlicher Seite eine Dokumentation über die »Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz«. Als Herausgeber zeichnete Oberkonsistorialrat Dr. Harald Schultze, der seinerzeit schon in dieser kirchenleitenden Funktion mit der Angelegenheit Brüsewitz befaßt war. Im Jahr darauf brachte Schultze übrigens, zusammen mit Waltraut Zachhuber, eine Dokumentation über den Magdeburger Kirchenjuristen und Stasi-

Offizier Detlef Hammer heraus, der seit 1974 im Konsistorium tätig war - von Mai 1990 bis zu seinem mysteriösen Tod Anfang April 1991 als Konsistorialpräsident.⁷⁵³ Ende April 1993 erschien das hier jetzt in erweiterter Form vorliegende Buch von Müller-Enbergs und den FAZ-Journalisten Heike Schmoll und Wolfgang Stock: »Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz und die evangelische Kirche«. Während Schultzes Dokumentation über Pfarrer Brüsewitz (»Das Signal«) erst mit den Ereignissen seit der Selbstverbrennung Brüsewitz' beginnt, bemühten sich die Autoren des »Fanal« um eine Würdigung des gesamten Lebens und Wirkens von Brüsewitz.

Mit dem Erscheinen der beiden Bücher aus so unterschiedlicher Perspektive und mit so unterschiedlicher Positionierung begann die zweite Etappe der Medienschlacht. Mit vereinten Kräften suchten die Kirchenblätter zu erweisen, daß die Schultze-Dokumentation »der Annäherung an die historische Wahrheit« diene, während es dem »Spiegel« unter Berufung auf Müller-Enbergs Studie »mehr um eine Schuldzuweisung an die Kirchenleitung« gegangen sei. »Die Seitenhiebe auf den damaligen Leiter des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Dr. Manfred Stolpe, belegen nur noch zusätzlich die Tendenz des [Spiegel-] Artikels«⁷⁵⁴. Auffällig war im weiteren Verlauf der Diskussion die Konzentration allein auf Müller-Enbergs Beitrag, während die ergänzenden Studien von Heike Schmoll und Wolfgang Stock demgegenüber völlig in den Hintergrund traten. Dabei zeigten gerade deren Arbeiten wesentliche Aspekte des Problems. So wird die unterschiedliche Bewertung kirchlicher Stellungnahmen zwischen Kirchenleitung und Basis deutlich. Während die kirchenleitenden Persönlichkeiten auch 1993 immer wieder auf den »Brief an die Gemeinden« als angemessenes Zeugnis hinwiesen, kritisierte die Basis schon damals, daß die »Magdeburger Erklärung« zu staatsfromm, leisetreterisch und feige und die kirchliche Informationspolitik absolut unzureichend gewesen sei.

Trotz aller Anstrengungen gelang es aber 1993 nicht, wie noch 1976, die Diskussion zu ersticken. Auf seiten der kirchlichen Repräsentanten erschien beide Male die sensationslüsterne »Westpresse« als der eigentlich Schuldige für die angeblich verzerrte Sicht kirchlichen Handelns im Falle Brüsewitz. Mit großer Detail-

besessenheit und aufwendigen hermeneutischen Kunstgriffen suchten die kirchlichen Apologeten Schwächeerscheinungen der Institution zu erklären und dabei Elemente von Resistenz gegen den SED-Staat herauszumeißeln. »Professionelle« Kirchenhistoriker klagten ebenso dienstbeflissen wie aufgeblasen über angebliche Verletzungen historiographischer Regeln. Diese Strategien standen in merkwürdigem Gegensatz zu Brüsewitz' einfacher Verzweiflungstat. Für den Rippichaer Pfarrer stand außer Frage, daß sich seine Kirche mit dem Staat nicht in vollkommenem Einvernehmen befand. Aber sie stand, zu seinem Schmerz, eben auch nicht in grundsätzlichem »Widerspruch zu den Verhältnissen« (Wolf Biermann). Vielmehr wuchs im Laufe der Jahre ihr Einverständnis mit den innen- und außenpolitischen Grundsatzentscheidungen der SED-Diktatur wie umgekehrt ihre Distanz zum freiheitlichen Gesellschaftssystem des Westens zunahm.

Unverkennbar spielten in den Auseinandersetzungen von 1976 und 1993 auch die Vorbehalte kirchlicher Meinungsmacher aus dem östlichen Deutschland gegenüber denjenigen eine Rolle, die es im Arbeiter- und Bauernparadies nicht mehr aushielten und sich in eine andere Welt davonmachen wollten. Im Falle von Brüsewitz' »Republikflucht« ließen sich theologische Argumente gegen seinen Selbstmord geltend machen. Klaus-Rainer Latk, Pfarrer einer Nachbargemeinde, war stigmatisiert, weil er zwei Ausreiseanträge gestellt hatte. Um das Maß voll zu machen, übte der »Apostat« auch noch Verrat, indem er, dem Schweigegebot zum Trotz, die üble Westpresse über den Fall des Kollegen Brüsewitz informierte. Das, was Latk daraufhin in eigenartiger Verkettung von Stasi-Aktionen und kirchenleitendem Handeln zustieß, gehört ebenfalls in die Geschichte des »Falles« Brüsewitz. Drei Tage nach der Beerdigung Brüsewitz' wurde Latk, der, nach den Geschehnissen aufgerüttelt, nun doch in der DDR bleiben wollte, gezwungen, diese von heute auf morgen zu verlassen. Noch im Spätsommer 1976 strengte die provinzsächsische Kirche ein Disziplinarverfahren gegen ihn an, das zur Aberkennung seiner geistlichen Rechte führte. Anklagevertreter war der Oberkonsistorialrat und Stasi-Offizier Detlef Hammer. Bis heute kämpft Latk vergeblich um seine Rehabilitierung und um die Wiederzuerkennung der Ordination.⁷⁵⁵ Schließlich illustriert der Fall des Physikers Richard

Albrecht, von 1984 bis 1988 im Dienst der Magdeburger Kirchenleitung, welche ungewöhnlichen Zustände in der provinzsächsischen Kirchenleitung herrschten. Als Albrecht, inzwischen im Westen, über seine Beobachtungen im Magdeburger Konsistorium berichtete, drohte ihm Hammer mit der Vernichtung seiner beruflichen Existenz im fernen München.⁷⁵⁶ Bischof Demke stellte sich vor den allseits beliebten Oberkonsistorialrat, dessen Andachten im Konsistorium regelmäßig religiöse Rührung hervorriefen.

Ein bis dahin unbekanntes Journalisten-Bildungsinstitut Sachsen-Anhalt richtete im Herbst 1993 ein »Symposium« zu Brüsewitz in Halle aus. Die Veranstaltung führte nicht zur Versachlichung der Diskussion um Brüsewitz und im weiteren um die Rolle der evangelischen Kirche im SED-Staat. Altbischof Werner Krusche sagte bereits im Vorfeld seine Teilnahme ab und übte scharfe Kritik an dem Programm. Er sah »die Unternehmung nur als Fortsetzung der Diffamierung der evangelischen Kirchen in der einstigen DDR und ihrer Leistungen, wie sie von bestimmten Medien - vor allem der FAZ - betrieben wird... Die politische Absicht ist klar: weil zu befürchten ist, daß die evangelischen Kirchen in der ehemaligen DDR auch im geeinigten Deutschland ihre gesellschaftskritische Funktion wahrnehmen werden und also weiterhin einen Unruheherd darstellen können, müssen sie als Handlanger der SED und als Stasi-gesteuert verleumdet werden, damit ihre Stimme als unglaublich abgetan werden kann.«⁷⁵⁷ An die Organisatoren richtete er die Frage, warum »sie sich jetzt gerade so vehement eines Vorganges annehmen, der 17 Jahre zurückliegt, während sie gegenwärtige »Signale« offenbar nicht wahrnehmen, sondern verschweigen wollen.«⁷⁵⁸ Damit hatte er einen Ton angeschlagen, den einige »Journalisten« dankbar aufgriffen und verstärkten. Von einem »Tribunal« war die Rede, der Ost-West-Gegensatz wurde stark gemacht und auch der Republikflüchtling wider Willen, Latk, bekam sein Fett weg: »Hirten, die damals ihre Herde im Stich ließen, tun so, als wären sie Brüsewitz, wenngleich sie kaum Brandwunden vorweisen können.«⁷⁵⁹

Andere aus dem Umfeld von Brüsewitz, die blieben und sich seinerzeit vehement gegen die Verunglimpfung des Rippichaer Pfarrers durch den SED-Staat wehrten, übten ebenso heftige Kri-

tik an den westdeutschen Bemühungen um Aufklärung. So warf Karl-Adolf Zech (Berlin Ost) dem Autor Müller-Enbergs »Pauschal-Verurteilungen« der kirchenleitenden Gremien der Kirchenprovinz Sachsen vor. Dabei überrascht, daß bei der Aufzählung dessen, was Müller-Enbergs angeblich nicht verstanden haben soll, manche Punkte zur Sprache kommen, die Müller-Enbergs so oder ähnlich ebenfalls kritisch benannt hatte.⁷⁶⁰ Affekte gegen wirklich oder vermeintlich konservative Kritik aus dem Westen lassen sich jedenfalls nicht ausschließen. »In den siebziger Jahren sang Biermann über die, die auf seinem roten Feuer ihr braunes Süppchen kochen wollten. Was ist das für ein Süppchen, das auf Brüsewitz' Flammen kochen soll?«⁷⁶¹ Auch zustimmende Zitate über »die Gemütlichkeit des westdeutschen Kirchenbetriebes«, wo Dietrich Bonhoeffer »in Sesseln« gefeiert werde, weisen auf Vorverständnisse hin, die den Eindruck einer gewissen Voreingenommenheit verstärken. Zech verstand sich als Sprecher jener »Menschen in der ehem. DDR«, die das Empfinden hatten, »daß ihnen ihre eigene Geschichte aus den Händen genommen und durch Unbekannte gedeutet wird«⁷⁶².

Offenbar war es den Westdeutschen nicht gelungen, zu zeigen, daß Oskar Brüsewitz auch zu ihrer Geschichte gehört. Im Jahr seines Todes stritten evangelische Theologen in der Bundesrepublik darüber, ob Christen Sozialisten sein mußten.⁷⁶³ Und 1977 schrieben die Westdeutschen Martin Stöhr und Erich Weingärtner: »Auch unsere Kirchen ›im Westen‹ haben ihre spezifischen Bindungen. Was berechtigt uns, diese unsere Formen und Bindungen als die normale kirchliche Existenz zu verstehen und sie als Maßstab auf eine völlig andere gesellschaftspolitische Situation zu übertragen? Könnten nicht beispielsweise die Kirchen im Sozialismus Lebensformen und Orientierungen erproben, die auch für uns in der Suche nach Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit kirchlicher Existenz in Zukunft hilfreich sein werden? ... Die Ziele von Sozialismus und Christentum liegen einander näher als die von Christentum und Kapitalismus... Der sterile Antikommunismus verurteilt auch den echten Kommunismus als Verkörperung des Bösen und ruft zu seiner Überwindung auf.«⁷⁶⁴ Bei seinem Protest hat Brüsewitz nicht zwischen »echtem Kommunismus« oder dem »guten« Reformsozialismus einerseits und dem »realexistierenden

Sozialismus« der SED-Diktatur andererseits unterschieden. Es gab und gibt im westlichen und östlichen Deutschland Menschen, die weder Kommunismus, noch »Reformsozialismus« wollen. Für solche Westdeutschen war Brüsewitz' Opfer ebenfalls ein Fanal und eine Ermutigung gegen linkskirchliche Tendenzen in der EKD. Das verstehen die kirchlichen Freunde des Sozialismus bis heute recht gut. So bezeichneten der Braunschweiger Studentenfarrer Kurt Dockhorn und der Landessynodale Pfarrer Dietrich Kuessner (Offleben) auch 1998 noch das »Brüsewitz-Zentrum« als einen rechtslastigen Verein. Aus der politischen Perspektive Kuessners verständlich: Der Offlebener Pfarrer kandidierte bei der Bundestagswahl 1998 für die SED-Nachfolgepartei PDS. Anlaß für den sozialistischen Protest war die Wanderausstellung »Gedenken und Informieren« der Stadt Zeitz und des Brüsewitz-Zentrums. Der Braunschweiger Kulturdezernent Hans-Peter Conrady, der die Ausstellung für Mitte August 1998 in seine Stadt geholt hatte, sah sich von der massiven Pfarrer-Opposition hart attackiert – und wich ein wenig zurück. Anstatt im repräsentativen Altstadtrathaus, wurde die Ausstellung in der kleineren Braunschweiger Alten Waage eröffnet. Ein offizieller Vertreter der Braunschweigischen Landeskirche ließ sich nicht blicken. Man übte Solidarität. Der Magdeburger Oberkonsistorialrat Schultze hatte nämlich behauptet, die Ausstellung vermittele ein einseitiges Bild von der Rolle der evangelischen Kirche in der DDR.⁷⁶⁵

Dabei muß man nicht in die Vergangenheit schauen, um festzustellen, wo sich – trotz des »Schwarzbuch des Kommunismus«⁷⁶⁶ – die alten Lebensträume beharrlich gehalten haben. Die SED-Nachfolgepartei kann im östlichen Deutschland weiter stolze Stimmenzuwächse verzeichnen und die Jugendweihen erfreuen sich unvermindert großer Beliebtheit, während die zu dieser politischen Entwicklung schweigende Minderheiten-Kirche weiter an Mitgliedern verliert.

Anmerkungen

- ¹ Handschriftliche Notizen von [REDACTED] aus der Gemeinsamen Beratung der Räte der EKU am 1.9.1976 in Ost-Berlin; Archiv des Brüsewitz-Zentrums.
- ² Handschriftliche Notizen von [REDACTED] aus der Gemeinsamen Beratung der Räte der EKU am 1.9.1976 in Ost-Berlin; Archiv des Brüsewitz-Zentrums.
- ³ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 74.
- ⁴ Zitiert nach: Kirche im Sozialismus, 1976, Nr. 6, S. 4.
- ⁵ Karl-Adolf Zech: Meine Bemerkungen zur Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz in Zeitz, Ms. vom September 1976; Archiv des Brüsewitz-Zentrums.
- ⁶ Schreiben von Landesbischof Axel Noack an Wolfgang Stock, 21. April 1999.
- ⁷ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 1.
- ⁸ Thomas Frickel: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film); BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 101f. und 105f.; R. Häselbarth: Flammendes Fanal, in: Thüringer Landeszeitung vom 11.11.1992.
- ⁹ Dazu Klaus-Rainer Latk: »Dieses Kirchenlied ist bekanntlich bei vielen jungen Pastoren verpönt und gilt als »theologisch überholt«; vgl. Klaus-Rainer Latk: Oskar Brüsewitz. Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3(1986)2, S. 7.
- ¹⁰ Klaus-Rainer Latk: Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3(1986)2, S. 7; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 5 f.; Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 45 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413]; Thomas Frickel: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film); BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 101f. und 105f.
- ¹¹ In der bisher publizierten Literatur wurde stets von Esther Brüsewitz gesprochen, die ihrem Vater auf dem Weg zur Kirche entgegengekommen sein soll; vgl. Jochen Desel: Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen, 1991, S. 6 und 60;

Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 44f. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413]; BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 101f. und 105f., 118 und 199 sowie Bd. III, Bl. 73; Klaus-Rainer Latk: Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3(1986)2, S. 9. Nach Recherchen von Thomas Frickel soll es jedoch Dorothea Brüsewitz gewesen sein; vgl. Thomas Frickel: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film); Schreiben von Thomas Frickel vom 16.4.1993.

¹² Dem Bericht des IM »Willi Koch« zufolge habe Oskar Brüsewitz nicht vom amtierenden Bischof Probst Bäumer, sondern vom »Bischof« selbst gesprochen, was sachlich falsch und möglicherweise auf einen Erinnerungs- oder Überlieferungsfehler hindeutet; vgl. BStU, ASt Halle, 894/74, Bd. 1, Bl. 77; BStU, ZA HA XX/4, Bd. 271, Bl. 184 f. Der Filmemacher Thomas Frickel, der diesen Tag im Leben Oskar Brüsewitz' ebenfalls minutiös zu rekonstruieren versuchte, hegt grundsätzliche Zweifel an den Darlegungen des IM »Willi Koch«. Seiner Ansicht nach läßt sich die Flaschenrückgabe zeitlich gesehen nur schwer in den Ereignisablauf einordnen; vgl. Schreiben von Thomas Frickel vom 16.4.1993. Schließlich ist festzuhalten, daß sich die Forderung, die »Gemeinde binnen 24 Stunden« zu verlassen, weder mit den kirchlichen Vorschriften noch mit der kirchlichen Praxis deckt. Möglicherweise dürfte in der von IM »Willi Koch« wiedergegebenen Äußerung die staatliche Praxis bei Aussiedlern durchschlagen; vgl. Schreiben von Ulrich Schröter vom 19.5.1993.

¹³ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 133f.; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 6; Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg (Ms.), S. 45 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413].

¹⁴ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 101f., 104, 118 und 133f.; Klaus-Rainer Latk: Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3(1986)2, S. 7; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 6; Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg (Ms.), S. 45 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413].

¹⁵ Schreiben von Dieter Ziebarth vom 29.3.1993; Archiv des

Brüsewitz-Zentrums.

- ¹⁶ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 8 und 98.
- ¹⁷ Thomas Frickel: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film); Klaus-Reiner Latk: Oskar Brüsewitz. Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3(1986)2, S. 7; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 6; Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg (Ms.), S. 45 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413]; BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 5, 121 f., 124, 127 und 229; BStU, ASt Halle, XV/1177/73, Arbeitsakte, Bd. 2, Bl. 91; BStU, ASt Halle 761/67, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 390; Die Tat des Pastors Brüsewitz, in: Welt am Sonntag vom 22.8.1976; Harald Schultze: Bericht über Vorgänge und Verhandlungen, o. O., 24.8.1976, Archiv der Kirchenprovinz Sachsen, S. 1 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 104-127].
- ¹⁸ Westdeutsche hatten aus einem Auto heraus das Transparent lesen können und gaben gegenüber dem Bundesgrenzschutz beim Verlassen der DDR folgenden Text an: »Die Kirchen klagen den Kommunismus wegen der Unterdrückung der Jugend an«; vgl. Associated Press vom 20.8.1976, in: Kirche im Sozialismus (Berlin), Dezember 1976, S. 3; Der Pfarrer, der sein Leben für die Jugend opfern wollte, in: BZ (Berlin) vom 21.8.1976; BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 122, 127 und 229.
- ¹⁹ Klaus-Rainer Latk: Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3(1986)2, S. 7; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 6; Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 45 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413]; Thomas Frickel, Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film); Die Tat des Pastors Brüsewitz, in: Welt am Sonntag vom 22.8.1976; Peter Pragal: DDR spielt die Selbstverbrennung herunter, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.8.1976; BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 5, 99, 120-122, 124, 127 und 229.
- ²⁰ Klaus-Rainer Latk: Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3(1986)2, S. 7; Thomas Frickel: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film); BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 99; [Karl-

Heinz] Falkenstein: Telegramm an das ZK der SED, o. O., o. D., Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 1; Information über den demonstrativen Selbstverbrennungsversuch, ebenda, Bl. 2 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 154-158].

Die Hilfeleistung des Busfahrers wurde später nicht honoriert: »Der Kraftfahrer, der versucht hat, B[rüsewitz] zu retten, wird von seinen Arbeitskollegen gefoppt. Er habe mit einer volkseigenen Decke einen Pfarrer retten wollen, [dafür] erhalte er vom Papst einen Orden.« Protokoll der Sondersekretariatssitzung am 25.8.1976, Zeitz, 25.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 64.

- ²¹ Die Transkription folgt dem Vorschlag von Ulrich Schröter, vgl. ders.: Die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, in: Zwiegespräch (1993)16, S. 22-39, hier 25.
- ²² Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 45; Klaus-Rainer Latk: Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3(1986)2; Thomas Frickel: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film); BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 5 und 120-122; [Karl-Heinz] Falkenstein: Telegramm an das ZK der SED, o. O., o. D., Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 1; Harald Schultze: Bericht über Vorgänge und Verhandlungen, o. O. vom 24.8.1976, S. 1, Archiv der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 104-127].
- ²³ Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 45 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413]; Mitteilung eines Zeitzeugen am 28.1.1993, der nicht genannt sein möchte; Lieselotte Müller: DDR-Pfarrer starb nach Selbstverbrennung, in: Frankfurter Neue Presse vom 24.8.1976; BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 5 und 235; Gespräch mit Pfarrer Erich Schweidler zur Debatte um die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, in: Horch und Guck (1996)19, S. 35.
- ²⁴ Friedrich Engels: Programm der blanquistischen Kommune-flüchtlinge, in: Karl Marx, Friedrich Engels. Werke, Berlin 1989, Bd. 18, S. 532.
- ²⁵ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Dissertation (B) zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wissenschaften, Berlin 1988, S. 179.

- 26 Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Dissertation (B) zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wissenschaften, Berlin 1988, S. 69.
- 27 Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Dissertation (B) zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wissenschaften, Berlin 1988, S. 158.
- 28 Siegfried Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«, Berlin 1996, S. 240.
- 29 BStU, ASt Erfurt, AOP 504/65, Bl. 97.
- 30 Vgl. ebenda, Bl. 19, 25, 32, 41, 46, 55 f. und 101. Diese Akte wurde erst zwei Monate nach dem Tod des Pfarrers geöffnet.
- 31 BStU, ASt Halle, 761/67, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 80.
- 32 Vgl. ebenda, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 89.
- 33 Vgl. ebenda, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 216.
- 34 Verhalten des Pfarrers Brüsewitz, Rippicha, Kr. Zeitz, o. O., o. D., Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 254.
- 35 BStU, ASt Halle, 761/67, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 225.
- 36 Vgl. ebenda, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 320.
- 37 BStU, ASt Halle, 894/74, Personalakte, Bd. I, Bl. 2.
- 38 Ebenda, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 2.
- 39 Ebenda, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 57.
- 40 BStU, ASt Halle, AOP 641/82, Bd. I, Bl. 13 und Bl. 52.
- 41 Ebenda, Bd. II, Bl. 107.
- 42 Ebenda, Bd. II, Bl. 270.
- 43 Ebenda, Bd. II, Bl. 113.
- 44 BStU, ASt Halle, 450/77, Personalakte, Bd. I, Bl. 42.
- 45 Schreiben an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Zeitz, Zeitz, 4.10.1974, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-4/24/157, Bl. 42.
- 46 BStU, ASt Halle, AOP 641/82, Bd. III, Bl. 47.
- 47 Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 42 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413].
- 48 Mitteilung einer Ex-Redakteurin des »Neuen Weges« in Zeitz am 28.1.1993.
- 49 Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 43 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413].
- 50 Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 55.
- 51 Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 43 [Druck:

- Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413].
- ⁵² BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 32.
- ⁵³ Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 43 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413].
- ⁵⁴ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 32.
- ⁵⁵ Ebenda, S. 56.
- ⁵⁶ Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 43 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413].
- ⁵⁷ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 56.
- ⁵⁸ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 19.
- ⁵⁹ Schreiben an die SED-Kreisleitung Zeitz, Drosdorf, 21.1.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-4/24/157, Bl. 74.
- ⁶⁰ Hausmitteilung der SED-Bezirksleitung Halle an den 1. Sekretär [Werner] Felfe, Halle, 23.3.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/D-2/14/475, Bl. 94; vgl. auch: Verhalten des Pfarrers Brüsewitz, Rippicha, Kr. Zeitz, o. O., o. D., Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 254.
- ⁶¹ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 32.
- ⁶² BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 19.
- ⁶³ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 57f.
- ⁶⁴ Thomas Frickel: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film).
- ⁶⁵ Carl Brummack: Das kirchenleitende Amt in der Hand von Generalsuperintendent D. Paul Blau, in: Harald Kruska: Festschrift zum Gedenken an Generalsuperintendent D. Paul Blau anlässlich seines 100. Geburtstages am 15.5.1961, Berlin 1961, S. 26.
- ⁶⁶ BStU, ASt Halle, AOP 641/82, Bd. II, Bl. 202.
- ⁶⁷ Ebenda, Bd. II, Bl. 63.
- ⁶⁸ Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 43 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413].
- ⁶⁹ Thomas Frickel: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film).
- ⁷⁰ Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 43 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413].

- ⁷¹ Der Pfarrer, der sein Leben für die Jugend opfern wollte, in: BZ (Berlin) vom 21.8.1976; epd: Aus Protest gegen DDR-Behörden?, in: Spandauer Volksblatt (Berlin) vom 21.8.1976.
- ⁷² Thomas Frickel: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film).
- ⁷³ BStU, ASt Halle, AOP 641/82, Bd. II, Bl. 298.
- ⁷⁴ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 57.
- ⁷⁵ BStU, ASt Halle, 894/74, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 70.
- ⁷⁶ Friedrich-Wilhelm Bäumer: Vermerk über ein Gespräch beim Rat des Bezirkes Halle am Freitag, den 21.5.1976, o. O., o. D., Archiv der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 138f.]; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 58.
- ⁷⁷ Friedrich-Wilhelm Bäumer: Vermerk über ein Gespräch beim Rat des Bezirkes Halle am Freitag, den 21.5.1976, o. O., o. D., Archiv der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 138f.]; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 58.
- ⁷⁸ Information über den demonstrativen Selbstverbrennungsversuch, o. O. [Halle], 18.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 4 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 151f.].
- ⁷⁹ Harald Schultze: Vermerk über ein Gespräch beim Rat des Bezirkes Magdeburg am 10. Dezember 1976, Archiv der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 341-350].
- ⁸⁰ Es war lediglich, so Propst Bäumer, von einer Empfehlung zum freiwilligen Stellenwechsel die Rede; vgl. Schreiben von Harald Schultze vom 5.5.1993. Es hatte, so Harald Schultze, »ausdrücklich den Rat gegeben, daß er die Stelle wechseln sollte«; vgl. Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 15.
- ⁸¹ Handschriftliche Notizen von [REDACTED] aus der Gemeinsamen Beratung der Räte der EKU am 1.9.1976; Archiv des Brüsewitz-Zentrums.
- ⁸² BStU, ASt Halle, 761/67, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 385. In seinem Abschiedsbrief an die Gemeinde, der bis Anfang 1993 von kirchlicher Seite nie vollständig veröffentlicht wurde, heißt es: »Ich liebe Euch sehr. Ich liebe Euch, auch Bruder Hildebrand«; vgl. Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 93. Daß Brüsewitz in seinem Abschiedsbrief

- diesen Namen nannte, dürfte nicht unerheblich gewesen sein.
- ⁸³ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 58.
- ⁸⁴ BStU, ASt Halle, 894/74, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 63.
- ⁸⁵ BStU, ASt Halle, AOP 641/82, Bd. II, Bl. 297.
- ⁸⁶ Ebenda. Der Begriff »Ablösung« dürfte in diesem Zusammenhang mit einem Wechsel in eine andere Gemeinde zu sehen sein.
- ⁸⁷ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 59.
- ⁸⁸ epd: Aus Protest gegen DDR-Behörden?, in: Spandauer Volksblatt (Berlin) vom 21.8.1976.
- ⁸⁹ Mitteilung von Dr. Harald Schultze in Zeitz am 28.1.1993.
- ⁹⁰ Friedrich-Wilhelm Bäume: Das einsame Zeichen, in: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 91-93.
- ⁹¹ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 9; vgl. auch: Gerhard Besier und Stephan Wolf (Hrsg.): »Pfarrer, Christen und Katholiken«. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991, S. 31.
- ⁹² Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 44 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413].
- ⁹³ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 11.
- ⁹⁴ Ebenda.
- ⁹⁵ BStU, ZA, HA XX/4, Bd. 271, Bl. 184 f.; BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 36.
- ⁹⁶ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 71.
- ⁹⁷ Ebenda, Bd. I, Bl. 117.
- ⁹⁸ Abschiedsbrief, in: Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 92.
- ⁹⁹ BStU, ASt Halle, AOP 641/82, Bd. III, Bl. 15.
- ¹⁰⁰ Ebenda, Bd. III, Bl. 165.
- ¹⁰¹ BStU, ASt Halle, 894/74, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 63.
- ¹⁰² Benedicta Maria Kempner: Priester vor Hitlers Tribunalen, München 1966.
- ¹⁰³ Abschiedsbrief, in: Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 92.
- ¹⁰⁴ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 71.
- ¹⁰⁵ Die Transkription folgt dem Vorschlag von Ulrich Schröter; vgl. ders.: Die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz, in: Zwiegespräch (1993)16, S. 22-39, hier 25.

- ¹⁰⁶ Harald Schultze: *Das Signal von Zeitz*, Leipzig 1993, S. 16.
- ¹⁰⁷ Benedicta Maria Kempner: *Priester vor Hitlers Tribunalen*, München 1966, S. 119.
- ¹⁰⁸ Ebenda.
- ¹⁰⁹ Manfred Stolpe: *Schwieriger Aufbruch*, Berlin 1992, S. 119.
- ¹¹⁰ BStU, ASt Halle AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 80. Diese Forderung nach Protokolländerung bietet breiten Raum für Spekulationen. Thomas Frickel vermutet dahinter lediglich die Anweisung, die handschriftlich vorliegenden Aussagen der Zeugen angesichts des Falles maschinenschriftlich zu fassen, da in dem Aktenvorgang beide Versionen vorliegen; vgl. Schreiben von Thomas Frickel vom 16.4.1993. Es liegt jedoch die Annahme näher, faktische, also inhaltliche »Änderungen« in den Protokollen anzunehmen, denn die Aufforderung zur maschinenschriftlichen Erfassung wäre sicherlich auch als solche ausgewiesen worden; auch bedurfte es dazu keiner Aufforderung in einem Maßnahmenplan.
- ¹¹¹ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 43. In einem anderen Bericht vom gleichen Tag heißt es: Die Visitation »sowie das oft unмотivierte Handeln des Brüsewitz in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der bevorstehenden Abberufung könnte als das Hauptmotiv für die getätigte Handlung betrachtet werden«; vgl. ebenda, Bl. 10. Nachdem die SED die Motivlage von Oskar Brüsewitz als Tat eines »Geisteskranken« beschrieben hatte, ließ das MfS die zuzugehende Interpretation fallen und legte sie in die politisch erwünschte Richtung; vgl. ebenda, Bd. I, Bl. 243.
- ¹¹² Werner Krusche: Eine brennende Anfrage, in: Harald Schultze: *Das Signal von Zeitz*, Leipzig 1993, S. 94-98, hier 97.
- ¹¹³ Landesarchiv Merseburg RdB Halle 18986, Bl. 252; BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 3; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, in: Schultze, Harald (Hrsg.): *Das Signal von Zeitz. Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976. Eine Dokumentation*, 2., durchgesehene Auflage, Leipzig 1993, S. 373; Aussagen von Bernhard Brüsewitz, in: Frickel, Thomas: *Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz* (Film), Rüsselsheim 1992; Desel, Jochen: *Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR*, Lahr-Dinglingen 1991, S. 8ff.
- ¹¹⁴ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 3; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 373, 400; Jochen Desel: *Oskar Brüsewitz*, Lahr-Dinglingen 1991, S. 8f.

- ¹¹⁵ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 3; Schultze, Signal, S. 154.
- ¹¹⁶ Brief von Ursula Krumhaar-Bobrowski an eine Pfarrerrwitwe im Kreis Dresden am 20.12.76, in: Karl-Adolf Zech: Pfarrer Oskar Brüsewitz - genügt die West-Sicht auf die Ost-Dinge? Meinungsäußerung zum Brüsewitz-Symposium am 5.10.93 in Halle, Berlin 1993, S. 11.
- ¹¹⁷ Aussagen Bernhard Brüsewitz, in: Frickel, Störenfried; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 373, 400; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 8.
- ¹¹⁸ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 8f.; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 373f., 401.
- ¹¹⁹ Aussage Bernhard Brüsewitz', in: Frickel, Störenfried.
- ¹²⁰ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 9; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 373f., 400.
- ¹²¹ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 9; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 373f.
- ¹²² Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 9.
- ¹²³ In wessen Gefangenschaft er gewesen ist, ist ebenfalls strittig. Während Brüsewitz selbst von sowjetischer spricht und auch das MfS diese Version aufnimmt und von einer baldigen Freilassung im Hinterland berichtet, favorisiert Desel die Gefangenschaft in einem amerikanischen Lager in Tangermünde an der Elbe, dann direkt in Stendal. Dies wäre aber mit der Auskunft Brüsewitz' nicht kompatibel, in Swinemünde, nahe Greifswald, aus der Gefangenschaft entlassen worden zu sein (BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 4; Desel, Oskar; S. 10; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 401).
- ¹²⁴ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III., Bl. 4; Zech, Karl-Adolf: Widerstand im Namen Christi. Anmerkungen zu dem Dokumentationsfilm ›Der Störenfried - Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz‹ von Thomas Frickel, Berlin 1992 (Manuskript), S. 2; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 374, 400f.
- Im Zusammenhang mit seinem Kriegseinsatz hat Brüsewitz berichtet, mit seinem Bruder bei einer Verlegung mit der Eisenbahn einen Desertionsversuch unternommen zu haben, der jedoch ver-

eitelt wurde – ohne Folgen zu zeitigen (Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 374, 400). Zum Reichsarbeitsdienst vgl. Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 10.

¹²⁵ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 10; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 374, 401.

¹²⁶ Die Übersiedlung der Familie vollzog sich aber wohl in mehreren Etappen. So tat allem Anschein nach der jüngste Bruder von Brüsewitz, Arno, den ersten Schritt. Brüsewitz selbst soll 1948 gefolgt sein. Der Vater, der später als die Söhne aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt war, war zuerst nach Burgstädt gekommen. Dort erfuhr er jedoch, daß seine Frau nunmehr in Melle wohnen würde und wechselte ebenfalls dorthin über (Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 10f.; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 9.). Bis hier scheint alles einzuleuchten, doch Schwierigkeiten ergeben sich nun, wenn der Tod von Brüsewitz' Mutter in diese Vorgänge eingewoben werden soll. Diese starb offenbar im September 1948 (Ebenda, S. 374), drei Monate, nachdem sie nach Melle übergesiedelt war (Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 10f.). Wenn Brüsewitz' Vater jedoch schon 1947 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurde und seine Frau in Burgstädt nicht mehr antraf (Ebenda, S. 10), dann müssen, um dies mit der normalen Zeitrechnung erfassen zu können, falsche Daten vorliegen. Demnach dürfte Arthur Brüsewitz entweder erst Mitte 1948 nach Burgstädt gekommen sein oder Agathe Brüsewitz mußte schon 1947 verstorben sein. Letzteres würde nicht zur Übersiedlung Brüsewitz' 1948 vor dem Tod der Mutter (Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 374.) passen. Das MfS thematisiert die Zeit in Burgstädt nicht (vgl. BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 4.). Was die Familie Brüsewitz angeht, so wurde der frühe Tod der Mutter bereits erwähnt. Der Vater heiratete im Juni 1951 ein zweites Mal (Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 401; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 12.). Nach Angaben des MfS hat er jedoch 1976 bereits nicht mehr gelebt. Wundersamerweise lebte aber nach dieser Quelle Agathe Brüsewitz noch immer in der Bundesrepublik (BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 4.).

- ¹²⁷ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 12.
- ¹²⁸ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 11; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 374f., 401; BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 3f.
- ¹²⁹ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 11.
- ¹³⁰ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 4; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 375, 401f.; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 12.
- ¹³¹ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 13; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 402. Es ist nicht bekannt, wann sich Brüsewitz von Frau und Kind im Westen getrennt hat. Somit ergibt sich ggf. eine relativ lange Phase, die nicht genau ausgeleuchtet werden kann. Brüsewitz selbst hat später auch eine Zeit bei der Fremdenlegion erwähnt (Zeitzeugenbefragung Herzog), doch genauere Belege fehlen. (Die hier genannten Zeitzeugenbefragungen wurden im Rahmen der Magisterarbeit von Marco Wiesner durchgeführt).
- ¹³² BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 4; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 376ff., 402f.; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 17.
- ¹³³ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 376, 402; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 13ff.
- ¹³⁴ Die erste Äußerung stammt vom Gemeindepfarrer aus Hildesheim (Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 376, 401). Die zweite Stellungnahme ist die eines Bekannten aus der Weißenfelder Zeit, vermutlich sogar von Herrn Geißler – dies lassen Andeutungen vermuten (Brief von N.N. an Herrn Schliak vom 19.12.1954 – siehe Privatbestand Neubert). Der Empfänger des Briefes war Dr. Schliak, der als Arzt in Bernburg Brüsewitz behandelte (vgl. Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 403).
- ¹³⁵ Die Aussage über Brüsewitz' Absichten im Sanatorium in Potsdam stammen von einer ehemaligen Schwester desselben Hauses, die auch nach Brüsewitz' Aufenthalt dort mit diesem in Briefkontakt gestanden hat, der aber bald verstarb, sicher wegen Christa Roland

- (Brief von C.G. an Propst Bäume vom 6.8.93 [AKPS Rep N 9 Nr. 3]).
- ¹³⁶ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 376f., 402f.; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 14ff.
 - ¹³⁷ Aussage Christa Brüsewitz, in: Frickel, Störenfried.
 - ¹³⁸ Landesarchiv Merseburg RdB Halle 18986, Bl. 252; BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd III, Bl. 5; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 377f.; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 17f. Bei dem Sohn handelt es sich um Matthias Brüsewitz, der sich im Mutterleib mit Toxoplasmose infiziert hatte und am 2.11.1969 verstarb. Er war am 23.6.1959 zusammen mit seiner Schwester Esther getauft worden. (Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 279; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 20).
 - ¹³⁹ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 379; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 18f.
 - ¹⁴⁰ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 378f.; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 18.
 - ¹⁴¹ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 379; Pappe, Otto: Die Brüsewitz-Legende, Erfurt 1992 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 15.
 - ¹⁴² Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 379.
 - ¹⁴³ Vgl. BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 100; Zech, Karl-Adolf: Er traf den Nerv. Die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz im August 1976 und die Folgen, in: DeutschlandArchiv 29 (1996), S. 588. Damals soll ein Pfarrer, GM »Eckstein«, über Brüsewitz Informationen gesammelt haben (Ebenda, S. 588.).
 - ¹⁴⁴ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 379.
 - ¹⁴⁵ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 95.
 - ¹⁴⁶ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 379f., 404.
 - ¹⁴⁷ Zeitzeugenbefragung J. & K. Schmidt bzw. Herzog. Ein MfS-Bericht spricht irrtümlicherweise von einem Umzug nach Eschert im Kreis Erfurt (BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 5).

- 148 Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 380; SAPMO-BArch DY 30 IV B 2/14/60, Bl. 40; BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 3.
- 149 Zeitzeugenbefragung J. & K. Schmidt; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 380.
- 150 Zeitzeugenbefragung Herzog bzw. Schlegel.
- 151 Zeitzeugenbefragung Schlegel; Zeitzeugenbefragung J. & K. Schmidt; BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 99, 101; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 532, Bl. 176.
- 152 Gemäß den Unterlagen des Nachfolgebetriebes der PGH, der Orthopädie-Schuhtechnik-Dienstleistungs GmbH (Brief an Marco Wiesner vom 16.6.1998.). Vgl. zum PGH-Beitritt allgemeiner: BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 3.
- 153 Die PGH bestand aus Verwaltungspersonal und zwei Brigaden mit jeweils 7 bzw. 8 Mann. Sie war aus einem Zweig des Büromaschinenwerkes Reinmetall/Sömmerda hervorgegangen und übernahm ihren Namen vom in dieser Zeit stattfindenden V. Parteitag der SED. Wer Mitglied der PGH werden wollte, der hatte zwei Monatsgehälter einzubringen, die durch einen regelmäßigen Lohnabzug einbehalten wurden. Brüsewitz hatte den Vorteil, daß er seine Maschinen beim Eintritt in die PGH verkaufen konnte. Ein Teil dieser Maschinen wurde auch von Mitgliedern der PGH für den Eigenbedarf von Brüsewitz übernommen, da sich einige von ihnen durch Heimarbeit noch etwas dazuverdienten (Zeitzeugenbefragung Hink; Zeitzeugenbefragung Herzog).
- 154 Zitiert nach: Braasch, J.H.: Persönlicher Bericht über Pfarrer Oskar Brüsewitz, o.O. o.J. (unveröffentlichtes Manuskript), S. 1. Schlegel nennt den unermüdlich bekennden Brüsewitz denn auch ein »Maschinengewehr Gottes« (Zeitzeugenbefragung Schlegel).
- 155 Zitiert nach: Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 382.
- 156 BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 97.
- 157 Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 24; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 404.
- 158 Zeitzeugenbefragung Herzog bzw. Schlegel. Vgl. dazu: »Stellungnahme zur Bewerbung von Herrn Oskar Brüsewitz zur Predigerausbildung« von Pfarrer Merker vom 23.10.1964 (Privatbestand Merker).
- 159 Zeitzeugenbefragung Hink; Zeitzeugenbefragung Herzog.

- ¹⁶⁰ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 3.
- ¹⁶¹ SAPMO-BArch DY 30 IV B 2/14/60, Bl. 39; Landesarchiv Merseburg SED-BL Halle IV/D-2/14/475, Bl. 93f; BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 96.
- ¹⁶² BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 96f.
- ¹⁶³ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 96.
- ¹⁶⁴ Onnasch. Leben, S. 382; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 25.
- ¹⁶⁵ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 5.
- ¹⁶⁶ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 96, 99.
- ¹⁶⁷ Die Konsequenzen wurden auch vor Ort registriert. Das Volkspolizeikreisamt (VPKA) Sömmerda meldete in einem ›Lage- & Stimmungsbericht‹ vom 23.5.1962 weiter, daß die Superintendenturen nunmehr durch fehlende Gelder der Kirchenleitung auf sich gestellt waren (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 529, Bl. 32.).
- ¹⁶⁸ Braasch, S. 1; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 381.
- ¹⁶⁹ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 381.
- ¹⁷⁰ Zeitzeugenbefragung Herzog.
- ¹⁷¹ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/, Bd. III, Bl. 4.
- ¹⁷² Zeitzeugenbefragung Herzog; Zeitzeugenbefragung J. & K. Schmidt; ›Stellungnahme zur Bewerbung von Herrn Oskar Brüsewitz zur Predigerausbildung‹ von Pfarrer Merker vom 23.10.1964 (Privatbestand Merker).
- ¹⁷³ Zeitzeugenbefragung Hink bzw. Herzog.
- ¹⁷⁴ Schreiben des RdK Sömmerda über die ›Tätigkeit von Briesewitz (!, M.W.) aus Weißensee in Weißensee und umliegenden Gemeinden‹ an Kreisleitung der SED am 13.10.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71). Vgl. auch Unterlagen des Nachfolgebetriebes der PGH, der Orthopädie-Schuhtechnik-Dienstleistungs GmbH (Brief an den Verfasser vom 16.6.1998).
- ¹⁷⁵ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 100.
- ¹⁷⁶ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 381; BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 101.
- ¹⁷⁷ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 404.
- ¹⁷⁸ ›Stellungnahme zur Bewerbung von Herrn Oskar Brüsewitz zur Predigerausbildung‹ von Pfarrer Merker vom 23.10.1964 (Privat-

bestand Merker); Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 381.

- ¹⁷⁹ Die spärlichen Akten im Kreisarchivs Sömmerda belegen zumindest seine Gemeindekirchenrats-Zugehörigkeit im Jahre 1963 (»Meldung der Mitglieder des Gemeindekirchenrates der Stadt Weißensee« des RdS Weißensee vom 4.9.1963 (KSöm 1671).).
- ¹⁸⁰ Zeitzeugenbefragung Schlegel; »Stellungnahme zur Bewerbung von Herrn Oskar Brüsewitz zur Predigerausbildung« von Pfarrer Merker vom 23.10.64 (Privatbestand Merker); BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 99f.; »Tätigkeit von Briesewitz (sic!) aus Weißensee in Weißensee und umliegenden Gemeinden« an Kreisleitung der SED am 13.10.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 5).
- ¹⁸¹ Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997, S. 125.
- ¹⁸² Vgl. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 526, Bl. 14.
- ¹⁸³ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 66, 68f, 71.
- ¹⁸⁴ »Analysierung der Tätigkeit konfessionell gebundener Jugend im Bezirk Erfurt« (ohne Absender) vom Anfang Mai 1962 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, SED-BL Erfurt B IV/2/14-003).
- ¹⁸⁵ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 229, Bl. 27; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 526, Bl. 104; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 228, Bl. 134; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 34, 68; »Information« (ohne Absender) vom 10.7.1963 an RdB Erfurt, Referat Kirchenfragen (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71 bzw. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, SED-BL B IV/2/14-728).
- ¹⁸⁶ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 4; Zeitzeugenbefragung Herzog.
- ¹⁸⁷ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 97, 100; Zech, Nerv, S. 588; Zech, Karl-Adolf: Die Angst vor dem toten Landpfarrer, in: Horch und Guck, Heft 19 (1996), S. 31. Desgleichen soll Brüsewitz – der Zeitpunkt ist unbekannt – Frauen einer Kaffeefahrt des Demokratischen Frauenbundes Deutschland zur Kirchenkaffeefahrt abgeworben haben (Reichert, Steffen: »Er war Kohlhaas und Eulenspiegel zugleich«, in: Mitteldeutsche Zeitung, 24.6.1992).
- ¹⁸⁸ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 4; »Information« (ohne Absender) vom 10.7.1963 an RdB Erfurt,

Referat Kirchenfragen (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71 bzw. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, SED-BL B IV/2/14-728).

- ¹⁸⁹ ›Information‹ (ohne Absender) vom 10.7.63 an RdB Erfurt, Referat Kirchenfragen (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71 bzw. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, SED-BL B IV/2/14-728); Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 532, Bl. 25; RdK Sömmerda an SED-Kreisleitung am 13.10.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71). Gesprächsrunden fanden auch wenige Kilometer von Brüsewitz statt, wo der katholische Pfarrer im benachbarten Kindelbrück Jugendlichen einen Gesprächskreis unter dem Titel ›Karl Marx - der größte Sohn Deutschlands - wer er ist und was er will‹ anbot und darin den Marxismus so demontiert, daß es daraufhin in der POS Kindesbrück in einer 9. Klasse zu erheblichen Widerworten gegenüber den Positionen der Lehrer gekommen war (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 228, Bl. 133f., 136ff.).
- ¹⁹⁰ Zeitzeugenbefragung Schlegel.
- ¹⁹¹ RdK Sömmerda an SED-Kreisleitung am 13.10.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71).
- ¹⁹² ›Stellungnahme zur Bewerbung von Herrn Oskar Brüsewitz zur Predigerausbildung‹ von Pfarrer Merker vom 23.10.1964 (Privatbestand Merker).
- ¹⁹³ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 97; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 529, Bl. 118; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 532, Bl. 168, 176; Zech, Nerv, S. 588.
- ¹⁹⁴ Zeitzeugenbefragung J. & K. Schmidt.
- ¹⁹⁵ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 77.
- ¹⁹⁶ Für den Bezirk Erfurt vgl. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 9, Bl. 70; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 34.
- ¹⁹⁷ Raabe, Thomas, SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1945 – 1961 (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B: Forschungen, Bd. 70) Paderborn, München, Wien, Zürich, 1995, S. 206.
- ¹⁹⁸ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 52.
- ¹⁹⁹ Z.B. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23,

Bl. 50, 66f, 72

²⁰⁰ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 95.

²⁰¹ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 101.

²⁰² BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 95, 101.

²⁰³ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 526, Bl. 6ff., 31, 68.

²⁰⁴ Latk, Klaus-Rainer: Das Fanal des Oskar Brüsewitz, in: ideaSpektrum Nr. 18/93, S. 20.

²⁰⁵ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 4.

²⁰⁶ Latk, Klaus-Rainer: Das Fanal des Oskar Brüsewitz, in: ideaSpektrum Nr. 18/93, S. 20. S. 22.

²⁰⁷ Vgl. Matthäus 7, 13f.

²⁰⁸ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 19. Zu den weiteren Vorkommnissen, die es in Leipzig mit Brüsewitz gegeben haben soll (RdK Sömmerda an SED-Kreisleitung am 13.10.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71); BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 95) können keine genaueren Angaben gemacht werden.

²⁰⁹ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 529, Bl. 118.

²¹⁰ ›Kirchliche Jugendarbeit im Bezirk Erfurt‹ des RdB Erfurt vom 10.1.1963 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, SED-BL Erfurt B IV/2/14-728).

²¹¹ So beweist es ein Foto des MfS. Dagegen heißt es in einer ›Information‹ (ohne Absender) an RdB Erfurt, Referat Kirchenfragen vom 10.7.1963, dort habe der Vers ›Siehe, ich bin bei Euch alle Tage bis an der Welt Ende‹ (Matthäus 28,20) gestanden (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71 bzw. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, SED-BL B IV/2/14-728); Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 532, Bl. 25.

²¹² ›Information‹ (ohne Absender) an RdB Erfurt, Referat Kirchenfragen vom 10.7.1963 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71 bzw. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, SED-BL B IV/2/14-728).

²¹³ Zeitzeugenbefragung J. & K. Schmidt; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 383.

²¹⁴ RdK Sömmerda an SED-Kreisleitung am 13.10.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71).

²¹⁵ Beschluß Nr. 31 vom 15.11.1962 des RdS Weißensee (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71); Brief Brüsewitz' als Beauftragtem für das Bauwesen im GKR der Evan-

gelischen Kirchengemeinde Weißensee/Thüringen an den RdS Weißensee vom 6.3.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71); Brief des EvKons der KPS an den Bürgermeister von Weißensee vom 30.6.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71). Zuvor hatte das Ehepaar, welchem das Grundstück gehörte, auf dem der stand, schriftlich bestätigt, daß von ihnen keine Genehmigung für dessen Existenz vorläge (›Erklärung des Ehepaars [...] vom 4.3.1964‹ [Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71]).

- ²¹⁶ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 98.
- ²¹⁷ RdK Sömmerda an SED-Kreisleitung am 13.10.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71).
- ²¹⁸ Zeitzeugenbefragung J. & K. Schmidt.
- ²¹⁹ RdK Sömmerda an SED-Kreisleitung am 13.10.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71).
- ²²⁰ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 47.
- ²²¹ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 34; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 7, S. 203.
- ²²² Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 69.
- ²²³ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 34f., 65ff.
- ²²⁴ Vgl. beispielsweise Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 532, Bl. 168; ›Pfarrer der ev. und kath. Kirche, die nach den bisherigen Meldungen am 17.9.1961 nicht gewählt haben‹ (ohne Absender) vom 21.9.1961 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, SED-BL B IV/2/14-002); ›Verhalten der Religionsgemeinschaften im Bezirk Erfurt zu den Wahlen am 17.9.1961‹ des Referats Kirchenfragen vom 25.9.1961 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, SED-BL B IV/2/14-002); Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 39, 48; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, BdVP 20.1 526, Bl. 13.
- ²²⁵ Vgl. beispielsweise ›Verhalten der Religionsgemeinschaften im Bezirk Erfurt bei der Einbringung der Ernte 1962‹ des RdB Erfurt vom 30.10.1962 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, SED-BL B IV/2/14-002).
- ²²⁶ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 32f., 37f.

- ²²⁷ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 23, Bl. 39.
- ²²⁸ Zech, Nerv, S. 588; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 383.
- ²²⁹ ›Stellungnahme zur Bewerbung des Herrn Oskar Brüsewitz zur Predigerausbildung‹ von Pfarrer Merker vom 23.10.1964 (Privatbestand Merker); Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 383.
- ²³⁰ Zeitzeugenbefragung J. & K. Schmidt.
- ²³¹ Zeitzeugenbefragung Schlegel.
- ²³² RdK Sömmerda an SED-Kreisleitung am 13.10.1964 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RdB Erfurt Ki 71).
- ²³³ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 99.
- ²³⁴ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 101; Zech, Nerv, S. 589; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 383.
- ²³⁵ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 381, 404.
- ²³⁶ BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 5
- ²³⁷ BStU ASt Erfurt AOP 504/65, Bl. 105; BStU ASt Halle AOPK Oskar Brüsewitz 2950/76, Bd. III, Bl. 5; Zech, Nerv, S. 588f. Allerdings erhielt das MfS noch weitere Informationen über Brüsewitz, die ein Zimmergenosse von Brüsewitz als GM ›Helmut‹ weitergab (Zech, Nerv, S. 589).
- ²³⁸ Onnasch stellt enttäuscht fest, daß Brüsewitz nur wenig Nutzen aus der theologischen Arbeit gezogen hat (Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 384). Seine knappe Analyse der Klausuren ist die eines Dozenten. Die Konzentration auf die Struktur der Arbeiten und die allgemeine Bewertung (Ebenda, S. 406f.) helfen für die vorliegende Arbeit nicht weiter. Die von ihm anscheinend eingesehene Abschlußarbeit stand leider nicht zur Verfügung. Onnasch weiß von der Aufnahmeprüfung zu berichten, daß es um die Allgemeinbildung von Brüsewitz auf literarischem Gebiet schlecht bestellt war, und zwar sowohl im klassischen als auch zeitgenössisch-sozialistischen Bereich (Ebenda, S. 405). Diese Unterlagen standen ebenfalls nicht zur Verfügung.
- ²³⁹ Dogmatik-Klausur von Oskar Brüsewitz vom 27.2.1967 (AKPS Rep A spec P, PA, Nr. 153. Vgl. Latk, Klaus-Rainer: Das Fanal des Oskar Brüsewitz, in: ideaSpektrum Nr. 18/93, S. 20 und S. 5).
- ²⁴⁰ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Os-

- kar Brüsewitz 1929-1976, S. 407.
- ²⁴¹ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 58.
- ²⁴² Vgl. Dogmatik-Klausur von Oskar Brüsewitz vom 27.2.1967 (AKPS Rep A spec P, PA, Nr. 153.).
- ²⁴³ Kritikpredigt von Oskar Brüsewitz vom 17.5.1967 (AKPS Rep A spec P, PA, Nr. 153); Ausgearbeitete Konfirmandenstunde von Oskar Brüsewitz vom 20.11.1967 (AKPS Rep A spec P, PA, Nr. 153.).
- ²⁴⁴ Altes Testament. Exegese-Klausur von Oskar Brüsewitz vom 5.9.1967 (AKPS Rep A spec P, PA, Nr. 153); Probevierteljahr-Arbeit von Oskar Brüsewitz aus dem Januar 1965 (AKPS Rep A spec P, PA, Nr. 153).
- ²⁴⁶ Kirchengeschichte-Klausur von Oskar Brüsewitz vom 13.11.1967 (AKPS Rep A spec P, PA, Nr. 153).
- ²⁴⁷ Ethik-Klausur von Oskar Brüsewitz vom 19.7.1965 (AKPS Rep A spec P, PA, Nr. 153).
- ²⁴⁸ Kranz, Erich/Neubert, Erhart: Thesen zur innerkirchlichen Diskussion (Brüsewitz), 1976 (Privatbestand Neubert).
- ²⁴⁹ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 407.
- ²⁵⁰ Nehring, Erich: Dem Gedenken an Generalsuperintendent D. Paul Blau, in: Kruska, Harald (Hrsg.): Festschrift zum Gedenken an Generalsuperintendent D. Paul Blau anlässlich seines 100.Geburtstages am 15.5.1961, Berlin 1961, S. 13.
- ²⁵¹ Blau, Paul: Bergan! Die Geschichte einer Lebenswanderung, Stuttgart 1942, S. 8.
- ²⁵² Nehring, S. 16.
- ²⁵³ Steffani, Johannes: Paul Blau und die Liebesarbeit in der Kirche, in: Kruska, S. 68f., 74ff.; Brummack, Carl: Das kirchenleitende Amt in der Hand von Generalsuperintendent D. Paul Blau, in: Kruska, S. 20f, 23, 25, 28f., 46ff., 1961; Beckmann, Joachim: Evangelische Kirche im Dritten Reich, in: Kirchliches Jahrbuch 60-71 (1933-1944), 2. Auflage, Gütersloh 1948, S. 345f., 434f.
- ²⁵⁴ Zitiert nach: Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 32.
- ²⁵⁵ So Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 34.
- ²⁵⁶ Otto Pappé, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, unveröffentlicht, S. 10.
- ²⁵⁷ Da die Personalakte von Oskar Brüsewitz im Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen für die Autoren nicht zugänglich war, sind diese Zitate nur nach Sekundärquellen möglich.

- Onnasch: Bericht über den Probedienst vom 16.6.1970, S. 31 (Fußnote 5).
- ²⁵⁸ In Sömmerda hatte er bereits ein Kreuz im Pfarrgarten installiert: Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 24.
- ²⁵⁹ So im Film »Der Störenfried« (Frickel) zitiert.
- ²⁶⁰ Otto Pappe, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, S. 11.
- ²⁶¹ Otto Pappe, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, S. 12.
- ²⁶² 24.9.1970, Onnasch, S. 31 (Fußnote 12).
- ²⁶³ So im Film »Der Störenfried« zitiert.
- ²⁶⁴ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991,, S. 36.
- ²⁶⁵ Otto Pappe, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, 12.
- ²⁶⁶ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 32, Fußnote 13.
- ²⁶⁷ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 37.
- ²⁶⁸ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 38.
- ²⁶⁹ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 42, Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 52.
- ²⁷⁰ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 32, Fußnote 17.
- ²⁷¹ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 32, Fußnote 14.
- ²⁷² Vgl. Frickel, Film »Der Störenfried«.
- ²⁷³ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 38.
- ²⁷⁴ Otto Pappe, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, S. 8.
- ²⁷⁵ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, RdB Halle, IV/C-4/24/157, Bl. 33.
- ²⁷⁶ So in Vgl. Frickel, Film »Der Störenfried« zitiert.
- ²⁷⁷ Bericht des Superintendenten vom 15.9.1970. Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 33, Fußnote 23.
- ²⁷⁸ Bericht von Propst Coym, 9.10.1970. Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 33, Fußnote 23.
- ²⁷⁹ Da die Personalakte Brüsewitz' gesperrt ist, muß hier zurückgegriffen werden auf die Wiedergabe des Berichtes vom 3.9.1970 in Onnasch, S. 34, Fußnote 30.
- ²⁸⁰ Vor allem Superintendent Bauer, der Brüsewitz als Dozent der Predigerschule bereits kennengelernt hatte, soll an seiner Versetzung interessiert gewesen sein: Otto Pappe, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, S. 4.

- ²⁸¹ Zitiert nach Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 33, Fußnote 28, und Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 38-39. Die Sekundärquellen weichen in der Formulierung leicht voneinander ab.
- ²⁸² Diese war durch Beschluß des Rates der Kirchenleitung vom 17.8.1970 in eine Predigerstelle auf Zeit umgewandelt worden, um ihm selbständige Arbeit ohne spezielle Aufsicht – die er als belastend empfand – zu ermöglichen, vgl. Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 35.
- ²⁸³ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 30.
- ²⁸⁴ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 44.
- ²⁸⁵ Otto Pappe, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, S. 6.
- ²⁸⁶ So Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 40.
- ²⁸⁷ Otto Pappe, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, 11.
- ²⁸⁸ Onnasch, Martin: Dokumentation, S. 35-36.
- ²⁸⁹ So zitiert im Film von Frickel.
- ²⁹⁰ Gedächtnisprotokoll von Pfarrer Arend, 15.10.1973, Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.
- ²⁹¹ Information des Stellvertreters für Inneres, RdK Zeitz, 19.5.1974, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-4/24/157, Bl. 14-15.
- ²⁹² Mitteilung, 19.5.1974, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-4/24/157, Bl. 16-17.
- ²⁹³ Otto Pappe, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, S. 15.
- ²⁹⁴ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 51.
- ²⁹⁵ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 54.
- ²⁹⁶ Vermerk über ein Gespräch, Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.
- ²⁹⁷ Otto Pappe, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, S. 8; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 55; Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 42.
- ²⁹⁸ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 55.
- ²⁹⁹ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 43.
- ³⁰⁰ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 43; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz, Lahr-Dinglingen 1991, S. 56.

- ³⁰¹ Dagegen hatte Brüsewitz ein enges Vertrauensverhältnis zum katholischen Pfarrer Schelenz in Zeitz.
- ³⁰² Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.) zufolge sind über einen Zeitraum von 4 Jahren 10.000 Mark angefallen (S. 48, Fußnote 13).
- ³⁰³ So Otto Pappe, Manuskript über Oskar Brüsewitz, Erfurt 1992, S. 11. Nach anderen Berichten hieß der Spruch: »Der liebe Gott wohnt heute in Wildschütz« (Desel, Jochen: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 43). Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, nennt diese Version auch, hält aber »Gott ist heute in Wildschütz« o.ä. für wahrscheinlicher (S. 48, Fußnote 13).
- ³⁰⁴ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 44.
- ³⁰⁵ Hausmitteilung Rat des Kreises Zeitz, 16.3.1976. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-4/24/157, Bl. 76.
- ³⁰⁶ Hausmitteilung Rat des Kreises Zeitz, 16.3.1976. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-4/24/157, Bl. 80.
- ³⁰⁷ Hausmitteilung Rat des Kreises Zeitz, 16.3.1976. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-4/24/157, Bl. 77.
- ³⁰⁸ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 48 (Fußnote 15).
- ³⁰⁹ Vermerk Bäumers über ein Gespräch beim Rat des Bezirkes Halle, 21.5.1976, Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.
- ³¹⁰ Brüsewitz mußte sich im Mai einer Herzkur in Bad Liebenstein unterziehen, schien sich aber nicht erholt zu haben.
- ³¹¹ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 44.
- ³¹² Friedrich-Wilhelm Bäumer: Das einsame Zeichen. In: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 91
- ³¹³ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 43.
- ³¹⁴ BStU, ASt Halle AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 8, Bd. II, Bl. 6, 35 und 37, sowie Bd. III, Bl. 35 und 80; Pfarrer Brüsewitz leidet für alle, die glauben, in: Bild (Berlin) vom 23.8.1976; Henk Ohnesorge: Die Christenverfolgung in der DDR, in: Die Welt vom 23.8.1976; Jochen-Peter Winters: Ost-Berlin spricht der versuchten Selbstverbrennung moralische und politische Bedeutung ab, in: Frankfur-

- ter Allgemeine Zeitung vom 23.8.1976; Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dillingen 1991, S. 7; Martin Onnasch: Dokumentationen zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 45 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413]; Peter Pragal: DDR spielt die Selbstverbrennung herunter, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.8.1976; Axel-Springer-Inlandsdienst (ASD): Pfarrer versucht Selbstverbrennung aus Protest gegen »DDR«-Regime, in: Die Welt vom 21.8.1976; Pfarrer verbrennt sich selbst, in: Süddeutsche Zeitung (München) vom 21.8.1976; Pfarrer übergieß sich mit Benzin und steckte sich in Brand!, in: BZ (Berlin) vom 21.8.1976; Hausmitteilung der SED-Bezirksleitung Halle an [Achim] Böhme, Halle, 18.8.1976; Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 9 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 142f.]. Über die Kirchenpolitik der SED im Jahre 1976 gibt Auskunft der Aufsatz von Martin Onnasch: Kirchenleitung und Staatsmacht. Anmerkungen zur Kirchenpolitik der Staatspartei SED im Jahr 1976, in: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 70-74.
- ³¹⁵ [Egon] Bergmann: Informationen über die Maßnahmen am 21. und 22.8.1976 zum Vorkommnis Brüsewitz, o. O. [Zeitz], 22.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 54.
- ³¹⁶ Beratung der Arbeitsgruppe Zeitz, Halle, 24.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/13/725, Bl. 54.
- ³¹⁷ Rat des Bezirkes Halle: Meldeblatt für besondere Vorkommnisse, Halle, 18.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 164 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 140.]; BStU, ASt Halle AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 24; Vermerk für den Vorsitzenden Halle, o. D. [18.8.1976], Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 98.
- ³¹⁸ Information zum demonstrativen Selbstverbrennungsversuch, o. O. [Halle], 18.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 4 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 151f.].
- ³¹⁹ N.N. [Willi Barth]: Entwurf Maßnahmen zum Vorfall Brüsewitz/Zeitz, o. O., o. D. [Berlin, 18.8.1976], Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60; vgl. auch: Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.
- ³²⁰ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigeweasser über Gespräch Magdeburg 18.8.76, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.

- ³²¹ N.N. [Willi Barth]: Entwurf Maßnahmen zum Vorfall Brüsewitz/Zeititz, o. O., o. D. [Berlin, 18.8.1976], Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³²² Ebenda.
- ³²³ Vermerk über den Anruf [Rudi] Bellmanns beim Büro [Achim] Böhme, o. O. [Halle], 18.8.1978, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 13 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeititz, Leipzig 1993, S. 142f.].
- ³²⁴ Geger Gysi und Thomas Falkner: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990.
- ³²⁵ Schreiben des CDU-Bezirkvorsitzenden Halle, Konitzer, an Unionsfreund Ulrich Fahl, Berlin, 28.9.1976, S. 2, vgl. auch: Informationen zum demonstrativen Selbstverbrennungsversuch, o. O. [Halle], 18.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 6 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeititz, Leipzig 1993, S. 151f.].
- ³²⁶ Informationen zum demonstrativen Selbstverbrennungsversuch, o. O. [Halle], 18.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 7 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeititz, Leipzig 1993, S. 151f.]; vgl. auch: Vorfall Pfarrer Brüsewitz in Zeititz, o. O. [Zeititz], o. D., Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 100.
»Die Mitglieder des Sekretariats des CDU-Kreisverbandes Zeititz [...] verurteilen aufs schärfste diese Tat. [...] Dieser Märtyrerwahn kann nur einem kranken Hirn entsprungen sein;« [Alfred] Lautenschläger: Meinungen zu dem Fall Pfarrer O. Brüsewitz, o. O. [Zeititz], 19.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 99 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeititz, Leipzig 1993, S. 159].
- ³²⁷ Zitiert nach Henk Ohnesorge: Mit Marx gegen Gott und Kirche, in: Die Welt vom 25.8.1976.
- ³²⁸ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg, 18.8.1976; Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60; vgl. hierzu auch: Thomas Frickel: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz, München 1992 (Film).
- ³²⁹ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg, 18.8.1976; Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/60.
- ³³⁰ Heinrich Fink und Ilseget Fink: Ms., Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60; vgl. auch: dies.: Die Handlung des Pfarrer Brüsewitz wird abgelehnt, in: Neue Zeit (Berlin) vom 23.8.1976.
- ³³¹ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 8.

- ³³² N.N. [Willi Barth]: Weitere Informationen, S. 3, o. O., o. D. [Berlin, 18.8.1976], Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³³³ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg, 18.8.1976; Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60; Vermerk über den Anruf [Rudi] Bellmanns beim Büro [Achim] Böhme, o. O. [Halle], 18.8.1978, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 13 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 142 f.]; vgl. zu diesem Komplex ausführlich Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 20.
- ³³⁴ N.N. [Willi Barth]: Informationen über die Durchführung kirchenpolitischer Maßnahmen, Berlin 19.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³³⁵ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg 18.8.76, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60; Hans Seigewasser: »OKonsRat Stolpe; BEK, der mit Gen[osse Hans] Seigewasser nach Magdeburg gefahren war.«
- ³³⁶ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, S. 4, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150].
- ³³⁷ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, S. 4, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60 und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150].
- ³³⁸ Rat des Bezirkes Magdeburg. Sektor Kirchenfragen: Vermerk über die Handlungsweise des ev[angelischen] Pfarrers Brüsewitz aus dem Kreis Zeitz am 18.8.1976, Magdeburg, 25.8.1976, S. 1, Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.; SED-Bezirksleitung Halle: Kurzerhand, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 97.
- ³³⁹ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, S. 4, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig

1993, S. 147-150].

- ³⁴⁰ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigeweasser über Gespräch Magdeburg 18.8.76, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁴¹ Rat des Bezirkes Magdeburg. Sektor Kirchenfragen: Vermerk über die Handlungsweise des ev[angelischen] Pfarrers Brüsewitz aus dem Kreis Zeitz am 18.8.1976, Magdeburg, 25.8.1976, S. 1, Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.
- ³⁴² Paul Verner: Zu einigen kirchenpolitischen Aufgaben. Rede am 22.7.1976, Bundesarchiv SAPMO, NL 281/46; zitiert nach: Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Dissertation (B) zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wissenschaften, Berlin 1988, S. 158.
- ³⁴³ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 47f.
- ³⁴⁴ David Gill und Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 51.
- ³⁴⁵ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 47f.
- ³⁴⁶ Klaus-Rainer Latk: Pastor Oskar Brüsewitz. Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, Wiesbaden, 22.8.1977, S. 8 (Ms.); vgl. auch: ders.: Oskar Brüsewitz. Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3(1986)2, S. 7.
- ³⁴⁷ Die Chronologie der Ereignisse läßt sich nicht ganz widerspruchsfrei klären. Nach Recherchen von Karl-Adolf Zech trafen Pfarrer Erich Schweidler und Dieter Ziebarth gegen 11.15 Uhr im Pfarrhaus von Oskar Brüsewitz ein, nur wenige Minuten nachdem Christa Brüsewitz den Brief ihres Mannes gelesen hatte. Nach der Erinnerung Schweidlers jedoch hat sie erst in ihrer Anwesenheit den Brief erhalten. Nach anderer Überlieferung sollen die MfS-Mitarbeiter, aber auch Pfarrer Rolf Heidel schon vor Ort gewesen sein. Schweidler fuhr anschließend zum Krankenhaus und brachte in Erfahrung, daß Oskar Brüsewitz ein schmerzstillendes Mittel erhalten habe; vgl. Schreiben von Karl-Adolf Zech vom Mai 1993; außerdem Martin Onnasch: Dokumentationen zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.) [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413]; Gespräch mit Pfarrer Erich Schweidler zur Debatte um die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz, in: Horch und Guck (1996)19, S. 35.
- ³⁴⁸ Klaus-Rainer Latk: »Eine Tat, die ihren Sinn erfüllt«, in: Welt am Sonntag vom 22.8.1976.
- ³⁴⁹ Klaus-Rainer Latk: Pastor Oskar Brüsewitz. Der Versuch, seinen

- Eindruck auf mich festzuhalten, Wiesbaden, 22.8.1977, S. 9 (Ms.); vgl. auch: ders.: Oskar Brüsewitz. Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3(1986)2, S. 7.
- ³⁵⁰ Spandauer Volksblatt vom 22.8.1976, in: Kirche im Sozialismus (Berlin) vom Dezember 1976, S. 4; dpa vom 21.8.1976.
- ³⁵¹ Peter Pragal: DDR spielt Selbstverbrennung herunter, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.8.1976; Spandauer Volksblatt vom 22.8.1976, in: Kirche im Sozialismus (Berlin), Dezember 1976, S. 4; dpa vom 21.8.1976.
- ³⁵² Klaus-Rainer Latk: »Kommunisten sind nicht unsere Feinde.« Brüsewitz: Nicht arrangieren, sondern Gottes Wort predigen, in: Brüsewitz-Zentrum (Hrsg.): Oskar Brüsewitz, Bonn 1991, S. 16.
- ³⁵³ Mitteilung einer Redakteurin der Zeitung »Neuer Weg« in Zeitz am 28.1.1993.
- ³⁵⁴ Arbeitsgruppe für Kirchenfragen des ZK der SED: Informationen, Berlin, 19.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁵⁵ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, S. 4, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166 ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150]; vgl. zu diesem Komplex außerdem Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1991, S. 20-23.
- ³⁵⁶ In der angegebenen »Information« wird der Text des Transparen-tes von Oskar Brüsewitz korrekt wiedergegeben, die Verbrennung beschrieben und weiterhin behauptet: »Pfarrer B[rüsewitz] ist bei der Bevölkerung als geistig kranker Mann bekannt. Er leidet unter geistiger Umnachtung. Pferd vor den Trabant gespannt. Entblößer«; vgl. Information, 18.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60. Mit großer Sicherheit ist mit »Entblößer« die Tatsache gemeint, daß Oskar Brüsewitz beim Fußballspielen im Hochsommer die Hose abgelegt und in langer Unterhose weitergespielt hatte.
- ³⁵⁷ So Harald Schultze: Schiefes Bild, in: Der Spiegel 47(1992)39, S. 13.
- ³⁵⁸ Zitiert nach: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1991, S. 19 und 27.
- ³⁵⁹ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, S. 1f., Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150].

- ³⁶⁰ So Hans Seigewasser zu Willi Barth am 18.8.1976; vgl. N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg 18.8.76, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁶¹ Wörtliches Protokoll des Gespräches mit Bischof [Werner] Krusche und Vertretern der Magdeburger Kirchenleitung am 10. Dezember 1976, Magdeburg 15.12.1976, S. 2f., Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/39 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 354-371].
- ³⁶² Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150]; N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg 18.8.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁶³ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg 18.8.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁶⁴ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg 18.8.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁶⁵ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150].
- ³⁶⁶ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150].
- ³⁶⁷ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150].
- ³⁶⁸ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über

Gespräch Magdeburg 18.8.76, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.

- ³⁶⁹ Harald Schultze: Bericht über Vorgänge und Verhandlungen anlässlich des Selbstverbrennungsversuchs von Pfarrer Oskar Brüsewitz, Halle, 24.8.1976, S. 5, Archiv der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 104-127].
- ³⁷⁰ Harald Schultze: Bericht über Vorgänge und Verhandlungen anlässlich des Selbstverbrennungsversuchs von Pfarrer Oskar Brüsewitz, Halle, 24.8.1976, S. 6, Archiv der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 104-127].
- ³⁷¹ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166 ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150].
- ³⁷² N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg 18.8.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁷³ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150].
- ³⁷⁴ Rat des Bezirkes Magdeburg. Sektor Kirchenfragen: Vermerk über die Handlungsweise des ev[angelischen] Pfarrers Brüsewitz aus dem Kreis Zeitz am 18.8.1976, Magdeburg, 25.8.1976, S. 1, Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.
- ³⁷⁵ Hans Wilke: Aktenvermerk über ein Gespräch mit OKR Stolpe durch die Kollegen [Hans] Wilke und [Hans] Weise am 22.11.1976, Berlin 22.11.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/39.
- ³⁷⁶ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg 18.8.76, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁷⁷ Staatssekretär für Kirchenfragen: Niederschrift über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, am 18.8.1976, Berlin 19.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/

- 14/60, und Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 166ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150].
- ³⁷⁸ Harald Schultze: Schiefes Bild, in: Der Spiegel 47(1992)39, S. 13.
- ³⁷⁹ »Weiter verwahrte sich Bäume mit Nachdruck gegen den Vorwurf, daß die Kirche westlichen Agenturen Material liefere«; Harald Schultze: Vermerk über ein Gespräch beim Rat des Bezirkes Magdeburg am 10. Dezember 1976, Archiv der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 341-350].
- ³⁸⁰ Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 25.
- ³⁸¹ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigewasser über Gespräch Magdeburg 18.8.76, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁸² Willi Barth: Information über die Durchführung kirchenpolitischer Maßnahmen im Zusammenhang mit der versuchten Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, Zeitz, Berlin 19.8.1976, S. 1, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁸³ Information über den demonstrativen Selbstverbrennungsversuch, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 5 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 154-158].
- ³⁸⁴ Rat des Kreises Zeitz, Amt[ierender] 1. Stellvertreter des Vorsitzenden: Aktennotiz, Zeitz, 18.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 109 und 122 sowie IV/C-2/14/0725, Bl. 19 und 22. An dieser Begegnung nahmen, wie Karl-Adolf Zech durch Zeitzeugenbefragungen ermittelte, Pfarrer Erich Schweidler als amtierender Kreiskirchenratsvorsitzender und die Pfarrer Dietrich Krusekopf und Hermann Anz teil. Es soll während des Gesprächs keineswegs von »Abberufung« die Rede gewesen sein, auch hätten sich die Pfarrer nicht von Oskar Brüsewitz distanziert, sondern vielmehr der staatlichen Seite zu vermitteln versucht, daß sie Selbstverbrennung als Verkündigungsmittel nicht gutheißen konnten. Pfarrer Schweidler, so Zech, habe in der Tat das Fanal von Brüsewitz mit vorhandenen innerkirchlichen Konflikten erklärt, allerdings ausschließlich mit der Intention, seinen Amtsbruder zu entlasten. Weiter habe ein Teilnehmer dieser Begegnung, der sich als »Staatsschutz« vorgestellt hätte, beständig versucht, eine Äußerung von den Pfarrern zu »entlocken«, wonach Brüsewitz »nicht ganz normal gewesen sei«. Pfarrer Anz soll angeblich geäußert haben, sein Pfarrkollege Brüsewitz sei »nicht ganz dicht«, eine Behauptung, die von Schweidler zurückgewiesen wurde; vgl. Schrei-

- ben von Karl-Adolf Zech vom Mai 1993; Gespräch mit Pfarrer Erich Schweidler zur Debatte um die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, in: Horch und Guck (1996)19, S. 37.
- ³⁸⁵ Hans Wilke: Aktenvermerk über ein Gespräch mit OKR Stolpe durch die Kollegen [Hans] Wilke und [Hans] Weise am 22.11.1976, Berlin 22.11.1976, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/39.
- ³⁸⁶ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Dissertation (B) zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wissenschaften, Berlin 1988, S. 161; vgl. auch: Gerhard Besier und Stephan Wolf (Hrsg.): »Pfarrer, Christen und Katholiken«. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991, S. 31.
- ³⁸⁷ SED-Bezirksleitung Halle: Weitere Informationen, Halle, 19.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 25 und 28.
- ³⁸⁸ SED-Bezirksleitung Halle: Weitere Informationen, Halle, 19.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 31.
- ³⁸⁹ Stahr: Mitteilung von Sonderdienst, o. O. [Zeitz], 21.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 35.
- ³⁹⁰ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 52ff.
- ³⁹¹ Willi Barth: Information über die Durchführung kirchenpolitischer Maßnahmen im Zusammenhang mit der versuchten Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, Zeitz, Berlin 19.8.1976, S. 1, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60; BStU, ZA, HA XX/4, Bd. 271, Bl. 186.
- ³⁹² Kaiser: Anruf Genosse Bergmann, o. O., o. D., Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 178; Rat des Kreises Zeitz. Gemeindekirchenrat Droßdorf, Zeitz, 20.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 32.
- ³⁹³ Willi Barth: Information über die Durchführung kirchenpolitischer Maßnahmen im Zusammenhang mit der versuchten Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, Zeitz, Berlin 19.8.1976, S. 1, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60. So die parteiinterne Wahrnehmung. Kirchlicherseits, so ermittelte Karl-Adolf Zech, sollen Bäumer und Schulze dem Kirchenkreis empfohlen haben, sich bei einer eigenen Erklärung zurückzuhalten, da von seiten der Kirchenleitung eine eigene Ankündigung erstellt werde. Diese holte Pfarrer Erich Schweidler noch samstags, kaum daß sie fertiggestellt war, in Naumburg bei Propst Günter Bronisch ab und verteilte sie noch am gleichen Tag an alle Pfarrämter; vgl. Schrei-

- ben von Karl-Adolf Zech vom Mai 1993.
- ³⁹⁴ Klaus-Rainer Latk: Pastor Oskar Brüsewitz. Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, Wiesbaden 22.8.1977 (Ms.), S. 9.
- ³⁹⁵ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. I, Bl. 220; vgl. auch: Information über den demonstrativen Selbstverbrennungsversuch, o. O. [Halle], 18.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 6 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 151f.].
- ³⁹⁶ N.N. [Willi Barth]: Entwurf Maßnahmen zum Vorfall Brüsewitz/Zeitz, o. O., o. D. [Berlin, 18.8.1976], Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ³⁹⁷ BStU, ZA, HA XX/4, Bd. 271, Bl. 186.
- ³⁹⁸ N.N.: Anruf von [O]KR [Harald] Schultze, Magdeburg am 20.8.1976, 9.50 Uhr, S. 1, Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.; BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 36; BStU, ZA, HA XX/4, Bd. 271, Bl. 182 f.; Anruf des Vorsitzenden des Rates des Kreises Zeitz, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 113.
- ³⁹⁹ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 36. Das Telex wurde hier zum besseren Verständnis den allgemeinen Sprachregeln angepaßt; vgl. auch Rat des Kreises Zeitz: Information, Zeitz, 19.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 243-246; Information über den demonstrativen Selbstverbrennungsversuch, o. O. [Halle], 18.8.1976, Bl. 6, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 6 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 151f.].
- ⁴⁰⁰ Anruf des Vorsitzenden des Rates des Kreises Zeitz, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 113.
- ⁴⁰¹ [Egon] Bergmann: Information über das geführte Gespräch, o. O., o. D., Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 106; vgl. auch: [Ewald] Biertümpel: Ergänzung zur Information vom 19.8.1976, Halle, 20.8.1976, ebenda, Bl. 249.
- ⁴⁰² N.N.: Anruf von [O]KR [Harald] Schultze, Magdeburg am 20.8.1976, 9.50 Uhr, S. 1, Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.
- ⁴⁰³ [Ewald] Biertümpel: Information über den Beschluß, Halle, 20.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 248.
- ⁴⁰⁴ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 36.

- ⁴⁰⁵ N.N.: Anruf von [O]KR [Harald] Schultze, Magdeburg am 20.8.1976, 9.50 Uhr, S. 1, Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.
- ⁴⁰⁶ Harald Schultze: Schiefes Bild, in: Der Spiegel 47(1992)39, S. 13.
- ⁴⁰⁷ Telefonische Durchsage des Vorsitzenden des Rates des Kreises Zeitz, o. O., o. D., Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 99 und 241, und IV/C-2/14/0725, Bl. 23.
- ⁴⁰⁸ Schreiben von Dieter Ziebarth vom 29.3.1993; Archiv des Brüsewitz-Zentrums.
- ⁴⁰⁹ Gespräch mit Pfarrer Erich Schweidler zur Debatte um die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, in: Horch und Guck (1996)19, S. 35.
- ⁴¹⁰ Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 24f.
- ⁴¹¹ N.N.: Anruf von [O]KR [Harald] Schultze, Magdeburg am 20.8.1976, 9.50 Uhr, S. 1, Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592. Diese Erklärung erschien in Auszügen in der »Bonner Rundschau« am 24.8.1976; vgl. Gabriele Müller: Die flamme Anklage eines DDR-Pfarrers, in: Bonner Rundschau vom 24.8.1976.
- ⁴¹² BStU, ZA, HA XX/4, Bd.271, Bl. 186.
- ⁴¹³ Gleichwohl war, wie Karl-Adolf Zech ermittelte, der Kreiskirchenrat noch am gleichen Tag gegen 19 Uhr zusammengetreten und hatte entschieden, entgegen den Wünschen des Rates des Kreises, die Erklärung in allen Gemeinden des Kirchenkreises zu verlesen. Dieser kirchlichen Empfehlung folgten jedoch nicht alle Pfarrer; vgl. Schreiben von Karl-Adolf Zech vom Mai 1993.
- ⁴¹⁴ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 36.
- ⁴¹⁵ N.N. [Willi Barth]: Brüsewitz: Meinungs- und Situationsforschung, o. O., O. D. [Berlin, 19.8.1976], Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴¹⁶ Achim Böhme: Verschlüsseltes Fernschreiben, Halle 20.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴¹⁷ [Achim] Böhme: Vertrauliches Fernschreiben, Halle, 20.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 33 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 162].
- ⁴¹⁸ N.N.: Anruf von [O]KR [Harald] Schultze, Magdeburg am 20.8.1976, 9.50 Uhr, S. 1, Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-

03). Archivsign. 592.

- ⁴¹⁹ Rat des Bezirkes Halle: Gesundheitszustand von Pfarrer Brüsewitz, Halle, 19.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 183; Hewelt: Aktennotiz, ebenda, Bl. 199.
- ⁴²⁰ Willi Barth: Information über die Durchführung kirchenpolitischer Maßnahmen im Zusammenhang mit der versuchten Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, Zeitz, Berlin 19.8.1976, S. 1, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴²¹ N.N. [Willi Barth]: Brüsewitz: Meinungs- und Situationsforschung, o. O., o. D. [Berlin, 19.8.1976], Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴²² Heinrich: Vermerk für den Vorsitzenden des Rates des Kreises Zeitz, Halle, 20.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 247.
- ⁴²³ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 8.
- ⁴²⁴ Information des Sekretariats des BEK, 19.8.1976, in: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 160f.
- ⁴²⁵ Klaus-Rainer Latk: Oskar Brüsewitz. Der Versuch, seinen Eindruck auf mich festzuhalten, Wiesbaden, 22.8.1977 (Ms.); ders.: Noch nicht erloschen – das Fanal des Pfarrers Brüsewitz, in: Die Welt vom 27.4.1992; Ralf-Georg Reuth: IM »Sekretär«. Die »Gauck«-Recherche und die Dokumente zum »Fall Stolpe«, Berlin 1992, S. 60; BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 62; BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 71; Heinrich: Aktenvermerk zum Gespräch mit Pfarrer [Klaus-Rainer] Latk, Sangerhausen, 24.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 77.
- ⁴²⁶ ZDF-Interview mit Klaus-Rainer Latk und Klaus-Detlef Beck: »Eine Tat, die ihren Sinn erfüllt«, in: Die Welt vom 22.8.1976; vgl. auch BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 132f.
- ⁴²⁷ Evangelischer Pressedienst: Verzweiflungstat eines Pfarrers in der DDR, in: Bund Freies Deutschland (Hrsg.): Der Opfertod des Pfarrers Brüsewitz, Berlin 1976, o. S. [2] [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 163.].
- ⁴²⁸ Axel-Springer-Inlandsdienst: Versuchte Selbstverbrennung eines Pfarrers, in: Bund Freies Deutschland (Hrsg.): Der Opfertod des Pfarrers Brüsewitz, Berlin 1976, o. S. [2]. Zur Problematik des Begriffs »Verzweiflungstat« sowie der Mediens Diskussion vgl. Reinhard Henkys: Der »Fall Brüsewitz« in den Medien, in: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 86-90, hier 86f.

- ⁴²⁹ Erklärung des Pressesprechers der EKD-Kirchenkanzlei, Oberkirchenrat [Claus-Jürgen] Roepke, gegenüber dem Evangelischen Pressedienst vom 22. August 1976, in: epd-Dokumentation: Ein Pfarrer in der DDR verbrannte sich selbst, Frankfurt/M., 13.9.1976, S. 3.
- ⁴³⁰ Christa Lewek: Vermerk, Berlin, 26.8.1976, S. 4, in: Evangelisches Zentralarchiv Berlin, 1460/987/76 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 185-187].
- ⁴³¹ N.N. [Willi Barth]: Brüsewitz: Meinungs- und Situationsforschung, o. O., o. D. [Berlin, 19.8.1976], Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴³² Von abnormaler Handlung distanziert, in: Neues Deutschland vom 21.8.1976; Selbstmordversuch verurteilt, in: Volksstimme vom 21.8.1976; Selbstmordversuch verurteilt, in: Freiheit vom 21.8.1976.
- ⁴³³ Stahr: 21.8.1976, 11.50 Uhr vor der Kreisleitung Zeitz, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 36.
- ⁴³⁴ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. II, Bl. 38 und Bd. III, Bl. 292.
- ⁴³⁵ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 253.
- ⁴³⁶ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 250.
- ⁴³⁷ SED-Bezirksleitung Halle: Information über Stimmungen und Meinungen, Halle, 23.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 48; BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 252; Peter Pragal: DDR spielt die Selbstverbrennung herunter, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.8.1976.
- ⁴³⁸ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 250.
- ⁴³⁹ Rat des Bezirkes Magdeburg. Sektor Kirchenfragen: Vermerk über die Handlungsweise des ev[angelischen] Pfarrers Brüsewitz aus dem Kreis Zeitz am 18.8.1976, Magdeburg, 25.8.1976, S. 1, Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.
- ⁴⁴⁰ Ebenda.
- ⁴⁴¹ Harald Schultze: Protokoll der 8. (außerordentlichen) Sitzung der Kirchenleitung am 21. August 1976 in Magdeburg, Archiv der Kirchenprovinz Sachsen, S. 4 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 164-169].
- ⁴⁴² BStU, ASt Halle, 809/70, Bd. IV, Bl. 18f. Detlef Hammer nahm an der Sitzung nicht teil, doch konnte er sich bei seinen dem MfS gegebenen Informationen auf einen ausführlichen Bericht Bäumers stützen.

- ⁴⁴³ N.N. [Willi Barth]: Brüsewitz: Meinungs- und Situationsforschung, o. O., o. D. [Berlin, 19.8.1976], Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴⁴⁴ Kirchenleitung der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen: Wort an die Gemeinden, Magdeburg, 21.8.1976 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 168f.].
- ⁴⁴⁵ Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 28.
- ⁴⁴⁶ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 18 f.
- ⁴⁴⁷ Bericht der Magdeburger Kirchenleitung; zitiert nach: Die Signalandlung von Pfarrer Brüsewitz, in: Kirche im Sozialismus, Dezember 1976, S. 18f. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 310-323].
- ⁴⁴⁸ Jochen-Peter Winters: Ost-Berlin spricht der versuchten Selbstverbrennung moralische und politische Bedeutung ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.8.1976.
- ⁴⁴⁹ [Egon] Bergmann: Informationen über die Maßnahmen am 21. und 22.8.1976 zum Vorkommnis Brüsewitz, o. O. [Zeitz], 22.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 236f.
- ⁴⁵⁰ Arbeitsgruppe für Kirchenfragen des ZK der SED: Informationen, Berlin, 19.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60; Heinrich: Informationen über die durchgeführten Gottesdienste, Halle, 22.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 239; ders.: Ergänzung zur Information, Halle, 23.8.1976, ebenda, Bl. 88.
- ⁴⁵¹ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 68.
- ⁴⁵² Ebenda, Bd. III, Bl. 65.
- ⁴⁵³ Werner Felfe: Schreiben an Erich Honecker, Halle 23.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60; vgl. auch Kühn: Gottesdienst in der St.-Michaelis-Kirche in Zeitz am 22.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 96; [Egon] Bergmann: Information über die Maßnahmen am 21. und 22.8.1976 zum Vorkommnis Brüsewitz, o. O. [Zeitz], 22.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 237.
- ⁴⁵⁴ Werner Felfe: Schreiben an Erich Honecker, Halle 23.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴⁵⁵ Bericht über die Vorgänge während und nach der Trauerfeier, in: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 198f.; Zuführungen von Jugendlichen am 26.8.1976, in: ebenda, S. 206f.
- ⁴⁵⁶ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 66.
- ⁴⁵⁷ Werner Felfe: Schreiben an Erich Honecker, Halle 23.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴⁵⁸ Horst Dohle: Informationen zum Fall Brüsewitz, Berlin, 8.9.1976,

Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.

- ⁴⁵⁹ Hans Weise: Vertrauliche Informationen an die Stellvertreter Inneres der Räte der Bezirke und zur sofortigen Weiterleitung an die für Kirchenfragen verantwortlichen Genossen der BL [Bezirksleitung] der SED, o. O., o. D. [Berlin 23.8.1976], Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 176].
- ⁴⁶⁰ BStU, ASt Halle AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 48.
- ⁴⁶¹ Die Handlungsweise des Pfarrers Brüsewitz wird abgelehnt, in: Neue Zeit (Berlin) vom 23.8.1976.
- ⁴⁶² Die Handlungsweise des Pfarrers Brüsewitz wird abgelehnt, in: Neue Zeit (Berlin) vom 23.8.1976.
- ⁴⁶³ Die Handlungsweise des Pfarrers Brüsewitz wird abgelehnt, in: Neue Zeit (Berlin) vom 23.8.1976; vgl. dazu: Heinrich Fink und Ilseget Fink (Ms.), Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴⁶⁴ Kirchenleitung lehnt Handlungsweise ab, in: Freiheit vom 23.8.1976; Eine Handlungsweise, die von der Kirchenleitung abgelehnt wird, in: Neues Deutschland vom 23.8.1976.
- ⁴⁶⁵ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 92ff.
- ⁴⁶⁶ A. Z.: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden, in: Neues Deutschland (Berlin) vom 31.8.1976.
- ⁴⁶⁷ Werner Felfe: Schreiben an Erich Honecker, Halle 23.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴⁶⁸ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 64.
- ⁴⁶⁹ Ebenda, Bd. III, Bl. 6.
- ⁴⁷⁰ ebenda, Bd. III, Bl. 207.
- ⁴⁷¹ A. Z.: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden, in: Neues Deutschland (Berlin) vom 31.8.1976.
- ⁴⁷² Werner Felfe: Schreiben an Erich Honecker, Halle 23.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁴⁷³ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 6.
- ⁴⁷⁴ Ebenda, Bd. III, Bl. 204.
- ⁴⁷⁵ Jochen Desel: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991, S. 54. Karl-Adolf Zech sieht in den Kosten, die durch den Verschleiß von zwei Motoren für den Trabant entstanden waren, ein Motiv, weshalb im Kreiskirchenrat das Bedürfnis entstanden war, die Finanzen im Pfarrhaus zu ordnen.
- ⁴⁷⁶ Heinz Kreuzmann: Der Selbsttod des Pfarrer Brüsewitz, in: SPD-Pressedienst (Bonn) vom 23.8.1976.

- ⁴⁷⁷ O. Brüsewitz gestorben, in: Freiheit vom 23.8.1976; Martin Onnasch: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976), Magdeburg 1977 (Ms.), S. 46 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 372-413]; BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 253.
- ⁴⁷⁸ Heinrich: Vermerk für den Vorsitzenden, Halle, 23.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 55.
- ⁴⁷⁹ Beratung der Arbeitsgruppe Zeitz, Halle, 24.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 91.
- ⁴⁸⁰ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. II, Bl. 18ff.
- ⁴⁸¹ BStU, ASt Halle, 809/70,, Arbeitsakte, Bd. II, Bl. 22.
- ⁴⁸² Heinrich: Vermerk für den Vorsitzenden über den Anruf der Genossin [Charlotte] Arlt, Halle, 23.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 89.
- ⁴⁸³ Heinrich: Information über das geführte Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung, Halle, 23.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 49 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 177-179].
- ⁴⁸⁴ Rat des Bezirkes Magdeburg, Sektor Kirchenfragen: Vermerk über die Handlungsweise des ev[angelischen] Pfarrers Brüsewitz aus dem Kreis Zeitz am 18.8.1976, Magdeburg, 25.8.1976, S. 1, Archiv des Staatssekretärss für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.; vgl. auch: Heinrich: Information über das geführte Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung, Halle, 23.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 50-52 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 177-179].
- ⁴⁸⁵ Reinhard Henkys: Kirche und Presse nach der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz, Halle, März 1992 (MS.); ausführlich ders.: Der »Fall Brüsewitz« in den Medien, in: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz. Reaktionen auf die Selbstverbrennung von Oksar Brüsewitz, Leipzig 1993, S. 86-90.
- ⁴⁸⁶ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 9.
- ⁴⁸⁷ Walter Leo: Der Tod des Pfarres, in: Vorwärts vom 26.8.1976.
- ⁴⁸⁸ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 9.
- ⁴⁸⁹ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 9.
- ⁴⁹⁰ Ebenda, Bd. IV, Bl. 11f.
- ⁴⁹¹ Harald Schultze: Schiefes Bild, in: Der Spiegel 47(1992)39, S. 13.
- ⁴⁹² BStU, ASt Halle, 809/90, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 50; vgl. auch: Axel-Springer-Inlandsdienst: 500 Menschen am Grab von Pfarrer Brüsewitz, in: Berliner Morgenpost vom 27.8.1976.

Diese telefonisch in Zeitz »ordnungsgemäß« bestellte Schleife sollte auf Wunsch des Auftraggebers den Aufdruck »Junge Union Berlin« tragen. Doch der Rat des Bezirkes beschloß, es müsse »Berlin (West)« heißen. So geschah es dann auch; vgl. Raberger: Mitteilung betr. Kranzbestellung Berlin (West), Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 221; [Ewald] Biertümpel: Vermerk über eine Information, Halle, 22.8.1976, ebenda, IV/C-2/14/0725, Bl. 73.

⁴⁹³ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 13.

⁴⁹⁴ Ebenda, Bl. 14.

⁴⁹⁵ Ebenda, Bl. 31.

⁴⁹⁶ ebenda, Bl. 15.

⁴⁹⁷ Christa Lewek: Vermerk, Berlin, 26.8.1976, S. 4, in: Evangelisches Zentralarchiv Berlin, 1460/987/76 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 185-187].

⁴⁹⁸ Heute Journal: Interview von Hans-Jürgen Wiesner mit Harald Schultze, Berlin, 24.8.1976 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 181f.]; vgl. hierzu die Ausführungen von Harald Schultze, in: ebenda, S. 32.

⁴⁹⁹ Eberhard Hüttner: Verschlüsseltes Fernschreiben an das ZK, Halle 25.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.

⁵⁰⁰ Eberhard Hüttner: Verschlüsseltes Fernschreiben an das ZK, Halle 25.8.1976, Bundesarchiv, SAPMO IV B2/14/60; Rat des Bezirkes Magdeburg. Sektor Kirchenfragen: Vermerk über die Handlungsweise des ev[angelischen] Pfarrers Brüsewitz aus dem Kreis Zeitz am 18.8.1976, Magdeburg, 25.8.1976, S. 1, Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.

Die Maßnahmen, die westlichen Medien um eine gemäßigte Berichterstattung zu ersuchen, scheinen wirksam geworden zu sein, denn in der weiteren Berichterstattung wurden jene, die sich nicht daran hielten, scharf kommentiert; Vgl. Klaus Motschmann: Oskar Brüsewitz: Sein Protest. Sein Tod. Seine Mahnung, in: reden zur zeit 14, Würzburg 1977, S. 11ff. Harald Schultze macht darauf aufmerksam, daß sich die Kirchenleitung keineswegs von seinem Interview distanziert habe, vielmehr habe es neben zustimmenden Äußerungen auch kritische Stimmen gegeben; vgl. Schreiben von Harald Schultze vom 5.5.1993.

⁵⁰¹ Heinrich: Vermerk über die telefonische Durchsage zum Ergebnis der Aussprache mit der Kirchenleitung, Halle, 25.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 83f. [Druck: Harald Schultze:

- Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 183f.]; BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 45.
- ⁵⁰² BStU, ASt Halle, AOP 641/82, Bd. II, Bl. 210.
- ⁵⁰³ Axel-Springer-Inlandsdienst: Verhaftungen nach Tod von Brüsewitz, in: Berliner Morgenpost vom 28.8.1976. Das MfS hätte Christa Brüsewitz den »gutgemeinten Rat erteilt, »keine Todesanzeige in der DDR-Presse aufzugeben.« [...] Denken Sie an Ihre Zukunft und an Ihre Kinder.«
- ⁵⁰⁴ BStU, ASt Halle, AOPK 2950/76, Bd. III, Bl. 237.
- ⁵⁰⁵ Rudi Bellmann: Schreiben an Werner Lambertz, Berlin, 24.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁵⁰⁶ Willy Barth: Informationen über die Entwicklung zum Vorfall der Selbstverbrennung, Berlin 25.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁵⁰⁷ Hans Weise: Aktennotiz, Berlin 25.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁵⁰⁸ Rat des Bezirkes Magdeburg. Sektor Kirchenfragen: Vermerk über die Handlungsweise des ev[angelischen] Pfarrers Brüsewitz aus dem Kreis Zeitz am 18.8.1976, Magdeburg, 25.8.1976, S. 1, Archiv des Staatssekretärss für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592; vgl. auch: [Ewald] Biertümpel: Sofortinformation, Halle, 25.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 75.
- ⁵⁰⁹ [Egon] Bergmann: Niederschrift über ein geführtes Gespräch mit Vertretern der ev[angelischen] Kirchenleitung, Zeitz, 25.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 217ff. und IV/C-2/14/0725, Bl. 74ff.
- ⁵¹⁰ Kreisleitung der SED Zeitz: Sondersekretariatssitzung, Zeitz, 25.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 56ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 188-192.]
- ⁵¹¹ BStU, ASt Halle, AOP 641/82, Bd. I, Bl. 59-60 und Bd. II, Bl. 14.
- ⁵¹² Hartmut Bartmuß: »So nimm denn meine Hände«, in: Christen drüben 3(1986)2, S. 12f.
- ⁵¹³ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 8f.
- ⁵¹⁴ Brief des Generalsekretärs des Ökumenischen Rats der Kirchen, Philip Potter, an die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen vom 24. August 1976, in: epd-Dokumentation: Ein Pfarrer in der DDR verbrannte sich selbst, Frankfurt/M., 13.9.1976 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 180]; vgl. hierzu Harald Schultze in ebenda, S. 31.

- ⁵¹⁵ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 12-16.
- ⁵¹⁶ [Ewald] Biertümpel: Information, Halle, 26.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, 18986, Bl. 215; Rat des Kreises: Aktennotiz, Zeitz, 26.8.1976, ebenda, Bl. 212; Heinrich: Information, Halle, 26.8.1976, ebenda, Bl. 214; Heinrich: Vermerk über die Beisetzung, ebenda, Bl. 51 [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 200-202]; Heinrich: Telefonischer Anruf, o. O., 25.8.1976, ebenda, Bl. 56; Rat des Bezirkes Halle: Anruf des Genossen, Halle, 26.8.1976, ebenda, Bl. 70; Axel-Springer-Inlandsdienst: 500 Menschen am Grab von Pfarrer Brüsewitz, in: Berliner Morgenpost vom 27.8.1976; Pfarrer Brüsewitz beigesetzt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.8.1976.
- ⁵¹⁷ Friedrich-Wilhelm Bäumer: Trauerpredigt, Zeitz, 26.8.1976, Evangelisches Zentralarchiv Berlin [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 193-197]. Die Ereignisse um Oskar Brüsewitz haben Probst Bäumer immer wieder zu Reflexionen veranlaßt; vgl. Friedrich-Wilhelm Bäumer: Das einsame Zeichen, in: ebenda, S. 91-93.
- ⁵¹⁸ Schreiben von Dieter Ziebarth vom 29.3.1993; Archiv des Brüsewitz-Zentrums.
- ⁵¹⁹ Friedrich-Wilhelm Bäumer: Lebenslauf von Oskar Brüsewitz, Zeitz, 26.8.1976, Evangelisches Zentralarchiv Berlin [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 193-197].
- ⁵²⁰ Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 36f.
- ⁵²¹ Information über die Beisetzung des Pfarrers Brüsewitz in Rippicha, Kreis Zeitz, o. O., o. D., Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁵²² Stahr: Informationen über den Ablauf am 26.8.1976, Zeitz, 26.8.1976, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, IV/C-2/14/0725, Bl. 78ff. [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 203-205].
- ⁵²³ BStU, ASt Halle, 809/70, Arbeitsakte, Bd. IV, Bl. 41.
- ⁵²⁴ Willy Barth: Schreiben an Erich Honnecker, Berlin 26.8.1976, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.
- ⁵²⁵ BStU, ASt Halle, 761/67, Arbeitsakte, Bd. I, Bl. 298.
- ⁵²⁶ Manfred Wilke: SED-Kirchenpolitik 1953-1958. Die Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED zu Kirchenfragen 1953-1958, Berlin 1992, S. 8ff.; Helmut Müller-Engbers: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991, S. 160ff.
- ⁵²⁷ Manfred Wilke: SED-Kirchenpolitik 1953-1958, Berlin 1992.
- ⁵²⁸ Ebenda; Reinhard Henkys: Bund der Evangelischen Kirchen in

- der DDR. Dokumente zu seiner Entstehung, ausgewählt und kommentiert von Reinhard Henkys, Witten, Frankfurt/M., Berlin 1970, S. 51ff.
- ⁵²⁹ MfS IM »Karl«; Walter Schilling. Seid untertan der Obrigkeit. Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4, Berlin 1992.
- ⁵³⁰ Reinhard Henkys: Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Dokumente zu seiner Entstehung, ausgewählt und kommentiert von Reinhard Henkys, Witten, Frankfurt/M., Berlin 1970, S. 15 und 51.
- ⁵³¹ Reinhard Henkys: Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Witten, Frankfurt/M., Berlin 1970, S. 51.
- ⁵³² Reinhard Henkys: Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Witten, Frankfurt/M., Berlin 1970, S. 53 und 69.
- ⁵³³ Reinhard Henkys: Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Witten, Frankfurt/M., Berlin 1970, S. 15.
- ⁵³⁴ Reinhard Henkys: Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Witten, Frankfurt/M., Berlin 1970, S. 14.
- ⁵³⁵ Artikel 4,4; vgl. Reinhard Henkys: Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Witten, Frankfurt/M., Berlin 1970, S. 33.
- ⁵³⁶ Gerhard Besier, Stephan Wolf: »Pfarrer, Christen, Katholiken«. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, 2. Aufl., Neukirchen-Vluyn 1992, S. 22.
- ⁵³⁷ Dazu: Richard Schröder: Denken im Zwielicht. Vorträge und Aufsätze aus der alten DDR, Tübingen 1990, S. 49ff.
- ⁵³⁸ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1988, S. 154f.
- ⁵³⁹ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED, Berlin 1988, S. 155.
- ⁵⁴⁰ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED, Berlin 1988, S. 156.
- ⁵⁴¹ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED, Berlin 1988, S. 159.
- ⁵⁴² Bundesarchiv ZPA IV B2/14/39.
- ⁵⁴³ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1988, S. 159.
- ⁵⁴⁴ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED, Berlin 1988, S. 160.
- ⁵⁴⁵ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED, Berlin 1988, S. 160.
- ⁵⁴⁶ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED, Berlin 1988, S. 160.

- ⁵⁴⁷ Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED, Berlin 1988, S. 161.
- ⁵⁴⁸ Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- ⁵⁴⁹ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 356.
- ⁵⁵⁰ Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- ⁵⁵¹ Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- ⁵⁵² Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- ⁵⁵³ Zitiert nach: Kirche im Sozialismus, 1976, Nr. 6, S. 4.
- ⁵⁵⁴ epd-Meldung, 22.8.1976.
- ⁵⁵⁵ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 27-37.
- ⁵⁵⁶ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV., Bl. 33.
- ⁵⁵⁷ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV., Bl. 45-48.
- ⁵⁵⁸ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 51.
- ⁵⁵⁹ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV., Bl. 54.
- ⁵⁶⁰ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 56.
- ⁵⁶¹ Gespräch vom 2.9.1976, in Archiv der evangelischen Kirchen der Kirchenprovinz Sachsen.
- ⁵⁶² Gespräch vom 2.9.1976, in Archiv der evangelischen Kirchen der Kirchenprovinz Sachsen, 3.9.1976, S. 7.
- ⁵⁶³ Gespräch vom 2.9.1976, in Archiv der evangelischen Kirchen der Kirchenprovinz Sachsen.
- ⁵⁶⁴ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 69.
- ⁵⁶⁵ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 69.
- ⁵⁶⁶ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 76.
- ⁵⁶⁷ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 76.
- ⁵⁶⁸ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 77.
- ⁵⁶⁹ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 79.
- ⁵⁷⁰ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 82.
- ⁵⁷¹ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 84.
- ⁵⁷² MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 85.
- ⁵⁷³ MfS IM »Detlef«, VIII/809/70, II. Bd. IV, Bl. 5.
- ⁵⁷⁴ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 17.
- ⁵⁷⁵ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 18.
- ⁵⁷⁶ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 18.
- ⁵⁷⁷ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 18.
- ⁵⁷⁸ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 13.
- ⁵⁷⁹ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 23.
- ⁵⁸⁰ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 24.
- ⁵⁸¹ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 24.
- ⁵⁸² Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 15.
- ⁵⁸³ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 15.

- 584 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 33.
- 585 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 33.
- 586 Gespräch vom 2.9.1976, in Archiv der evangelischen Kirchen der Kirchenprovinz Sachsen.
- 587 Die folgenden Briefe stammen aus dem Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3. Vgl. auch Privataarchiv Dr. Karl-Adolf Zech.
- 588 Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- 589 Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- 590 In Auszügen abgedruckt, in: Rheinischer Merkur, 16.8.1991.
- 591 Mitteilung von Heinz Eggert, 1.2.1992.
- 592 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 109.
- 593 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 105ff.
- 594 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 111.
- 595 Sitzung vom 20.10.1976, in EZA, K23, Bd. II/1910.
- 596 Sitzung vom 20.10.1976, in EZA, K23, Bd. II/1910..
- 597 Gespräch vom 2.9.1976, in Archiv der evangelischen Kirchen der Kirchenprovinz Sachsen.
- 598 Gespräch vom 2.9.1976, in Archiv der evangelischen Kirchen der Kirchenprovinz Sachsen., S. 2.
- 599 Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- 600 Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- 601 Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- 602 Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1988, , S. 162.
- 603 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39. Bl. 11.
- 604 Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- 605 Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1988, , S. 162.
- 606 Zitiert in: Kirche im Sozialismus1976, Nr. 6, S. 41 f.
- 607 Kirche im Sozialismus1976, Nr. 6, S. 41.
- 608 Kirche im Sozialismus1976, Nr. 6, S. 44.
- 609 Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1988, , S. 162.
- 610 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 34.
- 611 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 34.
- 612 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., B2/14/60, Bl. 87.
- 613 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., B2/14/60, Bl. 93.
- 614 Horst Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1988, , S. 161.
- 615 Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 93.

- ⁶¹⁶ Dazu auch im folgenden: ebenda, Bl. 64.
- ⁶¹⁷ Kirche im Sozialismus, Nr. 6, S. 15.
- ⁶¹⁸ Kirche im Sozialismus, Nr. 6, S. 15.
- ⁶¹⁹ epd-Meldung, 31.8.1976.
- ⁶²⁰ Zitiert nach: Kirche im Sozialismus Kirche im Sozialismus 1976, Nr. 6, S. 16.
- ⁶²¹ Evangelisches Zentralarchiv (EZA), K45, 1460, Bd. 1, Beih. 3.
- ⁶²² Zitiert in: Kirche im Sozialismus (Anm. 28), S. 43.
- ⁶²³ MfS IM »Detlef« (Anm. 40), Bl. 68-71.
- ⁶²⁴ Der gesamte Bericht Krusches ist zitiert in: Kirche im Sozialismus Kirche im Sozialismus 1976, Nr. 6, S. 20 ff.
- ⁶²⁵ Zitiert in: Kirche im Sozialismus, Anm. 28), S. 29.
- ⁶²⁶ Horst Dohle: Kirchenpolitik, S. 162.
- ⁶²⁷ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 34.
- ⁶²⁸ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 35.
- ⁶²⁹ Bundesarchiv SAPMO IV B2/14/39., Bl. 35.
- ⁶³⁰ Vgl. dazu den Vortrag von Reinhard Henkys: Kirche und Presse nach der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz, in der evangelischen Akademie Halle, Mai 1992.
- ⁶³¹ Mitteilung von Bischof Eduard Bergers am 20.2.1993.
- ⁶³² Vortrag Reinhard Henkys »Rolle der Medien – zwischen Wahrheit und Zwecklüge« auf der Tagung »Kirche im Schatten des Sozialismus – Zwischen Loyalität und Verweigerung« in Halle, 7.3.1992 (Manuskript, S. 2).
- ⁶³³ »Verzweiflungstat eines Pfarrers in der DDR, Versuchte Selbstverbrennung in Zeitz.« epd-Fernschreiben vom 20.8.1976, 17.05 Uhr.
- ⁶³⁴ Latk in: Noch nicht erloschen – das Fanal des Pfarrer Brüsewitz. In: Die Welt, 27.4.1992.
- ⁶³⁵ Mitteilung von Günter Gaus vom 9.2.93. Er meinte allerdings, bereits am Vormittag von Beck und Latk aufgesucht worden zu sein
- ⁶³⁶ »Meldung der Nachrichtenagentur AP vom 20.8.1976 nach: Kirche im Sozialismus«, 6/76 (Dezember), Berlin, S. 3.
- ⁶³⁷ Die Tat des Pfarrer Brüsewitz. In: Welt am Sonntag, 22.8.1976.
- ⁶³⁸ DDR spielt die Selbstverbrennung herunter. Von Peter Pagel. In: Süddeutsche Zeitung, 23.8.1976.
- ⁶³⁹ Selbstverbrennung. Von »su«. In: Frankfurter Rundschau, 23.8.1976.
- ⁶⁴⁰ Das Fanal. Von Joachim Sobotta. In: Rheinische Post, 23.8.1976.
- ⁶⁴¹ Tod eines Christen: Wohin der Arm des Systems nicht reicht. Von Herbert Kremp. In: Die Welt, 24.8.1976.
- ⁶⁴² dpa vom 23.8.1976.
- ⁶⁴³ asd, 24.8.1976.

- ⁶⁴⁴ »Mit Marx gegen Gott und Kirche.« Von Henk Ohnesorge. In: Die Welt, 25.8.1976.
- ⁶⁴⁵ Der Tod eines Pfarrers. Von Walter Leo. In: Vorwärts, 26.8.1976.
- ⁶⁴⁶ An Staat und Partei zerbrochen. In: Die Zeit, 27.8.1976.
- ⁶⁴⁷ Evangelisches Kirchenblatt für Hessen und Nassau, Frankfurt 5.9.1976.
- ⁶⁴⁸ In seinem Buch »Oskar Brüsewitz, ein Pfarrerschicksal in der DDR« schreibt Desel über diesen Abschied: »Zum Abschluß des gemeinsamen Tages forderte Brüsewitz alle Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland auf, das Gebet der Fürbitte für die Christen der DDR nicht zu vergessen«. (Seite 58)
- ⁶⁴⁹ Aufruf zur Schaffung eines Brüsewitz-Zentrums, April 1977.
- ⁶⁵⁰ Otto von Habsburg wurde ein Jahr später als Parteiloser von der CSU für die Wahl des ersten gewählten Europäischen Parlamentes nominiert, er vertrat Bayern von 1979 bis 1999 als Europaabgeordneter in Straßburg.
- ⁶⁵¹ Mai 1976 erstes Gespräch.
- ⁶⁵² Brief an das Koordinationsbüro. Vgl.: Das umstrittene »Brüsewitz-Zentrum«. Hans Wüllenweber, Düsseldorf. In: Heideiberger Tageblatt, 3.6.1977.
- ⁶⁵³ Presse- und Informationsdienst des BZ Nr.: 1/2 vom August/September 1997, S. 7.
- ⁶⁵⁴ Zu den Unterzeichnern zählten: Die Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, Gerhard Stoltenberg, Hans Filbinger und Ernst Albrecht (alle CDU), der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, Otto von Habsburg als Präsident der internationalen Paneuropa-Union, der exil-tschechische Schachgroßmeister Ludek Pachman, Bundestags-Vizepräsident Kai-Uwe von Hassel, der Vize-Präsident des Europäischen Parlamentes, Hans August Lückner, der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Peter Lorenz, der Mainzer Landtagspräsident Albrecht Martin, der stellvertretende Vorsitzende des Innerdeutschen Ausschusses des Bundestages, Olaf von Wrangel, der rheinische CDU-Landesvorsitzende Heinrich Köppler, die CDU-Bundestagsabgeordneten Alfred Dregger, Hans Katzer, Norbert Blüm und Kurt Biedenkopf sowie der EKD-Synodale und Staatssekretär Professor Axel vom Camphausen und der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter W. Höffkes, der auch Mitglied der Kirchenleitung der VELKD war und 40 weitere Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU, die russischen Bürgerrechtler André Amalrik, Anatoli Levetin Krasnov und Nina Bukowski, die Professoren Karl Erdmann, Jens Hacker, Andreas

Hillgruber, Nikolaus Lobkowicz (Rektor der Universität München) und Helmut Saake, Staatssekretär Joachim Dorenborg (Präsident des Bundes der Mitteldeutschen), Gerhard Löwenthal (ZDF-Magazin), der Publizist Mathias Walden, der Verleger Carl Wilhelm Busse und die Vorsitzende der Gesellschaft für Menschenrechte (GfM), Cornelia Gerstenmaier.

⁶⁵⁵ Der mißbrauchte Tod. Von Dietrich Strothmann. In: Die Zeit, 10.6.1977.

⁶⁵⁶ epd vom 27.4.1977, zitiert nach »Ratsmitglieder wollen Brüsewitz-Zentrum nicht unterstützen«. FR, 28.4.1977. Einen Tag später auch in der FAZ: »Weizsäcker und Thimme unterschreiben nicht.« KAO, 29.4.1977.

⁶⁵⁷ Ein toter Pfarrer zwischen den politischen Fronten. Von Ludwig Harms. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 5.5.1977.

⁶⁵⁸ 15 Mitglieder verweigerten Unterschrift unter Aufruf. In: Westfälische Rundschau, Ende April.

⁶⁵⁹ Rücknahme von Unterschriften für Brüsewitz-Zentrum, Karl Alfred Odin. In: FAZ, 24.5.1977.

⁶⁶⁰ Bericht von der Sitzung des Rates der EKV am 4.5.1977, Protokoll der 5. Sitzung der Kirchenleitung vom 6./7.5.1977, 190/77. Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

⁶⁶¹ Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, 10.5.1977, I 290/77.

Auch zitiert in: FAZ, Sorge vor propagandistischer Ausnutzung (Karl Alfred Odin), 17.5.1977.

⁶⁶² Brief von Präses Immer an die Unterzeichner und das Koordinationskomitee Brüsewitz-Zentrum, Archiv der Kirchenleitung Magdeburg, 12.5.1977.

Auch zitiert in: FAZ, Sorge vor propagandistischer Ausnutzung (Karl Alfred Odin), 17.5.1977.

⁶⁶³ Unter ihnen waren der baden-württembergische Kultusminister Wilhelm Hahn, die CDU-Bundestagsabgeordneten Gerhard Schröder und Norbert Blüm, der niedersächsische Staatssekretär und EKD-Synodale Professor Axel von Campenhausen, der westfälische Landeskirchenrat Rödding, Pastor Haesner sowie der hessische Landtagsabgeordnete Arnulf Borsche.

Norbert Blüm widersprach allerdings später seine zurückgezogenen Unterschrift auf einer Betriebsrätekonferenz in Hohenlimburg mit dem bemerkenswerten Hinweis: »Ich wurde durch die evangelische Kirche verunsichert und hatte dann meine Unterschrift unter dem Gründungsauftrag zurückgezogen. Ich habe mich nun aber

von der Notwendigkeit dieses Menschenrechtszentrums überzeugt. Zu diesen Worten stehe ich, meine Unterschriftsrücknahme ist damit gegenstandslos.«

- ⁶⁶⁴ U. a.: Das umstrittene Brüsewitz-Zentrum. Von Hans Wullenweber (Düsseldorf). In: Speyerer Tagespost, 3.6.1977.
- ⁶⁶⁵ Nicht nur aus MfS-Akten, sondern auch aus Dokumenten des Rates des Bezirkes Halle geht die gute Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche in dieser Frage hervor: »Über die Einrichtung des Brüsewitz-Zentrums in Bad Oeynhausen wurde ein Gedankenaustausch geführt, in dem die Vertreter des Bezirkes betont zum Ausdruck brachten, daß sie für die Haltung der Kirchenleitung in dieser Sache dankbar seien.« Vermerk über ein Gespräch mit Vertretern des Rates des Bezirkes Halle im Dienstzimmer des Bischofs in Magdeburg am 14. Juli 1977. Archiv der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen.
- ⁶⁶⁶ ADN hatte den Pfarrer einen »abnormalen und krankhaft veranlagten Menschen, der oft unter Wahnvorstellungen gelitten habe, genannt.
- ⁶⁶⁷ DDR spielt die Selbstverbrennung herunter. Wahnvorstellungen des Pfarrers, erklärt ADN/Frau Brüsewitz: Mein Mann wollte ein Zeichen setzen. Von Peter Pagel. In: Süddeutsche Zeitung, 23.8.1976.
- ⁶⁶⁸ Bericht von Heinz Matthias vom 15.11.1976 (BZ-Archiv).
- ⁶⁶⁹ Brief Kappels an Dr. Gnauck, 13.6.77.
- ⁶⁷⁰ Die Post von Frau Brüsewitz wurde von der »Abteilung M« (Postkontrolle) der Stasi genauestens kontrolliert: MfS, »Zusammenfassung über die Entstehung des Brüsewitz-Zentrums – CPS – und das Wirksamwerden dieser Feindorganisation im Verantwortungsbereich der Kreisdienststelle Zeitz«, VIII 791/77 Bd. III, 25.7.1980, S. 2.
- ⁶⁷¹ MfS, »Sachstandsbericht« zum Operativvorgang (OV) »Untergrund«, 22.9.1978, KD Zeitz, VIII, 25.7.1980, S. 2.
- ⁶⁷² MfS, »Sachstandsbericht« zum Operativvorgang (OV) »Untergrund«, 13.12.1977, KD Zeitz, VIII 791/77, Bd. II, Bl. 138-139.
- ⁶⁷³ Mitteilung von Olaf Kappel, 7.1.1993.
- ⁶⁷⁴ Vermerk Bäumers vom 19.5.1977. Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.
- ⁶⁷⁵ Die Reise dauerte den Stasi-Unterlagen zufolge vom 26.5. bis 1.6.1977.
- ⁶⁷⁶ Vermerk Bäumers vom 19.5.1977. Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

- ⁶⁷⁷ Die Existenz eines solchen Aufpassers, der ganz ungeniert bestätigte, eine solche Rolle zu haben, hat auch Dr. Gnauck während eines Besuches erlebt.
- ⁶⁷⁸ »Zusammenfassung über die Entstehung des Brüsewitz-Zentrums – CPS – und das Wirksamwerden dieser Feindorganisation im Verantwortungsberich der Kreisdienststelle Zeitz«, VIII 791/77, Bd. III, 25.7.1980, S. 2.
- ⁶⁷⁹ Brief von Bischof Krusche an Olaf Kappelt, 6. Juni 1977 (Evangelisches Zentralarchiv).
- ⁶⁸⁰ Brief einer Patentante der Familie Brüsewitz, Margot Krummnow, an Reinhard Gnauck vom 12.6.1977, Archiv Gnauck.
- ⁶⁸¹ Frau Brüsewitz als Opfer eines Täuschungsversuches ihrer Kirche. In: idea, 28. Juni 1977.
- ⁶⁸² Auszug aus dem Protokoll der 7. Sitzung der Kirchenleitung vom 15./16.7.1977, TOP 8.1. Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.
- ⁶⁸³ Name nicht freigegeben. In: Unsere Kirche, Nr. 29, 17.7.1977.
- ⁶⁸⁴ U. a.: Kuratorium für das Brüsewitz-Zentrum, in: Westfalen-Blatt und: Witwe Brüsewitz erhebt Einspruch, Alb-Bote, 11.6.1977.
- ⁶⁸⁵ Gleichwohl trägt der Durchschlag des Schreibens in den Kirchenakten den Vermerk »Wiedervorgelegt am 16.6.« Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.
- ⁶⁸⁶ Alles, was rechts ist. Uly Foerster. Vorwärts, 29.9.1977.
- ⁶⁸⁷ Der Berliner FAZ-Korrespondent Peter Jochen Winter in einem Portrait Krusches: »Weil er mit Nachdruck gegen die Verwendung des provinz-sächsischen Pfarrers Oskar Brüsewitz für ein zweifelhaftes »Informationszentrum« in Bad Oeynhausen protestiert hat, mußte er sich von uninformierten Eiferern Abhängigkeit vom Staatssicherheitsdienst vorwerfen lassen. Weil er darauf hinwies, daß die Bemühungen von Christen und Kirchen in der DDR, die ihnen in der DDR-Verfassung garantierte Religionsfreiheit zu praktizieren, ins Zwielficht geraten müßten, wenn die schwierige Lage der Kirchen in der DDR durch ein »Brüsewitz-Zentrum« für die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik mißbraucht wird, wird er als Handlanger der SED diffamiert. Doch Werner Krusche, (...) in Ost und West als einer der bedeutendsten evangelischen Theologen und Kirchenmännern geachtet, ist über solche Angriffe erhaben: Sie sind absurd (...)«. »Mahner zum Menschenrecht«, FAZ, 19.7.1977.
- ⁶⁸⁸ Zu später Rat. Karl Alfred Odin. FAZ, 14.7.1977.
- ⁶⁸⁹ Wider die üble Nachrede. Politik Forum, 22.7.1977, Nr. 15

Die Erklärung soll anderen Artikeln in kirchlichen Publikationen zufolge jedoch das Datum des 21. Mai tragen. Vgl.: Name nicht freigeben. In: Unsere Kirche. Nr. 29, 17.7.1977.

⁶⁹⁰ Der von Propst Bäumer am 9. Juni 1977 unterzeichneten »Abschrift« zufolge datiert die angebliche Erklärung von Frau Brüsewitz vom 21. Mai 1977.

⁶⁹¹ Vermerk Bäumers vom 19.5.1977. Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

⁶⁹² Brief Lingners an Bischof Krusche, 20.7.1977, Eingang 10.8.1977, Tgb.-Nr. 618/77. Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

⁶⁹³ Im Jahr darauf hat diese Aufgabe der Oberkonsistorialrat Schultze wahrgenommen. Brief, 21.8.1978, RdB 18.986, Bl. 14. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt.

⁶⁹⁴ Protokoll über eine mit dem Vorsitzenden des Kreiskirchenrates Pfarrer Hildebrandt geführte Ansprache, 16.8.1977. RdB 18.986, Bl. 27. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt.

⁶⁹⁵ Mitteilung von Olaf Kappelt, 11.2.1993.

⁶⁹⁶ Gnauck wurde später Vorsitzender der (Internationalen) Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die ebenfalls vom MfS bekämpft wurde.

⁶⁹⁷ In den Vorstand des Trägervereins »Christlich-Paneuropäisches Studienwerk e.V.«, der dann das Brüsewitz-Zentrum errichtete, wurden Peter W. Höffkes, Pfarrer Klaus-Reiner Latk, Olaf Kappelt, Professor Hans Joachim von Merkat, Walburga von Habsburg, Pfarrer Jochim Ruff, Hans Braun, Anatolie Levetin Krasnov und Herbert Lehmann gewählt.

⁶⁹⁸ Im Wortlaut: Bischof Krusche verharmlost (Leserbrief von Werner Meyer), in: Frankfurter Rundschau, 29.6.1977. Die FR veröffentlichte Meyers Leserbrief, obwohl sie – wie sie einleitend erwähnt – Krusches Meinung teilt.

⁶⁹⁹ Zitiert nach Publik-Forum, »Wider die üble Nachrede«, Nr. 15, 22.7.1977.

⁷⁰⁰ 19.9.1980, vgl.: MfS, ZOV Märtyrer, HA XX, AOP 12.818/86, Bl. 4.

⁷⁰¹ MfS/KGB: Plan für die Zusammenarbeit zwischen der HA XX und der V. Verwaltung des KGB für den Zeitraum 1986-1990. In: Frankfurter Rundschau, 1.2.1992 (Teilaufgabe).

⁷⁰² MfS, ZOV Märtyrer, HA XX, AOP 12.818/86, Bl. 227.

⁷⁰³ MfS, Abschlußbericht ZOV (»Märtyrer«, XV/2093/81, 31.11.1986, Bl. 5: »Wolfgang STOCK (erfaßt in der Abt. XII für die ZKG) ... Kai FISCHER (erfaßt für ZKG)«.

- ⁷⁰⁴ MfS, HA XXII, AOP 12.818/86 (24.7.87), Bl. 229a.
- ⁷⁰⁵ MfS, HA XXII 73.452/92 (24.7.87), Bl. 67.
- ⁷⁰⁶ FAZ, 15.11.1978.
- ⁷⁰⁷ epd nach FAZ vom 23.8.1977.
- ⁷⁰⁸ Diese Formulierung findet sich unter anderem in: Operativvorgang (OV) »Untergrund«, KD Zeitz, VIII 791/77.
- ⁷⁰⁹ MfS Klaus-Reiner Latk, VIII 1531/76, Bl. 116.
- ⁷¹⁰ MfS, Anweisung des Leiters der Hauptabteilung XX, 14.10.1976 Kie/Li, VIII 1531/76, Bl. 116. Der wirkliche Charakter der Ausweisung Latks – der Rat des Kreises bestellte sogar den Möbelwagen, damit Latk so schnell wie möglich aus der DDR verschwand – konnte dadurch verschleiert werden, daß auf einen Ausreiseantrag Latks vom Frühjahr 1976 verwiesen wurde. Damit hatte Latk, ähnlich wie Brüsewitz mit seinen Aktionen, lediglich die Kirchenleitung aufrütteln wollen, die bedrückenden Sorgen der Pfarrer zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Antrag war abgelehnt worden, am 15.8.1976 wurde der als regimfeindlich eingestufte Latk dann aber vom Rat des Kreises gezwungen, einen zweiten Antrag auf Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft zu stellen.
- ⁷¹¹ MfS IM »Detlef«, BV Halle II/4/81, Bl. 24.
- ⁷¹² MfS Klaus-Reiner Latk, VIII 1531/76, Bl. X, Bl. 29.
- ⁷¹³ MfS, Abschlußbericht zum OV »Konvent«, VIII 1531/76, KD Sangerhausen, 29.3.1983.
- ⁷¹⁴ MfS, »Sachstandsbericht« zum Operativvorgang (OV) »Untergrund«, BV Halle, VIII 791/77, Bd. I, S. 14.
- ⁷¹⁵ MfS, OV »Untergrund«, Operativplan 22.9.78, VIII 791/77, Bd. II, S. 6.
- ⁷¹⁶ MfS, Operativplan, S. 1-2.
- ⁷¹⁷ MfS, Sachstandsbericht, Bd. II, S. 1-3
- ⁷¹⁸ MfS, Sachstandsbericht, Bd. II, S. 3.
- ⁷¹⁹ MfS, Sachstandsbericht, Bd. II, S. 23.
- ⁷²⁰ Pfarrer Ziebarth war zu dieser Zeit Vorsitzender des Gemeindekirchenrates in Rippicha.
- ⁷²¹ MfS, Sachstandsbericht, (Anm. 6), Bd. II, S. 21-23.
- ⁷²² Die IM Steffens, H. Richter, Karl, Wartburg, Claus, H. Grundig, Prager, Pielka, Romeo, Hänsgen und Mecke, vgl. MfS OV »Untergrund«, Bd. III, S. 5 und 9.
- ⁷²³ Elly-Viola Nahmmacher war längst als »negativ« eingestuft und 1975 aus dem Verband der bildenden Künstler ausgeschlossen worden. Das MfS verhörte die alte Dame, der Rainer Kunze 1966 »Drei Bildhaueretüden« gewidmet hatte, stundenlang und »kauf-

te« ihr schließlich die Holzplastik (»ihr Werk ist Revolte gegen den Staat«) ab. Zwei Tage nach der Öffnung der Mauer im Herbst 1989 wurde es im Fundus des Greizer Museums gefunden und ihr zurückgegeben. Es zielt heute auf Initiative von Dekan Jochen Desel die Altstädter Kirche zu Hofgeismar (Hessen).

⁷²⁴ MfS, Abschlußbericht OV »Untergrund«, Bd. III, S. 6.

⁷²⁵ U.a.: Ausstellung über Pfarrer Brüsewitz eröffnet. In: FAZ, 12.8.1991.

⁷²⁶ Ein Sonderling. Er gehörte nicht zu dieser Revolution. Von Jürgen Serke. In: Die Welt, 17.2.1990.

⁷²⁷ Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, S. 32, Fußnoten 14, 21 und 22. [Druck: Brüsewitz-Zentrum (Hg.): Pfarrer Oskar Brüsewitz. 20. Jahrestag der Selbstverbrennung am 18. August 1976. Texte zur Ausstellung, Woltersdorf 1996].

⁷²⁸ BStU ASt Halle, VIII 894/74 (IMS Willi Koch), Bd. I, S. 68. [Druck: Brüsewitz-Zentrum (Hg.): Pfarrer Oskar Brüsewitz. 20. Jahrestag der Selbstverbrennung am 18. August 1976. Texte zur Ausstellung, Woltersdorf 1996].

⁷²⁹ BStU ASt Halle, Operativvorgang »Untergrund«, VIII 791/77, S. 71. [Druck: Brüsewitz-Zentrum (Hg.): Pfarrer Oskar Brüsewitz. 20. Jahrestag der Selbstverbrennung am 18. August 1976. Texte zur Ausstellung, Woltersdorf 1996].

⁷³⁰ Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen [Druck als Faksimile: Harald Schultze: Das Signal von Zeit, Leipzig 1993, S. 99-100 und Brüsewitz-Zentrum (Hg.): Pfarrer Oskar Brüsewitz. 20. Jahrestag der Selbstverbrennung am 18. August 1976. Texte zur Ausstellung, Woltersdorf 1996]. Die Wiedergabe dieses Abschiedsbriefes folgt der von Ulrich Schröter vorgenommenen Transkription; vgl. Schreiben von Ulrich Schröter vom 19.5.1993; ders.: Die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, in: Zwie Gespräch 16, S. 22-39, hier 23f.

⁷³¹ Die Worte »auch Bruder Hildebrand« [eigentlich: Hildebrandt] hatte die Kirchenleitung bis zur Publikation der ersten Auflage dieses Buches 1993 zuvor stets geschwärzt. Dies sei seinerzeit aus »datenschutzrechtlichen Gründen« erfolgt, wie Harald Schultze schreibt, die offenbar 1993 plötzlich nicht mehr gegeben gewesen zu scheinen; vgl. Schreiben von Harald Schultze vom 5.5.1993; außerdem Harald Schultze: Das Signal, S. 209f.

Welche Bedeutung der Nennung Hildebrandts beizumessen ist,

zeigt folgende Äußerung von Propst Bäumer: »B[rüsewitz] meinte, Hildebrandt habe zu sehr auf Zusammenarbeit mit Marxisten gedrängt. Das sah er als Zugeständnis an, während B[rüsewitz] die Front der siegenden Kirche sah«; vgl. Handschriftliche Notizen von [REDACTED] aus der Gemeinsamen Beratung der Räte der EKU am 1.9.1976 in Ost-Berlin; Archiv des Brüsewitz-Zentrums.

⁷³² N.N. [Willi Barth]: Entwurf Maßnahmen zum Vorfall Brüsewitz/Zeitz, o. O., o. D. [Berlin, 18.8.1976], Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60; vgl. auch: Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Akte: Der Fall Brüsewitz vom 18.8.1976, Akz. 12-15-08(01-03), Archivsign. 592.

⁷³³ Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 107-111].

⁷³⁴ Landesarchiv Merseburg RdB Halle [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 151-152].

⁷³⁵ N.N. [Willi Barth]: Telefonat Gen[osse Hans] Seigeweasser über Gespräch Magdeburg 18.8.76, S. 3, Bundesarchiv SAPMO, IV B2/14/60.

⁷³⁶ Landesarchiv Merseburg RdB Halle [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 147-150].

⁷³⁷ Vom 19.8.1976. Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 116].

⁷³⁸ Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 168-169].

⁷³⁹ Archiv des Brüsewitz-Zentrums, Archiv der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen [Druck: Harald Schultze: Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993, S. 193-195].

⁷⁴⁰ BStU Halle, AOP 641/82, Bd. II, Bl. 210.

⁷⁴¹ »WiW« (Wer ist Wer?) war eine der grundsätzlichen Prinzipien des MfS bei der »politisch-operativen Arbeit«, bei der beständig zu prüfen war, wer welche Einstellung hat.

⁷⁴² Aus Gründen des Datenschutzes werden Personen, die als »Opfer« oder unbeteiligte »Dritte« in Unterlagen des MfS genannt werden, von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen MfS geschwärzt. Soweit möglich und von den Betroffenen akzeptiert, haben die Autoren in diesen Dokumenten die Namen der Opfer und Dritten rekonstruiert.

- ⁷⁴³ BStU ASt Halle, Operativvorgang »Untergrund«, VIII 791/77, Bd. III, S. 6 ff.
- ⁷⁴⁴ Aus Gründen des Datenschutzes werden Personen, die als »Opfer« oder unbeteiligte »Dritte« in Unterlagen des MfS genannt werden, von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen MfS geschwärzt. Soweit möglich und von den Betroffenen akzeptiert, werden in diesen Dokumenten die Namen der Opfer und Dritten rekonstruiert.
- ⁷⁴⁵ So Jochen Desel, Oskar Brüsewitz - Er war mein Freund. Manuskript für die Tagung der Journalisten-Bildungsinstituts Sachsen-Anhalt e.V. am 5.10.1993.
- ⁷⁴⁶ Reinhard Henkys, Strategie des Totschweigens? Beitrag zum Podium »Die öffentliche Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz in Zeitz am 18. August 1976: Hintergründe, Fakten, Meinungen« in Rahmen des Symposiums »Das Fanal« am 5. Oktober 1993 in der Universität Halle/S.
- ⁷⁴⁷ Vgl. G. Besier, Der SED-Staat und die Kirche, Bd. 2: Die Vision vom »Dritten Weg«, Berlin 1995, 79ff.
- ⁷⁴⁸ Vgl. G. Besier, Der SED-Staat und die Kirche, Bd. 3: Höhenflug und Absturz(1983-1991), Berlin-Frankfurt/M. 1995, 471; Klaus Roßberg/Peter Richter, Das Kreuz mit dem Kreuz. Ein Leben zwischen Staatssicherheit und Kirche, Berlin 1996, 182f. (Dokument 2).
- ⁷⁴⁹ Vgl. z. B. Monika Deutz-Schroeder/Jochen Staadt (Hgg.), Teurer Genosse! Brief an Erich Honecker, Berlin 1994.
- ⁷⁵⁰ Vgl. Jens Hacker, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Frankfurt/M.-Berlin 1994.
- ⁷⁵¹ Vgl. z.B. Helmut Schmidt, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996, 370ff.
- ⁷⁵² Interview mit »Die Kirche« vom 28.3.1993.
- ⁷⁵³ Harald Schultze/Waltraud Zachhuber, Spionage gegen eine Kirchenleitung. Detlef Hammer – Stasi-Offizier im Konsistorium Magdeburg, Magdeburg 1994.
- ⁷⁵⁴ die kirche, Magdeburg, 18.4.1993.
- ⁷⁵⁵ Vgl. Besier, in: Christian Striefler/Wolfgang Templin, Von der Wiederverkehr des Sozialismus. Die andere Seite der Wiedervereinigung, Berlin 1996, 192ff.; idea Nr. 110/111/95 vom 28.9. und Nr. 149/95 vom 19.12. 1995.
- ⁷⁵⁶ idea Nr. 2/96 vom 4.1.1996.
- ⁷⁵⁷ Schreiben Bischof Werner Krusche an das Journalisten-Bildungsinstitut Sachsen-Anhalt e.V vom 18.9.1993.
- ⁷⁵⁸ Zit. nach aaO.

- ⁷⁵⁹ Ursula Schabert, Nur Tribunal statt Aufarbeitung?, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 7.10.1993.
- ⁷⁶⁰ K.-A. Zech, Gedanken und Stichpunkte zu Brüsewitz im Schatten des Müller-Enbergs-Berichtes, 14.5.1993, Manuskript.
- ⁷⁶¹ AaO.
- ⁷⁶² Schreiben Zech an Müller-Enbergs vom 21.5.1993.
- ⁷⁶³ Wolfgang Teichert (Hg.), Müssen Christen Sozialisten sein? Zwischen Galube und Politik, Hamburg 1976.
- ⁷⁶⁴ Giovanni Barberini/Martin Stöhr/Erich Weingärtner (Hgg.), Kirchen im Sozialismus. Kirche und Staat in den osteuropäischen sozialistischen Republiken, Frankfurt/M. 1977, 11; 12; 14.
- ⁷⁶⁵ idea Nr. 91/98 vom 3.8.1998.
- ⁷⁶⁶ Vgl. Stéphane Courtois u.a., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München-Zürich 1998.

Bibliographie

Archivalien

Archiv des Brüsewitz-Zentrums

14 Aktenordner »Gründungsphase«

Archiv der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg

AKPS Rep N 9 Nr. 3.

AKPS Rep A gen Nr. 3294.

AKPS Rep

A gen Nr. 3298.

AKPS Rep Aspec P, PA, Nr. 153.

AKPS Rep A spec G Nr. A 21624.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

BStU ZA HA IX 75.

BStU ZA XV 1177/73.

BStU ZA HA XX/4 223.

BStU ZA HA XX/4 271.

BStU ZA, ASt Halle, 809/70.

BStU ZA HA XX AOP 12.818/86.

BStU ZA HA XX ZOV 2093/81.

BStU ASt Erfurt AOP 504/65.

BStU ASt Halle AOPK 2950/76.

BStU ASt Halle VIII 450/77.

BStU ASt Halle VIII 641/82.

BStU ASt Halle VIII 761/67.

BStU ASt Halle VIII 791/77.

BStU ASt Halle VIII 809/70.

BStU ASt Halle VIII 894/74.

BStU ASt Leipzig V 860/60.

BStU ASt Halle VIII 1531/76.

Evangelisches Zentralarchiv Berlin (EZA)

K45, 1460, Bd. 1, Beiheft 3.

Kreisarchiv Sömmerda

KSöm 1671.

KSöm 1672.

Landesarchiv Merseburg (früher: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)¹

LA M RdB Halle 18986.

LA M RdB Halle, IV/C-42/157

LA M SED-BL Halle IV/D-2/14/475.

LA M SED-BL Halle IV/C-2/14/725.

LA M SED-Kreisleitung Zeitz IV/C-4/24/157.

LA M SED-Materialsammlung Achim Böhme 69135 Pfarrer Brüsewitz Teil I

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen in der DDR im Bundesarchiv (SAMPO, ehemaliges Zentrales Parteiarchiv der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands [ZPA der SED])

SAPMO-BArch DO 4 593.

SAPMO-BArch DY 30 IV B 2/14/39 (Staatssekretariat für Kirchenfragen 1973-1976).

SAPMO-BArch DY 30 IV B 2/14/60 (Beziehungen Staat – Kirche 1976-1977 Fall »Oskar Brüsewitz«).

SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.036/47.

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar

ThHW BdVP 20.1 529.

ThHW BdVP 20.1 532.

ThHW RdB Erfurt Ki 5.

ThHW RdB Erfurt Ki 9.

ThHW RdB Erfurt Ki 23.

ThHW RdB Erfurt Ki 71.

ThHW SED-BL B IV/2/14-728.

Ungedruckte Quellen

Arbeitsgemeinschaft 13. August/Brüsewitz-Zentrum (Hg.): Oskar Brüsewitz. Seine Tat, ihre Auslegung und Auswirkung im Zwielficht der Gegenwarts- und Zukunftsbewältigung. Diskussionsabend, Berlin 1977 (Tonbandnachschrift).

Bender, Richard: Oskar Brüsewitz 1929-1976. Versuch einer Würdigung, o. O. 1981 (unveröffentlichtes Manuskript)

Braasch, J.H.: Persönlicher Bericht über Pfarrer Oskar Brüsewitz, o.O. o.J. (unveröffentlichtes Manuskript)

■ Die Bestände des »Landesarchiv Sachsen-Anhalt«, auf das teilweise Bezug genommen wird, sind mittlerweile in das Landesarchiv Merseburg (LA M) überführt worden.

- Frey, Engelbert: ›Ökumenischer Kirchentag in Rippicha 18. August 1971‹ (Videoaufnahmen, 11 Minuten) - (zu sehen im Museum Schloß Moritzburg, Zeitz)
- Kranz, Erich / Neubert, Ehrhart: Thesen zur innerkirchlichen Diskussion (Brüsewitz), 1976 (Umdruck)
- Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929-1976) [Im Auftrag der Kirchenleitung], Magdeburg 1977 (Umdruck).
- Pappe, Otto: Die Brüsewitz-Legende, Erfurt 1992 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Sehmsdorf, Gottfried: Brüsewitz. Flammender Prophet, Halle 1992 (unveröffentlichtes Manuskript).
- Wiesner, Marco: Christlicher Widerstand in der DDR. Leben und Wirken des Oskar Brüsewitz, Magisterarbeit Universität der Bundeswehr Hamburg, Hamburg 1998 (unveröffentlicht)
- Woite, Giselher: ›Kirche im Sozialismus‹ als Weltanschauungskartell zwischen Christen und Sozialisten? Die Reaktionen der Evangelischen Kirchen in der DDR auf den Freitod des Pfarrers Oskar Brüsewitz im Sommer 1976, Diplomarbeit Universität der Bundeswehr München, München 1993 (unveröffentlicht)
- Zech, Karl-Adolf: Pfarrer Oskar Brüsewitz - genügt die West-Sicht auf die Ost-Dinge? Meinungsäußerung zum Brüsewitz-Symposium am 5.10.93 in Halle, Berlin 1993 (Manuskript)
- Zech, Karl-Adolf: Widerstand im Namen Christi. Anmerkungen zu dem Dokumentationsfilm ›Der Störenfried - Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz‹ von Thomas Frickel, Berlin 1992 (Manuskript)

Gedruckte Quellen / Literatur

- Arbeitsgemeinschaft 13. August / ›Brüsewitz-Zentrum‹ (Hg.): Oskar Brüsewitz. Seine Tat, ihre Auslegung und Auswirkung im Zwielficht der Gegenwarts- und Zukunftsbewältigung. Diskussionsabend, Berlin 1977 (Tonbandnachschrift).
- Agethen, Manfred: Die Ost-CDU und der Fall Brüsewitz vom August 1976, in: Richter, Michael/Rißmann, Martin (Hg.): Die Ost-CDU. Entstehung und Entwicklung (=Schriften des HAIT, Bd. 2), Weimar-Köln-Wien 1995, S. 201-223.
- Baden, Hans-Jürgen: Die Flucht in das Nichts. Ist der Freitod ein Privileg des Humanen?, in: Lutherische Monatshefte 15 (1976), S. 613-616.

- Bartmuß, Hartmut: ›So nimm' denn meine Hände...‹ Pfarrer Brüsewitz und der schwere Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, in: Brüsewitz-Zentrum (Hg.), Oskar Brüsewitz, Bonn, 1991, S. 6-8.
- Bartmuß, Hartmut: ›So nimm' denn meine Hände...‹ Pfarrer Brüsewitz und der schwere Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, in: Christen drüben 3 (1986), Heft 2, S. 13-15.
- Beret, Rainilde: Ein außergewöhnlicher Mann. Begegnungen eines Gemeindemitgliedes mit Pfarrer Brüsewitz, in: Brüsewitz-Zentrum (Hg.), Oskar Brüsewitz, Bonn, 1991, S. 4-5.
- Berliner Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Publizistik (Hg.): Kirche im Sozialismus. Materialien zu Entwicklungen in der DDR [Thema: Oskar Brüsewitz], Nr. 6/76 (1976).
- Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom ›Dritten Weg‹, Berlin-Frankfurt a.M. 1995.
- Böhm, Wilfried: Wahrheit und Lüge, in: ideaSpektrum Nr. 33/96, S. 18-19.
- Bönsel, Fritz/Dettmar, Werner/Warnke, Christof: ›In großer Betroffenheit...‹ Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz, in: Deutsches Pfarrerblatt 76 (1976), S. 578-579.
- Borgmann, Lutz: Zwischen gestern und morgen. Evangelische Gemeinden in der DDR, Berlin (Ost) 1970.
- Bräuer, Siegfried: Martin Luther in marxistischer Sicht von 1945 bis zu Beginn der sechziger Jahre, Berlin (Ost) 1983.
- Brüsewitz-Zentrum (Hg.): Oskar Brüsewitz 30.5.1929 – 22.8.1976, Bonn 1991.
- Brüsewitz-Zentrum (Hg.): Pfarrer Oskar Brüsewitz. 20. Jahrestag der Selbstverbrennung am 18. August 1976. Texte zur Ausstellung, Woltersdorf 1996.
- Bund Freies Deutschland (Hg.): Der Opfertod des Pfarrers Brüsewitz, Berlin 1976.
- Dähn, Horst: Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945-1980, Opladen, 1982.
- Desel, Jochen: Dieser Tod wiegt schwer... Gedanken nach dem Tod von Pfarrer Brüsewitz, in: Deutsches Pfarrerblatt 76 (1976), S. 646-647.
- Desel, Jochen: In memoriam Oskar Brüsewitz, in: epd-Doku. 41a/76, S. 20f.
- Desel, Jochen: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991.
- Dietzfelbinger, Hermann: Oskar Brüsewitz. Zeugnis in flackerndem Schein, in: Lutherischer Weltbund-Pressedienst 51/76, S. 6-8.
- Dietzfelbinger, Hermann: Zeugnis in flackerndem Schein. Das

- Flammenzeichen vor der Michaeliskirche in Zeitz, in: Lutherische Monatshefte 15 (1976), S. 611-613.
- Dohle, Horst: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Diss. phil. (B), Akademie für Geisteswissenschaften beim ZK der SED, 1986 (unveröffentlicht).
- epd-Dokumentation 38/77 ›Das ›Zeichen von Zeitz‹ bleibt vieldeutig: Mißbrauch mit dem Namen ›Brüsewitz‹?, Frankfurt a.M. 1977.
- epd-Dokumentation 41a/76 ›Ein Pfarrer in der DDR verbrannte sich selbst‹, Frankfurt a.M. 1976.
- Fricke, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984.
- Frickel, Thomas: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz (Film), Rüsselsheim 1992.
- Frickel, Thomas: Freispruch für die Mitläufer?, in: Horch und Guck, Heft 19 (1996), S. 45-46.
- Germis, Carsten: Der Märtyrer von Zeitz, in: Die Zeit, 21.5.93.
- Gesellschaft für Menschenrechte: Frau Brüsewitz: Opfer eines Täuschungsmanövers durch die eigene Kirche (28. Juni 1977), Frankfurt 1977.
- Goeckel, Robert F.: The Lutheran Church and the East German State. Political Conflict under Ulbricht and Honecker, Ithaca 1990.
- Hasse, Edgar Sebastian: ›Ein Zeuge seines Herrn‹, in: ideaSpektrum Nr. 33/96, S. 20-22.
- Hasse, Edgar Sebastian: Ein prophetischer Rebell, in: ideaSpektrum Nr. 33/96, S. 23.
- Henkys, Reinhard (Hg.): Die evangelischen Kirchen in der DDR. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme, München 1982.
- Henkys, Reinhard: Bund der Evangelischen Kirche in der DDR, Dokumente zu seiner Entstehung, Witten u.a. 1970.
- Henkys, Reinhard: Das Zeichen von Zeitz und seine Wirkung. Kirchen in der DDR überprüfen ihre Position, in: Evangelische Kommentare 9 (1976), S. 583-585.
- Henkys, Reinhard: Kirche und Presse nach der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz, Vortrag in der evangelischen Akademie in Halle im Mai 1992.
- Henkys, Reinhard: Rolle der Medien – zwischen Wahrheit und Zwecklüge. Vortrag auf einer Tagung: Kirche im Schatten des Sozialismus – Zwischen Loyalität und Verweigerung, Halle 7.3.1992.
- Henkys, Reinhard: Wahrheitssuche durch die Brille. Literaturreport zur kirchlichen Zeitgeschichte der DDR, in: Evangelische Kommentare 26 (1993), S. 454-457.

- ›Ich opfere mich‹, in: Der Spiegel 21/93, S. 94-102.
- In den Wochen nach Zeitz. Reaktionen auf die Selbstverbrennung und ihre Folgen in Ost und West, in: Kirche im Sozialismus 6 (1976), (Themenheft: Oskar Brüsewitz / Nr. 6/76), S. 3-16.
- Inacker, Michael J.: Zwischen Transzendenz und Demokratie. Die Entwicklung des kirchlichen Demokratieverständnisses von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der Bundesrepublik (1918-1959) (=Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 8), Dissertation Universität Bonn, Neukirchen-Vluyn 1994.
- Kandler, Karl-Hermann: ›Brüsewitz nicht glorifizieren‹, in: ideaSpektrum Nr. 21/93, S. 24-25.
- Kandler, Karl-Hermann: Kirche zwischen Sozialismus und Pluralismus, in: Ders.: Kirche in der DDR zwischen Sozialismus und Pluralismus (=idea-Dok. 6/92), Wetzlar 1992, S. 4-16.
- Kappelt, Olaf: Die Gründung des Brüsewitz-Zentrums. Ein Kampf zwischen David und Goliath, in: Christen drüben 3 (1986), Heft 2, S. 19-20.
- Kempner, Benedicta Maria: Priester vor Hitlers Tribunalen, 3. Aufl., Gütersloh 1970.
- Klages, Eberhard (Interview): Der Tod hat nicht das letzte Wort. Ein grenzüberschreitendes Gespräch anlässlich des Selbstmordes von Pfarrer Oskar Brüsewitz (Zeitz), in: Lutherischer Weltbund-Presesdienst 49/76, 27.10.1976, S. 2-6.
- Krone, Tina; Schulte, Reinhard (= Arbeitsausschuß des Neuen Forums Berlin): »Seid untertan der Obrigkeit.« Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4, Berlin 1991.
- Krusche, Werner (Interview): Zwischen Anpassung und Opposition. Gespräch über den zurückliegenden Weg der ›Kirche im Sozialismus‹, in: Übergänge Nr. 2/90, S. 51-56.
- Latk, Klaus-Rainer: ›Kommunisten sind nicht unsere Feinde‹ Brüsewitz: Nicht arrangieren, sondern Gottes Wort predigen, in: Brüsewitz-Zentrum (Hg.), Oskar Brüsewitz, Bonn, 1991, S. 15-17
- Latk, Klaus-Rainer: Das Fanal des Oskar Brüsewitz, in: ideaSpektrum Nr. 18/93, S. 20-22.
- Latk, Klaus-Rainer: Fanal nicht vertuschen, in: ideaSpektrum Nr. 21/93, S. 25.
- Latk, Klaus-Rainer: Kirche im Sozialismus. Die evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland – Eine Entwicklung vom Ende des NS zur Kirche im Sozialismus, Uhldingen/Seewis 1984.
- Latk, Klaus-Rainer: Oskar Brüsewitz. Der Versuch, seinen Eindruck

- auf mich festzuhalten, in: Christen drüben 3 (1986), Heft 2, S. 4-8.
- Latk, Klaus-Rainer: Stasi-Kirche, Uhldingen 1992.
- Mommsen, Wolfgang J.: (Wort zur Selbsttötung von Pfarrer Oskar Brüsewitz vor 20 Jahren), in: ideaSpektrum Nr. 33/96, S. 19.
- Motschmann, Jens: Die Pharisäer. Die Evangelische Kirche, der Sozialismus und das SED-Regime, Frankfurt a.M.-Berlin 1993.
- Motschmann, Jens: So nicht, Herr Pfarrer! Evangelische Kirche im Wandel, Frankfurt a.M.-Berlin 1993.
- Motschmann, Klaus: Oskar Brüsewitz: Sein Protest, sein Tod, seine Mahnung (= Reden zur Zeit, Heft 14), Würzburg 1977.
- Müller-Enbergs, Helmut: Das Zusammenspiel von Staatssicherheit und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976 (=BStU. Abtl. BF, Reihe B: Analysen und Berichte Nr. 2/93), Berlin 1993.
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997.
- Neubert, Sabine: Ein Streiter Gottes, der die Welt verändern wollte. Zur Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz. Versuch eines Neuverständnisses, in: Brüsewitz-Zentrum (Hg.), Oskar Brüsewitz, Bonn, 1991, S. 25-28.
- Neugebauer, Fritz: Wie Schafe mitten unter Wölfen. Mit Dokumenten zum Fall Brüsewitz (=Erbauliche Reden 4), Neukirchen-Vluyn 1977.
- Nitsche, Hellmuth: Zwischen Kreuz und Sowjetstern. Zeugnisse des Kirchenkampfes in der DDR 1945-1981, Aschaffenburg 1983.
- Nowak, Kurt: Das umstrittene Zeugnis des Pfarrers von Rippicha. Drei Neuerscheinungen zu Oskar Brüsewitz, in: Zeichen der Zeit 47 (1993), S. 154-160.
- Onnasch, Martin: Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz 1929-1976, in: Schultze, Signal, S. 372-413.
- Reuth, Ralf Georg: IM-»Sekretär«: die »Gauck-Recherche« und die Dokumente zum »Fall Stolpe«, Frankfurt/M.; Berlin 1992.
- Ringshausen, Gerhard: Paul Schneider und Oskar Brüsewitz, in: Kirchliche Zeitgeschichte 9 (1996), S. 89-110.
- rö: »...ungekränkt als Christ leben«. Christliche Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld zwischen Glaubensbindung und atheistischer Erziehung, in: Kirche im Sozialismus 6 (1976), (Themenheft: Oskar Brüsewitz / Nr. 6/76), S. 45-50.
- rö: Eine Kirche in den neuen DDR-Bezirken. Einige Probleme und Entwicklungen in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, in: Kirche im Sozialismus 6 (1976), S. 15-25.

- Röder, Hans-Jürgen /Heidingsfeld: Anfragen an die Gemeinschaft, in: Kirche im Sozialismus 6 (1976), (Themenheft: Oskar Brüsewitz / Nr. 6/76), S. 39-44.
- Röder, Hans-Jürgen: Flucht ohne Alternative, in: Lutherische Monatshefte 15 (1976), S. 535-536.
- Rosßberg, Klaus: Das Kreuz mit dem Kreuz. Ein Leben zwischen Staats-sicherheit und Kirche. Aufgezeichnet von Peter Richter, Berlin 1996.
- Schönherr, Albrecht: ...aber die Zeit war nicht verloren. Erinnerungen eines Altbischofs, Berlin 1993.
- Schröder, Richard: Denken im Zwielicht. Vorträge und Aufsätze aus der alten DDR, Tübingen 1990.
- Schröder, Richard: Wahrheit und Lüge stehen nebeneinander, in: Die Zeit, 21.5.1993.
- Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München-Wien 1998.
- Schröter, Ulrich: Die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz. Interpretationsgrundsätze zum Umgang mit MfS- und SED-Schrifttum, in: Horch und Guck, Heft 11 (1994), S. 67-74.
- Schultze, Harald (Hg.): Das Signal von Zeitz. Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976. Eine Dokumentation, 2., durchgesehene Aufl., Leipzig 1993.
- Schweidler, Erich/Zech. Karl-Adolf (Gespräch): Zur Debatte um die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, in: Horch und Guck, Heft 19 (1996), S. 34-41.
- Steinlein, Reinhard: Die gottlosen Jahre, Berlin 1993.
- Stock, Wolfgang: ›Verderbt die Jugend nicht!‹ Vor 15 Jahren rüttelte das Fanal von Oskar Brüsewitz die Christenheit auf. Umstrittene ›Kirche im Sozialismus‹, in: Paneuropa Deutschland 14 (1991), Heft 2, S. 63-66.
- Stock, Wolfgang: Oskar Brüsewitz. Kompromißloser Kämpfer für Christus. Ein Mensch mit Schwächen und Stärken, beseelt davon, Gottes Liebe zu verkünden, in: Brüsewitz-Zentrum (Hg.), Oskar Brüsewitz, Bonn, 1991, S. 9-11.
- Stock, Wolfgang: Oskar Brüsewitz. Kompromißloser Kämpfer für Jesus Christus, in: Christen drüben 3 (1986), Heft 2, S. 9-11.
- Stolpe, Manfred: Die Kirchen und die Menschenrechte. Vortrag am 14.2.1993 in Neudietendorf.
- Stolpe, Manfred: Schwieriger Aufbruch, Berlin 1992.
- Symposium ›Das Fanal. Hintergründe, Fakten und Meinungen zum Opfer des Pfarrers Oskar Brüsewitz (Zeitz) und die Evangelische

- Kirche« des Journalisten-Bildungsinstituts Sachsen-Anhalt e.V. vom 5.10.93 (Redeumdrucke), Halle 1993.
- Thieme, Manuela: Eine Kanne voll Benzin, in: Wochenpost, 22.8.1996, S. 24-25.
- Wagner, Rainer: Aufrecht in opportunistischen Zeiten, in: Brüsewitz-Zentrum (Hg.), Oskar Brüsewitz, Bonn, 1991, S. 12-14.
- Wedler, H. L.: Selbstmord in Zeitz, in: Suizidprophylaxe 3 (1976), S. 183-184.
- Wille, Manfred: SED-Kirchenpolitik 1953-1958. Die Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats der SED zu Kirchenfragen 1953-1958, Berlin 1992.
- Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998.
- Zech, Karl-Adolf: Die Angst vor dem toten Landpfarrer, in: Horch und Guck, Heft 19 (1996), S. 1-32.
- Zech, Karl-Adolf: Er traf den Nerv. Die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz im August 1976 und die Folgen, in: DeutschlandArchiv 29 (1996), S. 587-607.

Zeitungsartikel /Agenturmeldungen (Auswahl)

- Ahlers, Detlev: Der Flammentod - ein Symbol des politischen Widerstandes, in: Die Welt, 23.8.1976.
- ›Aufregung der Stasi nach der Selbstverbrennung Brüsewitz«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.3.1993.
- Ausstellung zum Gedenken an Pfarrer Brüsewitz eröffnet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.8.1991.
- Bei Brüsewitz-Gedenkfeier harte Kritik an ›DDR«-Kirchenleitung, in: Die Welt, 20.8.1977.
- Bischofs-Brief zum Jahrestag der Selbstverbrennung von Brüsewitz, in: Der Tagesspiegel, 19.8.1977.
- Böhm, Wilfried: Ein Zeichen für die Unvereinbarkeit von Christentum und Sozialismus, in: idea-Pressedienst, 22.8.1991, S. 5-7.
- Boyens, Armin: Viel Manipulation mit Macht und List. Kirche im Sozialismus, in: Rheinischer Merkur, 27.6.1997
- Brüsewitz ließ Kaninchen vom Altar springen, in: Abendzeitung, 1.9.76.
- Brüsewitz-Zentrum, in: Die Welt, 19.3.1977.
- cs: Verteidigung für Brüsewitz verstärkt, in: Süddeutsche Zeitung, 7.9.1976.
- DDR-Kirchenleitungen zu zaghaft im Umgang mit dem SED-Regime?,

- in: idea-Pressedienst, 27.8.1979, S. 9.
- Demke, Christoph (Interview): Mit Brüsewitz begann die Opposition, in: Neues Deutschland, 17./18.8.1996.
- Denkmal für Pfarrer Brüsewitz in Zeitz eingeweiht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.8.1990.
- Der Tod des Pfarrers Brüsewitz – ein Stück ›DDR‹-Wirklichkeit, in: Die Welt, 24.8.1976.
- Ders.: Von seinen Kollegen verlassen?, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 20.9.1991.
- Die Lage der Christen in der DDR, in: Süddeutsche Zeitung, 20.9.1976.
- Die Tat des Pastors Brüsewitz, in: Welt am Sonntag, 22.8.1976.
- Dobler, Bernd: Er kann sich nicht mehr wehren, in: Abendzeitung, 18.6.1977.
- Dunz, Kristina: Bischof Bäumert in Gewissensnöten, in: Die Welt, 21.7.1993.
- Dunz, Kristina: Brüsewitz' Selbstverbrennung läßt Bäumert nicht zur Ruhe kommen, in: dpa, 20.7.1993.
- E., J.: Selbstverbrennung, in: Der Abend, 24.8.1976.
- EKD über Fall Brüsewitz betroffen, in: Süddeutsche Zeitung, 30.8.1997.
- ›Evangelische Kirche gedenkt Brüsewitz‹, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.1996.
- Evangelische Kirchen der DDR verpflichten sich zur Eindeutigkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.10.1976.
- Fall Brüsewitz. Kirche kritisiert Studie der Gauck-Behörde, in: idea-Pressedienst, 25.3.1993, S. 7.
- Foerster, Uly: Alles, was rechts ist. Evangelische Lefebvres und Deutschnationale kehren ›marxistischen Unrat‹ zusammen, in: Vorwärts, 29.9.1977.
- Frau Brüsewitz als Opfer eines Täuschungsversuches ihrer Kirche, in: idea (Informationsdienst der Evangelischen Allianz), Wetzlar, 28.6.1977.
- Gedenken an den Pfarrer Oskar Brüsewitz, in: General-Anzeiger, 19.8.1996.
- Gedenken an Pfarrer Brüsewitz, in: Berliner Zeitung, 19.8.1996.
- Germis, Carsten: Republikflucht in den Tod, in: Der Tagesspiegel, 18.8.1996.
- Glass, Christian: Ein Fanal, das vertuscht werden sollte, in: Märkische Allgemeine, 17.8.1996.
- Gottesdienste für Pfarrer Brüsewitz, in: Die Welt, 23.8.1977.
- Graf, Friedrich Wilhelm: Horrorvisionen von gesteuerten Menschen. Der Einfluß der SED auf die evangelische Kirche, in: Frankfurter

- Allgemeine Zeitung, 30.4.1997.
- Graf, Friedrich Wilhelm: Kirche im Zwielficht. Der Sozialismusbegriff als Koordinate: Geschichte einer ekklesiologischen Formel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.5.1997.
- Griesser, Hermann A.: Opposition in der ›DDR‹. Der Freitag von Brüsewitz – ein Signal für Bonn, in: Rheinischer Merkur, 27.8.1976.
- Gründungsaufwurf für Brüsewitz-Zentrum, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.4.1977.
- Habsburg, Walburga v. (Leserbrief): Unrühmliche Ausnahme, in: FAZ, 22.4.1977.
- Hahn, Udo: Mangel an Zivilcourage, in: Rheinischer Merkur, 26.3.1993.
- Haldensleben, Michael: Balance im anderen Deutschland, in: idea-Pressdienst, 18.8.1986, S. 1.
- Hasse, Edgar Sebastian: Das Fanal und die Akten, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 2.4.1993.
- Hinze, Albrecht: Von Kirche und Staat lange bemäntelt und beschönigt, in: Süddeutsche Zeitung, 17./18.8.1996.
- hl: Münchner Forscher untersucht Fall Brüsewitz, in: Münchner Merkur, 10.11.1992.
- ›Ich stürme für Gott die Republik‹, in: Bild-Zeitung, 16.8.1996.
- Inacker, Michael J.: Trieben Stasi und Kirche Brüsewitz in den Tod?, in: idea-Pressdienst, 1.4.1993, S. 4-5.
- Jander, Martin/Schroeder, Klaus: Verspätete Liebe zu seltenen deutschen Helden. Probleme und Perspektiven der Forschung zur DDR-Opposition, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.1996.
- JBB: ›Kirche hat sich dem Machtanspruch der SED ausgeliefert‹, in: Die Welt, 24.8.1977.
- Jung, Rainer: Ein schweres Erbe, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 20.3.1998, S. 9.
- ›Kalte Krieger brauchen Brüsewitz' Namen für ihre Zwecke‹, in: Frankfurter Rundschau, 23.8.1977.
- Kanitz, Hans: Die Fackel von Zeitz, in: idea-Pressdienst, 7.8.1976, S. 2-3.
- Karuitz, H.: SED und Kirche wollten Fanal von Brüsewitz ersticken, in: Die Welt, 20.3.1993.
- Katz, Anne Rose: Mitteilung an Mitläufer, in: Süddeutsche Zeitung, 16.11.1993.
- Kirche erinnert an Freitag von Pfarrer Brüsewitz, in: Die Welt, 19.8.1996.
- Kirche gedenkt 20. Todestages von Pfarrer Brüsewitz in Zeitz, in: dpa, 16.8.1996.
- Kirche gedenkt des Pfarrers Brüsewitz - Selbstverbrennung vor 20 Jah-

- ren in Zeitz, in: Magdeburger Volksstimme, 7.8.1996.
- Kirche räumt Mitschuld am Tod von Brüsewitz ein, in: Süddeutsche Zeitung, 8.4.1993.
- Kirche räumt Teil-Verschulden am Tod von Brüsewitz ein, in: dpa, 7.4.1993.
- Kloth, Hans Michael: Vergessene Dokumente. Wer kümmert sich um die schriftliche Hinterlassenschaft der DDR-Opposition?, in: Süddeutsche Zeitung, 3.4.1996.
- Koschnick, Hans: Falschspiel mit den Menschenrechten. Die CDU/CSU, die evangelischen Kirchen und die Menschenrechte, in: Vorwärts, 22.9.1977.
- Kreutzmann, Heinz: Der Selbsttod des Pfarrers Brüsewitz. Überlegungen zu einem deutschen Schicksal, in: Sozialdemokratischer Pressedienst P/XXXI/161, 24.8.1976, S. 1-2.
- Kreuzmann, Heinz: Der Selbstmord des Pfarrers Brüsewitz, in: SPD-Pressedienst, 24.8.1976
- Kühn, Heike: »Nicht alle können Helden sein«, in: Frankfurter Rundschau, 3.12.1992.
- Kuratorium für das Brüsewitz-Zentrum, in: Westfalen-Blatt, 11.6.1977.
- Kuratorium für geplantes Brüsewitz-Zentrum gebildet, in: idea-Pressedienst, 13.6.1977, S. 13.
- Latk, Klaus-Reiner (Interview): »Eine Tat, die ihren Sinn erfüllt«, in: Welt am Sonntag, 22.8.1976.
- Latk, Klaus-Reiner.: Wider alle Anpassung in der DDR: Oskar Brüsewitz, in: idea-Pressedienst, 12.8.1991, S. 5-7.
- Latk, Klaus-Reiner: Die Tat des Pfarrers Brüsewitz, in: Die Welt am Sonntag, 22.8.1976.
- Leo, Walter: Der Tod eines Pfarrers, in: Vorwärts, 26.8.1976.
- Loewe, Lothar: Ein Tod, der weiter mahnt, in: Berliner Morgenpost, 19.8.1996.
- Maetzke, Ernst Otto: Symptom in Zeitz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.8.1976.
- mau: Keine Trauer um den Störenfried, in: Leipziger Volkszeitung, 21./22.6.1997.
- Meyer, Werner (Leserbrief): Im Wortlaut: Bischof Krusche verharmlost, in: Frankfurter Rundschau, 29.6.1977.
- MfS/KGB: Plan für die Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung XX des MfS und der V. Verwaltung des KGB für den Zeitraum 1986-1990, in: Frankfurter Rundschau, 1.2.1992.
- Müller, Gabriele: Die SED meidet den offenen Konflikt mit der Kirche, in: Bonner Rundschau, 1.9.1976.

- Müller-Enbergs, Helmut: Ein Selbstmord, der kein Fanal sein durfte, in: Rheinischer Merkur, 26.3.1993.
- Neide, Leonhart: ›Zuwendung und Abwendung erfahren‹, in: Süddeutsche Zeitung, 28.8.1976.
- Odin, Karl Alfred: Weizsäcker und Thieme unterschreiben nicht, in: FAZ, 29.4.1977.
- Odin, Karl Alfred: Rücknahme von Unterschriften für Brüsewitz-Zentrum, in: FAZ, 24.5.1977.
- Odin, Karl Alfred: Zu Schaden der Kirche, in: FAZ, 16.4.1977.
- Odin, Karl Alfred: Sorge vor propagandistischer Ausnutzung, in: FAZ, 17.5.1977.
- Odin, Karl Alfred: Zu später Rat, in: FAZ, 14.7.1977.
- Oe: Streit über ›Das Signal von Zeitz‹, in: Neue Zeit, 8.4.1993.
- Ostermann, Dietmar: Mit Pfarrer Brüsewitz hat die Kirche bis heute Probleme, in: Frankfurter Rundschau, 21.8.1998.
- Pfarrer in der DDR zündet sich selbst an, in: Süddeutsche Zeitung, 21.8.1976.
- Posaunenchor als Nothelfer, in: Süddeutsche Zeitung, 20.3.1993.
- Pragal, Peter: DDR spielt die Selbstverbrennung herunter, in: Süddeutsche Zeitung, 23.8.1976.
- Pragal, Peter: Ein Pfarrer zwischen Licht und Finsternis, in: Berliner Zeitung, 16.8.1996.
- rb: Pastor Brüsewitz leidet für alle, die glauben, in: Bild-Zeitung, 23.8.1976.
- Reddemann, Gerhard: »Deutschland-Studie« vom Kanzler verlangt, in: Deutschland-Union-Dienst, Bonn, 9.9.1976.
- Reichert, Steffen: ›Er war Kohlhaas und Eulenspiegel zugleich‹, in: Mitteldeutsche Zeitung, 24.6.1992.
- Reuter, Roland: (Leserbrief), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.8.1996.
- Rogge, Joachim: Mit Posaunen gegen unliebsame politische Äußerungen, in: Stuttgarter Zeitung, 23.3.1993.
- Roßberg, Klaus: ›Kein Hinweis in unseren Akten‹, in: Neues Deutschland, 17./18.8.1996.
- Schaffung eines ›Brüsewitz-Zentrums‹ in der Bundesrepublik, in: idea-Pressedienst, 21.3.77, S. 5.
- Schmoll, Heike: Kirche gesteht Mitschuld ein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.4.1993.
- Schmoll, Heike: Schon früh in die Isolation getrieben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.8.1996.
- Schmoll, Heike: Zu selbstkritischem Nachdenken aufgerüttelt, in:

- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.8.1991.
- Schweitzer, Carl-Christoph: Verstehen beginnt mit Zuhören, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.12.1996.
- Semkat, Ute: Brüsewitz und die Sprachlosigkeit der Kirche, in: Die Welt, 17.8.1996.
- Serke, Jürgen: ›Ein Sonderling. Er gehört nicht zu dieser Revolution«. Der Freitod als Fanal, in: Die Welt, 17.2.1990.
- Siemons, Mark.: Ortlos. Bürgerrechtler in Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.1996.
- Siemons, Mark: Aufklärer unter sich. Unheimliche Begegnung: Bei der Staatssicherheit zum Kaffee, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.10.1996.
- Siemons, Mark: Der geteilte Himmel. Was hat das Christentum mit der deutschen Einheit zu tun?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.2.1996.
- Simon, Dieter: Wem gehört die DDR-Geschichte?, in: Wochenpost, 11.4.1996, S. 40-45.
- Sobotta, Joachim: Das Fanal, in: Rheinische Post, 23.8.1976.
- Stadt, Jochen: Ulbrichts und Honeckers Unvollendete. Wie DDR-Historiker die Geschichte der SED umbogen und warum westdeutsche Historiker wohlwollend zuschauten, in: Berliner Zeitung, 24.1.1998.
- Strothmann, Dietrich: Der mißbrauchte Tod, in: Die Zeit, 10.6.1977.
- An Staat und Partei zerbrochen, in: Die Zeit, 27.8.1976.
- Harald Schultze: Schiefes Bild, in: Der Spiegel, Jg. 47 (1992) Nr. 39, S. 13.
- Theologe fordert Gedenktag für Pfarrer Brüsewitz, in: idea-Pressedienst, 10.1.1977, S. 6.
- Verzweiflung über Staat und Kirche, in: Berliner Morgenpost, 19.8.1996.
- › Verzweiflungstat«. Die Selbstverbrennung des Zeitzer Pfarrers, in: Der Abend, 21.8.1976.
- › Vor Gründung eines Trägervereins für Brüsewitz-Zentrum«, in: idea-Pressedienst, 18.4.1977, S. 3.
- Wahl, Jürgen: Überwacht auch nach dem Tod, in: Rheinischer Merkur, 16.8.1991.
- Wentker, Hermann: Kampf zwischen Licht und Finsternis, in: Süddeutsche Zeitung, 12.10.1993.
- Winters, Peter Jochen: Mahner zum Menschenrecht, in: FAZ, 19.7.1977.
- Winters, Peter Jochen: Wenig Information von drüben, in: FAZ, 19.7.1977
- Winters, Peter Jochen: Kirche kritisiert Buch über Brüsewitz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.3.1993.

- Winters, Peter Jochen: Ost-Berlin spricht der versuchten Selbstverbrennung moralische und politische Bedeutung ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.8.1976.
- Winters, Peter Jochen: Pfarrer Brüsewitz seinen Verbrennungen erlegen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.8.1976.
- ›Wir sind nicht am Ende der Bewegtheiten«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.10.1976.
- Zilk, Thomas: ›Laßt mir wenigstens meine Kinder«, in: Quick, 16.9.1976.

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Gerhard Besier ist Professor für Historische Theologie und Konfessionskunde an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg.

Helmut Müller-Enbergs ist Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter der von Joachim Gauck geleiteten Behörde für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Berlin.

Dr. Wolfgang Stock ist Historiker und politischer Korrespondent des Nachrichtenmagazins FOCUS in Berlin.

Marco Wiesner ist Historiker und hat an der Universität der Bundeswehr in Hamburg seine Magisterarbeit über Oskar Brüsewitz verfaßt.

Personenregister

- Abraham, Knut 209
Albrecht, Ernst 337
Alt, Franz 178
Amalrik, André 337
Ammer, Heinrich 81
Anders (Oberleutnant) 280
Anz, Hermann 321
Arend (Pfarrer) 84
Arlt, Charlotte 102, 127, 242, 247
- Bahro, Rudolf 222
Barth, Willi 96, 97, 98, 99, 100,
103, 105, 109, 110, 112, 115,
137, 138, 144, 151
Bartmuß, Hartmut 140
Bauer (Superintendent) 82
Bäumer, Friedrich-Wilhelm 13,
24, 28, 29, 30, 31, 32, 88, 89,
92, 94, 99, 101, 102, 103, 104,
105, 106, 107, 109, 110, 112,
117, 118, 121, 126, 128, 129,
130, 132, 133, 134, 140, 142,
144, 157, 161, 164, 174, 197,
198, 201, 204, 214, 233, 237,
238, 239, 240, 242, 245, 246,
247, 248, 252, 260, 344
Beck, Klaus-Detlef 113, 123, 130,
188, 189
Bellmann, Rudi 97
Bellstedt, Fritz 100, 102, 117,
118, 128, 133, 134, 237, 242,
247
Benjamin, Hilde 50
Berger, Eduard 186
Bergmann, Egon 84, 95, 109,
110, 112
Bernhardt (Hauptmann) 267
Biedenkopf, Kurt 337
Biermann, Wolf 151, 162
Biertümpel, Ewald 100, 102, 110,
112, 127, 237, 240, 241, 242,
247
Blau, Paul 26, 69, 70, 71
Blüm, Norbert 337, 338
Böhme, Achim 112
Bonhoeffer, Dietrich 34, 68
Borgmann, Lutz 153, 163
Borsche, Arnulf 338
Braecklein, Ingo 138, 173, 175
Brandt, Willy 194
Braun, Hans 206, 341
Bronisch, Günther 203, 322
Brüsewitz, Agathe 36, 39
Brüsewitz, Arthur 36, 39
Brüsewitz, Benno 36
Brüsewitz, Bernhard 36, 38, 201,
203, 206
Brüsewitz, Christa 11, 12, 14, 30,
42, 47, 96, 101, 102, 109, 113,
114, 116, 126, 128, 132, 198,
199, 200, 201, 202, 203, 204,
205, 206, 208, 217, 219, 222,
224, 228, 272, 273, 275, 279,
317
Brüsewitz, Dorothea 46, 82, 126,
291
Brüsewitz, Esther 12, 13, 14, 46,
82, 86, 96, 101, 126
Brüsewitz, Renate 40
Bukowski, Nina 337
Bultmann, Rudolf 68
Busse, Carl Wilhelm 338
- Campenhausen, Axel von 195,
337, 338
Claß (Bischof) 195

- »Claus« 274
 Coym (Propst) 79

 Demke, Christoph 164
 Desel, Jochen 126, 193, 211, 217,
 224, 274, 275, 279, 343
 »Detlef« 25, 26, 129, 130, 131,
 140, 144, 214
 Dohle, Horst 20, 123, 170, 173,
 174
 Domsch (Konsistorialpräsident)
 153
 Dorenburg, Joachim 338
 Dregger, Alfred 337

 Eckardt (Major) 12, 100
 Eggert, Heinz 168, 213
 Engels, Friedrich 18
 Enke (Hauptmann) 266, 269, 270
 Erdmann, Karl 337
 Evert (Superintendent) 174

 Felfe, Werner 92, 125, 133
 Filbinger, Hans 198, 337
 Fink, Heinrich 124
 Fink, Ilsegrät 99, 124
 Fink, Werner 99
 Fischer, Kai 209, 341
 Fraenkel, Hans Joachim 137, 175,
 178
 Frickel, Thomas 11, 226
 Fuchs, Emil 148

 Gaus, Günter 114, 134, 135, 189,
 190
 Geggel, Heinz 97
 Geißler (Ehepaar) 41, 43
 Genscher, Hans-Dietrich 194
 »Gerhard« 27, 219
 Gerngroß 91
 Gerstenmaier, Cornelia 338

 Gienke, Horst 137, 165, 173, 174
 Gnauck, Reinhard 200, 206, 340,
 341
 Goldenbaum (Superintendent)
 174
 Graefe (Unterleutnant) 267
 Gröger (Major) 270
 Groß (Staatsanwalt) 214, 215
 Grotewohl, Otto 49, 147
 Grüber, Heinrich 147
 »Grundig, H.« 274

 Habsburg, Otto von 194, 206, 337
 Habsburg, Walburga von 193,
 194, 228, 341
 Hacker, Jens 337
 Haesner (Pastor) 338
 Hahn, Wilhelm 338
 Hammer, Detlef, 113, 121, 127,
 130, 131, 135, 156, 158, 159,
 160, 181
 Hammer, Walter 192
 »Hans Richter« 28, 30, 274
 »Hänsge« 223, 279
 Hassel, Kai-Uwe von 192, 337
 Hauschild, Fritz 84
 Havenstein, Hennerjürgen 166
 Heidel, Rolf 13, 126, 317
 Heinisch, Resi 40
 Heinke (Feldwebel) 267
 Heinrich 112, 127, 244
 Held (Oberstleutnant) 12, 108,
 215, 218, 219, 220, 264, 270
 Hempel, Johannes 137, 175, 177,
 178
 Henkys, Reinhard 11, 129, 135,
 178, 185, 188, 197
 »Hermann Heinrich« 210
 Heyl, Wolfgang 98
 Hildebrandt, Joachim 24, 27, 29,
 78, 109, 127, 132, 205, 234, 246

- Hillgruber, Andreas 338
Höffkes, Peter W. 206, 337, 341
Holdefleiß (Oberkonsistorialrat) 81
Honecker, Erich 109, 112, 126, 127, 159, 160, 171
Honecker, Margot 151
Hüttner, Eberhard 127, 128, 133
Huyn, Hans Graf 206
Immer, Karl 195, 197, 198, 201
Jänicke, Johannes 178
Jung, Nikolaus 226
Kappelt, Olaf 193, 198, 200, 201, 202, 204, 210, 211, 223, 273, 274, 341
»Karl« 274
Katzner, Hans 337
Kempner, Benedicta 33
Kienberg, Paul 213, 214
Kiwnich, Walter 117
»Klaus Otto« 150 219
Klein, Hugo 206
Koberg, Marianne 11
Koch, Willi 13, 22, 23, 29, 32, 33, 125, 232, 291
Köppel, Mathias 16, 211
Köppler, Heinrich 198
Kramer, Martin 172
Kranz, Erich 213
Krasnov, Anatoli Levetin 206, 337, 341
Krause, Gerhard 99, 157
Krauß (Rechtsanwalt) 245
Kreuzmann, Heinz 126
Krien, Maria 84, 86, 110, 116, 223, 267, 273, 274
Kröger (Major) 215, 264
Krumhaar-Bobrowski, Ursula 299
Krummnow, Margot 340
Krusche, Werner 29, 30, 35, 91, 96, 97, 99, 116, 150, 157, 159, 161, 162, 165, 169, 170, 171, 178, 180, 181, 182, 183, 202, 203, 204, 206, 207, 208, 209, 212, 235, 340
Krusekopf, Dietrich 321
Kunze, Rainer 342
Lamberz, Werner 112, 133
Lange, Hartmut 211
Latk, Klaus-Rainer 101, 114, 123, 130, 154, 188, 189, 190, 214, 215, 220, 222, 268, 341
Lehmann, Herbert 341
Lehmann, Theo 163
»Leipzig« 125
Lewek, Christa 132, 138, 153, 170, 175, 205
Liebal, Horst 32, 95
Lietz, Heiko 213
Lingner, Olaf 204, 205
Loewe, Lothar 105, 114, 138, 142, 144, 190, 241
Löwenthal, Gerhard 204, 338
Lorenz, Peter 337
Lotz, Gerhard 124, 147
Lücker, Hans August 337
Mandelsloh, Mariella von 209
Martin, Albrecht 337
Matthias, Heinz 199, 200, 201, 204, 223, 272, 274
»Mecke« 279
Meckel, Dieter 84, 123, 139, 222, 223, 224, 266, 273, 274, 275
Merkatz, Hans Joachim von 341
Merker (Pfarrer) 63, 303
Meyer (Pfarrer) 207
Mitzenheim, Moritz 148

- Motschmann, Jens 206
 Müller, Hartwin 205

 Nahmmacher, Elly-Viola 216,
 224, 274, 342
 Natho, Eberhard 118, 119, 137,
 174
 Nering, Erich 70
 Neubert, Ehrhart 213
 Noack, Axel 290

 Ogertschnigs, Max 39

 Pabst, Walter 154
 Pachmann, Ludek 206, 337
 Pappe, Otto 73, 74, 77, 79, 88
 Philipp (Major) 12, 100
 Pieck, Wilhelm 49
 »Pielka« 274
 Platz (Oberkirchenrat) 174
 Pöhner, Theo 28
 Posselt, Bernd 193, 194
 Potter, Philipp 140, 153, 164
 »Prager« 24, 274

 Raafelder 266
 Ranke, Kurt 100, 117
 Rathke, Heinrich 137, 164, 169,
 175
 Richter, Alexander 165
 Rödding (Landeskirchenrat) 338
 Roepke, Claus-Jürgen 115, 154,
 155, 178
 »Romeo« 16, 22, 29, 30, 144, 274,
 279
 Roßberg, Klaus 109, 136
 Ruff, Joachim 341

 Saake, Helmut 338
 Schaller (Unterleutnant) 232,
 267, 268, 269, 270

 Scharf, Kurt 177
 Schelenz, Paul 82, 313
 Schlase, Ulrich 124
 Schmidt (Ehepaar) 57
 Schmidt (Oberst) 96, 136
 Schmidt, Gunhild 226
 Schmidt, Helmut 188, 194
 Schmutzler, Siegfried 53
 Schneider (Pfarrer) 123
 Schönherr, Albrecht 97, 138, 149,
 151, 172, 173, 175, 209, 235
 Schötz, Achim 166
 Schröder, Gerhard 338
 Schröder, Richard 168, 213
 Schröder, Wolfram 165
 Schröter, Ulrich 11
 Schultze, Harald 28, 34, 88, 102,
 103, 104, 105, 106, 107, 110,
 111, 112, 117, 118, 121, 126,
 128, 131, 132, 133, 134, 135,
 138, 154, 155, 157, 162, 174,
 237, 239, 241, 242, 247, 248,
 252
 Schultze, Richard 117, 118, 127,
 128, 133, 134
 Schulz (Oberkonsistorialrat) 245
 Schumann (Superintendent) 206
 Schweidler, Erich 18, 101, 110,
 111, 126, 216, 223, 267, 274,
 317, 321, 322
 Seigewasser, Hans 96, 97, 99, 100,
 102, 103, 105, 107, 112, 117,
 158, 159, 160, 170, 173, 235,
 237, 238, 239, 240, 241, 242,
 243, 245, 246, 247, 248, 252
 Sindermann, Horst 34, 35
 Singer (Feldwebel), 219
 Skrzypietz 91
 Sobotta, Joachim, 191
 »Steffens« 274

- Stolpe, Manfred 9, 34, 35, 97, 98,
 99, 100, 102, 104, 105, 106,
 107, 108, 111, 113, 115, 118,
 132, 138, 140, 151, 152, 153,
 159, 160, 163, 165, 170, 171,
 175, 184, 190, 205, 235, 237,
 239, 242, 245, 247, 248
 Stoltenberg, Gerhard 337
 Stoph, Willi 96
 Strauß, Franz Josef 194, 337
 Strothmann, Dietrich 196
 Todorova, Magdalena 11
 Ulbricht, Walter 59, 148
 Verner, Paul 100, 127
 Vietheer, Heinrich 43
 Vogel, Bernhard 198, 337
 Wagner, Herbert 102, 104, 107,
 237, 242, 245, 246, 247, 248
 Walden, Mathias 338
 »Wartburg« 274
 Weigel (Pfarrer) 82
 Weise, Hans 115, 117, 127, 132,
 138, 154
 Weizäcker, Richard von 196
 Wiegand, Joachim 109, 136
 Wiesner, Hans-Jürgen 132, 133,
 134
 Wilke, Hans 106, 108, 132
 Winters, Peter Jochen 122, 204,
 340
 Wirth, Eberhard 11, 226
 Wölber, Hans-Otto 154, 190
 Wolff (Oberleutnant) 96, 136
 Wrangel, Olaf von 337
 Zech, Karl-Adolf 11, 317, 321,
 323
 Ziebarth, Dieter 101, 111, 123,
 222, 266, 273, 274, 291, 317

Funkspruch an alle... Funkspruch an alle...
Die Kirche in der D.D.R. klagt den
Kommunismus an! wegen Unterdrückung
in Schulen an Kindern und Jugendlichen

Am Anfang der Herbstrevolution in der DDR 1989 stand Pfarrer Oskar Brüsewitz aus Rippicha. Mit seiner öffentlichen Selbstverbrennung am 18. August 1976 auf dem Marktplatz der Kreisstadt Zeitz setzte er ein Fanal im Kampf gegen den Kommunismus, mitten in einer Hochburg der sozialistischen Arbeiterbewegung und im „Wahlkreis“ des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke.

Jahrelang hatten Staat und Partei der DDR zuvor von der Kirchenleitung verlangt, den „Störenfried“ zu versetzen, bis diese ihn zu einem Pfarrstellenwechsel drängte. Mit seinem flammenden Protest prangerte Oskar Brüsewitz deshalb nicht nur die staatliche Diskriminierung junger Christen in der DDR an, sondern formulierte zugleich eine bittere Anklage an die Rolle der Kirchenleitung im Sozialismus.

Zwei Historiker und ein Politologe haben zum zehnten Jahrestag der Herbstrevolution in der DDR den neuesten Forschungsstand zu dieser Initialzündung der DDR-Bürgerrechtsbewegung zusammengefaßt, Akten von Kirche, Partei und Staat ausgewertet und (auch bisher unbekannte) Zeitzeugen befragt.

Sie dokumentieren, wie der SED-Staat den unbequemen Pfarrer in die Enge getrieben hat und wie dessen Fanal generalstabsmäßig vertuscht werden sollte.

ASCHENDORFF



VERLAG

ISBN 3-402-05263-6



9 783402 052631